ak

IRA und zivile Opfer

ARBEITERKAMPF / ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

Jg. 18 Nr. 297 22. 8. 88 5 DM C 21734 E



Das Jahr der weißen Taube?

Wird nach Abschluß des INF-Abkommens das Jahr 1988 als das des Friedens in die Geschichte eingehen? Friedensschlüsse, Friedensverhandlungen und Vermittlung in internationalen Konflikten bestimmen in den letzten Wochen das Bild an den verschiedenen Brennpunkten der Welt. Gorbatschow sieht „reale Möglichkeiten für eine Lösung dieser regionalen Probleme“:

- Im *Golfkrieg* zwischen *Iran* und *Irak herrscht Waffenruhe; eine Wiederaufnahme des Krieges zwischen den erschöpften Gegnern ist unwahrscheinlich.*
- *Aus Afghanistan* zieht die UdSSR ihre Truppen neun Jahre nach dem Einmarsch zurück.
- Alle vier Fraktionen des Bürgerkriegs in *Kambodscha* sitzen erstmals am Verhandlungstisch, um über die Bildung einer Koalitionsregierung zu sprechen. *Vietnam* hat den Rückzug seiner Truppen bis spätestens Ende 1989 angekündigt.
- *Südafrika* holt seine Soldaten aus *Angola* zurück. *Namibia* soll 1989 unabhängig werden, es sollen freie Wahlen stattfinden. Auch der Rückzug der Kubaner aus *Angola* steht nahe bevor.
- In *Nicaragua* wurde ein Waffenstillstand zwischen der Regierung und den Contras geschlossen.
- Verhandlungen auch um das Schicksal der *Westsahara*, um das geteilte *Zypern*, zwischen *Libyen* und dem *Tschad*, zwischen *Äthiopien* und *Somalia* finden statt.

Hat wieder einmal eine „Zeit der Entspannung“ begonnen? Hat das „neue Denken“ in die internationalen Beziehungen Einzug gehalten? Gibt es einen Trend von der Konfrontation zur Kooperation? Inwiefern ist dieser Trend im Gegensatz zu früheren Zyklen unumkehrbar? Besteht ein gemeinsames Interesse von USA und UdSSR, die Lösung regionaler Konflikte zu fördern und ihre entsprechenden Anstrengungen zu koordinieren? Gibt es in diesem Sinn eine Wechselbeziehung zwischen den einzelnen Regionalkonflikten und Verhandlungsprozessen, globale Tauschgeschäfte zwischen den Supermächten? Oder sind die USA in der Lage, eine imperialistische „Pax Americana“ zu erzwingen, während sich die UdSSR weltweit auf dem Rückzug befindet? Seite 4



Gesprächspartner, Taube (Mitte)

Daimler-Benz
Ein neuer Rüstungsgigant



Nach AEG, Dornier und MTU schluckt Daimler Benz auch noch MBB. Was will ein Automobilkonzern mit dem Aufkauf so unterschiedlich spezialisierter Unternehmen erreichen? Seit 1985 hat die Kraftfahrzeugentwicklung nicht mehr die oberste Priorität bei Daimler. Das neue Daimler-Führungstrio, Herrhausen (Deutsche Bank), Reuter und der Rüstungsspezialist Niefer — mit besten Verbindungen zum militärisch-industriellen Komplex — forciert die Konzernmodernisierung: Hochtechnologien wie Mikrolelektronik, intelligente Sensoren, neue Werkstoffe und neue Antriebstechniken tragen dazu bei, Daimler zum Rüstungskonzern Nummer 1 zu machen. In aller Stille wurden die Raumfahrtförderung und Wehrtechnik ausgebaut. An seinem 100. Geburtstag ist der Konzern vor allem wegen der nicht geleisteten Entschädigung für Zwangsarbeiter ins Gerede gekommen. 20 Millionen DM kündigte jüngst Daimler-Chef Reuter als Entschädigungssumme an sowie ein Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus. Der heutige Konzern habe „mit dem damaligen Unternehmen nicht viel gemeinsam“ (Reuter).

Angelika Ebbinghaus und *Karl Heinz Roth* von der Hamburger „Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts“, die 1987 „Das Daimler-Benz-Buch“ herausgegeben hat, analysieren vor dem aktuellen Hintergrund die Entwicklung des Stuttgarter Konzerns.

Seite 6

Der weite Weg nach Palästina

Ende Juli/Anfang August schienen sich die Ereignisse in der Palästina-Frage zu überstürzen: Der jordanische König verkündete am 31.7.88, die legalen und administrativen Bindungen zwischen den beiden Jordanufern endgültig lösen zu wollen; am gleichen Tag ordnete der israelische Militärkommandeur an, die „Arab Studies Society“ in Ost-Jerusalem zu schließen, und der israelische Verteidigungsminister Rabin befahl, deren Leiter, Faisal Husseini, der den israelischen Behörden als unangefochtener Repräsentant der PLO in den besetzten Gebieten gilt, abermals für sechs Monate ohne Anklage in Haft zu nehmen; nur wenige Tage später wurde den israelischen Medien ein brisantes Papier zugespielt, das die israelischen Behörden angeblich in den Räumen der „Arab Studies Society“ gefunden hatten, die Unabhängigkeitserklärung für einen palästinensischen Staat.

Auf die Schritte König Husseins reagierten die Israelis verwirrt und überrascht; die Palästinenser hingegen gelassen, auch wenn sie manche ökonomische Härte befürchten müssen. Schließlich ist der jordanische König ihnen kaum weniger verhaßt als die israelische Besatzungsmacht. Die Ankündigung Husseins freilich kam keineswegs unerwartet, und die Konfusion der israelischen Reaktionen ist wohl eher einer gewissen Realitätsferne und Konzeptlosigkeit der israelischen Politiker geschuldet; den „Anpassungsschwierigkeiten an veränderte Zeiten“, wie die konservative „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schon am 6.7.88 den israelischen Ministerpräsidenten kritisierte.

Daß Hussein seine Ansprüche gegenüber der Westbank möglicherweise aufgeben würde, hatte sich seit dem außerordentlichen arabischen Gipfel in Algier Anfang Juni 1988 abgezeichnet. Nach dreimonatigem Aufstand in den besetzten Gebieten hatten die Palästinenser und Algerien seit Anfang März darauf gedrängt, auf einem arabischen Gipfel eine gemeinsame Position zum israelisch-arabischen Konflikt und zur Palästina-Frage zu erarbeiten, Themen, die auf dem letzten Gipfeltreffen in Amman (November 1987) keine oder nur eine marginale Rolle gespielt hatten.

Fortsetzung auf Seite 8

Aktivitäten zum 50. Jahrestag der Pogromnacht

Frankfurt, wo das Wüten der Nazis gegen die jüdische Bevölkerung am 9.11.39 schreckliche Höhepunkte erreichte, wird in diesem November eine Vielzahl großer offizieller Gedenkfeiern wie auch kleiner und größerer Initiativen von unten erleben. Die Stadtoberen werden zu einem Abend in der Alten Oper zusammenkommen; gedacht ist an ernste Musik, gespielt von großen internationalen Interpreten. Bedeutsamer jedoch wird die Gedenkfeier des Zentralverbandes der Juden in der BRD in der Synagoge im Westend werden; hierzu werden die führenden westdeutschen Politiker eingeladen, darunter von Weizsäcker, Kohl, Wallmann, Zimmermann. Doch eine Mitgliederversammlung der jüdischen Gemeinde Frankfurt faßte den Beschluß, daß die Veranstaltung ohne deutsche Politiker stattfinden soll — Bitburg hat Spuren hinterlassen. Der Gemeindevorstand reagierte mit Rücktrittsdrohungen und der Erklärung, daß man an diesen Beschluß nicht gebunden sei: So wird die Veranstaltung wohl doch wie geplant stattfinden. Schließlich machte die SPD den Vorschlag, alle Parteien in der Stadtverordnetenversammlung sollten gemeinsam zu einem Schweigemarsch aufrufen. Nachdem sich die CDU dazu bedeckt hielt, während die Grünen (alle Strömungen) deutlichen Widerspruch anmeldeten, zog die SPD die Initiative zurück.

„Von unten" gibt es kaum zu überblickende Planungen zu diesem Jahrestag. In Stadtteilen, Schulen, Hochschulen, Theatern, Kirchengemeinden, Jugendgruppen, Gewerkschaften sollen um diesen Tag herum Veranstaltungen und andere Aktivitäten gemacht werden — manchmal skeptisch beäugt als laienhafte Geschichtswerkstätten, aber fraglos wirkliche Basisinitiativen. Übergreifend gibt es in der Stadt vor allem zwei größere Ansätze: Zum einen hat die Initiative, die im letzten Herbst (vergeblich) um die Rettung der historischen Funde auf dem Börneplatz kämpfte, wo bei Bauarbeiten Fundamente der mittelalterlichen Judengasse zum Vorschein gekommen waren, eine gemeinsame Demonstration am 9.11. vorgeschlagen. Sie soll zu den Frankfurter Plätzen führen, wo die Juden zum Abtransport in die Konzentrationslager zusammengetrieben wurden. Zu einem Gespräch über diese Idee ist für den 21. September eingeladen worden.

Zum anderen gibt es eine Initiative 9. November, die ursprünglich vom „Pflasterstrand" initiiert worden war und dazu aufforderte, konkrete Fälle nazistischer „Arisierungen", also des Raubes von jüdischem Besitz aufzudecken und an Ort und Stelle bekanntzumachen: Wem gehörte früher dieses Geschäft? Wer hat jenes Haus von wem zu Spottpreisen erworben und wie war das möglich? Ca. ein dutzend Arbeitsgruppen haben sich gebildet, um diese Ideen in die Tat umzusetzen, was ziemlich schwierig ist, da die Informationen aus leicht ersichtlichen Gründen deutscherseits unter Verschluß gehalten werden. Von der Initiative 9. November gibt es auch einen Vorschlag für eine „zentrale" Aktivität: An der Stelle einer von den Nazis zerstörten Synagoge im Frankfurter Ostend, Friedberger Anlage, wurde ein Kriegsbunker errichtet, der heute — nachdem er lange Zeit als Möbellager diente — modernisiert und atombombentauglich (!) gemacht wird. Die Börneplatz-Initiative fordert das Einreißen dieses Bunkers. Statt dessen schlägt die Initiative 9. November vor, den Bunker äußerlich so stehen zu lassen, aber im Innern ein Mahnmal zu errichten. Dabei stellt man sich — ein bißchen in Gedanken an Yad Vaschem in Jerusalem — einen großen dunklen Saal mit Spiegeln und Kerzen vor, in dem die Namen der ermordeten jüdischen Bürger Frankfurts über eine Tonanlage zu hören sind. Bereits zum 9.11. dieses Jahres, so die Forderung, soll der Bunker in dieser Weise umgestaltet werden. Sein Nicht-Abriß soll dokumentieren, was nach der Pogromnacht kam und wie nach '45 damit umgegangen wurde. Sollte die Forderung nicht erfüllt werden, so stellt die Initiative zur Diskussion, sich am 9.11. im Park an der Friedberger Anlage zu versammeln.

de., Frankfurt

Niederländer als „RAF-Kurier" verhaftet

Seit etwa drei Monaten befindet sich der Niederländer Hans Alderkamp in Lüneburg in U-Haft. Er wird beschuldigt als „Kurier" für die RAF gearbeitet zu haben. Bei einer Busreise von Amsterdam nach Westberlin soll Alderkamp zwei Koffer mit insgesamt neunzig Exemplaren des Buches „Widerstand heißt Angriff" bei sich gehabt haben. Und das bedeutet nach Ansicht der bundesdeutschen Justiz „Unterstützung oder Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung". Auch wenn die genannte Publikation in den Niederlanden keineswegs verboten, sondern ganz normal im Buchhandel zu kaufen ist, und obwohl der 36-jährige Groninger Aktivist bestreitet, Besitzer oder Transporteur der Bücher zu sein.

Am 25. Mai dieses Jahres wurde der Reisebus des Unternehmens Budget-Tours, in dem Alderkamp von Amsterdam nach West-Berlin reisen wollte, an der DDR-Grenze in Helmstedt von bundesdeutschen Beamten, darunter — laut Alderkamps Anwalt, Dieter Adler aus Hannover — auch ein BKA-Mann in Zivil, gestoppt und durchsucht. Die Insassen

derkamps Anwalt, Dieter Adler aus Hannover — auch ein BKA-Mann in Zivil, gestoppt und durchsucht. Die Insassen

wurden aufgefordert anzugeben, was zu ihrem Gepäck gehöre. Dabei blieben zwei Koffer übrig, die vom Busfahrer Alderkamp zugeordnet wurden. In den Koffern befanden sich insgesamt neunzig Exemplare des kurz zuvor in den Niederlanden herausgegebenen (und in der BRD anscheinend verbotenen) Buches „Widerstand heißt Angriff!!". Es enthält auf 405 Seiten „Erklärungen, Redebeiträge, Flugblätter und Briefe" aus den Jahren 1977- 1987 zum „politisch-militärischen Kampf".

Obwohl Alderkamp abstritt, etwas mit den Koffern zu tun zu haben, wurde er festgenommen und per Hubschrauber nach Karlsruhe transportiert. Von allen Busreisenden wurden Fingerabdrücke gemacht. Alderkamp wurde in Karlsruhe durch den Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof verhört und von dort in die Justizvollzugsanstalt Lüneburg gebracht, wo er auch jetzt noch sitzt — aufgrund angeblicher Fluchtgefahr. Die Anschuldigung gegen ihn lautet, durch den Transport der Bücher „quer durch die BRD" zum Zwecke des Vertriebs, habe er Unterstützung für die RAF geleistet bzw. sogar seine Mitgliedschaft in dieser Organisation unter Beweis gestellt. Die maximale Strafe, die Alderkamp somit droht, ist zehn Jahre Knast.

Alles deutet darauf hin, daß es sich bei der Verhaftung nicht um einen zufälligen Fang handelt, sondern um eine geplante Aktion. Dabei gibt es auch diverse Hinweise darauf, daß der niederländische Verfassungsschutz BVD Alderkamp, der seit vielen Jahren in der antimilitaristischen Bewegung aktiv ist, überwacht und die westdeutschen Kollegen über dessen Reise nach West-Berlin informiert hat.

Von Teilen der rechten Presse in den Niederlanden wird Alderkamp in Verbindung mit der in Groningen herausgegebenen „Knipselkrant" gebracht, die den westdeutschen Staatsschützern bekannt-

dung mit der in Groningen herausgegebenen „Knipselkrant" gebracht, die den westdeutschen Staatsschützern bekannt-

lich schon seit längerem ein Dorn im Auge ist (siehe dazu auch AK 284, S.8). Dieses Jahr fand die Zeitschrift sogar im bundesdeutschen „Verfassungsschutzbericht" Erwähnung: „Aus den Niederlanden wurde der RAF und anderen deutschen terroristischen Gruppierungen durch die periodisch erscheinende Schrift ‚De Knipselkrant' wiederholt publizistische Hilfe zuteil. Die Herausgeber verstehen das Blatt als Diskussionsforum für den ‚bewaffneten Kampf' …" (a.a.O., S. 80/81)

Möglicherweise steht die Verhaftung von Alderkamp auch im Zusammenhang mit der Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit bei der „Terrorismusbekämpfung" im Rahmen von TREVI. Bei der vierten TREVI- Konferenz im September 1986 in London z.B. wurde vereinbart, daß künftig auch Personen, die mit Erklärungen den „Terrorismus" unterstüzen, als „Verdächtige" zu überwachen seien (AMOK, Nr. 1/1987, S. 13).

In den linken, liberalen und sozialdemokratischen Teilen der niederländischen Öffentlichkeit ist die Verhaftung mit Empörung aufgenommen worden. Die sozialdemokratische Europaparlamentsabgeordnete Ien van den Heuvel kommentierte in einer Radio-Sendung vom 8. Juli die mögliche Verwicklung des niederländischen Geheimdienstes BVD in die Affäre: „Das ist natürlich ein Unding. Man darf hier in den Niederlanden doch niemanden überwachen aufgrund von Handlungen, die hierzulande überhaupt nicht strafbar sind!" Desweiteren sprach die ehemalige PvdA-Vorsitzende die Befürchtung aus, die bundesdeutsche Zensur könne sich nach der für 1992 vorgesehenen Aufhebung der Grenzen zwischen den EG-Ländern über Europa ausbreiten. Van den Heuvel: „Die werden das natürlich versuchen. Aber es hängt auch von der Bereitschaft ab, die es dazu auf niederländischer Seite gibt. (…) Ich finde, daß wir auf jeden Fall verhindern müssen, daß die Toleranz, die bei uns das Grundprinzip des gesamten Rechtssystems ist, außer Kraft gesetzt wird."

Der Vorsitzende des Justiz-Ausschusses im niederländischen Parlament Kosto nannte die ganze Affäre „absurd". Nach Kostos Ansicht dürften die Niederlande nicht an der Verurteilung von niederländischen Bürgern im Ausland mitarbeiten, „erst recht nicht, wenn es dabei um Sachen geht, die hierzulande nicht strafbar sind, wie in diesem Fall der Besitz von Büchern" (Trouw, 1.8.1988). Das Parlament müsse der Angelegenheit auf den Grund gehen, meinte Kosto. Inzwischen hatte die Pazifistisch-Sozialistische Partei (PSP) bereits eine entsprechende parlamentarische Anfrage an den Innenminister gerichtet.

Anfang Juli machten sich zwei Radio-Journalisten der linksliberalen Rundfunkanstalt VPRO mit diversen Exemplaren der verbotenen Schrift und einem Aufnahmegerät ausgerüstet auf den Weg in Richtung Hannover, um die bundesdeutschen Behörden vor den Ohren der niederländischen Öffentlichkeit in Verlegenheit zu bringen. Im Zug machten sie die vor der Grenze zugestiegenen Zöllner auf die verbotene Fracht aufmerksam. Die etwas hilflosen Beamten ließen die beiden Journalisten in der Tat aussteigen und brauchten anderthalb Stunden, bis sie end-

etwas hilflosen"Beamten ließen die beiden Journalisten in der Tat aussteigen und brauchten anderthalb Stunden, bis sie end-

lich vom Generalbundesanwalt die Anweisung erhielten: Weiterreisen lassen. Allerdings durften die Journalisten nur jeweils ein Exemplar des Buches behalten.

Obwohl der Großteil der niederländischen Öffentlichkeit den Vertrieb der besagten Publikation als selbstverständliches demokratisches Recht ansieht und die Verhaftung von Alderkamp völlig unakzeptabel findet, hat es unverständlich lange gedauert, bis die Solidarität mit dem Inhaftierten in Gang kam. Aus undurchsichtigen Gründen erfuhr die niederländische Presse erst Anfang Juli (also etwa sechs Wochen nach der Verhaftung) von der Affäre. Ein Unterstützungskomitee konnte bisher aufgrund unsinnig hochgeputschter politischer Kontroversen leider noch nicht gebildet werden.

Alderkamps wenige Besuche finden hinter Trennscheibe statt. Gespräche müssen, auch die mit seinen niederländischen Eltern, in Deutsch geführt werden, es sei denn, die Beteiligten bezahlten selbst einen Dolmetscher für die neugierigen Ohren der Staatsschützer. Alderkamps Post wird vom Ermittlungsrichter zensiert. Für diejenigen, die ihm dennoch schreiben möchten:

Hans Alderkamp
über Ermittlungsrichter beim BGH
Herrenstraße 45 A
7500 Karlsruhe 1

Hu., Nijmegen

Das Buch „Widerstand heißt Angriff!!" kann in den Niederlanden bestellt werden, z.B. beim Buchladen De Rooie Rat, Oude Gracht 65, 3511 AD Utrecht, Niederlande. Oder ist auch das schon „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" ?

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PGiroA Hamburg 27175-203; Einzelpreis: DM 5,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.800; Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.
Dieser Ausgabe ist teilweise eine Beilage zugefügt.

Erklärung
zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht

Vor 50 Jahren, in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938, fand im ganzen Deutschen Reich ein staatlich organisierter Massenpogrom statt. Er richtete sich gegen alle Deutschen, die Juden oder jüdischer Herkunft waren. Ihre Gotteshäuser wurden unter Aufsicht der Feuerwehr niedergebrannt, ihre Wohnungen und Geschäfte verwüstet und geplündert, ohne daß die Polizei einschritt. Weder Alters- noch Waisenheime wurden verschont. Die Justiz verfolgte keine der Mißhandlungen, keinen der zahlreichen Morde an den wehrlosen Mitbürgern. Dagegen wurden 20 000 jüdische Männer jeden Alters in Konzentrationslager verschleppt, viele davon gefoltert und erschlagen. Den Überlebenden dieses in der modernen Geschichte beispiellosen Aktes der Barbarei preßte die Reichsregierung - neben der Verpflichtung, den von SA und von SS angerichteten Schaden auch noch selbst zu ersetzen - eine als Kontribution bezeichnete Strafe über eine Milliarde Mark ab, die auf zynische Weise mit der angeblich "feindlichen Haltung des Judentums" begründet wurde.

Wie konnte es soweit kommen, daß unser Volk ein solches Ausmaß staatlicher Willkür und sanktionierten Verbrechens schweigend hinnahm? Dies war nur möglich geworden, weil die Nazis mit Einverständnis ihrer konservativen und reaktionären Steigbügelhalter als Erstes die Gewerkschaften, Parteien und sonstigen Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung zerschlagen, deren Kader zu Tausenden ermordet, zu Zehntausenden in die Konzentrationslager verschleppt, die Reste in die Illegalität oder ins Exil getrieben hatten. Die Juden wurden zusammen mit Christen, Kommunisten, Liberalen, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern, zusammen mit den Sinti und Roma und anderen Gruppen aus der "Volksgemeinschaft" ausgegrenzt und zu Volksfeinden erklärt. Mit der totalen "Gleichschaltung" des Staatsapparates wie des gesamten öffentlichen Lebens hatten die Nazis die völlige Unterwerfung des bürgerlichen Lagers durchgeführt, von da an herrschte weithin Friedhofsruhe im Land. Die Kriegsvorbereitungen konnten beginnen, und zugleich durften sich nun viele Unternehmer schamlos bereichern bei der -"Arisierung" genannten - Enteignung der Juden.

Die Reichspogromnacht war alsdann die Generalprobe für das weitere gewaltsame Vorgehen der Nazis. Sie lieferte ihnen den Beweis, daß ihrer Willkür und Brutalität keine Grenzen mehr gesetzt waren, daß die Menschen an Gewalt und Terror gewöhnt werden konnten, daß nun mit dem Angriffskrieg zur Unterjochung aller Nachbarvölker begonnen werden konnte; daß der Weg frei war, der dann nach Auschwitz und zu millionenfachem Massenmord führte.

Wir aber müssen zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht Lehren aus unserer Geschichte ziehen:

* Haß und Hetze gegen Minderheiten, Andersgläubige oder -denkende bedrohen nicht nur die unmittelbar Betroffenen. Sie gefährden den Frieden, die Demokratie und letztlich jeden in unserer Gesellschaft.

* Die Menschenrechte, die demokratischen und humanistischen Prinzipien und das im Grundgesetz verankerte Verbot jedweder Diskriminierung müssen, ebenso wie das Grundrecht auf Asyl, zu unantastbaren, umfassend anzuwendenden Normen unserer Gesellschaft werden.

* Den Opfern der Pogromnacht und den Toten des antifaschistischen Widerstandes werden wir am besten gerecht, wenn wir heute für Frieden, Abrüstung und Völkerversöhnung, für die Achtung der Menschenrechte und der Menschenwürde eintreten. Das entspricht auch dem Vermächtnis des antifaschistischen Widerstandes.

* Wir verwahren uns gegen jede Geschichtsklitterung, vor allem gegen die Behauptung, Pogrom und Holocaust seien Verbrechen, wie sie anderswo auch vorgekommen seien. Wir treten denen entgegen, die "endlich einen Schlußstrich ziehen" und die finstersten Jahre unserer Geschichte in Vergessenheit geraten lassen möchten. Nichts daraus lernen wollen, heißt: die Gefahr einer Wiederholung heraufbeschwören. Nur wenn wir unsere Verbundenheit mit den Opfern zum unverzichtbaren Bestandteil unserer politischen Kultur machen, dienen wir der Zukunft unseres Landes und unseres Volkes.

* Die NPD sowie alle weiteren neofaschistischen Parteien und Organisationen müssen verboten werden. Dasselbe gilt für Publikationen und Filme, die Ausländerfeindlichkeit sowie Rassen- und Fremdenhaß propagieren.

Wir fordern dazu auf, in diesem Sinne des 50. Jahrestages der Reichspogromnacht überall in der Bundesrepublik in vielfältiger und angemessener Weise zu gedenken.

Erstunterzeichner: Heinrich Albertz - Esther Bejarano, Sängerin, Auschwitzkomitee in der Bundesrepublik e.V. - Karin Benz-Overhage, Gewerkschaftssekretärin IG Metall - Irmela Brender, Schriftstellerin - Fritz Bringmann, Generalsekretär der Amicale Internationale de Neuengamme, 2. Vors. der Arbeitsgemeinschaft Neuengamme für die BRD e.V. - **Bernt Engelmann** - **Ralph Giordano**, Fernsehjournalist, Schriftsteller - **Christian Götz**, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der Gewerkschaft HBV - **Max von der Grün** - **Paul Grünewald**, Lagergemeinschaft Buchenwald - **Peter Härtling**, Schriftsteller - **Gert Heidenreich**, Schriftsteller, Mitglied im Präsidium des P.E.N.-Zentrums der BRD - **Detlef Hensche**, Gewerschaftssekretär IG Druck und Papier - **Dr. Werner Holtfort**, Mitglied des Nieders. Landtages, Rechtsanwalt und Notar - **Heinz Junge**, Generalsekretär des Sachsenhausenkomitees der BRD - **Dr. Peter M. Kaiser**, Präsidium der Forschungsgemeinschaft 20. Juli e.V. - **Eugen Kessler**, Vorsitzender der Lagergemeinschaft Dachau der BRD - **Karlheinz Koppe**, Vizepräsident der katholischen Friedensbewegung Pax Christi - **Dr. Helmut Kramer**, Richter am Oberlandesgericht - **Prof. D. Walter Kreck** - **Prof. Dr. Reinhard Kühnl** - **Dieter Lattmann**, Schriftsteller - **Mechthild Middeke**, Gewerkschaftssekretärin - **Gertrud Müller**, Sprecherin der Lagergemeinschaft Ravensbrück, Vizepräsidentin des Internationalen [illegible]ück-Komitees - **Jan Niemöller**, Vors. Richter a.D. - **Leoni Ossowski**, Schriftstellerin - **Jürgen Planert**, DGB Jugendbildungsreferent Hessen - **Susanne von Paczensky**, Autorin - **Prof. Dr. Norman Paech** - **Prof. Dr. Jürgen Redhardt**, Bundesvorstand der VVN-Bund der Antifaschisten - **Ernst Richter**, Gewerkschaftssekretär - **Horst Richter**, Gewerkschaftssekretär - **Joseph C. Rossaint**, Präsident der VVN-Bund der Antifaschisten - **Peter Seeger**, DGB-Gewerkschaftssekretär - **Johannes Mario Simmel** - **Dorothee Sölle** - **Christa Springe**, Pastorin - **Joachim Schwammborn**, Bundesvorsitzender der VDJ in der BRD und Berlin(West) - **Prof. Dr. Peter Starlinger**, Universitätsprofessor - **Helmut Stein**, Präsidium der VVN-Bund der Antifaschisten - **Inge Stolten**, Autorin - **Ulrich Vultejus**, Bundesvorsitzender der HU, Mitglied des Bundes- und des niedersächsischen Landesvorstandes der Richter und Staatsanwälte in der ÖTV

Name Vorname Funktion*) Anschrift Unterschrift

Name Vorname Funktion*) Anschrift Unterschrift

*) Die Angabe zur Funktion dient nur zur Information.

Verantwortlich: Helmut Stein c/o VVN-Bund der Antifaschisten, Rossertstraße 4, 6000 Frankfurt/M. 1 (30. Juni 88)

Haftprüfung für Ulla Penselin

Am 19.8.88 fand vor dem Oberlandesgericht in Düsseldorf ein mündlicher Haftprüfungstermin für die seit acht Monaten in U-Haft sitzende Ulla Penselin statt. Die Entscheidung über die Haftfortdauer bis zum Prozeßbeginn im Frühjahr 1989 wurde auf das Ende der folgenden Woche vertagt. Ulla hat zu den in der Anklageschrift erhobenen Vorwürfen konkret ihre Sicht der Dinge dargelegt und die ohnehin brüchige „Beweislage" weitgehend durchlöchert. Der Bundesanwaltschaft blieb nach Ullas Ausführungen als letztes und einziges Argument für die Haftfortdauer nur die herbeigeredete „Verdunklungsgefahr", da Ulla nicht bereit war, Namen zu nennen und Strukturen aufzuzeigen und somit die Aufklärung der ihr vorgeworfenen Tatbestände verhindern wolle.

Ingrid Strobls Haftprüfungstermin vor dem Oberlandesgericht in Düsseldorf wird im Verlauf der nächsten Woche stattfinden.

Am 7.7.88 wollte der Sprecherrat der Uni München in Zusammenarbeit mit dem Fachschaftsrat Medizin eine Solidaritätsveranstaltung zu den Themen Gentechnologie, Bevölkerungspolitik, Sextourismus und den Verhaftungen von Ulla und Ingrid durchführen. Zur Veranstaltung wurde u.a. aufgerufen von der Bayerischen StrafverteidigerInneninitiative, dem Frauenreferat der katholischen Stiftungshochschule und der Stadt- und Landtagsfraktion der Grünen. Die Veranstaltung wurde auf Anweisung von oben vom Kreisverwaltungsreferat der Stadt München verboten und nach einigem juristischen Hin und Her 15 Minuten vor Beginn vom Verwaltungsgericht München erlaubt. Gegen die Kontaktadresse auf einem der Aufrufflugblätter, den Infoladen München, wurde ein Ermittlungsverfahren nach § 129a eingeleitet wegen „Werbung für eine terroristische Vereinigung".

In Hamburg war vom Festausschuß „Maria Himmel" vor dem mündlichen Haftprüfungstermin von Ulla ein „Fest am Knast" in den Grünanlagen direkt vor dem UG geplant. Zweimal wurde das Fest angemeldet, zweimal lehnte die Genehmigungsbehörde ab mit dem Hinweis auf „für Feste ausgewiesene Flächen" in den Grünanlagen, die allerdings außer Sicht- und Hörweite der Gefangenen liegen. Parallel dazu wurde jetzt eine Kundgebung angemeldet, die (bis Redaktionsschluß) bisher mündlich genehmigt wurde. Die Kundgebung wird auf jeden Fall am 21.8.88 stattfinden und vom anschließenden Picknick in der Sonne läßt sich hoffentlich niemand abhalten.

ZF

Diäten, Honorare und Doppelverdiener

Gelacht haben wir ja alle, als der hessische Landtag nach langem, aber vergeblichem Flügelschlagen auf den Abgeordnetenbäuchen landete und sein Selbstbedienungsgesetz wieder aufheben mußte. Aber die story gibt noch mehr her, wenn man sich darin vertieft. Gegen die Stimmen der Grünen hatten sich die Parlamentarier in Wiesbaden Anfang Februar ein neues Diätengesetz gegeben. Die bewährte Methode, nach der man handelte, wurde von Landtagspräsident Jochen Lengemann (CDU) so beschrieben: *„Seit 1978 war gesagt worden: zu Beginn jeder Wahlperiode abräumen, damit's wegkommt."* („FR", 30.6.88) Man richtete sich nach dem Vorbild derjenigen, die bis April 1987 Mehrheitspartei gewesen waren: nach dem Vorbild der Sozialdemokraten also. Am 29.7.88 war alles wieder vorbei. Einstimmig hob der Landtag das Gesetz wieder auf. Es war die Forderung der Grünen, die die Altparteien schließlich befolgten, nachdem sie zuvor buchstäblich alles versucht hatten, ihr zu entgehen. Erfolgreiche Realpolitik einer Minderheit gegen die ganz große Greifer-Koalition: Es klappt, wenn man außerparlamentarische Unterstützung genießt.

Die kam in diesem Fall vom bieder-bürgerlichen Bund der Steuerzahler. Ein von diesem Verein in Auftrag gegebenes Gutachten machte der „Spiegel" am 27.6. bekannt: Maßlosigkeit, Bereicherung, Verfassungswidrigkeit lauteten die Prädikate des Staatsrechtlers von Arnim, der die sicher nicht unberechtigte Vermutung äußerte, die Hessen würden einen Durchbruch für andere Parlamentarier organisieren. Weiter hatte der Gutachter bemängelt, daß die Diätenerhöhung mit falschen Zahlen und Berechnungen gerechtfertigt wurde, daß sie den Landeshaushalt drei- bis viermal so stark belasten würde wie behauptet und daß die Gesetzesvorlage, die das Parlament verabschiedete, chaotisch und undurchschaubar war: *„ein Torso aus Halbsätzen, Einfügungen und Streichungen"*. Erst zwei Monate später *„stand im Gesetzblatt, was die Abgeordneten beschlossen hatten."* Damit hat es seine besondere Bewandtnis, wenngleich es keine Entschuldigung ist: Daß sie zulangten, wußten die Volksvertreter sehr gut.

Die Kritisierten reagierten routiniert und setzten eine Kommission ein. Die Grünen forderten Anfang Juli die Aufhebung des Gesetzes und drohten mit einer Verfassungsklage, die Steuerzahlervereinigung winkte mit dem Zaunpfahl eines Volksbegehrens — populistisch aber un- nigung winkte mit dem Zaunpfahl eines Volksbegehrens — populistisch aber unwirksam, da die Verfassungsväter wohlweislich Geldfragen für Plebiszite ausgeklammert haben. Das nächste kleine Zugeständnis der Altparteien hieß, man wolle das Diätengesetz „in neun Punkten revidieren". Während die Medien „deutliche Korrekturen" wünschten, fühlte sich der repräsentationsfreudige Lengemann immer noch so sicher, daß er seinem persönlichen Referenten, wahrscheinlich einer derjenigen, die das Diätengesetz konkret ausgearbeitet hatten, eine neue Abteilung in der Landtagsverwaltung einrichtete. Am 12.7. stimmten die Altparteien den Aufhebungsantrag der Grünen nieder, und der CSU- Fraktionsgeschäftsführer Jung erlaubte sich einige scharfzüngige, aber voreilige Seitenhiebe auf innergrüne Finanzmanipulationen und -skandale.



Von der Öffentlichkeit nahezu unbemerkt haben die hessischen Landtagsabgeordneten dem Steuerzahler tief in die Tasche gegriffen. Gegen die Stimmen der Grünen genehmigten sich CDU, SPD und FDP im Februar eine üppige Erhöhung ihrer Diäten und Kostenpauschalen. Damit sind die hessischen Landtagsabgeordneten „Spitze". Ein vom Bund der Steuerzahler in Auftrag gegebenes Gutachten zur Selbstbedienung der hessischen Parlamentarier liegt nun vor. Es sieht die „Grenzen des Vertretbaren" überschritten und fordert eine Neuregelung des Abgeordnetengesetzes. Wenn Politiker sich unkontrolliert und ungeniert aus den Steuertöpfen bedienten, stehe deren „Glaubwürdigkeit und Vertrauenswürdigkeit" auf dem Spiel. Die FR veröffentlicht das Gutachten von Hans Herbert von Arnim, Professor für Öffentliches Recht an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, in Auszügen. Es erscheint in Kürze als Taschenbuch in der Edition Interfrom, Verlag A. Fromm, Osnabrück.

schenbuch in der Edition Interfrom, Verlag A. Fromm, Osnabrück.



Bilder: Vollmer / dpa

Dann machten die Grünen bekannt, daß Landtagsvizepräsident Lang (SPD) das Gesetz eigenmächtig vor der Drucklegung verändert hatte: Im Wortlaut, wie er vom Parlament beschlossen worden war, hatte sich „ein Fehler" befunden, der nicht den *Intentionen* der Gesetzgeber entsprochen hatte. Um einem erneuten Gesetzgebungsverfahren im Landtag zu entgehen, hatte sich Lang selbst ans Werk gemacht und den „Fehler" eliminiert. Die Pressemeldung war nur kurz, reichte aber aus, daß Lang fünf Tage später das Handtuch schmiß und auch gleich sein Mandat niederlegte. Dafür wurde er von der SPD-Fraktion in allen Ehren verabschiedet: hochverdienter Mann, unermüdlich im Dienst des Gemeinwesens usw.

Logisch, daß die Grünen nun den Rücktritt auch von Lengemann forderten. Einen entsprechenden Antrag wies die Mehrheitskoalition diszipliniert zurück, und doch mußte sich der Parlamentspräsident 48 Stunden später ins Unvermeidliche fügen. Landesvater Wallmann hatte sich in die Posse eingeschaltet, um „seinen Freund" höflich hinauszukomplimentieren, obwohl ihn doch *„keinerlei Verantwortlichkeit* traf, wie der CDU-Fraktionsvorsitzende Nassauer trefflich formulierte. Denn *Verantwortlichkeit* war dem verantwortlichen Lengemann tatsächlich fremd. Der Ministerpräsident zog die Notbremse: Um Schaden von der CDU abzuwenden, sollten die Abgeordnetendiäten eingefroren werden. Das war, obwohl es so aussah, noch nicht der status quo ante (Zustand vor der Gesetzesänderung), sondern der allerletzte Versuch, etwas von der Sahne zu retten. Umsonst: Die Altparteien mußten ihre Unterschrift unter den Entwurf der Grünen setzen, der das Gesetz aufhebt und nichts weiter. Eine kurz zuvor noch verweigerte Sondersitzung des Landtags fand in der Sommerpause statt, am 28.7. war alles vorbei. Ein neuer Bereicherungsversuch soll Ende dieses bis Mitte nächsten Jahres unternommen werden.

Über Wallmanns plötzliches Einschwenken auf die grüne Linie fühlte sich sein Koalitionspartner FDP „düpiert", und auch die SPD war sauer. Verständlich, denn unter Börner gab es keine solchen Schwankungen. Auf den konnte man sich noch wirklich verlassen: ein Sozialdemokrat — ein Wort. Obendrein wurde der Verzicht für die SPD-Fraktion nicht einmal durch die Notwendigkeit, eine Regierung verteidigen zu müssen, erleichtert. Zu Recht flucht Heide Wieczorek-Zeul, weil es außer den Grünen keine Opposition im Landtag gegeben hat. Aber sie hat ziemlich lange gebraucht, bis sie an die Öffentlichkeit ging, was ihr eine Lehre sein sollte: noch ein solcher Fehler, und das EnkelInnen-Image ist auch futsch.

Weil die Abgeordneten ohne jede Reue ihren Rückzieher machten, räsonierte die Presse, was sie eigentlich dazu bewogen hatte. Druck aus den eigenen Reihen wurde vermutet, *„Walter Wallmann hat erkannt, welche Sprengladung in Wiesbaden herumliegt."* („FR", 23.7.) Ob es auch die Rundschau erkannte? Ein nachträglich, zwischen parlamentarischer Beschlußfassung und Drucklegung, manipuliertes Gesetz war rechtlich natürlich überhaupt nicht haltbar. Daß so etwas möglich ist, kann allein schon als Sensation gelten. Selbstverständlich mußten auch die Parlamentspräsidenten Lengemann und Lang, die den Putsch heimlich veranstalteten, den Hut nehmen, wobei man sich fragt, warum sie nicht bestraft werden.

Macht macht erfinderisch

Es ist wirklich notwendig, sich ein paar Zahlen des geplatzten Diätenwerks zu Gemüte zu führen. Dazu muß man zunächst wissen, daß sich die Abgeordnetengelder aus einem (steuerpflichtigen) Quasi-Gehalt, „Entschädigung" genannt, und einer (steuerfreien) Kostenpauschale, „Aufwandsentschädigung" genannt, zusammensetzen. Beide Komponenten gehen offenbar davon aus, daß die Demokratie diesen Menschen Schaden zufügt, der finanziell wiedergutgemacht werden muß. Was das Quasi-Gehalt oder die „Grunddiät" angeht, so sah die hessische Novelle, die ab 1.3.88 in Kraft trat, einen Betrag von 6.500 DM vor, der sich 1989, 90 und 91 um jeweils 500 DM erhöhen sollte, so daß 1991 monatlich 8.000 DM erreicht wären. Da sich die Hessen seit einem ähnlichen Coup 1981 dreizehn Monatsgehälter gewähren, hätten sie zwischen 1979 und 1991 eine über 75prozentige Steigerung erreicht — ein *„gewaltiger Niveausprung"*, wie von Arnim gutachtet (Zahlen nach „FR" vom 11.7.88).

Um die Grundausstattung zu komplettieren, kommt eine großzügige Aufwandsentschädigung je nach Entfernung des Wohnorts vom Sitz des Landtags hinzu: mindestens 4.000 DM, höchstens 5.400 DM monatlich. Pauschal. Mit diesen Beträgen liegen die hessischen MdLs bundesweit an der Spitze, d.h. noch vor dem Bundestag. Aber der Spaß fängt ja jetzt erst an, mit Nebenverdiensten, Übernachtungsgeldern, Übergangsgeldern, Altersversorgung, Arbeitslosenversicherung („de luxe"), Sterbegeldern etc. In diese Materie wollen wir uns lieber nicht vertiefen.

Besonderes Augenmerk verdienen die Regelungen für parlamentarische Funktionsträger, d.h. für die Mitglieder des Landtagspräsidiums und die Fraktionsvorsitzenden. Für den Landtagspräsidenten und die Fraktionsvorsitzenden sieht die Novelle schlicht die doppelte Grunddiät vor, d.h. 1988 monatlich 13.000 DM und 1991 monatlich 16.000 DM, dies alles natürlich dreizehn Mal im Jahr. Beim Ausscheiden eines ehemaligen Funktionsträgers aus dem Landtag wird dieses Salär bis zu drei Jahren (je nach Länge der Parlamentszugehörigkeit des Betreffenden) als sog. „Übergangsgeld" weitergezahlt. Da ist es leicht möglich, daß der Steuerzahler solchen Leuten mal eben eine halbe Million hinterherschmeißt — ganz unabhängig von der Pension oder davon, ob der Betreffende nachher einen anderen Job, beispielsweise in der Wirtschaft, ausübt. So großzügig sind nicht einmal die Übergangsgelder für ehemalige hessische Minister.

Fraktionsvorsitzende und Präsidiumsmitglieder brauchen aber auch, unabhängig von dem Büro und anderen Sachleistungen, die sie selbstverständlich gestellt bekommen, eine höhere Aufwandsentschädigung: Auf die 4.000 bis 5.400 DM nochmal 2.700 DM obendrauf, also bis zu 8.100 DM monatlich. Das läßt entsprechende Regelungen im Bundestag locker hinter sich, fragt sich nur, wie lange noch. Noch schärfer wird es, wenn jemand nacheinander Minister und Fraktionsvorsitzender oder umgekehrt war. Hier können nicht nur die Ansprüche, die sich aus beidem ergeben, unabhängig voneinander bezogen werden, es existiert so etwas wie eine Leistungsspirale. Irgendwie bestärkt sich das gegeneinander, schaukelt sich aneinander hoch, locker werden 20 Mille monatlich erreicht, natürlich auch als Versorgung nach dem Parlamentarierdasein, dreizehnmal jährlich und die sonstigen Einkommen unbesehen. Genug ... — wer's genau wissen will, lese das Buch, das Herr v. Arnim demnächst darüber publiziert. Und es ist ja auch alles wieder rückgängig gemacht worden.

Realos und Moralos

Irgendwie interessiert einen natürlich, an welchem Hungerbrot die MdL-Schlucker jetzt nagen müssen, wo ihnen die emotionalisierte Öffentlichkeit das Menü zusammengestrichen hat. Das ist in einer Situation, in der unsere funktionierende Demokratie wieder einmal erfolgreich einen Skandal bewältigt hat, nur schwer herauszubekommen. Aus Nebensätzen erfährt man immerhin, daß auch die alte, wieder inkraftgetretene Regelung ihre verfassungsrechtlichen Tücken hat. Die „FR" (29.7.) gibt eine Grunddiät von 6.300 DM und eine *„ebenfalls niedrigere Kostenpauschale"* bekannt. Sagen wir also, 3.000 bis 4.000 DM Kostenpauschale, steuerfrei. Vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Nassauer erfahren wir („FR", 26.7.), daß diese Kostenpauschale für die „Funktionsträger" in doppelter Höhe gewährt wird. Ein Fraktionsvorsitzender bekommt also nach der alten und wieder eingesetzten Regelung diese 6.300 DM (brutto) plus ungefähr nochmal so viel Pauschale (netto), Kleinigkei- 6.300 DM (brutto) plus ungefähr noch-mal so viel Pauschale (netto), Kleinigkeiten wie die Übernachtungsgelder etc. nicht eingerechnet.

Ein Fraktionsvorsitzender, der früher Minister war, bekommt als Übergangsgeld erstmal drei Monate lang sein Ministergehalt (15.000 DM) weiter, dann noch eine Zeitlang das halbe Gehalt, Pensionsansprüche lassen wir mal außen vor. Gemessen an dem, was Joschka Fischer mit der Februar-Novelle gewinkt hätte, hat er sich sehr standhaft und unbestechlich gezeigt. Gemessen an dem, was der ehemalige Umweltminister auch so erhält, ist der Aufstand eigenartig, den er persönlich im Frankfurter Kreisverband der Grünen anleitete, weil sein Kontrahent Manfred Zieran 8.800 DM angeblich unrechtmäßig aus einem Prozeßfonds der Partei abzweigte.

8.800 DM: Zieran nahm sie von der Bundespartei der Grünen als Honorar für 16 Monate Recherchen und Archivierungsarbeiten gegen den Hoechst-Konzern. Der ehemalige Frankfurter Stadtverordnete, später einige Zeit als Angestellter der Römer-Grünen beschäftigt, war arbeitslos, als er dieses Honorar in Anspruch nahm. Für die innerparteilichen Angelegenheiten der Grünen ist der Streit darüber, ob sein Vorgehen im Einklang mit den Beschlüssen des Bundesvorstandes war oder nicht, natürlich nicht unwichtig. Aber in diesem Streit, den die Medien begierig aufgriffen, beliebte es den Gegnern des Fundamentalisten, moralisch zu argumentieren. In Übereinstimmung mit der Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols ist moralisch einwandfrei, was mit dem geltenden Gesetz und den Parteibeschlüssen konform geht. Gefragt wird nicht, was der eine zuviel und der andere zuwenig zum Leben hat. Hier erlaube ich mir einen anderen Standpunkt.

Es interessiert mich nicht konkret, was Fischer verdient und wieviel er davon noch, sich ungeliebten Traditionen beugend, an irgendwelche Ökofonds abführt. Es interessiert mich sehr wohl, wenn er sich als Gralshüter der Moral gegen Zieran aufspielt, denn diese Moral kann nur eine spießbürgerliche sein. Festzuhalten bleibt: Auch in den Grünen fangen die Bonzen an, den Arbeitslosen Vorhaltungen zu machen.

de., Frankfurt

Das Jahr der weißen Taube?



„Ich denke, daß wir jetzt eine Situation haben, in der wir feststellen können, daß sich auch hier, an den Brennpunkten unseres Planeten, reale Möglichkeiten für eine Lösung dieser regionalen Probleme, für die Lösung auch anderer Knoten, und zwar auf der Basis eines politischen Herangehens, auf der Basis eines Interessenausgleichs ergeben haben. (...) Ich denke, wenn Sie meine Überlegungen als ungerechtfertigten Optimismus oder als Wunschdenken auffassen würden, wäre das falsch. Ich möchte Sie daran erinnern, wie es vor drei Jahren war und wie es heute aussieht. Die Situation hat sich wesentlich geändert. Es bieten sich Möglichkeiten zur politischen Lösung aller dieser Konflikte."

So Gorbatschow bei einer Pressekonferenz am 1. Juni am Rande seines Gipfeltreffens mit Reagan. In der Tat scheint bei oberflächlicher Wahrnehmung ein Jahr der Friedensverhandlungen und der Friedensschlüsse angebrochen: + Im Golfkrieg herrscht Waffenruhe; eine Wiederaufnahme des Krieges zwischen den erschöpften Gegnern ist unwahrscheinlich. + Aus Afghanistan zieht die UdSSR ihre densschlüsse angebrochen: + Im Golfkrieg herrscht Waffenruhe; eine Wiederaufnahme des Krieges zwischen den erschöpften Gegnern ist unwahrscheinlich. + Aus Afghanistan zieht die UdSSR ihre Truppen neun Jahre nach dem Einmarsch zurück. + Alle vier Fraktionen des kambodschanischen Bürgerkriegs sitzen erstmals am Verhandlungstisch, um über die Bildung einer Koalitionsregierung zu sprechen. Vietnam hat den Rückzug seiner Truppen bis spätestens Ende 1989 angekündigt. + Südafrika holt seine Soldaten aus Angola zurück. Namibia soll 1989 unabhängig werden, es sollen freie Wahlen stattfinden. Auch der Rückzug der Kubaner aus Angola steht nahe bevor. + In Nicaragua wurde ein Waffenstillstand zwischen der Regierung und den Contras geschlossen. + Verhandlungen auch um das Schicksal der Westsahara, um das geteilte Zypern, zwischen Libyen und dem Tschad, zwischen Äthiopien und Somalia finden statt.

Hat wieder einmal eine „Zeit der Entspannung" begonnen? Hat das „neue Denken" in die internationalen Beziehungen Einzug gehalten? Gibt es einen Trend von der Konfrontation zur Kooperation? Inwiefern ist dieser Trend im Gegensatz zu früheren Zyklen unumkehrbar? Besteht ein gemeinsames Interesse von USA und UdSSR, die Lösung regionaler Konflikte zu fördern und ihre entsprechenden Anstrengungen zu koordinieren? Gibt es in diesem Sinn eine Wechselbeziehung zwischen den einzelnen Regionalkonflikten und Verhandlungsprozessen, globale Tauschgeschäfte zwischen den Supermächten? Oder sind die USA in der Lage, eine imperialistische „Pax Americana" zu erzwingen, während sich die UdSSR weltweit auf dem Rückzug befindet?

Afghanistan: Kein bißchen Frieden

Am 14. April wurde in Genf ein Paket von Verträgen unterzeichnet, mit dem angeblich „das Afghanistan-Problem geregelt" worden sein soll. In der offiziellen UdSSR wurden diese Abkommen geradezu euphorisch abgefeiert: *„Es ist ein wichtiger Durchbruch bei der Entschärfung eines der kompliziertesten regionalen Konflikte unternommen worden..."*. Dies sei *„von immenser internationaler Bedeutung"* und zeige, *„daß das neue politische Denken in der internationalen Politik über die Psychologie der Konfrontation, über die überholten Klischees die Oberhand gewinnen kann."* Damit sei *„die Herstellung des Friedens auf afghanischem Boden in greifbare Nähe gerückt."* (Erklärung der sowjetischen Regierung, 27.4.88)

Tatsache ist jedoch: Ein Ende des seit zehn Jahren ausgetragenen *Bürgerkriegs* ist nicht in Sicht — und war auch gar nicht Gegenstand der im April so unglaublich erfolgreich abgeschlossenen Verhandlun- Tatsache ist jedoch: Ein Ende des seit zehn Jahren ausgetragenen Bürgerkriegs ist nicht in Sicht — und war auch gar nicht Gegenstand der im April so unglaublich erfolgreich abgeschlossenen Verhandlun-gen. Dem. Rückzug der sowjetischen Truppen folgt keine Entspannung zwischen den afghanischen Konfliktgegnern, sondern die Vorbereitung auf den Entscheidungskampf. Dieser Kampf könnte sich über weitere Jahre hinziehen, denn zur Zeit scheint keine Seite in der Lage, das ganze Land unter ihre Kontrolle zu bringen und zu stabilisieren. Es zeichnet sich bisher auch keine neuartige Koalition ab, die eine „nationale Versöhnung" zustande bringen könnte.

Die *einzige* praktische Substanz des Vertragspakets vom April ist der totale militärische Rückzug der UdSSR bis zum 15. Februar 1989. Real betrachtet ist das ein einseitiger Schritt, zu dem sich die sowjetische Regierung im Prinzip schon vor den April-Abkommen bereit erklärt hatte. Das Eigeninteresse der UdSSR an diesem Rückzug war offenbar so schwerwiegend, daß sie daraus von vornherein kein Objekt im Verhandlungspoker machen konnte.

Zwar hat auf dem Papier die Regierung Pakistans umfassende Verpflichtungen zur Nichteinmischung unterschrieben. Danach dürfte sie die afghanischen Kontras in keiner Weise mehr unterstützen, nicht einmal indirekt fördern, nicht einmal ermuntern. Tatsache ist jedoch, daß sich an der Funktion Pakistans als Basis und Hinterland der Kontras absolut nichts geändert hat. Zwar hatte Gorbatschow noch vor Vertragsabschluß gedroht, *„daß der Abzug der sowjetischen Truppen notwendigerweise an die Nichtzulassung der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans geknüpft wird"* (8.2.88), aber das erweist sich als leeres Gerede. Ebenso die wiederholten Ankündigungen der UdSSR, daß man angesichts der vielen eindeutigen Verstöße Pakistans gegen die April-Abkommen den Zeitplan des sowjetischen Abzugs revidieren oder sogar „Gegenmaßnahmen" ergreifen könnte. Auf der anderen Seite beteuern die sowjetischen Politiker und Militärs immer wieder, daß man sich exakt an den Zeitplan hält, daß die sowjetischen Truppen von sich aus generell nicht mehr an Kämpfen teilnehmen, und daß gegenteilige Berichte böse Verleumdungen seien.

Die USA haben von vornherein offen angekündigt, daß sie auf „Symmetrie" bestehen. Das heißt im Klartext, daß sie weiter die afghanischen Kontras unterstützen werden, solange die UdSSR nicht ihre militärische Hilfe (Waffenlieferungen, Ausbildung etc.) für die Regierung einstellt. Eine entsprechende Erklärung haben die USA am 14. April bei der Unterzeichnung der Abkommen übergeben.

Die *einzige* reale Veränderung in Afghanistan besteht also bisher darin, daß die UdSSR ihre Truppen zurückzieht. Das mag vernünftig und notwendig sein, aber dadurch kommt das Land dem Frieden noch keinen Schritt näher. Auch beweist Afghanistan durchaus nicht, daß in der internationalen Politik ein „neues Denken" auf der Grundlage *gegenseitiger Nichteinmischung* Einzug gehalten hat.

Das ist natürlich auch ein Problem der Interpretation. Die sowjetische Regierung scheint der Meinung zu sein, daß Militärhilfe für eine etablierte Regierung keine unzulässige Einmischung ist, sondern daß nur die Unterstützung regierungsfeindlicher Kräfte zu ächten sei. Die Frage ist aber, ob sie dieses eigentlich konservative Prinzip, das ihr in Afghanistan oder Nicaragua gelegen kommt, wirklich *weltweit* zur Richtschnur ihres Handelns machen will.

Kampuchea: Wohin mit den Roten Khmer?

Kampuchea: Wohin mit den Roten Khmer?

Von allen regionalen Konflikten kommt Kampuchea dem afghanischen Modell am nächsten: auch dort besteht bisher das einzige praktische Resultat in einem einseitigen Truppenabzug. In diesem Fall sind es die Vietnamesen, die sich bedingungslos verpflichtet haben, spätestens bis Ende 1990 alle Einheiten zurückzuholen. Ein wesentlicher Grund für diesen einseitigen Schritt ist, daß Vietnam wirtschaftlich in einer katastrophalen Lage ist, aber nicht mit westlicher Hilfe rechnen kann, solange seine Intervention in Kampuchea nicht beendet ist.

Vietnam war Ende 1978 in das Nachbarland einmarschiert, um das Terrorregime der Roten Khmer zu stürzen. Die Anwesenheit vietnamesischer Truppen war dann zum Dauerzustand geworden, weil die neue Regierung sich nicht aus eigener Kraft stabilisieren konnte.

Anders als in Afghanistan gibt es in Kampuchea immerhin einen Verhandlungsansatz zwischen den Konfliktparteien. Das sind insgesamt vier: außer der Regierung in Pnom Penh und den Roten Khmer noch die Kräfte des früheren neutralistischen Königs Sihanouk und die konservative Gruppe Son Sanns. Sie haben sich Ende Juli in der indonesischen Hauptstadt erstmals getroffen, konnten sich allerdings noch nicht einmal auf ein gemeinsames Kommunique einigen.

Die mit Abstand stärkste Fraktion der bewaffneten Opposition sind nach wie vor die Roten Khmer. Ihre Basis ist in erster Linie Thailand, unterstützt werden sie vor allem von China. Von der UNO sind sie immer noch als legitime Regierung Kampucheas anerkannt. Andererseits möchte sie kaum jemand noch einmal in einer dominierenden Stellung sehen, nachdem ihre von den Vietnamesen beendete kurze Herrschaft völkermordartige Exzesse hervorgebracht hatte. Die USA, die EG, die Nachbarstaaten Indochinas (ASEAN), und zunehmend wohl auch China favorisieren eine Koalition unter Führung Sihanouks. Da auch Vietnam und die derzeitige Regierung in Pnom Penh, und neuerdings sogar die Roten Khmer, eine zentrale Stellung Sihanouks als Führer einer Vierer-Koalition zu akzeptieren scheinen, könnte eine Verständigung möglich sein.

Der Teufel steckt aber noch im Detail. Erstens ist einigen Beteiligten die Frist für den Rückzug der Vietnamesen noch zu lang. In diesem Punkt sollte ein Kompromiß möglich sein, weil Vietnam sich schon bereit erklärt hat, im Fall einer Verhandlungslösung beschleunigt, spätestens bis *Anfang* 1990, abzuziehen. Zweitens ist umstritten, zu welchem Zeitpunkt eine Koalitionsregierung gebildet werden soll. Vietnam und Pnom Penh wollen, daß die derzeitige Regierung vorläufig im Amt bleibt und die Wahlen organisiert, aus denen die neue Regierung hervorgehen soll. Die anderen Beteiligten wollen, daß *sofort* eine provisorische Koalitionsregierung aus allen vier Parteien gebildet wird und diese dann die Wahlen durchführt. In Kampuchea soll für eine Übergangszeit eine internationale „Friedenstruppe" stationiert werden, was von Vietnam und Pnom Penh gleichfalls abgelehnt wird. Ein weiterer Streitpunkt ist die von Pnom Penh geforderte Entwaffnung der Roten Khmer als Voraussetzung einer Verhandlungslösung. Angesichts der Stärke der Roten Khmer und der Schwäche der beiden anderen Fraktionen käme das einer Vorweg-Entwaffnung der Opposition gleich. Das paßt nicht einmal Sihanouk, so sehr er sich auch sonst über die Roten Khmer beschwert. Er schlägt vor, die vier Streitkräfte zu erhalten, aber einen gemeinsamen Generalstab zu bilden. — Leichter dürfte die Einigung über Pnom Penhs Forderung fallen, daß es für vor, die vier Streitkräfte zu erhalten, aber einen gemeinsamen Generalstab zu bilden. — Leichter dürfte die Einigung über Pnom Penhs Forderung fallen, daß es für die besonders schwer belasteten alten Führer der Roten Khmer (Pol Pot, Ieng Sary) keinen Platz mehr im politischen Leben Kampucheas geben darf.

Vietnam und Pnom Penh würden sicher eine Zweierkoalition — nur mit Sihanouks Fraktion — bevorzugen, bei der das frühere Staatsoberhaupt leicht in die Rolle einer Gallionsfigur geraten könnte. Aus dem gleichen Grund schreckt Sihanouk vor einer solchen Lösung zurück. Daß die Roten Khmer und im Hintergrund China sich querlegen würden, ist selbstverständlich.

Es kann also keine friedliche Regelung ohne Einbeziehung der Roten Khmer entsprechend ihrem realen militärischen Gewicht geben. Andererseits enthält eine Machtbeteiligung der Roten Khmer das Risiko, daß der Konflikt in den Staatsapparat hinein verlagert wird und der *Bürgerkrieg* in gewandelten Formen fortgeführt wird.



Pol Pot (2. von links) und Anhänger wieder auf dem Vormarsch?

Südliches Afrika: Viele Fragen bleiben offen

Auch bei den Verhandlungen um die Konfliktpunkte Angola und Namibia steht bisher der Rückzug von Interventionstruppen im Zentrum. In Angola kämpft seit Mitte der 70er Jahre die MPLA-Regierung gegen die pro-westliche UNITA, die von südafrikanischen Interventionstruppen unterstützt wird. Um der MPLA zu helfen, hat Kuba 30.-50.000 Soldaten in Angola stationiert. Eng mit diesem Konflikt verbunden ist das Schicksal Namibias, das Südafrika entgegen den Beschlüssen der UNO immer noch besetzt hält.

Nach schweren militärischen Rückschlägen für Südafrika im letzten Herbst begann Anfang Mai dieses Jahres eine Serie von Gesprächen zwischen Angola, Südafrika und Kuba — mit den USA als akzeptierter Vermittler, obwohl sie massiv die UNITA unterstützen und folglich selbst Partei im Konflikt sind.

Im Juli kam ein Abkommen, offiziell „Grundsatzerklärung" genannt, zustande. Die Hauptpunkte sind: 1. Verwirklichung der UN-Resolution 435 von 1978. Das bedeutet Unabhängigkeit Namibias durch „freie und faire Wahlen". Über den Zeitplan soll zwischen den Beteiligten noch verhandelt werden. 2. Zunächst Verlegung kubanischer Truppen nach Norden, dann schrittweiser Totalabzug aus Angola unter Überwachung des UN-Sicherheitsrats. 3. *„Nichteinmischung in interne Angelegenheiten von Staaten"*. Das bedeutet, wie im Einzelnen aufgeführt wird, Respektierung von Grenzen und Souveränität, Unterlassung von Drohungen und Gewalt, sowie auch *„nicht zu erlauben, daß ihr Gebiet für Kriegshandlungen, Angriffe oder Gewalt gegen andere Staaten genutzt wird."*

Im letzten Punkt des Abkommens wird die *„Anerkennung der Vermittlerrolle der USA"* noch einmal ausdrücklich ausgesprochen — was diese selbstverständlich nicht hinderte, sofort zu verkünden, daß sie die UNITA weiter mit Waffen und Material unterstützen wollen.

Die „Grundsatzerklärung" wurde teilweise konkretisiert durch eine zweite gemeinsame Erklärung Anfang August. Sie enthält: 1. Sofortiges Inkrafttreten eines Waffenstillstands. 2. Festlegung des 1. November 1988 als Datum für den *Beginn* der Verwirklichung der UN-Resolution 435 (Unabhängigkeit Namibias). 3. Verpflichtung zum stufenweisen völligen Abzug der kubanischen Truppen aus Angola nach einem *„für alle Seiten akzeptablen Zeitplan"*. Angola und Kuba verpflichten sich, *„ein Abkommen über diesen Zeitplan bis zum 1. September 1988 zu erreichen."* Außerdem erwähnt werden *„eine Reihe praktischer Maßnahmen"*, auf die man sich geeignet habe, die jedoch in der Erklärung nicht konkretisiert werden.

Es muß festgestellt werden, daß Südafrika für den Abzug seiner Truppen aus Angola und Namibia in beiden gemeinsamen Erklärungen keine konkreten Verpflichtungen eingegangen ist; dieser Punkt wird nicht einmal erwähnt. Das ist bemerkenswert, da doch vom Rückzug der Kubaner aus Angola sehr wohl die Rede ist. Südafrika hat nach der zweiten gemeinsamen Erklärung bekanntgegeben, daß es bis zum 1. September seine Einheiten aus Angola abziehen will, und daß es am 1. November mit dem militärischen Rückzug aus Namibia beginnen will. Das sind jedoch nur einseitige Absichtserklärungen, nicht Elemente einer internationalen Vereinbarung. Südafrika könnte diesen Zeitplan ebenso einseitig wieder revidieren, wenn ihm der kubanische Rückzug nicht schnell genug geht.

Mit den beiden gemeinsamen Erklärungen ist genau das hergestellt worden, was Kuba und Angola verbal vehement abgelehnt hatten: ein „Junktim" zwi-

Mit den beiden gemeinsamen Erklärungen ist genau das hergestellt worden, was Kuba und Angola verbal vehement abgelehnt hatten: ein „Junktim" zwischen der Unabhängigkeit Namibias und dem kubanischen Rückzug aus Angola. Überdies scheint es, daß Kuba und Angola auch ihre bisherige Position aufgegeben haben, daß ein kubanischer Rückzug erst in Frage kommt, wenn die Unterstützung der UNITA durch Südafrika und die USA eingestellt wird.

Zwar untersagt die Grundsatzerklärung vom Juli dem Sinn nach selbstverständlich jede südafrikanische Hilfe für die UNITA. Sie verpflichtet aber ebenso Angola, seine Unterstützung für den ANC und die SWAPO einzustellen. Wahrscheinlich wird das eine so unverbindlich bleiben wie das andere. An dieser Stelle ist auch an die erwiesene Wertlosigkeit der entsprechenden Nichteinmischungs-Passagen in den Afghanistan-Abkommen zu erinnern. Die USA haben ohnehin sofort angekündigt, daß sie ihre Militärhilfe für die UNITA fortsetzen wollen, solange Angola von der UdSSR und Kuba unterstützt wird. Die UNITA ihrerseits hat erklärt, daß sie sich an den zwischen Angola, Kuba und Südafrika vereinbarten Waffenstillstand nicht halten wird.

Auch hier gilt also, daß von einem Ende des *Bürgerkriegs* überhaupt nicht die Rede sein kann. Erinnerungen drängen sich auf an das 1984 geschlossene Abkommen zwischen Südafrika und Mosambik, mit dem jenes sich verpflichtet hatte, die Unterstützung der konterrevolutionären RENAMO einzustellen, ohne sich freilich daran zu halten. Inzwischen hat die imperialistische Destabilisierungsstrategie gegen Mosambik das Land total in die Arme des Westens zurückgetrieben.

Nicaragua: Verhandlungen abgebrochen

Besondere Euphorie hatte bei den Freunden des „neuen Denkens" der Versuch einer Friedensregelung für Nikaragua ausgelöst. Mit dem sogenannten Equipulas II Abkommen (August 1987) schien es vorübergehend so, als wollten die fünf mittelamerikanischen Staaten Nicaragua, Honduras, Guatemala, Costa Rica und El Salvador gegen den Hegemonismus der USA an einem Strang ziehen. Vereinbart wurde ein Waffenstillstand

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

zwischen allen Konfliktparteien, die Demokratisierung der beteiligten Länder, sowie die Einstellung jeder Unterstützung für die bewaffnete Opposition in anderen Ländern. (siehe ausführliche Besprechung in AK 289 und 291). Real hingegen änderte sich nicht viel. Insbesondere hörte Honduras selbstverständlich nicht auf, den Contras sein Territorium als Basis zur Verfügung zu stellen und mit den USA eng gegen Nicaragua zu kooperieren.

Die Freunde des „neuen Denkens" sahen trotzdem *„die Weichen für einen dauerhaften Frieden gestellt"*, als im März dieses Jahres ein Waffenstillstand zwischen der Regierung Nicaraguas und den Contras vereinbart wurde. Vorgesehen war: 1. Sofortige Einstellung aller offensiven Militäroperationen im ganzen Land für zunächst 60 Tage. In dieser Zeit sollte über einen endgültigen Waffenstillstand verhandelt werden. 2. Zusammenziehung der Contras in vereinbarten Zonen. 3. Generalamnestie für ehem. Mitglieder der Somoza-Nationalgarde und für gefangene Contras. Von diesen sollte die erste Hälfte freigelassen werden, sobald die Konzentration der Contras in den vereinbarten Zonen abgeschlossen wäre. Die andere Hälfte sollte nach Unterzeichnung eines endgültigen Waffenstillstands entlassen werden. Dann erst sollte auch die Freilassung der Somoza-Leute erfolgen. 4. Weiterleitung „humanitärer Hilfe" an die Contras, um deren *„Versorgung mit Lebensmitteln und Grundgütern zu garantieren"*. 5. Verpflichtung der Regierung zur „uneingeschränkten Meinungsfreiheit". 6. Beteiligung der Contras am „Nationalen Dialog" zwischen Regierung und Opposition, sobald der Rückzug auf die vereinbarten Zonen abgeschlossen wäre. 7. Allen Personen, *„die aus politischen oder anderen Gründen das Land verlassen haben"*, wird das Recht zur Rückkehr und Straffreiheit garantiert.

Das Abkommen hielt noch nicht einmal drei Monate: Anfang Juni brachen die Contras die Verhandlungen ab. Umstritten war vor allem die Reihenfolge der einzelnen Schritte: Während für die Regierung die Entwaffnung der Contras unverzichtbare Voraussetzung für alles weitere ist, forderten die Contras Amnestie, uneingeschränkte politische Rechte und ein neues Wahlsystem *sofort*, während sie für das Niederlegen ihrer Waffen Frist bis Ende Januar 1989 wollten.

Trotz Abbruch der Verhandlungen hat die Regierung Nicaraguas den befristeten Waffenstillstand mehrmals verlängert. Auch die Contras haben wiederholt erklärt, daß sie den Waffenstillstand einhalten würden. Wahrscheinlich kommt ihnen eine Atempause in der aktuellen Situation, wo Reagan eine Wiederaufnahme der Militärhilfe parlamentarisch nicht



Antiamerikanische Demonstration in Teheran (1979)

durchsetzen kann, ganz gelegen. Inzwischen wird sogar von einer Wiederaufnahme der Verhandlungen gesprochen. Glaubt man den Bekundungen der beiden Seiten, so ist eigentlich nur noch der Schauplatz umstritten: in Nicaraguas Hauptstadt Managua, wie es die Regierung fordert, oder in Costa Ricas Hauptstadt San Jose, was dessen Präsident Arias vorschlägt, anscheinend mit Zustimmung der Contras.

Am Verhandlungsort sollte es eigentlich nicht scheitern, denn es wäre nicht einzusehen, wenn die Sandinisten nach den bisher von ihnen gemachten politischen Zugeständnissen San Jose zu einer Prinzipienfrage hochspielen würden — *falls* es eine Einigungschance gäbe. Falls es diese Chance aber nicht gibt, wofür bisher alle bekannten Tatsachen sprechen, wäre Managua genauso schlecht wie irgendein anderer Verhandlungsort.

Nahost: Es rührt sich nichts

Den Palästina-Konflikt nannte Gorbatschow beim Gipfeltreffen mit Reagan an zweiter Stelle hinter Afghanistan unter den Regionalkonflikten, deren Lösung bevorstehe. Dieser „Prozeß" sei bereits im Gang und habe zu einer „Annäherung der Positionen" geführt. Diese Annäherung sah Gorbatschow in der „Einsicht", daß zur Lösung des Konflikts eine internationale Konferenz notwendig sei.

Tatsächlich ist die Hälfte der israelischen Regierung und wohl auch etwa die Hälfte der Wählerschaft explizit *gegen* eine internationale Konferenz, in welcher Form auch immer. Die andere Hälfte, repräsentiert durch die sozialdemokratische Arbeiterpartei, würde einer Konferenz zustimmen, möchte sich aber ihre palästinensischen Verhandlungspartner selbst aussuchen dürfen, was in der Geschichte der internationalen Beziehungen einmalig ist. Das Verhandlungsergebnis steht für die Arbeiterpartei auch schon fest: Ein erheblicher Teil der besetzten Gebieten soll annektiert werden, der Rest an Jordanien abgetreten werden. Keinesfalls darf ein palästinensischer Staat entstehen.

Diese Position der Arbeiterpartei muß als *Maximum* des heute in Israel Durchsetzbaren begriffen werden. Sie wird im Prinzip auch von den USA unterstützt. Auf dieser Basis ist aber keine für die Palästinenser akzeptable Lösung des Konflikts möglich.

Von was für einer „Annäherung der Positionen" spricht also Gorbatschow? Bei seiner Pressekonferenz während des Gipfeltreffens beantwortete er auch Fragen von Journalisten. Mehrere davon bezogen sich auf das Palästina-Problem. Gorbatschow brachte es in seinen Antworten erstens fertig, nicht ein einziges Mal die PLO zu erwähnen, was kaum als Zufall zu interpretieren ist. Er sagte nämlich zweitens zu der heiklen Frage einer PLO-Beteiligung an der von ihm befürworteten internationalen Konferenz, *„daß wir nicht für die Araber entscheiden können, in welcher Form sich die Palästinenser an der internationalen Konferenz beteiligen. Mögen die Araber selbst darüber entscheiden.„* Schon der Denkansatz, die palästinensische Vertretung durch „die Araber" bestimmen zu lassen, drängt bei aller vorgespielten Liberalität den Gedanken auf, daß eine Formel unterhalb einer gleichberechtigten PLO-Beteiligung schmackhaft gemacht werden soll. Drittens bekannte sich Gorbatschow zwar verbal zum Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser, schränkte aber sofort wieder ein: *„In welcher Form das geschieht — das müssen die Palästinenser selbst gemeinsam mit ihren arabischen Freunden entscheiden."* Nun ist ja kein Geheimnis, daß die PLO einen eigenen Staat fordert. Wenn Gorbatschow, statt eindeutig diese Forderung zu unterstützen, schon wieder „die Araber" ins Spiel bringt, wird auch in diesem Punkt die Suche nach einer für Israel akzeptablen Kompromißformel deutlich. Solange aber zwischen dem Maximum des in Israel Konsensfähigen und dem Minimum des von den Palästinensern zu Akzeptierenden eine derart große Kluft besteht, wird die Suche nach Kompromißformeln zwangsläufig vergeblich bleiben.

Gorbatschows Gerede von einer „Annäherung der Positionen" zwischen UdSSR und USA im Nahostkonflikt setzt falsche Signale. Die Position der USA hat sich kein Stück bewegt, also könnte es sich allenfalls um eine „Annäherung" der UdSSR handeln. In kaum einem anderen Brennpunkt der amerikanischen Außenpolitik ist überdies so völlig sicher, daß sich durch einen Wahlsieg der Demokraten nichts ändern würde. Die *bedingungslose* Loyalität mit Israel wird in jedem Fall eine Säule der amerikanischen Politik bleiben.

Stellvertreterkriege gehen weiter

Von den großen Regionalkonflikten, deren nahe bevorstehende Lösung im Zeichen des „neuen Denkens" beschworen wird, scheint bisher einzig und allein der Golfkrieg vor dem Ende zu stehen. Das ist an sich nicht sensationell und bahnbrechend, wenn man bedenkt, daß dieser Krieg schon länger dauert als der Zweite Weltkrieg und beide Länder ruiniert hat, ohne dem militärischen Sieg einer Seite nähergekommen zu sein. Daß jeder Krieg irgendwann einmal zuende geht, kann nicht ernsthaft als Frühlingsschwalbe eines globalen „Paradigmenwechsels" von der Konfrontation zur Kooperation interpretiert werden. Außerdem war gerade dieser Regionalkonflikt im wesentlichen nicht der Ost-West-Konfrontation zuzuordnen, war folglich auch durch ein positives oder negatives „Verhandlungsklima" zwischen Gorbatschow und Reagan kaum zu beeinflussen.

Gerade die als Stellvertreterkämpfe geführten *Bürgerkriege* in Afghanistan, Nicaragua, Kampuchea und Angola werden fortgesetzt. Der Konsens zwischen USA und UdSSR über die „Nichteinmischung" beschränkt sich vorerst auf die direkte Intervention mit eigenen Kampftruppen. Dieser Konsens fällt den USA im Falle Afghanistans und Kampucheas nicht schwer, weil man gegen einen *einseitigen* Abzug der UdSSR bzw. ihres Verbündeten selbstverständlich keine Einwände hat. Etwas komplizierter ist die Lage schon im südlichen Afrika, wo *zwei* Seiten direkt interveniert haben und irgendeine Art von Tauschgeschäft ausgehandelt werden müßte. Jedenfalls verpflichtet dieses reduzierte Verständnis von „Nichteinmischung" die USA zu keinerlei Gegenleistung — einfach deshalb, weil sie derzeit in keinem Regionalkonflikt mit eigenen Kampfeinheiten *direkt* engagiert sind.

Was ansonsten noch über „Nichteinmischung" gesagt und teilweise sogar in internationale Abkommen hineingeschrieben wird, ist leeres Gerede. Die USA sind ohnehin an keinem Konfliktpunkt eine derartige Verpflichtung eingegangen. Ihre Verbündeten (Pakistan, Honduras, Südafrika) haben zwar unterschrieben, halten sich aber offensichtlich keinen Moment daran.

So, wie heute in den wichtigsten vom Ost-West-Konflikt dominierten *Bürgerkriegen* die Fronten verlaufen, ist es in allen Fällen die UdSSR, die die Regierungen unterstützt, während die USA und ihre Verbündeten der bewaffneten Opposition helfen. Die Forderung nach genereller „Nichteinmischung" richtet sich insofern einseitig an die USA, die aber mit der Hypothese von der „Symmetrie" kontern. Dagegen läßt sich letzten Endes nicht viel Überzeugendes sagen. Wenn die „Einmischung" in *Bürgerkriege* geächtet werden soll, müßte das generell und für alle Seiten gelten. Ein weltweites Tauschgeschäft wäre angesagt, bei dem beispielsweise auch die sowjetische Hilfe für die PLO oder den ANC zur Disposition stehen müßte. Chruschtschows Konzept von den zwei „Weltgendarmen", die koordiniert jeden lokalen Konfliktherd „eindämmen" und „austreten" müßten, um einen „Weltbrand" zu verhindern, wäre wieder aktuell. In der Praxis hat allerdings kein sowjetischer Politiker je so oft und lustvoll Atompoker gespielt wie gerade Chruschtschow. Ob *heute* ein globales Krisenmanagement USA-UdSSR eine realistische, durchsetzbare und kontrollierbare Perspektive wäre, — selbst mit einem Präsidenten Dukakis als Nachfolger Reagans — und ob es zweitens ausgerechnet zum Programm der UdSSR, der selbsterklärten „natürlichen Verbündeten der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen und Staaten", werden sollte, bleibt fragwürdig.

Kt., Hamburg

Will die RSA keine Atommacht mehr sein?

Südafrika will überraschend dem Sperrvertrag beitreten

Schon wieder ein Signal für den Frieden? In Wien nämlich führt der südafrikanische Außenminister Roelof Botha mit Vertretern der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion Verhandlungen über einen möglichen Beitritt Südafrikas zum Atomwaffensperrvertrag. Allerdings hat Botha inzwischen ziemlich eindeutig öffentlich erklärt, *„daß Südafrika Kernwaffen herstellen kann"* und daß er jede Auskunft darüber verweigere, ob sein Land bereits Atomwaffen besitze. (1) Aber es ist gerade der Inhalt des Atomwaffensperrvertrags, den Verzicht auf den Bau von Atomwaffen bekanntzugeben und dafür Kontrollen zuzulassen, und mögen diese noch so harmlos oder nur zum Schein sein. Botha fügte konsequenterweise auch hinzu, seine Regierung *„habe es nicht eilig, den Sperrvertrag zu unterzeichnen"*, zunächst müsse sichergestellt werden, daß der Vertrag in *„nichtdiskriminierender Weise"* auf sein Land angewendet werde. (1) Es ist die Frage, warum Südafrika überhaupt Verhandlungen über einen möglichen Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag führt.

Bereits in den 70er Jahren haben verschiedenste Sprecher Südafrikas mit dem Einsatz von Atomwaffen gedroht. 1977 bereitete Südafrika erstmals einen Atomwaffentest in der Kalahari-Wüste vor. Nachdem sowjetische und us-amerikanische Satelliten die Testvorbereitungen bekannt machten, wurde dieser Test aufgrund internationalen Drucks noch einmal verschoben. Am 22.9.1979 war es dann soweit, Israel und Südafrika zündeten gemeinsam eine Atomwaffe in der Nähe der Antarktis. Inzwischen baut Südafrika auf der Marion-Insel in der Antarktis einen großen Flughafen, den Frank Barnaby, ehemals Direktor des Stockholmer SIPRI-Friedensinstitut für den Kern eines atomaren Testgeländes hält. (2) Obwohl 1979 der US-Aufklärungssatellit VELA den Atomwaffentest einwandfrei identifiziert hatte, beteiligte sich sogar die offizielle US- Untersuchungskommission an der Vertuschungskampagne. (3)

Im Hintergrund der Verhandlungen Südafrikas in Wien steht der mögliche Ausschluß Südafrikas aus der Wiener Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) und infolge damit verschärfte internationale Forderungen nach einem Atomboykott gegen Südafrika. Eigentlich müßte dieser Ausschluß auf der diesjährigen Jahrestagung, die vom 19.-23. September stattfinden wird, vollzogen werden. Denn bereits 1987 hatte der Exekutivausschuß der IAEO mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit diesen Ausschluß empfohlen. Auf der Jahrestagung im September 1987 kündigte daraufhin der US-Energieminister an, daß sein Land die Ausschlußresolution nicht unterstützen werde, da ein *„wichtiger Schritt"* Südafrikas zu erwarten sei. Prompt kündigte Südafrikas Premierminister Botha am folgenden Tag die Bereitschaft an, in Verhandlungen über eine Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags einzutreten. Als die Sowjetunion und die übrigen Staaten des Warschauer Paktes daraufhin umfielen, verzichteten die Länder der Gruppe 77 auf die Abstimmung über ihren Ausschlußantrag, weil keine ausreichende Mehrheit mehr gesichert war. Sie kündigten aber an, ihren Antrag in diesem Jahr erneut einzubringen. (4) Und da empfahl es sich, daß zumindest jetzt zum guten Schein die Verhandlungen aufgenommen worden sind.

Daß praktisch sämtliche westlichen Industrienationen gar kein Interesse an einer solchen Verurteilung Südafrikas haben können, liegt auf der Hand. Denn keineswegs Israel allein ist an der Südafrikanischen Atombombe beteiligt: Frankreich lieferte einen Reaktor, die BRD die Patente und Ausrüstungen für die Urananreicherungsanlage Südafrikas, die seit 1975 läuft. Die Schweiz diente als Scheinlieferland und steuerte auch Anlagen und angereichertes Uran bei. Die USA, die ab und an gegen Atomgeschäfte mit Südafrika interveniert haben, sollen (mit Kanada zusammen) die Patente der gezündete Atomgranate geliefert haben, die via Israel nach Südafrika gelangten. (3)(5) Umgekehrt läuft dann durch Südafrika die illegale Belieferung diese Länder mit Uran aus Namibia.

1986 wurde der Anti- Apartheidsbewegung in der Schweiz ein offizielles US-Papier zugespielt, in dem die Politik der USA erläutert wird. Es handelt sich um ein Memorandum des für afrikanische Angelegenheiten zuständigen Staatssekretärs, Chester Crocker, an US-Außenminister Shultz. Das Papier mit dem Titel *„South Africa's nuclear weapans capability"* vom Januar 1985 schreibt über die Atomwaffenstrategie Südafrikas, daß sie für die Weißen in Südafrika *„das Vertrauen in das Überleben ihres Staates stärken und die kommunistischen Länder und deren afrikanische Satelliten von einer militärischen Intervention in der Region abhalten"* solle. Gegen feindliche Kampftruppen und deren Camps oder auch Hauptstädte solcher Länder, die diesen Kräften Unterschlupf gewährten, seien in „solchen taktischen Schlachtfeldsituationen" der Einsatz *„relativ kleiner und sauberer atomarer Neutronensprengköpfe"* geplant und dies bereits zu *„Beginn der ersten Kampfphasen ... als Abschreckungsmittel gegen weitere Aktionen"*. Crocker warnt *„vor einer offenen Darlegung der südafrikanischen Atomwaffenkapazität"*. Dies würde *„lediglich den Beziehungen der westlichen Welt mit Afrika und zahlreichen ‚geistesverwandten Drittweltnationen' schaden ... Die jahrzehntelangen Nukleargeschäfte des Westens mit Südafrika würden zum Beweis angeführt, daß der Westen, die USA eingeschlossen, das Apartheid-Regime mit diesen Fähigkeiten ausgerüstet hat, die sich zuallererst gegen die Schwarzen in Südafrika und die schwarzafrikanischen Länder jenseits der südafrikanischen Grenzen richten'. Überdies"*, so heißt es in dem Papier: *„kann die Zusammenarbeit von israelischen Nuklearforschungszentren und amerikanischen Privatfirmen mit südafrikanischen Atomforschungsinstituten kaum noch verhindert werden."* Und so empfiehlt das Papier: *„Um die eigenen Sicherheitsinteressen zu wahren, sollten die USA ihre Verbindungen mit südafrikanischen Verteidigungs- und Sicherheitsbehörden verstärken."* In Vergangenheit erfolgte Einschränkungen solcher (nuklearen) Kontakte mit Südafrika hätten nur *„schädliche Auswirkungen auf westliche Einflußmöglichkeiten gehabt und keinen politischen Nutzen auf dem afrikanischen Kontinent oder sonstwo auf der Welt gebracht."* (6)(7)

Damit ist Beteiligung und Vertuschung der imperialistischen Staaten an Südafrikas Atombombenpolitik amtlich bestätigt.

Auf der anderen Seite ist die sowjetische Politik hier mit von entscheidender Bedeutung. Und es ist keineswegs gewiß, daß sich die Sowjetunion der Verurteilung Südafrikas diesmal anschließen wird. Daraufhin direkt befragt, erklärte der sowjetische Vertreter bei den Wiener Verhandlungen, Timir Baew: *„Das ist völlig offen und hängt vom Verhalten der südafrikanischen Regierung ab."* (4) Bedenkt man die Tatsache, daß der Sowjetunion schon bisher daran gelegen war, solche Fälle weniger mit eigener öffentlicher Anklage als im „Einvernehmen" mit den USA zu regeln, bedenkt man die Tatsache, daß die Sowjetunion sogar aus Namibia stammendes Uran für westliche Staaten gegen Zahlung anreichert und bedenkt man die derzeitigen Verhandlungen mit Südafrika um den Angola-Krieg und die Tatsache, daß sich jüngst sogar südafrikanische und sowjetische Wirtschaftsvertreter getroffen haben, so dürfte es eher unwahrscheinlicher geworden sein, daß die Sowjetunion sich diesmal für den Ausschluß Südafrikas stark machen wird.

HH

> *„Weil wir eine solche Bombe haben sollten, um Angriffe von großmäuligen afro-asiatischen Staaten zu verhindern."*
>
> **Dr. Andreas Visser**, Mitglied der Atomenergiebehörde Südafrikas begründete damit im Februar 1965 die Notwendigkeit des Aufbaus eines südafrikanischen Atompotentials.
>
> *„Es wäre sehr dumm, von den Atomwaffen nicht Gebrauch zu machen, wenn es das letzte Mittel ist, sich zu verteidigen."*
>
> **Der südafrikanische Vizeverteidigungsminister** im September 1980

Anmerkungen

(1) FAZ, 15.8.88, S. 2
(2) FR, 29.12.86
(3) Die Liste der AK-Artikel zum Thema ist lang, das (immer noch erhältliche) Antimilregister des AK verzeichnet ein Dutzend Artikel dazu.
(4) s. taz, 13.8.88
(5) s. AK 293, S. 2
(6) zitiert nach WeZ, 20.6.1986
(7) ggf.s. auch UZ, 17.11.86

Daimler Benz:

Auf dem Weg zum europäischen Rüstungskonzern



1987 erregte die Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts mit ihrem Buch „Das Daimler-Benz-Buch, Ein Rüstungskonzern im ‚Tausendjährigen Reich und danach'" für einiges Aufsehen. Es war *der* Kontrapunkt zur beschönigenden Geschichtsschreibung zum 100jährigen Jubiläum. Jetzt erschient dieses Werk in einer Neuauflage als Taschenbuch. Das Vorwort zu dieser Ausgabe veröffentlichen wir hier aus aktuellem Anlaß. Wir danken den Autoren und dem Verlag, uns dies ermöglicht zu haben. ak-Red.

Es ist noch nicht lange her, da bestimmten die Vorstands- und PR-Manager der Daimler-Benz AG allein, was über die aktuelle Entwicklung ihres Hauses gesendet, geschrieben oder auf Videoband gespeichert wird. Von der Einführung einer roboterbedienten Fertigungsanlage über allfällige Firmenübernahmen bis zum fliegenden Wechsel des Vorstandsvorsitzenden fand jede Nachricht aus Stuttgart-Untertürkheim, alltäglich oder spektakulär, unhinterfragt Eingang in die etablierten Medien. Daimler-Benz war ein Markenzeichen für grundsolide Bedächtigkeit, wohlstandsadäquate Qualitätsarbeit und maßvolle Geschäftsausweitung. Die Übereinstimmung mit diesem Wunschbild nationaler Selbstwahrnehmung wurde sorgfältig gepflegt. Berichte aus den Betrieben, wonach die Unternehmensspitze mit Hilfe der neuesten Fertigungstechnologien die Arbeiter vollends in eine ohnmächtige Gruppe von Zuträgern und Beschickern verwandelt habe, stießen auf Unverständnis: grüne Spinner sollten eben nicht bei Daimler schaffen gehen. Auch die bestürzten Kommentare über den 1985 einsetzenden Akquisitionsraubzug von Daimler-Benz quer durch die bundesdeutsche Industrielandschaft und die damit zusammenhängende Entmachtung des damaligen Vorstandsvorsitzers Werner Breitschwerdt wurden als linke Systemkritik beiseite gelegt. Je mehr der Koloß Daimler-Benz über uns kommt und alles plattwalzt, desto lautstärker
und alles plattwalzt, desto lautstärker
wird er gefeiert: Resignation schien angebracht, gegen den Musterkonzern aus dem Musterländle kein Kraut mehr gewachsen zu sein. Die wenigen Kassandrarufe taten niemand weh. Man nahm sie sogar gern in Kauf, denn sie belegten ja, daß alles offen und in gewohnter Meinungsvielfalt vonstatten geht.

Mittlerweile bekamen die Kritiker Zulauf. Wohldotierte Ökonomen, Kartellwächter, Wirtschaftsredakteure und Parteivordenker reiben sich verwundert die Augen. Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats, die den Konzernherren bislang in Loyalität gefolgt waren und ihnen durch rigorose gewerkschaftliche Ausschlußverfahren gegen Arbeiterprotest den Rücken gestärkt hatten, beginnen vorsichtig auf Distanz zu gehen. Und selbst im Konzern setzt seit etwa einem Jahr bei Anlagenüberwachern, Verkäufern und Abteilungsdirektoren eine ungewohnte Debatte ein: Was hat die neue Führungsgruppe vor? Was macht aus dem gemütlichen Koloß über Nacht eine aggressive Dampfwalze? Warum wird plötzlich auf extrem riskante Einsätze gespielt? Werden neue Weichen gestellt, die gar nicht so neu sind, sondern eine überwunden geglaubte geschichtliche Kontinuität einlösen? Fragen über Fragen. Die Ereignisse lassen sich unschwer rekonstruieren. Ihre Deutung ist erheblich schwieriger.

I

Im Jahr 1985 wurde Alfred Herrhausen, damals noch einer von zwei Vorstandssprechern der Deutschen Bank und in dieser Funktion Vertreter der stärksten Aktionärsgruppe, Aufsichtsratsvorsitzender der Daimler-Benz AG. Das war an sich nichts Besonderes, denn die Deutsche Bank AG hat diese Führungsposition seit der Fusion der Aktiengesellschaften Daimler Motoren-Gesellschaft und Benz & Cie. im Jahre 1926 ununterbrochen inne. Bemerkenswerter war schon, wie sich Herrhausen sofort ins Zeug legte und binnen kurzem an Vorstandschef Werner Breitschwerdt vorbei ein neues Führungstrio aufbaute. Herrhausen, der ihm seit längerem verbundene Finanzchef des Vorstands Edzard Reuter und der für die Produktionssparte zuständige Triebwerks-und Rüstungsspezialist Werner Niefer machten sich daran, für den Konzern neue strategische Vorgaben zu zimmern.

Den Ausgangspunkt bildeten weltwirtschaftliche Überlegungen, wie sich dies für die Leitungsspitze eines von der Deutschen Bank betreuten Industriemulti gehört. Die chronische Weltwährungs- und insbesondere die Schuldenkrise der Entwicklungsländer signalisieren ein unwiderrufliches Ende des weltweiten Wachstums. Um es neu anzukurbeln, müssen die durch Bretton Woods und Gatt-Abkommen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs geschaffenen Rahmenbedingungen einer liberalisierten und von den USA allein beherrschten Weltwirtschaft revidiert werden. Die freie Wirtschaft des Westens ist dabei, in drei große Machtblöcke zu zerfallen: Japan, Nordamerika und Europa. Sobald sie das Fiasko der Entwicklungsdekaden für Afrika, Asien und Lateinamerika verdaut und abgeschrieben haben, werden sich die neuen Machtblöcke protektionistisch abschotten, um sich gegen die gefährlich gewordene Überliquidität der globalen Finanzmärkte immun zu machen. Danach wird von Japan, Nordamerika und Europa aus ein neuer Kampf um den Rest der Welt einsetzen. Gewinnen wird ihn derjenige Machtblock, der über den größten technologischen Vorsprung verfügt. Der Vorstoß in die Hochtechnologie aber setzt der Unternehmenspolitik neue Maßstäbe: Jeder Machtblock wird für sich allein die Rahmenbedingungen schaffen, damit einige seiner High-Tech-Konzerne in den zentralen Bereichen der Produktinnovation die Führung übernehmen. Die Deutsche Bank wird dafür sorgen, daß sich die bundesdeutsche Industrie dabei Schlüsselpositionen innerhalb des europäischen Machtblocks sichert. Ihren noch zögerlichen industriellen Beteiligungspartnern in Mikroelektronik (Siemens), Energiewirtschaft (RWE) usw. möchte sie an einem exemplarischen Fall vorführen, wohin die Reise im kommenden Jahrzehnt geht. Das Beispiel soll bei Daimler-Benz durchexerziert werden, denn hier sind die zu erwartenden Reibungsverluste am geringsten.
Finanzchef Reuter, seit seinem Eintritt
luste am geringsten.

Finanzchef Reuter, seit seinem Eintritt in das Automobilunternehmen im Jahre 1964 einer der Architekten des Umbaus von Daimler-Benz zum multinational produzierenden und verkaufenden Konzern, konnte dieser analytischen Vorgabe der Deutschen Bank nur zustimmen. Die Aufgabe, Daimler-Benz fast aus dem Stand vom überwiegenden Kraftfahrzeughersteller in einen Mischkonzern des Hochtechnologiesektors zu verwandeln, traf überdies auf optimale Bedingungen. Im Ergebnis eines beispiellosen Rationalisierungs- und Investitionsschubs im PKW- und LKW-Bereich, der Anfang der achtziger Jahre abgeschlossen war, hatte sein Haus riesige Umsatz- und noch größere Gewinnsteigerungen eingefahren. Die Überliquidität konnte jetzt entsprechend den neuen strategischen Leitlinien in den High-Tech-Bereich umgeleitet werden. Da Herrhausens und Reuters Analyse zufolge die Zeit drängte, tat rasches Handeln not. Ein vom Kraftfahrzeugbereich ausgehendes Hochtechnologieprogramm, wie es Breitschwerdt vorschwebte, wäre nicht nur im Kontext einer globalen Vorgabe zu „eng" ausgefallen, sondern hätte Jahre erfordert, bis es die wirksame „kritische Masse" erreicht hätte. Es schien sinnvoller, die für notwendig erachteten Kapazitäten einfach aufzukaufen. So begann sich der Reigen der Akquisitionen zu drehen. Zuerst brachte man eine Beteiligung unter Dach und Fach, die ohnehin nur auf Zeit ausgegliedert worden war: Im Februar 1985 erwarb Daimler-Benz von MAN für 680 Millionen DM die restlichen 50 Prozent des in München ansässigen Rüstungskonzerns Motoren- und Turbinen Union MTU. Im Mai war der Luft- und Raumfahrtkonzern Dornier an der Reihe, dessen zerstrittener Eignerfamilie Daimler-Benz für 500 Millionen fast zwei Drittel des Aktienbesitzes abkaufte. Im Oktober folgte eine 24,9prozentige Beteiligung am Elektrokonzern AEG, der während seiner Sanierung tief in die Hochtechnologie der Seekriegsführung eingedrungen war; der Daimler-Benz-Anteil wurde im Februar 1986 zu einer beherrschenden Position von 56 Prozent ausgebaut. In einem „Struktur-und Synergieausschuß" begann die neue Stuttgart-Untertürkheimer Führungsriege die schnellste und umfangreichste Übernahmeoperation der deutschen Wirtschaftsgeschichte in das Konglomeratkonzept einzubauen.

Seit 1985 hat die Kraftfahrzeugentwicklung, die immer noch mehr als 80 Prozent des gesamten Konzernumsatzes einbringt, keine oberste Priorität bei Daimler-Benz mehr. Selbstverständlich wurden die einschlägigen Konstruktions- und Versuchsabteilungen nicht über Nacht eingeschränkt oder gar stillgelegt: Damit die für den weiteren Konzernumbau erforderlichen Profite hereinkommen, ist auch in Zukunft die Marktführung im mittleren und oberen PKW-Bereich genauso erwünscht wie bei den allerdings weitaus weniger gewinnträchtigen Nutzfahrzeugen. Auftretende Engpässe und Rückschläge in der Kraftfahrzeugentwicklung werden aber nicht mehr so schnell aufgefangen wie früher. Die Mängelrügen häufen sich, Nachfolgegenerationen verzögern sich, die Krise der Dieselserien wird nur halbherzig zur Kenntnis genommen. Denn die neue Daimler-Benz-Spitze sieht im Ergebnis ihrer Globalanalyse für den Kfz-Bereich auf absehbare Zeit keine Wachstumsperspektiven mehr, für die sich überdurchschnittlich hoch angesetzte Entwicklungsinvestitionen noch rentierten. Innerhalb des Transportsektors hat das Kraftfahrzeug auf lange Sicht seine Führungsrolle eingebüßt. Wer im kommenden europäischen Wirtschaftsblock und bei der anschließenden Neuverteilung der weltwirtschaftlichen Ressourcen vorn sein will, muß schon jetzt die Weichenstellungen verändern. Gefragt ist ein Mischkonzern, der möglichst alle Sparten der Transporttechnologie für Straße, Schiene, Magnetbahn, Wasser, Luft und Raumfahrt auf sich vereinigt und von dieser Position aus Innovationsimpulse auf die „Geschäftsfelder" der „Transportkette" verteilt. Das ist ein vollkommen anderes Modell als das bisherige, wo Forschung, Entwicklung und Konstruktion sich vorrangig auf den PKW- und LKW-Sektor konzentrierten.

Was hat es aber mit der seit 1985 neu angestrebten Hochtechnologie auf sich? Sie soll möglichst komplex sein, soll ausgehend von Schlüsselkomponenten wie Mikroelektronik, intelligenten Sensoren,
gehend von Schlüsselkomponenten wie
Mikroelektronik, intelligenten Sensoren,
neuen Werkstoffen und neuen Antriebstechniken die gesamte Transportkette erreichen und umwälzen. Die Investitionskosten für den Aufbau eines solchen Entwicklungszentrums sind außerordentlich hoch. Sie können genauso wie die von ihm später ausgehenden Innovationskosten für die Fertigungslinien nicht mehr allein aus den laufenden Gewinnen finanziert werden. Die erste Aufkaufphase für den High-Tech-Konzern der künftigen modernisierten Transportkette konnte, so Reuter, spielend aus Eigenmitteln finanziert werden. Für die nächsten Schritte reicht die Decke der Selbstfinanzierung trotz hoher Fremdmitteleinschüsse seitens der betreuenden Deutschen Bank nicht mehr.

Genau hier kommt Werner Niefer, der Dritte im Bunde, ins Spiel. Niefer hatte sich bei MTU, der ausgelagerten Daimler-Rüstungsabteilung für Großmotoren und Triebwerke, hochgedient. Sein Übertritt in den Daimler-Benz-Vorstand kündigte schon 1976 an, daß die völlige „Repatriierung" des einstmals gewinnträchtigsten Fertigungsbereichs über kurz oder lang erfolgen würde. In Stuttgart stieg Niefer zum Chef des gesamten Produktionsbereichs auf, aber er blieb dem militärisch-industriellen Komplex der sechziger und siebziger Jahre eng verbunden. Von daher wußte Niefer, daß riskante Übergänge in die Hochtechnologie am besten von außen zu finanzieren sind, wenn zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: Rüstungsprojekte erfüllen die militärisch-technologischen Anforderungen behördlicher Auftraggeber, können aber zugleich höchst gewinnträchtig für die Technologiepolitik des gesamten Konzerns eingesetzt werden (spin off-Effekt). Die Kunst besteht in Zeiten eines für unabdingbar erachteten und aus Eigenmitteln allein nicht mehr finanzierbaren Innovationssprungs darin, möglichst viele Ministerialbudgets für Entwicklungsprojekte anzuzapfen und das Ergebnis dann in Form von Rüstungstechnologie für den behördlichen Auftraggeber und von neuen Entwicklungs- und Verfahrenstechniken zugunsten der gesamten Konzernperspektive zu verwerten. Niefer muß Herrhausen und Reuter also klargemacht haben: Wenn der Übergang zum High-Tech-Konzern der Transportkette im Rahmen der Europaplanung der Deutschen Bank beschleunigt werden soll, dann wird man in der Entwicklungsplanung, die auf die Konglomeratbildung des Konzerns folgt, auf möglichst große und langfristig garantierte Subventionen angewiesen sein. Finanzierungsspritzen von derart riesigen Ausmaßen sind nur aus den Töpfen des Verteidigungs-, des Forschungs- und des Wirtschaftsministeriums zu holen. Abgeschottet von einer kritischen Öffentlichkeit wurden Wehrtechnik und Raumfahrtförderung zu einem Deus ex machina hochstilisiert, der dem Stuttgarter Mischkonzern zu einem neuen Zentrum der Hochtechnologie verhelfen soll.

Damit waren die Weichen unwiderruflich gestellt. Inzwischen steht die letzte Szene des von Herrhausen, Reuter und Niefer verfaßten ersten Akts des neuen Daimler-Benz-Stücks bevor: die Übernahme des MBB-Konzerns, in dem neben dem Airbusprojekt die wichtigsten vom Dreizack noch nicht beherrschten Res-
dem Airbusprojekt die wichtigsten vom
Dreizack noch nicht beherrschten Res-
sourcen des militärisch-industriellen Komplexes der BRD zusammengefaßt sind. Der Ausgang schien zeitweilig ungewiß, da sich die Widerspenstigkeiten mehrten. Aber schon mit der endgültigen Einverleibung von AEG im Februar 1986 war Daimler-Benz zur symbiotisch verflochtenen Spitze der bundesdeutschen Industrie- und Rüstungslandschaft avanciert. Der größte Industriekonzern führte Ende 1985 auch schon im „Geschäftsfeld Verteidigungstechnik". Und schon lange vor dieser Arrondierung der Rüstungsinteressen unseres Lands in der Hand der neuen Führungsgruppe begann die Wehr-und Raumfahrttechnik koordinierend und neuordnend innerhalb des Daimler-Benz-Konzerns zu wirken. Im Frühjahr 1988 wurde eine neue „Geschäftsfeldstrategie" verabschiedet, die die Konzernteile vor dem Hintergrund der Symbiose von Hochtechnologie und Rüstung neu einstuft. Der Bereich Dornier wird zuständig für alle Schlüsseltechnologien, er entwirft die Planung für neue zivile Transport- und militärische Waffensysteme. Unter dieser „Systemführung" werden die jeweiligen konzerninternen Entwicklungsprioritäten mit den behördlichen Technologiefinanzierungen zusammengebracht. Der kommende „Jäger 90", der Panzerabwehrhubschrauber „PAH-2", die „gepanzerten Radfahrzeugfamilie 16-40 t Gefechtsgewicht", der Raumgleiter „Hermes", die Trägerrakete „Ariane 5" und die neuen antimagnetischen Minenkampfboote werden die ersten Resultate dieser Rüstungsentwicklungen sein. Ihre konzerninternen Impulse auf die Automatisierung und Verflüssigung der kommerziellen Transportketten werden weniger spektakulär herauskommen und kaum mit ihren militärischen Finanzierungs- und Entwicklungsbedingungen in Zusammenhang gebracht werden. Daimler-Benz wird dann zu einem führenden Konzern von europäisch-„nationaler" Bedeutung aufsteigen. Voraussetzung ist allerdings, daß alle Beteiligten mitspielen. Vor allem den Bundeswehr-Beschaffern und natürlich auch den Gefechtsfeldplanern der europäischen Nato-Streitmacht werden die Daimler-Benz-Manager im Interesse eines optimierten militärisch-zivilen Synergie-Effekts immer mehr mikroelektronisch gesteuerte und automatisierte Leitsysteme, intelligente Sensoren, antimagnetische Triebwerke und Informationssysteme aufdrängen. Die Militärs werden sich zugunsten des Herrhausen-Reuter-Niefer-Programms immer mehr mit Hochtechnologie vollstopfen. Der steuerzahlenden Öffentlichkeit wird das Management währenddessen mit Hilfe verschleiernder Begriffe („Sondertechnik", „Motoren für schwere Fahrzeuge"), herunterbilanzierter Rüstungsumsätze und der Dezentralisierung ihrer Rüstungsabteilungen weismachen wollen, daß Daimler-Benz als beherrschender westdeutscher Rüstungskonzern „nicht in Erscheinung tritt". Längst ist ein Koordinierungsgremium der verschiedenen Militärsparten gebildet worden. Seine Zusammensetzung ist geheim. Nur dem Struktur- und Synergieausschuß der Daimler-Benz-AG, der Exekutive des Führungstrios gegenüber, ist es rechenschaftspflichtig.
schaftspflichtig."

Die volkswirtschaftlichen und politischen Folgen der neuen Konzernstrategie sind absehbar und inzwischen auch öffentlich benannt: erst sie haben jene wohl etablierten Kritiker auf den Plan gerufen, die sich nun den resignierten Kassandras der frühen achtziger Jahre anschließen. Auf dem Weg zum Vorreiter der kommenden europäischen Transporttechnologie hat die Daimler-Benz AG mühelos die ersten Hürden genommen, indem sie innerhalb eines Jahres zur beherrschenden und strukturierenden Kapitalmacht des bundesdeutschen militärisch-industriellen Komplexes aufstieg. Nach der Einverleibung des MBB-Konzerns wird man von Daimler-Benz als Generallieferant für die Bundeswehr und die europäischen Nato-Streitkräfte sprechen, die Armee wird mit allen Waffengattungen ihr wichtigstes Erprobungs- und Versuchsfeld darstellen. Hinzu kommen dann Milliardensubventionen für die Weiterentwicklung des Airbus-Programms aus dem Wirtschaftsministerium. Auch das Forschungsministerium will bis zum Jahr 2000 knapp zehn Milliarden für die Trägerraketen und Raumgleiter bereitstellen. Daimler-Benz wird angesichts dieser Zugriffsprivilegien auf wachsende Anteile des Bundesbudgets dann der gesamten bundesdeutschen Wirtschaft den Takt angeben, denn deren künftiges Wachstum wird wesentlich von der Automatisierung der Transportsysteme abhängig sein. So könnte man zumindest im Hinblick auf den bundesdeutschen Beitrag das Europa der neunziger Jahre mit einem neuen Doppel-D (DD) signieren: Deutsche Bank und Daimler-Benz AG, wenn für das neue Führungstrio und dessen Struktur- und Synergieausschuß genauso wie für die ihm zuarbeitenden Subventionsminister alles gut gegangen ist. In diesem Fall werden die strukturpolitischen Begleiterscheinungen genauso vergessen sein wie die auf der Strecke gebliebene Chance zur konventionellen Abrüstung, und auch die Spirale der Rüstungsexporte wird sich weiterdrehen. Das Leben, sagte Alfred Herrhausen kürzlich am Ende eines Spiegel-Interviews, ist lebensgefährlich, aber es ist auch schön. Wer möchte diesem Satz aus berufenem Mund nicht zustimmen?

II.

Seit knapp einem Jahrhundert spannen die Manager der Deutschen Bank mit den südwestdeutschen Motoren- und Kraftfahrzeugherstellern zusammen. Ihre Kooperation reicht weit in die Wilhelminische Ära zurück, als Daimler und Benz noch lange nicht fusioniert waren und als die Finanzmagnaten der Berliner Mauerstraße noch ihre Vertreter aus den regionalen Beteiligungsbanken von Stuttgart und Mannheim vorschickten. Dabei gab es häufig auch Streit und manchmal massiv ausgetragene Konflikte um strategische Ziele. Aber niemand konnte die Finanziers und die Motorenhersteller auseinanderdividieren.

Die intensivsten Auseinandersetzungen fielen in die Gründungsgeschichte der beiden Vorläufergesellschaften der Daimler-Benz AG, wobei es vor allem um die Produktstrategie der Stuttgarter Daimler Benz Motoren-Gesellschaft ging. Gerade aus heutiger Sicht waren diese Debatten von exemplarischer Bedeutung. Eigensinnig, wie sie nun einmal waren, wollten die schwäbischen Autotüftler schnellaufende Motoren entwickeln, um mit ihren Produkten in der sich entwickelnden Kraftfahrzeugindustrie nicht zu kurz zu kommen. Aber sie mußten ihren Gründer-Vorspruch bald den französischen, dann den englischen und schließlich vollends den amerikanischen Konkurrenten überlassen. Denn der Ausbau ihrer Handwerksbetriebe zu modernen Fabriken kostete Geld. Das Geld wurde von Bankiers bereitgestellt, die auch das erforderliche Know-how für die Gründung der Aktiengesellschaft mitbrachten. Mit diesem Geld waren Auffassungen verbunden, die zunächst gar nicht in das Weltbild der Autohersteller paßten. Die Bankiers, gerade auch die Schwaben unter ihnen, hatten andere Vorstellungen, die mit ihren damaligen weltwirtschaftlichen Optionen zusammenhingen. In ihnen hatte die Entwicklung großer Motoren für Eisenbahn, Flottenpolitik, Heereslogistik und später Flugzeuge Vorrang vor Personenwagen, die sie allenfalls als eine Art Nebenprodukt für einen schmalen Luxusmarkt im In- und Ausland betrachteten. Jahrelang rieben sich diese gegensätzlichen Auffassungen unversöhnlich aneinander und führten die Daimler Motoren-Gesellschaft an den Rand des Bankrotts. Dann fand man sich nach der Vermittlung einiger der Deutschen Bank nahestehender Rüstungsindustrieller zu einem tragfähigen Kompromiß zusammen. Die Daimler Motoren-Gesellschaft stabilisierte sich — genauso auch Benz & Cie. — als Mischkonzern der Motoren-und Kraftfahrzeugindustrie. Gingen die PKW-Geschäfte gut, wurde die Kraftfahrzeugindustrie ausgebaut. Bei Konjunktureinbrüchen — erstmals in der Weltwirtschaftskrise 1907/08 — machte man es andersherum und glich die Markteinbußen durch verstärkte Heereslieferungen aus. Aus der Erkenntnis, daß Rüstungsaufträge einen hervorragenden Schutz vor konjankturellen Rückschlägen darstellen, resultierte ein gemeinsames Vorgehen, das die Auto- und Moto-

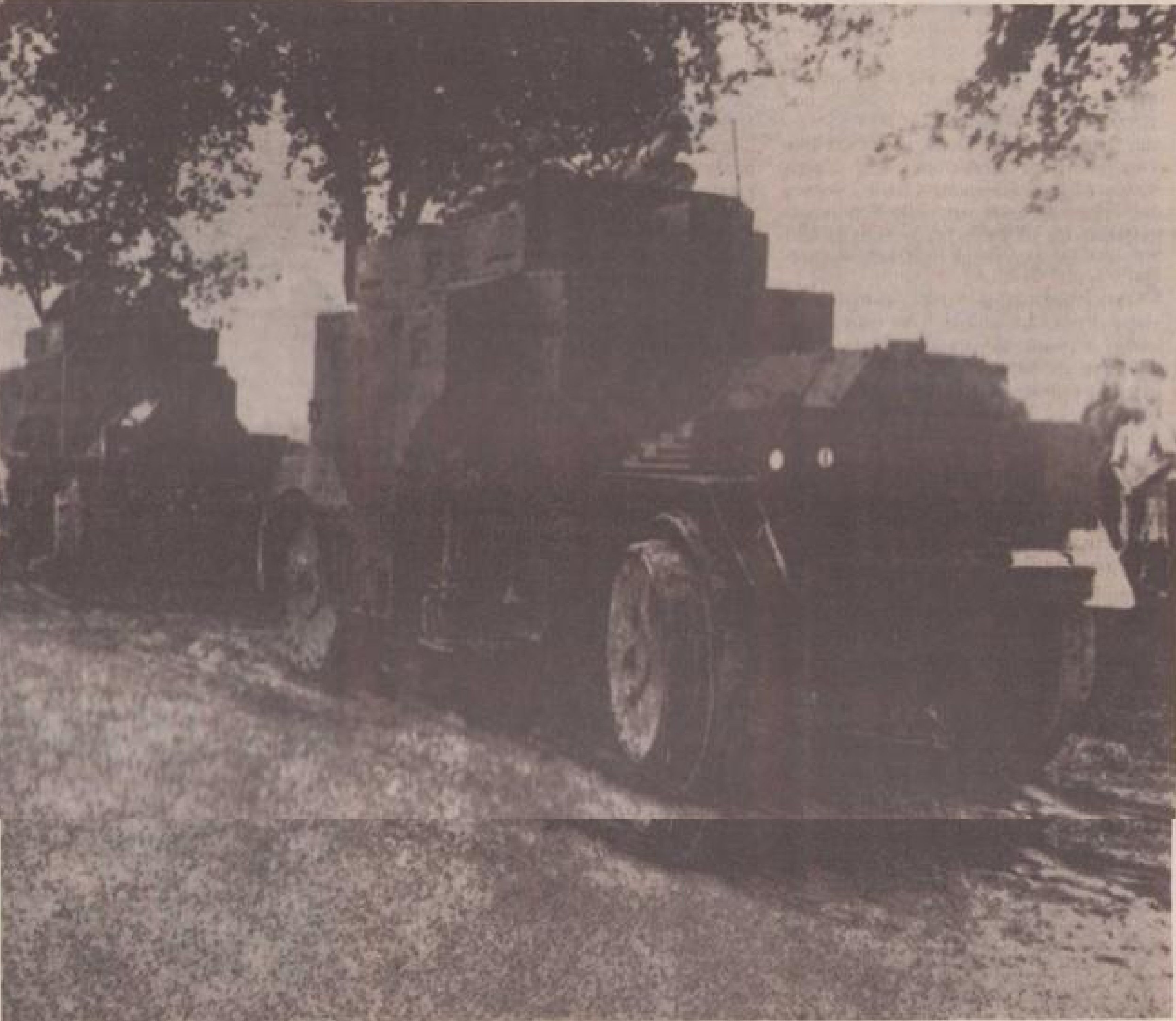
Schutz vor konjunkturellen Rückschlägen darstellen, resultierte ein gemeinsames Vorgehen, das die Auto- und Moto-
renhersteller schließlich bewog, mit ihren weltmachthungrigen Bankiers Frieden zu schließen. Die ständige Einbindung in eine militärisch-zivile Verbundplanung für Straße, Schiene, Luft und Wasser hatte aber auch negative Folgen. Daimler und Benz verpaßten allmählich den Anschluß an die internationale Entwicklung der Automobilindustrie, die ausgehend von den USA allmählich die gesamte Wirtschaft umwälzte: Fließband und Massenproduktion blieben für Südwestdeutschland fremde Begriffe. „Billigen Schund", skandierten sie gemeinsam mit ihren Finanziers, gedachten sie in ihren Fabriken nie zu produzieren.

Das war auch der Grund, weshalb sich die Daimler Motoren-Gesellschaft und Benz & Cie. im Ersten Weltkrieg Hals über Kopf auf Rüstungsaufträge stürzten und zu den wichtigsten Trägern der Heeresmotorisierung aller Waffengattungen aufstiegen. Die Daimler- und Benzmanager faßten gemeinsam mit ihren Finanziers den Krieg als „die großartigste Propaganda" für den Automobilismus auf, die es überhaupt geben konnte. Auch hinsichtlich der Nachkriegsperspektiven schwelgten sie in optimistischen Tönen. Die so rentable Mischung aus ziviler und militärischer Produktpalette, sagte Daimler-Generaldirektor Ernst Berge 1915 in einem Interview, werde sich fortsetzen, wenn auch die Privatkundschaft dann wieder die Vorhand haben werde. Aber das „amerikanische Geschäftsprinzip" mit seinen „billigen Kleinautos" werde man nicht übernehmen: „Der Kreis unserer Kunden ist nicht der Kreis jener Kunden, auf die die Amerikaner mit ihren billigen Wagen spekulieren."

Und dabei blieb es, trotz der katastrophalen Niederlage, trotz des Friedensvertrags von Versailles und einer gefährlichen revolutionären Nachkriegskrise. Mit der Arbeiterbewegung waren auch die Daimler- und Benzherren bis 1920 wieder quitt. Die Revision der „Schmach von Versailles" mit ihren auf das geplante Nachkriegsgeschäft drückenden Abrüstungsparagraphen brauchte etwas länger. Denn die riesigen, im Krieg entstandenen Kapazitäten lagen über zehn Jahre lang brach, und die in den Konstruktions-und Entwicklungsabteilungen konservierten Erfahrungen in Sachen Flugmotoren-, Zugmaschinen- und Panzerentwicklungen gingen nur noch in geheime Prototypfertigungen ein und brachten keine Gewinne. Unterstützt aus den schwarzen Kassen der Reichwehr und später des Verkehrsministeriums warteten die Strategen, die auf eine militärisch-kommerziell verbundene Mischproduktion für alle Sektoren des damaligen Verkehrswesens setzten, auf bessere Zeiten. „Billiger Schund" wurde auch jetzt nicht produziert, der Anschluß an den nun auch über Deutschland hereinbrechenden Automobil-Fordismus kein einziges mal probiert.

Daran änderte sich auch in den Fusionsjahren von Daimler und Benz (1925-1926) nichts. Daß die Finanziers, die den Konzern nun vollends unter ihre Kontrolle brachten, den schon seit 1919 geplanten Zusammenschluß überhaupt durchführten, hatte mit der Intervention eines einflußreich gewordenen Minderheitsaktionärs zu tun, der eine Kehrtwende zugunsten verbilligter und typisierter Personenwagen propagierte. Er wurde nach einer abenteuerlichen wie verwickelten Transaktion ausgeschaltet. Genauso erging es 1928 einem Vorstandsmitglied, das sich noch einmal energisch für einen Kurswechsel zugunsten verbilligter Kleinwagen einsetzte. Die Finanziers erkannten sofort, was dies zur Folge gehabt hätte: die Preisgabe des bisherigen Konzepts der Produktion für alle Verkehrssparten mit den Großmotoren als Schwerpunkt. „Das Programm des Konzerns sei schon ein so großes", konterte der Deutsche Bank-Vertreter, daß er nicht den Mut habe, „den für die Fabrikation des kleinen Wagens nötigen Kredit von 10 Millionen beim Bankenkonsortium zu vertreten". Er war sich genauso wie die um den Entwicklungschef Porsche gescharte Vorstandsminderheit bewußt, daß dieser Schritt die langfristigen Planungen ausgehebelt hätte. Porsche mußte seinen Hut nehmen und seine Kleinwagenutopien anderweitig verfolgen. Dieser Streit wurde in einer Situation entschieden, in der die unausgelasteten Überkapazitäten mehr denn je drückten, die Betriebsanlagen und Grundstücke an die Banken verpfändet waren und niemand wußte, wie lange das Unternehmen, das an der extrem kurzen Leine des Deutschen Bank-Aufsichtsratsvorsitzenden Emil Georg von Stauß geführt wurde, die ihm auferlegte Durststrecke noch durchhalten würde.

Kurz nach dieser letzten Auseinandersetzung zwischen Finanziers und Vorstandsmanagern um die langfristige Konzernpolitik brach die Kraftfahrzeugkonjunktur zusammen. Aber dies war nur eine erste Erschütterung, die der Weltwirtschaftskrise vorausging und auch Daimler-Benz an den Rand des Bankrotts brachte. Bald wurde auch das Bankenkonsortium insolvent. Daimler-Benz war nur noch durch ein Regime zu retten, das im Rahmen eines allgemeinen antizyklischen Krisenprogramms einen besonderen Schwerpunkt bildete: Ausbau des gesamten Verkehrswesens in Verbindung mit offener Wiederaufrüstung. Die ersten Präsidialkabinette taten sich damit noch schwer. Erst die Machtübergabe an das Kabinett Hitler sorgte für eine adäquate Weichenstellung. Zusammen mit ihren Finanziers, die schon vorher viel für die Nazibewegung getan hatten, liefen die Daimler-Benz-Manager mit wahrhaft fliegenden Fahnen zu den Nazis über. Konzernstrategie und neue Machtpolitik befanden sich wieder im Einklang. Daimler-Benz, im Selbstverständnis seiner Führungskräfte von Anfang an als „Unternehmen von nationaler Bedeutung" konzipiert, profitierte früh und beispiellos von Hochrüstung, Kriegsvorbereitung und Krieg.



Daimler-Benz-Panzerwagen im Reichswehrmanöver (ca. 1928)

III.

Als wir am „Daimler-Benz-Buch" schrieben, war der im Jahr 1985 begonnene Kurswechsel der aktuellen Konzernpolitik noch nicht in seiner ganzen Tragweite überschaubar. Heute, ein gutes Jahr später, haben sich die Schleier weitgehend gelüftet. Wenn Geschichtsschreibung auch die Funktion hat, bei der Analyse aktueller gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Probleme hellsichtiger zu machen, dann müssen wir uns die Frage stellen, worin die Stränge der historischen Kontinuität liegen und wo sich das Gegenwärtige vom Vergangenen unterscheidet.

Fangen wir mit den Unterschieden an, denn sie sind einfacher zu definieren. Während es in der Konzerngeschichte genau bis zum Jahr 1935 (Einführung des Personenwagens 170 V in Großserie) immer um die Frage ging, inwieweit die Konzeption der militärisch-zivilen Mischproduktion zugunsten einer fordistisch durchrationalisierten Schwerpunktbildung im PKW-Bereich modifiziert werden sollte, war die Situation 50 Jahre später genau umgekehrt. Zumal seit dem Investitions- und Rationalisierungsschub der siebziger Jahre verfügt Daimler-Benz im Kraftfahrzeugbereich über die international gängige Spitzentechnologie und kontrolliert das mittlere und obere Spektrum der PKW-Märkte. Die Umsatz- und Gewinnsituation ist glänzend und wesentlich von der PKW-Produktion getragen. Ging es bis 1935 immer darum, Anschluß an das Niveau und Rationalisierungsgrad der Kfz-Branche zu gewinnen, wurde die Kfz-Sparte 1985 in einer überaus erfolgreichen marktbeherrschenden Situation als Entwicklungs- und Produktionsschwerpunkt aufgegeben. In der Konzerngeschichte stand bis zum Zweiten Weltkrieg die militärisch-zivile Produktpalette des gesamten Verkehrswesens immer als Ausgangspunkt fest, von dem aus man stärker in den Bereich der PKW-Massenproduktion vordringen wollte. Heute wird die perfekte Beherrschung einer überaus profitablen PKW-Produktion zum Ausgangspunkt genommen, um von hier aus zur Unternehmensstrategie der früheren Konzerngeschichte zurückzukehren. Dabei muß allerdings modifizierend hinzugefügt werden, daß eine solche Option auch in den vergangenen Jahrzehnten in Gestalt der lose verbunden gebliebenen Rüstungsbeteiligungen immer latent geblieben war.

Die Kontinuität stellt sich somit keineswegs bruchlos her. Während die Entwicklung des Unternehmens vom militärisch-zivilen Mischkonzern zur PKW-Massenproduktion ging, wird heute (scheinbar) der umgekehrte Weg eingeschlagen: von der PKW-Produktion zu einem Mischkonzern für neue Technologien der gesamten militärischen und zivilen Transportkette. Dieser neuerliche Sprung in der bisherigen Daimler-Benz-Geschichte läßt sich nur nachvollziehen, wenn man die besondere Situation des Stuttgart-Untertürkheimer Unternehmens berücksichtigt. Daimler-Benz war seit seiner Fusion im Jahr 1926 immer das Flaggschiff der industriellen Beteiligungspolitik der Deutschen Bank. Wer sich über die Industriepolitik der Deutschen Bank informieren wollte, mußte sich immer zuerst beim Daimler-Benz-Konzern umsehen. Die Deutsche Bank hat 1985 interne Auseinandersetzungen der Daimler-Benz-Führungsspitze „geschlichtet", den Aufbau einer neuen Leitungsgruppe initiiert und dann die Weichenstellungen zum Mischkonzern der High-Tech-Transportkette durchgesetzt. Am neu getakelten industriellen Flaggschiff der Deutschen Bank ist somit weit über die unmittelbaren Konzernbelange hinaus eine strategische Umorientierung der führenden westdeutschen Finanzgruppen zu erkennen. Sie hat via Daimler-Benz erstmals neue Signale gesetzt. Daimler-Benz und die übrigen bundesdeutschen Spitzenkonzerne sind als die künftigen High Tech-Konglomerate auszumachen, für deren Expansion das Finanzkapital derzeit einen neoprotektionistischen und neokorporatistischen europäischen Machtblock zusammenzimmert. Diese Vision ist vielleicht ohne Alternative im Rahmen der herrschenden Verhältnisse. Aber sie ist zugleich lebensgefährlich. Die Einsätze sind hoch. Wo Va Banque gespielt wird, gibt es auch Verlierer. Aber schließlich werden ja nicht nur neue Mammutkonzerne gebildet, sondern auch Armeen modernisiert und Rüstungsexporte hochgefahren. Gut gerüstet und gut rüstend zugleich könnte das neue DD-Führungstrio bald zur Inszenierung des zweiten Akts übergehen, zumal es demnächst die gesamte Armee und damit den Kernbereich des staatlichen Gewaltmonopols kontrolliert.

IV.

Für manche Werksbelegschaften sind die schönen Zukunftsträume ihrer Konzernführer schon immer besonders lebensgefährlich gewesen. Der Daimler-Benz-Konzern machte da keine Ausnahme. Wie überall mußten die Werksbelegschaften, die sich lediglich 1919/20 einmal entschieden aufbäumten, an erster Stelle die Rechnung bezahlen. Aber auch den Arbeiterinnen und Arbeitern gegenüber wurden manchmal Unterschiede gemacht. Allemal im Zweiten Weltkrieg, wo die Zahlen in- und ausländischer Zwangsarbeiter gewaltig anstiegen, bis sie 1944 die Hälfte der Gesamtbelegschaft bildeten. Das Daimler-Benz-Buch wurde vor allem geschrieben, um die damit verbundene Entwurzelung und teilweise auch Zerstörung der Existenzen von über 40.000 Menschen wieder sichtbar zu machen.

Aber wir sind mit unserem damaligen Kernanliegen inzwischen nicht mehr so allein wie noch vor zwei Jahren. Auch das neue Führungstrio der Daimler-Benz AG gedenkt inzwischen der Opfer des Akkumulationsraubzugs der frühen vierziger Jahre. Der Daimler-Benz-Vorstand hat, so Reuter am 13. Juni 1988, beschlossen, „in Würdigung des des Schicksals der Betroffenen (…) einen namhaften Betrag zur Verfügung zu stellen, um Einrichtungen zu fördern, die den Opfern des Nationalsozialismus, insbesondere ehemaligen Zwangsarbeitern, zugutekommen". Mehr als 20 Millionen sollen dafür zur Verfügung gestellt werden, und zwar, vermittelt durch das Deutsche Rote Kreuz, an Altenheime in Westeuropa, an polnische medizinische Versorgungseinrichtungen usw. Erstmals werden dabei auch summarische Entschädigungsleistungen zugunsten solcher Gruppen von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen erbracht, die bislang ausgeschlossen waren. Auch eine Plastik soll vor dem werkseigenen Museum aufgestellt werden als Mahnmal, „das alle heute Verantwortung Tragenden aufruft, den Frieden zu erhalten und die Würde freier Menschen zu verteidigen" (Edzard Reuter).

Von der geplanten Entschädigungssumme bis hin zu den eingeschalteten Institutionen wäre fast alles an dieser Willenserklärung kritisch zu hinterfragen. Aber wir wollen uns an dieser Stelle gar nicht auf eine Auseinandersetzung über die tatsächliche Zahl der Daimler-Benz-Zwangsarbeiter, über die aus ihnen 1941 bis 1945 herausgepreßten Profite, über eine daraus gerechterweise zu errechnende Entschädigungssumme und über die historischen Abgründe einlassen, die die Einschaltung des Deutschen Roten Kreuzes höchst suspekt und das Heraushalten der Organisationen ehemaliger Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge in der BRD und der DDR zu einem Skandal machen. Wir wollen die Ankündigung ernst nehmen, mit Hilfe eines vor dem Konzernmuseum zu errichtenden Mahnmals daran zu erinnern, daß die Aufgabe, den Frieden zu erhalten und die Würde freier Menschen zu verteidigen, unteilbar ist. Auf seiner Pressekonferenz am 13. Juni 1988 hat Reuter auch betont, daß „das Haus Daimler-Benz (…) mit dem damaligen Unternehmen nicht viel mehr als den Namen gemeinsam hat". Reuter sollte wissen, daß er gerade dabei ist, die Stränge der alten Kontinuität wieder zusammenzuführen. Waren die letzten 40 Jahre Konzerngeschichte nur eine Überbrückungsfrist? Und stellt die Entschädigungsankündigung lediglich eine flankierende Entsorgungsmaßnahme dar, damit der Prozeß der Kontinuitätsstiftung nicht durch das dunkelste Kapitel der Konzerngeschichte getrübt wird? Wir hofften gern, es wäre nicht so. Schon die nächsten Jahre werden darüber Aufklärung bringen.

August 1988
Angelika Ebbinghaus, Karl Heinz Roth

Anzeige

Anzeige

Das Daimler-Benz Buch

Das Daimler-Benz-Buch, Ein Rüstungskonzern im „Tausendjährigen Reich"

Hrg.: Hamburger Stiftung
für Sozialgeschichte
des 20. Jahrhunderts
Greno-Verlag
über 800 Seiten, DM 36,-

Das gleiche Buch ab September als **Taschenbuchausgabe** im Greno-Verlag (Nr. 704) DM 25,-

Nahost

Der weite Weg nach Palästina

Fortsetzung von Seite 1

Die PLO bereitete dieses arabische Treffen klug vor: Unmittelbar vor der Versammlung erschien im Londoner „Middle East Monitor“ eine Erklärung, die eigentlich schon vor dem Reagan- Gorbatschow-Treffen in den USA hatte veröffentlicht werden sollen. Autor war Arafats enger Berater, der neue PLO-Sprecher Bassam Abu Scharif. Die Vorschläge des PLO-Sprechers sorgten für Aufregung und Kritik, vor allem in den Reihen der Palästinenser; die Person des Autors Verwunderung. Schließlich war Bassam Abu Scharif lange Jahre Sprecher der PFLP von George Habasch gewesen und aus dieser Organisation vor mehr als einem Jahr ausgeschlossen worden, weil er gemeinsam mit Arafat politische Gespräche mit Ägypten führte, dem Traumpartner Arafats. Ausgerechnet — oder besser geschickterweise — stellte ein Palästinenserführer aus dem radikalen Lager der Befreiungsorganisation in seinen Vorschlägen die Positionen der PLO klar, die größtenteils in verschiedenen Nationalratsbeschlüssen längst verankert waren, die deutlich auszusprechen aber bis dahin niemand gewagt hatte:

Man rede immer nur über das, was Palästinenser und Israelis trenne, nicht aber, worin sie übereinstimmten, heißt es in dem Papier. Die Ziele Israels und des palästinensischen Volkes aber seien dauerhafter Friede und Sicherheit. Die Lebensaufgabe der PLO sei nicht *„die Zerstörung Israels, sondern die Bewahrung des palästinensischen Volkes und seiner nationalen Rechte."*

bensaufgabe der PLO sei nicht „die Zer-
störung Israels, sondern die Bewahrung des palästinensischen Volkes und seiner nationalen Rechte."

Die Mittel, einen dauerhaften Frieden und Sicherheit herzustellen, seien direkte Gespräche zwischen Israel und der PLO, im Rahmen einer internationalen Konferenz und ohne die Möglichkeit für eine äußere Partei, ein Veto gegen eine Regelung einzulegen.

Die PLO sei die einzige und authentische Vertreterin des palästinensischen Volkes, ein Anspruch, den sie in einer international überwachten Volksentscheidung in den besetzten Gebieten unter Beweis zu stellen bereit sei.

Die PLO akzeptiere die UN-Resolutionen 242 und 338. Das aber, was die PLO hindere, diesen beiden Resolutionen ohne Vorbehalte zuzustimmen, sei nicht das, was in den Resolutionen steht (u.a. Anerkennung Israels und Rückzug der israelischen Truppen aus den 1967 besetzten Gebieten, mst), sondern das, was nicht darin steht. Die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes nämlich seien in diesen Erklärungen nicht erwähnt (bisher waren die Resolutionen 242 und 338 von der Befreiungsorganisation mit der Begründung abgelehnt worden, es sei nur von der gerechten Lösung der Flüchtlingsfrage die Rede, nicht aber von den nationalen Rechten des palästinensischen Volkes, mst).

In den Vorschlägen Bassam Abu Scharifs wird zudem die Bereitschaft bekundet, für eine kurze Übergangsperiode ein internationales Mandat in den besetzten Gebieten zu akzeptieren, internationale Garantien für alle Staaten in der Region, einschließlich Israels und Palästinas und der Errichtung eines UN- Sicherheitsgürtels an der israelisch- palästinensischen Grenze (Angaben nach Le Monde, 1.7.88, FAZ, 6.7.88).

Die Erklärung Bassam Abu Sharif war offensichtlich mit Moskau abgestimmt: Gorbatschow hatte nämlich der PLO nahegelegt, Israels Existenzrecht anzuerkennen; auch die internationale Nahost-Konferenz ist ein Vorschlag der Sowjetunion. Unmittelbar vor dem Gipfeltreffen ermahnte der sowjetische Generalsekretär die arabischen Länder, *„eine Entscheidung zu treffen, die das schwierige Problem des Rechts Israel auf Sicherheit löst."* Ob dieser brüderlichen Ermahnungen schien die PLO erst wieder beruhigt, als die Sowjetunion den

Sicherheit löst." Ob dieser brüderlichen Ermahnungen schien die PLO erst wieder beruhigt, als die Sowjetunion den

Gastgeber der Konferenz, den algerischen Staatspräsidenten Chadli, wissen ließ, nur die Palästinensische Befreiungsorganisation könne im Namen des palästinensischen Volkes eine Entscheidung treffen.

Der Gipfel wurde zu einem Erfolg für die PLO, die klug genug war, auch angesichts des palästinensischen Volksaufstandes in den besetzten Gebieten sich nur das noch einmal bestätigen zu lassen, was die arabischen Staatschef den Palästinensern den Worten nach schon längst zugebilligt hatten: Die PLO ist die einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes (beschlossen auf dem arabischen Gipfel 1974 in Rabat); der Fes-Plan (nach der Niederlage der PLO im Libanon 1982 gegen die Stimme Libyens beschlossen) ist weiterhin Grundlage für Verhandlungen. Dieser Plan, ein Vorschlag des saudischen Königs, sieht die *„Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates mit Jerusalem als Hauptstadt"* vor, der nach einer Übergangsperiode von wenigen Monaten errichtet wird, in der Westjordanien und der Gaza-Streifen unter UNO-Mandat gestellt werden. Die PLO erklärte sich in Algier nun auch ausdrücklich mit einer arabischen Delegation für eine internationale Konferenz einverstanden, an der Syrien als gleichberechtigter Partner teilnimmt (Le Monde, 8.6.88).

Hussein deutete schon auf diesem Treffen in einer wohlvorbereiteten Rede an, seinen Anspruch auf die Westbank aufgeben zu wollen. Verschiedene Beweggründe mochten dafür maßgebend sein: Die Intifadah hatte die letzten Reste seines Einflusses in den besetzten Gebieten zerbröckeln lassen; dafür, daß er Geld in die Westbank fließen ließ, erhielt er herzlich wenig; die Israelis schienen zudem keinerlei Interesse an einer jordanischen Option zu haben, und der sozialdemokratische Außenminister Peres schien zumindest nicht in der Lage zu sein, seine Traumlösung durchzusetzen — die besetzten Gebiete gemeinsam mit Jordanien irgendwie zu verwalten. Angesichts des palästinensischen Volksaufstandes, dessen Ende nicht abzusehen ist, konnte dem jordanischen König nur daran gelegen sein, zwischen Palästinensern in den israelisch besetzten Gebieten und Jordaniern palästinensischer Herkunft, Untertanen in seinem Reich, sauber zu trennen, um einem Übergreifen des Aufstandes auf das östliche Jordanufer vorzubeugen. Die PLO scheint diese Trennung auch akzeptiert zu haben.

Die neuerliche Anerkennung der PLO als einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes und dessen Recht auf einen unabhängigen Staat durch den Haschemitenkönig geschah folglich nicht so uneigennützig. Warum sollte der König auch, der die Entstehung eines Palästinenserstaates seit Jahrzehnten fürchtet und mit zu verhindern wußte, die Schaffung eines solchen Staates nun ernsthaft befürworten? Schon am 11.8. betonte Hussein in einem Interview mit der „Washington Post“ den strategischen Charakter seines Verzichts auf die Westbank, erklärte aber gleichzeitig, daß er hinsichtlich eines schnellen Durchbruchs bei Friedensverhandlungen pessimistisch sei. *„Die israelische Option existiert nicht,"* sagte der König. Er habe das trotz aller Anstrengungen in den letzten Jahren einsehen müssen. Nun hoffe er, diese Option werde im Laufe einer Reflexionsperiode wieder auftauchen, die durch seine Entscheidung provoziert sei (Le Monde, 12.8.88). Offensichtlich hält sich der jordanische König für unentbehrlich.

Die von Hussein eingeleiteten Maßnahmen schaffen der PLO trotzdem einen politischen Spielraum, den es zu nutzen gilt; die praktischen Folgen für die Palästinenser hingegen scheinen im Augenblick nicht so schwerwiegend wie erwartet, schließlich will es sich der König auch nicht gänzlich mit den Palästinensern verderben: Der wenig erfolgversprechende Entwicklungsplan für die Westbank wurde gestrichen, das Mittel also, mit dem Hussein seinen Einfluß in den besetzten Gebieten nach den militärischen und politischen Niederlagen der PLO nach 1982 stärken wollte; rund 20.000 jordanische Bedienstete wurden entlassen, ausgenommen blieben die Angestellten von religiösen Einrichtungen, das erwartete Chaos blieb jedoch aus, da etwa 15.000 der „jordanischen“ Angestellten in die israelische Verwaltung integriert sind, Jordanien ihnen sozusagen einen Zuschuß zum Gehalt zahlt; das ohnehin wenig einflußreiche jordanische Parlament wurde nach 1974 ein zweites Mal aufgelöst — es setzte sich zu gleichen Teilen aus cis- und transjordanischen Abgeordneten zusammen; das Hohe Komitee und das Ministerium für die Westbank wurde ebenfalls aufgelöst, letzteres verteilte Gunst und Gelder des haschemitischen Königs. In den ersten Wochen fürchteten die Palästi-

rium für die Westbank wurde ebenfalls
aufgelöst, letzteres verteilte Gunst und Gelder des haschemitischen Königs. In den ersten Wochen fürchteten die Palästi-

nenser, der König könne ihnen die jordanischen Pässe entziehen, die ökonomisch und verkehrstechnisch bedeutenden Jordanbrücken schließen und so Exporte, Verwandtenbesuche und den einfachsten Weg in arabische Staaten unterbinden. Mit einer PLO-Delegation, die *nicht* von Arafat geführt wurde, wurde in der jordanischen Hauptstadt ein Abkommen geschlossen, das die Offenhaltung der Jordan-Brücken, die Ausgabe von jordanischen Pässen an Palästinenser in der Westbank und die Finanzierung der Schulen regelt. Umgekehrt klärt sich die PLO bereit, den jordanischen König künftig vor allen wichtigen Entscheidungen zu konsultieren.

Die Erklärung Husseins wurde von harten Maßnahmen der israelischen Besatzungsmacht in den besetzten Gebieten begleitet. Die Israelis waren offensichtlich bestrebt zu zeigen, wer Herr im Hause ist. Die letzte große palästinensische Institution in der Westbank, die „Arab Studies Society“ (und damit die einzige noch zugängliche öffentliche Bibliothek in den besetzen Gebieten) wurde für ein Jahr geschlossen, ihr Direktor, Faisal Husseini, für weitere sechs Monate ohne Anklage verhaftet, denn die Israelis sehen ihn als wichtigsten Fatah-Führer in den besetzten Gebieten an und beschuldigen ihn, den Aufstand maßgeblich zu beeinflussen, obwohl Faisal Husseini fast das gesamte letzte Jahr in Administrativhaft verbringen mußte.

In der Schließung nationaler palästinensischer Institutionen sehen die israelischen Behörden ein Mittel, dem Volksaufstand den Boden zu entziehen und die unabhängigen staatlichen Strukturen zu unterminieren. Mitte August wurden auch die Volkskomitees verboten, deren Mitglieder klugerweise nicht offen arbeiten. Bei Mitarbeit in einem solchen Komitee droht eine Gefängnisstrafe von zehn Jahren. Die Herausbildung einer nationalen Führungsschicht versuchen die Militärbehörden durch Ausweisungen und Verhaftungen politischer Kader zu verhindern. Heute sind etwa 2.500 Menschen in Administrativhaft, d.h. ohne Anklage für sechs Monate im Gefängnis. Die Haftdauer kann beliebig ohne Prozeß verlängert werden. Alle anderen Maßnahmen der Besatzungsbehörden werden daneben weiter angewendet, um den Aufstand zu unterdrücken: Ausgangssperre, Abriegelung von Orten, Kappen der Wasser- und Elektrizitätsversorgung, Häusersprengungen, immer häufiger Einsatz scharfer Munition.

Mit seiner Erklärung hat der jordanische König die PLO in Zugzwang gebracht; das Auftauchen eines Diskussionspapieres über die palästinensische Unabhängigkeit jedenfalls kann der PLO in diesem Zusammenhang nur nützlich sein, zumal nach dem Entschluß König Husseins eine außerordentliche Tagung des palästinensischen Nationalrates geplant war. Nun kann man nicht nur das entstehende legislative und administrative Vakuum diskutieren, sondern weitreichende politische Entscheidungen treffen. Nach langen Debatten über das Für und Wider einer Anerkennung Israels durch die PLO und Mutmaßungen, ob und was die Palästinenser dafür erhalten werden, könnte das palästinensische „Parlament“ nun die nationale Unabhängigkeit in der Westbank und im Gaza-Streifen erklären, eine verfassungsgebende Versammlung einberufen (Namen sind schon in der Diskussion) und eine Provisorische Regierung bilden, die in Verhandlungen mit Israel treten könnte, auf gleichberechtigter Basis. Ein schöner, friedvoller Traum, der vielleicht gar nicht so unrealistisch ist.

Die Konsequenzen aus all diesen Vorschlägen öffentlich zu ziehen, blieb Abu Iyad vorbehalten, dem Sicherheitschef der PLO und nach der Ermordung Abu Jihads deren Nummer Zwei. Noch vor zwei Monaten hatte er die Vorschläge Bassam Abu Scharifs schärfstens kritisiert. Nun stellte er Änderungen der Nationalcharta der PLO von 1964/86 zur Debatte, als ob das die selbstverständlichste Sache der Welt sei. In einem Interview erklärte Abu Iyad: Der palästinensische Staat werde sich auf die UN-Teilungsresolution von 1947 berufen, die auch die Anerkennung Israels beinhalte. Die dort festgelegten Grenzen allerdings seien verhandlungsfähig. *„Wir denken ernsthaft daran, einen palästinensischen Staat zu schaffen, ausgestattet mit einer Provisorischen Regierung, errichtet in der Legitimität, dessen politisches Programm von der Nationalcharta gänzlich verschieden sein wird."* (Le Monde, 16.8.88)

In Israel herrschte echte Verwirrung: Die Arbeiterpartei erklärte, Husseins Erklärung hätte nichts verändert oder sei nicht ernst gemeint; der Likud-Block freute sich, daß die jordanische Option der Arbeiterpartei nun gestorben sei, und bezog sich selbst auf die Autonomievorschläge der Camp David- Abkommen, die eine Zusammenarbeit mit Jordanien zur Voraussetzung haben; und Sharon schließlich, der Scharfmacher und Befürworter einer endgültigen Annexion der besetzten Gebiete, hielt plötzlich seine eigenen Pläne für verfrüht und wandelte sich in einen glühenden Verfechter eines abgewandelten Allon-Planes, ein alter Vorschlag der Arbeiterpartei, der vorsieht, Teile der besetzten Gebiete zurückzugeben. Israel scheine heute auf einem davonrollenden Karren zu sitzen, der die Straße zu Gesprächen mit der PLO hinunterrast, das jedenfalls würden viele Beobachter meinen, hieß es in einem Kommentar der „Jerusalem Post“ vom 12.8.88.

mst

Anzeige

Kinder der Intifadah

So heißt die neue Kassette mit Liedern zum palästinensischen Volksaufstand von Mustafa el-Kurd, der Stimme Palästinas. Im Mai/Juni 88 stellte Mustafa diese Lieder auf einer Konzertreise in vielen Städten der Bundesrepublik vor.

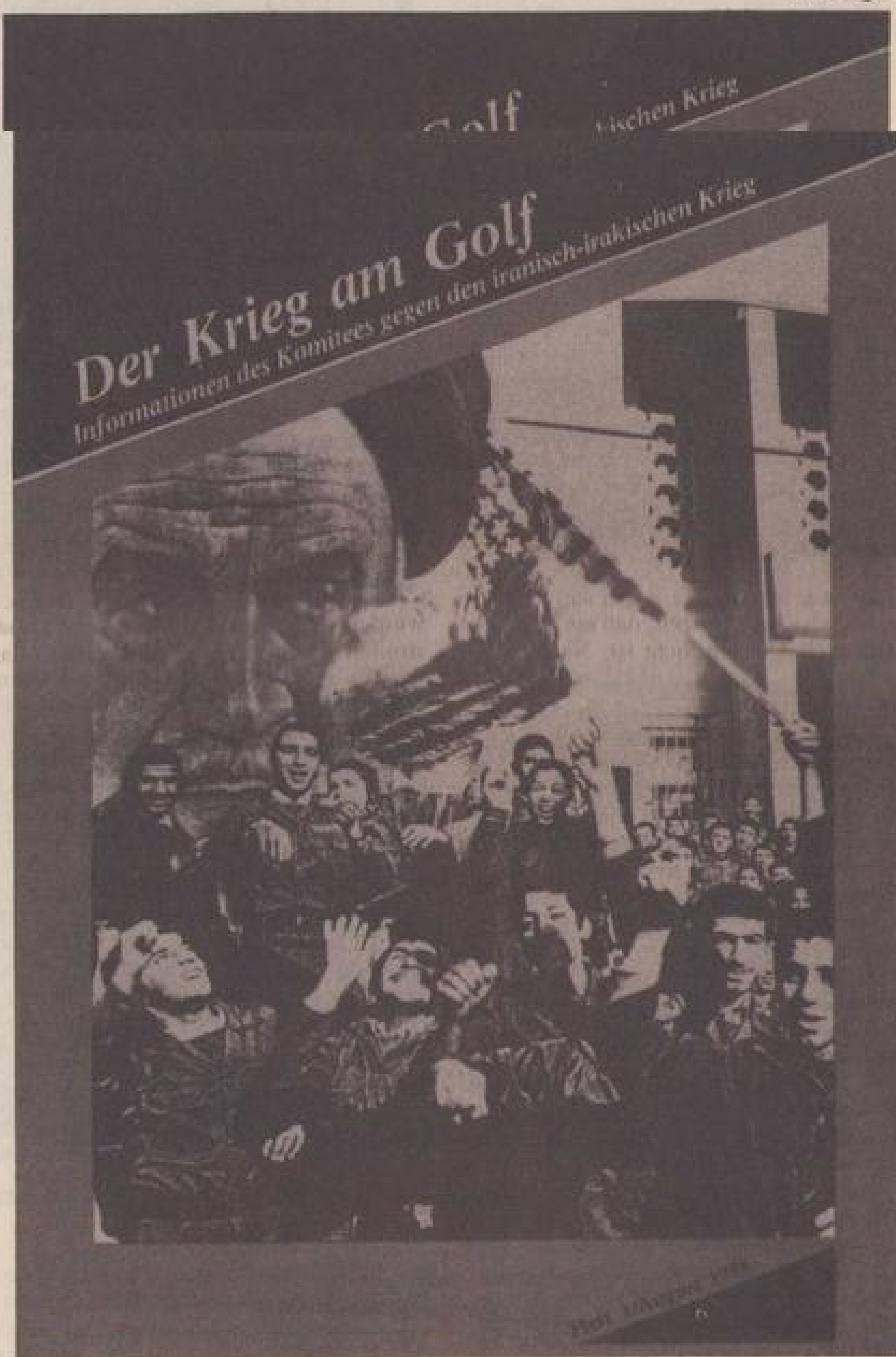
Mustafa el-Kurd wurde 1945 in Jerusalem geboren. Nach dem frühen Tode seines Vaters mußte er schon mit 13 Jahren für den Unterhalt seiner Mutter und vier jüngerer Geschwister arbeiten. Innerhalb weniger Jahre lernte er virtuos die Ud zu spielen, ein traditionelles Lauteninstrument. Als die israelische Armee 1967 seine Heimat besetzte, begann Mustafa politische Lieder zu komponieren, die Texte schrieb er entweder selbst oder vertonte Gedichte bekannter palästinensischer Lyriker. Von 1972 an arbeitete Mustafa in palästinensischen Theatergruppen. Während einer Aufführung von „Als wir verrückt wurden“ hat man Mustafa Anfang 1976 von der Bühne weg verhaftet. Seine Anwälte erreichten zwar fast ein Jahr später die Freilassung, Mustafa mußte aber ins Exil: Seine wachsende Popularität, seine sozialkritischen Lieder, seine politischen Musikabende machten ihn für die israelische Besatzung untragbar. 1983 konnte er — nach sieben Jahren — in seine Heimatstadt Jerusalem zurückkehren. Inzwischen ist er in vielen europäischen Ländern, in den USA und Kanada durch Konzertreisen bekannt. In Jerusalem arbeitet Mustafa mit dem palästinensischen Theater al-Hakawati zusammen, das mehrmals in Hamburg gastierte. Dieses Theater ist das erste palästinensische Kulturzentrum des Landes, Mustafa hat dort eine Musik-Abteilung aufgebaut, unterrichtet traditionelle arabische Instrumentalmusik und schreib Musik für Theaterstücke.

Die Musik-Kassette ist für 10 DM (plus 2 DM Porto und Verpackung) zu bestellen bei:

Marianne Stern, Stellinger Weg 12, 2000 Hamburg 20.

Lieferung nur gegen Scheck oder Überweisung auf Konto-Nr. 1035/791 860, Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Stichwort: „Kinder der Intifadah“

Anzeige



Islamische Republik in der Defensive
Mohssen Massarat 2

Die Todesnachricht
Bahman Nirumand 4

Offener Brief an den Gründer und Führer der Islamischen Republik Ayatollah Chomeini
ins Deutsche übertragen von Bahman Nirumand 5

Die rationale militärische Strategie des iranisch-irakischen Krieges
Robert Soeterik 10

Der Tower-Bericht über die Iran-Contra-Affäre
Harald Möller 13

Krieg und Repression — kein Asylgrund?
Anja Malanowski 17

Iran — Irak: Der internationale Waffenmarkt
Käthe Jans 22

Auf dem Weg zur Atommacht?
Käthe Jans 23

zu bestellen bei:
Marianne Stern, Stellinger Weg 12, 2000 Hamburg 20

Status quo der Abnormität

„Ein jüdischer Staat in Palästina würde zwischen dem arabischen Asien und dem arabischen Nordafrika stehen. Nun ist das nicht das Schlimmste, was passieren könnte. Die Mehrheit der Zionisten würde der Errichtung eines jüdischen Staates in einem Teil Palästinas als endgültiger Lösung des Problems nicht zustimmen, sondern lediglich als ersten Schritt betrachten, der ihre Position stärken würde. Ziel sollte es sein, eine Basis zu schaffen, von der aus sie auf Erfüllung weiterer Forderungen dringen könnten. (...) Die Trennung von Arabern und Juden in zwei Staaten würde ihre Feindschaft kristallisieren. Teilung trennt und bringt nicht näher. Von daher ist sie eher eine Geste der Hoffnungslosigkeit als der Hoffnung. Das Problem würde noch mehr als bisher internationalisiert werden, und jede Chance, es auf die Region zu beschränken, wäre vertan. Alle möglichen internationalen Rivalitäten würden ausgetragen werden, und Palästina würde statt ein Land des Friedens ein Land des Hasses und des Konfliktes in bisher unbekanntem Ausmaß werden."

(Aus einem Flugblatt des Arabischen Büros 1947, zur Zeit des britischen Mandats über Palästina)



Gänzlich unbesorgt reiste Kriegsminister Jitzchak Rabin kurz nach dem Beginn des Volksaufstands in die USA und versprach nach seiner Rückkehr zwei Wochen später, daß er den Aufstand binnen weniger Tage beenden werde. Ende Dezember waren daraus Wochen und Anfang Januar Monate geworden — bis ihn dann ein paar Tage später die Erkenntnis packte, es handele sich um eine neue Art des Krieges, mit dem Israel lange Zeit leben müsse. Die meisten der anderen Regierungspolitiker und die militärische Führung hingegen schwatzten noch über Monate von einem „Ereignis", „Unruhe", „Störung", „Unordnung" und sahen — immer mal wieder — den Aufstand „nachlassen", „ermüden" und in absehbarer Zeit beendet. Mittlerweile beginnt sich jedoch — Rechtsextreme wie Premier Schamir oder Scharon beiseitegelassen — unter Regierungspolitikern, Militärführern und Medien allgemein die Erkenntnis durchzusetzen, daß ein Ende des Aufstands nicht in Sicht ist. Nach einem halben Jahr, hieß es im Juni in der „Jerusalem Post", sei der Aufstand „nicht länger eine Explosion, sondern ein chronischer Zustand des Aufruhrs, ein neuer Status quo der Abnormität." Die Palästinenser seien selbstbewußter geworden, äußerte Generalmajor Amram Mitzna, Oberbefehlshaber der Region, zu der auch Westufer und Gasastreifen gehören; sei ein Problem in den besetzten Gebieten gelöst, täte sich schon ein neues auf. Und Generalstabschef Dan Schomron, der noch im Mai ein baldiges Ende des Aufstands prophezeit hatte, war im Juli zu der für einen Militär bemerkenswerten Einsicht gelangt, daß die Armee nicht in der Lage sei, die Hoffnungen und den Willen der Palästinenser zu kontrollieren.

der Palästinenser zu kontrollieren.

Dieser Einsicht folgte jedoch nicht das Bemühen um eine politische Lösung, sondern vielmehr eine ständige Ausweitung von Kontrolle und Unterdrückung, um die „Normalität", sprich: die Besatzerherrschaft, in altem Umfange wiederherzustellen.

Die „Zivil"verwaltung im Gasastreifen ordnete im Mai an, daß jeder dort lebende Palästinenser über 16 Jahren seinen alten Ausweis gegen einen neuen eintauschen müsse. Diese Aktion zielte sowohl auf eine aktuelle Erfassung der Einwohner des Gasastreifens wie darauf, den Steuerboykott zu brechen, denn den neuen Ausweis sollte nur erhalten, wer nachweisen konnte, seine Steuern gezahlt zu haben. Die Aktion der „Zivil"verwaltung begann am 10. Mai im Rimal, das von Soldaten abgeriegelt und zum militärischen Sperrgebiet erklärt worden war. Soldaten drangen im Morgengrauen in die Wohnungen ein und zwangen die Bewohner zum Verlassen ihrer Räume. Obwohl der Ausweistausch-Aktion anfangs einiger Widerstand entgegengesetzt worden war, scheint ein Boykott der neuen Ausweise letztendlich nicht möglich gewesen zu sein, da den Palästinensern des Gasastreifens sonst die Einreise nach Israel bzw. die Durchfahrt zum Westufer verwehrt worden wäre.

Ein weiterer Versuch der „Zivil"verwaltung im Gasastreifen, die Palästinenser über wirtschaftliche Pressionen zu disziplinieren ist die Erhebung einer neuen Autosteuer. Die Wagenbesitzer werden gezwungen, ihre Wagen mit neuen Kennzeichen zu versehen. Für diese „Neuzulassung" sind dann mehrere hundert Mark fällig.

In das vorwiegend von christlichen Palästinensern bewohnte Dorf Beit Sahour auf dem Westufer rückten israelische Soldaten ein, um die Einwohner zur Steuerzahlung zu zwingen. Den Einwohnern wurden Autos, Möbel und elektrische Geräte weggenommen. Aus Protest hat ein Teil der Bewohner seine von den Militärbehörden ausgestellten Ausweise abgegeben, andere flüchteten in die umliegenden Berge.

Einzelne Dörfer und Lager werden nach wie vor tage- oder wochenlang unter Ausgehverbot gestellt. Nicht selten wird diesen Orten zugleich die Wasser- und Stromzufuhr gekappt und die Belieferung mit Lebensmitteln verhindert. Mehrfach wurden auch das Westufer und der Gasastreifen gegen Israel abgeriegelt, so daß die „grüne Grenze" (Israel in den Grenzen von 1967), die auf den offiziellen israelischen Karten nicht mehr zu finden und aus dem Bewußtsein der meisten Israelis verschwunden ist, wieder deutlich sichtbar geworden ist.

Seit Mitte Mai wurden die von den Militärbehörden zuvor drei bis vier Monate lang geschlossenen Schulen in den besetzten Gebieten nach und nach wieder geöffnet, kurz darauf wurden jedoch wieder einzelne Unterrichtsstätten geschlossen. Seit Mitte/Ende Juni sind wiederum sämtliche Schulen gesperrt, so daß den rund 300.000 palästinensischen SchülerInnen seit dem Aufstandsbeginn rund ein halbes Schuljahr verloren gegangen ist. Mit selbstorganisiertem und illegal durchgeführten Unterricht konnten die entstandenen Lücken kaum geschlossen werden. Und jüngst hat die Besatzermacht auf dem Westufer bestimmt, daß die nach den jetzigen Ferien anstehende Öffnung von Schulen und Universitäten um mindestens einen Monat verschoben werden soll.

Die Militärbehörden haben alle staatlichen palästinensischen Krankenhäuser angewiesen, keine bei Unruhen verletzten Palästinenser mehr kostenlos zu behandeln. Nach Angaben von Ärzten müssen Palästinenser nun 450 Dollar — etwa ein Monatsgehalt eines Arbeiters — zahlen, bevor sie zur Behandlung von bei Unruhen erlittenen Verletzungen aufgenommen werden.

Nach unterschiedlichen Angaben sind seit dem Beginn des Aufstandes vom Militär zwischen ein- und vierhundert Wohnhäuser von Palästinensern ganz oder teilweise zerstört worden, in den allermeisten Fällen ohne vorherigen Prozeß. Für die Zerstörung eines Hauses, des wichtigsten und häufig auch einzigen Besitzes einer palästinensischen Familie, woran sie nicht selten ein- bis zwei Jahrzehnte gebaut hat, reicht der *Verdacht* aus, daß ein Bewohner des Hauses sich „terroristisch" betätigt habe, einen Molotow-Cocktail geworfen habe und ähnliches mehr. Einer Familie, die ein Zelt auf den Trümmern ihres gesprengten Hauses errichtet hatte, wurde von Soldaten auch dies Zelt zerstört, da es illegal errichtet worden und der Boden, auf dem das Haus stand, beschlagnahmt sei.

Nach offiziellen Angaben sind seit Aufstandsbeginn 4.570 Palästinenser vor Militärgerichten angeklagt worden, in 2.708 Fällen sei das Verfahren abgeschlossen, in weiteren 1.200 Fällen sei Untersuchungshaft verfügt worden. (Rund 5.000 Palästinenser sitzen noch aus der Zeit vor dem Aufstand in israelischen Gefängnissen und Internierungslagern.) Hinzu kommen etwa 1.700 Verwaltungshäftlinge, von denen ein großer Teil in Ansar 3 (s.u.) gefangengehalten wird (administrative detention bzw. Verwaltungshaft bedeutet, daß ein Festgenommener ohne Prozeß auf Geheiß des militärischen Gebietskommandeurs bis zu sechs Monaten inhaftiert wird). Andere Quellen nennen z.T. weitaus höhere Zahlen: die israelische Tageszeitung „Haaretz" schreibt von über 7.500 Festnahmen, die palästinensische Menschenrechtsorganisation schätzt, daß seit Aufstandsbeginn mehr als 17.000 Palästinenser festgenommen worden seien.

Etwa 30 Palästinenser sind nach israelischen Angaben bisher in den Südlibanon ausgewiesen worden, etwa gleich viele Ausweisungsverfügungen sind derzeit noch anhängig.

Erst Monate nach dem Vorfall wurde bekannt und vom Militär bestätigt, daß Oberschüler, die im Februar im Rahmen der Gadna (vor- bzw. paramilitärische Jugendausbildung) in einer Militärbasis auf dem Westufer ihren Dienst ableisteten, auf Aufforderung von Soldaten hin Palästinenser in einem Gefangenenlager geschlagen haben. Einige der Schüler erzählten anschließend ihren Klassenkameraden davon. Einer der Schüler berichtete in dem israelischen Magazin „Chadaschot" von seiner „Heldentat"; hätte er eine MP gehabt, hätte er den Gefangenen, den er zusammengeschlagen hatte, auch erschossen. „Nicht, weil er mir irgendetwas getan oder irgendein übles Wort geäußert hat, sondern deswegen was diese Araber uns in diesem Staat tun."

Das Knessetmitglied Gadi Jatziw (Mapam) berichtete nach einem Besuch in einem Gefängnis auf dem Westufer, daß dort Gefangene in Handschellen und mit dem Gesicht zur Wand gezwungen wurden, Sprüche zu rufen wie: „Steinewerfen ist verboten. Arafat ist ein Hundesohn. Schimon Peres ist ein Wahnsinniger. Lang lebe Kahane."

Ansar 3

In der Negew-Wüste nahe der ägyptischen Grenze ist das Internierungslager Ketziot, genannt „Ansar 3", errichtet worden. Die Temperaturen erreichen in diesem Gebiet tags bis zu 45 Grad und können nachts bis auf Null Grad abfallen. Derzeit werden in dem Lager 2.300 Palästinenser vom Westufer und aus dem Gasastreifen gefangengehalten, was den Bestimmungen der Genfer Konvention widerspricht, nach der die Einwohner besetzter Gebiete nicht in das Land des Besetzers gebracht werden dürfen. (Anwälte der „Zivil"verwaltung widersprachen dem, da der Begriff „occupation", wie er in der Genfer Konvention verwendet werde, nicht dem Verhältnis zwischen Israel und den besetzten Gebieten entspräche.)

Ein Gefangener berichtete: „In ‚Ansar 3' ist man in Zelten untergebracht. Feste Gebäude gibt es nicht. Die Abteilung Westbank ist in vier Abschnitte unterteilt. Jeder Teil besteht aus acht Zelten; in jedem Zelt wohnen 28 bis 30 Gefangene. Die Zelte sind fünf Meter breit und zehn Meter lang. Als wir ankamen, mußten wir stundenlang mit einem Sack über dem kopf stillstehen, bis uns unser Zelt zugewiesen wurde. Jeder von uns bekam eine Nummer, die in der Folgezeit unseren Namen ersetzte. Nachts schliefen wir auf Schaumgummimatratzen und hatten nur fünf Decken (für alle Gefangenen), um uns vor der kalten Wüstennacht zu schützen. Die Decken reichten nicht aus, und so konnten wir kaum schlafen. Unserem Zelt wurden pro Tag fünf Faß Wasser zugeteilt, das uns als Trink- und Waschwasser diente. (...) Die Mahlzeiten waren immer gleich zusammengesetzt. Zum Frühstück gab es fünf Oliven, einen Teelöffel Marmelade, ein Stück Margarine, eine Scheibe Brot und eine halbe Tasse Tee. Das Mittagessen bestand aus einer Tasse dünner Suppe und einer halben Orange. Zum Abendessen bekamen wir dasselbe wie zum Frühstück. Das Schlimmste aber war, daß das Essen wegen des Wüstenwindes immer voll Sand war. (...) Viermal am Tag wurden die Gefangenen gezählt. Wir mußten uns in den Zelten auf den Boden setzen, die Hände hinter dem Kopf gefaltet."

Ein in Ansar 3 inhaftierter Arzt berichtete, daß sich der Gesundheitszustand der Gefangenen ständig verschlechtere. Viele litten an Hautkrankheiten sowie Magen- und Darmerkrankungen aufgrund der unzureichenden hygienischen Bedingungen und der mangelhaften Ernährung. Der Lagerkommandant von Ansar 3 sagte Journalisten: „Wenn Sie an diesem Ort eine Schlange aussetzen, würde sie sterben."

In dem im Mai aus dem Lager geschmuggelten Appell heißt es: „Unsere Familien dürfen uns nicht besuchen, wir dürfen keine Briefe verschicken oder empfangen, Radios, Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Schreibpapier oder Stifte sind verboten."

Nachdem Anfang Juni erstmals ausländische Presse in Ansar 3 zugelassen war, berichtete der „Stern": „Die meisten der 2483 Gefangenen sind keine Gewalttäter. (...) Ihre einzige Schuld ist, daß sie Palästinenser sind. Eine ganze Reihe von ihnen sind Ärzte, Anwälte, Journalisten, Mitglieder von Menschenrechtsgruppen — besonders angesehene und einflußreiche Bürger in ihren Dörfern und Städten und deshalb automatisch ‚Rädelsführer' für die israelischen Sicherheitsbehörden." — Einige der in Ansar 3 inhaftierten palästinensischen Schriftsteller werden gemeinsamer politischer Aktivitäten mit israelischen Berufskollegen beschuldigt.

270 Tote

Neben Massenverhaftungen, wirtschaftlichen Pressionen und Kollektivstrafen sind Mord, Totschlag und Folter, die hauptsächlichen Mittel der Aufstandsunterdrückung in den ersten Monaten, durchaus nicht aus der Mode gekommen.

Nach dem Bericht einer israelischen Wochenzeitung haben Soldaten nördlich von Ramallah drei Palästinenser in eine Grube gezwungen und sie dann mit Steinen bis zur Brust zugedeckt.

Aus einer Gruppe Flüchtender wurde ein Palästinenser von einem israelischen Soldaten aus 400 Meter Entfernung mit einem gezielten Gewehrschuß getötet. Die Truppe, aus der heraus geschossen worden war, entfernte sich, ohne sich weiter um den Palästinenser zu kümmern. Josef Goell von der „Jerusalem Post" bezeichnet diesen Vorfall als „typisch für andere ungelöste tödliche Vorfälle in den besetzten Gebieten, die angeblich von den Streitkräften untersucht werden. Die Ergebnisse solcher Untersuchungen werden nur selten veröffentlicht." Die israelische Regierung wußte was sie tat, als sie ein Ersuchen der USA ablehnte, von einer gemeinsamen Kommission die Verletzung von Menschenrechten in den besetzten Gebieten untersuchen zu lassen.

Nach Ermittlungen der UNO-Flüchtlingsbehörde UNWRA sind elf Menschen an den Folgen von „Tränengas"einsätzen gestorben, es handelte sich vor allem um kleine Kinder und alte Menschen. Wegen Atembeschwerden nach „Trängengas"einsätzen mußten 1.285 PalästinerInnen in Krankenhäusern behandelt werden. Amnesty international berichtete von mindestens vierzig Fällen, in denen der Einsatz von „Tränengas" zum Tode geführt hätte. — Eine israelische Ärztekommission ermittelte, daß der „Tränengas"einsatz in etwa dreißig Fällen zu Fehlgeburten geführt hat. Arafat sprach lt. „UZ" auf einer Pressekonferenz in Berlin/DDR von 1.600 Fällen von Fehlgeburten nach „Tränengas"einsätzen.

Wie bei der Anzahl Inhaftierter und den Opfern von „Tränengas"einsätzen schwanken die Angaben zu den im Aufstand Getöteten je nach Quelle ganz erheblich. In einer Militärstatistik von Anfang August ist die Rede von 230 getöteten PalästinenserInnen seit Aufstandsbeginn, das Militär habe 183 PalästinenserInnen erschossen und 2.100 durch Schüsse verletzt. Arafat sprach schon Mitte Juni von 371 palästinensischen Toten. In einer von der oppositionellen israelischen Zeitschrift „News from Within" fortlaufend geführten Liste wurden bis Ende Juli 270 getötete PalästinenserInnen namentlich aufgeführt. Rund 50 der vom Militär mit insgesamt 230 angegebenen Todesfälle gelten offiziell als noch ungeklärt.

Etwa die Hälfte dieser „ungeklärten" Todesfälle sind, wie es u.a. von dem Knesset-Mitglied Jossi Sarid (Ratz) vertreten wird, den Siedlern anzurechnen. Aber nur in einem dieser Fälle ist bisher zumindest Anklage erhoben worden.

Ein palästinensischer Schäfer, der seine Tiere in der Nähe der Siedlung Schilo, nicht aber auf deren Grund weidete, war von einem Siedler erschossen worden. Angeblich hatte der Schäfer eine Gruppe von Siedlern mit Steinen angegriffen. Tatsächlich aber war, wie später die Polizei feststellte, von dem Schäfer keinerlei Provokation ausgegangen, er war von den Siedlern aufgefordert worden, seine Schafe wegzutreiben und, als er darauf verwies, daß der Weidegrund zu seinem Dorf gehöre, erschossen worden.

Ungehindert und erst recht ungestraft können Siedler nach wie vor ihre „Strafzüge" in palästinensische Ortschaften unternehmen, eine bewaffnete Patrouille in sog. Begleitschutz-Autos zwischen Jerusalem und Hebron betreiben und auch mal in eine Schule einbrechen, um die Kinder mit Schüssen in die Luft in Todesangst zu versetzen. Ministerpräsident Schamir, bei einem Trip auf dem Westufer von Offiziers-Anwärtern befragt, wie mit provozierenden Siedlern zu verfahren sei, befand, das sei kein Problem: „Extremistische Araber, nicht extremistische Juden, verursachen die Probleme."

Justiz

Das mörderische Treiben des Militärs wird vom größten Teil der jüdischen Israelis gutgeheißen — schließlich sind es ja „unsere Jungs" — und von der Justiz, sofern es überhaupt einmal zu einer Verurteilung kommt, nur augenzwinkernd gerügt. Auf ein Vorgehen gegen die schießwütigen Siedler (weil die nur in Abwesenheit von Presse und Fernsehen ihre Aktionen starten?) scheint die israelische Anklagebehörde von vornherein verzichten zu wollen.

Einer der vier Soldaten, die — wie es in einem weltweit ausgestrahlten CBS-Film zu sehen war — Palästinenser mit Steinen und Stöcken gefoltert hatten, wurde zu fünf Monaten Haft auf Bewährung verurteilt und degradiert. Der Bataillonskommandeur des Soldaten bezeichnete dessen Verhalten nach dreieinhalb Monaten Dienst in Nablus als verständlich, es sei „nicht extremer als das Verhalten an-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

derer Soldaten während der Unruhen in den Gebieten". Die drei anderen an der Folterung beteiligten Soldaten wurden zu drei Monaten Haft auf Bewährung verurteilt und degradiert bzw. zu 21 Tagen Militärarrest (vom Oberkommandierenden des Westufers auf 17 Tage reduziert) bzw. zu zehn Tagen Militärarrest. — Der Hauptfeldwebel, der es zugelassen hatte, daß von ihm befehligte Soldaten vier Palästinenser lebendig eingruben, wurde von einem Miliärgericht zu vier Monaten auf Bewährung verurteilt und degradiert.

Auch eine Terrorgruppe wie der „Jüdische Untergrund" kann darauf setzen, daß für sie allemal Gnade vor Recht ergeht. Drei Westufer-Siedler von dieser Truppe, die 1984 in das Gelände des Islamischen Kollegs eingedrungen waren und mit automatischen Waffen vier Palästinenser getötet sowie dreißig weitere z.T. schwer verletzt hatten, waren ursprünglich zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden. Im letzten Jahr war von Staatspräsident Herzog das Strafmaß auf 24 Jahre reduziert worden, anläßlich des 40. Jahrestages der Ausrufung Israels verringerte er die Strafe nochmals, jetzt auf 15 Jahre. (Die 17 anderen Mitglieder des „Jüdischen Untergrunds", auf deren Konto zahlreiche Mordanschläge gehen und der Plan, die Al Aqsa-Moschee in die Luft zu jagen, sind bereits begnadigt.)

Zwei israelische Palästinenser hingegen, die eine Handgranate auf einen Zivilbus geworfen hatten — die Granate war nicht explodiert —, wurden zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Der Steinwurf eines israelischen Palästinensers kostete ihn zwei Jahre Haft. Acht israelischen Palästinensern, den vorgeworfen wurde, Steine geworfen und eine Demonstration initiiert zu haben, wurden in einem präzedenzlosen Urteil bei Androhung einer Geldstrafe von 300 US-Dollar und sechs Monaten Haft für 45 Tage aus ihrem Wohnort verbannt. Die Schwester des von dem Siedler Aldubi in Beita erschossenen Palästinensers, Munira Daoud Saleh, die den Siedler mit Steinen beworfen hatte, könne, äußerte der Militärstaatsanwalt in Nablus, als Verursacherin des Todes der Siedler-Jugendlichen Tirza Porat angeklagt werden, da Aldubi versehentlich Tirza Porat erschossen habe, nachdem er von einem Stein getroffen worden sei. Diese Konstruktion war denn aber doch so abenteuerlich, daß Munira Daoud Saleh jetzt „nur" wegen Steinewerfens angeklagt wird — schon das, ist zu befürchten, wird sie sehr teuer zu stehen kommen.

Im Jahresbericht der „Gesellschaft für Menschenrechte in Israel" wird den Richtern vorgehalten. Delikte von Juden und Palästinensern sehr unterschiedlich zu ahnden. Jüdische Extremisten erhielten wegen der Erschießung von Palästinensern häufig nur geringfügige Gefängnisstrafen oder würden nur zu einem Pflichtdienst in einer öffentlichen Einrichtung verurteilt werden. Palästinenser würden hingegen mit übermäßiger Härte bestraft.

Zensur

In Israel gibt es grundsätzlich nach dem übernommenen Recht aus der Zeit des britischen Mandats eine Zensur der Presse. Während jedoch die jüdisch-israelischen Zeitungen selbst entscheiden können, wo es sich bei ihren Artikeln um „sicherheitsrelevante" Themen handelt, die der Zensur vorzulegen sind, müssen die palästinensischen Zeitungen jeweils ihre ganze Ausgabe der Zensur vorlegen, die häufig nicht nur viele der eigenen Beiträge, sondern auch Übernahmen aus der jüdisch-israelischen Presse verbietet. Der arabischsprachigen Ausgabe der in Ostjerusalem erscheinenden al-Fajr wurde zum Beispiel die gesamte Berichterstattung über den Mord an Abu Jihad untersagt.

Im März war der „Palestine Press Service" für sechs Monate verboten worden, dieser Pressedienst galt unter den Auslandskorrespondenen als besonders zuverlässig und wurde vielfach in Anspruch genommen. Seither sind eine ganze Anzahl palästinensischer Zeitungen und Zeitschriften teils für kürzere Zeit verboten, teils in ihrem Vertrieb in den besetzten Gebieten behindert und teils für einen längeren Zeitraum oder ganz verboten worden. Als Begründung mußte meist herhalten, daß die Zeitungen von einer „feindlichen Organisation" finanziert würden oder mit einer solchen in Verbindung stünden.

Mindestens dreißig palästinensische Journalisten sind in den letzten Monaten inhaftiert und zumeist der Verwaltungshaft unterworfen worden, alleine fünf Mitglieder des neunköpfigen Vorstands des Verbands der arabischen Journalisten sind in Haft genommen worden.

Von dem Versuch, die Berichterstattung über den Aufstand, wenn sie nicht zu verhindern ist, so doch unter die Kontrolle des Militärs zu zwingen, bleiben auch die israelischen Zeitungen und die Auslandspresse nicht verschont. Wo es in den besetzten Gebieten zu Zusammenstößen kommt, schreibt Joel Greenberg von der „Jerusalem Post", hätten Journalisten keinen direkten Zugang mehr. Es sei zur „Standard-Prozedur" des Militärs geworden, diese Gebiete zu militärischen Sicherheitsgebieten zu erklären, zu denen Journalisten keinen Zugang haben. Daraufhin hätten sich die Journalisten sekundärer Informationsquellen bedient, die seien aber, wie der wichtige „Palestine Press Service", alle geschlossen worden. Die schließlich noch zustandegekommenen Artikel seien sodann schärferer Zensur unterworfen worden. Hinzu komme eine immer feindlichere Haltung der Öffentlichkeit gegenüber den Medien. (In Jerusalem wurde jüngst ein vierzehnjähriges jüdisches Mädchen, das ein T-Shirt mit der Aufschrift „Freiheit für die Presse" in hebräisch, arabisch und englisch trug, von Passanten als „Verräterin" beschimpft; von einer Polizistin wurde ihr das T-Shirt weggenommen und ihr wurde gedroht, sie würde festgenommen, wenn sie nochmals ein solches T-Shirt trage.) Zum Ergebnis hat diese „Standard-Prozedur" des Militärs, wie ein Beamter des israelischen Außenministeriums sagte, der gerade seinen 62tägigen Reservedienst in den besetzten Gebieten abgeleistet hatte, daß nur etwa fünfzehn Prozent der Ereignisse bekannt würden.

Im Februar wurde die in Israel in hebräischer und arabischer Sprache erscheinende Zeitung „Derech Hanitzotz/Tariq a-Sharara" (der KP-geführten in der Knesset vertretenen Chadasch, Demokratische Front für Frieden und Gleichheit, nahestehend) verboten, gleichzeitig wurde ein israelisch-palästinensischer Redakteur der Zeitung inhaftiert. Im Laufe des April und Mai wurden fünf weitere, sämtlich jüdisch-israelische, RedakteurInnen der Zeitung verhaftet. Vorgeworfen wird der „Nitzotz"-Gruppe, die die Zeitung herausgibt, mit einer „feindlichen Organisation", und zwar mit der DFLP, in Verbindung zu stehen. Die Verhafteten hatten, was für den Umgang der israelischen Justiz mit den eigenen Staatsbürgern sehr ungewöhnlich ist, während der ersten bzw. während der ersten zwei Wochen keinen Kontakt mit ihrer Anwältin. Die Verhafteten wurden während der Befragung vom Geheimdienst Schin Bet bedroht und mit Details aus ihrem Privatleben aus fernster Vergangenheit konfrontiert.

Der Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung" kommentiert das Vorgehen gegen die „Hanitzotz" und die RedakteurInnen: „Unter den ausländischen Journalisten in Israel galten die Mitarbeiter der Zeitung als Informationsquelle für die Zustände in den besetzten Gebieten. So hatten sie wiederholt über Ausschreitungen der Armee und der Grenzpolizei berichtet. Nach der ebenfalls erfolgten Schließung des ‚Palestine Press Service' durch die israelischen Behörden im März scheint die Kampagne gegen die Mitarbeiter des ‚Derech Hanitzotz' auf Anstrengungen der Israeli hinzuweisen, extreme oppositionelle Informationsquellen mundtot zu machen."

Anfang August hätte es fast das israelische Magazin „Chadaschot" erwischt, das zwei Artikel über Ernennungen und Beförderungen im Generalstab (weiß der Geier, was daran nun „sicherheitsrelevant" ist) nicht dem Zensor vorgelegt hatte. Erst der durch das Magazin dargebrachte Ausdruck höchsten Bedauerns brachte den Zensor davon ab, „Chadaschot" für eine Woche zu verbieten.

Gewöhnung

Übereinstimmend beobachteten israelischen Journalisten wie Auslandskorrespondenten, daß der Aufstand mit zunehmender Dauer als Normalzustand hingenommen wird.

Joel Greenberg von der „Jerusalem Post" schrieb Anfang Mai: „Das schwindende öffentliche Interesse droht die fortgesetzten Gewaltmaßnahmen in den besetzten Gebieten zu alltäglichen Ereignissen werden zu lassen, ein neuer Status quo, mit dem dann wieder jeder zu leben lernen wird." Eddo Rosenthal, ein niederländischer Korrespondent, hat den Prozeß der Gewöhnung am Bildschirm beobachtet: „Routinemäßig bringt das israelische Fernsehen jeden Freitagabend eine Statistik der Anzahl von Toten und Verwundeten im Verkehr. Da ist nun die tägliche Statistik der palästinensischen Toten und Verwundeten hinzugekommen." Ende Juli scheint sich der von Joel Greenberg befürchtete „neue Status quo" offensichtlich bereits weitgehend etabliert zu haben; der „FAZ"- Korrespondent Heimbrich rapportiert: „Entgegen manchem Eindruck draußen wächst in Israel nicht etwa die Nervosität, sondern die Gewöhnung. (...) Nach sieben Monaten des Aufruhrs der Palästinenser hat sich der israelische Organismus offenbar derart umgestellt, daß dieselbe Erkenntnis, die im Dezember 1987 den größen Schock hervorgerufen hatte, im Juli 1988 geradezu beruhigend wirkt: Dieser Aufstand wird sobald nicht wieder aufhören — richtig; und wozu dann die Eile?" Der „taz"-Korrespondent Amos Wollin machte deutlich, woher diese Wandlungsfähigkeit des „israelischen Organismus" stammt: „die Brutalisierung konnte fast problemlos ‚integriert' werden: auch extreme Repression gegen ‚Artfremde' oder ‚Eingeborene' wird zur Routine in einer Gesellschaft, die sich in einigen Jahrzehnten an Feldzügen gegen den arabischen Feind im allgemeinen und die PLO insbesondere geübt hat."

Opposition

Die innerisraelische jüdische Opposition, zusätzlich der Gewöhnung der Öffentlichkeit an den „Zustand" ausgesetzt und dem Prozeß der Gewöhnung selbst unterliegend, ist in den letzten Monaten noch hinter das niedrige Niveau zurückgefallen, auf dem sie sich in den ersten Aufstandsmonaten bewegte. Es sind fast nur noch kleine Aktionen sehr kleiner Gruppen zu verzeichnen.

Jesch Gwul (Es gibt eine Grenze), die die Dienstverweigerung in den besetzten Gebieten propagiert, demonstrierte ihre Solidarität mit den derzeit etwa zwanzig inhaftierten Verweigerern. Ein im Zusammenhang des 40. Jahrestages Israels geplantes internationales Dichterfestival in Jerusalem wurde von den Organisatoren abgesagt, da, wie es in einer Erklärung heißt, die Durchführung des Festivals interpretiert werden könnte als „Solidarität mit einer Regierung, die (...) unsere Häuser sprengt, Bürger ohne Urteil exiliert, Gas gegen Frauen gebraucht und junge Jungen und Mädchen tötet, was nur als Staatsterror bezeichnet werden kann." Joan Baez gab auf Einladung von Schalom achschaw Konzerte in Israel, besuchte die besetzten Gebiete und trat in der Bir Zeit-Universität auf dem Westufer zusammen mit Mustafa al- Kurd auf. Vor Ansar 3 demonstrierte eine Gruppe von fünfzig israelischen und palästinensischen Schriftstellern. Amos Kenan erklärte: „Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist es israelischen und palästinensischen Schriftstellern nur erlaubt, sich frei und ungehindert zu treffen, wenn beide im Knast sind."

Zur einzigen größeren Demonstration für die Beendung der Besetzung in den letzten Monaten hatte im Juni mit 21 Friedens- und Protestgruppen fast das gesamte linksoppositionelle Spektrum aufgerufen. Schalom achschwaw, auf die Unterstützung des Shultz-Plans eingeschworen, hatte als einzige größere Oppositionsgruppe die Teilnahme abgelehnt, da sie mit der von der Demonstration vertretenen Forderung „Zwei Staaten — zwei Völker" nicht einig gehen konnte. Schalom achschaw, deren Mitglieder bzw. Anhänger auch nicht den Dienst in den besetzten Gebieten verweigern, hat sich mittlerweile das Prädikat „Schießen und Weinen" eingehandelt.

Vor diesem Hintergrund kann sich selbst ein Verband hoher Reserve-Offiziere, der unter dem Namen „Council for Peace und Security" auftritt, den Anschein einer Friedensgruppe geben. Der Verband tritt für „Land gegen Frieden" ein, aber nur unter den folgenden Bedingungen: „1. Eine Übergangszeit vor der Schaffung palästinensischer Einheiten in Gaza und auf dem Westufer, die durch Verhandlungen vereinbart werden. 2. Die Entmilitarisierung der Gebiete, aus denen sich Israel zurückzieht. 3. Eine Militärpräsenz und ein an strategischen Punkten errichtetes Warnsystem." Nur wenn diese Garantien gegeben würden, erläuterte der Generalmajor d.R., ehemaliger Leiter des israelischen Geheimdienstes und Berater Golda Meirs in Fragen des Terrorismus, Aharon Jariw, könne Israel die besetzten Gebiete verlassen. „Es ist keineswegs sicher, daß die Palästinenser solche Bedingungen akzeptieren werden, aber wenn sie es nicht tun, dann trifft sie die Schuld, eine Friedensregelung zu verhindern, nicht Israel." Alles klar, General — es müßte jetzt nur noch erklärt werden, inwiefern sich dieses Konzept substantiell von Albernheiten wie dem uralten Allon-Plan unterscheidet, in dem ja auch vorgesehen war, daß Israel sich aus *Teilen* der besetzten Gebiete (das „Council" spricht von *„palästinensischen Einheiten"*) zurückzuzieht, daß die Siedlungen nicht angetastet werden und daß längs des Jordans und des Toten Meeres eine militärische „Sicherheitszone" errichtet wird. Gleichwohl, als die Generale ihre Ideen im israelischen Fernsehen vorstellten, wurden, will ein Korrespondent der „Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung" gespürt haben, „die Gemüter im Lande in Wallung versetzt".

K., Hamburg

Quellen
Div. Ausg. der Monate April bis August von: Al-Fajr (Ost-Jerusalem), Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, Aufbau (USA), Basler AZ (Schweiz), Basler Zeitung (Schweiz), Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Jerusalem Post — International Edition (Israel), links, Monitor-Dienst, Neue Zürcher Zeitung (Schweiz), News from Within (Israel), Palästina Bulletin, Süddeutsche Zeitung, Spiegel, Tages-Anzeiger (Schweiz), Tagesspiegel, taz, Unsere Zeit, de Volkskrant (Niederlande), Weltwoche (Schweiz), WochenZeitung (Schweiz)

Intifadah in der Initiative

„Auch *sie* wissen" — unter dieser Überschrift druckte „News from Within", die Zeitschrift des „Alternative Information Centre" in Jerusalem, einen Artikel der israelischen Tageszeitung „Haaretz" (27.7.88) nach, in dem der führende Militärkommentator Israels, Zeev Schiff, den Volksaufstand und die Entwicklungen in der palästinensischen Gesellschaft analysiert hatte. Wir haben diesen Artikel — leicht gekürzt — übersetzt, weil er die ungebrochene Kraft der Intifadah und die veränderte Situation realistisch einschätzt — im Gegensatz zu den *Verlautbarungen* israelischer Regierungspolitiker, deren Aussagen allerdings auch von taktischen Erwägungen hinsichtlich der im November stattfindenden Wahlen geprägt sind. Gerüchte jedenfalls, der israelische Ministerpräsident und Hardliner Schamir bemühe sich durch Vermittlung Rumäniens um direkte Gespräche mit der PLO und suche so die jordanische Option seines Konkurrenten Peres zu umgehen, halten sich trotz aller verständlichen Dementis. ak

Diejenigen, die vor einigen Wochen sagten, die Intifadah sei dabei zu sterben, und dafür auch Anzeichen nannten — wie Abnahme der Zahl der israelischen Streitkräfte in den besetzten Gebieten und eine relative Abnahme der Demonstrationen —, sprachen von ihren Wünschen ohne zu wissen, was wirklich vorgeht.

Wir haben dieses Phänomen schon bei anderen Politikern, auch beim Ministerpräsidenten, beobachtet; schon viele Male haben sie die Intifadah für beendet erklärt. ...

Die Initiative liegt bei den Aufständischen

In Wirklichkeit sieht die Situation anders aus. Selbst wenn die Häufigkeit der Massenunruhen abgenommen hat, steigt die Zahl der palästinensischen Toten von Woche zu Woche. Die wachsende Zahl der Opfer hat die Bevölkerung nicht vom Aufstand abgehalten, und es ist klar, daß einige von ihnen auf Rache dringen. Auch die Angriffe auf Sicherheitskräfte nehmen zu.

Die Initiative liegt im großen und ganzen bei den Aufständischen. Das ist auffallender in der Westbank als im Gaza-Streifen. Sie entscheiden, wann die Unruhen anfangen, wann Attacken beginnen und Molotows geworfen werden, wann gestreikt und wann in Israel gearbeitet wird. Auch die Entscheidung, vor (dem höchsten islamischen Fest, mst) „Id al- Adha" die Geschäfte zwei ganze Tage zu öffnen, war deren Entschluß, und nicht etwa Angst vor Strafandrohung. Es war keine Entscheidung aus Schwäche und Erschöpfung ...

Jerusalem

Auch Jerusalem steht wieder in Flammen. Nach dem eindrucksvollen Erfolg der Polizei unter Minister Bar-Lev, dem Generalstabschef und dem Regionalkommandanten, wurde die relative Ruhe, die sechs Monate dauerte, gebrochen. Wieder muß die Polizei in der Stadt um hunderte verstärkt werden; die Tatsache, daß es sich um eine geteilte Stadt handelt, wurde deutlich demonstriert ...

An den Ereignissen in Jerusalem und in seiner Umgebung ist auffallend, daß die Christen von den drei Christen-Städten (Bethlehem, Bet Sahur und Beit Jalla) und von Jerusalem in den letzten Tagen zur führenden Kraft des Aufstandes in der Westbank geworden sind. In der Vergangenheit waren die Unruhestifter in diesem Gebiet Moslems und Flüchtlinge ...

Die Volkskomitees

Hinter diesen Erscheinungen ist die Intifadah institutionalisiert worden. Das zeigt sich in der Vermehrung der Volkskomitees und der „Schock-Komitees" in den meisten arabischen Städten, Dörfern und Flüchtlingslagern in der Westbank und im Gaza-Streifen. Die Volkskomitees wollen die zivile Administration ersetzen, und sie führen oder kontrollieren schon einige Lebensbereiche in den Gebieten. Die ihnen angeschlossenen „Schock-Komitees" sind verantwortlich für Unruhen, Ausrufen von Streiks, Umgang mit Kollaborateuren und ähnliche Belange.

Deren Erfolg zeigt sich auch darin, daß sich Menschen an den Komitees beteiligen, die nicht für besondere Unterstützer der PLO gehalten wurden. In einigen Städten gibt es bereits eine Anzahl solcher Komitees, und einige dieser Komitees kontrollieren bereits ganze Regionen und koordinieren die Arbeit untereinander trotz der Konkurrenz zwischen den verschiedenen Gruppen. Es gibt Anzeichen, daß die lokalen Komitees sich nicht mit lokalen und Distrikts-Komitees begnügen werden, sondern auch Komitees für bestimmte Berufe einrichten werden.

Wenn sie darin erfolgreich sind, werden sie die Basis für echten und weitverbreiteten zivilen Ungehorsam und die Errichtung einer Vereinten Führung bilden, die bis jetzt mehr auf dem Papier und in Kommuniques existiert als in Wirklichkeit. Es scheint, als werde dies in Israel verstanden, und deshalb wird der Druck in Zukunft darauf gerichtet werden, die Volkskomitees zu brechen.

Eine mobilisierte Gesellschaft

Siebeneinhalb Monate nach dem Beginn des Aufstandes entwickeln die Palästinenser in den besetzten Gebieten die Charakteristika einer „mobilisierten Gesellschaft". Dies ist eine Organisationsform, die von unten kommt, von der Basis, auf lokale Initiative hin und nicht von außen. Sie entwickelt sich langsam, kann aber nicht ignoriert werden. Es ist schwierig, nicht über die „Experten" zu lachen, die schon in der zweiten Woche der Intifadah von Erschöpfung sprachen, die anfinge, die Palästinenser in den besetzten Gebieten zu überwältigen. Und obwohl wir stärker sind, gibt es auch Zeichen von Erschöpfung auf israelischer Seite. Tatsächlich beginnen die Palästinenser zu ermüden, aber sie haben das Gefühl, Außergewöhnliches zu leisten, ein Gefühl, das sie viele Jahre nicht hatten. Die meisten Israelis wissen das nicht oder haben Probleme, das zu verstehen.

Die öffentliche Identifikation der Palästinenser mit der Intifadah nimmt nicht ab, sondern wächst eher. Die meisten Palästinenser sind über die Zukunft besorgt, aber gleichzeitig sind sie überzeugt, daß die Intifadah der beste Weg ist, Israel entgegenzutreten, und daß sie insofern Positives erreicht haben. Dies beeindruckt auch die israelischen Araber, deren Bindungen zu den aufständischen Palästinensern anwachsen.

Der Aufstand wird nicht gebrochen werden

Trotz aller Strafen und allen Drucks ist der Aufstand bis heute nicht gebrochen worden. Es ist deutlich, daß der harte Kern, diejenigen, die den Aufstand leiten und vorantreiben, bis jetzt weder ermüdet noch resigniert sind. Ich meine nicht, es sei unmöglich, den Aufstand zu brechen, aber es wird umso schwieriger werden, je mehr Zeit vergeht; und es ist klar, daß ein solches Zerschlagen nicht vollständig gelingen, sondern nur bis zum nächsten Ausbruch dauern wird. Ich brauche nur Qabatia (ein Ort im Norden der Westbank, der für seinen ungebrochenen Widerstand gegen die israelische Besatzungsmacht in den Monaten des Aufstandes berühmt geworden ist, mst) zu erwähnen, das wieder zu seinen alten Methoden zurückgekehrt ist — trotz monatelanger Zermürbungstaktiken; oder Tulkarem, über das viele Wochen lang Ausgangssperre verhängt war. Irrtümlicherweise dachten wir, Tulkarems Nähe zu jüdischen Siedlungen und der Wunsch dieser Stadt, seinen blühenden Handel mit den Siedlungen fortzusetzen, würde stärker sein, als der Drang zum Aufstand.

Heute bestimmen die lokalen Führungen die Entwicklung, mehr als die exekutive Führung der PLO außen. Aber wir sollten aus dieser Tatsache nicht schließen, die PLO existiere nicht oder habe keinen Einfluß, oder sie werde gar von den Palästinensern in den besetzten Gebieten nicht als die Repräsentantin angesehen. Interessanterweise fand das Abu Sharif-Dokument bei den Palästinensern in den besetzten Gebieten mehr Unterstützung als bei denen außerhalb. Wahrscheinlich wird sich im Laufe der Zeit eine bedeutendere Elite aus der lokalen Führung entwickeln und für die PLO eine Herausforderung darstellen; das ist bis heute nicht so, zum Teil deshalb, weil die israelischen Autoritäten das nicht wollen.

(„Haaretz", vom 27.7.88, eigene Übersetzung nach „News from Within" vom 2.8.88, Zeitung des „Alternative Information Centre", P.O.Box 24278, Jerusalem, Israel)

„Für Unabhängigkeit bräuchte es eine ganze Revolution, nicht nur in den besetzten Gebieten“

Interview mit Leila Khaled

Leila Khaled wurde vor rund zwanzig Jahren durch spektakuläre Aktionen der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) bekannt. Ihre Geschichte ist in „Mein Volk soll leben — Autobiographie einer palästinensischen Revolutionärin“ nachzulesen. Heute arbeitet sie in der Frauenorganisation der PFLP. — Das Interview mit Leila Khaled führte Birgit Schäbler am 28.5. in Damaskus.

Mehr als ein halbes Jahr Intifada — Aufstand — in den besetzten Gebieten. Was ist deiner Meinung nach das Mindeste, was der Aufstand erreichen wird, erreichen muß?

Als erstes ist dazu zu sagen, daß dieser Aufstand, die Intifada, wie wir ihn nennen, eine Parole hat, nämlich Freiheit und Unabhängigkeit. Alle Aktivitäten unseres Volkes sind darauf hin ausgerichtet. Nun denken wir aber nicht, daß wir dieses letzte Ziel durch den Aufstand erreichen. Der Aufstand, d.h. die Vereinigte Nationale Führung des Aufstands, hat in ihrem dritten oder vierten Aufruf 14 Forderungen aufgestellt, die gegen die Besatzung gerichtet sind: v.a. Rückzug der Armee, keine Einmischung der Israelis in die Verwaltung der Gebiete, keine Steuern etc. Wenn diese Forderungen erfüllt sind, hat der Aufstand sein Ziel erreicht. Für Unabhängigkeit, wie wir sie verstehen, braucht es eine ganze Revolution, nicht nur in den besetzten Gebieten, sondern auch außerhalb. Denn die palästinensische Sache kann nicht isoliert von ihrer arabischen Umgebung gesehen werden. Likud und Arbeitspartei haben in ihren Programmen immer noch das Ziel, das Land in der Westbank und in Gasa einzunehmen. Unser Kampf muß also sein, Unabhängigkeit, das Recht auf Rückkehr, Selbstbestimmung und den unabhängigen Staat zu erreichen. Der Aufstand ist

Selbstbestimmung und den unabhängigen Staat zu erreichen. Der Aufstand ist

ein großer und in seiner Art völlig neuer Schritt dahin.

Die Menschen in den besetzten Gebieten haben schon länger die Parole eines unabhängigen palästinensischen Staates in einem Teil Palästinas, den besetzten Gebieten nämlich, in den Vordergrund gerückt. In welchem Verhältnis steht diese Parole zu der älteren, der von der Befreiung ganz Palästinas, einer Parole, der die PFLP selbst bis 1979 anhing? Ist es richtig, die eine Parole als „romantisch“, die andere als „realistisch“ zu bezeichnen?

Revolutionen beginnen immer mit einer romantischen Idee in den Köpfen einiger Menschen. Sie beginnen zu arbeiten, bis diese Idee etwas Reales wird. Auf diese Weise haben viele Völker in der Geschichte ihre Unabhängigkeit erreicht. Grundsätzlich ist das auch mit unserem Volk so, aber in unserem besonderen Fall gibt es Unterschiede. Wie ich vorhin schon sagte, kamen die Zionisten nicht in der üblichen Art der Kolonisatoren, sondern als Siedler.

Es genügt nicht, das strategische Ziel nur zu bestimmen, wir müssen auch realistisch sehen, wie wir es erreichen. In unserem Denken ist das strategische Ziel nicht nur einen demokratischen, sondern eine sozialistischen Staat, ein sozialistisches Gemeinwesen zu errichten. Damit unsere Massen außerhalb Palästinas das akzeptieren, sagen wir, wir müssen das ganze Land befreien. Ich z.B. bin aus Haifa. Also muß ich dafür kämpfen, nach Haifa zurückzukehren. Nachdem wir glauben, daß das ganze Ziel auf einmal nicht zu erreichen ist, müssen wir in Etappen vorgehen. Was ist nun einfacher für uns, den Gasastreifen und die Westbank zu befreien, wo unsere Massen konzentriert sind, oder Haifa, wo die Israelis konzentriert sind? In diesem Sinne müssen wir unseren Staat errichten, wo immer wir Gebiete befreien können. Jetzt tobt der Aufstand, aber auch vorher haben wir so gedacht. Im politischen Bericht der PFLP haben wir geschrieben, daß der erste Schritt zur Befreiung Palästinas die Verwirklichung unseres Rechtes auf Rückkehr, Selbstbestimmung und die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates ist. Wir wußten von vornherein, daß das in den besetzten Gebieten sein würde. Uns war klar, daß wir nicht Tel Aviv vor Nablus befreien können.

Und unsere Massen in den besetzten Gebieten können nach 20 Jahren Besatzung auf der einen Seite die sozialen, wirtschaftlichen Bedingungen, die ganze Unterdrückung nicht mehr ertragen, auf der anderen Seite sind sie nun auch erfahrener, sie wissen genau, wie sie dem zionistischen Feind begegnen können — besser als in den anderen Aufständen, in den 20er und 30er Jahren. Der Aufstand dauert auch länger als der Streik von 1936 ... Aber, wie gesagt, die Beseitigung der Okkupation ist eine Etappe, die ihre Art des Kampfes hat, die anderen Etappen sollten auch ihre Arten des Kampfes haben.

Die Versöhnung zwischen Arafat und Syrien — hat sie schon Ergebnisse hervorgebracht?



Die Versöhnung zwischen Syrien und der al Fatah ist ein Ergebnis des Aufstandes.

Die Versöhnung zwischen Syrien und der al Fatah ist ein Ergebnis des Aufstandes.

Sie wurde durch den Mord an Abu Jihad beschleunigt. Unsere Sicht der Dinge ist, daß diese Versöhnung auf einem gegenseitigen Bedürfnis beruht. Nach dem Arabischen Gipfel in Amman fand Syrien sich allein. Jordanien, König Hussein, machte seine eigenen Pläne, die Amerikaner haben Syrien nichts zu bieten, Ägypten ist an Camp David gebunden. Auf der anderen Seite al Fatah: Auch sie fand, daß der Weg über König Hussein geschlossen ist, über Ägypten ist er auch blockiert, wegen Camp David, so blieb Syrien übrig. Die Versöhnung ist das Zusammentreffen gegenseitiger politischer Interessen. Zu den Ergebnissen — das braucht Zeit. Nach vier, fünf Jahren werden Probleme nicht auf einmal gelöst.

Heute z.B. ist der 40. Tag nach dem Tod von Abu Jihad, ein Tag, der traditionell mit Trauerfeierlichkeiten begangen wird. Es fanden aber keine statt, weil Syrien es nicht wünschte ...

Davon weiß ich nichts. Aber man kann nicht erwarten, daß alles von Anfang an glatt geht. Es braucht noch mehr Verhandlungen, um die alten Probleme zu lösen.

Was erwartest du vom Arabischen Gipfel in Algier?

Vieles. Ich hoffe, daß die Teilnehmer Syrien, Libyen, Algerien, die PLO und die Volksrepublik Jemen als Block zusammenarbeiten. Wenn sie das nicht tun, ist es eine Katastrophe. Denn dieser Gipfel sollte sich die Sache des Gipfels von Rabat 1974 zu eigen machen, wo die arabischen Staaten die PLO als einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannten. Nun brauchen wir ein neues Rabat. Denn fünf Jahre lang versuchten die arabischen Staaten, die PLO zu eliminieren, was sie politisch auf dem Gipfel von Amman umsetzten. Deshalb sollten die oben genannten Staaten Druck ausüben, um die PLO zu unterstützen und die legitimen Rechte der Palästinenser zu bestimmen. Alle arabischen Staaten versichern nämlich immer, daß die Palästinenser Rechte hätten, aber ohne zu sagen, was diese Rechte sind. Ich hoffe, daß diese vier Staaten zusammen mit der PLO diese Auseinandersetzung mit den Reaktionären gewinnen.

Wie beurteilst du die wechselvolle Politik König Husseins im Moment?

Bis vor vier Monaten versuchte König Hussein, der Vertreter des palästinensischen Volkes zu sein. Er verließ sich darauf, daß der Aufstand nicht weitergehe, und auf dem Arabischen Gipfel von Amman, nach dem er derjenige war, der das Problem lösen würde. Der Aufstand war ein Wink mit dem Zaunpfahl, nachdem er sich sogar noch steigerte: Er mußte fürchten, daß die Million Palästinenser in Jordanien einen zweiten Aufstand machen würden, wenn er sich gegen die Intifada in den besetzten Gebieten wendete. Jetzt hat er Angst und muß vorgeben, er unterstütze den Aufstand. Deshalb haben wir ihn jeden Tag des vergangenen Monats im Fernsehen sagen hören, daß nur und einzig die PLO die Vertreterin des palästinen-

Fernsehen sagen hören, daß nur und einzig die PLO die Vertreterin des palästinen-

sischen Volkes sei, er keinerlei Ambitionen diesbezüglich hätte etc. Aber das sagt er nur. Im Geheimen verhandelt er über etwas ganz anderes, mit Simon Perez, mit Shultz. Bei Shultz hat er die PLO nicht einmal erwähnt.

Hatte der Mord an Abu Jihad Auswirkungen auf die Einheit der PLO?

Der Mord an Abu Jihad hat eigentlich weniger mit der Einheit zu tun als damit, daß die PLO verstärkt über den Feind nachdenken muß. Wir müssen uns klar machen, daß der Feind uns nicht nur als Volk oder als militärische Einheiten verfolgt, sondern als Individuen.

Was die Einheit betrifft, in der PLO, so denke ich, sie wurde letztes Jahr in Algier erreicht. Es gibt immer noch Organisationen, die der Einheit nicht folgen, aber das ist ihr Problem, nicht das der PLO selbst. Aber diese Einheit muß weiter entwickelt werden. Wir wissen sehr wohl, daß die Institutionen der PLO einer „Reparatur“ bedürfen, einer demokratischen Reparatur nämlich. Besonders al Fatah braucht eine kritische Überprüfung, ob sie ihre Führung kollektiv gestaltet, von der Basis aufwärts.

Aber wir sehen es als unsere Pflicht an, die gemeinsamen politischen Anknüpfungspunkte zwischen al Fatah, der PFLP und den anderen Organisationen zu finden, um die Einheit wiederherzustellen. Nach der Spaltung der PLO war sehr bald klar, daß sie unserem Kampf sehr schadete. Nach der Wiederherstellung der Einheit in Algier unternahmen wir Schritte, auch Syrien zu dieser Versöhnung zu bewegen.

Und wie ist euer Verhältnis zur DFLP im Moment?

Seit dem vierten Kongreß ist es unser Ziel, die demokratischen Organisationen zu vereinen. Dieses Ziel ist auch in unserem politischen Bericht enthalten. Und wir haben Erfahrungen damit, wie die Demokratische Allianz zwischen PFLP, DFLP, Kommunistischer Partei und Palästinensischer Befreiungsfront. Obwohl es uns nicht gelungen ist, die Linke zu stärken, arbeiten wir immer noch daran. Wir sind uns bewußt, daß wir auf alle Fälle ein starker Block werden müssen, denn um in der PLO etwas zu verändern, braucht es eine starke linke Kraft.

Wie beurteilst du die Situation im Libanon — nach der syrisch- palästinensischen Allianz, nach den Kämpfen zwischen Hizbollah und Amal?

Das ist die komplizierteste Frage. Natürlich, wie wir gegen Amals Belagerung unserer Lager waren, so sind wir auch jetzt gegen die Konflikte zwischen Amal und Hizbollah. Die einzigen, die davon profitieren, sind die Verbündeten Israels und Israel selbst. Deshalb unterstützten wir keinen von beiden. Außerdem haben wir nach 1982 gesagt, daß das libanesische Problem ein libanesisches Problem ist, in das wir uns nicht einmischen. Aber wir unterstützen die nationalen, patriotischen Kräfte im Libanon und ihr Programm. Leider wurden die Konflikte zwischen ihnen die hauptsächlichen Konflikte, wo

Leider wurden die Konflikte zwischen ihnen die hauptsächlichen Konflikte, wo

doch das Gegenteil der Fall sein sollte: Sie sollten sich gegen die Phalangisten und die Israelis verbünden, die ja den Süden Libanons besetzt halten.

Was die Situation im allgemeinen angeht, so haben wir im Arabischen einen Ausdruck dafür: Wanderdünen. Eine Gruppe steigt auf, hat die Macht. Im nächsten Moment ist sie verschwunden, z.B. Amal. Amal war eine Macht in Beirut, nun sind sie fertig, und Hizbollah kontrolliert ihre Stellungen. In den 70er Jahren waren es die Progressiven, die die Macht hatten, nun sind sie zersplittert. Die Situation ist sehr verworren. Aber es gibt ein paar Regeln: Die allererste ist, daß die Linken sich zusammenschließen müssen, um ein nationales Minimalprogramm aufzustellen. Sonst ist das Problem nicht lösbar. Die Amerikaner können es nicht lösen. Die Israelis besetzten den halben Libanon, bis jetzt haben sie nichts erreicht. Iran ist im Libanon.

Manche westlichen Beobachter sehen bei der starren Haltung Israels einen neuen Nahost-Krieg heraufziehen — ist das wahrscheinlich?

Einen Krieg zwischen wem und wem? Zwischen Israel und wem? Syrien? Warum? Ich muß diese Frage jenen westlichen Beobachtern stellen. Warum sollten sich die Israelis in einen neuen Krieg verwickeln? Sie führen Krieg, wenn eine Bedrohung gegen sie heraufzieht. Ich glaube nicht, daß irgendein arabischer Staat eine wirkliche Bedrohung Israels ist. Libanon — wo ist da die Bedrohung? Wenn nicht wir unseren militärischen Kampf im Süden konzentrieren. Das ist eine wirkliche Bedrohung Israels, und natürlich der Aufstand. Aber darauf werden sie im Libanon mit Überfällen antworten, mit einer Invasion, aber nicht um zu besetzen. Dazu haben sie im Libanon zu viele Verluste gehabt, mehr als in den anderen Kriegen. Nein, Überfälle wie der vor einigen Wochen, und dann Rückzug ist ihre Strategie, kein neuer Nahost-Krieg.

Zu sowjetischen Politik im Zeitalter von Perestroika: George Habasch sagte neulich: „Die neue Politik der SU schließt einen Wechsel in der Taktik ein, bleibt in den wesentlichen Prinzipien aber konstant.“ Was bedeutet das konkret?

Was die Haltung der SU angeht, so muß man hier unsere Sache und Afghanistan gemeinsam betrachten: Aus Afghanistan zieht die SU nun nach Jahren ab. Das heißt aber nicht, daß sie die Regierung und das Volk den Pakistanis überlassen oder im Stich lassen. Ähnliches gilt für uns. Die SU unterstützt uns politisch und auf internationaler Ebene. Nun ruft sie zwar nach einer internationalen Konferenz, diese unterscheidet sich aber sehr wesentlich von der Konferenz, die Shultz propagiert. Sie soll uns die Möglichkeit geben, zu verhandeln und einige unserer Ziele zu erreichen. Das ist die Taktik. Das widerspricht nicht der grundsätzlichen Unterstützung der SU für unsere Sache.

Sie haben sogar eine konsularische Delegation in Tel Aviv, mehrere Ostblockstaaten nahmen Kontakte zu Israel auf ...

Auch wenn sie eine Delegation in Tel Aviv haben, heißt das nicht, daß sie uns ihre Unterstützung entziehen. In der westlichen Presse gab es einige Sensationsmache darum, daß Gorbatschow von Arafat verlangt hätte, Israel anzuerkennen. Unser Vertreter sagte uns, alles was Gorbatschow forderte, war eine internationale Konferenz mit allen Gruppen und Mitgliedern, die am Konflikt beteiligt sind. Das heißt, daß die Palästinenser *und* die Israelis daran teilnehmen müssen. Daraus wollten dann wohl einige Journalisten eine Sensation machen ... Ich denke, das ist eher westliche Propaganda gegen Gorbatschow. Khaddumi schrieb sogar eine Gegendarstellung in einer sowjetischen Zeitung. Auch Arafat dementierte das.

Anzeige

VIDEOFILM

Schatila
Auf dem Weg nach Palästina

Schatila ist ein Fluchtlingsplanet unter Dauerfeuer. Eingegraben unter der Erde, in Bunkern, Kellern, verbunden durch ein System von Gangen, widerstanden hier 4000 Menschen dauernder Belagerung.
Einer von ihnen filmte monatelang von innen das Leben unter den Trummern: Palastina vor Augen. Die bisher nie gezeigten Bilder des auf 45 Minuten geschnittenen Films dulden kein Vergessen. Es geht um die Vertreibung und Vernichtung der Palästinenser und um deren Widerstand.

VERLEIH + VERTRIEB
●Medico International
Obermainanlage 7
6000 Frankfurt 1
Tel. 069 / 499 00 41

Spendenkonto:
1800 Stadtsparkasse Ffm
oder **Postgiro Köln**
6999 - 508, Köln.

(Verleih nur fur Solidaritatsveranstaltungen, deren Reinerlos der Palastinaarbeit von medico zugute kommt!)
-Aktionsplakate & Flugblatter uber medizinische Hilfe in der Westbank und im Gaza-Streifen kostenlos.

●Medienwerkstatt
Konradstraße 20
78 Freiburg
Tel. 07 61 / 70 97 57

„Nur jemand von draußen kann etwas ändern, nur die Massen, die Leute"

Gespräch mit Boris Kagarlitzky über die Parteikonferenz

Im Juli hatte ich Gelegenheit, mit Boris Kagarlitzky, Journalist und Sprecher der „Sozialistischen Klubs" in der UdSSR, über die Erfahrungen der linken Gruppen vor und nach der 19. Parteikonferenz zu sprechen.

Vor der Parteikonferenz

Das Versprechen der Partei, den Prozeß der Delegiertenwahlen zur Parteikonferenz zu öffnen, sei von den Menschen begrüßt und ernstgenommen worden. Der Parteiapparat habe dies jedoch vielerorts verhindert und damit *„sehr viel Ärger, sehr viel Frustration und sehr viel Proteste"* ausgelöst. Die Breite dieser Proteste sei mancherorts auch für die Organisatoren aus autonomen Gruppen sehr überraschend gewesen; es hätten sich Formen spontaner Selbstorganisation entwickelt.

Aber keine dieser Protestbewegungen habe letztlich Auswirkungen auf die Wahl der Delegierten gehabt. Auch die Tatsache, daß der Historiker Afanasjew erst nach öffentlichen Protesten in Moskau zur Parteikonferenz delegiert wurde, sei eher seinen Freunden im liberalen Flügel des Parteiapparats zu verdanken als der Bewegung.

Trotzdem hält Kagarlitzky für eine große Erfahrung, *„daß die Menge auf die Straße kommen kann, und die Polizei macht nichts."* — An allen Aktivitäten seien die linken Gruppen stark beteiligt gewesen, aber dennoch sei alles sehr spontan gewesen. Nach der Konferenz seien die Aktivisten natürlich bekannter als vorher, und die Leute sagen, *„daß sie Recht hatten, weil sie schon vorher gesagt hatten, daß die Delegierten keine wichtigen Reformen mit nach Hause bringen würden. So haben sie vielleicht eine gewisse Autorität bekommen. Aber man muß verstehen, daß diese spontanen Bewegungen nicht stabil sind. Heute mobilisieren sie vielleicht 30.000 Leute und morgen nur 1000. Für die Gruppen gibt es sehr wenig Möglichkeiten, diese spontanen Bewegungen zu stabilisieren oder zu organisieren. Sie können nur teilnehmen und vielleicht beeinflussen."*

Die Fernsehübertragung der Parteikonferenz sei, vom ersten Tag abgesehen, sehr gut gewesen. *„Jelzin z.B. hat sehr große Sympathien bekommen, weil er sehr persönlich war, nicht als Bürokrat auftrat, sondern sehr emotional war; er hat beinahe geweint."* — Nachdem Jelzin auf der Parteikonferenz vergeblich seine Rehabilitierung „noch zu Lebzeiten" gefordert hatte, sammelte die autonome Gruppe „Junge Kommunarden — Internationalisten" am nächsten Tag auf dem Puschkinplatz Unterschriften für diese Forderung. Viele Menschen unterschrieben. Nach der Parteikonferenz haben einige aus den „Sozialistischen Klubs" eine kleine, nicht repräsentative Umfrage über den Beliebtheitsgrad der Delegierten gemacht. *„Der populärste ist Jelzin, dann erst kommt Gorbatschow, und auf dem letzten Platz ist Ligatschow."* — Die Inhalte der Parteikonferenz scheinen nicht eine so wichtige Rolle für die Bevölkerung gespielt zu haben. Das sei *„ein bißchen die amerikanische Art"* gewesen, meint Kagarlitzky, *„mehr Persönlichkeiten als Programme"*. Dennoch sei die Konferenz als politische Information sehr wichtig gewesen, *„weil man verschiedene offizielle Leute gesehen hat und die Widersprüche zwischen ihnen ganz deutlich geworden sind. Das war eine politische Ausbildung für die Zuschauer."*

Wer sich für die vollständigen Reden auf der Parteikonferenz interessierte, konnte sie am nächsten Tag in der Zeitung nachlesen. Allerdings hatte man erwartet, daß *alle* Zeitungen die vollständigen Texte veröffentlichen würden. Sie wurden aber nur in der „Iswestja" publiziert, so daß viele die Texte nur auf Umwegen bekamen, weil die Zeitung ausverkauft war. Das sei auch eine Art, die Information zu erschweren, meint Kagarlitzky.

Resultate der Parteikonferenz

„Es gibt wenig Resultate. Nur zwei Punkte, die nicht in den Thesen standen, Kongresse der Volksdeputierten zu organisieren, waren eine Entscheidung. Gorbatschow sagte, wir müssen ein neues Parlament haben. Aber nicht direkt, sondern in zwei Zügen. Erstens müssen wir einen Kongreß der Volksdeputierten wählen, und dann kann dieser das neue Parlament, den neuen Obersten Sowjet, wählen. Das ist sehr indirekt. Warum? Wir sind für direkte Demokratie, wozu muß man diese Zwischenstufe haben?"

Man habe so ein indirektes Wahlverfahren schon in der Vorbereitung der Parteikonferenz kennengelernt, sagt Kagarlitzky, und man wisse, daß diese ganz von der Parteibürokratie manipuliert war. Auffassung der Linken sei, daß man sich an den Deputiertenwahlen beteiligen müsse, zugleich aber auch der Bevölkerung zu erklären, daß solche indirekten Wahlen kaum demokratische Resultate produzieren können. Es seien auch keineswegs alle Parteimitglieder mit dieser Entscheidung zufrieden. *„Und vielleicht sind im Apparat auch nicht alle zufrieden damit. Deshalb ist es vielleicht nicht sinnlos, den Kampf dagegen zu entwickeln. Aber wir müssen auch zu den Leuten sprechen, und das war eins der größten Probleme für die linken Gruppen. Sie haben immer zu den Reformisten gesprochen und nicht mit den einfachen Leuten, um eine Volksbewegung statt einer Lobby aufzubauen. Ich selber habe auch gesagt, wir müssen eine radikale sozialistische Lobby werden, aber jetzt sagen wir, das ist nicht effektiv. Das war vielleicht für die Linken die wichtigste Lehre. Zum Beispiel haben wir immer versucht, auf die progressiven Gruppen im Parteiapparat einzuwirken und hatten vielleicht auch ein bißchen Einfluß. Aber trotzdem sitzen die Progressiven immer mit den Konservativen im selben Boot. Sie haben entweder Angst oder keine Möglichkeit, diesen Zusammenhang aufzubrechen. Da kann nur jemand von außen etwas ändern. Und wer kann das machen? Nur die Massen, das Volk. Wenn die Leute apolitisch sind, gibt es keine Chance. Aber die Leute sind nicht mehr apolitisch. Es gibt sehr viel Politisierung im Zusammenhang mit diesen Wahlen. Deshalb darf man diese Lobbytaktik nicht fortsetzen, sondern muß mehr demokratisch werden. Ich denke, das ist jetzt sehr wichtig für uns, die demokratische Tendenz in unserer Bewegung zu entwickeln, weil es in dieser Bewegung auch viel Autoritarismus gibt und überhaupt alle Probleme, die in der gesamten Gesellschaft existieren."*

Umgang der linken Gruppen mit der Parteikonferenz

„Unter den Intellektuellen in Moskau gab es viele Diskussionen um die Thesen. Sie hielten sie für zu abstrakt, zu generell, es gab nichts Neues, sie waren kein Schritt vorwärts." Die Linksgruppen in Moskau (insgesamt 18) organisierten zwei Kongresse vor der Parteikonferenz, um die Thesen zu diskutieren, und haben selbst alternative Thesen formuliert, die weiter ihre Gültigkeit behalten. In den Thesen *„stellen wir wichtige demokratische Forderungen auf. Dieses Dokument ist nicht sehr sozialistisch. Die Leute, die dieses Dokument produziert haben, sind alle Sozialisten, aber es ist ganz demokratisch. Ein Beispiel: Bei uns wird in allen amtlichen Papieren die Nationalität eingetragen. Das bedeutet, daß die Funktionäre die Nationalität der Leute kennenlernen können. Wozu kann das benutzt werden? Man kann Menschen diskriminieren, weil sie Juden sind, oder Armenier, oder Moslems. Wir sagen, das muß weg.*

Oder ein anderes Beispiel: Man sagt, wir müßten vielleicht Wahlen haben, freie oder halbfreie. Es gibt aber keine Vorschläge, wie man das organisieren kann. Und wir haben konkrete Programme. Wir wollen jetzt keine alternative Partei gründen, aber wir wollen alternative Wahllisten haben. Darauf könnten auch Parteimitglieder kandidieren."

Die Thesen könnten vielleicht eine gute Plattform sein, um alle Linksgruppen zusammenzubringen. Die seit längerem bestehende *Föderation der Sozialistischen Klubs* sei dafür nicht sehr effektiv, da sie keine Plattform, kein Programm, keine Organisationsstrukturen hat. So sei die Idee der *Volksfront* entstanden, das *Organisationskomitee für die Volksfront.*

Um die Idee der *Volksfront* zu propagieren, wurden von diesem Komitee vor der Parteikonferenz zwei Kundgebungen auf dem Moskauer Puschkinplatz organisiert, die zweite mit 2000 Teilnehmern und einem Umzug durch mehrere Straßen. Seitdem ist der Puschkinplatz so etwas wie der Londoner Hyde Park (früher). Dort diskutieren die Leute bis spät in die Nacht, Vertreter der *Volksfront* erklären ihre Forderungen und sammeln Unterschriften für die Anerkennung als eingetragener Verein.

Die Idee der Volksfront

Im *Organisationskomitee für die Volksfront* sind viele verschiedene Gruppen vertreten. Zur Zeit findet innerhalb der Gruppen ein Diskussionsprozeß über die Ziele und die Organisationsform der *Volksfront* statt. In unserem Gespräch entwickelte Boris Kagarlitzky ansatzweise seine Vorstellungen und stellte einige Probleme dar, die die linken Gruppen mit dem offenbar relativ großen Interesse an der *Volksfront* haben. *„Wir wollen die Volksfront nicht so föderalistisch haben, wir wollen mehr Einheit, eine Koordination funktioneller Gruppen, z.B. Literaturgruppen, ökologische Gruppen, Gruppen für Demonstrationen. Alle Gruppen haben spezifische Themen. So sind einige Gruppen z.B. sehr gut auf ökologischem Gebiet, aber nicht so gut auf anderen Gebieten. Es existieren alle Probleme, die typisch sind für die Linken in allen Ländern, auch Sektierertum."*

Die *Volksfront* sei aber auch gut für die sog. einfachen Leute. Für diese sei es sehr schwierig, die Unterschiede zwischen den vielen Gruppen zu verstehen, und so fühlten sie sich in dieser Welt der kleinen Gruppen verloren. Mit der *Volksfront* wird ihnen nun eine einheitliche große Organisation angeboten. Die Unterstützung in der Bevölkerung für die Idee der *Volksfront* sei derzeit recht groß. Beispielsweise spenden Kooperativen Geld, oder manchmal auch Einzelpersonen. Viele Leute kommen zum Puschkinplatz und sagen einfach, daß sie helfen wollen.

Fortsetzung nächste Seite

Anzeige

Internationale Perspektiven bei Argument

Peter Körte (Hg.)
30 Jahre Argument
Interviews zu einem Jubiläum
Argument

30 Jahre Argument

Erfahrungen und Perspektiven
Interviews zu einem Jubiläum
Von Peter Körte

30 Jahre »Argument« — ein Anlaß zu Rückblick, Bestandsaufnahme und Perspektivendiskussion. Peter Körte, freier Journalist in Hamburg, hat Mitarbeiter, Kritiker und Widersacher, Freunde und Gleichgesinnte zu Einzelinterviews eingeladen. Es wird kein Jubelchor präsentiert: Kräftige Töne, Dissonanzen und Gegen-Argumente entsprechen der Tradition und dem Selbstverständnis des Projekts namens »Argument«. Die Gesprächspartner entwickeln ihr Verhältnis zum »Argument« an den Konflikten, Spannungen, Widersprüchen und Bruchstellen entlang, die untrennbar zur Geschichte der Zeitschrift gehören.
ca. 200 S., br., DM 15,—

Cynthia Cockburn

Die Herrschaftsmaschine

Geschlechterverhältnisse und technisches Know-how

»Es heißt oft, die Technologie sei — ähnlich wie Frankensteins Monster — außer Kontrolle geraten. Nicht die Technologie ist außer Kontrolle geraten, sondern der Kapitalismus und die Männer.« Wenn wir Frauen das verändern und die Kontrolle über unsere Leben, unsere Arbeit, unsere Umwelt gewinnen wollen, dann kommen wir um die Aneignung technischen Know-hows nicht herum. Cynthia Cockburn zeigt, wie es den Männern gelingt, die Macht, die der Kontrolle über die Technologie entspringt, für sich zu reservieren. Und sie zeigt angesichts dieser Herrschaftsmaschinerie auf, was Frauen tun müssen, um das männliche Technologiemonopol zu brechen.
ca. 300 S., br., DM 28,—

Cynthia Cockburn
Herrschaftsmaschinen



Argument

NOAM CHOMSKY
DIE 5. FREIHEIT
ÜBER MACHT UND IDEOLOGIE
VORLESUNGEN IN MANAGUA
ARGUMENT

Noam Chomsky

Die fünfte Freiheit

Über Macht und Ideologie
Vorlesungen in Managua

Dieser Band enthält fünf Vorlesungen, die der amerikanische Sprachwissenschaftler Noam Chomsky 1986 an der Universität von Managua (Nicaragua) gehalten hat. Sein zentrales Thema — der Titel deutet es an — ist die Freiheit der USA zu Raub und Ausbeutung der Dritten Welt. Mit welchen Mitteln die USA diese Freiheit verteidigten (und verteidigen), belegt Chomsky mit einer Fülle von Beispielen vor allem aus Indochina und Lateinamerika. Darüber hinaus beschäftigt er sich mit dem Rüstungswettlauf und der innenpolitischen Situation der USA. Einprägsam entlarvt Chomsky die Kunst der ideologischen Verschleierung unbequemer politischer Tatsachen.
ca. 150 S., br., DM 24,—

Stuart Hall

Ausgewählte Schriften

Mit einem Vorwort von W.F. Haug

Stuart Hall ist einer der bedeutendsten marxistischen Theoretiker im angelsächsischen Raum, gefragter Autor aktueller politischer Analysen und Mitarbeiter an Fernsehfilmen (z.B. zum Problem von »Rasse« in den Medien). Hall hat die Marxsche Theorie den Fragen eines sich verändernden Kapitalismus ausgesetzt und sie mit Althusser und Foucault (und über diese hinausgehend) um- und ausgebaut.

Diese erste Auswahl seiner Werke gibt einen Überblick über sein vielfältiges theoretisches Wirken: Studien zur Marxschen Theorie, zur Medien- und Massenkultur, zur Neuen Rechten und zum Rassismus sowie kritische Analysen linker Politik.
ca. 200 S., br., DM 24,—

Stuart Hall
Ausgewählte Schriften



Ideologie, Kultur, Medien, Neue Rechte, Rassismus
Argument

Frauenbewegungen in der Welt / Band 1
Westeuropa
Argument

Frauenbewegungen in der Welt

Band 1: Westeuropa
Autonome Frauenredaktion (Hg.)

Die geplante vierbändige Enzyklopädie soll Auskunft geben über die Geschichte und Gegenwart der Frauenbewegungen in der Welt, über das Verhältnis zu anderen Gruppen und zum Staat, über ihre Ziele und Bündnisse. Sie analysiert die verschiedenen Strömungen innerhalb der jeweiligen Frauenbewegung, berichtet von der Entstehung von Frauenkulturen und Frauensolidarität. Auf diese Weise sollen Gemeinsamkeiten und Unterschiede der weltweiten Kämpfe der Frauen erkennbar werden.
Argument-Sonderband AS 150
ca. 176 S., br., DM 18,50
(DM 15,50 für Studierende)

Das Argument 170

Projekt Perestrojka

Beiträge zum Themenschwerpunkt: Klaus Segbers: Überlegungen zu einer Dialektik der Perestrojka; W.F. Haug: Gorbatschow oder Revolution wider die Apathiemaschine; F. Haug/B. Ketelhut: Die Perestrojka und die Frauen; Helmut Fleischer: Die Perestrojka erreicht die Philosophie (II); Th. Bergmann: Die zweite Entstalinisierung. Literarische Texte von Erich Fried, Günther Anders und Volker Braun.

Weitere Aufsätze: Kappeler über die Politik der Pornographie; Morgenstern über Israel und den Historikerstreit, Ingrao über Togliatti und Gramsci, Astorga über Christentum und Revolution in Nicaragua.

Erscheinungsweise des *Argument:* Sechs Hefte im Jahr, davon zwei der Autonomen Frauenredaktion. Einzelpreis: DM 14,— (DM 11,— für Studierende); Jahresabo: DM 72,— (DM 57,—) zzgl. Versandkosten.

Das Argument
Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften 170

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

30 Jahre Argument

„Gott liebt Rußland?"

Interview mit Lena K., Vertreterin der Gruppe „Volksfront"

UdSSR, in diesem Fall Leningrad, seit dem 28.6.88, Beginn der 19. Allunionskonferenz der KPDSU: Kein Ort ohne Widerhall der Konferenz. Gorbatschow über allem. Ganztagsprogramm. Im Taxi, am Strand, in quäkenden Radios, überall: Die Stimmen der Redner. Auf den Schirmen in Hotels, in Restaurants, bei Familien- und Freundestreffen im Haus: Bilder und Stimmen, live rund um den Tag. In der Presse die Texte: Gorbatschows Antrittsrede, Entgegnungen, Debatten, lebendige Szenen, Gorbatschows Schlußwort. Kein Wort geht verloren. Das Klima ist politisiert. Der kritische Teil der Berichterstattung allerdings fällt eher mager aus. Dokumentation bestimmt die Haltung der Medien. Niemand kratzt öffentlich am Konsens des Kongresses. Niemand, so scheint es, will den mühsam errungenen Kompromiß gefährden.

Dennoch: Die Situation im Land ist außergewöhnlich. Meinungen werden sichtbar. Menschen, die von ihren Politikern seit Jahrzehnten nichts mehr zu erwarten gewohnt sind, Menschen, für die Politik gleichbedeutend mit Korruption, für die der Aufbau des Sozialismus zum Synonym für Warten in der Schlange und Stagnation des gesellschaftlichen Lebens geworden ist, diese Menschen verfolgen mit gespannter Aufmerksamkeit den Gang der Konferenz, hängen in Trauben an den Fernsehern, jung wie alt, Muttis und Pappis, in der Öffentlichkeit wie im Privaten. Die Trennung zwischen öffentlicher Langeweile und privater Begeisterung, öffentlicher Motivationslosigkeit und persönlicher Improvisationsgabe, kurz: die Trennung von Politik und persönlichem Leben, die gerade die Wirklichkeit der UdSSR seit Jahren besonders charakterisiert, scheint aufgehoben. Überall wird diskutiert, kommentiert, interpretiert. Gorbatschows Eingangsrede wird nicht nur in allen Presseorganen nachgedruckt. Sie wird auch gelesen, kritisch gewogen, beurteilt, weitergereicht. Trotz aller Skepsis der Resignierten, trotz aller Geduld der aufgeklärt Abwartenden, trotz aller Ungeduld der Drängenden: man hat sich Hoffnungen auf neue Impulse für den bisherigen Reformkurs gemacht: Stärkung der Demokratie durch Wählbarkeit der Kandidaten der Partei-und Staatsorgane und Begrenzung der Amtszeiten, Befreiung der persönlichen Initiative durch Weiterung der Grenzen für profitables Wirtschaften, Demokratisierung und Flexibilisierung von Partei und Staat durch Stärkung der Sowjets, Demokratisierung durch weitere Initiativen für die Verrechtlichung der Verfassung und Kodifizierung von Bürgerrechten usw. Die breite Debatte um die vor der Konferenz vorgelegten „Thesen" des ZK der KPDSU ließ entsprechende Erwartungen überall im Lande entstehen. Jetzt wird gewogen.

Die Konferenz greift voll in den sowjetischen Alltag. Im Fernsehen wird nicht nur die Konferenzdebatte, sondern auch die Meinung des Mannes und der Frau auf der Straße dokumentiert. Und die haben eine! Die Anteilnahme ist groß. Jede/r hat etwas zu sagen, zu hoffen, zu befürchten. Mensch vergleiche das mit entsprechenden Vorgängen bei uns! Selbst der Ferienbetrieb ist politisiert. Im „Pensionat Djuni" z. B., der beliebtesten Leningrader Feriengroßanlage für sowjetische wie auch ausländische Touristen aus Ost und West 30 km nördlich der Stadt am Strand des finnischen Meerbusens, wo auch russische Sprachkurse für AusländerInnen stattfinden, wird eine Informationsveranstaltung zu den Ergebnissen der Konferenz angeboten. Mit ca. 150 Menschen ist der Saal überfüllt. Einige ZuhörerInnen stehen schon im Gang. Sowjetische BürgerInnen, TouristInen aus der DDR, aus der BRD. Sie hören zu. Sie stellen Fragen. Die sowjetischen Gäste lassen sich informieren. DDR-Leute fragen, wohin das alles führen soll. BRDler pochen auf Menschenrechte. Im Saal nebenan wird zur gleichen Zeit ein Vortrag über die „weißen Flecken unserer Geschichte" gehalten. Publikum: Sowjetische Touristenfamilen, Frauen, Männer, Jugendliche: Urlaubsvolk. „Früher", so hatte uns unsere Lehrerin Tanja im Unterricht erklärt, „glaubten wir unsere Geschichte zu kennen. Seit jetzt über die ‚weißen Flecken' diskutiert wird, ist nichts mehr wie es war. Der Kopf wird einem immer dicker. Nichts stimmt mehr. Jeden Tag kommt etwas Neues dazu. Wir sind ganz verwirrt." Noch vor wenigen Jahren waren historische Fragen tabu. Heute gehören Sätze wie dieser zum Alltagsprogramm. Tägliche Berichte über den Fortgang der Konferenz sind selbstverständlich. Russischsprachige neue Filme, Vorträge und Diskussionsangebote zur sowjetischen Geschichte unter und nach Stalin sind Bestandteil des Unterhaltungsprogramms für die ein- wie ausheimischen Touristen. Daß Stalin ein Verbrecher gewesen sei, ist mehrmals am Tag aus sowjetischem Volksmund zu hören — nicht selten sogar in Gleichsetzung mit Hitler.

Bei Freunden erlebe ich die Konferenz und ihre Wirkung live am Schirm: „Ökonomist" Albakin, einer der eifrigsten Parteigänger Gorbatschows, fordert Freiheit für unternehmerische Initiative auf Grundlage soziologischer Marktanalysen. Gorbatschow fährt ihm in die Parade. Schock in der zuschauenden Runde. Ich sehe die Unterkiefer fallen. „Gorbatschow hat Angst, daß das Volk wirklich in Bewegung kommt", sagen sie. „Erst Jelzin, jetzt Albakin." Gorbatschow erklärt, an der Spitze der Sowjets solle ein gewählter Parteisekretär stehen. Kommentar im Wohnzimmer: „Das soll mehr Demokratie sein? Entflechtung von Partei und Sowjets? Gerede! Maske! Täuschung! Potemkinsche Dörfer! In Wirklichkeit stärkt die Partei ihre Macht. Gorbatschow hat Angst vor Ligatschow." Resümee: „Es gibt viele Impulse. Es gibt viele neue, junge Menschen, die vor der Konferenz ohne Angst Veränderungen gefordert haben, z. B. die Arbeiter unserer Kirow Werke. Gute, mutige Vertreter, neue sowjetische Menschen. Aber die Bürokratie ist zu stark. Vor der Konferenz hatten wir Hoffnung. Nach der Konferenz haben wir keine. Es gibt zu viele Worte, große Worte, zu wenig Taten. Es gibt neue Kräfte, es gibt Schritte, aber es geht alles zu langsam."

Die Ernüchterung nach der Konferenz scheint allgemein. Die Debatte um die Umgestaltung der Führungsmethoden, die Erneuerung des kulturellen Lebens, die Neubewertung der Geschichte, kurz: Glasnost, gewinnt für alle sichtbar und unbestreitbar an Leben. Die Freude darüber ist groß. Perestroika aber, Umbau, gar Verbesserung für die arbeitende Bevölkerung in ökonomischen und sozialen Fragen läßt auf sich warten, bleibt in den bürokratischen Netzen hängen, droht eher noch auch das wenige Sichere noch unsicher zu machen. Kurzfristige Hoffnungen mußten sich auf langfristige Perspektiven nach dem Motto umpolen lassen: Morgen wird alles besser! Aber diese Parolen kennt man doch schon! Sie sind das Grundprogramm der Parteidialektik seit zwei Generationen. Die versprochene Revolution erweist sich so als langer Weg mühsamer Kompromisse auf den Führungsetagen der Macht. „Prosti Ljudi", die einfachen Leute, stehen den Versprechungen auf eine Verbesserung ihrer Lebensumstände nach der Konferenz so skeptisch gegenüber wie vorher.

Wir hatten die Gelegenheit, mit einer Vertreterin der neu formierten „Volksfront", dem Leningrader Ableger des in AK 295 vorgestellten linken Perestroika-Flügels der informellen Gruppen, über ihre Arbeit und den Ausgang der Konferenz zu sprechen. Gesprächspartnerin ist Lena K., Lehrerin, Redakteurin der verschiedenen Veröffentlichungen der „Volksfront". Lena ist, im Gegensatz zu der Mehrheit der Leningrader Gruppe, nicht Mitglied der Kommunistischen Partei. Ihre Orientierung ist, wie die vieler kritischer Linker der UdSSR, sozialistisch-ökologisch und religiös.

Für den AK sprach F.

kurz: die Trennung von Politik und per- sionat Djuni" z. B., der beliebtesten Le- cher gewesen sei, ist mehrmals am Tag die Neubewertung der Geschichte, kurz:

Gespräch mit Lena K.

Gespräch mit Lena K.

Lena empfängt mich in ihrer Wohnung im Leningrader Altstadtviertel, wo sie zusammen mit ihrem Mann Sergei lebt. Der Raum ist Arbeits-, Wohn- und Schlafzimmer zugleich. Der Wohnstil, Lenas Äußeres (achtlos vertragene Jeans und Pullover) und ihr freundliches, jedoch nüchtern-sachliches Auftreten erinnern mich an den Lebensstil unserer eigenen links-grünen Szene.

Ich stelle mich vor: Redakteur beim ak, Zeitung des Kommunistischen Bundes, die kürzlich ein Interview mit Boris Kagarlitzky gemacht habe...

Lena unterbricht mich: Oh, ein echter Kommunist?! Das erste mal in meinem Leben, daß ich einen echten Kommunisten sehe! Sergei! Sergei! Komm her! Das mußt du sehen! Ein echter Kommunist, und direkt aus Deutschland! Sie lacht mir mit freundlicher Provokation ins Gesicht.

Sozialist, korrigiere ich ebenso freundlich. Die Begriffe bei euch und bei uns meinen ja nicht dasselbe. Und ich bin interessiert an dem, wie sich zur Zeit bei euch die Vorstellungen von Kommunismus und Sozialismus verändern.

Es verändert sich nicht viel, nicht so schnell; man muß Geduld haben, antwortet sie. Gott liebt Rußland. Wir haben unsere Chance. Aber es wird dauern. Wir tun, was wir können, entsprechende Bewegungen zu organisieren, in Leningrad, aber auch in anderen größeren Städten: Versammlungen, Zeitungen, öffentliche Treffen, Aufbau einer neuen Organisation außerhalb der Partei, „narodnaja front", Volksfront. Es gibt auch eine eigene Zeitung: „Merkur".

Schon sind wir im Gespräch. Englisch, hier und da russisch, wenn ihr die englische Wendung nicht einfällt.

Darf ich es als Interview aufnehmen, frage ich sie.

Aber ja, warum nicht! Stell deine Fragen.

Enttäuschte Hoffnungen?

AK: Hat die Konferenz deine Hoffnungen erfüllt?

L: Soweit es mich betrifft: Ich habe nicht viel erhofft. Ich habe von der Kommunistischen Partei nie viel Gutes erwartet. Die gegenwärtige Hauptfrage ist die Frage der Autorität, der Macht. Die Kommunistische Partei müßte Teile der Macht, wenn auch kleine an Stadtkomitees, an Sowjets abgeben. Ich bin aber sicher, daß die Kommunisten die Macht niemals abgeben werden. Das ist meine feste Überzeugung. Ich bin sicher, daß sie alles versuchen werden, mehr Macht zu bekommen. Aber die Situation im Lande ist sehr kompliziert. Die Wege, wie sie ihre Macht vermehren, können sehr verdeckt sein. Ein Ergebnis der Konferenz ist deshalb die Vermischung der zwei Amtsebenen des Partei- und des Staatspräsidenten. Dies ist ein großes Ergebnis für

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die Probleme, die so ein Zustrom von Menschen mit sich bringt, sind natürlich groß. *„Wir haben keinen Apparat, wir haben keine Erfahrung. Das ist immer ein bißchen chaotisch. Wie können wir alle diese Leute zusammenbringen und was machen wir, daß wir alle diese Leute nicht wieder verlieren? Wie finden wir konkrete Arbeit für alle? Jetzt ist wichtig, daß wir unser Informationssystem besser organisieren, unsere Zeitung besser etablieren, das Verteilersystem verbessern."*

Die Zeitung müsse auch besser werden, inhaltlich und technisch. Da im Zeichen von Glasnost die offizielle Presse viel interessanter ist als früher, sind die Existenzbedingungen für autonome Zeitschriften nicht einfach. Boris Kagarlitzky denkt an eine organisierende Zeitschrift, die sich in erster Linie an die Aktivisten wenden soll, aber für Aktivisten, die nicht als sektiererische Gruppe existieren, sondern „zu den Massen gehen". *„Wir müssen in der Zeitschrift diskutieren und die Dinge erklären, die sich zwischen den Aktivisten und den einfachen Leuten ergeben. Welche Fragen die Arbeiter an unsere Aktivisten stellen. Wie können wir auf diese Fragen antworten, können wir diese Fragen beantworten oder nicht."*

Ein Internationalismus von unten

Ich wollte von Boris Kagarlitzky wissen, ob in den Thesen der linken Gruppen zur Parteikonferenz auch eine Stellungnahme zur Außenpolitik der UdSSR enthalten sei. Dies verneinte er, meinte jedoch, daß es zwei oder drei zentrale Punkte gebe, die für alle Linksgruppen von Bedeutung seien. *„Man darf keinen Krieg ohne einen legalen Prozeß beginnen."* — Ein Negativbeispiel war der geheime Beschluß, Truppen nach Afghanistan zu schicken. Bevor ein Krieg begonnen wird, sollte darüber im Obersten Sowjet diskutiert werden müssen. *„Natürlich ist der Oberste Sowjet jetzt sehr bürokratisch, aber wir haben auch einige Vorstellungen, wie dieses Gremium zu demokratisieren ist. Wir sagen, daß wir freie Wahlen mit alternativen Listen zum Obersten Sowjet haben müssen. Zwar kann man sagen, daß in Amerika solche Formalien schon bestehen, die sie dennoch nicht gehindert haben, in Vietnam oder Korea einzumarschieren. Aber überhaupt solche Regeln zu haben, wäre ein Schritt vorwärts. Das heißt, daß wir im schlechtesten Fall die Möglichkeit haben, diese Probleme öffentlich zu diskutieren, diese Sachen zu kennen und wenn nötig dagegen zu protestieren."*

Ein weiterer Punkt ist die Zusammenarbeit mit der westeuropäischen Friedensbewegung. *„Es gibt auch sehr viele Diskussionen darüber, wie man alle sowjetischen Truppen, die jetzt in Osteuropa sind, nach Hause bringen kann. Eine Idee ist, daß wir die westeuropäische Friedensbewegung unterstützen müssen, weil sie sagt, daß alle fremden Truppen in Europa nach Hause gehen müssen. Das können wir im Prinzip unterstützen. Aber es gibt in diesem Bereich noch keine Entscheidung und kein Programm der Volksfront, weil es sehr wichtig ist, jetzt unsere ökonomische und politische Plattform zu entwickeln; danach können wir mehr über internationale Probleme diskutieren."*

Es gibt aber praktische Initiativen einzelner Gruppen. Die „Jungen Kommunarden — Internationalisten" beispielsweise organisieren Proteste gegen die türkische Botschaft, gegen die Verhaftung von Kommunisten und Sozialisten in der Türkei. Sie kritisieren, daß die sowjetische Presse darüber zu wenig Informationen bringt. Sie unterstützen auch den kurdischen Kampf um Selbstbestimmung in der Türkei, im Irak und im Iran; sie haben auch schon Aktionen vor den Botschaften des Irak und des Iran gemacht.

Ein weiterer Punkt ist die Aufstellung einer Liste mit repressiven Regimes in der Dritten Welt: Mit welchen Regimes soll die UdSSR keine Kontakte halten, sie auch nicht unterstützen, speziell ihnen auch keine militärische Unterstützung geben? Das ist vor allem der Irak und Äthiopien. Angola müsse man unterstützen, weil es gegen die südafrikanische Aggression kämpft. Das sei klar, ebenso wie die Unterstützung Kubas und Nicaraguas. Aber nicht Irak oder Äthiopien, weil diese die Waffen gegen das eigene Volk oder nationale Minderheiten benutzen.

Einschränkend merkte Boris Kagarlitzky an, daß nicht nur unter der Mehrheit der sog. einfachen Leute, sondern auch unter den Aktivisten das Interesse an den Problemen der Dritten Welt oder der Friedensbewegung nicht besonder groß sei.

„Wir wollen über Trotzki diskutieren"

Ich wollte wissen, weshalb Trotzki bisher aus der Rehabilitierung ausgeschlossen bleibt. Das sei ein wichtiger Punkt, antwortet Kagarlitzky, denn beinahe alle alten Bolschewiki wurden ja rehabilitiert. *„Trotzki ist die Ausnahme. Warum? Vielleicht deshalb, weil Trotzki für einige jemand ist, der den Stalinismus nicht nur kritisiert, sondern auch den politischen Kampf dagegen organisiert hat. Und vielleicht ist dies auch jetzt noch für die progressiven Liberalen in der Partei ein bißchen zuviel. Zweitens hat Trotzki eine sehr kritische marxistische Analyse der Sowjetgesellschaft gemacht, nicht nur der Verbrechen, sondern er hat die normale Politik und die soziale Basis dieser Verbrechen aufgezeigt. Bucharin hat gesagt, es ist nicht richtig, die Bauern zu ermorden. Natürlich war das nicht richtig, aber warum wurde es gemacht? Trotzki hat darauf vielleicht keine Antwort gegeben, aber er hat trotzdem nachgedacht, wie man das aus marxistischer Sicht erklären kann. So begann Trotzki, Schriften zu publizieren, er begann eine marxistische Diskussion über die soziale, politische und Klassennatur des Stalinismus. Das ist ein bißchen zuviel. Oder es ist vielleicht zu viel für die offiziellen Progressisten, weil sie im selben Boot wie die Konservativen sitzen.*

Wir wollen über Trotzki diskutieren und wir sagen, daß Trotzki publiziert werden muß; wir veröffentlichen auch Auszüge aus seinen Schriften. Wir sind keine Trotzkisten, aber wir wollen objektiv mit Trotzki sein."

(Das Gespräch führte Urs., Hamburg)

Dokumentation

Aufruf der Föderation der sozialistischen gesellschaftlichen Klubs zur XIX. Parteikonferenz

Teil I

Die Krise des Systems des staatlichen Sozialismus, die sich Anfang der 80er Jahre verschärft hat, führte zur Unumgänglichkeit von grundlegenden revolutionären Veränderungen unserer Gesellschaft. Eine vielgestaltige gesellschaftliche Bewegung ist in der Sowjetunion entstanden und wird breiter, es entstehen unabhängige Organisationen, deren Mehrzahl sozialistische Positionen einnimmt und den Sinn ihrer Tätigkeit in der Entwicklung einer Selbstverwaltung des Volkes sieht. Zu einer Form ihrer Aktivität wurde im Jahr 1987 die Bildung der Föderation der sozialistischen Clubs (Fsok), die bis zum heutigen Tag 30 Organisationen in 14 Städten umfaßt.

Unseren Idealen entsprechend suchen wir vor allem zu erreichen:

a) die Übertragung der staatlichen Produktionsmittel unter die volle Verfügungsgewalt der obsciny (Komitees, Kollektive), die die Unternehmen selbst verwalten.

b) die Bildung von autonomen territorialen, nationalen und anderen Organisationen, die sich nach dem Föderationalismusprinzip aufbauen und zusammenschließen, wobei die Kompetenzen von höherstehenden Organen vom Willen der Mehrheit der tieferstehenden Organisationen bestimmt werden.

c) die Erneuerung der Demokratie in der Form der Räte, die nach dem Delegiertenprinzip gebildet werden, wobei auf die Sessionen der Höherstehenden ständig Einfluß genommen wird. Die Räte bestehen aus Delegierten der Tieferstehenden, die das Recht der Abberufung und des Austauschs ihrer Delegierten zu beliebiger Zeit erhalten, wobei als ‚primär-delegierende' Zelle territoriale sowie betriebliche Selbstverwaltungsorganisationen auftreten.

Nur die Realisierung dieser Aufgaben verwandelt die Politik, die im Namen des Volkes ausgeführt wird, in Volksherrschaft und sie schafft sichere Garantien für die Rechte und Freiheiten der Bürger. Dies ist der objektiv unumgängliche Weg der Entwicklung, und nicht zufällig gehen die realistisch denkenden Kräfte in der KPdSU in dieser Richtung weiter, ungeachtet der erbitterten Widerstands des bürokratischen Systems.

Teil II

Der Kampf für die Umbildung erfordert die breiteste Unterstützung der Volksmassen. Alte gesellschaftliche Organisationen werden aufgrund hoher Zentralisierung und infolge des Nomenklatura-systems der Kaderauswahl lange Zeit unfähig sein, als Bindeglied zwischen den progressiven Kräften der Partei und dem Volk zu fungieren.

Die Schaffung neuer gesellschaftlicher Organisationen des sozialistischen Typs „von oben" löst dieses Problem nicht. Es ist deshalb unumgänglich für die Bildung einer ‚Volksfront' im Kampf für die Perestroika so schnell wie möglich die Bedingungen für das öffentliche Auftreten gesellschaftlicher Initiativen zu schaffen:

1. Versammlungsfreiheit
Eine offiziell erklärte Registrierordnung für Massenveranstaltungen, die Festlegung strafrechtlicher Verantwortlichkeit bei Verletzungen der Versammlungsfreiheit; bedingungslose Abschaffung der antikonstitutionellen „Provisorischen Regeln der Durchführung von Meetings und Demonstrationen".

2. Freiheit von Bündnissen
Eine offiziell erklärte Anmeldeordnung für gesellschaftliche Organisationen, Gleichstellung aller gesellschaftlichen Organisationen der Sowjetunion in ihren gesellschaftlichen Rechten.

3. Pressefreiheit
Gleichstellung von autonomen und offiziellen Veröffentlichungen in materieller und juristischer Hinsicht. Diese Bedingungen erlauben allen sozialistischen Kräften, darunter auch der Fsok, gemeinsam mit dem progressiven Flügel der KPdSU zum aktiven Kampf für die sozialistische Umgestaltung in der Gesellschaft überzugehen. Wir denken, daß gerade die XIX. Parteikonferenz ein Wendepunkt in der Wiedergewinnung der Volksinitiative werden kann. Deshalb bitten wir darum, unsere Delegation mit dem Status als Gäste mit Rederecht teilnehmen zu lassen.

Föderation der sozialistischen gesellschaftlichen Clubs

Fortsetzung von vorheriger Seite

die Kommunisten, denn es bestätigt ihre Macht auf höchster Ebene.

Soweit ich verstanden habe, soll der höchste gewählte Vertreter eines Sowjets zukünftig Parteimitglied sein. Das widerspricht den von Gorbatschow in seinen Büchern und Reden zuvor vertretenen Absichten der Entflechtung von Parteiorganen als ideologischen und Sowjets als exekutiven Zentren.

Ja, das ist eine merkwürdige Sache. Was für eine Art von ideologischer Arbeit soll das denn heute in der modernen Gesellschaft sein? Vor siebzig Jahren gab es eine Menge Menschen ohne Bildung. Heute besteht unsere Gesellschaft aus gebildeten Menschen. Ich glaube 50% oder mehr der sowjetischen Menschen haben heute einen hohen Bildungstand. Welche Art ideologischer Arbeit sollte dieser Situation angemessen sein? Ideologische Arbeit — das ist Unsinn unter diesen Umständen. Da wird unsere kommunistische Partei ohne jede Arbeit sein.

Parteimonarchie

Was ist für dich die Hauptfrage, die heute angefaßt werden muß?

Die Kommunistische Partei ist heute keine wirkliche Partei. Ihre Funktion ist nur Machtausübung. Sie stellt heute eine besondere herrschende Klasse. Sie ist keine Partei wie in den westlichen Ländern. Die Kommunistische Partei bei uns ähnelt eher der Klasse der Aristokratie. Wir haben in unserem Lande nicht Sozialismus und Demokratie. Wir haben eine Art Monarchie.

Wir nennen es bürokratische Oligarchie.

Ja, es ist eine besondere Klasse. Und wenn sich jetzt Machtverhältnisse ändern, dann nur innerhalb dieser Klasse.

Sind also auch die Differenzen auf der Konferenz nur Differenzen innerhalb der herrschenden Klasse über die opportune Herrschaftsmethode? Welche unterschiedlichen Linien siehst du?

Die Idee der Oktoberrevoution brannte in den Herzen der Intelligentia. Die erste sowjetische Regierung unter Lenin bestand nur aus hochgebildeten Leuten. Die ersten Bolschewiken waren äußerst gebildete Menschen. Nachdem Stalin an die Macht kam, wurden all diese Bolschewiken der ersten Stunde getötet. Heute ist es die herrschende Klasse, die von der Idee der Veränderung der Verhältnisse erfüllt sein muß. Es ist äußerst befremdlich, aber die Kommunisten, die unser Land während der letzten 70 Jahre in die Krise führten, sind es auch gerade, die die Chance haben, die Situation zu ändern. Es ist verrückt, weil im ganzen Land kein Vertrauen mehr in die Kommunisten da ist. Sie haben jeden Kredit verloren. Verrückt, aber ich sehe, daß es nur die Kommunisten sind, die die Veränderungen herbeiführen können. Ich weiß nicht, warum. Aber vor der Konferenz habe ich sehr seltsame Situationen gesehen. Die Wahl zur Konferenz war sehr undemokratisch. Teile des Apparates entschieden,

sehr seltsame Situationen gesehen. Die Wahl zur Konferenz war sehr undemokratisch. Teile des Apparates entschieden,

wer Delegierter werden sollte. z.B. in Leningrad in einigen Fabriken, Betrieben oder Instituten versuchten Leute, ihre eigenen Delegierten zu wählen, aber unsere Leningrader Bürokratie erlaubte eine demokratische Wahl nicht. Der Leningrader Schriftsteller- und Musikerverband und auch unsere Bewegung wählten drei Delegierte. Alle drei konnten nicht nach Moskau gehen. Der erste war der Leningrader Schriftsteller und Herausgeber der Leningrader Zeitung „Neva", dann der berühmte Komponist Andre Petrov, Leiter des Leningrader Komponistenverbandes, und von unserer Bewegung eine sehr interessante Person, Andre Alexej, Arbeiter. Er arbeitet im Betrieb und der Betrieb wählte ihn. Die Personen, die dann tatsächlich Delegierte wurden, waren alles Personen mit sehr konservativem Ruf. Bei den Wahlversuchen wurde deutlich, daß es keine großen Differenzen zwischen einfachen Mitgliedern der Partei und einfachen Leuten gibt. Es konnten sich ja nur Kommunisten an der Wahl beteiligen. So versammelten sich zum Beispiel alle Kommunisten eines wissenschaftlichen Instituts, um ihre Delegierten zu bestimmen. Es erwies sich aber als unmöglich. Die einfachen Kommunisten erkannten, daß es keine Unterschiede zwischen ihnen und den einfachen Leuten gab, daß man auf demselben Level steht, daß der Unterschied zwischen einfachen Parteimitgliedern und unorganisierten einfachen Leuten geringer ist als der zwischen Parteibasis und Parteiapparat.
Das ist der Grund, warum sie jetzt eigene Zusammenhänge suchen z. B. in der „narodnaja front". In dieser Gruppe sind eine Menge Kommunisten...

und Nicht-Kommunisten?

Ja, aber im Zentrum der Organisation bilden die Kommunisten die Majorität.

Es ist eine Gruppe, keine Bewegung?

Es ist eine initiative Gruppe, die versucht, die Bewegung zu organisieren.

Es sind Kommunisten, die der Partei kritisch gegenüberstehen?

Nicht der Partei, nur der herrschenden Klasse (Lachen), nur den höheren Ebenen, nur dem Apparat. Die Kommunistische Partei in unserem Land besteht aus mehreren Teilen: Erstens der oberen Funktionärsebene. Zweitens den Leuten, die Kommunisten wurden, weil es opportuner ist. Drittens den wenigen Prozent, ich denke, es sind einzelne Personen, die wirklich kommunistische Vorstellungen haben. (Lachen) Wie ich es verstehe, sind es keine kommunistischen, sondern sozialistische. Diese wenigen Leute entfalten zur Zeit eine große Aktivität, um etwas zu ändern.

Sie kommen in der „narodnaja front" zusammen?

Ja. Es ist nur meine Meinung, aber ich sehe es so. Z.B. Viktor Monakov (1) ist ein Leiter dieser Gruppe und dieser Bewegung. Er ist Kommunist.

Er ist Parteimitglied?

Ja. Ich bin es nicht. Niemals. Das ist nichts für mich (Lachen) Ich habe nur ein Prinzip: Keine Prinzipien zu haben. Ich bin nur Journalistin.

Du schreibst für die Zeitschrift der „narodnaja front"? Was ist das für eine Zeitung? Wer liest sie?

Zunächst die Mitglieder der Bewegung. Es ist eine Art politisches Journal mit Übersichtsartikeln, Zusammenfassung von Informationen, Hintergrundberichten, Analysen und Bewegungsnachrichten. Wir schicken die Zeitschrift an alle zentralen Zeitungen und Zeitschriften, an das Sowjet-Komitee und das Parteikomitee. Es ist eine Art Gegenöffentlichkeit.

Wie hoch ist die Auflage?

Wir haben ein Hauptmagazin. Es erscheint einmal im Monat. Dazu verschiedene Sonderausgaben im Lauf des Monats.

Nur in Leningrad?

Nein, wir haben ja auch eine Gruppe in Moskau (2) und in anderen Städten. „Merkur" ist für alle diese Orte. Dazu gibt es lokale Ergänzungen.

Kannst du mir eine Ausgabe zeigen?

Ich kann dir nur eine spezielle Ausgabe über Brodski zeigen. (3)

Zeitungen im Handbetrieb

An dieser Stelle nahm das Gespräch eine überraschende Wendung: Lena stand auf,

An dieser Stelle nahm das Gespräch eine überraschende Wendung: Lena stand auf,

holte aus einem offenen Bord einen etwa 5 cm hohen Stapel maschinenbeschriebenen Durchschlagpapiers, legte es vor mich auf den Tisch. Ich mochte es nicht glauben. Ich fragte nach. Sie bestätigte: Dies ist die Zeitschrift. Sie wird im Schneeballsystem mit der Schreibmaschine hergestellt und verfielfältigt. Ebenso die Sonderausgaben wie auch eine besondere Kinderzeitung, für die sogar die Zeichnungen von Ausgabe zu Ausgabe durchgepaust werden müssen.

Phantastisch! Unglaublich! Wieviele macht ihr davon?

Ich weiß nicht genau. Das hängt ja davon ab, wieviel jeder schafft. Aber ich denke, wir können sie in ein paar Tausenden zählen.

Warum nehmt ihr keine Druckmaschine?

Wir haben keine.

Computer? Kopierer?

Gibt es in unseren Läden nicht.

Es gibt große Zeitungen bei euch, Druckmaschinen massenweise! Warum habt ihr keine? Ihr seid doch legal!

(lacht und lacht) Weil wir kein Organ der Kommunistischen Partei sind! Zeitungen sind entweder Organe der Regierung oder der Partei, ausschließlich. Einfache Leute dürfen keine Druckmaschinen besitzen.

Ihr dürft eure Zeitungen herausgeben, aber ihr habt kein Recht zu drucken? Auch jetzt noch nicht?
Ich habe das Recht, eine Zeitung mit der Schreibmaschine zu machen.

Unvorstellbar!

Es ist unser Leben!

Was für ein Sozialismus!

(Lacht) Es ist wahr! Es ist sehr hart. Meine ganze Zeit und unser ganzes Geld geht diesen Weg. Wir haben fünf oder sechs Zeitschriften, die wir so machen. „Merkur" ist unser Zentralblatt. Es gibt immer verschiedene Schwerpunkte. Schau her (sie blättert eine Ausgabe auf): Hier über Wahlprobleme, hier Geschichtsprobleme. Da der GRÜNE Teil. Es ist ein großer Teil unserer Arbeit. Es sind Berichte über Einzelfragen in Leningrad und Umgebung, z.B. zur Neva-Verschmutzung, zu den Auseinandersetzungen um den Neva-Staudamm im finnischen Meerbusen, zur industriellen Umweltvergiftung in einer Vorstadt Leningrads usw. Dann ein offener Brief an Gorbatschow. Dann ein wissenschaftlicher Teil: Zur Entwicklung unseres Ingenieurswesens. Dann zur Erhaltung historischer Monumente. Dann Internes über das letzte Treffen der Bewegung. Dazu kleinere Interviews und Informationen.

Ein ziemlicher Umfang!

Neben dem „Merkur" und seinen Teilausgaben haben wir noch ein gesondertes Kulturmagazin, außerdem ein Magazin für religiöse Fragen. Dafür ist mein Mann verantwortlich. Er ist ein sehr religiöser Mensch. Neuerdings haben wir auch noch eine Zeitung.

Auch in der Schreibmaschinentechnik?

Ja! „Vjesni narodnaja fronta", Frühling der Volksfront. Es ist besonders für die neue Bewegung. Aber ganz neu. Wir haben erst zwei Ausgaben gemacht.

Wie oft macht ihr sie?

Einmal die Woche, wahrscheinlich. Jeden Tag ist unmöglich...

Wieviel Seiten?

Eine Seite, Organisationsfragen, Bewegungsneuigkeiten usw.

Das Recht zu denken

Lena, noch mal zur Konferenz! Ich habe den Eindruck: Die Menschen sind ernüchtert. In Diskussionen mit FreundInnen und Bekannten hier in Leningrad hörte ich Sätze wie: Vor der Konferenz hatten wir Hoffnungen, jetzt haben wir keine mehr.

Da bin ich anderer Meinung. Ich hatte keine Hoffnungen vor der Konferenz und habe jetzt auch keine. Ergebnisse von Konferenzen sind eine Sache, das Leben unseres Landes ist eine andere.

Wird die Konferenz konkrete Änderungen nach sich ziehen?

Echte Änderungen gibt es nur, wenn die einfachen Leute mehr tun können. Ich glaube, daß Gorbatschow zur Zeit viel gegen die Furcht im Land tut. Er gab uns das Recht zu denken, das Recht zu sprechen, das Recht auf Versammlungen und Demonstrationen, das Recht, unsere eigenen Zeitungen zu haben, das Recht unsere eigene Propaganda zu machen. Das ist das Äußerste, was ein sowjetischer Führer zur Zeit für das Land tun kann. Das Beste, was er zur Zeit machen kann, ist nicht, Leuten helfen zu wollen, sondern sie machen zu lassen. Es ist jetzt Mode, Breschnew zu kritisieren: Stagnation, Krise etc. Aber ich denke, das war gar nicht so eine schlechte Zeit für uns. Während der Breschnew-Ära ist eine neue Generation herangewachsen. Ich bin z.B. 33 Jahre alt, ebenso mein Mann, wie auch unsere Freunde. Der aktivste Teil der Gesellschaft ist zwischen 30 und 40. Wir sind die erste Generation in diesem Land, die ohne Hunger aufgewachsen ist, ohne Krieg, ohne Unterdrückung. Ein Freund von mir, vielleicht 8 oder 10 Jahre älter als ich, erzählte mir von seiner Kindheit noch, wie seine Mutter Moskau wegen der großen Hungersnot 1946 verlassen mußte. Aber wir haben das nicht mehr erlebt. Wir hatten die Möglichkeit der Bildung. All das in der Breschnew-Zeit. Mag sein, daß wir überhaupt kein politisches Leben haben. Die einfachen Leute wurden Outsider im politischen Leben. Aber das politische Leben in unserem Lande ist so unmoralisch, daß Leute, die rausgedrückt wurden, in die Situation kamen, Moral zu entwickeln. Meine Hoffnung ist, daß Gott Rußland liebt. (Lachen) Alles arbeitet für uns und die Breschnew-Periode verhalf uns zu einer neuen Generation. Jetzt haben wir neue Kraft. Wir haben unsere moralischen Prinzipien. (Lachen) Wir haben Kraft, z. B. um Schreibmaschinenkopien zu schreiben. Wir haben Arbeit. Ich zum Beispiel bin Lehrerin, aber ich habe die Möglichkeit im Sommer zuhause zu bleiben, weil mein Mann genug für mich mit verdient. Nicht viel, aber genug für Nahrung. Wenn uns Gorbatschow jetzt die Möglichkeit zu sprechen und zu denken gibt, werden wir, nicht die alten Leute der herrschenden Klasse, versuchen, die Verhältnisse zu ändern. Auf der Parteikonferenz waren viele konservative Leute, aber auch verschiedene Leute mit neuen Ansichten. Z.B. Fjdorof, ein bekannter Arzt, brachte einen sehr interessanten Satz, als die Frage der Länge der Amtsperioden diskutiert wurde. Er forderte nicht drei, nicht zwei, sondern die Beschränkung auf eine Amtsperiode, weil die jungen Leute mit neuen Ideen und gutfunktionierendem Adrenalinspiegel aktiv werden müßten. Darüber wurde auf der Konferenz viel gelacht.

In den Gesprächen, die ich in den letzten Tagen in Leningrad geführt habe, wurde vermutet, Gorbatschow könnte Angst vor Ligatschow haben.

Nje tak prosta! So einfach ist das nicht! Das ist wieder die Generationsfrage. Wir haben alte Teile der Gesellschaft, bestehend aus alten Personen, Kriegsteilnehmer, Leute aus der Zeit der Unterdrückung, mit deformiertem Bewußtsein. Es ist unmöglich, ihr Bewußtsein zu ändern. Sie halten die jetzigen Zustände für Sozialismus und diesen Sozialismus für das Beste. Unsere Hoffnung ist, daß sie älter und älter werden. Ich kenne eine ganze Menge sowjetischer Journalisten — ich habe die Journalistenschule durchlaufen und aktuell eine Menge Kontakte durch meine Zeitungsarbeit — und ich sehe, daß die jungen Journalisten ihre Art Arbeit satt haben. Der größte Teil der jungen Journalisten möchte frei arbeiten, unabhängiger. Sie sind talentierter als ihre Herausgeber. Ich bin sicher, daß in 5 Jahren dieser alte Teil der Gesellschaft in Pension sein wird und junge Leute mit freierem Bewußtsein mehr Möglichkeiten und mehr Einfluß haben werden.

Es gibt also keinen Grund für Gorbatschow, Befürchtungen zu haben?

Gorbatschow ist ein sehr kluger Politiker. Vielleicht hoffe ich es auch nur. Es scheint mir, daß er erkannt hat, daß es zur Zeit sehr schwer ist, schnelle Veränderungen zu ereichen. Er muß mit beiden Teilen der Gesellschaft rechnen. Er hat keine Angst, aber er muß die Meinung des alten Teils berücksichtigen, weil diese Leute zur Zeit noch in den bestimmenden Posten sitzen. Ich sehe z. B. meine eigene Familie. Sie haben ihr ganzes Leben gearbeitet. Es ist unmöglich, ihr Bewußtsein heute zu ändern. Ihr ganzes Leben gehörte der harten Arbeit, nicht den Ideen. Sie sind müde, alt. Sie wollen nur noch eins: Aufhören zu arbeiten, in unser Sommerhaus gehen und ihre Ruhe haben. Ich bin sicher, daß meine Eltern das in 5 Jahren tun können. Und der Posten, den mein Vater z. B. jetzt noch hält, wird frei sein für junge Leute mit guter biologischer Kondition. (Lachen)

So versucht ihr also hauptsächlich junge Leute anzusprechen, die Zeit zu nutzen, setzt auf die Pensionierung der alten? Ein sehr geduldiges, langfristiges Denken!

Es ist meine Hoffnung! Es ist unsere letzte Chance. Laß sie auf den Kongressen und Konferenzen ihre Spiele spielen! Das hat mit dem inneren Leben des Landes nicht viel zu tun.

Wieso letzte Chance?

Wenn jemand versuchte, Gorbatschow zu stürzen, das würde eine Katastrophe, denn unsere Situation ist äußerst schwierig — in ökologischer, aber besonders in ökonomischer Hinsicht. Es ist schon eine allgemeine Krise unserer Gesellschaft.

Welche Probleme siehst du besonders?

Das größte Problem ist das ökologische. Diese Frage ist sehr eng mit der Frage der Nahrungsmittel und Gesundheit verbunden. Wir haben genug zu essen, aber unsere Nahrung ist zu ungesund, zu einseitig. Das betrifft auch die Gesundheit unserer Kinder. Wenn wir noch 10 Jahre warten, werden unsere Kinder krank sein. Das ist das Hauptproblem, wie es ich es sehe. Das ist natürlich nur meine Meinung.

Ein weiteres Problem ist: Das sowjetische Volk ist heute weltweit das Volk ohne

ich es sehe. Das ist natürlich nur meine Meinung.

Ein weiteres Problem ist: Das sowjetische Volk ist heute weltweit das Volk ohne

Kredit, ohne Religion, ohne Ideen und ohne Initiative. Die Sache ist: Wir müssen nicht an Gorbatschow glauben, nicht an irgendeinen Führer. Wir müssen an uns selbst glauben. Ich glaube nur an mich selbst, an meine Freunde und an Gott. Und, wie gesagt (Lachen): Gott liebt Rußland! Leute mit diesem Selbstvertrauen zu finden und zu organisieren, das ist unsere Arbeit.

Zum Schluß erzählte mir Lena noch, daß die „narodnaja front" inzwischen auch ein „biro" in der Stadt habe, wo man sich legal treffen könne, Neuigkeiten austausche, diskutiere, Aktionen beschließe usw. Als ich sie um die Adresse bat, erklärte sie mir, daß es keine Adresse gäbe: Das „biro" ist ein Versammlungsort auf freiem Platz unter freiem Himmel. Neu daran ist sein legaler Charakter. Wer über Glasnost und Perestroika spricht, sollte diese Versammlungs- wie auch die Publikationsbedingungen der „Perestroika Linken" bedenken.

Im übrigen endeten alle Gespräche, die ich in den zwei Wochen rund um die Konferenz geführt habe mit der Bitte um Informationsmaterial zu den GRÜNEN. Die GRÜNEN erscheinen den kritischen Geistern der Perestroika-Linken offensichtlich als DIE Alternative.



Anmerkungen
(1) Offizielle Kontaktadresse der Leningrader informellen Gruppen.
(2) Siehe dazu AK 285: „Wir sind der Linke Flügel der Perestroika".
(3) Bekannter sowjetischer Dichter aus Leningrad, in die USA emigriert, in diesem Jahr mit dem Nobelpreis ausgezeichnet.

Die Monopolstellung der Partei bleibt

Der Vorschlag des Politbüros der KPdSU, die Sowjets neu zu strukturieren und die Parteisekretäre der jeweiligen Ebene den Sowjets voranzustellen, wurde von Gorbatschow in einem Debattenbeitrag als „Abgrenzung der Funktionen zwischen Partei- und Staatsorganen“ und „Kontrolle der Partei durch die Werktätigen“ bezeichnet. Seine Parteinahme für den Vorschlag verband Gorbatschow mit einer heftigen Kritik an der Funktionsweise der Sowjets in der Vergangenheit.

Nicht gegen diese Kritik, wohl aber gegen die Reformvorschläge des Politbüros erhoben sich Einwände. „Mit der Konzeption der Trennung der Funktionen der Partei- und der Sowjetorgane“, so der Wirtschaftstheoretiker Abalkin, sonst enger Parteigänger Gorbatschows, „harmoniere dieser Vorschlag kaum“.

Dieser Artikel stellt einer Bewertung der Änderungsvorschläge einen Vergleich des geltenden Rätesystems mit den vorgesehenen Änderungen voran.



Politbüro-Mitglieder Ligatschow, Jakowlew, Gorbatschow

Seit Existenz der Sowjetunion sind die Räte (russ.: Sowjet) die formell mit gesetzgebender und vollziehender Gewalt ausgestatteten Staatsorgane; höchstes Staatsorgan ist der Oberste Sowjet der UdSSR. Laut Verfassung sollen es die vom ganzen Volk gewählten Deputierten (Abgeordneten) sein, die die Staatsmacht innehaben. Sowjets gibt es auf allen Ebenen, angefangen bei den lokalen und Gebietssowjets über die Sowjets autonomer Gebiete und Unionsrepubliken bis zum Obersten Sowjet der UdSSR.

Das Vorschlagsrecht für Kandidaten liegt nicht allein bei der Kommunistischen Partei, sondern darüberhinaus bei Gewerkschaften, Jugendverband, Arbeitskollektiven und weiteren gesellschaftlichen Organisationen. In den Debatten der Nominierungsversammlungen wird über die Qualifikation der Kandidaten solange beraten, bis Einvernehmlichkeit über die Kandidaturen hergestellt ist. An den Wahltagen finden die WahlbürgerInnen dann ebensoviel KandidatInnen wie zu vergebende Mandate auf ihren Wahlzetteln vor. Versuche unabhängiger Gruppen, Kandidaten auf den Stimmzetteln zu plazieren, endeten 1979 mit Verhaftungen (1).

Bereits zu Breschnews Zeiten hat es Vorschläge gegeben, die *„Wählen mit persönlicher Konkurrenz anzureichern“*, um das Interesse und die aktive Beteiligung der Bevölkerung zu heben (2). Erst nach dem Machtantritt Gorbatschows konnten solche Vorschläge realisiert werden. Im Sommer 1987 wurde bei den Wahlen zu den lokalen Sowjets in 162 von 3.127 Wahlkreisen mit mehreren Kandidaten pro zu vergebendem Mandat experimentiert. *„In den meisten aller Mehrmandats-Wahlkreise zeigten die Wahlvorbereitungen wie auch die Wahl selbst eine solche Aktivität und Anteilnahme der Wähler, wie es sie zuvor nicht gegeben hatte“* (3). Auf der anderen Seite gab es Pressionen und Versuche höherer Stellen, genehme Kandidaten durchzusetzen. Die Zeitung „Iswestija“ sprach angesichts solcher Erscheinungen von einer *„Kraftprobe im Kampf zwischen der Demokratie und der Bürokratie im politischen Leben des Landes“* (4). — Die Erfahrungen mit den Mehrmandats-Wahlkreisen sind so positiv bewertet worden, daß sie bei kommenden Sowjetwahlen verallgemeinerte Anwendung finden werden.

Die Binnenstruktur der Sowjets

Bisher gliederten sich lokale Sowjets in drei Bereiche:

- die Plenartagungen aller Deputierten,
- das Exekutivkomitee und
- den Verwaltungsapparat.

Die Plenarsitzungen werden nur selten, meist ein- bis zweimal im Jahr einberufen. Dort wird das Exekutivkomitee aus den Reihen der Deputierten gewählt, Fachkommissionen aus Deputierten und Verwaltungsfachleuten gewählt, die Rechenschaftsberichte der Exekutivkomitees entgegengenommen und der Haushalt verabschiedet.

„Die vollziehenden und verfügenden Organe der örtlichen Sowjets ... sind die ... Exekutivkomitees“ (Verfassung der UdSSR, Art. 149). Faktisch wird die Tätigkeit der Exekutivkomitees jedoch ausschließlich von den Hauptamtlichen kontrolliert, da die Komitees höchstens vierzehntägig zusammentreten. Dem Exekutivkomitee obliegt die Leitung der Verwaltung, die Vorbereitung der Plenartagungen und die Unterstützung der Kommissionen und der einzelnen Deputierten.

Das Verhältnis von Plenum und Exekutivkomitee beschrieb Gorbatschow in einem Beitrag zur Diskussion mit drastischen Worten: *„Zur Zeit sind die Sowjets als Organe, die sich aus Vertretern des Volkes zusammensetzen, zu Gehilfen ihrer Exekutivkomitees degradiert. (...) Der ganze Apparat gehört zum Exekutivkomitee, und die Exekutivorgane gehören zum Exekutivkomitee. Und wohin kann sich der Deputierte wenden — wiederum an das Exekutivorgan. Jetzt, Genossen, liegen die Sowjets als Repräsentativorgane an zweiter und sogar an dritter Stelle, Sie erhalten bestenfalls vom Exekutivkomitee Anweisungen“* (4).

Die realen Möglichkeiten der Sowjets, den Verwaltungsapparat zu kontrollieren, werden auch dadurch beschnitten, daß es bisher in den meisten Republiken möglich ist, daß Leiter der Fachabteilungen gleichzeitig in den entsprechenden Stän-

lich ist, daß Leiter der Fachabteilungen gleichzeitig in den entsprechenden Stän-

digen Kommissionen der Sowjets mitarbeiteten. Diese Ständigen Kommissionen werden auf den Plenarsitzungen der Sowjets gebildet und sollen Entscheidungen des Exekutivkomitees vorbereiten und die Arbeit der Verwaltung kontrollieren. Sie sind im Alltag reine Hilfsorgane der Exekutive.

Der Einfluß der KP auf die Entscheidungsprozesse des Staates in Form der Sowjets ist nicht rechtlich geregelt, sieht mensch davon ab, daß die Verfassung in Artikel 6 feststellt: *„Die führende und lenkende Kraft der sowjetischen Gesellschaft, der Kern ihres politischen Systems, der staatlichen Organe und gesellschaftlichen Organisationen ist die Kommunistische Partei der Sowjetunion. (...) Mit der marxistisch-leninistischen Lehre ausgerüstet, legt die Kommunistische Partei die Grundrichtung der gesellschaftlichen Entwicklung ... fest. Alle Parteiorganisationen wirken im Rahmen der Verfassung der UdSSR.“* Zahlenmäßig sind die Parteimitglieder in den örtlichen Sowjets in der Minderheit (knapp 45%), aber sie stellen die deutliche Mehrheit in den bedeutenderen Exekutivkomitees (5) und in den höheren staatlichen Organen.

Trennung von Partei und Staat?

Die Vorschläge des Politbüros fanden in der Resolution „Über die Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft und die Reform des politischen Systems“ ihre Bestätigung durch die Konferenz. Vernachlässigen wir die großen Worte und beschäftigen uns mit den konkreten Änderungsvorschlägen, die *„die führende Stellung der gewählten Organe gegenüber der Exekutive und deren Apparat wiederher(zu)stellen“* sollen.

Da ist zunächst die Erneuerung des Wahlsystems, das sich durch *„eine uneingeschränkte Aufstellung von Kandidaturen (und) ... die Aufnahme von mehr Kandidaten auf die Stimmzettel, als es Mandate gibt“*, auszeichnen soll. Der Appell, die Rechenschaftslegung der Deputierten und ihre jederzeitige Abrufbarkeit zu gewährleisten, deutet auf diesbezügliche Mängel des geltenden Verfahrens hin.

Das passive Wahlrecht soll eingeschränkt werden: *„Die Mitglieder der Exekutivkomitees der örtlichen Sowjets aller Ebenen, deren Abteilungs- und Bereichsleiter sowie die Richter, Mitglieder des staatlichen Schiedsgerichts und die Staatsanwälte dürfen nicht zu den Deputierten des jeweiligen Sowjets gehören“*. Diese Regelung soll bis zu den obersten Regierungs- und Verwaltungsstellen hinauf gelten.

Neu in die Struktur der Sowjets sollen die ständigen Präsidien (außer in die lokalen Räte) und die Vorsitzenden der Sowjets („in ausnahmslos allen Sowjets“) eingegliedert werden, die in geheimer Abstimmung gewählt werden sollen. *„Zur Erhöhung der Rolle der Legislativorgane würde beitragen, wenn für das Amt der Vorsitzenden der Sowjets in der Regel die 1. Sekretäre der entsprechenden Parteikomitees empfohlen würden“*. Somit soll der 1. Parteisekretär jeder Ebene zunächst innerhalb der Partei unter mehreren Kandidaten gewählt werden und sich dann einer ebenfalls geheimen Wahl im Sowjet stellen. Sollte er dort nicht nominiert oder gewählt werden, verbleibe dem Parteikomitee die Aufgabe *„klar(zu)stellen, von wem es geleitet wird“*.

Weiterhin wird es die Exekutivkomitees und auf der Unionsebene den Ministerrat geben, die ebenfalls in geheimer Abstimmung zu wählen sind. Die Exekutivorgane sollen zu ausschließlich vollziehenden Organen von gesetzgebenden und normativen Beschlüssen der Sowjets werden, deren Kontrollfunktion ausgebaut werden soll. Um dem Mechanismus entgegenzuwirken, daß die Deputierten, die im Exekutivkomitee einen Sitz haben, sich selbst kontrollieren, soll zukünftig nur der Vorsitzende der Exekutive gleichzeitig Deputierter sein.

Verflechtung von Staat und Partei bleibt

Die angestrebten Veränderungen des Sowjetsystems erfüllen nicht die Erwartungen, zu denen die „Thesen zur Allunionskonferenz“ (siehe AK 296) Anlaß geben konnten. Dort wurde immerhin die Trennung staatlicher und parteipolitischer Funktionen befürwortet und die Bevormundung der Sowjets durch die Parteikomitees kritisiert. Zur Entflechtung von Partei- und Staatsapparat tragen die nun verabschiedeten Beschlüsse kaum bei. Die Verzahnung soll neu gestaltet wer-

verabschiedeten Beschlüsse kaum bei. Die Verzahnung soll neu gestaltet wer-

den: „Wir verzichten nicht auf die Rolle einer Regierungspartei im Lande. Im Gegenteil. Wir wollen sie festigen ...“ (Gorbatschow). Trotz der Phasen der ungesetzlichen Repression (Stalin-Ära) und der Stagnation (Breschnew-Zeit) könne die KP sich weiterhin zurecht als politische Avantgarde bezeichnen, sei doch aus ihren Reihen heraus auch die Kritik an diesen Entwicklungen formuliert worden. Mit diesem Verständnis gerüstet läßt sich leicht behaupten, die Verquickung von Sowjetvorsitzenden und 1. Parteisekretären würde die „Rolle der Legislativorgane“ „erhöhen“. Der Wirklichkeit näher scheint die Betrachtung zu kommen, daß der Einfluß der Partei „erhöht“ wird — soweit das überhaupt möglich oder notwendig ist. Der höchste Parteifunktionär der jeweiligen Ebene wird dem Gesetzgebungsorgan vorstehen und zugleich in unmittelbarer Weise die Kontrolle der jeweils ausführenden Exekutivorgane ausüben.

Speziell auf die Rolle Gorbatschows bezogen wird die Verwirklichung dieses Vorschlags zur Folge haben, daß er zum neuen Präsidenten des Obersten Sowjet und damit zum Staatspräsidenten gewählt werden wird. Daran von Kommentatoren verschiedentlich geknüpfte Vermutungen, Gorbatschow wolle sich auf diese Weise von einer konservativen oder wankelmütigen Mehrheit im Politbüro und im Zentralkomitee unabhängiger machen, unterstellen bereits als wahr, was in der Vergangenheit nicht bewiesen werden konnte: Daß es nämlich möglich sei, die UdSSR gegen den Willen der Parteibürokratie zu regieren.

fo.

Anmerkungen

(1) Vgl. Schulz, Hans-Jürgen, Die UdSSR unter Gorbatschow, Ffm. 1988, S. 48.
(2) Wahl, Günther, Theorie und Praxis sozialistischer Demokratie in der Sowjetunion, Ffm. 1984, S. 110.
(3) Sowjetunion Heute 8/87, S. 30.
(4) In: Ebenda. (5) Nach der Übersetzung in: Neues Deutschland, 2./3. Juli 1988.
(6) Eine Untersuchung in 12 Exekutivkomitees von Großstädten zeigte für die Vorsitzenden, deren Stellvertreter und die Sekretäre eine hundertprozentige Parteimitgliedschaft an, die bei Verwaltungsleitern und Vorsitzenden der Ständigen Kommissionen noch bei 78% lag (nach: W. Teckenberg, Gegenwartsgesellschaften: UdSSR, Stuttgart 1983, S. 75).

KPdSU-Parteienkonferenz:

KPdSU-Parteienkonferenz:

Wo bleiben die Frauenrechte?

Auf der Moskauer Parteikonferenz stellte Soja Puchowa, die Vorsitzende des Komitees der Sowjetischen Frauen, ungeschminkt die Probleme der Frauen dar.

Offizielle Verlautbarungen sprechen noch immer davon, daß die Emanzipation der Frau in der SU vollendet ist. Zur Begründung verweisen sie auf die (Arbeits-) Schutzgesetze für Frauen, auf ihre Beteiligung an der Volkswirtschaft (51% der Beschäftigen sind weiblich) und auf ihren hohen Anteil an Hoch- und Fachhochschulabsolventen (53% bzw. 60%). (1)

Demgegenüber sprach Soja Puchowa von *„nicht wiedergutzumachenden Folgen einer nachlässigen Behandlung der Frauen“*. An Mißständen führte sie auf:

— 3,5 Mill. Frauen arbeiten unter Bedingungen, die nicht den Normvorschriften für den Arbeitsschutz entsprechen;
— ihre Tätigkeit ist in der Regel körperlich sehr anstrengend, wenig mechanisiert;
— auf dem Dorf altern Frauen sehr früh, da sie von morgens bis spät abends ohne Urlaub und ärztliche Behandlung arbeiten;
— 4 Mill. arbeiten in Nachtschicht, obwohl dies gesetzlich nur als vorübergehende Lösung erlaubt ist;
— das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ wird dadurch untergraben, daß Frauen trotz ihrer höheren Qualifikation (Anteil an Hochschulabsolventen, s.o.) in weniger qualifizierten Berufen tätig sind;
— Frauen auf Karenzurlaub wird gekündigt, Schwangere erhalten keine leichteren Arbeiten, Frauen mit Kinder werden nicht eingestellt.

Zwar hatte auch Gorbatschow in früheren Reden schon Mängel eingeräumt, diese aber lediglich als eine *„Fortsetzung der Tugenden unserer Gesellschaft“* eingeschätzt. Vor Teilnehmerinnen der Weltfrauenkonferenz hatte er bemängelt, daß *„Unzulänglichkeiten im Bereich der Dienstleistungen und des Handels“* die *„ureigenen Funktionen der Frau als Mutter, Ehefrau und Erzieherin“* erschweren. Ähnlich patriarchalisch beklagt er sich in seinem „Perestrojka“-Buch, die Frauen hätten *„nicht mehr genügend Zeit, um ihren täglichen Pflichten zu Hause nachzukommen, dem Haushalt, der Erziehung der Kinder und der Schaffung einer familiären Atmosphäre.“* (2)



Frauen und Perestrojka

Soja Puchowa benannte einige Schwachstellen der Perestrojka, besonders im Bereich der Ökonomie. Diese habe *„vorläufig ... nur neue Probleme hervorgebracht. Der Übergang der Betriebe zum Rentabilitätsprinzip und zur Selbstfinanzierung, die Einführung solcher Arbeitsorganisationsformen wie der Brigadevertrag bedeuten eine neue Gefahr für den schwächsten Teil des Arbeitskollektivs, nämlich die Frauen mit Kindern.“* Sie seien bei Personalkürzungen als erste betroffen und litten unter der verschärften Einführung von Schichtarbeit.

Dagegen fordert die Genossin, erstens die bestehenden Gesetze auszuschöpfen und ihre Einhaltung zu kontrollieren, zweitens in das Sozialprogramm ein separates Frauenprogramm aufzunehmen und drittens die Führungspositionen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft mit Frauen zu besetzen. Dies jedoch nicht auf Grund einer Quotierungsregelung, sondern wegen ihrer gleichen und besseren Qualifikation.

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die öffentliche Debatte um die Befreiung der Frau von ihrer „Doppelbelastung“, in der — wie auch bei den Gorbi-Zitaten oben ersichtlich — als „Lösung“ offen eine „Zurück an den Herd“-Strategie ausgegeben wird. Dagegen ist Soja Puchowa der Meinung, daß erstens die ökonomische Gleichberechtigung der Frauen als wichtigstes soziales Anliegen nicht aufgegeben werden dürfe; daß zweitens die Volkswirtschaft nicht ohne weibliche Arbeitskräfte auskomme; und daß drittens die Frauen das nicht wollten (was ich für das beste Argument halte ...). Als Alternative schlägt sie vor, die Vaterschaft aufzuwerten und den Haushalt nicht mehr als reine Frauensache zu begreifen, soziale und wirtschaftliche Garantien für die Familie zu erweitern und Vergünstigungen, die bisher nur Frauen zukommen, auf die Familie auszudehnen. Bei aller sonstigen Radikalität teilt sie also im Grunde die Bezugnahme Gorbatschows auf die (bürgerliche ...) Familie. Dazu nochmal Gorbi original: *„Die Gesundung der Familie, die Erhöhung ihres sittlichen Potentials stellen wir uns überhaupt als eine überaus aktuelle soziale Aufgabe vor.“* (3)

Last not least kritisiert die Genossin das Schattendasein der Frauenräte, die nach dem 27. Parteitag 1986 auf betrieblicher und lokaler Ebene geschaffen worden waren. Ihr Einfluß auf konkrete Sozialfragen sei unzureichend.

Eine Menge „Glasnost“ also auch in Frauenfragen. Frau darf gespannt sein, ob es auch für „Perestrojka“ reicht ...

Elke/KB Freiburg

Anmerkungen

Die Rede von Soja Puchowa ist im Wortlaut abgedruckt in der dvz/die tat vom 15. Juli 1988.
(1) Zahlen aus „Sozialismus, Theorie und Praxis“ (STP), 3/87
(2) Gorbatschow, Perestrojka — Die zweite russische Revolution
(3) Gorbatschow, Grußansprache an die Teilnehmerinnen des Weltfrauenkongresses, 23.6.1987

Mehr Markt und mehr Profit?

Zu den Wirtschaftsreformen in der UdSSR

Das Herzstück des ökonomischen Umbaus in der UdSSR ist das seit dem 1.1.88 in Kraft gesetzte neue Unternehmensgesetz. Es soll verstärkt marktwirtschaftliche Mechanismen in die Wirtschaftsplanung integrieren. Falls das Gesetz wirklich greift, wird sich die bisherige verbindliche Zentralplanung auf eine wenig verbindliche Rahmenplanung reduzieren. Sozialistische Marktwirtschaft in der UdSSR?

Das Unternehmensgesetz ist kein absolutes Novum. Es fußt erstens auf einer Reihe von Experimenten seit 1984 in verschiedenen Industriebereichen (Automobil-, Maschinenbau, Petrochemie und Leichtindustrie), zum anderen greift es zurück auf die Kossygin-Reform in der 2. Hälfte der 60er Jahre.

Die nichtrevisionistische Linke im Westen hat zu Beginn der 70er Jahre die Kossygin-Reformen so diskutiert und kritisiert, als sei das Papier, auf dem sie standen, schon ökonomische Realität. Die Reformen wurden als Beweis für die Restauration des Kapitalismus in der UdSSR gehandelt. In der Wirklichkeit versandeten diese Reformen im Dickicht der ministeriellen Bürokratie.

Seitdem begnügte sich die sowjetische Führung damit, in einigen Bereichen kleine Änderungen durchzuführen und ansonsten das traditionelle Wirtschaftssystem mit Hilfe westlicher Technologie aufzupäppeln. Das heutige Wiederaufgreifen der Kossygin-Reformen ist das Eingeständnis, daß der Kurs, die Wirtschaft mit westlicher Technologie ohne Reformen zu modernisieren, gescheitert ist.

Das neue Unternehmensgesetz

Das neue Unternehmensgesetz

Bis Anfang der 90er Jahre sollen im Zuge der gegenwärtigen Reform alle Bereiche der Industrie auf den Grundlagen dieses neuen Unternehmensgesetzes arbeiten.

Seine zentralen Aussagen sind:

1. Das Unternehmen wird wirtschaftlich unabhängig von dem ihm übergeordneten Ministerium. Es wird weder von diesem subventioniert, noch werden ihm willkürlich Mittel entzogen. Es wird unter Umständen also bei schlechter Wirtschaftslage auch dem Bankrott preisgegeben. Das Unternehmen verkauft seine Produkte per Vertragsabschluß an andere Unternehmen oder an staatliche Organe. Der daraus erzielte Gewinn ist *„... die Gesamtkennziffer für die Wirtschaftstätigkeit des Betriebes ...“* (1). Nach Abzug fester Steuersätze an den staatlichen Haushalt bleibt der Gewinnrest zur freien Verfügung des Unternehmens. Das Unternehmen entscheidet auch über die Zahl der von ihm beschäftigten Arbeitskräfte.

Neu ist: Bisher war das Einzelunternehmen nichts anderes als eine Produktions- oder Dienstleistungsfiliale des jeweiligen Branchenministeriums (z.B. des Maschinenbauministeriums), das die Unzahl der Normen und Kennziffern des Fünfjahresplans über seine Betriebe in die Praxis umzusetzen hatte. Einziges Kriterium für die Effektivität des Produktionsprozesses: die Erfüllung des Plans. Dem Unternehmen wurden durch das Ministerium Finanzmittel, Daten über Arbeitsnormen, Produktionsmittel und Rohstoffe zugeteilt. Nicht selten wurden im laufenden Planjahr plötzlich Mittel abgezogen oder dem Unternehmen zusätzliche Aufgaben gestellt. Ein laufender Produktionsprozeß glich nur zu oft einem unberechenbaren Abenteuer.

2. Funktionen und Kompetenzen der zentralen Planbehörde (Gosplan) werden drastisch beschnitten. War Gosplan bisher in Absprache mit den Ministerien Schöpfer der absolut verbindlichen 5-Jahrespläne, wird es jetzt zu einem Stab, der Rahmenpläne mit nur noch wenigen Normen und Kennziffern erarbeitet. Die eigentlich verbindliche Planung soll heute auf Unternehmensebene stattfinden. Jedes Unternehmen erarbeitet unter Berücksichtigung der von Gosplan herausgegebenen Rahmenpläne seinen eigenen betrieblichen 5-Jahresplan in Absprache mit dem Branchenministerium.

Dabei sind die Kontrollziffern und Normen von Gosplan nicht verbindlich. Verbindlich sind für das Unternehmen nur die direkten Staatsaufträge zur Sicherung *„... vorrangiger gesellschaftlicher Bedürfnisse“* (la). Hier sind auch alle Direktiven des Ministeriums verbindlich.

3. Die Betriebsleiter, Meister und Brigadiere werden nicht mehr von oben ernannt, sondern in offenen oder geheimen Wahlen durch die Belegschaft bestimmt und müssen durch das übergeordnete Organ bestätigt werden. Der Betriebsleiter wird für maximal 5 Jahre gewählt und handelt nach dem Prinzip der Einzelleitung, d.h. seine Beschlüsse sind bindend. Er ist rechenschaftspflichtig gegenüber der Belegschaft, die die wesentlichen Eckdaten des betrieblichen Fünfjahresplans bestätigen muß (solche Kontrollrechte sind allerdings papierene Tradition in der sowjetischen Betriebsverfassung).

4. Der Lohnfond des Unternehmens war bisher eine feste Plangröße, die einschließlich der diversen Prämien in der Praxis fast immer weit überzogen wurde. Seit das neue Gesetz in Kraft ist, wird nur noch der Tariflohn (in vielen Fällen nur 50% des Gesamtlohns) garantiert. Prämien, Zuschläge u.a.m. sind völlig vom erwirtschafteten Gewinn abhängig. Die zusätzliche Betonung, daß es für Prämien an hochqualifiziertes Kader *keine* Höchstgrenzen geben darf, steht quer zur bisherigen Realität der betrieblichen Einkommensnivellierung unter Breschnew („Gleichmacherei“).



Bürokratie

5. Die zentrale Zuteilung von Betriebsmitteln an die Unternehmen durch Gossnab (das für alle Branchen zuständige Staatskomitee für Zuteilung von Betriebsmitteln) soll bis 1991 völlig entfallen. Stattdessen sollen die Betriebe direkt per Vertrag (Handel) miteinander in Kontakt treten und entweder Lieferungen zu festen Vertragspreisen vereinbaren oder Betriebsmittel gegen Bestellung oder bare Münze von eigenständigen Großhandelsorganisationen beziehen.

Die Nichteinhaltung von Lieferverträgen wird unter Strafe gestellt (Gewinnabzug) und die Einhaltung vertraglich vereinbarter Normen durch die „staatliche Qualitätsabnahme“ kontrolliert (die übrigens schon jetzt als scharf gilt).

6. Das staatliche Außenhandelsmonopol wird teilweise aufgehoben. Direkt mit dem Außenhandel verflochtene Unternehmen können unabhängig auf den Weltmarkt treten und dort Devisen zur eigenen Verfügung erwirtschaften.

Die Reichweite der ganzen wirtschaftspolitischen Neuorientierung wird durch die zukünftige Preisreform bestimmt. Bisher gibt es Millionen zentral festgelegter — oft politischer — Preise, zu denen nur wenige Unternehmen auf dem Markt gewinnträchtig produzieren können.

Die innersowjetische Diskussion dreht sich im Moment darum, ob noch fixe Preise für Schlüsselprodukte (z.B. des Schwermaschinenbaus) bestehen bleiben sollen oder nicht. Hinzu kommt das Problem der hohen Subventionen für Grundnahrungsmittel, deren Streichung irgendwie „sozialverträglich“ gestaltet werden muß.

Der Widerstand aus der Wirtschaftsbürokratie

Der Gesetzestext sagt noch nicht viel über seine Umsetzung aus, und diese scheint aktuell auf heftigen Widerstand in den diversen Apparaten zu stoßen.

Gorbatschow selbst weist in seinem Referat zur 19. Parteikonferenz darauf hin, *„... daß unter dem Deckmantel der Staatsaufträge das alte System der Verpflichtungen bezüglich des Produktionsumfangs beibehalten wurde. Das ist nichts anderes als eine Folge des Mutwillens der Ministerien und manchmal auch der Fahrlässigkeit des Planungskomitees und der ständigen Organe des Ministerrates der UdSSR bei gleichzeitigem Fehlen der notwendigen Kontrolle ... In nächster Zeit werden Regierungsbeschlüsse über die Vergabe von Staatsaufträgen verabschiedet werden.“* (2)

Weiterhin wird es wohl trotz aller „Kontrolle“ vor allem durch folgenden Passus im Gesetz den Ministerien möglich sein, sich weiterhin ins laufende Betriebsgeschehen einzumischen: *„Während der Planerstellung sorgen Ministerien, Behörden oder ein anderes übergeordnetes Organ gemeinsam mit den Betrieben für die komplexe Koordinierung ihrer Vorschläge.“* (3) Damit kann infolge der traditionell zentralen Machtstellung der Ministerien logischerweise jede Unternehmensautonomie ad absurdum geführt werden. Im Text selbst sind — wohl auf dem Hintergrund schwankender Kräfteverhältnisse in der Führung — genügend Konzessionen an jene konservative Fraktion eingebaut, der diese Art Marktsozialismus zu weit geht. Ihre Warnungen vor den unabsehbaren Folgen einer Marktanarchie (4) verweist darauf, daß hier bestimmte Interessen verletzt werden: Mehrere Verwaltungsapparate auf verschiedenen Ebenen werden einschneidende Kompetenzverluste hinnehmen müssen, vielleicht sogar ganz abgeschafft werden.

Die Technik und die Kader entscheiden alles!

In einigen Details des Gesetzes liegt sozialer Sprengstoff. Die Hauptzielgruppe, die der Modernisierungsappell der sowjetischen Führung ansprechen soll, bilden die hochqualifizierten Arbeitskader und Spezialisten, die aufgerufen sind, sich zum Träger des wissenschaftlich- technischen Fortschritts zu machen, damit die UdSSR ihren Status als Weltmacht nicht einbüßt, mit dem Westen technologisch Schritt hält etc.

Selbstredend geschieht die Übernahme dieser Verantwortung im Tausch gegen ein Paket materieller Privilegien. Der allgemeinen Tendenz der „Gleichmacherei“ der Breschnew-Ära ist der Kampf angesagt. Die „Gleichmacherei“ war für den Ökonomen Kulikow ein Grund dafür, daß die UdSSR in eine tiefe Krise, in die Stagnation rutschte: *„Eine der Auswirkungen der Gleichmacherei in der Verteilung ist das Sinken des Ansehens der Ingenieursarbeit und das Schwinden der Interessiertheit der Ingenieure, die in der Produktion die wichtigsten Träger des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sein müßten“.* (5)

Auch die bekannte Soziologin Saslawskaja plädiert für eine „starke Sozialpolitik“, d.h. für eine *„planmäßige Differenzierung des Wohlstandswachstums der Bevölkerungsgruppen“* je nach ihrem Beitrag zum Wohlstandswachstum (6). Die Wissenschaft soll hier legitimieren, was die Parteiführung in ihren Reden unterstellt, nämlich *„... daß die Gleichmacherei ein Ausdruck kleinbürgerlicher Ansichten ist ...“* (7) Eindeutig werden die qualifizierten Kader die Hauptprofiteure der geplanten Anbindung der Prämien an den Gewinn sein, einfach deshalb, weil sie — und nicht der Normalarbeiter — den Produktionsprozeß kontrollieren und bestimmen.

Damit kontrollieren und bestimmen sie auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv meß-

Damit kontrollieren und bestimmen sie auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv meß-

bares und nicht ein machtpolitisches Diktat. Die Marktorientierung wird diesen Prozeß der sozialen Differenzierung im Unternehmen und des verstärkten Drucks auf die Arbeiter beschleunigen.

Der traditionelle Konkurrenzmechanismus in der sowjetischen Wirtschaft ging bisher um die Zuteilung knapper Ressourcen; ein altertümlicher Beschaffungskampf der Industrieleitungen, der die Belegschaften kaum berührte.

Heute soll die Konkurrenz nach dem Willen der Reformer ein echter Überlebenskampf des Gesamtbetriebes auf dem Markt sein, einschließlich aller Folgen für die Arbeiter: Verlust der Arbeitsplatzgarantie und der Sicherheit fester Löhne. Die Normen für die Arbeitsintensität werden nicht mehr von den ministeriellen Zentren, sondern vom anonymen Markt und seinen Zwängen diktiert. Und weil Profitrate und Lohnhöhe direkt gekoppelt sind, wird es schwer möglich sein, dem Druck in Richtung höhere Arbeitsintensität seitens der Arbeiter auszuweichen.

Genau dies sind die Hebel, um die aktuellen Pressekampagnen gegen Faulenzer und Sozialparasiten in realen betrieblichen Druck gegen die umzusetzen, die aus dunklen Motiven das „Recht auf Faulheit“ praktizieren. Und dann lassen sich die Zwänge des Marktes, gerade wenn die Schonzeit für die Ware Arbeitskraft im Betrieb vorbei ist, viel besser legitimieren, wenn die Kommandohöhen gewählt sind. Solange die Existenz des Unternehmens davon abhängt, wie gut die Führungskader die Einsatzbedingungen des Betriebskapitals steuern, ist ihre uneingeschränkte Machtstellung wahrscheinlich und wird sich durch den Wahlmodus und das bisher fehlende Streikrecht noch verstärken, das die sowjetische Führung ihrer Arbeiterklasse bisher versagt. Trotzdem bleibt sehr fraglich, ob die bisher ruhige sowjetische Arbeiterklasse sich den neuen Mechanismen reibungslos anpassen wird und ob die Zurücknahme sozialer Säulen ohne offene Klassenkämpfe durchsetzbar ist.

Der 12. Fünfjahresplan und erst recht das ökonomische Langzeitprogramm bis zum Jahre 2000 setzen die Modernisierung der Schwerindustrie an die Spitze (8), hingegen erscheint eine durchgreifend bessere Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern wie bisher eher als Wunsch und weniger als Priorität.

Die neue Freiheit

Um möglichst wenig Mittel in Konsum und Dienstleistungssektor fließen zu lassen, setzt die sowjetische Führung aufs Kleinunternehmertum. Die neuerdings legalisierte Privatunternehmung in Handwerk und Dienstleistung (ebenso in der Landwirtschaft) wird zwar bessere Versorgung zur Folge haben — aber eben nur zu hohen Preisen.

Das Gesetz über die individuelle Arbeitstätigkeit ist seit dem 1.5.87 in Kraft. Das Gesetz ist das Eingeständnis, daß dem „Djadja Wasja“ (Onkel Wasja) mit den Mitteln des Strafrechts nicht beizukommen ist. Er erzielt als notorischer Schwarzarbeiter Höchsteinkommen in allen gesellschaftlichen Versorgungslücken, die der bürokratische Staatssektor nicht abzudecken imstande ist. Er darf also jetzt allein oder mit Familie einen eigenen Betrieb aufmachen. Lohnarbeiter darf er sich allerdings nur in Ausnahmefällen halten. (9)

Die Wirkung dieser zugelassenen „Privatisierung“ ist beträchtlich: Seit Inkrafttreten des Gesetzes sind bereits 300.000 Personen im Privatsektor einzeln oder kollektiv tätig geworden. (9a)

Das noch nicht verabschiedete neue Genossenschaftsgesetz (10) wird die Rechte des „Privat“sektors beträchtlich erweitern, indem die Genossenschaften von einer Reihe bisheriger bürokratischer Fesseln befreit werden. Es soll vor allem den Kolchosen als landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ihren ursprünglichen rechtlichen Genossenschaftsstatus der wirtschaftlichen und finanziellen Autonomie zurückgeben, also die bisherige staatliche Praxis der Bevormundung und faktischen staatlichen Verwaltung der Genossenschaften beenden. Neuartig ist die Möglichkeit der Verpachtung von Bodenparzellen und Betriebsmitteln der Kolchose an ein Kollektiv von Mitgliedern, das auf der Basis der Selbstfinanzierung wirtschaftet und dessen Einkommen somit gewinnabhängig ist.

Im nichtlandwirtschaftlichen Bereich sollen vor allem Produktions- und Konsumgenossenschaften in Handwerk und Dienstleistung gefördert werden, um die bestehenden wirtschaftlichen Versorgungslücken zu schließen.

Konsumgenossenschaften in Handwerk und Dienstleistung gefördert werden, um die bestehenden wirtschaftlichen Versorgungslücken zu schließen.

Durch die Bestimmung, daß auch Nichtmitglieder der Genossenschaft auf der Grundlage von Arbeitsverträgen in ihrer Freizeit mitarbeiten können, ist der Bedarf auch für die Beschäftigung von Lohnarbeit gesorgt (10a).

Die neue Harmonie

Das Joint-Venture-Geschäft, d.h. die Gründung gemeinsamer Unternehmen vor allem mit Beteiligung aus den westlichen kapitalistischen Ländern, ist seit eineinhalb Jahren in der UdSSR Realität und soll die technische Modernisierung beschleunigen, das sowjetische Management in die Geheimnisse marktgerechter Betriebsführung einweihen und dem Markt und Export Waren westlicher Qualität zur Verfügung stellen.

Ein kürzlicher Vorstoß in der „Moskau News“ nach dem Vorbild von Ländern der 3. Welt und Chinas, „freie Produktionszonen“ für ausländisches Kapital einzurichten, steht zwar von offizieller Seite aus noch nicht auf der wirtschaftspolitischen Tagesordnung, bewegt sich aber im breiten Strom der Perestroika. Auch hier locken westliche Technologie, Devisen und die Aussicht, noch schneller in den Weltmarkt einsteigen zu können. Der Trend scheint wirklich in die Richtung zu gehen, die ein Dr. Kuraschwili in der „Moskau News“ aus dem Zeitgeist seines Landes zu erkennen meint: „... die ... Ablösung der Epoche des unversöhnlichen Kampfes ... durch eine Epoche der sozialen und klassenmäßigen Aussöhnung ... Unter dieser Aussöhnung wird die zunehmende Zusammenarbeit der beiden Systeme ... verstanden.“ (12) Ein frommer Wunsch, der nicht die Frage beantwortet, ob der Imperialismus sich auch in die schon bereitgestellte Harmoniekutsche setzen wird?

AK/E

Anmerkungen

1) Das sowjetische Betriebsgesetz. Übers. u. hrsg. v. Osteuropa- Institut München. Working-Papers No. 121, Juli 1987, S. 3
1a) ebd., S. 24
2) Prawda (dt. Ausg.), 29.6.88
3) Das sowjetische Betriebsgesetz, ebd. S. 25
4) Alec Nove, „Radical reforms“, Problems and Prospects. Soviet Studies 3/87, p. 452-467
5) W. Kulikow, Die Ware-Geld-Beziehungen in der Beschleunigungskonzeption. Sowjetwiss. Gesell.-wissensch. Beiträge 1/88, Bln (DDR), S. 88
6) T. Saslawskaja, Der Faktor Mensch in der Wirtschaftsentwicklung, ebd. S. 67
7) M. Gorbatschow in Sowjetunion heute 3/88, Beilage S. XV
8) Prawda (dt. Ausg.) 21.7.88, S. 3
9) T. Schweißfurth, Die Komplementarität pers. Nutzens und gesellsch. Interessen; Osteuropa-Recht, März 1988, S. 1ff
10) Gesetz über das Genossenschaftswesen, Prawda (dt. Ausgabe), 8.6.88
10a) ebd., Artikel 4
11) J. Karl, Die Joint-Venture-Gesetzgebung i.d. SU und der VR China, Osteuropa-Recht, März 1988, S. 19ff
Moskau News, Juni 1988, S. 14
12) Moskau News, Juli 1988, S. 11

Unter Aquinos antikommunistischem Aktionshammer

Bleierne Zeiten für die philippinischen Nichtregierungsorganisationen

von Rainer Werning

Vorweg etwas Erheiterndes mit ernstem Hintergrund. Wenn *Kardinal Jaime Sin* sich nicht gerade seinen pastoralen Aufgaben als Oberhirte der Erzdiözese Manila widmet, versteht er sich auch schon mal auf säkulare Späße. Deftig-Duftiges ließ er im Frühjahr verlauten; nach Berichten der britischen Nachrichtenagentur Reuter wies er seinen von einer ganz besonderen Art der Geißel heimgesuchten „Schäfchen“ wie folgt Wege zur grünen, satten Weide: „Wer hungrig ist“, so befand der Kardinal, „hat Visionen, deshalb ist mein erster Rat: essen“.

Jeder, der diesen pfiffigen Kirchenmann leibhaftig erlebt hat, glaubt ihm auf's Wort, daß er als allererster solch klugen Ratschlag befolgt. Zur schöneren Gestaltung des irdischen Jammertals, in dem der Kardinal „heute zu viele Menschen mit Visionen von Gott und der Jungfrau Maria“ ausmacht, schuf er gar eine „Ständige Visionen-Kommission der Kirche“ …



Widerstand auf den Philippinen

Statt Visionäres ...

„Wir leben in einem gewaltsamen Frieden, der dem Zustand eines permanenten Krieges entspricht!“ — mit dieser „Milieuschilderung“ fassen die meisten NROs ihre im Lande aktuellen Arbeitsbedingungen zusammen. Nur wenige ihrer führenden VertreterInnen verzichten auf — teilweise bewaffnete — Bodyguards. „Ein erforderlicher Selbstschutz“, versichern sie und fügen hinzu: *„Zu Marcos' Zeiten war das nicht nötig. Wenn seine Schergen zuschlugen, dann landete man meist im Gefängnis. Heute hingegen wird kurzer Prozeß gemacht; viele unserer Mitstreiter sind tagsüber auf offener Straße erschossen worden. Nur eines hat Frau Aquino mit Herrn Marcos gemein — Aufklärungen und Untersuchungen der ‚Vorfälle' soll es geben. Doch zwischenzeitlich geht das Morden weiter!“*

... neue Regierung — alte Probleme

Wie konnte es dazu kommen? Erhielten nicht gerade die Volksorganisationen beziehungsweise die gegen Marcos opponierenden zielgerichteten (sich z.B. für die Beseitigung der US-Basen und des ersten Atomkraftwerks auf der Halbinsel Bataan und für den Aufbau eines ländlichen Gesundheitssystems einsetzenden) NROs durch die „People Power-Revolution“ eine Machtbasis, zumindest aber Rückendeckung? Präziser noch: Konnten nunmehr — mit und durch Aquino — nicht die NROs ihr eigentliches Ziel feiern, nämlich als jetzt staatlich anerkannte und/oder staatstragende Kräfte hinfällig geworden zu sein? Wie ist es schließlich zu erklären, daß heute nicht nur eine vitale NRO-„Szene“ auf den Inseln fortbesteht, sondern deren Anliegen (Schutz der nationalen Minderheiten, Bekämpfung der Militarisierung, Eintreten für die Belange der landlosen Bevölkerung, Rechtsschutz für Slumbewohner etc.) aktuell bleiben?

Damit ist die Aufmerksamkeit auf zwei entscheidende Probleme gelenkt: 1) Welcher Natur ist die Aquino-Regierung? 2) Welche Interessen knüpfen ausländische Unterstützer an ihre Manila gewährten Hilfen?

„People Power“ — das Volk als Machtfaktor — hatte sicherlich einen großen Anteil am Sturz der Marcos-Diktatur. Es waren die sogenannten „cause-oriented groups“ — sektoral gegliederte NROs der Slumbewohner, Bauern, Arbeiter, Studenten und Bürgerrechtler —, politische Bündnisse wie *BAYAN (Neue Nationale Allianz)*, zumeist städtische Aquino-nahe Oppositionsgruppen sowie die illegalisierte *Nationale Demokratische Front (NDF)* mit der (laut Berichten der CIA) „weltweit am schnellsten wachsenden Guerilla der Neuen Volksarmee, NPA“, die die morsch gewordenen Fundamente des Mannes im Malacanang-Palast zu Manila zum Einsturz brachten. Entscheidend für den Machtantritt Frau Aquinos war indes das Zusammenwirken dreier Faktoren; eine bürgerlich gemäßigte Opposition mit „Cory“ als Marcos-Kontrahentin bei der vorgezogenen Präsidentenwahl im Februar 1986 fand Unterstützung durch einen gewichtigen Flügel des Militärs, der seinerseits vom US-Verteidigungsministerium seit bereits 1984 gefördert, die Rolle der „Königinmacher“ spielte.

So waren es denn der plötzlich „geläuterte“ Generalstabschef Fidel Ramos und der neu-alte Verteidigungsminister und Kriegsrechtsverwalter Juan Ponce Enrile, die als Helden umjubelt wurden. Sie — und keinesfalls ausschließlich Rosenkränze hochhaltende und Gebete sprechende Nonnen, Priester und Gläubige — hatten in Koordination mit der *JUSMAG*, der seit Ende der 40er Jahre geschaffenen mächtigen *Vereinten US- Militärberatungs-Gruppe*, die Panzer auf Manilas mehrspuriger Stadtautobahn zum Stillstand gebracht! Dieses „Entgegenkommen“ hatte seinen Preis, den die neue Machthaberin bei Strafe ihres Untergangs in Raten zahlen mußte.

Als „buwaya“ — Krokodile — hatte der Volksmund das unter Marcos aufgepäppelte und wegen seiner massiven Menschenrechtsverletzungen immer heftiger unter Beschuß geratene Militär bezeichnet. Sollte dieses nun friedfertig und zum Beschützer der Volksinteressen geworden sein? Ja — lautete einhellig die Meinung derer, denen im In- und Ausland zuvörderst daran gelegen war, das von „Destabilisierung“ gezeichnete Land wieder in „geordnete“ Bahnen zu lenken. Nein — hieß demgegenüber die Antwort vieler Opfer, Kritiker und Gegner des alten Regimes. Ihre Zweifel nährten sich aus der Ungewißheit, ob ein demokratischer Neubeginn *auch* die Abrechnung mit dem Alten beinhaltet.

Die sichtbarsten Bojen des Alten waren der nach wie vor intakte Verwaltungsapparat und eben das Militär, die aller „People Power“-Euphorie zum Trotz regierten und die kooperationswillige Präsidentin mitsamt ihrem mächtigen Cojuangco-Clan seitdem schrittweise auf ihren Kurs des „totalen Krieges gegen den inneren Aufruhr“ brachten.

Mit „People Power“ gegen das Volk

Bereits im Sommer 1986 hatte Frau Aquino ein knapp 50 Mitglieder zählendes Gremium mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung betraut. In bewährter Marcos-Manier; diese verfassunggebende Versammlung (ConCom) war nicht demokratisch legitimiert, sondern von „Cory“ handverlesen worden. Auffällig war, daß die zu der Zeit noch vielbejubelte „People Power“ zum Schwanengesang des Volkes wurde. Die Regierenden beriefen sich gern darauf, beschworen es gar. Doch bis auf knapp eine Handvoll stammten sämtliche ConCom-Mitglieder *nicht* aus der Bauern- und Arbeiterschaft, *nicht* aus den Slumbewohnern und *nicht* aus den ethnischen Minderheiten. Über 90 Prozent der Bevölkerung hatte demnach die „People Power“ außen vor gelassen, „vergessen“.

Mit Annahme der neuen Verfassung (Februar 1987) und den wenige Monate später (im Mai) durchgeführten Kongreß-und Senatswahlen war in Manilas und des westlichen Auslands Sicht die Inselrepublik re-demokratisiert. Nun sind Wahlen, das hat die Geschichte überreichlich gelehrt, ein vielleicht hin-, beileibe aber kein ausreichendes Kriterium für demokratische Verhältnisse. Sollte dieser Einwand im Falle der Philippinen unter Aquino, deren Verfassung und Kandidaten qua Plebiszit und Wahlen eindrucksvoll bestätigt worden waren, mit einem Mal hinfällig geworden sein?

Keineswegs. Schließlich war es Frau Aquino höchstpersönlich, die noch Monate nach ihrem Amtsantritt als Hauptproblem ihrer Regierung die Lösung der drängenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme bezeichnete. Gelänge es, so die Präsidentin damals, die Bevölkerung (circa 70 Prozent leben in Armut) ausreichend zu ernähren, zu kleiden, ihr Jobs und angemessene Wohnungen zu verschaffen sowie den feudalen Großgrundbesitz aufzubrechen, so erledige sich das „Problem des kommunistischen Aufruhrs“ sozusagen von selbst. Das war eine Position, mit der sich die NROs und die legale wie illegalisierte Linke anfreunden konnten.

Doch spätestens mit dem Anfang 1987 staatlich gelenkten Aufbau der als „neue Verkörperung von People Power“ ausgewiesenen sogenannten „Vigilanten“ (eine Art Todesschwadronen, von denen mittlerweile landesweit über 200 existieren) hat sich Frau Aquino die unrühmliche „Ideologie der nationalen Sicherheit“ zu eigen gemacht. Demnach steht *nicht* mehr das Projekt Befreiung auf der Tagesordnung; es geht vielmehr darum, dessen Befürworter kleinzukriegen beziehungsweise militärisch zu „befrieden“. Solange dabei der Stern Aquino funkelt und ihr Mythos intakt bleibt, gilt sie im Ausland als kreditwürdig. Jährlich erhält Manila aus den USA allein 200 Mio. US-Dollar an Militärhilfe. Mit dem IWF und der Weltbank sind Umschuldungsverhandlungen über die auf 30 Mrd. Dollar aufgehäufte Auslandsschuld abgeschlossen und „fresh money“ bereitgestellt worden. Japan und die Europäische Gemeinschaft haben bereits größere Kreditzusagen gemacht.

Hilfe aus Bonn ...

Bei alledem konnte es sich die Bundesregierung nicht leisten, abseits zu stehen. Daß es gerade Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher war, der sich nach seinem Philippinen-Besuch im Frühjahr 1986 für das Deutsch-Philippinische Wirtschaftssymposium im Oktober desselben Jahres einsetzte, hatte unter anderem damit zu tun, die vom damaligen Botschafter in Manila, Dr. Klaus Zeller, geschlagene Scharte wettzumachen. Zeller nämlich hatte noch kurz vor dem Sturz des Diktators Marcos und dessen Premier- und Finanzminister Cesar Virata öffentlich bescheinigt, „das Land durch ein striktes Befolgen der wirtschaftspolitischen Auflagen internationaler Gläubiger zu sanieren und aus der Krise zu führen. Diese nachgerade eklatante Fehleinschätzung war um so peinlicher, als bereits in Washington intensive Debatten darüber entbrannt waren, *wie* sich ein Nach-Marcos-Szenario am günstigsten herstellen ließe!

Die westdeutschen Direktinvestitionen auf den Philippinen betrugen 1976 15 und im Jahre 1983 56 Mio. DM, während der aktuelle bilaterale Handel gut 1 Mrd. DM umfaßt. Im pazifisch-asiatischen Raum machten die Investitionen mit 1,3 (1976) beziehungsweise 5 Mrd. DM (1983) etwa fünf Prozent des Gesamtvolumens bundesdeutscher Direktinvestitionen aus, wobei der Anteil des südostasiatischen Staatenbündnisses *ASEAN* in den Dritte-Welt- Ländern von 4,9 (1977) überproportional auf 7,5 Prozent (1983) anstieg. *„In diesem aufstrebenden asiatisch-pazifischen Markt ist größeres Engagement vonnöten“*, befand denn auch Entwicklungshilfeminister *Hans Klein* als Gouverneur der Asiatischen Entwicklungsbank Ende April in Manila.

Insgesamt aber schätzt die Behörde, der Herr Klein vorsteht, das *Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ)*, die deutsch-philippinische Kooperation zufriedenstellend ein. „Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik der Philippinen“, so schrieb der Parlamentarische Staatssekretär im BMZ, *Dr. Volkmar Köhler*, im Sommer 1987, „besteht seit langem eine enge und intensive Zusammenarbeit“. Seit 1961/1963, als die technische beziehungsweise finanzielle Zusammenarbeit mit Manila einsetzte, stellte Bonn an öffentlichen Leistungen 824 Mio. DM zur Verfügung. *„Im Bereich der Finanziellen Zusammenarbeit“*, so Köhler, *„bildet der Sektor Infrastruktur mit 42,8 Prozent den Schwerpunkt. Daneben wurden unter anderem städtische und ländliche Siedlungsprogramme (15,8 Prozent) finanziert. (…) Im Bereich der Technischen Zusammenarbeit dominiert der Landwirtschafts- und Forstsektor (45,7 Prozent), zum Beispiel Pflanzenschutz, Baumwollanbau, Aufforstungsmaßnahmen“.*

Paradestück Bonner Unterstützung für „die junge philippinische Demokratie unter Aquino“ ist heute der Aufbau eines ländlichen Infrastrukturprojekts auf der Halbinsel Bondoc im südlichen Teil der Hauptinsel Luzon. Als dessen Komponenten gelten Infrastrukturmaßnahmen (Straßenbau, Wasserversorgung), Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion sowie die Unterstützung von Selbsthilfegruppen im sozialen und Erziehungsbereich. Voraussichtlicher Umfang: rund 35 Mio. DM an finanziellen und gut 5 Mio. DM an technischen Hilfen. Soweit die offiziellen Pläne und wohlklingenden Absichten des BMZ.

Dienten beispielsweise in der Vergangenheit die über das BMZ abgewickelten Gelder der zwangsweisen Umsiedlung städtischer und ländlicher Armer und/oder den zahlreichen „Verschönerungsprojekten“ der Ex-First Lady Ismelda Marcos, so soll nunmehr unter dem Banner „ländlicher Entwicklung Armutsbekämpfung durch Selbsthilfe“ (so offizielle Stellungnahmen von BMZ- Vertretern) erfolgen.

... für Manilas „Aufstandsbekämpfung“?

Bondoc war eine verschlafene Region, bevor es die „weißen Experten“ in Absprache mit der Regierung im fernen Manila als „entwicklungsbedürftig“ einstuften. Hinter dem Akronym *BIRD (Bondoc Integrated Rural Development Program = Bondoc Integriertes Ländliches Entwicklungsprogramm* verbirgt sich weit mehr als ein hochfliegender Plan zum Nutzen der Bevölkerung.

BIRD geriet entgegen den Vorstellungen seiner Planer in die Schlagzeilen und erregte zusätzliche Aufmerksamkeit durch die Verhaftung dreier ausländischer Besucher — darunter der aus Köln stammende Pastor und Mitarbeiter von „Dienste in Übersee“, Klaus Schmidt — im Juni. *„Ich hoffe sehr“*, so hatte Klaus Schmidt kurz nach seiner Gefangennahme durch Einheiten des philippinischen Militärs in Bondoc erklärt, *„daß dieses von der bundesdeutschen Regierung unterstützte Projekt nicht in der geplanten Form durchgeführt wird“.*

Was also läßt BIRD ins Kreuzfeuer der Kritik geraten? In dem Projektgebiet leben 300-350.000 Menschen — hauptsächlich von der Kopragewinnung. Etwa 120 Großgrundbesitzer teilen nahezu zwei Drittel des kultivierten Bodens unter sich auf. Um den Lebensstandard der armen Bauern und landwirtschaftlichen Arbeiter zu heben, haben sich dort bereits vor Jahren etliche Selbsthilfegruppen gebildet, die heute überwiegend im regionalen Dachverband der Bauernvereinigungen der Provinz Quezon zusammengeschlossen sind. In Eigeninitiative wurden — als einkommenschaffende Maßnahmen — Fischteiche, kleine Dämme und Gesundheitsstationen eingerichtet und traditionale Formen gegenseitiger Hilfe *(bayanihan)* als Vorstufe zu Produktionsgenossenschaften gepflegt. Außerdem hatte seit Beginn der 80er Jahre in Quezon, wozu Bondoc gehört, die NPA Fuß fassen können. Ihr gelang es in unterschiedlichem Maße, die Pachtraten zu senken und die andere Geißel des Dorflebens — Wucherpraktiken der Geldverleiher — einzudämmen.

Das allerdings schürte unter den Großgrundbesitzern die Furcht, auf Dauer Land und Pfründe einzubüßen. Seit 1982 nisteten sich Militärs als ungebetene Dauergäste ein. Die Region wurde eines der zahlreichen stark militarisierten Gebiete in der Inselrepublik. Systematische Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung (Niederbrennen von Häusern, Vergewaltigungen, Folter und Morde) häuften sich, so daß eine so renommierte Menschenrechtsorganisation wie die 1974 gegründete *Task Force Detainees of the Philippines (TFDP)* mehrfach dagegen protestierte. Bis heute — jedoch ohne Konsequenzen.

Gerade weil diese schwer zugängliche Region aus Sicht der Herrschenden „unruhig“ blieb, entwarfen schon Marcos' Militärs und Technokraten Pläne, die dortigen „Sicherheitsbelange“ wieder in den Griff zu bekommen. Als Zauberformel galt fortan „civic action“, womit sogenannte auf Bürgernähe bedachte Projekte (wie Straßenbau, Einrichtung sanitärer Anlagen, Reihenimpfungen) gemeint sind, von denen man annahm, daß sie in der Bevölkerung auf Sympathien stoßen und sie letztendlich den NPA-Einheiten entfremdet. Denselben Plan hat nun die Aquino-Regierung übernommen. Mit freilich zwei gravierenden Unterschieden; die Projekte sollen heute als „volksnah“ verpackt und mit aufgestockten Truppenkontingenten (circa 2.000 Mann, darunter Eliteeinheiten der Armee) „geschützt“ werden.

Tatsächlich ist es heute das Militär, das weitreichende „Sonderaufgaben“ übernimmt; in Bondoc — und nicht nur dort — agiert es faktisch auch als Exekutive und Judikative in einem. Getreu der Anfang 1987 vom Innenministerium (Ministry of Local Governments and Community Development) erlassenen Direktive, selbst auf unterster administrativer Ebene (in den Barrios oder Barangays) *„Vigilanten“* aufzustellen, haben sich auf Bondoc mehrere solcher Todesschwadronen gebildet. Für Frau Aquino verkörpern sie die „neue Demokratie“, und ihr engster Vertrauter, Verteidigungsminister *Fidel Ramos*, sieht in ihnen das notwendige Scharnier *„zwischen der militärischen und zivilen Kampfgemeinschaft gegen den Kommunismus“*. *„Oplan Pagsubok“* — „Operationsplan Test“ — heißt denn auch im Militärjargon dieses „Experiment neuer Herrschaft“. Für Training und Ausrüstung sorgt das jeweilige militärische Regionalkommando. In *Camp Nakar* in Quezons Provinzhauptstadt Lucena sind in den vergangenen Monaten mehrfach Mitglieder von „Vigilanten“-Gruppen gedrillt und in „der Kunst lautlosen Tötens“ unterrichtet worden.

Deshalb sticht die Kritik regionaler und nationaler NROs, die eine der Hauptkomponenten des BIRD, nämlich den Straßenbau, als „Bestandteil der Counterinsurgency (Aufstandsbekämpfung)“ brandmarken. *„Natürlich dienen Straßen der Entwicklung“*, formulieren sie ihren Einwand, „doch es ist eine Entwicklung, die an den Bedürfnissen der größtenteils armen Bevölkerung vorbeigeht“. Tatsächlich würden mit dem geschaffenen Straßennetz allenfalls Marketingprobleme von Großbauern und Grundbesitzern gelöst. Ganz zu schweigen von den Chancen, die militärische Logistik entscheidend zu verbessern — sprich: im Rahmen des von Aquino verfolgten *„totalen Krieges gegen den Kommunismus“* eine der Guerilla-Hochburgen „wegzusprengen“.

Auch sind diejenigen, denen BIRD angeblich zugute kommen soll, die ländlichen Armen und ihre Selbsthilfegruppen weder konsultiert noch in die Planung des Programms einbezogen worden. So verwundert es nicht, daß die Kritiker des Projekts unerwarteten Flankenschutz erhielten. Der australische Außenminister Bill Hayden bezweifelte die Durchführbarkeit dieses Projekts in der vorgesehenen Form und verwies dabei auf eigene Erfahrungen, die man vor Jahren auf der weiter östlich gelegenen Insel Samar mit einem ähnlich konzipierten Reißbrett-Plan machte. Das Nord-Samar Integrierte Ländliche Entwicklungsprogramm, einst immerhin Australiens größtes Einzelprojekt in Übersee, stieß seitens der Bevölkerung und der NPA auf solch massiven Protest, daß dessen Experten nach Manila abgezogen und die Weiterarbeit eingestellt wurde.

Aus diesen Erfahrungen scheint das Aquino-Regime kaum Lehren gezogen zu haben. Allenfalls diese — Projekte mit Scheinlösungen und ausländischem Beistand durchzudrücken, anstatt die wirklichen Probleme — z.B. eine Landreform im Sinne der Betroffenen — anzugehen. Wer immer das einklagt, gilt als „Verschwörer“ und vogelfrei. Was also ist neu im „Land der 7.000 Inseln“, aus dem zwar ein Marcos fliehen mußte, doch sein Geist allgegenwärtig bleibt?

Literaturhinweis
Tim Kuschnerus/Rainer Werning, „Die Philippinen unter Aquino — Facetten eines Machtwechsels“. isp-Verlag, Ffm. 1987, 145 Seiten, 17,80 DM

Auf der Suche nach neuen Freundbildern oder Perestrojka auf philippinisch

Jose Maria Sison im Gespräch über den neuen außenpolitischen Kurs der KP der Philippinen

„Das Projekt Befreiung. Widerstand auf den Philippinen — José Maria Sison berichtet" — lautet der Titel des von Rainer Werning herausgegebenen und in mehrere Sprachen übersetzten Buches, dessen deutsche Ausgabe im September im Pahl-Rugenstein Verlag (Köln) erscheint.

In dieser politischen Biographie schildert der Mitbegründer und einstige Vorsitzende der CPP, „Joema" Sison, erstmals und umfassend seinen Werdegang sowie die Innenansicht der revolutionären Bewegung in seinem Land.

Desweiteren bezogen sich die ausführlichen Gespräche, die R. Werning zwischen dem Herbst 1987 und Frühjahr 1988 mit Sison führte, auch auf den künftigen außenpolitischen Kurs der CPP und Aspekte der internationalen kommunistischen Bewegung. Wir veröffentlichen Gesprächspassagen, die nicht in dem Buch enthalten sind, exklusiv in vollem Wortlaut.

Da sie den vorläufigen Stand der CPP-Diskussion widerspiegeln und ihnen deshalb mehr Leitliniencharakter für vertiefende Auseinandersetzungen und vorwärtsgerichtete Rückbesinnungen zukommt, wird über das Thema im besonderen sowie über die Problematik „Kommunismus in Südostasien" im allgemeinen noch einiges zu berichten und zu debattieren sein.
Die Red.

Werning: In ihren Anfängen schien die CPP stark von der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) beeinflußt zu sein. Wie beurteilten Sie die sog. Drei-Welten-Theorie und wie schätzen Sie die Veränderungen in der Volksrepublik China nach Mao Tse-tungs Tod ein?

Sison: Lassen Sie mich zunächst auf Ihre erste Feststellung eingehen. Tatsächlich war die CPP zunächst stark von der Kommunistischen Partei Chinas beeinflußt, und zwar in erster Linie aufgrund der Ähnlichkeiten zwischen Chinas früherem semikolonialen und semifeudalen Gesellschaftssystem und der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung auf den Philippinen und aufgrund der großen Siege, welche die chinesische Partei und das chinesische Volk bei der Verwirklichung der neuen demokratischen und sozialistischen Revolution unter Mao Tse-tung errangen.

Aber ich muß gleichzeitig darauf hinweisen, daß auch andere kommunistische und Arbeiterparteien sowie andere revolutionäre Bewegungen starken Einfluß auf die CPP ausübten, so etwa die von Lenin geführte bolschewistische Partei bzw. die Kommunistische Partei der Sowjetunion, die Kommunistische Partei Indonesiens, die Vietnamesische Arbeiterpartei (heute Kommunistische Partei Vietnams) und andere südostasiatische kommunistische Parteien, die Koreanische Arbeiterpartei, die Kubanische Revolution und andere. Es war uns möglich, einen großen Teil ihrer Literatur und Veröffentlichungen zu studieren, und wir lernten eine Menge daraus.

Was die sog. Drei-Welten-Theorie angeht, so sahen wir darin eine diplomatische Linie und ein Weltbild, mit denen die chinesische Außenpolitik die Politik der friedlichen Koexistenz gemäß ihrer Interpretation vorantreiben wollte. Kern der sog. Drei-Welten-Theorie ist es, hinsichtlich nationaler Unabhängigkeit in erster Linie auf die Länder der Dritten Welt zu bauen (die ja die überwiegende Mehrheit bilden), die untergeordneten kapitalistischen Länder zu mehr Unabhängigkeit zu ermutigen und die beiden Supermächte als Ausgangspunkt von Kriegsgefahr und Hegemoniestreben zu bekämpfen.

Daß die chinesischen Genossen die Drei-Welten-Politik (wie sie insbesondere Deng Xiaoping in seiner 1975 vor den Vereinten Nationen gehaltenen Rede dargelegt hat) als diplomatische Linie verstanden, wurde durch die wiederholten Erklärungen deutlich, alle Länder müßten unabhängig und gleichberechtigt sein, und keinem einzelnen Land falle eine Führungsrolle in der Dritten Welt zu. Die Drei-Welten-Theorie war eine Weiterentwicklung des Schlagworts „Länder wollen Unabhängigkeit" und der umfassenden Losung „Völker wollen Revolution, Nationen wollen Befreiung, und Ländern wollen Unabhängigkeit".

Kritiker der Drei-Welten-Theorie werfen China und der KPCh vor, das grundlegende Prinzip des proletarischen Internationalismus über Bord geworfen zu haben und die Unterstützung der einen revolutionären Kampf führenden Völker und für ihre Unabhängigkeit kämpfenden Nationen durch Diplomatie zu ersetzen.

Einige Kritiker gehen dabei sogar so weit, Mao Tse-tung für die Drei-Welten-Theorie verantwortlich zu machen und ihn völlig zu verdammen. Die Gültigkeit der Formulierung „Dritte Welt" bestreiten sie allerdings nicht unbedingt, und zwar vor allem deshalb, weil in ihr der alte Bezug zu den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gegeben bleibt. Aber sie wehren sich gegen die Neudefinition von „Erster Welt" und „Zweiter Welt" als die Welt der Supermächte bzw. der untergeordneten kapitalistischen Staaten im Unterschied zu den früheren Bedeutungen kapitalistische bzw. sozialistische Länder.

Ist die Zusammenfassung der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion in der „Ersten Welt" heute auch ein sehr fragwürdiges, wenn nicht gar unhaltbares Unterfangen, so gebührt Mao Tse-tung doch das Verdienst, die internationalistische Unterstützung für die Befreiungskämpfe in Asien, Afrika und Lateinamerika befürwortet und ausgeweitet zu haben.

Vor und nach Maos Tod waren China und andere sozialistische Länder bemüht, in Übereinstimmung mit der Politik der friedlichen Koexistenz, die ja ein Hauptbestandteil sozialistischer Außenpolitik ist, Beziehungen zu allen Ländern und Staaten ohne Ansehen ihrer Gesellschaftsordnung und Ideologie zu entwickeln, die dazu bereit waren.

Kritiker behaupten, China und die KPCh seien — insbesondere nach Maos Tod — nur mehr darauf aus, ein friedliches Umfeld für den Aufbau der chinesischen Wirtschaft zu schaffen, und dafür sogar bereit, sich mit den USA zu verbünden und die Unterstützung revolutionärer Kämpfe anderer Völker aufzugeben. Sie sehen darin eine Abkehr nach rechts vom ultralinken Weltmodell Lin Biaos, nach dem China als Zitadelle der Revolution und die gesamte Dritte Welt als das Hinterland der „Weltstädte" in einer einzigen bewaffneten Weltrevolution betrachtet wurden.

Ob China oder die KPCh revolutionäre Bewegungen unterstützten, ist etwas, was sie selbst am besten wissen. Und zudem könnte es ja sein, daß sie ihre Unterstützungsmaßnahmen nicht an die große Glocke hängen wollen.

Welche Revolution erregte Ihre größte Aufmerksamkeit? Aus welcher konnten Sie die wertvollsten Lehren ziehen? Gibt es für Sie eine Revolution mit Modellcharakter?

Weder die CPP noch ich sehen Revolutionen im Ausland als Modelle, die unkritisch übernommen oder nachgebaut werden könnten. Aber wir beobachten Revolutionen in anderen Ländern aufmerksam, und sie bieten uns die Möglichkeit, in Theorie und Praxis eine Menge dazuzulernen.

Für uns kann nicht *eine* Revolution in *einem* anderen Land die einzige Quelle sein, aus der wir Lehren für unseren Kampf ziehen. Wir sollten imstande sein, aus allen siegreichen Revolutionen zu lernen — und auch aus den fehlgeschlagenen. Es gilt, sowohl aus positiven wie aus negativen Erfahrungen zu lernen.

Die philippinischen Revolutionäre können die Revolution nur zum Sieg führen, wenn sie die Theorie auf die konkreten Bedingungen in ihrem Land anwenden. Sie sollten in der Lage sein, durch einen eigenen Beitrag die revolutionäre Theorie und Praxis insgesamt zu verfeinern.

Wir haben aus Revolutionen in mehreren Ländern wertvolle Erfahrungen gewonnen. Hier will ich nur auf den Prozeß der Machtergreifung eingehen und mich auf wenige Länder beschränken.

Die Oktoberrevolution war die erste Revolution, die vom Proletariat zum vollständigen Sieg geführt wurde. Sie bewies die Gültigkeit der Lehren von Marx, Engels und Lenin, mündete in der Errichtung des Sozialismus und leitete die neue weltgeschichtliche Epoche der proletarischen sozialistischen Revolution ein.

Die Oktoberrevolution zeigte, daß die bürokratische Militärmaschinerie des reaktionären Staates zerschlagen werden muß, damit das Proletariat und seine Partei die Oberhand über die Großbourgeoisie und andere Reaktionäre gewinnen. Die CPP sieht, daß es den Bolschewiki gelungen ist, zuerst in den Städten die Macht zu ergreifen, daß sie aber den Kampf letztendlich doch während des Bürgerkrieges und des Interventionskrieges im wesentlichen auf dem Land gewinnen mußten.

Auch die Revolutionen in China, Vietnam und Korea wurden von der CPP eingehend studiert. Der bewaffnete Kampf wurde über lange zeit hinweg gemäß nationalen demokratischen Grundsätzen geführt und beinhaltete das Prinzip, von der Generaloffensive die Städte vom Hinterland her einzukreisen.

Die Werke der Genossen Mao Tse-tung, Ho Chi Minh, Kim Il Sung, Vo Nguyen Giap und anderer vietnamesischer Genossen waren sehr lehrreich. Natürlich stellten die Werke Mao Tse-tungs die fortgeschrittenste, reichste und am besten zugängliche Quelle von Wissen und Erfahrung in Bezug auf die neue demokratische Revolution und den Volkskrieg dar, die für den revolutionären Kampf der CPP und des philippinischen Volkes relevant waren.

Besondere Bedeutung und Anregung geht meiner Meinung nach von den bewaffneten revolutionären Bewegungen aus, die siegten, ohne direkt von einem Krieg zwischen imperialistischen Mächten zu profitieren. Ihre Siege markieren eine neue Etappe in der Weltrevolution. Nicht ein Weltkrieg machte sie möglich, sondern die Tatsache, daß die Kräfte des Sozialismus und der nationalen Befreiung dem US-Imperialismus eine Niederlage beibringen konnten.

Ich spreche von den siegreichen Revolutionen in Kuba, Algerien, Vietnam (vor allem in seinem Südteil), Laos, Kampuchea, Guinea-Bissau, Angola, Mosambik, Nikaragua und anderen Ländern.

Es gibt Leute, die der Meinung sind, die USA seien so mächtig, daß sie den Sieg der Revolution auf den Philippinen verhindern können. Aber seit ihrer Niederlage in Vietnam und im übrigen Indochina haben die USA sehr viel Macht eingebüßt und damit ihre Verwundbarkeit demonstriert.

Eine ganze Zeit lang bezeichneten Sie die Sowjetunion und die KPdSU als „sozialimperialistisch" bzw. „revisionistisch". Worauf basierte diese Charakterisierung? Ist das auch heute noch die Position der CPP?

Die CPP betrachtet heute die Sowjetunion als Land, das dabei ist, den Sozialismus aufzubauen, und bezeichnet sie nicht mehr als sozialimperialistisch. Sie hat auch aufgehört, die KPdSU als revisionistisch einzustufen.

In Anerkennung der Tatsache, daß sich die wesentlichen Produktionsmittel in der Sowjetunion in Gemeineigentum befinden, betrachten wir die Sowjetunion als sozialistisches Land.

Dieser Wandel in der Einschätzung ist nichts Außergewöhnliches. So haben die sowjetischen und chinesischen Kommunisten z.B. Jugoslawien als sozialistisch eingestuft, nachdem sie es zunächst über lange Zeit hinweg hartnäckig als „antisozialistisch" verteufelt hatten. Heute wird anerkannt, daß man beim Aufbau des Sozialismus, vor allem in seiner Frühphase, entsprechend den unterschiedlichen Bedingungen in den einzelnen Ländern verschiedene Wege beschreiten kann.

In der Vergangenheit bestritten Artikel in Parteiveröffentlichungen nicht, daß sich die wesentlichen Produktionsmittel in Gemeineigentum befanden, argumentieren aber, daß die Sowjetunion staatskapitalistisch sei, weil sich die — damals als bürokratische Monopolbourgeoisie bezeichnete — sowjetische Bürokratie über persönliche Privilegien und andere krumme Wege die Profite aneignete.

Die in diesen Artikeln vertretenen Positionen waren nicht Ergebnis eigener Untersuchungen der sowjetischen Wirtschaft und Gesellschaft durch philippinische Revolutionäre, sondern basierten auf Informationen aus zweiter Hand von Parteien, mit denen wir ab 1963, als die große ideologische Auseinandersetzung tobte, verbündet gewesen waren.

Umgekehr wurde die CPP in Veröffentlichungen der KPdSU mit allen möglichen Etiketten belegt, weil sich die KPdSU bezüglich der Philippinen und der Kommunistischen Partei der Philippinen auf Informationen der Lava- Gruppe stützte.

Lassen Sie mich nun auf den Begriff „sozialimperialistisch" eingehen. In Veröffentlichungen des ZK der CPP wurde er in Bezug auf die Sowjetunion im Zusammenhang mit ihrem Vorgehen in der Tschechoslowakei 1968 und in Afghanistan 1979 verwendet. Die sog. Breschnew-Doktrin (1969) wurde kritisiert.

Man könnte einwenden, dieser Begriff sei eine unangemessene Etikettierung der Sowjetunion gewesen. Da man damals zu oft auf eine eingehende Analyse verzichtete, führte dies zu immer neuen derartigen Etikettierungen. Doch in erster Linie ging es um sowjetische Aktionen, über die sich die CPP eine Meinung gebildet hat. Die kommunistischen und Arbeiterparteien in den verschiedenen Ländern gelangten zu unterschiedlichen Einschätzungen. Sogar einige Parteien, die von der KPdSU als Bruderparteien betrachtet wurden, kritisierten das Vorgehen der Sowjetunion in der Tschechoslowakei und in Afghanistan.

Die CPP behält sich das Recht vor, zu grundlegenden Prinzipien und Fragen ihre Meinung offen zu äußern, und sie wird dies auch weiterhin innerhalb des von ihr als angemessen und notwendig erachteten Rahmens und auf der Basis der ihr zugänglichen Fakten und deren Analyse tun. Sie erkennt an, daß die kommunistischen und Arbeiterparteien einer aufgrund ihrer unterschiedlichen Bedingungen aber auch unterschiedlicher Meinung sein können. Darüber hinaus hat es sich die CPP zum Prinzip gemacht, kein Urteil über andere Parteien zu fällen, und deshalb spielt sie sich auch nicht als Richter über das Vorgehen der KPdSU auf.

Der Begriff „revisionistisch" wurde während der Chruschtschow-Ära zum ersten Mal auf die KPdSU angewandt. Daß die CPP die KPdSU heute nicht mehr als revisionistisch bezeichnet, bedeutet allerdings nicht, daß die CPP nunmehr die gesamte Politik Chruschtschows guthieße; selbst die KPdSU hat ihn in einigen Punkten kritisiert.

Sie sprechen ideologische Fragen an. Der beste Weg, eine Klärung herbeizuführen, sind bilaterale Diskussionen zwischen CPP und — in diesem Fall KPdSU, sofern diese sich einverstanden erklärt, über ideologische Fragen zu diskutieren. Soweit ich weiß, ist es Politik der CPP, Gemeinsamkeiten zu suchen, Konfliktpunkte zurückzustellen und eine Wiederherstellung oder Verbesserung der Beziehungen mit anderen Parteien anzustreben und mit allen Parteien Kontakte zu pflegen, die ihrerseits bilaterale Beziehungen mit ihr wünschen.

Wie sehen die Beziehungen der CPP zu den kommunistischen Parteien Südostasiens aus? Wie ist es um die Kontakte mit jenen Ländern bestellt, die im Verlauf eines langen Befreiungskampfes ihre Unabhängigkeit errungen haben — also Vietnam, Laos und Kampuchea?

Die CPP unterhält zur Mehrheit der kommunistischen Parteien in Südostasien ausgezeichnete Beziehungen. Ich spreche von den kommunistischen Parteien Indonesiens, Malaysias, Kalimantan Utaras, Thailands, Birmas.

Vor 1979 hatte die CPP auch ein gutes Verhältnis zu den kommunistischen Parteien von Vietnam und Laos. Anfang 1979 erschien ein Artikel im Zentralorgan *Ang Bayan* (Das Volk), in dem das vietnamesische Vorgehen in Kampuchea kritisiert wurde. Seitdem sind die Beziehungen, vor allem mit der vietnamesischen Partei, nicht mehr sehr gut. Doch die CPP bemüht sich, das Verhältnis zu den beiden genannten Parteien wieder zu verbessern.

Wie beurteilen Sie die Anwesenheit vietnamesischer Militärs in Kampuchea?

Die CPP kritisierte das von ihr als „vietnamesische Invasion" bezeichnete Eingreifen in Kampuchea, auch wenn sie gleichzeitig einräumte, daß einige schwere Fehler gemacht wurden, die dann zu dem Chaos in Kampuchea führten. Seit damals wünscht sich die CPP, daß sich die vietnamesischen Truppen aus Kampuchea zum beiderseitigen Vorteil der Völker Vietnams und Kampucheas und in Respektierung nationaler Souveränität und Integrität zurückzögen.

Heute tritt die CPP nachdrücklich für eine friedliche Lösung des Problems in Verhandlungen zwischen den vor allem am bewaffneten Konflikt unmittelbar beteiligten Parteien ein. Sie möchte nicht zu einer Verschärfung des Konflikts beitragen und damit dem US-Imperialismus unnötig Freude bereiten.

Die CPP ist an guten bilateralen Beziehungen zu allen Parteien Indochinas interessiert. Es gibt keinerlei direkten Konfliktstoff zwischen ihr und einer der Parteien, sehr wohl aber Möglichkeiten zur Verbesserung der Beziehungen.

Wie Sie wissen, waren es die revolutionären proletarischen Kader, die zunächst der alten Vereinigten Partei angehörten und später die CPP neu gründeten, welche die Massenorganisationen konsequent führten und den revolutionären Kampf des vietnamesischen Volkes und anderer Völker Indochinas in den sechziger und siebziger Jahren aktiv unterstützten. Unvergeßlich sind die Massenaktionen von Kabataang Makabayan (der Ende 1964 gegründeten Patriotischen Jugend, die heute eine Mitgliedsorganisation der NDF ist; R.W.) und der Bewegung für Demokratische Philippinen gegen die US-Aggression in Vietnam und dem übrigen Indochina.

Wir möchten, daß die vietnamesische Partei und das vietnamesische Volk und alle anderen Parteien und Völker Indochinas die Früchte ihrer harterkämpften Befreiung vom US-Imperialismus genießen, sich auf den Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft konzentrieren und ihren Lebensstandard erhöhen können. Sie selbst haben diese Ziele bekräftigt. Und wir unterstützen sie in ihren Bestreben, sie zu verwirklichen.

Und was ist mit dem sowjetischen Engagement in Afghanistan?

Anfangs hat die CPP auch die Sowjetunion wegen der Entsendung von Truppen nach Afghanistan und der Verletzung der afghanischen Souveränität und territorialen Integrität kritisiert, obwohl sie wußte, daß der US- Imperialismus und die Reaktionäre die fortschrittlichen Kräfte in Afghanistan und eine Flanke der Sowjetunion bedrohten.

Wie im Fall Kampucheas tritt die CPP heute nachdrücklich für eine friedliche Lösung des Problems zwischen den direkt beteiligten Parteien ein. Die CPP will den Konflikt nicht weiter schüren und den US- Imperialisten keinen Anlaß zur Häme verschaffen.

Sie ist mit Generalsekretär Gorbatschow der Meinung, daß sich die Sowjetunion auf den Aufbau ihrer Wirtschaft und eine Hebung des Lebensstandards ihrer Bevölkerung unter den Bedingungen eines friedlichen Zusammenlebens der Länder und Völker aller Welt konzentrieren muß.

Fortsetzung nächste Seite

Anzeige

südostasien
informationen



Heft Nr. 2/88

Gewerkschafts-bewegungen
- **Entstehungsbedingungen**
- **Gewerkschaften in Thailand**
- **Gewerkschaften in Singapur**
- **Gewerkschaften in Indonesien**
- **Gewerkschaften in den Philippinen**

und wie immer:

Nachrichten und Literaturhinweise, zusammengestellt aus zum Teil schwer zugänglichen Publikationen zur Gesamtregion und zu einzelnen Ländern: Indochina, Thailand, Malaysia, Singapur, Brunei, Indonesien/Osttimor, Philippinen.

Schwerpunkt des nächsten Hefts:
3/88 Medien

südostasien
informationen

erscheinen vierteljährlich
Einzelverkauf: 6,– DM
Jahresabonnement:
24,– DM für Einzelpersonen
48,– DM für Institutionen

Herausgeber und Vertrieb:
Südostasien-Informationsstelle
Josephinenstr. 71,
4630 Bochum,
Tel. (0234) 50 27 48

Fortsetzung von vorheriger Seite

Können Sie sich vorstellen, daß es zu engen Beziehungen zwischen der CPP und den kommunistischen Parteien Osteuropas kommt? Wenn ja, wie könnten diese Beziehungen aussehen?

Wenn Sie das in der Ausgabe von *Anq Bayan* vom 7. Juli 1987 veröffentlichte Interview lesen, das der Chefredakteur dieser Zeitung mit dem Vorsitzenden des ZK der CPP, Armando Liwanag, über die internationalen Beziehungen der CPP führte, werden Sie erkennen, daß die CPP entschlossen ist, brüderliche Beziehungen zu allen kommunistischen und Arbeiterparteien Osteuropas aufzubauen.

Meiner Meinung nach unternimmt das ZK der CPP gegenwärtig bereits erste Schritte zur Wiederherstellung bzw. Verbesserung von Beziehungen zu allen osteuropäischen Parteien. Das Vernünftigste ist hier, wie auch überall sonst auf der Welt, die Entwicklung einer Reihe bilateraler Beziehungen, ohne irgendeiner Partei, die zu einer der beiden Seiten freundschaftliche Beziehungen unterhält, zu nahe zu treten.

Allen kommunistischen und Arbeiterparteien ist die Theorie des Marxismus-Leninismus gemein. Aber alle haben das Recht, diese Theorie nach bestem Wissen im Hinblick auf die Situation ihres jeweiligen Landes zu konkretisieren. Aufgrund der unterschiedlichen Bedingungen können die Parteien keinen einheitlichen Weg beim Ausführen der historischen Mission des Proletariats beschreiten und auf internationale Bedingungen und Ereignisse nicht gleich reagieren.

Brüderliche Beziehungen zwischen Parteien sind untrennbar mit dem Prinzip des proletarischen Internationalismus verbunden. Aber Beziehungen auf anderen Ebenen, etwa zwischen Staaten und Völkern, die ebenfalls unter proletarischen Internationalismus fallen, sind als verschiedene Ebenen zu betrachten, die es mit den Beziehungen zwischen Parteien angemessen zu koordinieren gilt. Die richtige Koordination und Integration dieser drei Ebenen verlangt die der jeweiligen Situation entsprechenden Methoden und Vorgehensweisen.

Zwar gibt es das übergeordnete Prinzip des proletarischen Internationalismus, doch müssen die Beziehungen zwischen den einzelnen kommunistischen und Arbeiterparteien dem Grundsatz der Unabhängigkeit, Gleichheit, gegenseitigen Unterstützung und Kooperation entsprechen.

Unabhängigkeit bedeutet, daß eine Partei in Übereinstimmung mit den konkreten Bedingungen in ihrem Land und den souveränen Rechten und Interessen des Volkes ihre politische Linie entwickelt, eigene Entscheidungen trifft und Aktionen unternimmt und daß sie die internationale Situation selbst beurteilt. Es kann da keinerlei Vorschriften oder Einmischung seitens ausländischer Parteien geben.

Gleichheit heißt, daß alle kommunistischen und Arbeiterparteien den gleichen Status, die gleichen Rechte und die gleichen Pflichten haben. Es gibt keine übergeordneten und untergeordneten Parteien, auch wenn unterschiedlich gro bzw. alte und neuere Parteien existieren und solche, die an der Macht sind bzw. diese noch nicht errungen haben.

Gegenseitige Unterstützung und Zusammenarbeit sind unerläßlich. Eine Partei, die wie die CPP noch einen Kampf auf Leben und Tod für nationale Befreiung und Demokratie führt, ist u. U. nicht in der Lage, die wie auch immer geartete Hilfe, die Bruderparteien zu gewähren imstande sind, umgehend mit Waren oder Geld zurückzuzahlen. Aber zweifellos bedeutet der revolutionäre Kampf des philippinischen Volkes unter der Führung der CPP eine Unterstützung für die revolutionären Kämpfe anderer Parteien und Völker. Unsere Siege sind ihre Siege, wie auch ihre die unseren sind.

Mehrere kommunistische Parteien in Osteuropa unterhalten schon eine ganze Weile Beziehungen zur Lava-Gruppe. (1) Verlangt die CPP von solchen Parteien, ihre Verbindung zu dieser Gruppe abzubrechen?

Ich glaube nicht, daß die CPP von solchen Parteien den Abbruch der Beziehungen zur Lava-Gruppe verlangt. Aber ebenso wenig will sie gedrängt werden, sich mit dieser kleinen Gruppe von Pseüdokommunisten zusammenzuschließen oder sie in sich aufzunehmen.

Die osteuropäischen Parteien haben mittlerweile auch anderen Zugang zu Informationen über die Philippinen und können diese mit den Falschinformationen vergleichen, die die Lava-Gruppe verbreitet. In zunehmendem Maße erkennen sie die Verdienste der erfolgreichen revolutionären Praxis der CPP gegen US-Imperialismus und einheimische Reaktion. Die CPP ist deshalb zuversichtlich, daß die Beziehungen einiger osteuropäischer Parteien zur Lava-Gruppe nur vorübergehender Natur sind.

Die Lava-Gruppe kapitulierte vor Marcos und stellte ihn bis zu seinem Sturz im Jahr 1986 fälschlicherweise als Vertreter der aufstrebenden nationalen Bourgeoisie und Förderer von nationaler Unabhängigkeit, Industrialisierung und Landreform dar.

Die Lava-Gruppe unterstützte nicht nur Marcos, sondern im Endeffekt auch den US-Imperialismus, weil sie ja die von den USA diktierten, von Marcos übernommenen und ausgeführten Richtlinien der Politik, Pläne und Intrigen billigte. Es war irrig von dieser Gruppe anzunehmen, sie könnte einen Keil zwischen Marcos und die Vereinigten Staaten treiben, und ein Fehler, der CPP — trotz der Tatsache, daß ihr Kampf sich konsequent und ausdrücklich gegen das faschistische US-Marcos-System richtete — vorzuwerfen, sie vertrete eine reine Anti-Marcos-Linie (was völlig unmöglich war).

Heute versucht die Lava-Gruppe, sich dem US-Aquino-Regime anzubiedern, obwohl dieses Regime nach der Pfeife der USA tanzt, und die CPP konsequent und militant seine Marionettencharakter, seine Brutalität, Korruptheit und Verlogenheit entlarvt und bekämpft.

Die CPP ist zuversichtlich, daß sich — sofern sie die Chance erhält, über die revolutionären Kräfte und das philippinische Volk zu informieren — engere und festere Beziehungen auf zwischenparteilicher wie auch auf anderen Ebenen internationaler Beziehungen zwischen ihr und den Parteien Osteuropas entwickeln können.

Sowohl China als auch die Sowjetunion unterhalten gute Beziehungen zum philippinischen Staat wie auch zu der südostasiatischen Staatengemeinschaft ASEAN. Warum pflegen sie freundschaftliche Beziehungen zu Ihren Feinden? Ist dies mit dem proletarischen Internationalismus vereinbar?

Meiner Meinung nach haben China und die Sowjetunion durchaus das Recht, diplomatische Beziehungen zu den Philippinen und gute Beziehungen zur ASEAN zu unterhalten. Beziehungen zwischen Staaten mit unterschiedlicher Ideologie und unterschiedlichen Gesellschaftssystemen stehen in Einklang mit der Politik der friedlichen Koexistenz. Friedliche Koexistenz und proletarischer Internationalismus sind aufs engste miteinander verknüpft.

Sozialistische Staaten profitieren von normalen diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit anderen Staaten auf vielfältige Art und Weise. Sie können damit ein friedliches Miteinander zwischen Staaten sicherstellen, daraus gewisse Vorteile für den sozialistischen Aufbau ziehen und von ausländischen Mächten beherrschte Staaten zur Unabhängigkeit ermuntern. Im Fall der Philippinen müssen die sozialistischen Staaten allerdings darauf achten, daß sie nicht den reaktionären Staat bei seinen Angriffen auf die revolutionäre Bewegung unterstützen. Ansonsten würde sie die Prinzipien des proletarischen Internationalismus verletzen.

Es ist im wesentlichen Aufgabe der philippinischen revolutionären Kräfte, die politischen Machtorgane aufzubauen und dafür zu sorgen, daß die Revolutionäre Volksregierung international anerkannt wird. Ohne Frage wird die Zeit kommen, da die sozialistischen Länder die Revolutionäre Volksregierung anerkennen und mit ihr diplomatische und Handelsbeziehungen unterhalten werden. Die revolutionären Kräfte schaffen bereits die Basis dafür.

Nach dem Sieg der neuen demokratischen Revolution wird zweifellos die Revolutionäre Volksregierung gemäß den Bestimmungen des Völkerrechts in der Staatengemeinschaft an die Stelle der reaktionären Regierung treten. Die Revolutionäre stehen der heutigen ASEAN kritisch und den Gefahren, die der philippinischen Revolution von einigen ASEAN-Mitgliedsstaaten drohen, wachsam gegenüber. In der Zukunft wird die Revolutionäre Volksregierung allerdings erwägen, den Platz der Philippinen in der ASEAN oder in einem größeren Zusammenschluß südostasiatischer — einschließlich indonesischer und anderer — Staaten einzunehmen.

Japan kooperiert bei der Ausbeutung der Philippinen eng mit den USA. Warum verurteilen Sie dieses Land nicht in demselben Maß wie die Vereinigten Staaten?

Sie haben recht mit Ihrer Feststellung, daß Japan bei der Ausbeutung der Philippinen eng mit den USA zusammenarbeitet. Aber sicher sind Sie auch mit mir darin einig, daß in bezug auf die Philippinen doch Unterschiede zwischen Japan und den USA bestehen. Allgemein kann man sagen, daß die Ausbeutung des philippinischen Volkes durch die USA intensiver ist.

Die Vereinigten Staaten sind noch immer die ausländische Macht Nr. 1, die die philippinische Wirtschaft beherrscht und bestimmt. Und Japan konnte im wesentlichen nur mit US-Unterstützung und Billigung auf den Philippinen Fuß fassen. In einer ganzen Reihe von Bereichen hat Japan inzwischen sogar bestimmenden Einfluß in den Philippinen. Deshalb stehen die philippinischen Revolutionäre Japan selbst und seiner Partnerschaft mit den USA kritisch und wachsam gegenüber.

In ihrem kurzsichtigen Pragmatismus ermuntern die USA Japan unter dem Vorwand, die Sicherheit der Region zu gewährleisten, zur Aufrüstung und verstärkten Militärausgaben. In Japan wird innerhalb der Bourgeoisie der Gedanke propagiert, das Land müsse in der Lage sein, Investitionen und Handel in Übersee selbst zu schützen und zu verteidigen.

Gegenwärtig sind es jedoch noch die Vereinigten Staaten, die mit ihren Militärstützpunkten die Souveränität und territoriale Integrität der Philippinen verletzen und sogar das Überleben der philippinischen Bevölkerung gefährden. Sie sind es, die dem philippinischen Volk mit Aggression drohen.

Auf längere Sicht wäre es für Japan und andere kapitalistische Länder vorteilhafter, von einer Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten bei deren Intervention und Aggression gegen die Philippinen Abstand zu nehmen. Die Revolutionäre Volksregierung wird eher bereit sein, diplomatische und Handelsbeziehungen mit ausländischen Gremien und Organisationen aufzunehmen, die den nationalen und demokratischen Interessen des philippinischen Volkes nicht schaden. Schon jetzt können die revolutionären Kräfte Sanktionen gegen ausländische Unternehmen verhängen, die die Gesetze der bereits errichteten politischen Machtorgane nicht respektieren.

Was bewegt die CPP, engere Beziehungen zu anderen kommunistischen Parteien zu suchen, und die NDF, ihre internationalen Beziehungen auszuweiten?

Die philippinischen revolutionären Kräfte einschließlich CPP und NDF sind heute so stark, daß sie mehr Leute zur Entwicklung internationaler Beziehungen einsetzen können. Daß diese Kräfte in der Vergangenheit nur mit einigen wenigen Pendants Kontakte knüpfen konnten, lag schlicht und einfach daran, daß nicht genügend Leute für die Arbeit auf internationaler Ebene vorhanden waren.

Auch die Hindernisse, die aus der großen Ideologiedebatte Anfang der sechziger Jahre resultierten, sind weggeräumt. Die Beseitigung dieser subjektiven Zwänge ergänzt sich mit der Tatsache, daß heute mehr Leute für die Arbeit auf internationaler Ebene zur Verfügung stehen.

In dem Maße, wie die revolutionäre Bewegung an Stärke gewinnt, eskalieren die Vereinigten Staaten und die einheimische Reaktion ihre Angriffe auf sie und das Volk. Sähen sich die revolutionären Kräfte nur der einheimischen Reaktion gegenüber, könnten sie diese in kurzer Zeit besiegen.

Doch der US-Imperialismus greift verstärkt zu militärischen und anderen Formen der Intervention und droht, nach dem Scheitern seiner LIC-Strategie (2) und anderer Taktiken eines Tages einen Aggressionskrieg zu beginnen, der Erinnerungen an den Vietnamkrieg wachrufen wird. Wenn sich die Phase der strategischen Verteidigung ihrem Ende nähert und allmählich in das Stadium des strategischen Gleichgewichts im revolutionären Volkskrieg übergeht, werden die USA wahrscheinlich noch härter reagieren.

Deshalb ist es dringend notwendig, daß die revolutionären Kräfte die breitestmögliche internationale Unterstützung gewinnen, um die eigenständigen Anstrengungen zur Abwehr der gegenwärtigen und zukünftigen US-Intervention und Aggression zu verstärken.

Die CPP muß enge Beziehungen zu kommunistischen und Arbeiterparteien sowie allen anderen antiimperialistischen Kräften im Ausland herstellen. Es wäre sehr traurig, wenn die CPP es versäumte, Beziehungen zu Parteien zu entwickeln, die sowohl Kommunisten als auch Nichtkommunisten in nationalen Befreiungsbewegungen moralische und materielle Unterstützung zukommen lassen.

Die NDF ist ebenfalls bemüht, die internationalen Beziehungen auszuweiten, mit dem gleichen übergeordneten Ziel, moralische und materielle Unterstützung für die revolutionäre Bewegung zu erhalten und die breiteste und stärkste Einheit aller Kräfte gegen Imperialismus und Reaktion herzustellen.

Was werden voraussichtlich die kurzfristigen bzw. langfristigen Früchte der internationalen Arbeit der verschiedenen revolutionären Kräfte sein?

Sehen Sie, die internationale Arbeit spielt sich auf mehreren Ebenen ab, nämlich auf der Ebene von Parteien, Völkern und Staaten.

Beim Aufbau, bei der Wiederherstellung oder Verbesserung von Beziehungen zu anderen kommunistischen und Arbeiterparteien arbeitet die CPP Abkommen gegenseitiger Unterstützung und Zusammenarbeit mit ihnen aus. Gute zwischenparteiliche Beziehungen können solche auf der Ebene von Völkern oder Staaten erleichtern. Und die beiden letztgenannten Arten von Beziehungen können ihrerseits zwischenparteiliche und förderliche Beziehungen sein.

Mit der Zahl der Parteien, zu denen die CPP brüderliche Beziehungen unterhält, wächst auch die politische und materielle Unterstützung, die sie erhalten kann, selbst wenn die Bereitschaft oder die Möglichkeiten dieser Parteien zu helfen unterschiedlich groß sind. Einige von ihnen sind an der Macht, andere nicht. Einige sind groß, andere klein. Einige helfen gern, andere weniger gern.

Beziehungen zwischen den Völkern können direkt von der Nationalen Demokratischen Front und ihren Mitgliedsorganisationen bzw. anderen Massenorganisationen aufgebaut werden. Durch direkte Appelle an und Kampagnen unter Massenorganisationen und Völkern im Ausland ist große politische und materielle Unterstützung mobilisierbar.

Beziehungen auf Länderebene werden derzeit von der NDF durch Kontaktaufnahmen zu Regierungen, nationalen Befreiungsbewegungen, Einheitsfrontorganisationen und entsprechenden Regierungsstellen, die zu einer Zusammenarbeit bereit sind, entwickelt. Die NDF ebnet den Weg für die Anerkennung der Revolutionären Volksregierung durch andere Regierungen und internationale Institutionen und Organisationen.

Je breiter die politische Unterstützung ist, die die gesamte philippinische revolutionäre Bewegung erhält, desto konkretere Mittel bekommt sie an die Hand, um selbst einen totalen US-Aggressionskrieg, in dem Regimenter mit starker Panzer- und Luftunterstützung zum Einsatz gelangen, abzuwehren.

Mit jedem Sieg, den die revolutionären Kräfte erringen, können sie sich für die moralische und materielle Unterstützung, die sie vom Ausland erhalten, revanchieren. Denn schon die Tatsache, daß dem US-Imperialismus und seinen Lakaien schwere Schläge beigebracht werden, bedeutet auch für alle für nationale Unabhängigkeit, Sozialismus und Weltfrieden eintretenden Kräfte im Ausland eine Stärkung.

Wird sich vermehrte ausländische Unterstützung für die Partei und die revolutionäre Bewegung nicht negativ auf deren Eigenständigkeit auswirken?

Nein, wenn eine solche Unterstützung aus dem Ausland gebraucht wird, in entsprechender Menge und Qualität erfolgt und die Militanz der revolutionären Bewegung erhöht. Hilfe aus dem Ausland kann auf der Basis dessen empfangen werden, was eine vereinigte und unabhängige revolutionäre Partei für die Steigerung ihrer eigenen Schlagkraft als notwendig erachtet. Unterstützung aus dem Ausland kann folglich nur die eigenen Anstrengungen der revolutionären Bewegung und des Volkes flankieren. Jedwede ausländische Hilfe sollte in diesem Sinne die Eigenständigkeit fördern.

Anmerkungen

1) 1930 war die alte PKP gegründet worden. Seit den frühen 40er Jahren bis Mitte der 60er Jahre gehörten die drei Lava-Brüder zur Führungsgruppe der alten Partei. Als Kritikbewegung gegen ihren Kurs erfolgte im Dezember 1968 die Neugründung als CPP. Die Lava-Gruppe war aufgrund ihres Pendelns zwischen exklusiv parlamentarischem Engagement und schnellen militärischen Siegen zunehmend politisch bedeutungslos geworden.

2) LIC-Strategie = Low Intensity Conflict Strategie. Neue Variante der Counterinsurgency unter Vermeidung eines direkten Eingreifens größerer US-Kontingente und Übertragung der damit verbundenen Funktionen und Aufgaben an die militärischen sowie paramilitärischen Verbände der jeweiligen Klientel-Staaten.

Anzeige



Herausgeber und Bezugsadresse:

Philippinen-Koordination Hamburg
c/o Werkstatt 3
Nernstweg 32-34
2000 Hamburg 50

Die Broschüre kostet 5,- DM plus Porto

Anzeige

Zeitschrift der Linken.

MOZ

ALTERNATIVE ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

Auszug aus dem Septembermenü:

Österreich: Ehe in die Verfassung?

Interview mit Eduardo Galeano: „Erinnerungen an das Feuer"

Vietnam - Kampuchea: Ende des Trauerspiels?

Öl für Botha - Shell in Südafrika

Linzer Klangwolke: Ars Electronica

Weltbanktagung in Berlin: Krieg der Zinsen

Jeden Monat NEU am Kiosk oder mit dem

SCHNUPPER-ABO

COUPON: Nach Erhalt dieses Coupons und öS 70,- (DM 10,-, sFr. 10,-) schicken wir Ihnen die jüngste Ausgabe der MOZ und die folgenden 2 Nummern. Wollen Sie die MOZ danach regelmäßig für mindestens 1 Jahr weiterbeziehen, brauchen Sie nichts weiter dazu tun. Die MOZ wird sich sodann monatlich (Juli-August Doppelnummer) in Ihrem Briefkasten einfinden. Sie erhalten dann eine Rechnung über öS 320,- (DM 50,-, sFr. 50,-, Auslands-Abos öS 350,- incl. Versand und MWST.) StudentInnen und Studenten: -30%.
Falls Sie aus finanziellen (oder anderen) Gründen nicht bereit sind die MOZ zu abonnieren, genügt eine Karte an uns nach Erhalt des 2. Heftes mit einem diesbezüglichen Hinweis. Sie erhalten danach nur noch eine Ausgabe.

NAME, VORNAME

STR.

PLZ., ORT

DATUM, UNTERSCHRIFT

„Selbstverständlich kann ich meine Bestellung innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen und bestätige dies durch meine Unterschrift."

UNTERSCHRIFT! (WICHTIG)

BITTE IN BLOCKBUCHSTABEN SCHREIBEN!
Coupon und Geldschein(e) bitte an:

GRÜN-ALTERNATIV VERLAG
MOZ
NEULERCHENFELDERSTR. 12

Über die Unmöglichkeit des „sauberen Krieges“

Eine Betrachtung der politischen und moralischen Probleme des irischen Befreiungskriegs



Demo der „Troupsout“-Bewegung in London, Juli 1988

Seit November letzten Jahres hat die militärische Kampagne der IRA 17 nordirische Zivilisten das Leben gekostet. Es ist nun mittlerweile gute zehn Jahre her, daß die Kriegsführung der republikanischen Guerilla in einem derart kurzen Zeitraum eine derart hohe Zahl von zivilen Opfern kostete. Die letzten Toten bringen die Zahl der Zivilisten, die seit 1969 von der IRA getötet wurden, auf 310. Weitere 263 Zivilisten wurden Opfer von Aktionen anderer republikanischer Organisationen. Für die restlichen 912 der insgesamt 1.485 Zivilisten, die seit 1969 im Zusammenhang mit dem Konflikt getötet wurden, zeichnen die offiziellen „Sicherheitskräfte“ (britische Armee, Royal Ulster Constabulary/RUC = Polizei und Ulster Defence Regiment/UDR = eine nordirische, zu über 95% protestantische/loyalistische Einheit der britischen Armee) wie die protestantischen/loyalistischen Paramilitärs (Ulster Defence Association/UDA und Ulster Volunteer Force/UVF) verantwortlich.

Unter den 310 von der IRA getöteten Zivilisten befinden sich nicht nur am Konflikt unbeteiligte Opfer von IRA-Bombenanschlägen, Identifikationsverwechselungen etc., sondern auch sogenannte Informanten, Firmeninhaber, die in irgendeiner Weise die „Sicherheitskräfte“ unterstützen etc. (die Daten sind einer Studie der „Irish Information Partnership“ entnommen).

Die Ereignisse der letzten Monate verleiten offensichtlich zu wüstesten Spekulationen, die allesamt gemein haben, daß sie fern der Wahrheit liegen und bereits mit einem simplen Verweis auf statistisches Material widerlegbar sind. Den Vogel schoß diesbezüglich tragischerweise ausgerechnet der Irland-Korrespondent der „TAZ“ ab, dessen Berichterstattung sich in der Vergangenheit oftmals wohltuend von dem klischeehaften und der britischen Schreibe folgenden Irland-Journalismus anderer bundesdeutscher Blätter abgehoben hatte (siehe „TAZ“ v. 25.7.88).

Die wesentlichen Aussagen der „TAZ“: Die IRA sei auf „soft targets“ (d.h. „weiche Ziele“, also Zivilisten) ausgewichen, da die „Sicherheitskräfte“ über detaillierteste Erkenntnisse über die republikanische Guerilla verfüge, somit diese zu Angriffen gegen Armee und Polizei nicht länger in der Lage sei. (1) Desweiteren habe die IRA ihre militärische Kampagne intensiviert, da ansonsten die Gespräche ihres politischen Flügels, Sinn Fein, mit der Social Democratic and Labour Party (SDLP) demotivierende

Gespräche ihres politischen Flügels, Sinn Fein, mit der Social Democratic and Labour Party (SDLP) demotivierende

Folgen für ihre Basis zeitigen würde. Tatsache ist, daß im Zeitraum Januar 1988 bis Ende Juli/Anfang August 1988 seitens der IRA mehr Angriffe auf militärische (= harte) Ziele erfolgten, als im gesamten Jahr 1987 und in den gleichen Zeiträumen der Jahre 1980 bis 1987. Die nordirischen und britischen Medien sind sich darin einig, daß Nordirland z.Zt. die größte Offensive der IRA gegen Armee und Polizei seit 1979 erlebt. Die britische Armee hat in diesem Jahr nicht nur ihren 400sten Soldaten seit 1969 in Nordirland verloren (die Verluste von RUC und UDR sind zusammengenommen noch etwas höher, sondern auch bereits die fünffache Zahl an Soldaten wie 1987 verloren (inklusive der Attacken auf britische Soldaten in England und auf dem Kontinent). Das UDR hat bislang in diesem Jahr den Tod von zehn Mitgliedern zu beklagen (im gesamten Jahr 1987 betrug diese Zahl acht).

Das Spektrum der Operationen gestaltete sich äußerst vielfältig, war keineswegs, wie Stoscheck suggeriert, auf weiche und weichere (etwa UDR-Soldaten außerhalb der Dienstverrichtung) Ziele reduziert: Mörser- und Bombenattacken auf die Festungen der Armee und Polizei, der Abschuß eines Armee-Helikopters, Handgranaten gegen Armee- und Polizeifahrzeuge, Schüsse auf Fußpatrouillen der „Sicherheitskräfte“, Landminen, Angriffe auf die Basen und das Personal der britischen Armee auf dem Kontinent wie in England etc. Wie dies alles möglich war, wenn der britische Geheimdienst über „detaillierte Erkenntnisse“ über die IRA-Planungen verfügt, bleibt bei unserem „Militärfachmann“ ungeklärt.

Allerdings hat die Behauptung eine Vorgeschichte: 1987 wurden in East Tyrone acht Mitglieder der IRA von der britischen Sondereinheit SAS bei dem Versuch, eine Polizeikaserne in die Luft zu sprengen, erschossen. Seinerzeit wurde gemunkelt, die britische Armee verfüge über einen Maulwurf innerhalb der IRA. Später gestanden höhere britische Militärs allerdings ein, die Aktion wäre eher ein „Zufallstreffer“ gewesen. Aufgrund der zahlreichen IRA-Angriffe auf Polizeistationen in dieser Gegend hatte die britische Armee in nahezu jeder Kaserne SAS-Personal stationiert. Die IRA ist — kaum ein Jahr nach diesem Rückschlag — in East Tyrone wieder „back in the business“. Der signifikante Anstieg der IRA-Aktionen im Juni/Juli/August 1988 ging insbesondere auf die Geschäftigkeit der East Tyrone-Brigade der Organisation zurück.

Daß die hohe Zahl der toten Zivilisten in einem Zusammenhang mit den Sinn Fein-SDLP-Gesprächen steht, ist allein schon deshalb fragwürdig, weil 12 der 17 Zivilisten getötet wurden, noch bevor die Gespräche stattfanden. Abgesehen davon, ergibt die „TAZ“-These nur dann einen Sinn, wenn man die IRA-Mitglieder als „mindless terrorists“ betrachtet, unpolitische Kriminelle und Gewalttäter, die nichts mehr fürchten als die politische Diskussion und eine politische Lösung. Diese Auffassung wird jedoch nicht nur von John Hume, dem Vorsitzenden der SDLP, sondern selbst seitens klügerer Köpfe innerhalb der britischen Armeeführung, betrachtet man deren Studien, bestritten.

Nimmt die IRA zivile Opfer billigend in Kauf?

Nimmt die IRA zivile Opfer billigend in Kauf?

Ed Moloney, der Belfaster „Sunday Tribune“-Korrespondent, konstatiert eine Korrelation zwischen der Quantität von IRA-Operationen und der Zahl der zivilen Opfer im nordirischen Krieg. Dies sei schon in der ersten Hälfte der 70er Jahre zu beobachten gewesen, als sich die militärische Kampagne der IRA auf einem Höhepunkt befand. Die Feststellung Moloneys sagt allerdings noch nichts darüber aus, ob die IRA zivile Opfer billigend in Kauf nimmt oder nicht. Sie liefert allerdings einen Hinweis darauf, daß es unter den spezifischen Bedingungen Nordirlands sehr schwierig ist, einen „sauberen“ Guerillakrieg zu führen, und von daher mit jeder Intensivierung einer militärischen Kampagne das Risiko für Zivilisten steigt. Diese spezifischen Bedingungen sind dadurch gekennzeichnet, daß die IRA innerhalb eines vom britischen Kontrahenten militärisch besetzten Raumes zu operieren hat, daß es sich bei den Zentren der Auseinandersetzung nicht zuletzt um urbane Gebiete mit dichter Infrastruktur und dicht besiedelten Wohngebieten handelt, die relative Enge des nordirischen Territoriums etc. Bezeichnenderweise hat es seit dem Beginn des Krieges im ländlichen South Armagh, einem Schwerpunkt von IRA-Aktivitäten und von den Briten „Banditenland“ genannt, kaum zivile Opfer gegeben. Hier war die IRA in der Lage, einen nahezu völlig sauberen Guerillakrieg zu führen, und traf geographisch auf die Bedingungen, wie sie Guerillaarmeen in der Dritten Welt vorfinden.

Anders gestaltet sich die Statistik für Städte wie Belfast, Strabane, Newry, Enniskillen etc. Armee und Polizei errichten ihre Basen mit Vorliebe inmitten von Wohngebieten, um so das politische Risiko, das für die IRA mit Angriffen verbunden ist, zu erhöhen. Aufgrund der Gefahr ziviler Opfer fordert die IRA immer wieder dazu auf, Einrichtungen der „Sicherheitskräfte“, Patrouillen etc. fern zu bleiben. Im Zusammenhang mit der „Internationalisierung“ ihrer Kriegsführung (s.u.) wurde der Geltungsbereich dieser Aufforderung mittlerweile auch auf Einrichtungen der Armee in England und anderen europäischen Stationierungsländern ausgeweitet. Dazu gesellt sich noch die Bürgerkriegskomponente des anglo-irischen Konfliktes, d.h. die innernordirische Auseinandersetzung zwischen Republikanismus und Loyalismus.

In den 70er Jahren waren viele der IRA-Eigentore dem schlichten Umstand geschuldet, daß die reorganisierte und an der Basis von sehr jungen und relativ unerfahrenen Leuten dominierte Guerilla erst eine Kriegsführung erlernen mußte, für die kein brauchbares, kopierbares historisches Beispiel existierte. Dennoch zeigte sich die IRA auch schon damals darum bemüht, zivile Opfer weitestgehend zu vermeiden. So berichten die Journalisten Bishop/Mallie in ihrem Buch „The Provisional IRA“ (London 1987; die Autoren sind im übrigen alles andere als IRA-Sympathisanten), daß Martin McGuiness, der damalige IRA-Führer von Derry und heutige Sinn Fein-Vizepräsident, seine Leute angewiesen habe, jede Bombenmission abzubrechen, wenn sich auch nur die geringste Gefahr für unbeteiligte Zivilisten ergeben sollte und das Stadtzentrum samt dem Sprengstoff durch die Sperren der Armee und Polizei zu verlassen, auch auf die Gefahr hin, dabei festgenommen zu werden und für Jah-

das Stadtzentrum samt dem Sprengstoff durch die Sperren der Armee und Polizei zu verlassen, auch auf die Gefahr hin, dabei festgenommen zu werden und für Jah-

re ins Gefängnis zu wandern. McGuiness, dessen militärische Fähigkeiten britischen Offizieren höchsten Respekt abnötigte, gelang es mit seinen Leute, das Stadtzentrum von Derry wie nach einem Luftangriff aussehen zu lassen und zugleich zivile Opfer weitgehend zu vermeiden.

In anderen Städten war die IRA diesbezüglich allerdings weniger erfolgreich, weshalb Ende der 70er Jahre die Angriffe auf ökonomische Ziele deutlich reduziert wurden und die Autobombe vorübergehend aus dem Verkehr gezogen wurde. Auf die Autobombe wurde erst vor einigen Jahren wieder zurückgegriffen, wobei die seither gezündeten Bomben dieser Art und ihre Folgen darauf schließen lassen, daß die IRA heute erheblich „sauberer“ mit dieser Technik hantieren kann.

Repräsentanten Sinn Feins (wie Gerry Adams), aber auch der IRA (wie etwa Mairead Farrell, die von dem SAS in Gibraltar ermordet wurde) haben in den letzten Jahren immer wieder betont, daß sie keine militärischen Operationen rechtfertigen würden, bei denen Zivilisten ums Leben kämen. Andererseits widersprach Gerry Adams der Illusion, es existiere die Möglichkeit einer „völlig sauberen“ Kriegsführung.

Eigentore und ihre Hintergründe

Die Hintergründe der einzelnen IRA-Eigentore der letzten Monate sind z.T. höchst unterschiedlicher Art und verbieten allein schon deshalb derartig wüste Deutungen, wie die „TAZ“ sie formuliert. Nicht bei einem einzigen der Eigentore läßt sich ein Zusammenhang mit „detaillierten Erkenntnisse“ des britischen Geheimdienstes, dem Sinn Fein/SDLP-Dialog etc. ausmachen.

— Im November 1987 wurden in Enniskillen elf protestantische Zivilisten getötet, nachdem eine IRA-Bombe, die eigentlich für eine Armeepatrouille vorgesehen war, vorzeitig explodierte. Die IRA behauptete später, sie habe zwar die Bombe deponiert, indessen nicht gezündet. Bezüglich ihrer Explosion wurde der britischen Armee die Verantwortung zugewiesen. Diese Behauptung wurde später von einer Reihe von „Bombenexperten“, die z.T. früher für die britische Armee gearbeitet hatten, bestätigt. Auch die „TAZ“ schenkte der IRA-Version nachträglich Glauben. In technischer Hinsicht bestanden die von der IRA gezogenen Konsequenzen darin, die Zündmechanismen ihrer Bomben besser zu sichern.

Die IRA übernahm dennoch die volle politische Verantwortung und erklärte, es wäre bereits ein Fehler gewesen, eine Bombe an diesem Ort zu plazieren, da das Risiko für Zivilisten in jedem Falle zu hoch gewesen wäre.

— Im Juni 1988 wurde ein 14jähriges Mädchen schwer verwundet, als eine Bombe in ihrem Schulbus explodierte, die für den Fahrer des Busses — einem Mitglied des UDR — gedacht war. Die IRA gestand anschließend ein, daß es sich hierbei um eine unsaubere Operation gehandelt hätte, zumal andere, Zivilisten weniger gefährdende Möglichkeiten bestanden, das anvisierte Ziel zu treffen. Diese hätten allerdings das Risiko für die beteiligten IRA-Mitglieder erhöht (hier-

standen, das anvisierte Ziel zu treffen. Diese hätten allerdings das Risiko für die beteiligten IRA-Mitglieder erhöht (hier-

auf wurde in einem Leserbrief in der Sinn Fein-Zeitung „AnPhoblacht/Republican News“ hingewiesen; der Leser äußerte desweiteren, daß IRA-Mitglieder ihr persönliches Risiko nicht auf Kosten von Zivilisten verringern dürften. Er befindet sich mit diesem Verlangen in Übereinstimmung mit dem offiziellen IRA-Ethos, wie er — s.o. — von McGuinness seinerzeit auch deutlich praktiziert wurde).

Während bei diesen beiden fehlgeschlagenen Operationen ganz offensichtlich ein politisches Defizit im Kopfe der Ausführenden vorlag, gestaltete sich der Hintergrund der folgenden beiden Eigentore gänzlich anders:

— Anfang Juli wurden in West Belfast zwei Katholische Zivilisten vor dem Falls-Bad getötet, als ein IRA-Mitglied durch eine ungeschickte Handbewegung die vorzeitige Explosion einer Bombe auslöste, die eigentlich einem „harten Ziel“, einer Armeepatrouille, galt, die in einer nur wenige Meter vom Tatort entfernt gelegenen Baracke untergebracht war. Um Zivilisten nicht zu gefährden, hatte die IRA das Schwimmbad zuvor evakuiert. Eine derartige Operation hat die IRA in der Vergangenheit in West Belfast, Derry und anderswo wiederholt durchgeführt, ohne daß dabei Zivilisten zu Schaden kamen. Was sich im Juli am Falls-Bad ereignete, erinnert an den berühmten Lokführer, der seit über 20 Jahren zuverlässig die gleiche Strecke fährt, um dann plötzlich — allerdings gleich mit verheerenden Folgen — ein Signal zu übersehen. Gemeinhin wird so etwas als „menschliches Versagen“ qualifiziert.

— Ähnlich verhielt es sich auch mit der Bombe vor den Toren Newrys, die Ende Juli 1988 eine dreiköpfige Familie aus Hillsborough tötete. Der IRA war es gelungen, an der am stärksten kontrollierten Straße Nordirlands eine Bombe zu deponieren. 15 Monate zuvor war von der IRA an der gleichen Stelle und in der gleichen Weise der zweithöchste nordirische Richter, Lord Justice Gibson, getötet worden. Die „Sicherheitskräfte“ reagierten seinerzeit, indem sie ein 3 km langes Stück der Dublin-Newry-Road zur „Control Zone“ erklärten (was bedeutet, daß hier der Autofahrer nicht anhalten und aussteigen darf), einen permanenten Kontrollpunkt und neue Beobachtungstürme auf den umliegenden Bergen errichteten sowie die Fußpatrouillen auf der Straße verstärkten. Daß es der IRA dennoch gelang, hier erneut aktiv zu werden, bereitet den „Sicherheitskräften“ nun heftiges Kopfzerbrechen. Dieses mal galt die Bombe einem nordirischen Richter mit Namen Higgins. Ungeklärt ist noch, wie die IRA von dem Zeitpunkt, zu dem Higgins die Route fuhr, erfahren konnte. Die gängigste Vermutung (wie schon seinerzeit im Fall Gibson) lautet, daß entweder im südirischen oder im nordirischen Sicherheitsapparat ein Leck existiert. Die IRA wurde dadurch irritiert, daß die südirische Polizei zeitweise auf dem Weg bis zur Grenze den Wagen der Hanna-Familie begleitete, die mit dem gleichen Flugzeug wie Higgins in Dublin gelandet war. Auch bei diesem Eigentor handelte es sich um eine im Prinzip gut vorbereitete Operation, wie sie in der Vergangenheit der IRA Reputation eingebracht hatte.

Sinn Fein und die IRA liegen somit gar nicht so falsch, wenn sie ein verhängnisvolles Zusammentreffen von politischen Fehlern und Pech konstatieren. Oder, wie es Sinn Fein-Pressesprecher Danny Morrison formulierte: „Alles, was die IRA in der letzten Zeit anpackte, geriet zu einer Tragödie.“

Bei den beiden protestantischen Arbeitern, die die IRA in der ersten Augustwoche in Belleek tötete, handelte es sich eindeutig um „soft targets“. Die IRA hatte die beiden Arbeiter zuvor wiederholt aufgefordert, ihre Reparaturtätigkeiten auf der örtlichen Armee- und Polizeibasis einzustellen. Unabhängig davon, wie man das Vorgehen der IRA moralisch beurteilt, handelte es sich sich bei dieser Aktion um keine neue Tendenz. Ihren Höhepunkt erlebte die IRA-Kampagne gegen „Kollaborateure“ bereits 1986. Damals zeitigten ihre Drohungen gegen Firmen, die in irgendeiner Weise den „Sicherheitskräften“ zuarbeiten, erhebliche Wirkung. Um den Wiederaufbau von zuvor von der IRA zerstörten Polizeistationen zu gewährleisten, mußten zusätzliche Truppen wie Bauarbeiter von der britischen Insel eingeflogen werden. Aus der Logik des nordirischen Krieges heraus betrachtet sind die Drohungen und Taten der IRA verständlich. Man wird von der IRA nicht erwarten können, daß sie tatenlos zusieht, wie der Gegner seine Infrastruktur (inklusive Verhör- und Folterzentren, Gefängnisse etc.) weiter ausbaut. Diesbezüg-

nicht erwarten können, daß sie tatenlos zusieht, wie der Gegner seine Infrastruktur (inklusive Verhör- und Folterzentren, Gefängnisse etc.) weiter ausbaut. Diesbezüg-

lich das Arbeitsplatzargument anzuführen, ist geradezu pervers. Zwar ist es richtig, daß der einzige Sektor der nordirischen Ökonomie, der seit 1969 kontinuierlich expandiert, der „Sicherheitssektor“ ist (RUC, UDR, Gefängnispersonal, Zulieferfirmen etc.).

Da die katholische/nationalistische Minderheit die „Sicherheitskräfte“ — ob ihres sektiererischen Charakters — ablehnen, sind in diesem Sektor vorrangig Protestanten beschäftigt. (2) Die Expansion dieses Sektors konnte seit dem Ausbruch des Konfliktes die steigende Arbeitslosigkeit in anderen Kernbereichen der protestantischen Beschäftigung (wie der Industrie) teilweise kompensieren. Wenn das Wohl und Wehe der nordirischen Ökonomie davon abhängt, daß möglichst viele Armee- und Polizeikasernen, Verhör- und Folterzentren, Gefängnisse etc. existieren, dann ist dies moralisch zumindest ebenso fragwürdig, wie die Kampagne der IRA gegen Leute, die an der Repression verdienen. Im deutschen Faschismus wäre es sicherlich hilfreich gewesen, wenn die Möglichkeit bestanden hätte, KZ-Bauherren mittels glaubwürdiger Exekutionsdrohungen von ihrem Tun abzuhalten.

Die IRA intensiviert ihre militärische Kampagne

Tatsächlich hat die IRA mit Beginn dieses Jahres ihre militärische Kampagne deutlich intensiviert (s.o.), ohne daß bislang von einer Abkehr von ihrer „low level“-Strategie die Rede sein kann, die die Lasten des Krieges für die Bevölkerung weitestgehend reduzieren und somit mit der republikanischen Guerilla für weitere Dekaden Duldung und Unterstützung garantieren soll. Die „low level-campaign“ wurde Ende der 70er Jahre zur offiziellen IRA-Strategie, nachdem evident geworden war, daß sich kurz- bis mittelfristig —

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

unabhängig vom Ausmaß der Gewaltanwendung —- kein Erfolg einstellen würde und ein militärischer Sieg für beide Kriegsparteien keine realitätstüchtige Option darstellt. Die IRA-Kampagne verfolgt seither primär den Zweck der „bewaffneten Propaganda". Sie soll dem Kontrahenten und der britischen wie internationalen Öffentlichkeit verdeutlichen, daß eine militärische Lösung des Konfliktes im britischen Sinne nicht möglich ist und es deshalb einer politischen Lösung bedarf. Die IRA-Kampagne stellt nicht auf eine (nicht gewinnbare) Entscheidungsschlacht ab, sondern darauf, die britische Regierung und die britische Öffentlichkeit in Sachen Nordirland mürbe zu machen.

Der Serie von Fehlschlägen und verhängnisvollen Eigentoren sind mittlerweile eine Reihe von spektakulären und politisch wie militärisch erfolgreichen Operationen gefolgt, die — wie die SDLP-nahe „Irish News" schreibt, die Glaubwürdigkeit der IRA und ihre politische Stärke in den republikanischen Gegenden wiederhergestellt haben. „Resurgence" (= Wiederemporkommen) titelte die Sinn Fein-Zeitung zu Recht.

Die Hintergründe für die Intensivierung der militärischen Kampagne sind die folgenden:

— Die Thatcher-Administration hat sich dem Ziel eines militärischen Sieges über die IRA verschrieben, kritischen Stimmen aus dem britischen Establishment zum Trotze. Mit einer bloßen Reduzierung der Gewalt, wie sie ihre Vorgänger anstrebten, gibt sich Thatcher nicht zufrieden. Auch das anglo-irische Abkommen ist — zum Leidwesen Dublins und der SDLP — in diesem Zusammenhang

frieden. Auch das anglo-irische Abkommen ist — zum Leidwesen Dublins und der SDLP — in diesem Zusammenhang

zu sehen. Dublin soll in die britische Offensive gegen die IRA eingebunden werden, um den militärischen Druck auf die IRA zu erhöhen (durch die Verweigerung eines südirischen logistischen Hinterlandes) und die Republik politisch zu neutralisieren bzw. zu verhindern, daß sie sich von der britischen Brutalität kritisch absetzen kann. Symbolisiert wurde die Besessenheit von der Idee des militärischen Sieges durch die Ernennung von Sir Stanley zum Staatssekretär für „Sicherheitspolitik" im Nordirlandministerium. Sir Stanley ist ein ausgesprochener Militärist und zeichnete während des Malwinenkrieges für die Versenkung der „Belgrano" politisch verantwortlich. Die Intensivierung der IRA-Kampagne verfolgt offensichtlich den Zweck, die Unmöglichkeit dieses Unterfangens abermals unter Beweis zu stellen. Mittlerweile hat Sir Stanley seinen Hut genommen, wie es heißt aufgrund des anhaltenden Mißerfolgs im Kampf gegen die IRA. Tatsächlich steht die britische „Sicherheitspolitik" in Nordirland z.Zt. vor einem ziemlichen Trümmerhaufen.

Im August 1989 jährt sich zum zwanzigsten Male die Intervention der britischen Armee in Nordirland. Gegenüber der „Irish News" bestätigten IRA-Quellen, daß die IRA beabsichtige, durch die Intensivierung ihrer militärischen Kampagne den Konflikt rechtzeitig zum historischen Datum wieder breiter in die Medien zu bringen. Nicht nur in Großbritannien selbst, sondern auch international. Wie immer zu derartigen Jahrestagen, wird man die Geschichte Revue passieren lassen, Bilanz ziehen und Perspektiven erörtern. Die Intensivierung der IRA-Kampagne intendiert die Unfähigkeit der britischen Regierung, den nordirischen Konfliktschauplatz zu befrieden, klar ersichtlich werden zu lassen, um so die „Troops Out"-Stimmung zu befördern. Vor dem gleichen Hintergrund ist auch zu sehen, daß sich die Aktionen der IRA in den letzten Monaten stärker, als dies in den letzten Jahren der Fall war, auf die britische Armee konzentrieren. Ein toter englischer Soldat bewegt die britische Regierung und Öffentlichkeit weit mehr, als ein totes Mitglied der protestantischen nordirischen Statthaltertruppen, die getrost in dem Krieg verheizt werden können und die die britische Regierung deshalb an der vordersten Linie einsetzt.

Des weiteren hat die IRA ihre Kampagne erneut auf Einrichtungen der britischen Armee in England wie auf dem Kontinent ausgeweitet. Die Auslandskampagne der IRA hatte zunächst mit einem militärischen Fehlschlag begonnen, der Exekutierung von drei IRA-Mitgliedern durch das SAS in Gibraltar. Mittlerweile hat sie allerdings eine Reihe von Erfolgen verbuchen können, die der Armeeführung verdeutlicht haben, daß ein garantierter Ruheplatz für ihre Truppen nicht existiert, solange Mitglieder dieser Armee in Nordirland Krieg führen. Das Problem der Armee besteht darin, daß sie sich in England und auf dem Kontinent kaum in der gleichen Weise verbarrikadieren kann, wie in Nordirland. Abgesehen von den technischen Problemen liefe dies darauf hinaus, ihrerseits den Krieg in Nordirland optisch erfaßbar ins Heimatland und andere Stationierungsländer zu transportieren.



Besessen von der Idee eines militärischen Sieges über die IRA: Maggie Thatcher. Der linke Labour-Historiker Geoffrey Bell schreibt über ihre Nordirland-Haltung: „... der Hungerstreik (der IRA/INLA-Gefangenen von 1981, dsm) und seine Konsequenzen waren in der Tat ihre größte politische Niederlage — vielleicht die einzig bedeutende, die sie in den letzten Jahren erlitten hat. (...) Sie liebt es nicht, nicht zu gewinnen, und weil ein Sieg in Nordirland für sie besonders ‚süß' wäre, wird sie sich kaum mit einer Eindämmungspolitik und einem ‚akzeptablen Level der Gewalt' zufrieden geben".

Kommentar:

Imperialismus und Gewalt

Es waren die Briten, die die Gewalt in die anglo-irischen Beziehungen einführten. Mit Gewalt enteigneten und vertrieben sie die gälische/katholische Ureinwohnerschaft aus dem irischen Nordosten, um statt dessen eine loyale protestantische Gesellschaft anzusiedeln. Mit Gewalt unterbanden sie die Ausübung der gälischen Kultur. Die sogenannte „glorious revolution" bedeutete für Irland Terror und religiöse/kulturelle Intoleranz. Mittels einer von außen, über die strukturelle Gewalt des Imperialismus induzierte Hungerkatastrophe versuchten sie im vorigen Jahrhundert, die gälische Bevölkerung auf ein regierbareres Maß zu reduzieren. Die Devon-Kommission war zuvor zu dem Ergebnis gelangt, daß es aus politischen und ökonomischen Gründen einer Reduzierung der irischen Bevölkerung um 192.368 Familien bedürfe, d.h. ca. einer Million Menschen. Zwei Millionen Iren starben den Hungertod, nicht etwa aufgrund einer stofflichen Knappheit an Nahrungsmitteln, sondern weil sie zu arm waren, diese zu erwerben, und diese auf den britischen Markt exportiert wurden. Eine weitere Million Iren hatte zu emigrieren.

Auch die jüngste Eskalation der Gewalt wurde von den Briten eröffnet. Bevor die IRA den ersten britischen Soldaten erschoß, hatte die britische Armee zuvor bereits katholische Zivilisten getötet. Die Auseinandersetzung eskalierte vollends, als die britische Armee im Januar 1972 nach einer Demonstration der Bürgerrechtsbewegung 14 katholische Zivilisten erschoß. Der „bloody sunday" war keineswegs dem Übereifer einzelner Soldaten geschuldet, sondern eine bewußt geplante und gezielt durchgeführte Aktion, mit der die Bürgerrechtsbewegung als sichtbare Massenbewegung, die der britischen Regierung international viel Ärger einbrachte, von den Straßen und öffentlichen Plätzen vertrieben werden sollte.

Vor einigen Monaten, nach den Ereignissen in Gibraltar und auf dem Belfaster Milltown-Friedhof, schrieb ein Kolumnist in der südirischen „Sunday Tribune": Was die irische Öffentlichkeit immer wieder irritiere und das Verhältnis zur britischen Nachbarinsel so belaste, das sei das Fehlen eines gesellschaftlichen Grundkonsens in Großbritannien bezüglich der Verurteilung von grausamen, mörderischen Attacken, von Verbrechen wider die Humanität. Nach Enniskillen, als die IRA 11 protestantische Zivilisten unbeabsichtigt tötete, artikulierten alle Katholiken Irlands — Nordirlands wie der Republik Irland — Wut, Trauer und tiefe Betroffenheit; einschließlich der IRA, die sich für die Tat in aller Form entschuldigte. Die britische Regierung hat sich bis heute nicht für die 14 Toten vom „bloody sunday", für die Opfer ihrer Plastikgeschosse (unter ihnen zahlreiche Kinder) oder andere der über 170 Zivilisten, für deren Tod Armee und Polizei verantwortlich zeichnen, entschuldigt (die unbewaffneten IRA-Mitglieder sollen hier gar nicht mitgerechnet werden). Ganz anders als die irisch-katholische Öffentlichkeit nach Enniskillen reagierte die britische Öffentlichkeit auf die Exekutierung der drei unbewaffneten IRA-Mitglieder in Gibraltar und den loyalistischen Anschlag auf deren Beerdigung, dem drei Trauergäste zum Opfer fielen. Nach Gibraltar applaudierten die britische Tagespresse und das britische Unterhaus (inklusive Labour, die erst später kalte Füße bekam) den „tapferen Männern" vom SAS. Die Attacke auf dem Milltown-Friedhof wurde pflichtgemäß verurteilt, um im nächsten Atemzug zu betonen, daß so etwas halt passieren würde, wenn man die „Sicherheitskräfte" aus West Belfast verbanne. Loyalistische Attentäter sind „frustriert" etc., kurzum: Opfer. Zum Mord provoziert durch die IRA. Republikanische Attentäter sind hingegen „kaltblütige Mörder".

Seit Beginn dieses Jahres haben die loyalistischen Todesschwadronen 11 katholische Zivilisten und ein IRA-Mitglied getötet. Die IRA tötete im gleichen Zeitraum 6 Zivilisten aus Versehen und zwei weitere, weil sie für die „Sicherheitskräfte" arbeiteten. Das nichtdiskriminierende, d.h. wahllos (aber bewußt) auf katholische Besucher der Belfaster „Avenue Bar" gerichtete Maschinengewehrfeuer loyalistischer Paramilitärs, dem drei Barbesucher zum Opfer fielen, fand nicht halb soviel Beachtung und stieß auf nicht halb so viel moralische Empörung wie die nichtbeabsichtigte Tötung von 3 Mitgliedern der Hanna-Familie durch die IRA. Der Grund: die probritische Presse schreibt nur einen Tag lang über eine loyalistische Missetat, aber tagelang über eine der IRA. Und die katholischen und irischen Blätter halten es nicht anders. Katholiken/Nationalisten fühlen sich von verurteilungswürdigen Aktionen, verübt von Mitgliedern der eigenen „community", weit mehr betroffen, als von denen, für die die „andere Seite" verantwortlich zeichnet.

Bei der Beisetzung eines IRA-Mannes, der zwei Tage nach dem Tod der Hanna-Familie von loyalistischen Paramilitärs erschossen wurde, schloß Sinn Féins Danny Morrison die Opfer der IRA-Fehltritte in seine Trauerrede mit ein. Ein entsprechendes Verhalten der britischen und protestantischen/loyalisatischen Seite ist bislang unbekannt. Das Verhältnis der britischen Gesellschaft zur Gewalt — Massaker mit eingeschlossen — ist weitaus taktischer und weitaus weniger von prinzipiellen moralischen Erwägungen bestimmt, als das der irischen.

Chauvinismus und Gewalt gehören zusammen. Der Malwinenkrieg war für die britische Gesellschaft so etwas wie eine rechte Kulturrevolution. Seither ist sie mit dem Virus des Chauvinismus restlos verseucht. Der linke Labour-Historiker Geoffrey Bell spricht von einer gesellschaftspolitischen Atmosphäre, die der des Faschismus verwandt sei.

Mit dem Malwinenkrieg erfuhr nicht nur die Auflage des Boulevardblattes „SUN" (Motto: „Macht Großbritannien wieder stark!"), gegen die sich die hiesige „BILD" noch liberal ausnimmt, sondern auch der Fußball-„hooliganism" Auftrieb.

Ein beliebtes, immer wieder strapaziertes Erklärungsmuster für den Fußball-„hooliganism" ist die soziale Verelendung. Offensichtlich handelt es sich hierbei jedoch lediglich um die halbe Wahrheit. Der Fußball-„hooliganism" gedeiht im Milieu eines staatlich geförderten Chauvinismus. Bei den Europameisterschaften in der BRD stellte die Republik Irland das Teilnehmerland mit der höchsten Arbeitslosigkeit und der ärmsten Bevölkerung. Dennoch waren die irischen Fans nicht nur die friedlichsten, sondern auch die unchauvinistischsten. Die irischen Fans waren die einzigen, die beim Abspielen der Nationalhymne des Gegners nicht in ein Pfeifkonzert ausbrachen.

Als im Mai dieses Jahres die Mannschaften von Derry (die in der nordirischen Liga nicht spielen darf) und Dundalk das südirische Pokalfinale bestritten, kamen nicht weniger als 18.000 Fans aus der nordirischen Konflikthauptstadt Nr. 2 und deren Ghettos, die zu den sozial depriviertesten in Westeuropa zählen, nach Dublin gereist. Obgleich das Spiel durch einen äußerst zweifelhaften Elfmeter zugunsten von Dundalk entschieden wurde, konnte die Polizei nicht den geringsten Zwischenfall notieren. Dundalk- und Derry-Fans verließen nach dem Schlußpfiff Arm in Arm das Stadion. Für britische und bundesdeutsche Verhältnisse eine unvorstellbare Szene.

Jackie Charlton, der ehemalige englische Internationale und heutige Teamchef der irischen Fußball-Nationalelf, ist seit dem guten Abschneiden der Iren in der BRD auf der „grünen Insel" ein Volksheld. Und Charlton über sein Team und dessen Fans: „Es gibt keine besseren Jungs, um 'ne anständige Fete zu feiern." Die koloniale Geschichte und Gegenwart war für seine Krönung kein Hindernis. Hingegen ist es unvorstellbar, daß eine Ire das Amt des Trainers der englischen Nationalmannschaft bekleidet. Das Hindernis heißt Chauvinismus.

dsm

Die Tatsache, daß das anglo-irische Abkommen und die Erhöhung des militärischen Druckes auf die IRA (Verstärkung der SAS-Präsenz, die Stationierung von Sondereinheiten entlang der Grenze wie der Ausbau der grenzübergreifenden Kooperation mit den südirischen „Sicherheitskräften") bislang nicht die gewünschten Erfolge gebracht haben, läßt aktuell einmal mehr den Ruf nach der Wiedereinführung der Internierung laut werden. Gefordert wird dies z.Zt. von der nordirischen Polizeiföderation wie den beiden großen unionistischen/loyalistischen Parteien. Aber auch im Nordirlandministerium soll es Befürworter der Rückkehr zur Internierung geben. Die Thatcher-Administration sträubt sich diesbezüglich noch, da dies dem Eingeständnis ihres Scheiterns gleichkäme und zudem ihrer Kriminalisierungspropaganda widerspräche. Die Internierung (= Möglichkeit der Einsperrung von Verdächtigen ohne richterlichen Haftbefehl wie auf unbestimmte Zeit) ist Bestandteil des Kriegsrechtes. Ihre Einführung würde damit für alle Welt ersichtlich machen, daß in Nordirland Krieg tobt. Zudem geriet 1971 die Einführung der Internierung für die britische Regierung zum politischen Bumerang, der die britische Regierung in der Nordirlandfrage vorübergehend international isolierte.

Verliert die IRA an Unterstützung?

Eine derartige Behauptung, wie von der „TAZ" postuliert, verkennt die Bewegungslogik des Nordirlandkonfliktes und ist bestenfalls dazu geeignet, den Autor

„TAZ" postuliert, verkennt die Bewegungslogik des Nordirlandkonfliktes und ist bestenfalls dazu geeignet, den Autor

zu blamieren. Im Milieu britischer Nordirlandpolitik hat sie schon so manche politische Karriere frühzeitig beendet. Nicht minder unsinnig wäre es gewesen, nach den Ereignissen in Gibraltar die Behauptung aufzustellen, die IRA gewinne nun erheblich an Unterstützung. Generell läßt sich seit etwa 15 Jahren feststellen, daß die Unterstützung für die IRA ungefähr gleichbleibt. Nach einem Eigentor verliert sie kurzfristig außerhalb des harten Kerns an republikanischen Unterstützern, den nichts irritieren kann (und der nicht gerade gering ist) an Unterstützung, genauso wie sie nach einer besonders brutalen politischen Handlung der britischen Regierung — noch über das weiche Umfeld des harten Kerns hinaus — kurzfristig an Unterstützung gewinnt. Von Bedeutung soll hier sein, daß beide Tendenzen in der Regel nur kurzfristigen Charakters sind. Insgesamt betrachtet verhielt und verhält es sich immer noch wie folgt: Eine starke Minderheit innerhalb der katholischen/nationalistischen Bevölkerungsgruppe (die in deren Unterklassen wiederum eine Mehrheit stellt) unterstützt die IRA mehr oder weniger „vollblütig". Eine Mehrheit der katholischen/nationalistischen Bevölkerungsgruppe betrachtet IRA-Mitglieder nicht als Terroristen, sondern als „Patrioten" und „Idealisten" und duldet sie. Wozu heute unverändert nahezu die gesamte „community" nicht bereit ist, ist die Unterstützung der „Sicherheitskräfte" bei der Bekämpfung der IRA. Das Wesen der britischen Herrschaft ändert sich nicht mit den Eigentoren der IRA. Die Art und Weise, wie die IRA mit ihren Fehlern umgeht, wird von den Katholiken/Nationalisten ernst genommen und die „Provos" werden nicht als „mindless terrorists" betrachtet, sondern als die „boys", die Jungs von nebenan, mit denen man zwar ab und an heftigst schelten muß, die man jedoch auf keinen Fall denunziert. Nach Enniskillen (s.o.) behaupteten viele Kommentatoren, die IRA habe nun bis weit in den harten Kern des Republikanismus hinein an Unterstützung eingebüßt. Der IRA drohe nun die Isolierung. Katholische Bischöfe sahen gar den Zeitpunkt gekommen, wo man die katholische/nationalistische Minderheit zur Unterstützung der „Sicherheitskräfte" aufrufen könnte. Nur 4 Monate später, noch vor den Ereignissen in Gibraltar, befanden sich die „Provos" in einer UTV/„Fortnight"-Umfrage wieder auf dem Vor-Enniskillen-Niveau. Nach Gibraltar waren die Straßen des Südens wie des Nordens schwarz von IRA-Sympathisanten.

In den 70er Jahren hatte die damals noch relativ unerfahrene IRA bekanntlich erheblich schwerere (und vor allem: häufiger) Klöpse gebaut, ohne daß es London deshalb gelang, sie in die Knie zu zwingen und ihr auch nur mittelfristig die Unterstützung zu entziehen. Während sich eine dubiose und von London indirekt gesponserte „Friedensbewegung" als kurzfristiges Phänomen erwies, blieben die „Provos" ein kontinuierlicher Faktor in der politischen Landschaft der Provinz.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Eine abschließende Bemerkung

Die IRA befindet sich stets dann in den hiesigen Schlagzeilen, wenn ihre Kampagne zivile Opfer gefordert hat. Gelungene Operationen finden nur dann Erwähnung, wenn sie besonders spektakulär ausfallen oder aber sich auf dem Kontinent zutragen. Dieses Muster gilt im übrigen auch für große Teile der linken Öffentlichkeit. Obgleich die IRA-Kampagne — unter extrem schwierigeren Bedingungen — nicht mehr zivile Opfer fordert, als die des ANC und anderer Guerillaorganisationen in der Dritten Welt und obgleich die Fähigkeit der IRA zu einer relativ „sauberen" Kriegsführung von diesen Guerillaorganisationen (sowohl der ANC wie die FMLN sollen sich von der IRA in die Führung des urbanen Guerillakrieges einweisen lassen haben), aber auch von der britischen Armeeführung anerkannt wird, werden die „Provos" vielfach als „unqualifiziert gewalttätig" betrachtet. Zuweilen treibt diese Sichtweise skurrile Blüten: So äußerte ein mir politisch nahestehender Mensch vor einigen Jahren, nachdem eine IRA-Bombe im Londoner Hyde Park einige Soldaten und deren Pferde getötet hatte, „das mit den Pferden" ginge nun „doch wirklich zu weit", sei „geschmacklos". „Das mit den Soldaten" (= Menschen) nicht? Die Gründe für diese Sichtweise dürften folgender Art sein: 1. Die Kriegsführung der IRA ist nicht häßlicher und schmutziger als die anderer Guerillaorganisationen in der Dritten Welt, aber aufgrund der geographischen Nähe, in der sich diese abspielt, sind die „unschönen Elemente" (als ob es schöne Elemente des Krieges gäbe) unmittelbarer erfahrbar. 2. Der nordirische Krieg findet in Westeuropa statt, wo — so gemeinhin die Auffassung — barbarische (= gewalttätige) Formen der politischen Auseinandersetzung längst überwunden sind. So tritt der nordirische Krieg der linken Öffentlichkeit als etwas Fremdes und Anachronistisches entgegen. Tatsächlich wird der nordirische Krieg zwar im Zentrum Europa ausgetragen, weist von seinem Inhalt wie seiner Austragungsweise her jedoch mehr Gemeinsamkeiten mit Konflikten in der Dritten Welt (z.B. kolonialistische Siedler versus kolonialisierte Ureinwohnerschaft) bzw. Staaten und Populationen in der Dritten Welt und den kapitalistischen Metropolen auf.

Halten wir es mit Gerry Adams: Die IRA — wie jede Guerilla — trägt eine „hohe politische und moralische Verantwortung". Zivile Opfer „sind nicht zu rechtfertigen", aber die Vorstellung, es gäbe so etwas wie einen absolut „sauberen Krieg", ist „eine Illusion". Krieg als solches — und Krieg bedeutet immer, das Menschen getötet werden — „kann keine ‚saubere Sache' sein".

Der bewaffnete Kampf ist „keine zu glorifizierende Angelegenheit", sondern — in Nordirland — „eine schreckliche Notwendigkeit", die von einer externen imperialistischen Macht aufgenötigt wurde. (3)

dsm

„black propaganda"

Die britische Regierung kolportiert z.Z. das Gerücht, daß die IRA mit der RAF bei der Bombardierung der britischen Basen in der BRD zusammengearbeitet habe. Konkret wird der Name von Werner Lotze genannt, der angeblich für die IRA die Rheindahlen-Basis ausspioniert habe.

Erst kürzlich hat die britische Regierung eine Broschüre über die internationalen Verbindungen der IRA veröffentlicht, in der die gleiche Behauptung aufgestellt wird. Diese wurde von Sinn Fein/IRA heftigst bestritten und von „IRA-Experten" als unseriös zurückgewiesen. In der Wortwahl von Sinn Fein/IRA handelt es sich bei der RAF um „radikalisierte Mittelklässler ohne politische und soziale Basis." Eine Zusammenarbeit mit ande-
von Sinn Fein/IRA handelt es sich bei der RAF um „radikalisierte Mittelklässler ohne politische und soziale Basis." Eine Zusammenarbeit mit ande-
ren „terroristischen Organisationen" wird zudem auch aus Gründen der Konspiration und militärischen Erwägungen prinzipiell abgelehnt. Seriösere Journalisten waren sich deshalb auch stets darin einig, daß die — wo immer sie außerhalb Nordirlands aktiv wurde — ausschließlich auf „eigene Rechnung" arbeite und im Ausland ein eher „isolationistisches" Dasein fristete. Auch von der Bundesanwaltschaft wurde dies in einer Mitteilung dementiert. Die Behauptung einer Zusammenarbeit mit der RAF bzw. eines „internationalen Terrorringes", mit der IRA als Zentrum, soll die westeuropäischen Regierungen und Öffentlichkeit — durch das Suggerieren von angeblich gleichartigen Problemen — zum Schulterschluß mit der britischen Regierung veranlassen und den kolonialen Charakter des anglo-irischen Konfliktes negieren. Desweiteren soll sie die IRA bei den Bündnispartnern (bzw. diese selbst) in England diskreditieren, die ihr am wichtigsten sind: Linke Labour-Kräfte und Gewerkschafter.

Anzeige

„IRLAND-INFORMATIONEN"

Zeitschrift über Politik, Ökonomie und Kultur auf der „grünen Insel"

Soeben erschienen: Ausgabe Nr. 6
52 Seiten (A4-Format), DM 6,-
(zuzügl. DM 1,- Verpackung und Porto)

Inhalt: Irische Turbulenzen. Eine Revue der vergangenen 12 Monate + Umweltverschmutzung und Umweltschutz in Irland + Nordirland: Eine sektiererische Ökonomie + Die Krise der Loyalisten + Stadtplanung und „Sicherheitskräfte" in Belfast + Porträt der Sängerin Mary Coughlan + Platten- und Bücherbesprechungen u.a.m.

Bestelladresse:
„IRLAND-INFORMATIONEN"
Postfach 301248, 1000 Berlin 30

Anmerkungen

1) Die Empörung über Angriffe auf „softe targets" ergibt nur einen Sinn, wenn man Angriffe auf harte Ziele gutheißt, zumindest aber für weniger frevelhaft erachtet. Wenn sich die britische Regierung über die Tötung von Zivilisten durch die IRA empört, so ist dies vollkommen verlogen, weil ihr dies natürlich — aus propagandistischen wie materiellen Gründen — weitaus lieber ist, als wenn ihre Soldaten ums Leben kommen.

Offensichtlich hat die „taz" gewisse Definitionsschwierigkeiten bezüglich weicher Ziele bzw. vermengt die Diskussion um weiche und harte mit der um legitime und illegitime Ziele miteinander. Nicht jedes weiche Ziel ist deshalb ein illegitimes Ziel. Nehmen wir einmal das Beispiel eines Richters. Solange er nicht völlig verbarrikadiert lebt und sich in ständiger Polizeibegleitung bewegt, handelt es sich bei ihm um ein weiches Ziel. Heißt dies, daß die IRA ihn — immer vorausgesetzt, man akzeptiert im Prinzip die IRA-Entscheidung, einen bewaffneten Kampf zu führen — erst dann als legitimes Objekt begreifen darf, wenn diese Situation (Verbarrikadierung etc.) gegeben ist?

Und wie verhält es sich mit den Soldaten des UDR, deren Mehrzahl dieses Jahr auf der Anfahrt zum Dienst oder nach Dienstschluß von der IRA getötet wurden? Ist ein UDR-Soldat, der sich auf dem Weg zur Arbeit befindet, ein illegitimes
UDR, deren Mehrzahl dieses Jahr auf der Anfahrt zum Dienst oder nach Dienstschluß von der IRA getötet wurden? Ist ein UDR-Soldat, der sich auf dem Weg zur Arbeit befindet, ein illegitimes
Ziel, während er, sobald er die Kaserne betreten und seine Uniform übergestreift hat, um auf Katholikenjagd zu gehen, zum legitimen Ziel wird? Da die IRA ihm auch dann nicht, wenn er sich in Uniform befindet, wie beim Western-Duell entgegentritt, sondern — wie bei einer Guerilla üblich aus dem Hinterhalt schießen und bomben wird, bleibt das Resultat für den Betroffenen das gleiche: Er ist tot. Der Tod in Uniform mag zwar tugendhafter anmuten, ob er deswegen auch schöner ist, wag ich zu bezweifeln. Meines Erachtens liegt hier ein merkwürdiger Ethos vom Krieg vor, der zudem in einer Auseinandersetzung zwischen einer regulären und irregulären Streitmacht nicht taugt. Abgesehen davon, erinnert er mich stark an eine der Lieblingsepisoden meines Vaters aus dem Zweiten Weltkrieg in Italien, die sinngemäß wie folgt lautet: „Tagsüber haben wir uns mit den Partisanen gegenseitig beschossen, während wir ab 20 Uhr mit ihnen Karten gespielt und getrunken haben. Wir waren alle gute Kerle" (wobei die fröhliche Trink- und Kartenrunde allerdings immer kleiner wurde ...). Der Mann als ehrbarer Krieger, der Krieg als edles und sauberes Geschäft, wenn man sich nur an gewisse Spielregeln hält. Ja, muß das denn sein?

2) Loyalistische/Unionistische Führer behaupten gerne, daß die IRA-Attacken gegen protestantische Polizisten und UDR-Mitglieder der gesamten protestantischen „community" gelten würden. Die IRA erklärt hierzu, daß sie lediglich an der Uniform und nicht an der Religion deren Trägers interessiert sei. Im Gegensatz zu den protestantischen Paramilitärs tötet die IRA (jedenfalls nicht bewußt, siehe Enniskillen) keine unbeteiligten protestantischen Zivilisten (seit Ende 1985 haben UDA/UVR hingegen über 40 katholische Zivilisten, die keinerlei Verbindungen zur IRA unterhielten, getötet. Auch Mitglieder der protestantischen Paramilitärs sind nur in Ausnahmefällen, etwa, wenn ihnen nachgewiesen werden kann, daß sie sich des mehrfachen Mordes an katholischen Zivilisten schuldig gemacht haben und die Polizei/Justiz nicht reagiert, ein Ziel der IRA. Wenn die IRA, die für die Apartheidstrukturen des nordirischen Staates nicht verantwortlich ist, Polizisten und UDR-Soldaten nicht angreifen darf, weil diese Protestanten sind, dann müssen auch Angriffe des ANC gegen (weiße) südafrikanische Polizeibeamte für illegitim erklärt werden.

Tatsächlich wäre es für die IRA kein Problem, die Protestanten aus den Gebieten, wo sie in einer deutlichen Minderheit sind, zu vertreiben. Beispielsweise ist der Angriff auf eine Polizeistation mit erheblich mehr Risiken für die IRA verbunden, als etwa das Zünden einer Bombe in einer protestantischen Kirche an der West Belfaster Shankill Road. Wenn es der IRA darum gehen würde, möglichst viele Protestanten zu töten, wäre dies der einfachere Weg. Die britische Regierung schickt die protestantischen Statthaltertruppen auch deshalb in die Frontlinie, weil dies notwendigerweise zur Fortsetzung der innernordirischen Spaltung beiträgt. Dies ist mit ein Grund dafür, warum die IRA ihre Attacken nun stärker auf die britische Armee zu konzentrieren versucht.

3) Nach Interviews in „MAGILL", „Irish News" und „Tribune" (alle Juli/August 1988)

Späte Rache an Lotta Continua — Der Fall Sofri
„Geheime Interventionen, obskure Manöver"

Am 27. Juli, ein Jahrzehnt nach der Selbstauflösung von „Lotta continua" (LC), wurden vier ehemalige Militante der Organisation von der italienischen Polizei verhaftet. Vorgeworfen wird ihnen die Beteiligung an der Ermordung des Polizeikommissars Luigi Calabresi im Jahre 1972. Anstifter und Auftraggeber — so behauptet Ermittlungsrichter Antonio Lombardi — soll Adriano Sofri gewesen sein, der prominenteste der vier Verhafteten. Sofri, früher Vorsitzender des Sekretariats von LC, hat nach Überwindung seiner „Jugendsünden" Karriere gemacht: er ist nicht nur Mitarbeiter der wöchentlich erscheinenden Zeitschrift „Panorama", sondern auch Berater von Claudio Martelli, dem zweiten Mann der Sozialistischen Partei (PSI) nach Bettino Craxi.

Die Anklage gegen Sofri und seine drei ehemaligen Genossen steht und fällt mit der Aussage des Kronzeugen Leonardo Marino, dem 16 Jahre nach der Tat angeblich das Gewissen keine Ruhe mehr gelassen hat. Als Mittäter — Marino will den bei dem Anschlag benutzten Wagen gefahren haben — soll er sich zunächst einem Pfarrer und dann der Polizei anvertraut haben. Ein überaus seltener Fall persönlicher Läuterung und Umkehr, den auch das katholische Italien nicht auf Anhieb glauben mag. Die schmerzlichen Erfahrungen, die mit Verschwörungen, Geheimlogen und anderen clandestinen Mächten gemacht werden mußten, sind im Massenbewußtsein allemal präsenter als öffentliche Auftritte der Jungfrau Maria und ähnliche Erscheinungen.

Gasparazzo: Klasseninstinkt hilft Gedanken lesen



„Diese Typen aus dem Süden sollte man alle rausschmeißen."

„Faschist!"

Nach dem Heißen Herbst die Bleiernen Jahre

Der Mordvorwurf gegen „Lotta continua" macht fast zwanzig Jahre jüngster italienischer Geschichte wieder lebendig. Wie fing das alles an? Der Heiße Herbst 1969: das italienische Proletariat, vor allem die aus den Süden in die großen Industriezentren zugewanderten „meridionali", versetzt die studentischen Revolutionäre in Begeisterung. Millionen Arbeiter streiken, Betriebe werden besetzt. Einer der Militanten ist Leonardo Marino, geboren in der Provinz Caserta bei Neapel. Auf einer Gewerkschaftsversammlung im Sportpalast von Turin hat er im September 1969 seinen großen Auftritt. Die Arbeiter fordern Rederecht für alle, und Marino handelt: „Er springt auf
sammlung im Sportpalast von Turin hat er im September 1969 seinen großen Auftritt. Die Arbeiter fordern Rederecht für alle, und Marino handelt: „Er springt auf
die Bühne, ergreift das Mikrofon und ruft mit einer Rede, die die Versammlung entflammt, die Genossen zum Streik auf" (1)

Während die in Bewegung geratenen Arbeiter hin und wieder den Werkschutz ohrfeigen oder auch mal ihren Chef für ein paar Stunden in seinem Büro einsperren, antwortet der Klassenfeind mit blutigem Terror. Am 12. Dezember 1969 sterben 16 Menschen bei einem Bombenanschlag auf der Mailänder Piazza Fontana. Nicht zuletzt „Lotta continua" ist es zu verdanken, daß Teile der Wahrheit ans Licht kommen: die Bombenleger sind Faschisten, ihre Auftraggeber sitzen in Polizei, Armee und Geheimdiensten. „Strage di stato — Staatsmassaker" wird zum geflügelten Wort.

Die Polizei ermittelt zunächst ausschließlich in der revolutionären Linken. Nach dreitätigem Verhör fällt der als „Tatverdächtiger" festgenommene Eisenbahner und Anarchist Guiseppe („Pino") Pinelli aus dem vierten Stock der Mailänder Quästur. Die offizielle Version: „Selbstmord". Der verhörende Polizeikommissar Luigi Calabresi fällt dagegen nach oben und wird zum Hauptkommissar befördert. „Pagherete caro, pagherete tutto — ihr werdet teuer bezahlen, ihr werdet alles bezahlen" — das ist die Stimmung in der Linken. Am 17. Mai 1972 wird Calabresi vor seinem Kommissariat erschossen. „Lotta continua" kommentiert in ihrem gleichnamigen Zentralorgan: „Die Ausgebeuteten erkennen in diesem Akt ihren eigenen Willen zur Gerechtigkeit".

„Gasparazzo und der Professor"

Die Journaille, für die Marinos „Enthüllungen" ein unerwarteter Glücksfall sind, erklärt das unglaubliche Geständnis nach 16 Jahren mit Hilfe der Psychologie — oder besser: mit dem, was sie dafür hält. Danach habe Marino, der ungebildete Arbeiter aus dem Süden, jahrelang in einer Mischung aus Bewunderung und Neid zu den LC-Führern aufgeschaut. Die Bewunderung war so groß, daß er seine Söhne nach den von ihm am meisten verehrten Genossen nannte: Adriano (nach A. Sofri) und Giorgio (nach G. Pietrostefani, den er jetzt ebenfalls der Mittäterschaft an der Ermordung Calabresis beschuldigt). Und der Neid wäre nach dieser Illustrierten-Version über die Jahre immer mehr angewachsen: Marino, nach der Auflösung von „Lotta continua" seiner vertrauten Subkultur beraubt, bei FIAT gefeuert, danach Krankenwagenfahrer, Skilift-Wächter und Crepe-Verkäufer, mußte mit ansehen, wie die einst von ihm angehimmelten Revolutionäre auch in der bürgerlichen Gesellschaft ihren Weg gingen. Für den durch fortwährenden Klatschgeschichtenkonsum geschulten Illustriertenleser ist es absolut naheliegend und plausibel, daß der kleine Mann, den niemand kennt, es den ewigen Gewinnern eines Tages zeigt, indem er die dunklen Punkte ihrer Vergangenheit verrät.

„Gasparazzo und der Professor" nennt „Panorama" diese tragische Verstrickung. Der Professor ist Sofri; Gasparazzo war, wir erinnern uns, das beliebte „Lotta-Männchen" aus der Feder des LC-Karikaturisten Roberto Zamarin: ein kämpferischer, mit wenig Bildung, aber unfehlbarem Klasseninstinkt ausgestatteter FIAT-Arbeiter aus Süditalien, der zumindest immer genau wußte, wem er was in die Fresse hauen durfte. Kaum zu glauben, daß Gasparazzo sich jemals zu irgendwelchen Denunziationen hätte hinreißen lassen.

Die staatstreue Linke ist verstört

Die „Taz", die mit Werner Raith einen gewöhnlich gut informierten Italien-Korrespondenten für sich arbeiten läßt, beauftragte mit der Kommentierung der Sofri-Verhaftung einen Spezialisten: Alexander Langer, früher Chefredakteur von „Lotta continua", seit Jahren Landtagsabgeordneter der AL Südtirol und Freund der bundesdeutschen grünen Realos. Alex kommentiert herzergreifend: „ ‚Die Auflösung der Feindbilder' — unter diesem Titel sprach Adriano Sofri vor fünf Jahren auf einem Kongreß in Bozen: Er sprach von der Schwierigkeit und Schönheit des menschlichen und moralischen Abenteuers, das einer erlebt, der sich auf die Welt und die Menschen, die man trifft, tatsächlich einläßt und sich von alten Mustern befreit — insbesondere von den Kategorien ‚Feind' und ‚Lager'. Undank ist nun mal der Welt Lohn: „Ein bestimmter Teil der Justiz und der Polizei will anscheinend (...) alte Rechnungen begleichen und jeden wieder auf seinen angestammten Platz setzen" (2). Was hat er genützt, der Abschied vom Proletariat, was die demonstrative Friedfertigkeit, die Festlegung auf den parlamentarischen Weg? Gerade Adriano Sofri hat wirklich einiges an einseitigen Abrüstungsvorleistungen erbracht. Schon 1977, als er noch LC-Sekretär war, bemühte er sich eifrig um die Abkehr vom revolutionären Irrweg. Seine Beratertätigkeit für die PSI dürfte nicht zuletzt Problemen der Integration linker Oppositionsparteien gegolten haben: Die Sozialisten sind traditionell um gute Beziehungen zu Partito radicale, zu Democrazia proletaria und zu den Grünen bemüht.

„Geheime Interventionen, obskure Manöver"

Die Verhaftung Sofris und seiner ex-Genossen trifft — neben den Verhafteten — zwei politische Lager. Zum einen die Linke. „Ich glaubte ein Revolutionär zu werden, aber sie haben aus mir einen Räuber und Mörder gemacht", habe Marino — leider zu spät — erkannt; so zitiert ihn jedenfalls sein Anwalt mit Tränen in den Augen. Immer wieder aktuell: die soundsovielte Abrechnung mit dem inhumanen, gewalttätigen Linkradikalismus.

Betroffen ist aber auch der PSI, der „so einen" gegen — vermutlich ansehnliche — Bezahlung für sich arbeiten läßt. Sind, anders herum, diejenigen, die von dieser Kampagne profitieren, auch deren Drahtzieher?

Adriano Sofris Kollegen von „Panorama", die sich mit ihm solidarisch erklären, scheinen — im Unterschied zu einigen geläuterten Ex-Linken — bei der Analyse des Falles einstweilen kühlen Kopf zu bewahren. So weist z.B. Giorgio Galli die These zurück, LC könne den Anschlag gegen Calabresi tatsächlich organisiert haben — aus Konkurrenz zu den Roten Brigaden: „Im Mai 1972 ist Lotta continua nicht in Konkurrenz zu den Roten Brigaden, und die Linke ist in Schwierigkeiten. Die Mitte rekonstituiert sich, und der MSI (Faschisten; Anm. AK) ist fast so stark wie der PSI. Das ist der politische Kontext, in welchem man all die derzeitigen Kommentare der heute perplexen und reumütigen fortschrittlichen Intellektuellen verstehen muß".

Galli erinnert anläßlich der Verhaftung von Adriano Sofri an die „geheimen Interventionen, die obskuren Manöver" der vergangenen zwanzig Jahre, deren blutiger Höhepunkt der Bombenanschlag auf
von Adriano Sofri an die „geheimen Interventionen, die obskuren Manöver" der vergangenen zwanzig Jahre, deren blutiger Höhepunkt der Bombenanschlag auf
den Bahnhof von Bologna im August 1980 war. 85 Menschen starben, nur die Ausführenden, nicht aber die Auftraggeber wurden zur Rechenschaft gezogen. Das Legen falscher Spuren, so viel wurde immerhin im Bologna-Prozeß deutlich, gehört zu den leichtesten Übungen der italienischen Geheimdienste. Neben Licio Gelli, dem Chef der Geheimloge P2, wurden dafür auch zwei Agenten des „Servizio per le informazioni e la sicurezza militare" (SISMI) zu jeweils zehn Jahren Haft verurteilt. Daß deren Hintermänner sich nunmehr an Recht und Gesetz halten, können nur Menschen mit einem unerschütterlichen Glauben an das Gute für möglich halten.

Js., Hamburg

Anmerkungen

1) Alle nicht anders gekennzeichneten Zitate aus „Panorama" vom 14.8.88
2) „taz" vom 30.7.88



LOTTA CONTINUA

QUESTO E IL PROGRAMMA DEI PADRONI

BATTIAMO IL PROGRAMMA DEI PADRONI
NO AL FANFASCISMO
PRENDIAMOCI LA CITTA'

Her mit den Bolschewisten!

Hermann Rappe im Kampf für Freiheit und Demokratie

1988: Gewerkschaftsausschlüsse bei Boehringer in Mannheim. Die nach der IG Bergbau am meisten zentralistische DGB-Gewerkschaft mit dem Innenleben einer Klosterschule belehrt ihre mehrheitlich von der Basis gewählten Funktionäre, daß Demokratie ist, wenn eine Minderheit der Mehrheit gehorcht. Die Mehrheit aber ist immer der Hauptvorstand, egal, was die Basis in Mannheim sagt.

„Wer dies so nicht will, will eine andere Gewerkschaft", so die IG Chemie. Wer aber eine andere Gewerkschaft will, der greift die Grundlagen unseres Staates an; denn Feinde der Gewerkschaften sind Feinde der Demokratie, lautet das Erste Gebot von Rappe & Company.

Dieses hat der Vorsitzende der IG Chemie, der eine einflußreiche Position in der SPD hält, in einer nur kurze Zeit vor den Mannheimer Vorgängen erschienenen Broschüre bekräftigt (1). Sie enthält für die Funktionäre der Gewerkschaft eine chronologische Darstellung des heldenhaften Kampfes gegen den „politischen Extremismus von links und rechts im DGB und der IG Chemie" seit 1948. Die mit reichhaltigen Materialien versehene Broschüre dokumentiert dem interessierten Leser vor allem eindrucksvoll das harte Klima des „kalten Krieges", in dem jede Opposition für sozialistische Politik erstickt wurde. So weit ist sie historisch interessant. Doch das ist nicht das Motiv des IG Chemie-Hauptvorstands für die Veröffentlichung gewesen. Statt dessen sollen die Gewerkschaftsfunktionäre im Stil und im Geiste des „Kalten Krieges" für die Auseinandersetzungen gegen die heutigen Extremisten von Grünen bis zu Kommunisten ausgerichtet werden. Selbstredend spielt der Rechtsextremismus in der Broschüre und der dort dokumentierten Rede von Bolschewistenfresser Rappe nur eine Alibirolle am Rande. Konzentrieren wir uns, wie die IG Chemie, ganz auf den Kampf gegen links. Denn dort läßt sich die Verbindungslinie gewerkschaftlicher Ausschaltungspolitik gegen jegliche antikapitalistische Opposition zu den aktuellen Vorgängen in Mannheim finden.

Die Lektüre *„der politischen, organisatorischen und ideologischen Auseinandersetzungen der Nachkriegszeit"* sei *„notwendiges Rüstzeug, um aktuelle Bündnisdebatten kompetent und erfolgreich"* zu führen, werden die Einheitsgewerkschafter bei der Nutzung der Broschüre belehrt.

„Tummelfelder und Tarnkappen"

Den umfangreichen Materialien der IG Chemie aus den Zeiten der Gründungsphase der Nachkriegsgewerkschaften ist ein Referat von Hermann Rappe vorangestellt. Im Juni 1987 vor dem Beirat seiner Gewerkschaft gehalten, läßt dieses Papier in der für Rechte typisch plumpen Machart an Deutlichkeit nichts vermissen. In chronologischer Folge seit 1948 versucht Rappe, die *„dauernden Versuche politischer Unterwanderung von radikalen Rechten, vor allem aber von Kommunisten"* an die Wand zu malen, *„denn unsere Organisationsgeschichte ist ein Lehrbeispiel von vor 1933 und nach 1949".*

Die Aktualität des Themas speist sich für Rappe aus Auseinandersetzungen im DGB zu Fragen der Bündnispolitik. Debatten über kommunistische Unterwanderung erleben im DGB immer dann Konjunktur, wenn politische Entwicklungen den Vorstellungen der Funktionäre zuwiderhandeln. In besagter Materialsammlung zur jüngeren Vergangenheit werden solche Anlässe exemplarisch erwähnt. So beispielsweise die Ablehnung eines Antrages zur Solidarität mit Rudolf Bahro (damals noch DDR) auf dem DGB-Bundesjugendkongreß 1978. Im weiteren die sich daran anschließende Debatte um die DGB-Jugendpolitik, die Auseinandersetzung um die historischen Wurzeln der Einheitsgewerkschaft auf dem DGB-Bundeskongreß 1981 und vor allem die vorsichtige Öffnung des DGB gegenüber der Friedensbewegung, gegen die die IG Chemie intervenierte. Überhaupt, „Friedenspolitik" und „fortschrittliches Image" sind nach Rappe die beliebtesten „Tummelfelder bzw. Tarnkappen" kommunistischer Betätigung. Nur logisch, daß für Rappe und Freunde eine nicht zu übersehende Parallele zwischen „Krefelder Appell" und dem Kampf verschiedenster Komitees Anfang der fünfziger Jahre gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik besteht. Die Auseinandersetzung in den Gewerkschaften, vor allem die rigide Zurückdrängung all der Kräfte, die den DGB als antikapitalistische Organisation konstituieren wollten, wird bei Rappe abgefeiert *„als erfolgreicher Streit zwischen zwei politischen Modellen: (...) Im Westen ging es um Demokratie und Parlamentarismus, um soziale Marktwirtschaft und Prinzipien für einen Sozialstaat; im Osten ging es um die Überstülpung des Kommunismus, um Staatspartei und Planwirtschaft."* (...) *„Gleichberechtigte Teilhabe der Arbeitnehmer an der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gestaltung unseres Landes und an den wirtschaftlichen Erfolgen der Unternehmen ist gleichbleibendes Ziel; nicht Umsturz oder Diktatur der Partei entspricht unserem Wollen und Denken, sondern Durchsetzung unserer Forderungen im Rahmen der parlamentarischen Demokratie. Dies war in den Anfangsjahren der Republik so, dies ist auch heute unsere Überzeugung."*

Dem „Freien Westen" derart verschrieben, entwickelten sich die Gewerkschaften zu willkommenen Verbündeten der „Kalten Krieger" und taten ihrerseits das ihnen Mögliche, um mit der Drohung vor Verhältnissen wie jenseits des „Eisernen Vorhangs" antikapitalistische und sozialistische Zielsetzungen zu diskreditieren. Die bis heute hinlänglich bekannte Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus als totalitäre Systeme und Gefahr für die Demokratie erlebte Ende der vierziger Jahre eine 1945 kaum für möglich gehaltene Konjunktur. In seiner Sorge um die demokratische Entwicklung, wie Rappe es nennt, forderte der im Oktober 1949 gegründete DGB schon im März 1950 von der Adenauer-Regierung, *„alle antidemokratischen Elemente aus Stellen, in denen sie Einfluß auf Verwaltung oder Wirtschaft ausüben können, zu entfernen."*

Im DGB führte dieser „demokratische Verteidigungskampf" zuerst bei der Jugend zu administrativen Maßnahmen. Der Entscheidung, sich nicht an einem von der FDJ („Freie Deutsche Jugend", KPD-Jugendorganisation) organisierten Pfingstmarsch zu beteiligen, folgte der Beschluß, die Zusammenarbeit zwischen FDJ und Gewerkschaftsjugend einzustellen, weil diese unter dem Einfluß der sowjetischen Besatzungszone stehe. Konkret angelastet wurde der FDJ-West, daß sie bei der Gründung des Bundesjugendringes die Anerkennung des Grundgesetzes ablehnte, so legt Rappe die Beweggründe von 1950 dar.

1950: „Feinde der Gewerkschaften — Feinde der Demokratie"

Im Oktober 1950 veröffentlichte der DGB die Broschüre „Feinde der Gewerkschaften — Feinde der Demokratie". Mit dieser Broschüre, so Rappe, sei die Unterwanderungsthese durch die Kommunisten belegt. Die Sprache der damaligen DGB-Führer knüpfte nahtlos an die Kommunistenhetze der Weimarer Republik und schlimmer noch an die der Nazis an. Der damalige DGB-Vorsitzende Böckler führte im Vorwort der Broschüre aus: *„Die vorliegende Sammlung von Tatsachen und Dokumenten soll die unterirdischen gewerkschaftsfeindlichen und antidemokratischen Bestrebungen der Kommunisten, oder besser gesagt Bolschewisten, offenlegen. Sie soll auch der letzten Kollegin und dem letzten Kollegen vor Augen führen, daß es den Bolschewisten darum geht, die deutschen Gewerkschaften für die imperialistischen Ziele des bolschewistischen Staatskapitals zu mißbrauchen. Die Sammlung von Tatsachen und Dokumenten soll den Agenten Moskaus, die von gewerkschaftlicher Solidarität und von Demokratie reden, in Wahrheit aber die Zerschlagung der Gewerkschaften und den Totalitarismus meinen, die Maske vom Gesicht reißen. Jeder von uns aber — und jetzt wende ich mich an jeden aufrechten Gewerkschaftler, ob Frau oder Mann — ist vor die Gewissensfrage gestellt, für ein Leben in Freiheit einzustehen oder ein Dasein in Sklaverei zu erdulden."*

In diesem Stil geht es über nahezu 55 Seiten. Veröffentlichungen von KPD-Schriftverkehr dienen als Beweis für deren *„gewerkschaftszersetzende, bolschewistische, antidemokratische, umstürzlerische"* Wühl-Untergrund-Agententätigkeit. Besonders angetan war man damals von einem Lenin-Zitat aus dem „Linken Radikalismus" zur Gewerkschaftsarbeit: *„Man muß zu allem und jedweden Opfern entschlossen sein und sogar — wenn es sein muß — zu allen möglichen Kniffen, Listen, illegalen Methoden, zur Verschweigung, Verheimlichung der Wahrheit bereit sein, um nur in die Gewerkschaften hineinzukommen, in ihnen zu bleiben und in ihnen um jeden Preis kommunistische Arbeit zu leisten."* Dieses Zitat erscheint gleich mehrmals in der Dokumentation und scheint auch Rappes Vorstellung von „bolschewistischer Mentalität" hinreichend zu charakterisieren. Die Kommunisten, einmal derart denunziert, waren für jede antikommunistische Hetze gut. So werden Ausführungen von Hans Jahn, dem damaligen Vorsitzenden der Eisenbahnergewerkschaft, wiedergegeben: *„Die KPD ist imperialistisch, denn sie ist wie die SED ein Teil der Kominform, ist ein Instrument in den Händen der Sowjets, deren Imperialismus in Korea aller Welt offenbar wurde. Die kommunistische Partei ist weiterhin militaristisch. Das zeigt schon der Aufbau der Armeen in den von ihr beherrschten Ländern. Das beweist auch die Organisation der Volkspolizei in der Ostzone, die als Kader-Armee gedacht ist. Die kommunistische Partei ist ferner kapitalistisch; denn sie kennt das ‚Hennecke-System', die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Die rücksichtslose Durchführung und Verankerung des Leistungslohnes in allen Tarifverträgen, die in den bolschewistisch beherrschten Ländern abgeschlossen wurden, ist in höchstem Maße kapitalistisch. Nicht zuletzt ist die kommunistische Partei faschistisch, denn sie unterdrückt Freiheit und Menschenwürde und errichtet zu diesem Zweck Konzentrationslager."*

Eine Liste von „bolschewistischen" bzw. „getarnten bolschewistischen" Organisationen fehlte ebensowenig wie die Androhung von Gewerkschaftsausschlüssen für die Funktionäre des DGB, wenn ihnen gewerkschaftsschädigendes Verhalten nachgewiesen würde. An die Einzelgewerkschaften erging die Aufforderung, ebenso zu verfahren. Das Startsignal für eine systematische Ausschlußpolitik war gegeben. Die IG Chemie folgte dieser Aufforderung prompt. Auf die *„zunehmenden Beschimpfungen und Verunglimpfungen aus der Ostzone"*, so Rappe, reagierte die IG Chemie im Dezember 1950 mit den „Fuldaer Beschlüssen". Fortan konnte jeder IG Chemie'ler ausgeschlossen bzw. fristlos gekündigt werden, wenn er *„das Bestreben der ostzonalen Gewerkschaftszentralen, die Einheit und Geschlossenheit der IG Chemie zu zerstören"* unterstützte. Als Zeitzeugen zitiert Rappe den damaligen IG Chemie-Vorsitzenden Gefeller: *„Die Organisationssatzungen bedingen, daß jeder Schädling aus der Gewerkschaft ausgeschlossen wird. Die Vernunft gebiete, auszumerzen, was schädigend ist."*

Die KPD-These 37

Die auf dem Parteitag der KPD im März 1951 verabschiedete These 37 führte zu einer weiteren Eskalation. Reihenweise Ausschlüsse von hauptamtlichen Funktionären folgten. Insbesondere die Einführung von Reversen erleichterte die „Säuberung" der Gewerkschaften. Die These 37, entscheidend geprägt von der sich abzeichnenden und vom DGB nicht konsequent bekämpften Remilitarisierung, warf den rechten Gewerkschaftsführern vor, die Gewerkschaftsorganisation in den Dienst der Kriegsvorbereitung zu stellen. Deshalb sollte der Widerstandswille der Arbeiter gestärkt sowie Kampfhandlungen auch gegen die rechten Gewerkschaftsführer organisiert werden. Die Kommunisten wurden aufgefordert, verstärkt in den Gewerkschaften zu arbeiten, Betriebsausschüsse, Komitees usw. zu gründen und im Bündnis mit sozialdemokratischen und christlichen Arbeitern für die Beteiligung der Gewerkschaften an der Friedensbewegung aktiv zu werden.

Rappe kümmert sich nicht um diesen Kontext. Er stellt klar, daß die These 37 die Aufforderung an die kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder enthält, *„auf eine Veränderung unserer freiheitlichen, demokratischen Grundordnung abzuzielen"*, auch wenn dies gar nicht drinsteht, sondern Teil des KPD-Programms war. Die IG Chemie schloß damals u.a. den Bezirksleiter von Südbaden, Faulhaber, aus. Er hatte, so die IG Chemie, in Anlehnung an These 37 einen Aufruf zur Bildung von Aktionsausschüssen unterstützt. Außerdem hatte er an einer Konferenz in Dresden teilgenommen. Dies konnte nach den „Fuldaer Beschlüssen" mit dem Ausschluß geahndet werden. Im November 1952 wurde dem Bezirksleiter und zwei weiteren Sekretären in Niedersachsen fristlos gekündigt; sie wurden aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Sie hatten einen „Deutschen Jugendkongreß" unterstützt, der im DGB als einer von 150 „bolschewistischen Tarnorganisationen" geführt wurde. *„Tarnorganisationen blieben es, auch wenn an deren Spitze Namen wie Pastor Niemöller stünden, der diene nur als Konzessionsschulze"*, so der damalige IG Chemie-Vorsitzende laut Vorstandsprotokoll.

Im Januar 1953 erweiterte die IG Chemie die „Fuldaer Beschlüsse". Nunmehr wurde mit Ausschluß bedroht, *„wer antidemokratische oder antigewerkschaftliche Bestrebungen von Personengruppen, Parteien oder deren Tarnorganisationen in Wort oder Schrift bzw. durch ihr Verhalten"* unterstützte. Desweiteren wurde eine „Loyalitätserklärung" an die Funktionäre geschickt. Wer sie nicht unterschrieb, wurde automatisch ausgeschlossen. Rappe begrüßt die in diesem Zuge vorgenommenen Ausschlüsse von hauptamtlichen Funktionären als „personelle Bereinigung": *„Mit diesen klärenden personellen Maßnahmen waren die Weichen für eine vernünftige, politisch ausgewogene, sachbezogene Arbeit gestellt. Deswegen ist das Jahr 1953 für die IG Chemie-Papier-Keramik von wichtiger Bedeutung, bildete es doch den Endpunkt der damaligen Personaldiskussionen."*

Die Auseinandersetzungen der siebziger Jahre mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen und zahlreichen Gewerkschaftsausschlüssen gegen die (weitgehend eingegangene) „Neue Linke" findet bei Rappe nur am Rande Erwähnung. Wichtig ist ihm die Reaktivierung der seit Republikgründung gelegten antikommunistischen Grundlagen als innergewerkschaftliches Grundgesetz. So wie sich diese in den fünfziger Jahren gegen die KPD, in den siebziger Jahren gegen die „K-Gruppen" richteten, so werden sie heute gegen alles im Gewerkschaftsbereich aktiviert, was in Opposition zum prokapitalistischen Kurs der Unterstützung für die Umweltverschmutzer, Pharma-Giftmischer und Nuklearbetriebe im Bereich der IG Chemie steht. Bemerkenswert, wie Rappe eine ungebrochene Kontinuität sowohl des DGB-Selbstverständnisses (die Bejahung des kapitalistischen Gesellschafts-und Wirtschaftssystems, die Politik der Sozialpartnerschaft usw.) als auch den konsequenten Kampf gegen all diejenigen, die sich diesen Dogmen nicht unterwerfen wollen, herstellt. Rappe, das merkt man jeder Zeile seines Referats an, gefällt sich in der Pose des „Wächters der Demokratie". Für ihn hat sich „an der Vorgehensweise der Kommunisten nichts geändert". Die damaligen Parolen finden sich heute wieder: „... *Aktionsbündnisse,*

geändert". Die damaligen Parolen finden sich heute wieder: „... *Aktionsbündnisse,*

gemeinsame Komitees, wo andere ihren Namen hergeben, und die im Hintergrund dann kommunistisch beeinflußt werden. Aber wir kennen es auch aus Betriebsratswahlen: In der zitierten Zusammenstellung des DGB wird dazu angeführt, daß beliebte Parolen für die Öffentlichkeit z. B. ‚Die besten Gewerkschafter in den Betriebsrat' oder ‚Wir müssen alles tun, um den fortschrittlichen Kräften in den Gewerkschaften zum Durchbruch zu verhelfen' sind. Heute heißen sie ‚Aufrechte Gewerkschafter' oder ‚Die Durchschaubaren'. Die Strategie bleibt gleich, nämlich der Ansatz auf Betriebs- und Gewerkschaftsebene zur Veränderung unseres demokratischen Staates — auch wenn sich der Parteiname ändert! (...)

Ich denke, daß bei aktueller Betrachtungsweise deutlich zu sehen ist, daß sich heute diese kommunistische Unterwanderung teilweise auch in der Partei der Grünen festmachen läßt. Fundamentalopposition als Begriff und Inhalt ist übertragbar in die These 37 der KPD. Ging es hier um die Zerschlagung der sogenannten rechten Gewerkschaftsstrukturen, die nur erreichbar waren durch die Einschleusung in die Gewerkschaften selbst, vollzieht sich dies teilweise heute über eine Partei, die mit die Öffentlichkeit leicht beeinflußbaren Themen versucht, systemverändernde Mehrheiten zu erreichen. Auch hier ist wiederum der Ansatzpunkt im Bereich der Jüngeren, insbesondere der Jungwähler deutlich. Ablehnung des Gewaltmonopols des demokratischen Staates ebenso wie bündnispolitische Neutralität sind dabei die Synonyme zur Veränderung des Standortes unseres Landes."

Innergewerkschaftliche Demokratie ist für die IG Chemie die Diktatur sozialdemokratischer Grundpositionen Rappe'scher Prägung.

no./Hamburg



IG-Chemie-Dokumentation mit Nachdruck der Anti-KPD-Broschüre des DGB von 1950

Anmerkung

1 „Die Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus von links und rechts im DGB und der IG Chemie. Chronologische Darstellung am Beispiel der ‚Fuldaer Beschlüsse' der IG Chemie-Papier-Keramik"
Herausgegeben vom Hauptvorstand der IG Chemie

Dokumentation

Die „Fuldaer Beschlüsse" der IG Chemie

DGB-Bundespressestelle am 1.9.1950:

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat die Landesbezirksvorstände und die Hauptvorstände der 16 dem Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften in einem Rundschreiben aufgefordert, der Störungs-und Zersetzungsarbeit kommunistischer und getarnter kommunistischer Organisationen im Gewerkschaftsbereich entgegenzutreten. (...) Funktionäre und Angestellte des DGB, denen ein gewerkschaftsschädigendes Verhalten nachgewiesen wird, haben ihre fristlose Entlassung zu erwarten. Die Hauptvorstände der Gewerkschaften werden in dem Rundschreiben des DGB angeregt, für ihre Zuständigkeitsgebiete entsprechende Anweisungen zu erteilen. Dem Rundschreiben des Bundesvorstandes des DGB ist eine Liste kommunistischer oder getarnter kommunistischer Organisationen beigefügt. (...)

Tagung des IG Chemie-Beirats am 12.12.1950 in Fulda:

Wer als Mitglied oder Funktionär unseres Verbandes in Wort und Schrift oder durch seine Handlung das Bestreben der ostzonalen Gewerkschaftszentralen, das dahin geht, die Einheit und Geschlossenheit unserer Organisation zu stören, unterstützt, hat mit seinem Ausschluß aus unserer Organisation bzw. seiner fristlosen Entlassung zu rechnen. Delegationen und Vertretungen außerhalb der Grenzen des Bundesgebietes bedürfen der Genehmigung des Hauptvorstandes. („Fuldaer Beschlüsse")

IG Chemie-Hauptvorstand am 28.5.1951:

Verhandelt wurde gegen Max Faulhaber, Landesvorsitzender der IG Chemie in Baden und Mitglied der KPD.

Wilh. Gefeller (IG Chemie-Vorsitzender) brachte desweiteren einen Aufruf des Kollegen Faulhaber in einer Zeitung zur Vorlesung. Dieser Aufruf behandelt die Volksbefragung und Bildung von Aktionsausschüssen nach der These 37 des KP-Programmes. Zur Orientierung verlas Kollege Gefeller Einzelheiten aus dem KP-Programm, das u.a. für die zu bildenden Komitees vorschlägt, sich mit Unorganisierten zu verbinden und die „rechten Gewerkschaftsführer zu beseitigen". (...)

Diskussion: Einige Kollegen waren der Auffassung, daß gegen derartige Methoden kommunistischer Gewerkschaftsfunktionäre keine Rücksicht mehr am Platze sei und man sich strikt an den Beschluß von Fulda halten müsse, ohne erst auf einen Beschluß des Bundesausschusses zu warten. Es wurde vom Kollegen Weiss zum Antrag erhoben, vom Gesamtvorstand zu beschließen, daß Kollege Faulhaber sofort seines Postens zu entheben ist, da er gegen die Fuldaer Beschlüsse verstoßen hat. Kollege Dr. Klös machte darauf aufmerksam, daß sich dieser Aufruf nicht gegen die Gewerkschaft selbst richtet, sondern daß der Vorstoß Faulhabers darin liegt, daß er diesen Aufruf mit seinem Titel als Bezirksleiter der Gewerkschaft unterschrieben hat.

ten. Es wurde vom Kollegen Weiss zum Antrag erhoben, vom Gesamtvorstand zu beschließen, daß Kollege Faulhaber sofort seines Postens zu entheben ist, da er gegen die Fuldaer

Der Gesamtvorstand einigte sich nach Zurückziehung des Antrages durch Kollegen Weiss dahingehend, dem Kollegen Faulhaber letztmalig eine Rüge zu erteilen und ihn davon in Kenntnis zu setzen, daß ein Antrag auf Amtsenthebung in der Vorstandssitzung vorgelegen habe.

IG Chemie-Hauptvorstand am 17.10.1951

Der Vorstand beschließt, Faulhaber die folgenden Fragen vorzulegen:

1. ob ihm die Fuldaer Beschlüsse bekannt sind,
2. ob er in der Zeit vom 27. bis 29.7.51 an einer Konferenz in Dresden teilgenommen hat und
3. ob auf dieser Konferenz Gewerkschaftsfragen besprochen wurden.

Bei Beantwortung sämtlicher Fragen mit „ja" war sich der Gesamtvorstand einig, den Kollegen Faulhaber fristlos zu entlassen und aus der Organisation auszuschließen. Nachdem Kollege Faulhaber hereingeholt war, wurden beschlußgemäß diese Fragen an ihn gerichtet. Dabei wurde vom Kollegen Gefeller im besonderen auf die Bedeutung der Fuldaer Beschlüsse hingewiesen. Kollegen Faulhaber wurde mitgeteilt, daß ein Protokoll über die genannte Konferenz in Dresden vorliegt, welches klar darüber Aufschluß gibt, daß auf dieser Konferenz in starkem Maße gewerkschaftliche Angelegenheiten behandelt wurden mit der Tendenz, die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland zu schädigen, wenn nicht gar zu zerschlagen. Faulhaber wurde weiterhin darauf hingewiesen, daß er in dieser Konferenz ein Referat gehalten hat mit der Zielsetzung, die Gewerkschaftsmitglieder für Parteiarbeit der KP einzuspannen. Faulhaber versuchte, einer klaren Beantwortung der gestellten Fragen auszuweichen, indem er sich in einer unsachlichen Rechtfertigung gefiel, z. B. Besuch seines Sohnes in der Ostzone. Kollege Gefeller forderte daraufhin Faulhaber auf, die gestellten Fragen mit ja oder nein zu beantworten. Nach Wiederholung der Fragen im einzelnen wurden sie von Faulhaber bejaht. Nach dieser eindeutigen Klärung des Tatbestandes war für eine weitere Diskussion vor dem Hauptvorstand kein Raum mehr und Kollege Gefeller mußte entsprechend dem vorhergegangenen Beschluß die fristlose Entlassung aussprechen, besonders auch desweiteren, weil die Frage vom Kollegen Gefeller, ob nach dieser eindeutigen Verletzung des Fuldaer Beschlusses eine weitere Begründung Faulhabers angehört werden soll, vom Gesamtvorstand gegen vier Stimmen verneint wurde.

Max Faulhaber wird entlassen und aus der IG Chemie ausgeschlossen. Der Bezirk Baden der IG Chemie wird im März 1952 zum Bezirk Württemberg-Baden vereinigt.

Niedersachsen, November 1952

Wegen der Beteiligung des Bezirksjugendsekretärs Roßmann am von der KPD mitgetragenen „Deutschen Jugendkongreß" werden Roßmann und die sich solidarisierenden Bezirksleiter Winter und Sekretär Oslewy entlassen und aus der IG Chemie ausgeschlossen wegen

„außergewerkschaftlicher Betätigung in anonymen Organisationen und Zusammenarbeit mit antidemokratischen totalitären Kreisen."

1953: Reverse gegen Kommunisten

In der Folge verschärft die IG Chemie die „Ausmerzung der Schädling" (Gefeller). Am 26. Januar 1953 faßte der Beirat in Wiesbaden den Beschluß (72 gegen 4 Stimmen):

Mitglieder der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik, die antidemokratische oder antigewerkschaftliche Bestrebungen von Personengruppen, Parteien oder deren Tarnorganisationen in Wort oder Schrift bzw. durch ihr Verhalten unterstützen, haben mit ihrem Ausschluß aus der Organisation zu rechnen. Angestellte der Organisation können in solchen Fällen durch den Hauptvorstand fristlos entlassen werden. Der Hauptvorstand wird beauftragt, von allen besoldeten Funktionären und Angestellten sowie von den verantwortlichen ehrenamtlich tätigen Funktionären der Organisation eine entsprechende schriftliche Erklärung zu verlangen. Der Kreis der ehrenamtlich tätigen Funktionäre, der diesem Beschluß unterliegt, wird vom Hauptvorstand festgelegt. Die Verweigerung dieser Erklärung wird als Bekenntnis zu den genannten Bestrebungen gewertet und hat die Anwendung dieses Beschlusses zur Folge.

terliegt, wird vom Hauptvorstand festgelegt. Die Verweigerung dieser Erklärung wird als Bekenntnis zu den genannten Bestrebungen gewertet und hat die Anwendung dieses Beschlus-

Am 18. Februar 1953 erhielten alle IG Chemie-Funktionäre einen Revers zur Unterschrift:

Ich bestätige hiermit, daß ich durch Schreiben des Hauptvorstandes vom ... ... den Beschluß des Beirats — betreffend die Zersetzungsarbeit totalitärer Parteien und deren Tarnorganisationen in den Gewerkschaften — zur Kenntnis genommen habe.

Ich lehne alle Versuche ab, durch offene oder getarnte Maßnahmen die Geschlossenheit und Kampfkraft der Gewerkschaften zu schwächen.

Ich verpflichte mich, derartige Bestrebungen, insbesondere wie sie durch die These 37 des Parteitages der KPD 1951 zum Ausdruck kommen, mit allem Nachdruck wegen ihres gewerkschaftsfeindlichen Charakters zu bekämpfen.

Am 8. April 1953 resümiert der IG Chemie-Vorstand: 12 Funktionäre erhalten noch eine Fristverlängerung für die Unterschrift, fünf Hauptamtliche — darunter vier Verwaltungsstellenleiter — werden zu einer persönlichen Aussprache vorgeladen. Das Vorstandsprotokoll vom 22. Juni 1953 vermerkt dazu:

Die persönliche Rücksprache mit Bender und Holle hat leider keinen Erfolg gezeigt; desgleichen hat sich Kollege Broidenbach bisher geweigert, die Erklärung zu unterschreiben. Kollege Zapf hat nach Aussprache die Unterschrift geleistet. Nach den Ausführungen des Kollegen Müller ist damit zu rechnen, daß die Verwaltungsstelle Wuppertal im Falle Bender dem Hauptvorstand Schwierigkeiten machen wird, so daß die Einsetzung eines Geschäftsführers nicht zu umgehen ist.

Die IG Chemie-Verwaltungsstellen Wuppertal, Mannheim und Hanau bekamen neue Hauptamtliche vorgesetzt, in Niedersachsen wurde der Apparat umgebildet, „mit diesen klärenden personellen Maßnahmen waren die Weichen für eine vernünftige, politisch ausgewogene, sachbezogene Arbeit gestellt", resümiert Hermann Rappe.

VK-Leitung bei Boehringer aus der IG Chemie ausgeschlossen

Die Aufsichtsratswahlen am 21. April bei Boehringer Mannheim, mit ca. 6.000 Beschäftigten einer der großen bundesdeutschen Pharma-Betriebe, endeten für die außerbetrieblichen IG Chemie-Kandidaten mit einem Fiasko. Die beiden vom Hauptvorstand der Gewerkschaft benannten Kandidaten konnten sich nicht durchsetzen, obwohl in keinem anderen Betrieb der Pharma-Branche der Anteil an Gewerkschaftsmitglieder so hoch ist wie bei Boehringer. Vorausgegangen war dieser Pleite ein monatelanger Streit zwischen dem IG Chemie-Hauptvorstand und den betrieblichen Funktionären um die Kandidaten für den Aufsichtsrat. Der Vorstand löste den Konflikt schließlich auf seine Art: Elf führende betriebliche Funktionsträger wurden kurzerhand aus der IG Chemie ausgeschlossen.

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung der letzten Monate stand die Nominierung der externen Gewerkschaftsvertreter für den Aufsichtsrat. Nach dem Mitbestimmungsgesetz von 1976 sind für die Arbeitnehmer-Bank im Aufsichtsrat neben den betrieblichen Vertretern und den Vertretern der Leitenden Angestellten auch externe Vertreter zu wählen, für die die im Betrieb vertretenen Gewerkschaften ein Vorschlagsrecht haben. In den Richtlinien der IG Chemie für Aufsichtsratswahlen ist festgelegt, daß die unternehmensangehörigen AR-Kandidaten *„durch die gewerkschaftlichen Vertrauensleute in Wahlkonferenzen aufgestellt"* werden, während es in Punkt 10 zu den externen Kandidaten heißt: *„Die Vertreter der Gewerkschaft für die Aufsichtsräte der mitbestimmungspflichtigen Unternehmen gemäß § 16 MitbestG werden durch den Hauptvorstand nach Beratung mit der Wahlkonferenz vorgeschlagen."*

Für den aussichtsreichen ersten Platz plante der Hauptvorstand ursprünglich die Nominierung des baden-württembergischen Bezirksleiters Rainer Sutterer, was auch die Zustimmung der betrieblichen Funktionäre gefunden hätte. Für den zweiten Listenplatz forderten sie einen weiblichen Kandidaten. Drei Tage vor der Wahlkonferenz legte der Hauptvorstand jedoch einen anderen Vorschlag vor. Rainer Sutterer stand nunmehr auf Platz zwei. Für den ersten Platz wurde Gerd Andres nominiert, Bildungssekretär beim Hauptvorstand und SPD-MdB aus Hannover. Eine genügend qualifizierte Kandidatin, so hieß es vom Hauptvorstand, ließe sich nicht finden.

vor. Rainer Sutterer stand nunmehr auf Platz zwei. Für den ersten Platz wurde Gerd Andres nominiert, Bildungssekretär beim Hauptvorstand und SPD-MdB

Am 11. November 1987, rund eine Woche vor der Wahlkonferenz, hatten die Boehringer-Vertrauensleute einen Beschluß gefaßt, daß sie von allen IG Chemie-Kandidaten eine Erklärung erwarten, daß sämtliche durch die Aufsichtsratsmitgliedschaft bezogenen Gelder gewerkschaftlichen und solidarischen Zwecken zugeführt werden sollen. Konkret handelt es sich bei Boehringer um ca. 3.000 DM, die verbleiben, nachdem der Löwenanteil gemäß DGB-Richtlinie an die Hans-Böckler-Stiftung abgeführt ist. Dieser Restbetrag sollte im Einvernehmen zwischen Vertrauensleute-Leitung und Aufsichtsratmitgliedern verwandt werden. Dieses Verfahren wird von den betriebsangehörigen Aufsichtsratsmitgliedern seit Jahren reibungslos praktiziert.

Auf der Wahlkonferenz erklärten die beiden Kandidaten des Hauptvorstands, daß sie nicht bereit sind, sich diesem Verfahren anzuschließen.

In einem Extra-Blatt der von der Vertrauensleute-Leitung herausgegebenen Betriebszeitung „forum" heißt es dazu: *„Für die Vertrauensleute der IG Chemie spielte neben dem persönlichen Vertrauensverhältnis zu den Kandidaten aber nach wie vor die Verwendung der Tantiemen eine Hauptrolle. Es sei nicht richtig, so ein Vertreter der Mannheimer Vertrauensleute, wenn ein Teil der Aufsichtsrats-Sitzungsgelder für die Absicherung etwa eines Bundestagsmandates verwendet werde."*

Keine geeignete Kandidatin vorhanden?

Um ihrer Forderung nach einer weiblichen Kandidatin Nachdruck zu verleihen — immerhin ist Boehringer der größte „Frauenbetrieb" Baden-Württembergs —, wurde die VL-Leitung ebenfalls aktiv und präsentierte ihrerseits einen Vorschlag. Sie benannte die SPD- Europa-Abgeordnete Beate Weber, die aus dem Mannheimer Raum stammt und im Europa-Parlament im Bereich Umwelt- und Gesundheitspolitik tätig ist. Die Tatsache, daß Beate Weber nicht Mitglied der IG Chemie, sondern der GEW ist, hätte kein Hinderungsgrund sein brauchen: Der Rückgriff auf Mitglieder anderer DGB-Gewerkschaften ist bei externen AR-Kandidaten durchaus DGB-ähnlich.

Immerhin veranlaßte dieser Schritt den Hauptvorstand zu einem ersten Kompromiß: Für Platz 2 nominierte er drei Tage vor Ablauf der Anmelde-Frist Veronika Keller-Lauschner, im Geschäftsführenden Vorstand der IG Chemie zuständig für Frauenfragen. An Gerd Andres für Platz 1 hielt der Hauptvorstand allerdings entgegen aller Warnungen fest.

Keine eigene Liste

Neben dem Streitpunkt der Tantiemenverwendung und der Nominierung einer Frau stand für die Vertrauensleute-Leitung aber vor allem eines im Vordergrund: sie lehnte *„die Art des Umgangs, den der Hauptvorstand mit den betrieblichen Funktionären pflege, grundsätzlich ab. Es könne nicht angehen, daß die Gewerkschaftsführung die Auseinandersetzung um die Kandidaten zur Frage des Gehorsams der Funktionäre an der Basis mache."* (forum extra, 26.2.88).

Wenige Tage vor Ablauf der Einreichungsfrist war klar, daß der Hauptvorstand zu keinerlei weiteren Kompromissen bereit war.

In der Vertrauensleute-Sitzung am 2.2. beschloß die Versammlung einen eigenen Kandidaten-Vorschlag und bestimmte in geheimer Wahl die Kandidaten. Die letzte Entscheidung über die Einreichung einer eigenen Liste sollte die Leitung der Vertrauensleute treffen, die zugleich den Auftrag erhielt, bis zum letzten Tag nach einer Kompromißmöglichkeit zu suchen. In der entscheidenden Sitzung der Vertrauensleute-Leitung fand sich aber keine Mehrheit für diesen letzten Schritt. Um diesen Entschluß war offenbar hart gerungen worden. Das „forum extra" dokumentiert in einem pro- und einem contra-Beitrag die unterschiedlichen Standpunkte innerhalb der VL-Leitung. In der Pro-Stellungnahme heißt es: „... *als Wahlmann kann ich keine Kandidatinnen und Kandidaten wählen, die ich schon zweimal abgelehnt habe. Ich will aber auch nicht zulassen, daß durch meine Enthaltung bei der Abstimmung Leute vom Verband der Angestellten Akademiker oder der DAG gewählt werden."* Deshalb sei die Aufstellung eigener Kandidaten die einzige Alternative. Contra hielt dagegen, die Sache sei *„nicht so wichtig, daß ich es auf die Spitze treiben müßte. ... der Hauptvorstand wartet nur darauf, daß wir eine Gegenliste zu seinem Vorschlag einreichen, um gegen uns vorgehen zu können. Die machen uns lieber das kaputt, was wir bei BM geschaffen haben, als über die eigene Verhaltensweise nachzudenken ..."*

und Kandidaten wählen, die ich schon zweimal abgelehnt habe. Ich will aber auch nicht zulassen, daß durch meine Enthaltung bei der Abstimmung Leute vom

Nach Wahlpleite Ausschlußverfahren

Die VL-Leitung nahm die Kandidaten des Hauptvorstands *„zähneknirschend zur Kenntnis"*, ließ aber das eigene Abstimmungsverhalten bei der AR-Wahl offen: *„In der Zeit vom 21. bis 25. März werden in den Betrieben die Wahlfrauen und Wahlmänner von den Belegschaften gewählt. Ob sie sich allerdings am 21. April, wiederum zähneknirschend, für die Kandidaten des Hauptvorstands entscheiden werden, oder ob sie auf Kandidaten einer anderen Liste ausweichen, ist im Augenblick ungewiß."* (forum extra, a.a.O.)

Tatsächlich gaben nur ein Teil der IG Chemie-Wahldelegierten den Kandidaten des IG Chemie-Vorstands ihre Stimme, beide fielen durch. Obwohl die DAG nur mit fünf Wahldelegierten vertreten war, wurde ihr Spitzenkandidat mit 45 Stimmen in den Aufsichtsrat gewählt, Ein weiteres Mandat fiel an den Verband Angestellter Akademiker.

Nach dieser Ohrfeige sah die IG Chemie-Führung rot: Am 16.5. stellte der geschäftsführende Hauptvorstand Ausschluß-Antrag gegen die gesamte elfköpfige Leitung der Boehringer-Vertrauensleute. Am 27. Juli stimmte der (Gesamt-) Hauptvorstand einstimmig für den Ausschluß. Betroffen hiervon sind u.a. der Betriebsratsvorsitzende (zugleich AR-Mitglied), sein Stellvertreter, sechs weitere BR-Mitglieder (davon drei Freigestellte), sowie zwei BR-Ersatzmitglieder. Einige der Kollegen hatten auch außerbetriebliche Funktionen in der Gewerkschaft: drei Mitglieder des örtlichen Verwaltungsstellen-Vorstands, zwei Delegierte für den Gewerkschaftstag, zwei Mitglieder des Frauenausschusses und eines der Tarifkommission der IG Chemie.

Linke Hochburg zerschlagen

Die (unvollständige) Liste der Funktionen der Boehringer- Kollegen ist Ausdruck der Tatsache, daß sie in den vergangenen zehn Jahren eine äußerst erfolgreiche Arbeit geleistet haben. Mit der von den Vertrauensleuten herausgegebenen Betriebszeitung „forum" setzten sie vor allem auf lebendige Information und Diskussion der Belegschaft. Dabei hielten sie auch mit Kritik an der offiziellen IG Chemie-Politik nicht hinterm Berg. So opponierten sie gegen die Atomenergie-Politik des Vorstands, kritisierten fernab von der Basis ausgehandelte Tarifabschlüsse oder die Pharma-Politik der Gewerkschaft.

Durch aktive Vertrauensleute-Arbeit gelang es, die Zahl der Mitglieder von 1.400 auf 2.100 zu erhöhen; der Organisationsgrad von 34,4 Prozent liegt damit deutlich über dem Schnitt der Pharma-Branche von 25 Prozent. Dies ist umso bemerkenswerter, als von den 6.000 Beschäftigten 4.500 Angestellte sind, darunter 1.000 Akademiker.

Die Belegschaft honorierte diese Arbeit auch bei den Betriebsratswahlen. Nachdem 1981 erstmals einige der nun Ausgeschlossenen in den BR gewählt wurden, konnten sie die IG Chemie-Position zu einer sicheren Mehrheit in diesem Gremium von 20 zu 9 ausbauen. Für die Belegschaft wurden wuchtige Erfolge errungen:

— obligatorischer Freizeitausgleich bei Überstunden
— Abwehr eines betrieblichen Personaldatenerfassungssystems
— Nichtanwendung des arbeitnehmerfeindlichen „Beschäftigungsförderungs"-gesetzes usw.

Betriebsversammlungen bei Boehringer dauerten schon mal mehrere Tage und waren ein Forum lebendiger Diskussion auch über Themen wie Umweltschutz, Pharma-Politik oder Autonomie am Arbeitsplatz.

Mit einer von den Vertrauensleuten organisierten Aktion verhinderte die Belegschaft 1986 die Stillegung eines Betriebsteils.

Mit einer von den Vertrauensleuten organisierten Aktion verhinderte die Belegschaft 1986 die Stillegung eines Betriebsteils.

Aber auch auf innergewerkschaftlicher Ebene mischten die Boehringer-Kollegen kräftig mit. Nach Jahren der politischen Isolation in der Verwaltungsstelle gelang es ihnen, gemeinsam mit anderen kritischen Kollegen, die Hälfte der ehrenamtlichen Sitze im Mannheimer (Orts-)Vorstand zu erringen.

Das Datum dieses Erfolges, der 16.4.88, also fünf Tage vor der umkämpften Aufsichtsratswahl bei Boehringer, unterstreicht nur seine Bedeutung.

Selbst in der Zeit nach der Aufsichtsratswahl äußerten sich Hauptvorstandsmitglieder durchaus respektvoll: *„Die Mitglieder der IG Chemie im Betriebsrat bei Boehringer werden in Hannover vorsichtig als sehr selbstbewußt charakterisiert. Ihnen wird gute Arbeit im Unternehmen bescheinigt"* (Stuttgarter Zeitung, 23.4.88).

In der Ausschluß-Begründung indes schlägt der Hauptvorstand andere Töne an. Neben den Vorgängen um die Aufsichtsratswahl wird eine Reihe von Konflikten aus den vergangenen Jahren aufgelistet und gipfelt in dem Vorwurf des Syndikalismus. *„Syndikalismus ist der größte Feind der verbandsorientierten demokratischen Arbeiterbewegung, dabei ist es für die Beurteilung unerheblich, ob es sich um rechts- oder linksorientierten Syndikalismus handelt oder ob um eine Mischung unterschiedlicher politischer Positionen aus Basissozialisten, Kommunisten und Grünen".*

„Basissozialisten", „Kommunisten", „Grüne": Hatte der organisierte Hauptvorstand der IG Chemie je größere Feinde?

si

Die angekündigte Dokumentation wird zu beziehen sein über:
Betriebsrat der Boehringer Mannheim GmbH,
Sandhofer Str. 116, 6800 Mannheim 31
Tel.: 0621/759-3334-7

Justiz ermittelt gegen 357 Frauen

Hexenjagd in Memmingen

Memmingen, eine beschauliche Kleinstadt im Unterallgäu, erlebt derzeit eine bislang beispiellose Strafverfolgung von Frauen, die abgetrieben haben. Nach der Beschlagnahmung der Patientinnenkartei des Frauenarztes Dr. Theissen, dem illegale Abtreibungen vorgeworfen werden, wurden bisher 357 Ermittlungsverfahren eingeleitet; knapp 200 Frauen sind bereits zu Geldstrafen zwischen 900 und 3200 DM verurteilt. Dies ist der Stand Anfang August, die Zahlen erhöhen sich laufend. Am 8. September beginnt der Prozeß gegen Dr. Theissen. 32 Prozeßtage sind angesetzt und 156 Frauen als Zeuginnen geladen.

Memmingen: eine Kleinstadt, 37.000 EinwohnerInnen, die meisten sind katholisch und wählen CSU. Hexenverfolgung hat in dieser Gegend Tradition, die letzte Hexenverbrennung in Deutschland fand 1775 im nahegelegenen Kempten statt. Frauen, die ungewollt schwanger werden, befinden sich hier — wie auch sonst im bayerischen Hinterland — in einer fast ausweglosen Situation:

— Für eine Abtreibung nach Notlagen-Indikation schreibt das bayerische Beratungsgesetz drei Instanzen vor: Beratungsstelle, indizierende ÄrztIn und abbrechende ÄrztIn.

— Ambulante Abtreibungen sind in Bayern nicht erlaubt.

— Die einzige anerkannte § 218-Beratungsstelle in Memmingen ist die der Caritas; die nächste Pro-Familia-Beratungsstelle ist ca. 100 km weit weg, in Augsburg oder München.

ritas; die nächste Pro-Familia-Beratungsstelle ist ca. 100 km weit weg, in Augsburg oder München.

— ÄrztInnen, die Indikationen ausstellen, sind kaum zu finden.

— Kliniken, die Abbrüche durchführen, gibt es nur in München oder Ravensburg; die Ravensburger Privatklinik wird zum 1. Oktober nach jahrelanger Hetze der „christlichen Liga“ geschlossen.

— Die ländlich-katholische Doppelmoral tut ein übriges: Da die Abtreibung oft auch im engsten sozialen Umfeld der Frauen nicht bekannt werden darf, müßten die Frauen die weiten Fahrten für den Beratungsschein und die Indikationsbescheinigung und vor allem einen mehrtägigen Klinikaufenthalt vertuschen.

In dieser Situation war Dr. Theissen für viele ungewollt Schwangere die letzte Möglichkeit für einen medizinisch sauberen Schwangerschaftsabbruch. Nach eingehender Beratung und Beschäftigung mit der Situation der Frau nahm er ambulante Abtreibungen in seiner Praxis vor, zum Teil ohne Beratungsnachweis und Indikationsbescheinigung. Die Frauen mußten eine Erklärung unterschreiben: „Hiermit erkläre ich mich mit der medizinisch/eugenisch/sozial indizierten Interruptio einverstanden“ (laut Urteilsbegründung, Aktenzeichen CS 23 Js 3734/87) und hatten für den Abbruch 250 bis 500 DM zu bezahlen; sozial schwache Frauen brauchten nichts zu bezahlen (AZ, 23/24.7.88). Dr. Theissen fing davon aus, daß die Frauen sich nicht strafbar machen, wenn der Abbruch innerhalb der 12-Wochenfrist stattfindet und die Frauen „in Bedrängnis“ handeln, und daß er selbst nur eine Ordnungswidrigkeit begeht. Denn es handelt sich letztlich nur um Formfehler: Den Beratungsnachweis hätten die Frauen von der Beratungsstelle in jedem Fall bekommen, unabhängig vom Inhalt des Beratungsgespräches, und eine Notlagenindikation hat seiner Meinung nach in jedem Fall vorgelegen.

Die Ermittlungen

Nach einer anonymen Anzeige 1986 kam zunächst die Steuerfahndung in die Praxis des Frauenarztes. Die Patientinnenkartei wurde beschlagnahmt und landete bei der Staatsanwaltschaft. Ein grünes „I“ auf der Karteikarte wurde als Hinweis auf einen Schwangerschaftsabbruch gewertet. In der Folgezeit setzte ein regelrechtes Kesseltreiben gegen die Patientinnen ein. Ermittelt wurde gegen den Arzt *und* gegen die Frauen. Zu Hunderten wurden Frauen von Polizei, Staatsanwaltschaft und Ermittlungsrichtern vernommen — und die gingen nicht gerade zimperlich vor.

Ein Streifenpolizist klingelte an der Tür und begrüßt die Frau mit: „Wissen Sie eigentlich, daß Sie gemordet haben?“ Ein anderer fragte eine Frau, warum sie so schlampig verhütet habe (nach „Stern“). Die Staatsanwaltschaft legte den Frauen einen Fragenkatalog mit 32 Fragen vor. Sie wollte genaue Details wissen über Feststellung der Schwangerschaft, Beratung, Indikationsfeststellung und Durchführung des Schwangerschaftsabbruchs. Besonders interessierten sich die Staatsanwälte für alles, was in der Praxis gesprochen wurde, z. B. ob Dr. Theissen zunächst ein höheres Honorar forderte, ob er die Frauen zum Schweigen verpflichtet hätte. Sie wollten wissen, woher die Frauen das Geld für die Abtreibung hatten, ob sie von anderen Abtreibungen wüßten. Bei Vernehmungen wurden Frau-

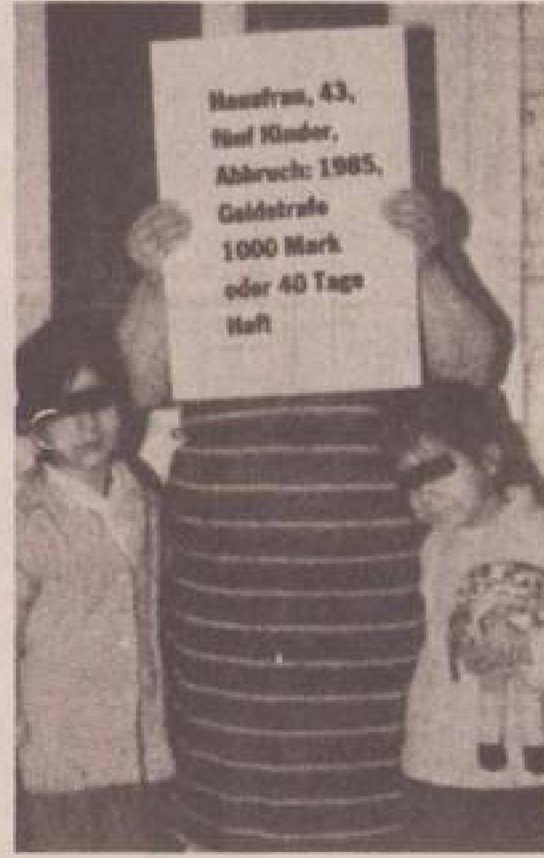
die Frauen das Geld für die Abtreibung hatten, ob sie von anderen Abtreibungen wüßten. Bei Vernehmungen wurden Frau-

en nicht über ihre Rechte aufgeklärt (als Beschuldigte können sie die Aussage verweigern); sie konnten nur im Beisein von Beamten mit ihren Anwälten telefonieren. Eine Frau, deren Abtreibung bereits verjährt ist, wollte die Aussage verweigern. Der Ermittlungsrichter drohte ihr daraufhin mit einem halben Jahr Beugehaft. Der Sprecher des bayerischen Justizministeriums, Glocker, findet dies auch völlig in Ordnung: „Es ist so, daß Zeugenaussagen erzwungen werden können. Ich kann daran nichts Verbotenes finden“. „Im Grunde ist ein solcher Prozeß natürlich eine Inquisition, denn es geht ja darum, mittels der zulässigen Beweismittel die Wahrheit herauszufinden.“ (AZ, 4.8.88)

Gegen alle Frauen, deren Abtreibung nicht verjährt ist — die Verjährungsfrist beträgt drei Jahre — wurde ermittelt. Bisher sind 357 Ermittlungsverfahren eingeleitet worden (AZ, 4.8.88). Vorgeworfen wird den Frauen, daß sie ohne Notlagen-Indikation eine Abtreibung vornehmen ließen.

Knapp 200 Frauen sind bisher per Strafbefehl verurteilt worden — zu Geldstrafen zwischen 900 und 3.200 DM. Nur ca. zehn Frauen haben Widerspruch gegen den Strafbefehl eingelegt; die meisten Frauen haben die Strafe stillschweigend bezahlt aus Angst davor, in einem öffentlichen Prozeß gebrandmarkt zu werden. Es sind aber gerade diese Frauen — insgesamt 156 —, die jetzt für den Prozeß gegen Dr. Theissen als Belastungszeuginnen geladen sind.





Die Urteile

Bei einem Widerspruch gegen den Strafbefehl kommt es zu einer mündlichen Verhandlung. Dabei sind bisher alle Frauen vom Amtsgericht Memmingen in der ersten Instanz zu Geldstrafen verurteilt worden.

Die Argumentation ist immer gleich; die schriftliche Urteilsbegründung ist in einigen Abschnitten bei allen Urteilen — auch von unterschiedlichen Richtern — wörtlich identisch: Zunächst wird bemängelt, daß keine Beratung durch eine staat-

gelt, daß keine Beratung durch eine staat-

lich anerkannte Beratungsstelle stattgefunden hat. Dann geht der Richter auf die Gründe ein, die die Frau selbst für das Vorliegen einer Notlagen-Indikation vorgebracht hat. Die Gründe sind für ihn natürlich keine. Dabei wird regelmäßig anerkannt, daß es sich um eine wirtschaftlich, beruflich und/oder familiär schwierige Situation gehandelt habe — die psychische Situation der Frau interessierte die Richter sowieso nicht —, die Lage sei aber nicht aussichtslos gewesen:

— z.B. bei einer Frau, die bereits drei Kinder hat und bei einem weiteren Kind ihren Halbtagsjob hätte aufgeben müssen, so daß die dann sechsköpfige Familie von 1800 DM netto im Monat in einer Dreizimmerwohnung hätte leben müssen;

Dreizimmerwohnung hätte leben müssen;

— z. B. bei einer ledigen Frau, die bereits ein Kind hat und bei einem zweiten Kind ihren Laden aufgeben und von Sozialhilfe leben müßte;

— z.B. bei einer Studentin, in deren streng katholischem Elternhaus ein uneheliches Kind als Schande empfunden wird.

Es folgt jeweils ein lapidarer Satz, in der Art „Soziale Indikation ist nicht gegeben“. (Obwohl der Gesetzgeber von einer „sonstigen schweren Notlage“ spricht, verwendet der Amtsrichter Bochum in geradezu penetranter Weise den Begriff „soziale Indikation“). Begründet wird dies jeweils mit dem Hinweis auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 25.2.1975 und im Anschluß daran einer Entscheidung des Bayerischen Obersten Landesgerichts von 1978, nach denen eine Notlagenindikation nur dann vorliege, wenn eine ganz besonders gelagerte Ausnahmesituation festzustellen sei. Wirtschaftliche oder familiäre Schwierigkeiten reichten dafür nicht aus. Die Überforderung der Schwangeren durch die Schwangerschaft müsse so groß sein, daß eine gleichwertige Rechtspflicht derjenigen zum Austragen gegenüberstehe. Gemeint ist damit, daß eine Frau nach diesen Urteilen solange zum Austragen einer ungewollten Schwangerschaft verpflichtet ist, solange sie noch einigermaßen in der Lage ist, ihre Pflichten als Hausfrau und Mutter zu erfüllen. Erst wenn die Versorgung ihrer Kinder oder des Ehemannes oder z.B. pflegebedürftiger Verwandter ernsthaft gefährdet ist, darf sie eine Abtreibung vornehmen lassen.

Noch einen weiteren Grund führen die Richter jeweils für das Nicht-Vorliegen einer Notlagen-Indikation an. Gemäß § 218a Abs. 2 Nr. 3 StGB ist Voraussetzung, daß die Notlage „nicht auf eine andere für

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung nächste Seite


Lebhafte Diskussion vor dem Amtsgericht, dem Schauplatz der Prozesse gegen die Frauen

Staatliche Abnahmegarantie bei ungewollten Schwangerschaften

Schwangerschaftsabbrüche in Bayern

Jahr	insgesamt	davon: sonstige schwere Notlage	davon an den Universitätskliniken (staatlich) insgesamt	davon: sonstige schwere Notlage
1985	6.160	3.646	125	1
1986	6.088	4.343	139	2

Der Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Wild: „Das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst ist nicht der Auffassung, daß an den Universitätskliniken erschwerte Bedingungen und Behinderungen für Frauen bestehen, die einen Schwangerschaftsabbruch durchführen lassen wollen.“

Zahlen und Zitat aus der Stellungnahme des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst vom 30.6.1987 auf eine Anfrage der Landtagsfraktion der Grünen.

Während die Bundesregierung immer noch an einem Beratungsgesetz zum § 218 bastelt, ist die bayerische Staatsregierung längst schon wieder einen Schritt voraus: Ein bayerisches Beratungsgesetz — ziemlich deckungsgleich mit dem geplanten Bundesgesetz — gibt es schon seit 10 Jahren; jetzt scheint die Zeit reif, die Notlagenindikation bayernweit de facto abzuschaffen. Da — wie das bayerische Sozialministerium bedauernd meint — „in absehbarer Zeit Änderungen im Bereich des Strafrechts nicht erreichbar sind“, (1) hat man sich einen neuen Trick einfallen lassen. In Vorbereitung ist ein Gesetz zur „Adoption als Alternative zum Schwangerschaftsabbruch“, das eine staatliche Abnahmegarantie vorsieht.

Nach dem Gesetz ist eine Abtreibung nach Notlagenindikation nur dann möglich, wenn eine „sonstige schwere Notlage“ vorliegt, die „nicht auf eine andere für die Schwangere zumutbare Weise abgewendet werden kann“. (§ 218a Abs. 2 Nr. 3 Buchst. b)

Das bayerische Justizministerium geht nun einfach davon aus, daß „derartige Notlagen durch eine Adoption in zumutbarer Weise abgewendet werden können“ (2), und schlägt vor:

„Der werdenden Mutter könnte im Rahmen der nach § 218 b StGB vorgeschriebenen Beratung über öffentliche und private Hilfen zur Abwendung einer sozialen Notlage die verbindliche Zusage gegeben werden, daß ihr Kind — wenn dies innerhalb von sechs Monaten nach der Geburt beantragt und die Einwilligung in eine daraufhin angebotene Adoption erklärt wird — mit dem Ziel der Adoption in die Obhut von Adoptionsbewerbern, Pflegeeltern oder einer geeigneten Einrichtung genommen und die Mutter dadurch von ihrer Betreuungs- und Unterhaltspflicht freigestellt wird. Diese Zusicherung soll nach dem Vorschlag auch den Ehemann als Vater des Kindes begünstigen, da von einer sozialen Notlage beide Ehegatten betroffen sind. Dies gilt nicht für den Vater eines nichtehelichen Kindes. Die gesetzliche Regelung eines solchen Freistellungsangebotes könnte in das bayerische Schwangerenberatungsgesetz aufgenommen werden.“(2)

Die staatliche Abnahmegarantie wird für notwendig gehalten, da sich z.B. für behinderte Kinder keine Adoptiveltern finden. Ursprünglich war sogar geplant, daß die Schwangere bereits vor der Geburt ihre Adoptionseinwilligung geben können soll. Darauf wurde jedoch verzichtet, da eine pränatale Adoptionseinwilligung gegen geltendes EG-Recht verstößt und vor allem nicht zweckmäßig erscheint. Denn es geht gar nicht darum, das die Kinder wirklich zur Adoption freigegeben werden sollen: *„Entscheidet sich die Mutter auf der Grundlage der vorgeschlagenen Zusicherung zur Fortsetzung der Schwangerschaft, so gewinnt sie und ihre Umgebung Zeit, sich auf die Geburt des Kindes einzustellen. Hierdurch und vor allem durch die während der Schwangerschaft und nach der Geburt erwachsene Bindung zu dem Kind werden sich voraussichtlich viele Mütter schließlich dafür entscheiden, von der Zusicherung keinen Gebrauch zu machen und statt dessen das Kind selbst aufzuziehen. In vielen Fällen wird so die im Interesse des Kindes beste Lösung erreicht.“* (2) Nach der Meinung eines Sprechers des Justizministeriums *„dokumentiere die Bereitschaft der Mutter, das Kind nach der Geburt zu behalten, daß die ehemals für eine Abtreibung angeführten Argumente letztlich wohl doch nicht so schwerwiegend gewesen sein können.“* (SZ, 27.5.88)

So freiwillig, wie es sich anhört, ist die Entscheidung der Frau für die Fortsetzung der Schwangerschaft natürlich nicht, denn — so das Justizministerium, *„Probleme bei der Schwangerenberatung erscheinen bei sachgemäßer Handhabung in einem erheblichen Teil der Fälle überwindbar. Sobald erkennbar wird, daß das vorrangige Ziel, in der werdenden Mutter den Wunsch nach einem Austragen und Behalten des Kindes zu wekken, nicht erreicht werden kann, sollte es möglich sein, der werdenden Mutter behutsam, aber mit der gebotenen Deutlichkeit nahezubringen, daß eine Freigabe des Kindes zur Adoption im Vergleich zur Tötung der Leibesfrucht das geringere Übel darstellt.“* (2)

Der Vorgang selbst soll ungefähr so aussehen: Die Beratungsstelle meldet den Fall an die zentrale Adoptionsstelle, diese entscheidet über das Freistellungsangebot und teilt das Ergebnis der Beratungsstelle mit. Diese wiederum teilt es der Schwangeren mit und vermerkt es auf dem Beratungsschein als Hinweis für die ÄrztInnen, die die Indikation ausstellt bzw. den Abbruch vornimmt.

Für die Frau heißt dies, sie muß nicht nur mehrmals zur Beratungsstelle, was den Abbruch erheblich verzögern kann, sie wird vor allem kaum eine ÄrztIn finden, die trotz dieses Vermerks eine Indikation ausstellt oder den Abbruch durchführt. Dafür wird die bayerische Justiz (siehe Memmingen) schon sorgen.

Gy/KB Nürnberg

(1) Schreiben des bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales an die Wohlfahrtsverbände, Träger der Beratungsstellen etc. vom 25.1.88

(2) Stellungnahme des Staatsministeriums der Justiz, Stand: 14.2.87, Maßnahmen zum Schutz des ungeborenen Lebens. Adoption als Alternative zum Schwangerschaftsabbruch.

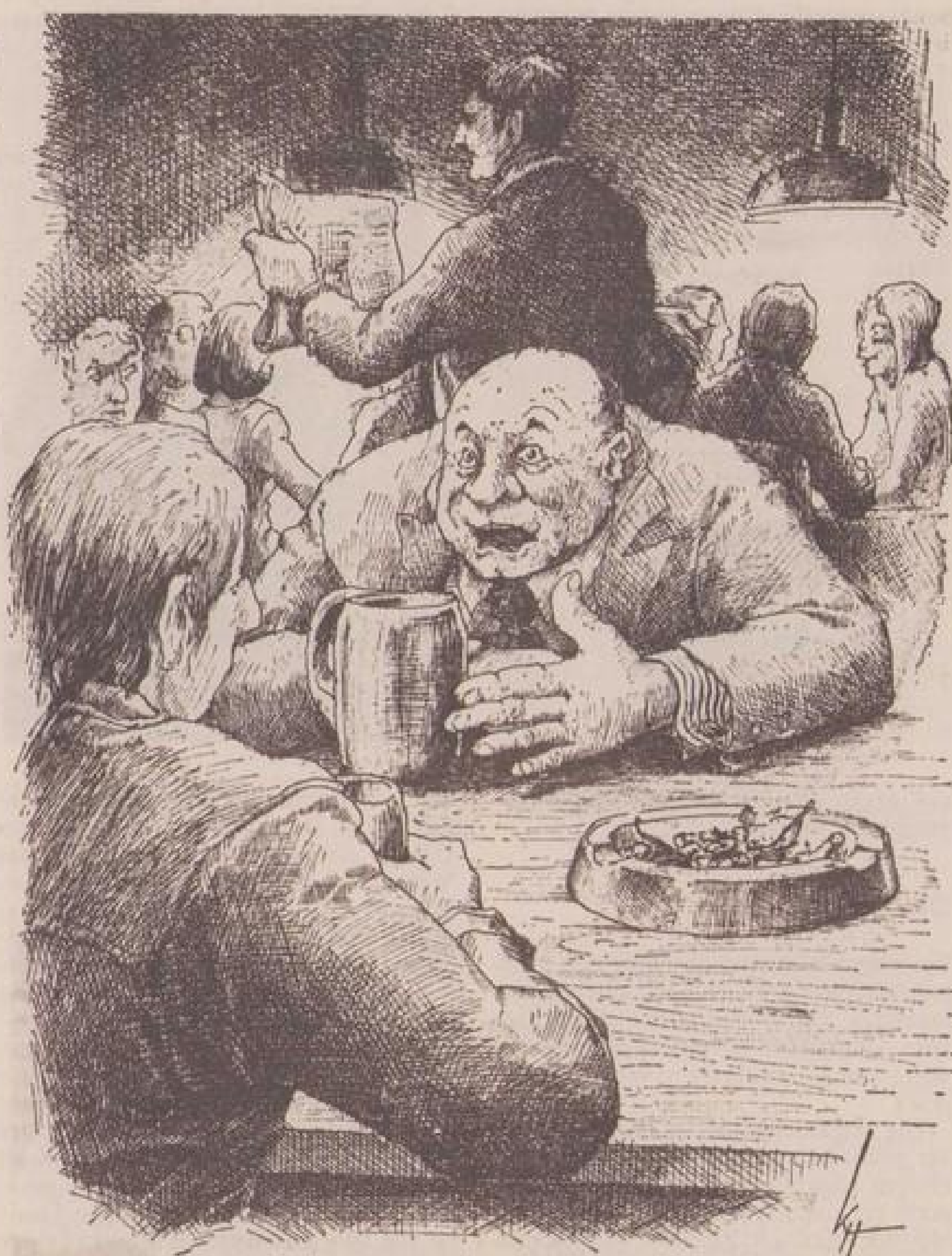
Schwarze raus?

Die „Frankfurter Rundschau" gegen afrikanische Flüchtlinge

Der in der „FRANKFURTER RUNDSCHAU" für den Bereich Innere Sicherheit zuständige Redakteur Karl Heinz Krumm startete eine unglaublich rassistische Kampagne gegen Menschen aus Afrika, um eine Verschärfung des Asylrechts zu fordern.

Die Sache begann, wie man sie wohl in vielen Lokalteilen von Tageszeitungen bundesdeutscher Großstädte lesen kann. Wieder einmal ist die Rauschgiftszene Frankfurts durch die Polizei von Platz A in Park B verdrängt worden. Artikel dieser Art erscheinen immer mal wieder und sind in der Regel kaum der Rede wert. Neu war in diesem Jahr erstmal nur, daß ab und zu ein Foto den Beweis für die Richtigkeit der Angaben liefern sollte. Denn die „Szene" hatte sich angeblich gewandelt. Heute, so hieß es, werde der Rauschgifthandel in Frankfurt von Afrikanern betrieben. Und die Fotos zeigten deutsche Polizisten im Gespräch mit Schwarzen, die dicke Balken vor den Augen trugen...

Daß diese Artikel nur das Vorspiel für eine ekelhafte Kampagne waren, zeigte



„Ich habe nichts gegen Ausländer, nur ich mag sie nicht."
Karikatur: Kurt Halbritter

„Ich habe nichts gegen Ausländer, nur ich mag sie nicht."
Karikatur: Kurt Halbritter

sich im Juni und Juli dieses Jahres, als die FR gleich drei Artikel mit gleichem, sich aber ständig verschärfendem Inhalt veröffentlichte. Die kleine Serie zur Kriminalisierung von Afrikanern und für die Verschärfung der Reste des Asylrechts begann am 1.6.1988 (D-Ausgabe) mit einem Bericht von Jürgen Schenk im Lokalteil der FR. *„Polizei ist gegen die senegalesischen Drogenhändler fast machtlos / Asylbewerber nutzen Zeit bis zum Verfahren zum Dealen"* lautete die Überschrift des Lokalreporters, der die Leser dieser Zeitung mit aufgepeppten Stories aus dem Polizeibericht zu beglücken pflegt. Eine Menge Asylbewerber aus Senegal, von denen noch nie einer als politisch verfolgt anerkannt worden sei, fahre regelmäßig aus der ganzen BRD nach Frankfurt, um hier mit Heroin zu dealen. Obwohl viele von ihnen geschnappt würden, seien Polizei und Justiz machtlos. Für U-Haft seien die gefundenen Mengen zu gering, eine Abschiebung könne wegen laufender Asylverfahren nicht durchgesetzt werden, und bei negativem Ausgang des Asylverfahrens stellten die Dealer einfach Folgeanträge. Gegen das unerlaubte Verlassen der Gemeinde, der der Asylsuchende zugeteilt wurde, gäbe es nur Ordnungsmaßnahmen. Wird doch einmal einer der Dealer abgeschoben, tauche er unter anderem Namen bald wieder auf — kurzum, das Problem mit dem Rauschgift in der BRD sei nur über das Asylrecht zu lösen!

Ein Stück aus dem liberal existierenden Rassismus

Nach dieser Einstimmung griff Karl-Heinz Krumm die Geschichte in zwei ausführlichen Artikeln auf Seite 3 („Meinung und Bericht") der FR auf, walzte sie breit, würzte sie mit reichlich rassistischem Gedankengut und kommentierte sie ganz im Sinne zimmermannscher Flüchtlingspolitik (*„Zwei Heroinbömbchen..."*, in der FR vom 25.6.88 und als Leitartikel *„Mißbrauch des Asylrechts"* in FR vom 4.7.88). KHK berichtet, wie es den Rauschgiftkommissionen gelungen sei, *„das Problem mit den vor allem über Ostberlin einsickernden Tamilen zu lösen"*, und daß *„das Stichwort, das die Fahnder seit einiger Zeit umtreibt, Schwarzafrika (heißt)"*. Tatsächlich spricht KHK ausschließlich von den Flüchtlingen aus den kleinen Ländern Ghana, Gambia und Senegal.

Von 267 Senegalesen, die 1987 beim Drogenhandel erwischt wurden, stammten die meisten, nach Feststellung der Polizei, aus drei Dörfern. Man vermute *„eine Mund-zu-Mund-Propaganda im fernen Senegal, daß man in Frankfurt ohne großes Risiko rasch gutes Geld verdienen kann."* Krumm schreibt, daß die meisten Senegalesen über die *„Rahmenbedingungen ihrer gefährlichen Gastarbeit"* bestens informiert seien, daß sie nur kleinste Mengen Heroin mit sich trügen und, weil sie wüßten, daß sie bei den *„deutschen Ermittlungsbehörden keinerlei Aussagen machen müssen"*, nach der Festnahme jede Auskunft verweigern würden. Weiter klagt er: *„Mit dieser einleuchtenden Methode mindern die fremden Dealer nicht nur ihre natürlichen Nachteile im konspirativen Geschäft (dunkle, auffällige Hautfarbe, kaum Sprachkenntnisse), sondern auch das Risiko für alle Beteiligten ..."*

Flott schreitet KHK beim Kriminalisieren von Afrikanern voran: *„Im Jahre 1987, rechnet Jürgen Jeschke vom BKA vor, waren von genau 57.973 Asylbewerbern 6,2% Schwarzafrikaner, von denen rund die Hälfte als rauschgift**verdächtig** ermittelt wurde"*, schreibt er am 25.6., um schon neun Tage später zu behaupten, daß *„rund 50% der etwa 3.500 Schwarzafrikaner, die 1987 Asyl begehrten, von der Polizei als Rauschgift**täter** ermittelt (wurden)."* Wie leicht es auch der „Frankfurter Rundschau" fällt, Andersfarbige den wildesten Spekulationen auszusetzen.

Hetze gegen „Straftäter"

Um den künstlichen Zusammenhang zwischen Asylrecht und Drogenhandel nutzen zu können, genügt es für KHK natürlich nicht, erwischte Dealer, wenn sie denn tatsächlich als Asylbewerber hier sein sollten, nach dem zur Zeit geltenden Recht zu verurteilen. Stattdessen muß eine schnelle Abschiebung gefordert und härtere Strafen dürfen zumindest erträumt werden. *„Wir können doch die Senegalesen, gibt Schäfer zu bedenken, nicht anders als andere Rauschgift-Dealer behandeln."* Wenn KHK sich ausgerechnet vom Leiter der Frankfurter Staatsanwaltschaft zur Rechtsstaatlichkeit ermahnen lassen muß, fragt man sich entsetzt, was ohne solche Hilfestellung alles in seinem Kopf vorgeht.

„Die nach der Verurteilung übliche und erforderliche Konsequenz freilich, die straffällig gewordenen Ausländer sofort in ihr Heimatland abzuschieben..." also das, was KHK auch gegen Asylsuchende herbeiwünscht, ist in Wirklichkeit weder üblich noch erforderlich. Tatsächlich sitzen in der BRD verurteilte Ausländer erstmal ihre Strafen ab, bevor sie ein zweites Mal durch Abschiebung bestraft werden. Daß Krumm diesen klaren Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz nicht kritisiert, sondern sogar für erforderlich hält, stellt ihn in eine Reihe mit solchen großen „Humanisten" wie dem Westberliner Abschiebesenator Kewenig, der Palästinenser trotz Abschiebestop, wenn sie „straffällig" geworden sind, in den Libanon abschieben läßt und Familien die Aufenthaltserlaubnis verweigert, wenn ihre strafunmündigen Kinder wiederholt beim Klauen erwischt wurden. Ohne sich im Geringsten um die Hintergründe und Motive für Diebstahl und Dealerei zu kümmern, wollen Leute wie Krumm und Kewenig mit dem Hinweis auf „Straftaten" jede Willkür im Umgang mit Flüchtlingen durchsetzen.

Ungereimtheiten

Die Artikelserie suggeriert, daß ein Asylantrag vor Strafverfolgung schützt. Mal heißt es, daß ein (Klein-)Dealer häufig nicht einmal befürchten müsse, in Untersuchungshaft zu kommen, mal wird gemault, daß es im Durchschnitt nur vier Monate auf Bewährung gebe. Um aber die Justiz zu loben, läßt man andererseits durchblicken, daß es *„in mehr als 80% der Fälle, in denen Beweismittel sichergestellt werden, auch bei Senegalesen Haftbefehle (gibt)."* Die Visumspflicht — Versuche der BRD, sich gegen Flüchtlinge abzuschotten und das Recht auf Asyl durch faktische Schließung der Grenzen außer Kraft zu setzen — habe laut Jürgen Schenk *„die Bundesregierung auf Druck der Frankfurter Polizei im Oktober vergangenen Jahres für die Senegalesen eingeführt."* Das hört sich bei KHK schon viel dramatischer an: *„Bedrängt von der immer größeren Zahl von Schwarzafrikanern, die als ‚Geschäftsmann' bis sechs ‚Heroin-Eier' mit je achtzig Gramm Heroin im Darm transportieren oder als ganz normale Touristen in die Bundesrepublik kommen, um hier als Dealer schnelles Geld zu machen, hat die Bundesregierung Ende vergangenen Jah-*
ler schnelles Geld zu machen, hat die Bundesregierung Ende vergangenen Jah-
res für alle afrikanischen Staaten außer Benin den Visumszwang eingeführt." Erinnert sei hier noch einmal daran, daß der Anlaß — angeblich! — einige Dealer aus drei kleinen afrikanischen Staaten waren, die mit kleinen Mengen Heroin erwischt wurden (Senegalesen mit 0,2 bis 0,8 Gramm!). Das hat mit den tatsächlich vorhandenen Rauschgiftproblemen nichts zu tun. Aber so wird kurzerhand die von allen in der Flüchtlingsarbeit tätigen Organisationen und Verbänden (und auch dem Europäischen Parlament) scharf verurteilte Einführung des Visazwangs gleich für einen ganzen Kontinent gerechtfertigt. Eine Handvoll kleiner Dealer macht's möglich, wenn sie nur schwarz ist.

Das durchgehende Gejammer über die Machtlosigkeit gegen „offensichtlich unbegründete" Asylanträge und flugs gestellte „Folgeanträge" ist ebenso unsinnig wie entlarvend. Natürlich müssen Asylanträge ordentlich bearbeitet werden, und wenn das auch drei Jahre dauern sollte. Gegen Dealer geht man ja auch gewöhnlich mit dem Strafgesetz und nicht mit dem Asylverfahrensgesetz vor. Daß „Folgeanträge" nach den als „offensichtlich unbegründet" abgelehnten Asylanträgen vor Abschiebung schützen würden, ist völliger Quatsch, der nur dem Ziel dieser Kampagne dient, weitere Verschärfungen in diesem Bereich zu fordern und zu legitimieren.

Krumm und Schenk wissen selber, daß es sich bei dem von ihnen konstruierten Zusammenhang von Asylrecht und Drogenhandel um ein Scheingebilde handelt. Heißt es doch bei ihnen u.a.: *„Selbst wenn eine Abschiebung nach abgeschlossenem Asylverfahren erfolgt, das hat die Erfahrung gezeigt, taucht der Mann unter einem anderen Namen wieder in der Bundesrepublik auf."* Also ist es doch nicht so leicht mit den Folgeanträgen. Darüberhinaus ist es wohl kein Zufall, daß für die behaupteten Methoden — Mehrfachdelikte, Folgeanträge, erneute Einreise unter falschem Namen — keine Zahlen genannt werden. Heuchlerisch schreibt KHK: *„Die Rauschgiftkriminalität der Senegalesen in Frankfurt oder der Gambianer in Hamburg hat mit den Grundsätzen des Asylrechts nichts zu tun"*, um gleichwohl zu dem Schluß zu kommen: *„Daß aber der Schlüssel des Problems im Asylrecht und dessen rigorosem Mißbrauch liegt, wird von allen Rauschgiftexperten bekundet."* Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß es sich um Polizeiexperten handelt.

Gauweiler in Hessen

Was soll eigentlich diese Artikelserie, worauf will man hinaus? KHK, das muß betont werden, ist nicht irgendwer. Im Impressum der FR ist er als der für die Reporter zuständige Redakteur ausgewiesen. Er selbst meldet sich beileibe nicht bei jedem Thema zu Wort. Nein, er kommentiert immer nur dann, wenn es um Dinge wie Terrorismus, Waffengesetze, die RAF, um Autonome und immer wieder die RAF geht. „Innere Sicherheit", das ist sein Metier. Und nur da gehört für ihn das Thema Flüchtlinge hin. In diesem Kontext fordert er auch vehement eine Verschärfung des Asylrechts.

Während das Saarland, NRW und Bremen die Reisebeschränkungen für Asylbewerber aufheben bzw. lockern (FR, 25.4. und 5.8.88) und Schleswig-Holstein die Zwangsunterbringung in Heimen und Lagern aufgeben will (FR, 21.6.), schwebt KHK eher eine gauweilersche Lagerkonzeption vor. Im ersten Anlauf schützt er noch Zurückhaltung vor, indem er andere laut nachdenken läßt: *„Vor dem Gedanken, jene Senegalesen, die immer wieder das Asylantenheim unbefugt verlassen, um in Frankfurt ungeniert zu dealen, in besonders gesicherte Unterkünfte einzuweisen, schreckt Schäfer freilich zurück: ‚Wir können doch keine scharf bewachten Internierungslager einrichten', meint er nachdenklich."* Aber zum (bisherigen) Ende dieser Kampagne wird KHK doch deutlich: *„Da diese Schein-Bewerber bewußt die erzwungene Gastfreundschaft mißbrauchen, wird möglicherweise, so illiberal das auch klingen mag, nichts anderes übrig bleiben, als bei der Unterbringung von Asylbewerbern künftig zu differenzieren: Wer trotz eindringlicher Belehrung immer wieder straffällig wird, sollte strengere Kontrollen und eine intensivere Überwachung hinnehmen müssen."* Man mache sich noch einmal klar, daß KHK dabei *nicht* vom Knast und also auch nicht von strafrechtlich relevantem Handeln spricht, denn wer tatsächlich *„immer wieder straffällig"* wird, landet im Knast.
spricht, denn wer tatsächlich *„immer wieder straffällig"* wird, landet im Knast,
nicht in Krumms Lager. Er meint alle anderen, die sich nicht hundertprozentig den Schikanen beugen wollen, er meint alle, die dunkle Hautfarbe haben, alle, die er nicht mehr auf Frankfurts Straßen sehen will.

KHK fordert auch eine Beschleunigung des Asylverfahrens. Aber natürlich nicht für die Leute, die trotz guter Aussicht auf Anerkennung jahrelang in Lagern und Heimen leben müssen, nicht arbeiten und wegfahren dürfen. Für diese ist die Länge des Verfahrens ja bewußt als „Abschreckung" gedacht. Er fordert nachdrücklich eine Beschleunigung des Verfahrens nur für die Menschen, deren Asylanträge sowieso als „offensichtlich unbegründet" abgelehnt würden, damit sie schneller abgeschoben werden können. Als ob in diesem Land mit Abschiebung in den Fällen, in denen das möglich ist, lange gefackelt würde.

Im „bürgerlich-liberalen" Lager macht Krumm mit seinen Hetztiraden nicht nur den Propagandisten für die Kewenigs und Gauweiler, sondern auch gleich für den GBA Rebmann, der „vermutet, daß eine ‚zu großzügige und an unseren Sicherheitsinteressen nicht orientierte Asyl- und Ausländerpolitik' langfristig zu einem Faktor der Instabilität werden könne." (FR, 22.7.88) Gewollt oder ungewollt endet seine Staatsschutzarbeit mit den zynischen Worten: „Die paar hundert senegalesischen Dealer in Frankfurt unter dem Schutz des Asylrechts können zu neuen Vorurteilen und steigender Ausländerfeindlichkeit führen. Das aber wäre die unerfreuliche Folge." Bei Krumm ist sie schon eingetreten.

In einer Zeit, in der die Grenzen für die Flüchtlinge dichtgemacht werden und sogar über Menschen aus Polen wieder hergezogen wird, ist es bezeichnend, wenn sich die FR zur Aufhetzung der Bevölkerung gegen Flüchtlinge und zur Verschärfung des Asylrechts hergibt. Das Verlegen des westdeutschen Rauschgiftproblems in einen Kontinent, der in diesem Geschäft tatsächlich keine Rolle spielt, das Anprangern der allerkleinsten Fische und die miesen Polizeilügen, um die Visapflicht für einen ganzen Kontinent zu legitimieren, der Ansatz, „Straftäter" außerhalb jeder Rechtsordnung zu stellen und die Erweiterung der bereits erfolgreich etablierten Gedankenkette „Schwarze — Heroin — AIDS" um den Zusatz „Asyl" und schließlich „Innere Sicherheit" — all das kann nur als stockreaktionär bezeichnet werden. Wer so schreibt, hat Apartheid im Kopf. Und das sind nicht nur die Republikaner oder die „Nationalzeitung".

mg

Fortsetzung von vorheriger Seite

die Schwangere zumutbare Weise abgewendet werden kann". Die Amtsrichter in Memmingen sind hier der Meinung, daß das Austragen und die anschließende Freigabe des Kindes zur Adoption einer ungewollt schwangeren Frau durchaus zuzumuten sei. „Das Argument, ein Kind
Freigabe des Kindes zur Adoption einer ungewollt schwangeren Frau durchaus zuzumuten sei. „Das Argument, ein Kind
nicht zu fremden Leuten geben zu wollen, ist kein Argument dafür, werdendes Leben zu zerstören. Die Angeklagte hat nur an ihre eigene Lage gedacht, ohne die Rechte des Kindes in Erwägung zu ziehen", meint Freiherr von Castell, Richter am Amtsgericht Memmingen, in einer Urteilsbegründung.

Mit dieser Argumentation greifen die Richter der Bayerischen Staatsregierung vor, die ein Gesetz zur „Adoption als Alternative zum Schwangerschaftsabbruch" plant (siehe nebenstehenden Artikel). Den Frauen wird so eine Leihmutterschaft staatlich und gerichtlich verordnet.

Bislang hat nur eine einzige Frau Berufung gegen das Urteil eingelegt.

Für Ausländerinnen sind die Folgen eines solchen Urteils besonders gravierend: Neben der Bezahlung der Geldstrafe, die für fast alle Frauen ein großes Problem ist, müssen sie die Ausweisung befürchten. Von der Ausländerbehörde wurde ihnen mitgeteilt, daß die Verurteilung einen Ausweisungsgrund darstelle; „großzügig" wurde hinzugefügt, man sehe aber davon noch einmal ab. Das besonders Makabre daran: Wenn eine Ausländerin, weil sie ein Kind bekommt und ihren Job deshalb aufgeben muß, längere Zeit auf Sozialhilfe angewiesen ist, so ist auch dies ein Ausweisungsgrund!

Einige Ehemänner und Freunde der Frauen, die mit den Frauen über die Abtreibung gesprochen, die Frauen zum Arzt gefahren und/oder die Abtreibung bezahlt hatten, sind inzwischen ebenfalls verurteilt worden — wegen Beihilfe zum Schwangerschaftsabbruch.

Der Prozeß gegen den Arzt beginnt am 8. September. Dr. Theissen ist angeklagt, illegale Abtreibungen in 156 Fällen vorgenommen zu haben. Was ihn erwartet, dürfte klar sein, denn bereits im letzten Herbst hat er sechs Wochen in Untersuchungshaft gesessen und wurde nur gegen eine Kaution von 300.000 DM auf freien Fuß gesetzt.

Und was läuft dagegen? Solidaritätsaktionen kommen nur ganz mühsam in Gang. Bislang sind zwei Spendenkonten für die verurteilten Frauen eingerichtet worden, eines vom Memminger Frauenzentrum und eines von der SPD. Was die Protesterklärungen von SPD, Grünen, Pro Familia und anderen Verbänden wert sind, wird sich am 10. September zeigen: Dann nämlich findet eine Demonstration, zu der bayernweit mobilisiert wird, in Memmingen statt.

Gy/KB Nürnberg

Spendenkonto:
§ 218 Frauen in Not: 521 418
BLZ 731 607 44
Raiffeisenbank Memmingen

„Wir sind für uneingeschränktes Asylrecht — aber nicht für jeden“

Grüne Lokalpolitiker in Zimmermanns Spuren

Die herrschende Behördenpraxis, Flüchtlinge, die ihrer Auffassung nach nicht den immer enger gezogenen Kriterien für die Asylgewährung entsprechen, über ökonomischen Druck zur Aufgabe ihres Asylverlangens zu bewegen, ist seit mehreren Jahren Gegenstand heftiger Kritik. Auch die Grünen haben in der Regel Forderungen nach Beendigung dieser Praxis in ihre jeweiligen Programmkataloge aufgenommen. Ebenso müßte unter fortschrittlichen Menschen Konsens über die Ablehnung der demagogischen Parole der „Bekämpfung des Wirtschaftsasylantentums“ herrschen. Dies sollte gerade auch in einer Stadt wie Bremerhaven gelten, in der die rechtsradikale DVU bei den Wahlen im vergangenen Jahr unter anderem mit ausländerfeindlichen Parolen gegen „Scheinasylanten“ 5,4% der Stimmen gewinnen konnte.

Ein großer Teil des Bremerhavener Kreisverbandes der Grünen — der als Erbe der „Bremer Grünen Liste“ (BGL) von Olaf Dinné schon immer für ausgefallene Positionen gut war — hat nun jüngst auch diesen altlinken Ballast über Bord geworfen. Anlaß war der Zuzug von insgesamt 600 Roma aus Südjugoslawien, die aufgrund ihrer vielfachen sozialen, kulturellen und politischen Diskriminierung hier um Asyl nachsuchten. Die Gegenmaßnahmen der Stadtverwaltung liefen nach schon im vergangenen Jahr gegenüber libanesischen Flüchtlingen erfolgreich erprobtem Muster ab: Sammelunterbringung in leerstehenden öffentlichen Gebäuden unter völlig unzumutbaren Bedingungen und Aufteilung der Sozialhilfe in Sachleistungen (Verpflegung, Hausrat) und lächerlichen 10 DM pro Person und Woche an Geldleistungen.

Die Betroffenen wehrten sich insbesondere gegen die zunächst völlig unzureichende Verpflegung und fanden dabei Unterstützung bei einigen zu ihrer Betreuung eingesetzten Sozialarbeitern. Außer Verbesserungen beim Essen blieb die Stadtverwaltung aber bei ihrer harten Linie — mit dem Ergebnis, daß inzwischen etwa die Hälfte der Flüchtlinge entnervt abgereist ist.

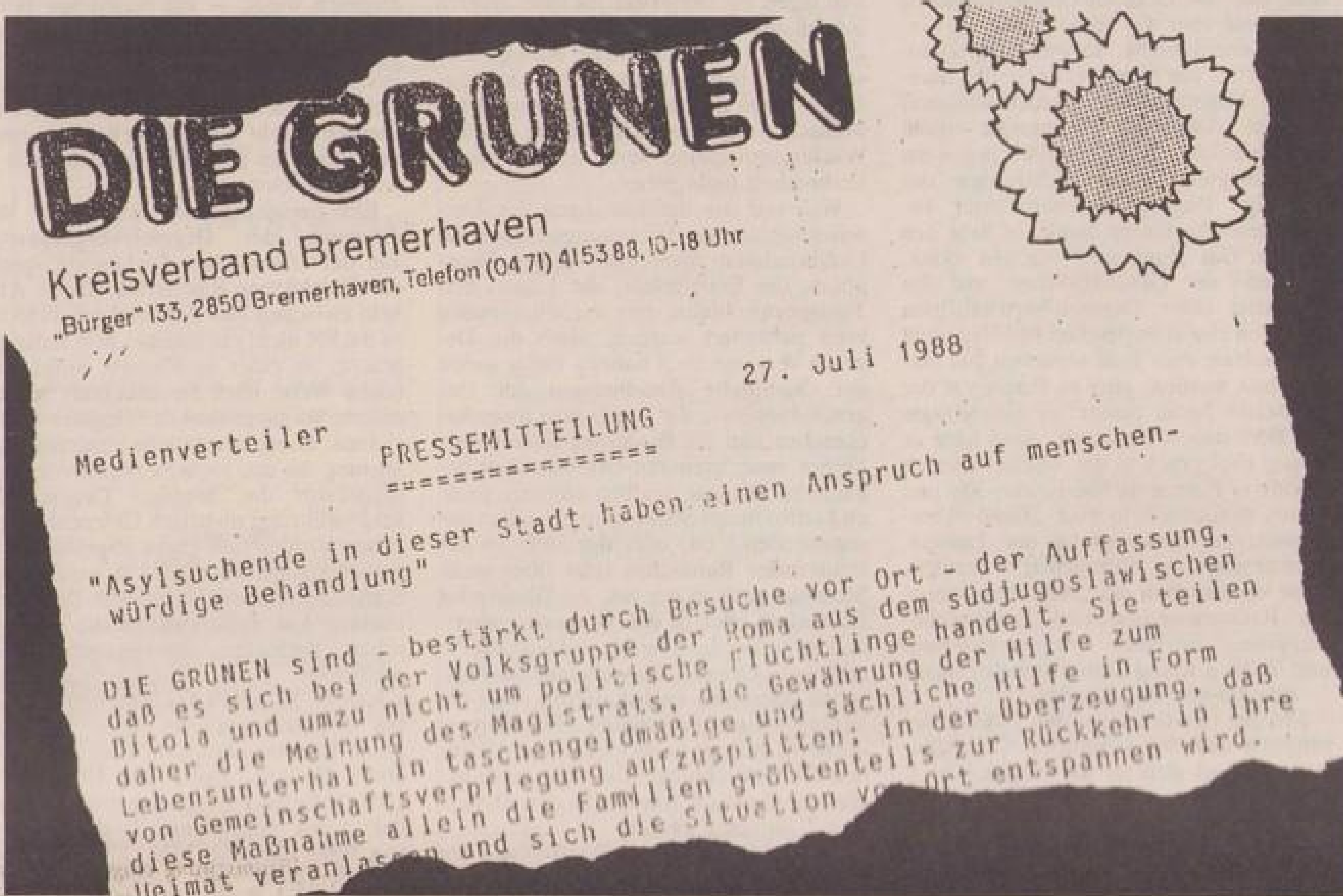
Unterstützung im politischen Bereich fanden die Flüchtlinge nicht — im Gegenteil: Vorstand und Stadtverordnetenfraktion der Bremerhavener Grünen veröffentlichten eine von der Presse begierig aufgegriffene Erklärung, in der sie — sinngemäß — die Maßnahmen der Stadt zur „Förderung der Rückkehrbereitschaft“ begrüßen und ihrer Hoffnung Ausdruck geben, daß die „Scheinasylanten“ möglichst bald wieder verschwänden. Um solche handelt es sich nach der von den Grünen im Schnellverfahren gewonnenen Erkenntnis nämlich. Kritik wird in dieser unglaublichen Erklärung nicht etwa an der Kasernierung der Flüchtlinge in alten Schulräumen und dergleichen geübt, sondern nur die fehlende „lagermäßige Grundausstattung“ gerügt! Zusätzlich — wir haben es ja mit Grünen und nicht mit herkömmlichen Rechten zu tun — wurde die Verpflegung als „unökologisches Plastikessen“ bemängelt.

Gemessen an der politischen Bedeutung dieses Vorgangs — die Lokalpresse berichtete täglich — fiel die grün-interne Bewältigung des Skandals eher beschaulich aus. Deutlich war das Bemühen aller Beteiligten, die Angelegenheit möglichst schnell zu begraben, um nicht die durch persönliche Streitereien, Alleingänge profilneurotischer Parlamentarier, finanzielle „Unregelmäßigkeiten“ und dergleichen mehr schon recht desolate Situation des Kreisverbandes völlig außer Kontrolle geraten zu lassen. Ein Mitglied trat demonstrativ aus; ansonsten verabschiedete die Mitgliederversammlung eine ebenso allgemein wie nichtssagend gehaltene Erklärung gegen eine restriktive Flüchtlingspolitik. Der einzige konkret auf die aktuellen Maßnahmen bezogene Satz, der auch als Kritik an der Haltung der eigenen Fraktion und des Vorstands verstanden werden kann, erhielt mit 11 zu 8 Stimmen nur eine knappe Mehrheit. Konsequenzen für die Beteiligten forderte nur eine Minderheit. Daß Mitglieder des Vorstands und Fraktionsmitarbeiter inzwischen ihre Posten los wurden, hängt weniger mit ihrer Haltung in der aktuellen Affäre als vielmehr mit jetzt beglichenen alten Rechnungen zusammen.

Interessanter noch als diese für die Grünen nicht untypische Bewältigung des Problems ist der Blick auf den sichtbar werdenden Zustand der im weitesten Sinne als ehemalige Linke zu bezeichnenden Gruppierungen in den Grünen. Daß die Gruppe um die ehemaligen BGLer im Rahmen ihrer „verantwortungsvollen Opposition“ (Vorstandssprecher Bernd Vogel) sich mehr Sorgen um die städtischen Finanzen macht als um die Interessen von Minderheiten, ist sicherlich keine Sensation. Diese Gruppe ist aber in der Regel ohne Unterstützung nicht mehrheitsfähig. Diese bekommt sie zunehmend von einigen ehemaligen KBWlern, die bei den Grünen zu Amt und Würden gekommen sind. Hier findet nicht nur eine taktische, sondern eine inhaltlich begründete Annäherung an konservative Positionen statt — so stammt der Autor der zitierten Erklärung aus diesem Kreis.

Grundsätzliche Opposition findet dagegen nicht mehr statt. Die nach einigen Austritten dezimierte und demoralisierte, als eher „fundamentalistisch“ zu charakterisierende Minderheit der Grünen ist dazu nicht willens und nicht in der Lage; die im Landesverband dominierende „Mittelströmung“ bemühte sich in erster Linie um interne Konfliktregelung und Schadensbegrenzung und war sichtlich bemüht, die Angelegenheit herunterzuspielen (Vorstandssprecher Mützelburg: eine „Provinzposse“).

a./Bremerhaven



DIE GRÜNEN

Kreisverband Bremerhaven

„Bürger“ 133, 2850 Bremerhaven, Telefon (0471) 415388, 10-18 Uhr

27. Juli 1988

Medienverteiler

PRESSEMITTEILUNG

"Asylsuchende in dieser Stadt haben einen Anspruch auf menschenwürdige Behandlung"

DIE GRÜNEN sind - bestärkt durch Besuche vor Ort - der Auffassung, daß es sich bei der Volksgruppe der Roma aus dem südjugoslawischen Bitola und umzu nicht um politische Flüchtlinge handelt. Sie teilen daher die Meinung des Magistrats, die Gewährung der Hilfe zum Lebensunterhalt in taschengeldmäßige und sächliche Hilfe in Form von Gemeinschaftsverpflegung aufzusplitten; in der Überzeugung, daß diese Maßnahme allein die Familien größtenteils zur Rückkehr in ihre Heimat veranla[...] und sich die Situation v[...] Ort entspannen wird.

„Wir haben die Vermutung, daß die nur hierher gekommen sind, um Gelder abzuzocken.“ (Stadverordneter Pletz)

„Man muß Politik mit den Deutschen machen, nicht gegen sie.“ (Vorstandssprecher Vogel)

„Der Entscheidungsprozeß muß abgekürzt werden, damit wir solche Leute nicht monatelang auf Kosten der wirklich notleidenden Familien bezahlen müssen.“ (Stadtverordneter Bohnsack)

„Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland.“ (Vorstandssprecher Vogel)

„Wir müssen die beiden Gruppen trennen: die Leute, die hierher kommen, um abzustauben … und die Leute, die wirklich Asyl verdient haben.“ (Stadtverordneter Bohnsack)

AIDS aktuell: Neue Fakten, alte Politik

Kaum vorbei, diente die Londoner Konferenz der Weltgesundheitsorganisation (WHO) im Januar dem bayerischen Innenminister als Stoff zu *„Attacken auf Bonn“*. Es sei alles noch *„schlimmer als unsere bisherigen Prognosen“*, erklärte Gauweiler-Chef Lang: *„Der Seuche muß bundesweit der Kampf angesagt werden.“* (drogen-report 2/88). Dabei war der Tenor der Konferenz — ganz im Gegensatz zur martialischen Gauweiler-Linie — auf Information und Aufklärung statt auf Panikmache und Repression gestimmt gewesen (siehe ak 292).

Die harte Fraktion um Gauweiler und seinen Doktor Michael G. Koch und die Frankfurter Professorin Helm witterte weiterhin Übles; in einem in die „Zeit“ lancierten AIDS-Report der Katastrophen-Richtung wurde öffentlich gemunkelt, das Bonner Süssmuth-Ministerium unterdrücke womöglich Studien, um *„das wahre Ausmaß der Krankheit zu verschleiern, um Panik zu verhindern“*. Außerdem wurde die *„Kaltstellung“* (Helm) der Katastrophen-Expertin L'Age-Stehr beklagt, der vom Bundesgesundheitsamt (BGA) *„wertende, gesundheitspolitische Äußerungen“* untersagt wurden. Helm: *„Ein Skandal“*. (Zeit, 17.6.88).

Diese Bearbeitung der Meinungs-Macher-Meinung (Zeit-Überschrift: *„AIDS — Leben mit der Todeskurve“*) war präzise getimet, sollte doch auf eine weitere WHO-Konferenz eingestimmt werden, die im Juni in Stockholm abgehalten wurde (7.000 Teilnehmer, 3.000 Vorträge in 4 Tagen): die „Vierte Internationale AIDS-Konferenz“ für Wissenschaftler.

WHO-Konferenz in Stockholm: Skepsis und Hoffnung

Statt der „Todeskurve“ (im Sinne immer komplizierterer mathematischer Spekulationen, wie sie die hiesige Katastrophen-Fraktion so schätzt) bildeten in Stockholm jedoch *„die sozialen und humanitären Aspekte der Krankheit (…) den eigentlichen wichtigsten Schwerpunkt“* (taz, 16.6.88).

In Afrika vor allem (aber auch in sozioökonomisch vergleichbaren Teilen der USA zum Beispiel) stellt sich vordringlich die Frage nach praktikablen Aufklärungsstrategien. Inzwischen ist deutlich genug, daß AIDS eine Krankheit ist, die *„gezielt das wirtschaftliche Elend sucht“*, wie die jüngste Studie des Londoner Panos-Instituts („Aids, Rasse und Vorurteil“) formuliert; *„Aids schafft sich sein Zuhause in einer globalen Unterklasse“*, heißt es dort („Zeit“, 8.7.88). Während aber für afrikanische Wissenschaftler oder AIDS-Initiativen für Slum-Bewohner in den USA die Aufklärung und Prävention vorrangig sind — angesichts unzureichender finanzieller Mittel zu medizinischer Versorgung —, hat die weiße, d.h. offiziöse US/westeuropäische Forschung von Anfang an auf die Möglichkeiten der avancierten Medizintechnologie gesetzt, die bei enormen Forschungskosten und — gegebenenfalls — weit enormeren Pharmazie-Profiten zu einem AIDS-Heilmittel bzw. zu einem vorbeugenden Impfstoff führen soll.

Die entsprechende HiTech-Forschung hat, so das Ergebnis von Stockholm, bislang zu keinen entscheidenden Fortschritten geführt. Vielfältige Kenntnisse über Aufbau, Wirkungsweise, genetische Struktur von Viren/Retroviren, die Entdeckung immer neuer HIV-Varianten, neue Ko-Faktoren der Immunschwäche etc. sind freilich in raschem Tempo aufgehäuft worden. Die Stimmung der Wissenschaftler-Gemeinde ist dadurch aber keineswegs allgemein behoben worden. *„Die Aids-Forschung wird immer komplizierter“*, klagt beispielsweise Prof. Kurth, Frankfurt (lt. „Zeit“, 24.6.88) — soll heißen: was eigentlich los ist und wie zu heilen ist, weiß niemand. So lassen sich beliebig viele Experten-Stimmen anführen, die Skepsis und Pessimismus vermitteln. *„Ich könnte mir kein schwierigeres Virus für die Entwicklung eines Vakzins (Impfstoffs, ak) vorstellen“*, so L. Arthur vom Nationalen Krebs-Institut der USA („Zeit“, 27.5.88). Als Fazit von Stockholm wird dementsprechend düster berichtet: *„Die Hoffnungen auf einen wirksamen Impfstoff sind eher gesunken als gestiegen, die Aussichten auf eine erfolgreiche medikamentöse Bekämpfung (…) sind alles andere als rosig.“* („Zeit“, 24.6.88)

Auf der optimistischen Seite der Experten-Gemeinde feierte in Stockholm der französische Professor Giraud die Entwicklung eines Impfstoffs, der Meerkatzen vor HIV-Infektionen schützt, als einen *„gigantischen Schritt vorwärts“*. Dies sei der *„Beweis, (…) daß ein Impfstoff entwickelt werden kann.“* (taz, 16.6.88) Experimente mit Schimpansen sollen nun folgen. US-Spitzenexperte Gallo hatte schon zuvor erneut versichert, er halte die *„Entwicklung eines Impfstoffs grundsätzlich (für) möglich“*, trotz diverser Schwierigkeiten (drogen-report 2/88).

Bereits im April meldeten Wissenschaftler des Münchner Max-Pettenkofer-Instituts die Entdeckung eines Stoffes, der geeignet sein werde, *„die Vermehrung des HIV-Virus (zu) hemmen“*, d.h. zwar nicht die Infektion aber den Krankheitsausbruch zu verhindern. *„Mit Glück“* werde ein AIDS-Hemmer *„in drei bis fünf Jahren auf dem Markt sein“* (FAZ, 15.4.88).

Die zur Zeit bestehenden medikamentösen Behandlungsmöglichkeiten beschränken sich nach wie vor weitgehend auf AZT. Dazu M. Koch vom BGA: *„Wir wissen heute, daß es entgegen allen Erwartungen doch möglich ist, den Verlauf der Krankheit zu bremsen, nämlich mit dem berühmten Azidothymidin. Das gibt uns die Hoffnung, an die Entwicklung eines noch besseren Medikaments zu glauben. AZT hat erhebliche Nebenwirkungen und ist nicht auf Dauer einsetzbar.“* (taz, 20.7.88) Selbst für Koch, der von einem *„absolut erstaunlichen“* Wissensstand spricht (*„es gibt kein Virus, über das man so viel weiß“*), bleibt allerdings die zentrale Frage ungeklärt: *„Wie stellt es das Virus an, daß die Leute krank werden?“*. Sollte der US-Virologe Prof. Duesberg (Berkeley University) mit seiner These richtig liegen, die gesamte HIV-Forschung werde AIDS ohnehin nicht aufklären können, da aus virologischen Gründen dieses Virus nicht Ursache dieser Krankheit sein könne, wäre die Verwirrung insgesamt komplett — und die Forschungslage festgefahren. Einstweilen wird Duesberg von Gallo wie den meisten AIDS-Experten *„als ‚Verrückter' angesehen“* (taz, 23.7.88; siehe „Discover — the World of Science“, New York, 6/88; auch „profil“ 7/88).

Katastrophen-Hochrechner widerlegt

Eine genaue Sprache sprechen die belegten Zahlen der Krankheitsverbreitung in der BRD. Katastrophengestimmt hieß es noch unlängst, *„von einem Abflauen der Seuche, geschweige denn von einem Rückgang kann nirgendwo die Rede sein“* („Zeit“, 17.6.88). Die neuesten offiziellen Zahlen des BGA dagegen beweisen das Gegenteil. *„Der massive Einbruch in die Gesamtbevölkerung, den ich selbst und viele andere befürchtet haben, ist bis jetzt nicht erkennbar geworden. (…) Da findet man zur großen Verblüffung, daß nur einer von 100.000 oder in Großstädten einer von 20.000 infiziert ist. Und wenn man genauer nachforscht, ist festzustellen, daß diese wenigen Infizierten wiederum einer Risikogruppe angehören (…).“* Soweit BGA-Koch im Juli. Erstmals gibt Koch auch zu, daß selbst die nicht-vergauweilerten Zahlen des Innenministeriums bzw. des BGA irreführend, d.h. manipulativ nach oben getrieben sind. Die offiziell angegebene, auf Test-Ergebnissen beruhende Zahl von 20.000 HIV-Infizierten erweist sich nämlich als insofern fragwürdig, als dabei offen bleibt, *„wieviele Doppelt- oder Dreifach-Testungen vorliegen. Die Zahl 20.000 ist also eine Höchstzahl der entdeckten Infektionen.“* Was darüberhinaus über Dunkelziffern (und eine mögliche Infizierten-Zahl von 30.000 bis 100.000) spekuliert wird, ist auch in Kochs Augen Ergebnis *„halsbrecherischer Rechnungen“*. In Richtung Gauweiler die Ergänzung: *„Ich kann mich nur am heutigen Wissensstand orientieren (…) und danach sind alle Visionen von einer unaufhaltsamen Ausbreitung von AIDS bis zur Entvölkerung der Bundesrepublik dummes Zeug.“* (alle Zitate: taz, 20.7.88).

AIDS-Politik wie gehabt

Die Hard-Liner in Bayern (aber keineswegs nur dort) lassen sich durch derlei nicht erschüttern. Schließlich geht es nicht etwa um Medizin sondern um Politik. Als wolle er sich zum Gespött machen, wies im Mai der bayrische Innenminister seine Polizei an, bei einer Infizierten-Demo in München sich *„mit Gummihandschuhen“* und *„fester Kleidung“* auszurüsten und eines *„besonders vorsichtigen Vorgehens“* zu befleißigen (taz, 21.5.88). Oder Gauweiler: In einer unter seiner Federführung in 100.000er Auflage gedruckten Touristen-Broschüre wird, unter dem Slogan „AIDS macht keine Ferien“, schwarz auf weiß fabuliert, *„auch bei einem intimen Zungenkuß (sei) eine Infektion nicht ausgeschlossen.“* (MoPo, 28.7.88) Derlei Unsinn aus der Schreckenskammer ist aber nur das propagandistische Pendant zur bayrischen Justizpraxis, die in einer immer länger werdenden Reihe von Fällen Anklagen und Urteile inszeniert hat, in denen HIV-Infizierte wegen „ungeschützten Geschlechtsverkehrs“ kriminalisiert werden. Darunter der Fall eines „Infektionstäters“, dessen Partnerin über Infektion und Risiko Bescheid wußte: Macht nichts, so der Staatsanwalt in Kempten: *„gefährliche Körperverletzung“* (FR, 30.7.88). Oder in München — eine Frau wurde durch den Partner nicht angesteckt —: Macht nichts, so das Gericht: *„gefährliche Körperverletzung“* (ein Jahr ohne Bewährung). Bemerkenswert außerdem, was das Gericht verlangte: *„Die Strafkammer appelliere an den Gesetzgeber, daß eine gesetzliche Regelung (…) gefunden werde“*, damit ein Infizierter auch dann, wenn er nicht „vorsätzlich“ handele, verurteilt werden könne. (FR, 21.4.88) Neben der Gauweiler-Politik und der Gauweiler-Wissenschaft natürlich auch die Gauweiler-Justiz …

Zur Korrektur aber sei an zwei ergänzende Meldungen erinnert: *„Anders als Bayern setzt Hessen (…) auf die vorbeugende Aufklärungs-, Beratungs- und Betreuungsarbeit“* etc.pp, erklärte der hessische Sozialminister ganz süssmuthisch. Tatsächlich: ganz, denn, wie es weiter heißt: *„Trageser hieß jedoch die ‚Absonderung' von sogenannten uneinsichtigen Prostituierten ‚in Einzelfällen' gut.“* (FR, 6.5.88) Und fast zeitgleich wurde ein *„absolut internes Rundschreiben“* bekannt, wonach die gewerkschaftseigene Versicherung „Volksfürsorge“ ein verdecktes AIDS-Raster führt, um AIDS-Verdächtige auszusondern. Nach Branchenjargon geht es darum, den *„Bestand frei von AIDS-Risiken zu halten“*. (taz, 13.5.88)

R., Antifa-Kommission, Hamburg

Die Katastrophe ist schon passiert

Eine NS-Firma und ihre Kritiker

Es kommt nicht sehr häufig vor, daß Kapitalisten aufgrund von Protesten ihre Koffer packen und abhauen. Noch seltener sind solche Erfolge zu verbuchen, wenn es sich um eine Firma handelt, der nicht nur eine Menge Geld, gute Beziehungen zu den Behörden, bis vor kurzem „namhafte" Anteilseigner (Degussa, Bayer AG), sondern auch eine 60jährige Firmengeschichte zur Verfügung stehen. Die Rede ist von der „Deutschen Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung" (Degesch), die der SS seinerzeit 23.000 kg Zyklon B verkaufte (wir berichteten in AK 285). Ein kleiner Erfolg ist es wohl, daß die Degesch nun den Antrag auf Erweiterung ihrer Produktionsanlagen in Frankfurt zurückgezogen und die Verlagerung ihrer gesamten Produktion aus der Stadt angekündigt hat. Freilich produziert die Degesch nach wie vor in Laudenbach (Odenwald) und auch außerhalb der BRD, darunter in Südafrika und Chile.

Von der Öffentlichkeit praktisch unbemerkt, existierte die Degesch still vor sich hin, bis sie sich mit dem Antrag auf Erweiterung im Frühjahr 1987 selbst ins Gerede brachte. Es passierte das, was heute häufig passiert, wenn Chemiefirmen, noch dazu solche, die wie die Degesch Giftgase produzieren, erweitern wollen. Umweltschützende Menschen stellen Recherchen an, warnen vor Gefahren usw.. Das Ökoinstitut in Darmstadt listete die Giftstoffe auf, schnell waren 600 Unterschriften gesammelt, Bürgerversammlungen fanden statt, die Grünen protestierten und Frankfurter Rundschau sowie taz berichteten.

Weitgehend überrascht von der Existenz der Degesch reagierte aber auch ein Teil der antifaschistischen Szene in Frankfurt. Eine Degesch-Initiative trug z.T. seit langem existierendes Material über die Firma zusammen: wie kam das Zyklon B in die Vernichtungslager, was wußte die Degesch über die Verwendung des Gases, wer waren die Verantwortlichen, was passierte mit ihnen nach dem Krieg?

Während die Forderungen der Umweltschützer darauf hinausliefen, der Degesch die beantragte Erweiterung zu versagen, kam die antifaschistische Initiative zu dem Schluß, daß die Existenz dieser Firma unabhängig von irgendwelchen aktuellen Umweltgefährdungen ein Skandal sei und die Degesch verboten werden müsse. Während die Bedenken der Ökologen und ihre Forderungen abgedruckt wurden, hat es z.B. die FR bis heute geschafft, nicht ein einziges Mal die Forderung nach einem Verbot der Degesch auch nur wiederzugeben.

Die Recherchen über die Firma ergaben, daß die Degesch-Geschäftsführung sehr wohl über die Verwendung des Gases Bescheid wußte. So wurde auf Drängen der SS ein normalerweise der Blausäure beigemischter Geruchswarnstoff entfernt, damit die Tötungsrate erhöht werden konnte. In einem 1949 gegen ihn angestrengten Prozeß rechtfertigte der damalige Degesch-Geschäftsführer Peters dieses Verfahren damit, es habe den Tod im Gas „humaner" machen sollen. Während der Geschäftsführer und der Prokurist einer Degesch-Vertriebsfirma 1946 von einem englischen Militärgericht in Hamburg zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden, ging es Peters vor der deutschen Justiz besser: er beschäftigte bis 1955 sieben Instanzen, dann hatte er seinen Freispruch in der Tasche. Danach erwarb er Patente im Katalysator-Bau und wurde schließlich in eine „Bundeskommission zur Bekämpfung der Luftverschmutzung im Ruhrgebiet" berufen. Vom Vorsitzenden des „Arbeitsausschusses Raumentwesung und Epidemiebekämpfung" im Nazi- Kriegsministerium und Zyklon-König zum Umweltschützer — eine beispiellose Karriere!

Mit den Gewinnen aus den Zyklon-Geschäften und den bewährten Geschäftspartnern ließ sich für die Degesch nach 1945 trefflich weitermachen. Die Degussa blieb Anteilseigner (37,5%), den ebenso großen Anteil der inzwischen indisponierten IG Farben-Industrie übernahm das alte Familienmitglied Bayer AG. Die Degussa stellte in Hanau-Wolfgang, in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Atombetrieben, ein Gelände zur Verfügung. Formell eine selbständige GmbH blieb die Degesch bis 1985, was sie seit ihrer Gründung in den 20er Jahren stets gewesen war: eine ausgegliederte Giftgas-Spezialabteilung der Degussa. Auch die Produktionspalette änderte sich nicht, es hatte sich ja alles bewährt. Zyklon wird *„mit Rücksicht auf die Geschichte"*, so die Degesch-Geschäftsführung, heute in der BRD unter dem Namen Cyanosil verkauft, im Ausland weiter als Zyklon. Es ist hierzulande ein behördlich genehmigtes „Schädlingsbekämpfungsmittel", das „zur Begasung von warmblütigen Schädlingen" in Getreidespeichern, Mühlen etc. eingesetzt wird.

Am Faschismus haben in diesem Land viele verdient. Aber auch noch an der Endlösung verdient zu haben und dafür in keiner Weise zur Rechenschaft gezogen worden zu sein, das läßt nur einen Schluß zu: hier hat sich sogar Auschwitz gelohnt! Die Konsequenzen aus den ganzen Recherchen der antifaschistischen Initiative lagen auf der Hand: es muß endlich Schluß sein mit der Degesch und ihrem Zyklon und zwar für immer. Solange diese Firma existiert, ist sie wie ein nachträglicher Hohn auf die im Gas ermordeten Menschen, denn eine irgendwie geartete Wiedergutmachung kann es für *dieses* Verbrechen nicht geben.

Während die Befürchtungen der Umweltschützer, die Erörterungen über die Gefährlichkeit roten und weißen Phosphors, die Brandgefahr, die Lager- und Transportprobleme usw. verhältnismäßig breit publiziert wurden, blieb die Degesch-Vergangenheit nahezu völlig außen vor. Sämtliche Bemühungen der Degesch-Initiative, die Ergebnisse ihrer Recherchen und die Forderung nach einem Verbot einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen, prallten an einer großen Koalition des Schweigens ab. Ob in der regierenden CDU oder der SPD, in der Frankfurter Rundschau oder über weite Strecken auch in der taz, im Ökoinstitut Darmstadt oder in den Bürgerinitiativen und in Teilen der Frankfurter GRÜNEN: man war sich einig, die technisch-ökologischen Bedenken zu diskutieren, aber die Vergangenheit rauszuhalten. Die Bürgerinitiative äußerte in entwaffnender Offenheit die Befürchtung, ihre Argumente gegen die Degesch würden in den Hintergrund gedrängt werden.

Das Verdienst, diesen Konflikt auf den Punkt gebracht zu haben, gebührt jedoch den GRÜNEN im Frankfurter Römer. Während sich die drei fundamentalistisch orientierten PalamentarierInnen den Forderungen der Degesch-Initiative anschlossen, erstellte die Realo-Mehrheit der Fraktion einen eigenen Antrag. Der Magistrat wird darin aufgefordert, gegen die Erweiterungsanlage der Degesch vorzugehen. Ferner forderten die Realos: *„Der Magistrat entwickelt in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Vorschläge für eine Produktionskonversion der Fa. Degesch und unterstützt diese bei der Umsetzung."* In der Begründung zu dem Antrag heißt es: *„Angesichts der ökologischen Unverträglichkeit und Sinnlosigkeit der Produkte und Produktion sowie der NS-Vergangenheit der Fa. Degesch ist hier die einmalige Voraussetzung für ein Modellprojekt gegeben: von ökologisch unverträglicher zur verträglichen Produktion überzugehen."* Man kann es kaum klarer ausdrücken: Tausche NS-Vergangenheit gegen „ökologisch sinnvolle" Produktion. Die Ökologie als Modell grüner Versöhnungswünsche und als Gipfel grüner Vergangenheitsbewältigung die Erwartung, die Degesch möge — mit staatlicher Hilfe, versteht sich — endlich etwas „verträgliches" produzieren. Aus einer der skrupellosesten Fraktionen des Kapitals, die man sich vorstellen kann, aus Auschwitz-Profiteuren macht man Hersteller „sauberer und sinnvoller Produkte" und die Welt ist wieder in Ordnung!

Eine herausragende Rolle bei der Verdrängung der Degesch-Vergangenheit aus der öffentlichen Diskussion spielte die Frankfurter Rundschau. In 13 Artikeln zwischen Juni 1987 und Juli 1988 hat es die FR nicht ein einziges Mal fertig gebracht, in einer sachlichen, aufklärerischen Weise über die detailliert recherchierte Vergangenheit der Degesch zu berichten. Diese beachtliche Verdrängungsleistung ist um so bemerkenswerter, als umgekehrt der heutigen Degesch-Geschäftsführung mehrfach Gelegenheit gegeben wurde, sich gegen angeblich „ungerechtfertigte Vorwürfe" zu verteidigen. Stattdessen hat die FR in ihrer Berichterstattung fast ausschließlich die ökologischen Bedenken wiedergegeben und obendrein noch Antifaschisten beschimpft. So nahm das Blatt den offiziellen Erörterungstermin über die Degesch-Erweiterungspläne zum Anlaß für einen Bericht. Unter der Überschrift: *„NS-Opfer und junge Empörte"* erwähnt der Autor verständnisvoll den Auftritt von Peter Gingold, Jude, VVN-Mitglied und Mitglied der Lagergemeinschaft Auschwitz, der einen Großteil seiner Familie in den Gaskammern der Nazis verloren hat. Anschließend mokiert sich der Artikel jedoch über *„junge Empörte"*, die es mit *„lauter Stimme"* oder empörtem Gestus nicht lassen könnten, immer wieder auf die Degesch-Vergangenheit zu kommen, die natürlich auf einem Erörterungstermin über die Ausbaupläne der Firma nichts zu suchen habe. Zeitgeist à la FR: Das heuchlerische Verständnis gegenüber den Opfern dient nur dazu, die Sache selbst — die Anklage — um so bestimmter zurückzuweisen.

Mehr als 40 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus wird es offensichtlich akzeptiert, Schuldbekenntnisse abzulegen (die freilich überhaupt keine Konsequenzen mehr haben), zu gedenken, zu trauern usw. Aber wer heute noch einseitig anklagt, denunziert, kapitalistische Interessen und Verbrechen im Nationalsozialismus enthüllt und auf etwas so Einfachem wie Rache oder Genugtuung besteht, der befindet sich völlig im Abseits. Es ist diese von von Weizsäcker gerade fürs liberale Publikum so trefflich geäußerte Schlußstrich-Mentalität, die sich wie ein roter Faden durch die Degesch-Berichterstattung der FR zieht, einer Zeitung immerhin, die weit über die BRD hinaus antinazistisches Ansehen besitzt. Und es ist ein weiteres Phänomen, der mehr als ein Jahr dauernden Diskussion über die Degesch in Frankfurt, daß sich die neudeutsche Versöhnungsmentalität so ausgezeichnet mit der Ökologie verbinden läßt. Diesen Gedanken hat gerade die FR, sozusagen bis zum Ende, krampfhaft beibehalten.

Die Degesch hat das Handtuch geworfen und haut zumindest aus Frankfurt ab. Ihr wichtigstes Kapital, das sie nach 1945 besessen hat, ist zerstört worden: die Anonymität. Selbst diejenigen, die sich seit einem Jahr krampfhaft die Ohren zugehalten haben und nichts hören wollten, wissen es natürlich längst: es geht nicht um ein Chemieunternehmen XY. Um auch noch bei ihrem Abgang das Publikum zu narren, erklärt die Firma, es seien die chemiefeindlichen Strömungen, die hierzulande Neuinvestitionen unmöglich machten. Außerdem habe die Stadt Frankfurt eine seit Monaten fällige Stellungnahme zum Genehmigungsverfahren verschleppt. Der CDU-Magistrat als Hort „chemiefeindlicher Strömungen" — da wird man von Hoechst bis Wallmann herzlich gelacht haben.

In dem 60zeiligen FR-Bericht über die Abwanderungspläne wird am Schluß in fünf Zeilen berichtet, der Degesch sei *„u.a. vorgehalten worden, dem NS-Regime das Blausäuregas Zyclon B für die Todeslager geliefert zu haben."* So wird das wichtigste zur Nebensache erklärt, und es wiederholt sich ein bei Politikerrücktritten einstudiertes Ritual: der Schein muß gewahrt bleiben. Ehrenwort Leute, es war nicht das Zyklon B, es waren die „chemiefeindlichen Strömungen"!

Über der ganzen Degesch-Diskussion hat immer die Frage gestanden, was eigentlich gefährlicher und skandalöser ist: daß diese Firma überhaupt noch existiert oder daß infolge des Umgangs mit hoch-

Fortsetzung auf Seite 30

Greisen-Kabinett im Hörsaal

Die Frankfurter Uni entspricht leider schon lange nicht mehr dem Ruf, eine „Ansammlung von Systemkritikern und Chaoten" zu sein. Heute gehen die 30.000 Studenten, die sich unter dem Namen Johann Wolfgang v.G. einschreiben lassen, emsig und gewissenhaft ihrem Fachstudium nach und bemühen sich, die in sie gesetzten Erwartungen ordentlichst zu erfüllen. *„Es ist an der Zeit"*, so eine Perspektivstudie der Unileitung, *„daß die Frankfurter Universität die Chance erhält, ihre Entwicklung der Bedeutung der Stadt und der Region wieder mehr angleichen zu können, als dies in der Vergangenheit möglich war. Die Hochschule kann heute wieder auf das Interesse und die Unterstützung durch die Frankfurter Wirtschaft, das Bürgertum und die Politik zählen. Dies gibt der Universität die Hoffnung, wieder die Integration in ihr Umfeld erreichen zu können, die sie einst innehatte."*

Um diese noblen Zwecke bemüht sich eine Vereinigung von Freunden und Förderern (VFF) der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main e.V. Ihr gehören so illustre Vorstandsmitglieder an wie:

— Dr. Hanns C. Schroeder-Hohenwarth (Vorsitzender des Aufsichtsrates der Berliner Handels- und Frankfurter Bank)

— Prosper Graf zu Castell-Castell (ehem. Vorsitzender des Vorstandes der Frankfurter Versicherungs-AG)

— Dr. Manfred Schiedermair, Rechtsanwalt und Notar

— Dr. Karl Feldmann (Mitglied des Vorstands der Degussa AG)

— Dr. Horst Burgard (Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank)

— Dr. Volker Grellert (Direktor der Metallgesellschaft AG)

— Herbert Wolf (ehem. Generalbevollmächtigter der Commerzbank AG)

— Präsident, Vizepräsident und Kanzler der Uni Frankfurt

— für den Bewilligungsausschuß des Sonderausschusses für Forschung: Dr. Torolf Blydt-Hansen, Vorsitzender des Geschäftsbereiches Marine- und Sondertechnik der AEG.

Diese schwerintellektuellen Kreise präsentieren der Studentenschaft eine Vortragsreihe „Beruf als Erfahrung" (also nicht etwa zum Lustgewinn, wie man vielleicht denken könnte). Mit von der Partie ist der Suhrkamp- Verleger Siegfried Unseld. Als „spiritus rector" der Reihe kommentiert er die eingeladenen Vortragsredner: *„Personen, die in ihrem Beruf Erfolgreiches, Prägendes, Vorbildliches geleistet haben, lebendig zur Anschauung zu bringen"*. Dem völlig zu Unrecht progressiver Neigungen verdächtigten Verleger schweben nachfolgende Persönlichkeiten als „Vorbilder" vor:

— Prof. Dr. Gadamer (Philosoph), der an der Frankfurter Uni vor einem Jahr, ausgerechnet auf dem Sartre-Kongreß, zum Besten gab, daß in der NS- Zeit *„der akademische Unterricht an den Universitäten ... erheblich weniger gestört oder verzerrt"* gewesen sei, *„als die Öffentlichkeit sich das heute vorstellt"*. (Sartre — Ein Kongreß, Rowohlt Enzyklopädie 1988, S. 40).

— H.L. Merkle (1985 Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank und der Bosch-Haushaltsgeräte GmbH, Stuttgart, stellvertr. Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Linoleum Werke in Bietigheim, der Allianz-Versicherung in München, Aufsichtsratsmitglied der BASF, von VW und Präsidiumsmitglied des BDI)

— Bundesgeneral Wolf Graf von Baudissin: früherer Generalinspekteur der Bundeswehr, heute nach eigenen Aussagen „Friedensforscher"

— ein FAZ-Leitartikler

— Hermann J. Abs: Ex-Chef der Deutschen Bank, des deutschen Kapitals, der deutschen Politik und überhaupt; heute: Mäzen der schönen Künste!

— Edzard Reuter, Chef des Rüstungsmultis Daimler-Benz und bekennender Sozialdemokrat.

Ziel der Initiatoren ist es, mit neuen (?) Vorbildern die Studenten in „bewährte" Bahnen zu lenken. Dazu bedarf es erst einmal einer ethischen Grundlage: Prof. Gadamer leitete die Veranstaltungsreihe mit einem Vortrag ein, der u.a. die „Vorbilder und ihre Funktion" zum Thema hatte. Am 12.7. folgte H.L. Merkle mit seinem Auftritt. Dieses Vorbild war *„ab 1942 Hauptgeschäftsführer des Zwangskartells ‚Reichsvereinigung Textilveredelung' und ab 1943 Mitglied des ‚Arbeitsstabes Rafelsberger' im Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion"*.

Der Linken Liste, die diese Nebensächlichkeiten zu bedenken gab, antwortete Unipräsident Ring mit dem Verweis auf die wichtige Funktion des berufserfahrenen Vortragsredners in der deutschen Wirtschaft. Die Veranstaltung selber sollte demnach erst recht ohne kritische Diskussion über die Bühne gehen. So hatte die Universitätsleitung für Merkle einen 20köpfigen Sicherheitsdienst angeheuert, der potentielle Kritiker, die sogenannten „Störer", per Gesichtskontrolle vor der Tür halten sollte. Eine Hundertschaft der Polizei vervollständigte das Bild. Als sich daraufhin Protest vor der Tür ankündigte und sogar Professoren das Vorgehen des Präsidenten für „hochgradig unsensibel" erklärten, wurde es Ring ungemütlich. Er forderte die Polizei auf, das Feld zu räumen, war aber nicht mehr Herr des Geschehens. Wenn es um verdiente Wirtschaftsführer geht, entscheidet sich die Polizei schweren Herzens für die Redefreiheit. Sie blieb und Merkle redete.

Hatte die Presse zunächst in gewohnter Manier und vorauseilendem Gehorsam den Polizeibericht wiedergegeben, folgten tags darauf etwas differenziertere Darstellungen des Geschehens. Die Argumente der Kritiker, von Ring zuvor als „terroristisches Verhalten" diffamiert, fanden zum Teil Eingang in die Berichterstattung.

Möglicherweise steht der Frankfurter Öffentlichkeit noch einige Erregung um diese Vortragsreihe ins Haus. Insbesondere die geplanten Auftritte von Bankenchef Hermann J. Abs und Mercedes-Boß Edzard Reuter dürften den Debattierfreudigen Gesprächsstoff und den Polizei- und Sicherheitsdiensten Überstunden bescheren. Die Deutsche Bank, die mächtigste der BRD, hatte in der Nazi-Zeit kräftig an „Arisierungen" jüdischer Unternehmen und jüdischen Privatbesitzes profitiert. So lag es auch ganz in der Nachkriegslogik, daß ausgerechnet Hermann J. Abs die Verhandlung über westdeutsche „Wiedergutmachungsleistungen" mit Israel und der Conference on Jewish Material Claims against Germany Inc. im Namen der Bundesregierung führte und in deren Verlauf die jüdischen Forderungen von 3 Mrd. Dollar auf 715 Mio. Dollar drückte: eine der lehrreichen Berufserfahrungen dieses Herrn, aber fraglich ist dennoch, ob die Frankfurter Studenten bereit sind, sich solches in aller Ergebenheit anzuhören wie die Kommilitonen Kohl oder Wallmann.

Die Aktionen, die an der Uni von der Linken Liste getragen wurden, haben anscheinend schon Wirkung gezeigt, indem Abs nach Meldung der „FAZ" vom 17.8. wieder ausgeladen worden ist. Die Zeitung, hinter der nicht zuletzt die Deutsche Bank steht, meldet bereits ihre Zweifel an der „Glaubwürdigkeit" der Universität an: Wird wohl doch nix aus der Förderung ... Wie das letzte Wort in Sachen Abs auch ausfallen wird, auch dem Rüstungsboß Reuter möge ein Uni-Auftritt zuteil werden, der eine neuartige Berufserfahrung ist.

KB-Gruppe Ffm.



Göttinger Antifa-Bündnis:



GdP denunziert DGB-Kreisvorsitzenden

Seit über einem Jahr existiert das Göttinger Antifa-Bündnis von DGB, Autonomer Antifa, KB, DKP, Grünen, drei Hochschullisten (GAL, Linkes Bündnis, MSB) und anderen, das sowohl von seiner Zusammensetzung wie auch von seiner Arbeit her wohl einzigartig in der BRD ist. Entstanden war es aufgrund vermehrter faschistischer Aktivitäten im Raum Göttingen. So führte das Bündnis Veranstaltungen und Demonstrationen in Northeim, Göttingen und Mackenrode durch. Eigentlich von Anfang an war der Göttinger DGB-Kreisvorsitzende Michael Zimball Ziel von Angriffen aus den rechten Reihen des DGB (s. AK 292). Eine neue Offensive starteten jetzt die GdP (Gewerkschaft der Polizei im DGB) und der DGB-Landesbezirksvorsitzende Neumann.

„Lieber Michael, im Zusammenhang mit den Aktivitäten des DGB-Kreises Göttingen im ‚Antifaschistischen Bündnis' erreichte uns ein Brief der Gewerkschaft der Polizei — Kreisgruppe Göttingen —, die eure Mitarbeit einer ‚kritischen Betrachtung und Würdigung ... unterziehen'., so der DGB-Landesbezirksvorsitzende Karl Neumann in einem Brief an Michael Zimball, an dessen Stuhl landauf, landab seit geraumer Zeit gesägt wird. Ein sich dafür wohl immer wieder anbietender Anlaß ist die von Zimball und einigen wenigen anderen Gewerkschaftern unterstützte Zusammenarbeit u.a. mit der Autonomen Antifa im lokalen Antifa-Bündnis. Kurz vor der letzten Aktion des Bündnisses — der Demonstration gegen das FAP-Zentrum in Mackenrode — war diese schon Anlaß für die Jusos, mit der Begründung aus dem Bündnis auszusteigen, es würde zu Ausschreitungen kommen. Die Wellen in der Lokalpresse schlugen hoch, Schutzpolizeichef Will *„fühlte sich wieder mal in die Rolle gedrängt, Rechtsradikale schützen* *Rolle gedrängt, Rechtsradikale schützen* *zu müssen"*. Die Gewerkschaft der Polizei distanzierte sich vom DGB-Kreisvorstandsbeschluß zur Mitarbeit im Antifa-Bündnis, weil sich dessen Mitglieder zumindest nicht eindeutig zu absolutem Gewaltverzicht bekennen würden, sprach aber *„der Polizei insgesamt auch bei der Bekämpfung des Rechtsradikalismus ihr volles Vertrauen aus"*. Zu diesem Schritt sah sich die GdP-Kreisgruppe aufgrund der tiefgreifenden Anti-DGB-Stimmung unter ihrer Kollegenschaft veranlaßt. *„Ausschließlich auf diese Weise konnte zumindest vorerst der totale Bruch in bezug auf eine weitere Mitarbeit im DGB-Kreis Göttingen verhindert werden."* (schade eigentlich)

Nach der Mackenroder Demo, die ein Erfolg auf ganzer Linie war, beantragte die GdP nun den Ausstieg des DGB aus dem Bündnis, das mittlerweile in den Vorbereitungen für eine Antifa-Woche Ende August/Anfang September steckt. *„... eine Zusammenarbeit insbesondere mit der ‚Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg' (sei) wegen ihrer linksextremen Grundhaltung und aufgrund des DGB-Vorstandsbeschlusses vom 4.11.80 prinzipiell ausgeschlossen,"* wurden die gewerkschaftlichen Unvereinbarkeitsbeschlüsse bemüht. Desweiteren müsse den DGB-Vertretern auch die Mitarbeit der autonomen Antifaschisten bekannt sein. Und *„diese Gruppe bezeichnet sich selbst als militant und lehnt die Bundesrepublik als imperialistischen Staat kategorisch ab. Vorwiegend bei versammlungsrechtlichen Veranstaltungen treten sie als ‚Schwarzer Block' in Erscheinung. Ihre bundesweiten aber auch in Göttingen durchgeführten — militanten — Aktivitäten bedürfen an dieser Stelle nicht der Detailerwähnung. Darüber hinaus erübrigt sich wegen der allseits bekannten Fakten eine weitere Charakterisierung. Im Hinblick auf die Ereignisse in Göttingen besteht der hinreichende Verdacht, daß die ‚autonomen Antifaschisten' für die sogenannte Scherbendemo 1986 und die Silvester-Krawalle verantwortlich sind."* In diesem Stil wird auf vier Seiten die Abgrenzung begründet. Abgesehen davon, daß die Göttinger Silvester-Krawalle Silvester 80/81 waren — da gab es die autonome Antifa noch gar nicht —, ist anzumerken, daß der Hauptkrawall anschließend auf dem Polizeirevier stattfand, wo Festgenommene zusammengeschlagen wurden. Das Land Niedersachsen bezahlte damals 4000.-DM Schmerzensgeld, die Täter waren aufgrund des Corpsgeistes der Göttinger Polizei nie zu ermitteln. „Die sogenannte Scherbendemo 1986" und die behauptete, aber nie bewiesene Beteiligung der Antifa mußten für die Polizei schon als Begründung für den Überfall auf das Jugendzentrum Innenstadt und die Verhaftung von über 400 Leuten (Juzi-Kessel) im Dezember 1986 herhalten, womit sie vor Gericht aber scheiterte. Und das alles dient jetzt dem DGB-Landesbezirksvorsitzenden, dem die GdP das Schreiben auch gleich zuschickte, dazu, dem Göttinger Kreisvorsitzenden Zimball mal wieder Ärger zu machen. Er nimmt die polizeilichen Erkenntnisse, die ihm die GdP als Munition liefert, zum Anlaß, Zimball zur Rede zu stellen:

„Sollten diese Darstellungen der Wahrheit entsprechen, scheint der DGB-Kreis Göttingen Satzung und Beschlußlage des DGB zumindest in Teilen zu ignorieren. Daher fordern wir dich hiermit auf, uns umgehend, spätestens jedoch bis zum 5. August 1988 folgende Fragen zu beantworten:

1. Stimmen die Aussagen der GdP-Kreisgruppe Göttingen, insbesondere hinsichtlich der mitarbeitenden Gruppen und der Rolle des DGB-Kreises, mit der Realität überein; wenn nicht, in welchen Punkten?

2. Wird der DGB-Kreis Göttingen mit deinen Räumen als Geschäftsstelle des ‚Antifa-Bündnisses' benutzt?

3. In welchem Umfange ist DGB-Personal für die Angelegenheiten des ‚Antifa-Bündnisses' eingesetzt worden?

4. Sind Haushaltsmittel des DGB-Kreises für das ‚Antifa-Bündnis' ausgegeben worden?

Wenn ja, bitten wir um eine Aufstellung der Positionen und die Höhe der jeweils eingesetzten Mittel (z.B. Fotokopien, Porto, Rechnungen, Honorare, Fahrtkosten, etc.). Im Interesse einer umfassenden Aufklärung erwarten wir von Dir eine baldige Antwort. Entsprechend einer eventuellen Bedeutung der Angelegenheit habe ich den geschäftsführenden DGB-Landesbezirksvorstand und den DGB-Bundesvorstand von diesem Schreiben in Kenntnis gesetzt. Mit freundlichen Grüßen — *vorstand von diesem Schreiben in Kenntnis gesetzt. Mit freundlichen Grüßen —* *Karl Neumann"*. Der informierte Bundesvorstand wird sich wohl auch nicht anders verhalten.

Spannend bleibt die weitere Entwicklung im Bündnis: Der DGB-Kreisvorstand entscheidet am 5.9. über seine weitere Mitgliedschaft.

Bleibt zu hoffen, daß sich dort die linken DGBler gegen jene durchsetzen können, die das Bündnis entweder ohne die radikale Linke oder ohne den DGB sehen wollen.

Die Antifa-Woche

Nichtsdestotrotz laufen im Bündnis die Vorbereitungen für die Antifa-Woche gegen Faschismus, Militarismus, Revanchismus vom 29.8. bis 4.9. auf Hochtouren. Die Woche richtete sich gegen die am 3./4.9. im Göttinger Rosengarten stattfindende Heldengedenkfeier. Diese Rosengartenfeier findet jährlich zum Gedenken der ostpreußischen Gefallenen statt und ist mit ca. 2.000 Besuchern wohl eins der größten Militaristentreffen im norddeutschen Raum. Organisiert wird das Spektakel von der Landsmannschaft Ostpreußen. Aber nicht nur sie ist bei dieser Gelegenheit aktiv, der ganze rechte Sumpf findet sich dort ein. Als Beispiele seien hier nur der Bund der Vertriebenen, der Ring deutscher Soldatenverbände oder der Banszerus-Heimatbuchdienst genannt, der dort faschistische Literatur verkauft. Den Granitsoldaten im Rosengarten hat ein „Kommando Hut ab — Kopf ab — haut ab" inzwischen gestürzt und enthauptet. Der CDU-Landtagsabgeordnete Hartwig Fischer war entsetzt und rief dazu auf, zu der *„traditionellen Ehrenmalsfeier" zahlreich zu erscheinen, um somit ein Zeichen zu setzen.* (GT, 10.8.) Den Abschluß der Antifa-Woche bildet die Demo gegen das Revanchistentreffen. Wer also am ersten Sonntag im September noch nichts vorhat ...

Antifa-Kom., Göttingen

Göttinger Antifa-Woche

Montag
29.8., 19.30 h
Uni Oeconomicum Ü3
„KREUZRITTER IN TRACHTEN"
Diskussion mit einem Vertreter der VR Polen
DKP

Dienstag
30.8., 20.00 h
Grünes Zentrum, Geiststraße
„NEOFASCHISMUS UND AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT"
Information und Diskussion
DIE GRÜNEN

Mittwoch
31.8., 19.00 h
DGB-Haus, Obere Masch
„NATION — NATIONALISMUS — NATIONALE FRAGE"
Diskussion mit Prof. Dr. Reinhard Kühnl (Uni Marburg)
IG METALL

Donnerstag
1.9., 17.00 h
ab DGB-Haus ...
DEMONSTRATION und KUNDGEBUNG zum ANTIKRIEGSTAG

ANTIKRIEGSTAG

Donnerstag
1.9., 20.00 h
Grünes Zentrum, Geiststraße
„WIE SOLL POMMERN DIE FREIHEIT WIEDERERLANGEN, WENN NICHT EUROPA BIS ZUM SCHWARZEN MEER GEHT"
Der Europagedanke und die Modernisierung des Revanchismus
Linkes Bündnis

Freitag
2.9., 20.00 h
Theaterkeller, Geismarldstr.
„Revanchismus in der BRD — DER BUND DER VERTRIEBENEN und seine LANDSMANNSCHAFTEN"
+ letzte Infos zur Demo am 4.9.
Autonome Antifa

Samstag
3.9., ab 14.00 h
Parkplatz vorm JUZI
„Alle werden fallen"
Open Air Konzert gegen Revanchismus und Militarismus
JUZI
Antifaschistisches Bündnis

Sonntag
4.9., 11.00 h
ab DGB-Haus ...
DEMONSTRATION und KUNDGEBUNG gegen die Heldenfeier im Rosengarten

Göttingen:

Skinheads verurteilt

Am 29.7.88 verurteilte ein Göttinger Jugendschöffengericht drei Neonazis zu Jugendhaftstrafen von einem Jahr, zweieinhalb Jahren und drei Jahren und neun Monaten ohne Bewährung. Das Gericht hatte dabei zwei Verfahren gegen die Skins zu einem Prozeß zusammengefaßt.

Zwei der angeklagten Skins hatten im Februar dieses Jahres im Dachzimmer ihres Kameraden Thomas Dräger ein Feuer gelegt. Nur weil der Brand in dem Fachwerkhaus — in dem sich eine Diskothek und zwei Kneipen befinden — damals schnell entdeckt wurde, konnte die Feuerwehr eine Katastrophe verhindern. Zur Tatzeit befanden sich mehrere hundert Menschen in dem Gebäude, sie konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen (vgl. Arbeiterkampf Nr. 292, 7.3.88).

In dem anderen Teil des Verfahrens wurde einem der Angeklagten zusätzlich die Beteiligung an einem Fall von gemeinschaftlicher Körperverletzung vorgeworfen. Am 12. Dezember 1987 hatten mehrere Skins einen ausländischen Wirt einer Innenstadtkneipe tätlich angegriffen und anschließend auf der Straße zwei Passanten mit einer Gaspistole beschossen und mit Holzknüppeln zusammengeschlagen. Mitglieder eines zivilen Einsatzkommandos der Göttinger Polizei wurden mit einem abgesägten Luftgewehr bedroht (siehe: Arbeiterkampf, Nr. 291, 8.2.1988).

Der Richter führte in seiner Urteilsbegründung aus, daß der Hauptangeklagte, der Neonazi Thomas Dräger, zwar „ein Verbrechen begangen habe", „doch ein Verbrecher sei er nicht" (Göttinger Tageblatt, 30.7.88). Und der Richter weiter: „Die Brandstiftung sei nicht politisch motiviert gewesen." (NDR, Die Umschau, 29.7.88)

Das Jugendschöffengericht zog damit in aller Konsequenz die polizeiliche Ermittlungslinie bis zum Ende durch: Der politische Hintergrund des kriminellen Treibens des Neonazismus wurde von Anfang an strikt geleugnet.

Dräger, über den der Richter mit so viel Milde sprach, war bis zu seiner Verhaftung einer der Hauptakteure der Göttinger Skinhead-Szene. An vielen Überfällen war er direkt beteiligt;
— so wurde aus seinem Wohnungsfenster mit einem Gewehr auf eine gegenüberliegende Wohngemeinschaft geschossen;
— so war er maßgeblich an dem Überfall auf das Göttinger Jugendzentrum Innenstadt im Januar dieses Jahres beteiligt (um nur zwei Beispiele zu nennen).

Eigentlich hatten die Skins keinen Zweifel daran gelassen, worum es ihnen bei der Brandstiftung gegangen war. Dräger im Prozeß: „Aus Wut über die von Andersdenkenden angerichteten Zerstörungen" habe er die Trümmer in seiner ehemaligen Wohnung angesteckt. Antifaschisten hatten einige Wochen vorher Drägers Wohnung demoliert. (GT, 30.7.88)

Und bekannt wurde auch während des Prozesses, daß die Skins unmittelbar vor der Brandstiftung bei dem Funktionär der FAP, Karl Polacek, in dessen FAP-Zentrum in Mackenrode zu Besuch waren. Hier mag der Plan zur Brandstiftung gereift sein.

Die politischen Motive lagen also ziemlich offen. Wer so argumentiert wie Richter Reitzenstein, der hat einfach kein Interesse, die politischen Zusammenhänge aufzudröseln, der will den organisierten Hintergrund der Tat nicht beleuchten und verfolgen, der will an die Hintermänner bewußt nicht heran.

Im Übrigen arbeiteten die neonazistischen Kampfgefährten der Angeklagten auch noch während des Prozesses und wollten auf seinen Verlauf Einfluß nehmen. „Im Zusammenhang mit dem Prozeß soll ein Belastungszeuge telefonisch bedroht worden sein." (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 1.8.88) Das Gericht blieb mit seinem Strafmaß hinter den Strafanträgen der Staatsanwaltschaft zurück. In die Strafen für die Nazis von drei Jahren und neun Monaten und zweieinhalb Jahren flossen noch zu verbüßende Haftstrafen aus vorausgegangenen Verurteilungen ein.

Strafanzeige gegen ASTA-Mitglied

Derzeit läuft ein Ermittlungsverfahren gegen einen Redakteur der „Göttinger Nachrichten" (GN), der Zeitung des Göttinger ASTAs. Gegen den Redakteur wird ermittelt, weil er verantwortlich sein soll für den Abdruck eines Aufrufplakats in den GN zur Antifa-Demo in Mackenrode. Auf diesem Plakat ist — als Fotomontage — das FAP-Zentrum in Mackenrode abgebildet, aus dessen Dach Flammen schlagen. Weiter sind auf diesem Plakat die Daten von Anschlägen gegen neonazistische Einrichtungen im südniedersächsischen Raum aufgelistet.

Daraufhin hat der NPD-Funktionär Hans Michael Fiedler und der neonazistische Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger Strafanzeige erstattet. Für die Göttinger Polizei sind diese Anzeigen offenbar ein gefundenes Fressen. Sie ermittelt emsig!

He., Antifa-Kom., KB Göttingen

Dänisch-bundesdeutsche Problematik:

Das Treiben des „NSDAP"-Propagandisten Christophersen

Jahrelang lebte er in Schleswig-Holstein. Dann — 1986 — hat er sich nach Dänemark abgesetzt, der 70jährige Thies Christophersen. Seine Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis gestattet ihm noch, dort bis 1990 zu bleiben und zu „arbeiten". Als BRD-EG-Bürger floh er in ein anderes EG-Land, „um einem Haftbefehl wegen Volksverhetzung und Beleidigung des Andenkens Verstorbener zu entgehen." Denn er bestritt noch immer, daß die Nazis 6 Millionen jüdische Menschen umgebracht hätten. Diesmal „belegt" durch ein Zitat, jüdisches Leben bedeute Geldeinsammeln und Protestieren. Pervers: Der 6-Millionen-Mord sei ein „Trick" und diene dem Geldverdienen.

Die dänischen Behörden folgtem dem Auslieferungsbegehren des Kieler Justizministeriums nicht. Es hieß: juristisch nicht möglich. Für eine Verurteilung nach dem Rassismusparagraphen sei die Aussage nicht grob genug. Christophersen hat die Lücke wieder gefunden. Er kann weitermachen. Immer noch.

Das Fossil hat noch lange nicht genug

Und so ging es los. Anfang 1970. „Mir fiel es auf, wie elegant unsere Häftlinge gekleidet waren. Zwar mußten sie ihre Sträflingskleidung tragen, aber ihre Wäsche, Strümpfe und Schuhe waren einwandfrei und tipptopp. Auch an Schönheitspflege fehlte es nicht. Lippenstift, Puder und Schminke gehörten mit zu den Utensilien der weiblichen Häftlinge." ... „Im übrigen war das Hackkommando aus Birkenau ein lustiger Haufen. Es sang bei der Arbeit seine polnischen Lieder, und die Zigeuner führten dazu ihre Tänze auf." ... „Ich habe während meiner Zeit in Auschwitz nicht die geringsten Anzeichen von Massenvergasungen bemerkt. Auch der Geruch von verbranntem Fleisch, der oft über dem Lager gelegen haben soll, ist eine glatte Lüge. In der Nähe des Hauptlagers war eine große Beschlagschmiede. Der Geruch von dem Einbrennen der Hufeisen war natürlich nicht angenehm." „Hitler wollte gar nicht die Juden ..." ...Bestialisch.

Das Bekenntnis des Alt-Nazis Christophersen in seiner Zeitschrift „Kritik — Die Stimme des Volkes" „Die Auschwitz-Lüge" fiel damals deutlich aus. „Unser Kampf gegen die Lüge der ‚sechs Millionen vergasten Juden' geht weiter" (Christophersen-Kampfschrift „Die Bauernschaft" 3/1976)

Und das Signal wurde gehört. Die „NSDAP"-Propagandisten (u.a. auch Roeder und Schönborn) zogen damals vom Leder. Die Kühnen-Truppe folgte. Der antifaschistische Kampf in der BRD steuerte in jenen Jahren auf einen Höhepunkt zu. — Dem Fossil konnte nicht das Maul gestopft werden.

Eine neue Organisation

Im Januar 1985 wurde der Däne *Henry Krog Pedersen* (älterer Jahrgang) am Flensburger Grenzübergang Krusa angehalten, als er versuchte, Naziliteratur — z.B. auch die „Auschwitz Lüge" — in die

Fortsetzung nächste Seite



(Aus: „Nebelspalter")

«Wir sind mit unseren Experimenten grad noch rechtzeitig fertig geworden, Professor!»

Gen- und Reproduktionstechnologie

Von der Kritik zur Akzeptanz

Im Verlauf des ersten gentechnologischen Forschungsbooms veröffentlichten Anfang der sechziger Jahre 82 US-Experten der Biochemie Prognosen über denkbare Auswirkungen der Genmanipulation: Die „Aufzucht von im Labor befruchteten menschlichen Eizellen in einer künstlichen Gebärmutter", befürchteten die Wissenschaftler, sei bis zum Jahre 2000 ebenso möglich wie „erste Eingriffe in das menschliche Erbgut; künstliche Neubildung von Organen und Gliedmaßen; Züchtung von Mensch-Tier-Wesen, die einfache körperliche Arbeit verrichten können". (1) Aufgrund ihrer Sorge, daß sich die Ergebnisse der molekulargenetischen Forschung ihrer Kontrolle entziehen könnten, kündigten anerkannte Wissenschaftler ihre hochdotierten Jobs (z.B. James Shapiro/USA).

Im Sommer 1974 wandten sich elf prominente Mikrobiologen mit der Warnung vor möglichen „Biogefahren neukombinierter DNS-Moleküle" an die Öffentlichkeit. Sie forderten einen Verzicht auf riskante Experimente und schlugen vor, die sich neu stellende brisante Problematik in einem größeren internationalen Wissenschaftlerkreis zu diskutieren.

senschaftlerkreis zu diskutieren.

Sicherheitskonferenz

Daraufhin trafen sich im Februar 1975 ca. 140 führende Molekularbiologen und Genetiker aus 16 Ländern zu einer Sicherheitskonferenz in Asilomar/USA, in deren Verlauf nach heftigen Kontroversen allgemeine Sicherheitsrichtlinien und ein vorübergehendes Moratorium weltweit für bestimmte gentechnologische Versuche beschlossen wurden. Die Hauptgefahr sahen die Wissenschaftler darin, daß gentechnologisch hergestellte Bakterien zu unvorhersehbaren Krankheiten epidemischen Ausmaßes führen könnten. Um dies zu vermeiden, wurden alle Experimente in vier Gefahrenklassen aufgeteilt und mußten in entsprechend eingerichteten Sicherheitslabors durchgeführt werden. Es sollten nur noch Mikroorganismen manipuliert werden dürfen, die außerhalb der Labors nicht überleben können. Rekombinationsforschung mit Krebsviren war grundsätzlich verboten. (2) Die amerikanische Gesundheitsbehörde — National Institutes of Health (NIH) — übernahm die Beschlüsse praktisch unverändert, und im Juli 1976 traten sie als orientierende Richtlinien in Kraft. Diese setzten für wenige Jahre Maßstäbe der Sicherheitsvorkehrungen in den meisten Ländern, in denen an molekularbiologischen Forschungsprojekten gearbeitet wurde — in der BRD wurden die Sicherheitsmaßstäbe von der zentralen Kontrollstelle für biologische Sicherheit (ZKBS) übernommen.

Seit dieser bedeutsamen Konferenz von Asilomar hat sich die bio- /gentechnologische Forschung nahezu ungebremst von öffentlicher Kontrolle und Protest, der über jahrelange Debatten in Gremien, Kommissionen und Wochenendseminaren selten hinausging, weltweit mit Riesenschritten weiterentwickelt. Die Forschung steht in den letzten Jahren an der Schwelle der industriellen Verwertbarkeit ihrer Ergebnisse. Für viele wirtschaftlich interessante, gentechnologisch herstellbare Produkte wie z.B. Insulin, Interferon, t-PHA, Blutfaktor VIII werden zur Zeit die Voraussetzungen geschaffen, sie industriell mit Gewinn massenhaft herstellen zu können; der jahre- bis jahrzehntelangen Entwicklungsphase folgt nun die Phase der Anwendung und der lukrativen Vermarktung.

Parallel dazu ist nicht nur in der BRD zu beobachten, daß die Bedenken der Politiker und der zuständigen Regierungsorgane gegenüber dieser Technologie schwinden (falls sie je bestanden haben). Sicherheitsrisiken werden verharmlost oder schlicht geleugnet, Sicherheitsrichtlinien verwässert und Kontrollen verschleppt. Die 1976 aufgestellten Sicherheitsstandards wurden sowohl in den USA über das NIH als auch hier in der BRD über die ZKBS zunehmend gelockert.

Auf drei internationalen Tagungen (August 1976 in Bethesda/USA, Juli 1977 in Falmouth/USA und Januar 1978 in Ascot/Großbritannien), die vom NIH organisiert und gefördert wurden, sollte die Übereinstimmung hergestellt werden, daß die rekombinante DNS-Forschung keine neuartigen Risiken in sich berge.

„Alle Tagungen erfolgten unangekündigt, waren nicht öffentlich und daher im voraus nur einer ausgewählten Gruppe von Wissenschaftlern mit engen Beziehungen zum Veranstalter bekannt. Jedes Mal erfuhr die breitere wissenschaftliche und allgemeine Öffentlichkeit erst im nachhinein von den Tagungen, die Teilnahme kritischer Wissenschaftler wurde eingeschränkt bzw. vermieden." (3) Die nachhinein von den Tagungen, die Teilnahme kritischer Wissenschaftler wurde eingeschränkt bzw. vermieden." (3) Die Widerlegung der These vom „epidemischen Pathogen" (am Beispiel der Arbeit mit E.coli K 12), das unkontrolliert bei molekulargenetischen Experimenten entstehen könnte, stand im Mittelpunkt. Die Risiken seien nach dem neuesten Erkenntnisstand „so gering, daß ihnen keine praktische Bedeutung zukommt". (4)

Daß sich sämtliche Forschungsarbeiten nur auf *einen* Erreger bezogen, daß die Gefahren der Beschäftigten in gentechnologischen Laboren nicht berücksichtigt wurden, daß nur von technisch fortgeschrittenen Ländern mit geeigneten Gesundheitswesen und Abwässeraufarbeitungssystemen ausgegangen wurde — dies und vieles weitere wurde nicht mehr berücksichtigt. „Ich glaube (das Problem der Überzeugung der Öffentlichkeit) ist das, was wir angehen müssen. Das bedeutet vielleicht nichts, aber es ist sehr leicht zu bewerkstelligen. Es handelt sich um *Molekularpolitik*, nicht um Molekularbiologie, und ich glaube, wir müssen beide in Betracht ziehen, weil eine Menge Wissenschaft auf dem Spiel steht." (5)

Krisenintervention

Prominente Wissenschaftler versicherten öffentlich, die Risiken der gentechnologischen Arbeit mit E.coli K 12 seinen minimal und diese Ansicht wurde von anderen Wissenschaftlern und Politikern, in Zeitschriften und auf internationalen Konferenzen aufgegriffen und gelangte schnell zu wissenschaftlichem Ansehen.

Der neue Konsensus verfestigte sich auch dadurch, daß dieses Argument in offiziellen Berichten und Erklärungen zur Rechtfertigung der Abschwächung von Kontrollen der rekombinanten DNS-Technik immer wieder verwendet wurde.

Im April 1978 erklärte der Direktor der NIH vor dem Recombinant DNA Advisory Comittee seiner Institution, „die Beweislast müsse bei rekombinanten DNS-Risiken von den Förderern dieser Technik auf diejenigen, die ihre Anwendung begrenzen wollten, verlagert werden." (6)

Auf dieser neuen Grundlage gab das Komitee seine anfängliche Linien der *Risikoprävention* auf zugunsten einer Linie der *Krisenintervention*, in deren Rahmen die schnelle Entwicklung dieses Wissenschaftsgebiets durch den Abbau vorheriger Kontrollen gefördert werden sollte.

So leisteten die NIH beim Abbau von Sicherheitsvorschriften Schrittmacherdienste für die übrige Welt. „Im Jahre 1982 hatten die NIH die Überwachung rekombinanter DNS-Aktivitäten praktisch aufgegeben, eine gewaltige Fülle von Experimente durfte in den Labors stattfinden, und — dies ist das wichtigste — das gesamte Spektrum der Lebewesen wurde für die genetische Manipulation geöffnet." (7)

„... die Weigerung des wissenschaftlichen Establishments (insbesondere der Vereinigten Staaten), handfeste experimentelle Beweise dafür zu verlangen, daß die Forschung mit rekombinanter DNS *keine* pathogenen Substanzen oder Organismen hervorbringt, und die Eilfertigkeit, mit der die biomedizinischen Forscher im allgemeinen die öffentlichen Ergebnisse von Brainstorming-Sitzungen als ‚neue Erkenntnisse' verkauften, deuten darauf hin, daß die Klonierungskontroverse der 70er Jahre weder im Hinblick auf die öffentliche Sicherheit noch mit wissenschaftlicher Strenge geführt wurde. Die Geschichte dieser Kontroverse zeigt vielmehr etwas ganz anderes: daß 'mit' wissenschaftlicher Strenge geführt wurde. Die Geschichte dieser Kontroverse zeigt vielmehr etwas ganz anderes: daß Konkurrenzinteressen an der schnellen Entwicklung der rekombinanten DNS-Technologie, die seit 1978 auf allen Ebenen der Wissenschaft von staatlichen Institutionen über die Industrie zu den Forschungslaboratorien zum Ausdruck kamen, bei weitem das Interesse an der Vermeidung destruktiver Tendenzen der modernen Technologie überwogen." (8)

Nur fünf Jahre nach dem als verantwortungsvolle Wende in der Molekularbiologie gefeierten Moratorium von Asilomar hat sich die Forschung über (fast) alle Bedenken hinweggesetzt, und ein großer Teil der damals beteiligten Wissenschaftler distanziert sich von den Ergebnissen der Konferenz. Von damals bis heute hat unter dem Druck zunehmender Verwertungsinteressen eine angemessene Risikoforschung nicht mehr stattgefunden. Bestehende Probleme oder offene Fragen wurden (häufig von den Wissenschaftlern selbst) wegdefiniert oder mit dem unablässigen Hinweis, wir betreiben Gentechnologie seit 20 Jahren, und es ist noch nichts passiert (was eine glatte Lüge ist), als vernachlässigbar betrachtet.

Demgegenüber formiert sich seit Beginn der 80er Jahre ein heterogenes Spektrum von KritikerInnen, das seit vielen Jahren Aufklärungsarbeit, Informationsveranstaltungen, Kongresse und Protestaktionen durchgeführt und deren kritische Ansätze sehr vielfältig sind — von der radikalen Ablehnung der Bio-/Gentechnologie bis hin zur öffentlich kontrollierten Einzelfallentscheidung, bezogen auf einen konkreten riskanten Versuch oder Forschungsansatz mit entsprechenden Folgen.

ZF

Quellen:
(1) TAZ v. 23.1.84
(2) Zeit-Magazin v. 11.3.88
(3) Susan Wright, Die Sozialgeschichte der Kontroverse um die rekombinante DNS in den USA, aus: Gentechnologie-Chancen und Risiken 10, „Die ungeklärten Gefahrenpotentiale der GT" Dokumentation eines Symposions 7.- 9.3.86 in Heidelberg
(4) Federal Register 43, März 1978
(5) aus: Enteric Bacteria Meeting, Bethesda Maryland, August 1976, Transkript 44-45
(6) Tonbandaufzeichnung der 11. Tagung des Recombinant Molecule Program Advisory Comittee, NIH 27.-28.4.78
(7) Susan Wright s.o.
(8) Susan Wright s.o.

Fortsetzung von Seite 28

Katastrophe ...

giftigen Stoffen ein Unfall schlimmen Ausmaßes heute und in Zukunft möglich erscheint? Kann mensch mit der Firma im Prinzip leben, wen sie sich an Sicherheitsauflagen hält, oder kann mensch nicht? Ihre Bedenken und Ängste faßten die Umweltschützer in der Warnung vor einem *„Bophal am Main"* zusammen. Die Angst vor der ökologischen Katastrophe, deren psychischer Ursprung in Wahrheit die bis heute unverarbeitete Katastrophe der deutschen Geschichte ist, dies wird an der „kleinen" Degesch so überdeutlich. Die Eindeutigkeit, mit der sich nahezu alle Degesch-Gegner auf die Ökologie stürzten und sich, wenn von Auschwitz die Sprache war, die Ohren zuhielten, die Dankbarkeit, mit der eine große Koalition von CDU, SPD, FR bis weit in die Grünen hinein das Thema Umweltschutz aufgenommen hat, um bloß nicht über die Vergangenheit zu sprechen, die unheilige Allianz alter und neuer Verdränger — das ist die bittere Begleiterscheinung dieses Erfolgs über die Degesch.

Im März 1988 sprach das Verwaltungsgericht Darmstadt einen CDU-Lehrer von dem Vorwurf frei, nationalsozialistisches Vokabular im Unterricht benutzt zu haben. Mehrere Zeugen bestätigten, daß er seine Schüler mit Sprüchen wie „Sie gehören vergast" oder „Sie gehören standrechtlich erschossen" traktierte. Seine Vergleiche zwischen Türken und Müllabfuhr und die Androhungen „standrechtlicher Erschießungen" wurden von ihm sogar zugegeben, das Gericht meinte jedoch, durch solche Äußerungen würde niemand einen seelischen Schaden davontragen!

Die deutsche Volksseele, sie erträgt die Nachbarschaft zu alten und neuen Nazis, zu Kapitalisten, die an der Endlösung verdient haben und vieles andere mehr erheblich besser als tote Robben und Schadstoffemissionen.

He., Frankfurt

Fortsetzung von vorheriger Seite

Der logistische „Vorteil"

Fortsetzung von vorheriger Seite

„NSDAP" ...

BRD zu schmuggeln. Handelte es sich um eine Auftragsarbeit?

Schon lange war bekannt, daß Christophersen seit Ende der 70er Jahre über die Deckanschrift des dänischen Nazis *Povl Heinrich Riis-Knudsen* seine in der BRD (zeitweilig) verbotenen Bücher und die rechtradikale Zeitschrift „Die Bauernschaft" an bundesdeutsche Kunden verschickt. Diese Aufgabe übernahm Mitte der 80er Jahre offensichtlich Christophersens Verlag im dänischen Kollund (in Grenznähe), im Molevej (Moleweg). „Zufällig" wohnt nun in seiner Nähe, zwischen Krusa und Pinkenaes (Kummelfort), Henry Krog Pedersen. Dieser Herr nun knüpft seine Verbindungen auch in die BRD, nach Sörup, einem Dorf einige Kilometer von Flensburg. Er dirigiert eine Gesellschaft namens *Mecafi Aps.* Diese Firma in Kollund eröffnete eine Filiale in Sörup, die der Sohn *Hans Christian Krog Pedersen* betreibt und in der auch die Biologin Andrea Pedersen tätig ist. Hans Christian ist auch praktischer Arzt in Sörup. Seltsamerweise hatte diese Gesellschaft im Zeitraum 1984/85 und 1985/86 einen Nettoumsatz von 0 dänischen Kronen. Die Firma unterhält nur ein Auto.

Und noch eine Organisation

Im Januar 1987 wurde die *Arbeitsgemeinschaft Schönes Sörup* gegründet. Die in Hamburg registrierten Gründungsmitglieder sind der dänische Nazi *Povl Heinrich Riis-Knudsen, Henry Krog Pedersen, Hans Christian Krog Pedersen, Henrik Olling* und auch die Oldy der Truppe, *Marie-Adelheid Prinzessin Reuss* zur Lippe (92 Jahre alt) — bekannt als (ehemaliges?) Mitglied der rechtsradikalen Gesellschaft für freie Publizistik (GfP) in der BRD. Vorsitzende des Vereins ist — wie sollte es anders sein — Andrea Pedersen.

Geistige Impulse für das Dorfleben wollen die Herrschaften geben, „Volksbildung" und „wissenschaftliche Erkenntnisse" sollen unters Volk gebracht werden, „Volksgesundheit durch gesundheitliche Aufklärung und Bekämpfung von Rauschgift und Kriminalität." Na, die Gründungsmitglieder bürgen sicherlich für Qualität der Arbeit.

Der logistische „Vorteil"

Vermutlich stimmt sich Christophersen mit der feinen Gesellschaft ab. Die Grenznähe verspricht Standortvorteile. Da die Personenkontrollen in Krusa an der Grenze nur sporadisch vorgenommen werden, können die Bücher relativ gefahrlos über die Grenze geschmuggelt werden. Wird doch mal ein Kurier erwischt, so ist das Risiko einer Anklage für Dänen weit geringer als für Westdeutsche. Die Nazi-Bücher-Pakete jedenfalls tragen einen norddeutschen Poststempel.

Dänische und bundesdeutsche AntifaschistInnen sitzen in einer verdammten Zwickmühle. Das dänische Gesetz kann gar nicht — wie in der BRD — die Propaganda für die verbotene NSDAP bestrafen. Christophersen beruft sich mit seinen Aussagen „Ich glaube, die Zeit von 1933 bis 1945 war demokratischer als die Zeit nach 1945" (Bauernschaft 3/1975) und „Ich bin ein Rassist" (1977) auf die Meinungsfreiheit in Dänemark. Selbst das Verteilen von internen Schulungsmaterialien der Hitler-NSDAP, Hetzschriften von Goebbels und Faschistenplatten in deutscher und dänischer Sprache (Verteiler: Riis-Knudsen) konnte in Dänemark nicht effektiv unterbunden werden.

Leider bewirken die Proteste von Simon Wiesenthal, den Veteranen des dänischen Widerstandes (aus der Zeit der Besetzung Dänemarks durch die deutsche Wehrmacht), der dänischen SF-Abgeordneten Inger Harms kaum etwas. Selbst das dänische Justizministerium konnte sich mit seinem Auslieferungsbeschluß nicht gegen das Urteil des Landgerichts in Sonderborg durchsetzen. Christophersen stellte zu allem Überfluß noch „unter Verweis auf ‚politische Verfolgung' in der Bundesrepublik Antrag auf Asyl in Dänemark ..." („FR", 24.2.88.)

An wem sollen wir in der BRD unsere Wut auslassen? Phantastisch ist der Gedanke, der Unverbesserliche könnte an den Ohren ins Flensburgische gezogen werden.

w., Antifa-Kommission Hamburg

Anmerkung
Die in diesem Artikel aufgelisteten Informationen sind dokumentiert u.a. in der dänischen Zeitung A/S Dagbladt Information, der „Frankfurter Rundschau" und in dem Buch Anti-faschistische Russell-Reihe 3 — „NSDAP"- Propagandisten unter der Lupe. Anti-Roeder-Arbeitskreis, j. reents-Verlag Hamburg, Mai 1978.

Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnik

Im April 1984 auf dem zweiten internationalen Frauenkongreß in Groningen/Holland wurde unter der Teilnahme von 500 Frauen aus zwölf Ländern FINNRET gegründet, das Feminist International Network on the New Reproductive Technology — Feministische Internationale Netzwerk zu den neuen Reproduktionstechnologien. Die Teilnehmerinnen beschlossen, eine Notkonferenz zu diesen Technologien einzuberufen, die im Juli 1985 in Vällinge/Schweden stattfand. Es nahmen Frauen aus 20 Ländern teil, aus Australien, Bangladesh, Brasilien, Kanada, Chile, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Indien, Irland, Israel, Japan, den Niederlanden, Neuseeland, Norwegen, Spanien, Schweden, der Schweiz, den USA und der BRD.

Gegen jegliche Form der Gen- und Reproduktionstechnologie wurde eine radikale Resolution verabschiedet: „Wir erklären, daß der weibliche Körper mit seiner einzigartigen Fähigkeit, menschliches Leben hervorzubringen, als Rohmaterial für die technologische Produktion von Menschen enteignet und zerteilt wird. Für uns Frauen, für die Natur und für die ausgebeuteten Völker der Welt ist diese Entwicklung eine Kriegserklärung. Die Gen- und Reproduktionstechnologien stellen einen weiteren Versuch dar, uns der Verfügungsgewalt für unseren Körper zu berauben. (...) Wir wissen, daß die Technologie die Probleme, die durch die auf Ausbeutung angelegten Verhältnisse hervorgerufen werden, nicht lösen kann. Wir brauchen unsere Biologie nicht zu verändern, wir müssen die patriarchalischen, gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse abschaffen. (...) Wir werden gegen die Entwicklung und Anwendung der Gen- und Reproduktionstechnologien Widerstand leisten. (...) Wir fordern Frauen und Männer auf, die verhängnisvolle Verknüpfung von mechanistischer Wissenschaft und althergebrachten kommerziellen Interessen zu sprengen und sich mit uns an der Entwicklung einer neuen Einheit von Wissenschaft und Leben zu beteiligen.“ (1)

Zum Abschluß der Konferenz wurde der Name FINNRET in FINRRAGE — Feminist International Network of Resistance to Reproductive und Genetic Engeneering, Feministisches Internationales Netzwerk des Widerstands gegen Reproduktions- und Gentechnologie, umbenannt. Ein internationales Netz von Frauenwiderstandsgruppen war entstanden. (s. auch AK 296 S. 25)

Die Entwicklung stoppen

In der Zwischenzeit hatte in der BRD in Bonn im April 1985 der erste Frauenkongreß „Frauen gegen Gentechnik und Reproduktionstechnik“ stattgefunden, veranstaltet vom AK Frauenpolitik der Grünen, dem Verein für sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen in Köln in Zusammenarbeit mit Frauen aus der autonomen Frauenbewegung. Überraschenderweise waren statt der erwarteten 400 ca. 2000 Frauen aus aller Welt gekommen. Ausdrücklich als Aktionskonferenz geplant, wurde dazu aufgefordert, national wie international sich als Frauen zu organisieren, „um die Entwicklungen in diesem Bereich öffentlich zu machen und sie zu stoppen“. „Wir haben diesen Kongreß organisiert, nicht, um eine pluralistische Diskussion über die Vor- und Nachteile der neuen Gen- und Reproduktionstechnik für Frauen zu führen. Das tun bereits die Betreiber dieser Technik. Ziel dieses Kongresses ist vielmehr, Frauen zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit und zu einer Kampagne gegen diese neuesten Erfindungen aus dem Technopatriarchat aufzurufen.“ (2)

Die radikale Ablehnung war auch hier eindeutig; ein Schwerpunkt in mehreren AGs war die Entwicklung von Ideen zu parlamentarischem und außerparlamentarischem Widerstand und politischer Kleinarbeit vor Ort: Informationen sammeln, Tagungen und Messen der Betreiber stören, Aktionen an den humangenetischen Beratungsstellen durchführen, Straßentheater zum Thema entwickeln, Diskussionsveranstaltungen organisieren, parlamentarische Anfragen stellen, sich in Fachseminaren einmischen und vieles mehr.

In der Abschlußresolution des Kongresses hieß es: „Die Gen- und Fortpflanzungstechniken sind der derzeit letzte Versuch der Interessenallianz von Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Militär, die immer deutlicher werdenden Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals (Überproduktion, sinkende Profitrate, Grenzen des Wachstums) durch die Erschließung neuer Investitions-‚Territorien‘ und durch die Schaffung neuen Bedarfs, sprich neuer Märkte, zu lösen. (...) Wir halten es an der Zeit, daß die Hintergründe, die Geldquellen, die Interessenverflechtungen auch der sogenannten Grundlagenforschung und letztlich der Sinn und Unsinn dieser Forschung von möglichst allen Betroffenen, und zwar weltweit, diskutiert werden. (...) Wir werden alles daran setzen, diese Entwicklung zu stoppen und verhindern.“ (3)

Eine breite Kampagne wurde gefordert. Die Forderungen der Frauen an die Frauen reichten vom Aufruf zum Boykott dieser Techniken, zum Boykott der vermarkteten gentechnologischen Produkte, zur Ablehnung der Definition von Unfruchtbarkeit als Krankheit, zur Infragestellung des sogenannten Rechts auf biologische Mutterschaft, zum entschiedenen Widerstand gegen Versuche, Frauen mittels dieser Technologien in „wertvoll“ und „minderwertig“ zu spalten bis zum Versuch, mit Hilfe des Wissens von Frauen aus anderen ausgebeuteten Ländern über ihren Körper und die Geburtsvorgänge die eigene Autonomie zurückzugewinnen.

Die Debatte soll mittels einer möglichst breiten Aufklärungs- und Protestbewegung unter Frauen geführt werden und nicht in exklusiven Expertengremien. „Wir sprechen Forschungsminister Riesenhuber das Recht ab, Gesetze zu initiieren und Verordnungen zu erlassen, die die Sicherheitsrichtlinien in den Labors lockern und die Gen- und Fortpflanzungsforschung über nicht öffentliche Ethikkommissionen rechtfertigen.“ (4) Die Forderung nach einer anderen Wissenschaft und Technik, die die Allianz von mechanistischer Wissenschaft und Wirtschaftsinteressen aufkündigt, wurde erhoben. Die Betreiber sollen belegt nachweisen, daß die neuen Techniken die Umwelt nicht schädigen und nicht zur gesellschaftlichen Diskriminierung führen. Ca. 150 Frauen forderten den Stopp der humangenetischen Beratungsstellen und der pränatalen Diagnostik, die Abschaffung der Ursachen von Behinderung, d.h. Entgiftung der Umwelt und Veränderung der Arbeits- und sozialen Bedingungen, das Recht auf ein behindertes Kind und den Ausbildungsstopp für männliche Frauenärzte. Im Anschluß an den Kongreß bildeten sich neue Widerstandsgruppen, die bestehenden erhielten Zulauf.

Biotechnikmessen

Als direkte Fortsetzung des Bonner Kongresses fanden weitere bundesweite Treffen statt, auf denen die erste Aktionswoche verschiedener Frauengruppen zu Gen- und Fortpflanzungstechnik (8. — 17.10.85) vorbereitet wurde. Anlaß waren zwei internationale Biotechnikmessen mit parallelen Kongressen, die erste „Biotechnica 85“ in Hannover (3000 Besucher, 174 Aussteller aus 15 Ländern, 28 internationale Experten aus neun Ländern) und die „Biotec 85“ in Düsseldorf (ideelle Träger Uni Düsseldorf und Kernforschungsanlage Jülich GmbH). In verschiedenen Städten gab es öffentliche Veranstaltungen, eine Ausstellung zum Thema wurde vorbereitet, und bei beiden Messen sorgten die Frauen für einen gestörten Ablauf und für Öffentlichkeit über die Ziele der Betreiber.

Eine eingehendere Beschäftigung mit den Technologien führte dazu, daß widersprüchliche Haltungen sich immer stärker zu einer eindeutig ablehnenden Einstellung entwickelten, die über das Spektrum der autonomen Frauenbewegung längst hinausreicht. Es fanden zahlreiche Veranstaltungen statt, die von Bürgerinitiativen, kritischen Wissenschaftlern, Berufsschulen, Ökoverbänden, Gewerkschaften, kirchlichen Gruppen, Hochschulen, Volkshochschulen, Landfrauenvereinen usw. organisiert wurden.

Im Frühjahr 1986 erschien „Von Mäusen zu Menschen“, ein sehr empfehlenswertes Schwarzbuch über die Gentechnologie-Betreiber im norddeutschen Raum; eine komprimierte Aufarbeitung öffentlich zugänglicher Quellen, in der u.a. humangenetische Beratungsstellen, Bio/Gentechnikfirmen, Uniinstitute und einzelne Forscherpersönlichkeiten vorgestellt werden. Darauf reagierte die Ärztelobby prompt mit einem Artikel in der „Neuen Ärztlichen“, in dem auf die Verbindung zwischen Gentechnologie-KritikerInnen und „terroristischen Gewalttätern“ hingewiesen wird. Bei den Sicherheitsbehörden in der BRD wird nicht ausgeschlossen, daß solche Gruppen in der nächsten Zeit „erheblichen Zulauf“ erhalten könnten, heißt es da. (5)

Im Juni 1986 wurde der Vortrag der Hamburger Humangenetikerin Marianne Stockenius (Humangenetische Beratungsstelle Barmbek), bekannterweise in der Tradition der NS-Rassenhygiene stehend, unterbrochen. Skript und Dias verschwanden, und das Publikum wurde per Flugblatt über ihre „Forschungsaktivitäten“ aufgeklärt. Die Unterlagen dieser Ärztin machen sehr deutlich, in welcher Tradition hier humangenetische „Beratung“ durchgeführt wird. Die „Stockenius-Affäre“ hat Konsequenzen. (s. AK 296)

Im Sommer 1986 fand die nächste von FINRRAGE getragene Frauenkonferenz in Las Palmas/Spanien statt.

Humangenetikerkongreß

Im September 1986 wurde — seit 1927 erstmals wieder auf deutschen Boden — der 7. Internationale Humangenetikerkongreß in Berlin abgehalten: der wichtigste Kongreß weltweit zu dem Thema, der fünfjährlich tagt. Eine Auseinandersetzung mit der eugenischen, rassistischen Vergangenheit fand nicht statt; die Atmosphäre war geprägt durch Aufbruchstimmung angesichts der greifbaren genetischen Ziele: Durchbruch zur Gentherapie, vollständige Kartierung des menschlichen Genoms bis zum Jahre 2000. Einzige Störfaktoren waren fragenstellende Frauen und der Gestank von Buttersäure, der sich bei einer Veranstaltung zart ausbreitete. Parallel dazu hatte ein Bündnis von Frauen aus der autonomen Frauenbewegung, verschiedenen Initiativen und den Grünen die „Antigena“ organisiert, ein Gegenforum, das über Forschungsstand und Gegenstrategien zu den Risiken der Gen- und Fortpflanzungstechnologien informierte. (6)

Tiere aus der Retorte und Blumen aus der Bio-Fabrik: Statt aus Samen entstehen immer mehr Gewächse durch Zerteilen (Klonen) von Mutterpflanzen. In künstlich beleuchteten Räumen wachsen die Stücke zu genetisch identischen Setzlingen.

Eine weitere gemeinsame Arbeit der bundesweiten Folgetreffen war die Aktionswoche gegen humangenetische Beratungsstellen im April 1987 unter dem Motto „Ohne Zucht und Ordnung“. In mehreren Städten fanden Veranstaltungen und Aktionen statt (vom Flugblattverteilen über Sketche zu Blockaden und Aktenklau) unter der Forderung „Abschaffung der humangenetischen Beratungsstellen“. Diese Forderung entwickelte sich über eine Auseinandersetzung mit der Geschichte der Eugenik, mit einzelnen Repräsentanten, ihrem Werdegang, ihren Publikationen und ihrer aktuellen praktischen Arbeit in den Beratungsstellen. (s. „Fall Stockenius“) Das 1984 erschienene Buch „Die Wohltätermafia“ (Udo Sierck et.al.) macht diese Zusammenhänge besonders deutlich. (s. AK 296)

Im Sommer 1987 wurde von FINRRAGE das erste internationale Frauentribunal über medizinische und wissenschaftliche Verbrechen an Frauen in Dublin/Irland organisiert. Das Genarchiv in Essen gründete sich als feste Einrichtung, die aus Frauenzusammenhängen hervorgeht, die seit Beginn der 80er Jahre zu den Themen arbeiten. Die Frauen gehören zu den radikalen Kritikerinnen dieser Technologien und verstehen sich so: „Neben unserem Anspruch, diese Technik zu entmystifizieren und allen LaiInnen verständlich zu machen, wollen wir mit unserer Arbeit die gesellschaftliche Akzeptanz der Gen- und Reproduktionstechnologie erschweren.“ (7) (s. ausführlich dazu AK 296)

Im Januar 1987 erschien in Zusammenarbeit mit dem Genarchiv die erste Ausgabe der „E.Coli-Bri“, eine Sammlung von Materialien gegen Bevölkerungspolitik und Gentechnologie!

Seit Frühjahr 1988 gibt es die von FINRRAGE-Frauen aus aller Welt herausgegebene Zeitschrift „Reproductive and Genetic Engeneering, Journal of International Feminist Analysis“ (Pergamon Journals LTD., Headington Hill Hall, Oxford OX 3 OBW, England).

Rote Zora

Am 13.4.85 fand der erste Anschlag der Roten Zora auf den Technopark in Heidelberg statt, einem von vier Genzentren in der BRD, in dem die Bio- und Gentechnologie über die Grundlagenforschung hinaus für die wirtschaftliche Nutzung weiterentwickelt werden. Die Rote Zora erklärte zu ihrem Anschlag: „Dies ist unser Beitrag zu dem Kongreß ‚Frauen gegen Gentechnik und Reproduktionstechnik‘ in Bonn, den wir als Ausdruck radikaler Ablehnung von Frauen dieser Technologie sehen. (...) Frauen, stört ihre Programme, laßt die Herren nicht in Ruhe forschen, schafft für dieses Land ein ungünstiges Investitionsklima auf allen Ebenen.“

Es folgte der Anschlag der Roten Zora auf das Humangenetik-Institut in Münster am 5.8.86. Dabei wurden wichtige Akten entwendet und medizinische Unterlagen vernichtet, Sonderdrucke aus der Sammlung von W. Lenz, einem Schüler von Otto v. Verschuer. Der Inhalt der Akten tauchte später teilweise in taz-Artikeln von Udo Sierck auf, der daraufhin prompt Besuch vom BKA erhielt.

Am 17.10.86 mißlang ein Sprengstoffanschlag auf das Gentechnische Institut in Berlin. Wenig später erfolgte ein Anschlag auf das Max-Planck-Institut für Züchtungsforschung in Köln; der bisher letzte Anschlag traf das Biotechnologiezentrum in Braunschweig im Frühjahr 1988.

Am 18./20.12.87 fand die größte BKA-Aktion der letzten Jahre statt, in deren Verkauf unter dem Einsatz der GSG 9 im gesamten Bundesgebiet, besonders im Ruhrgebiet und in Hamburg, 33 Wohnungen, Betriebe und eine Arztpraxis durchsucht wurden. Schwerpunktmäßig waren Frauen betroffen, die zu den Themen Gentechnologie und Bevölkerungspolitik seit Jahren radikal arbeiten, und Frauen, die sich gegen die Flüchtlingspolitik und Abschiebepraxis der BRD engagiert haben. Ulla Penselin und Ingrid Strobl sitzen seitdem in U-Haft unter der Anklage der Mitgliedschaft in der Roten Zora bzw. den RZ. Gegen über 20 Personen, überwiegend Frauen aus dem Ruhrgebiet, laufen Ermittlungsverfahren nach § 129a. Das Genarchiv in Essen war ein Hauptbetroffener der Durchsuchungsaktion; wichtige Arbeitsunterlagen u.a. zu Themen wie Aids, Wirtschaftsinteressen und pränataler Diagnostik wurden beschlagnahmt und zum Teil bis heute nicht zurückgegeben. Nach vier weiteren Menschen wird gefahndet.

Die Aktivitäten zu den „anschlagsrelevanten Themen“ sowie zur Solidarität wurden im letzten AK dargestellt. Die Absicht der BAW, Einschüchterung und Spaltung zu erreichen, ist nicht gelungen. Im Gegenteil — das Interesse an der Gentechnologie ist sehr groß, weit über 300 Gruppen in der BRD arbeiten dazu und schließen sich zunehmend in Widerstandsnetzen und regionalen Arbeitskreisen zusammen.

Eine weitere Antwort auf die BKA-Aktion ist der 2. bundesweite Kongreß der Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologie, der am 28.-30.10.88 in Frankfurt stattfinden wird. (Aufruf s. AK 296) „Wesentliches Ziel soll neben der Klärung inhaltlicher Problemstellungen der weitere Aufbau und die Ausweitung von Gegenstrukturen sein, sowie die Verbreiterung des Frauenwiderstandes.“ (8) Nur ein internationaler Frauenwiderstand ist gegenüber den international operierenden Technokraten angemessen, heißt es in dem Aufruf.

Und im Frühjahr 1989 ist ein weiterer internationaler FINRRAGE-Kongreß in Bangladesh mit dem Schwerpunkt „Bevölkerungspolitik in der ‚3. Welt‘“ geplant, zu dem sich schon 300 Teilnehmerinnen angemeldet haben.

Patentierung von Lebewesen

Das laufende Jahr und die nächsten Jahre werden entscheidend für die Zukunft der gentechnologischen Entwicklung in der BRD sein. Die ersten (legalen!) Freisetzungsversuche sind geplant, die Gesetzesentwürfe zur Patentierung tierischer und pflanzlicher Lebewesen liegen vor, das Embryonenschutzgesetz wird debattiert und soll verabschiedet werden. Die Industrie drängt mit großtechnisch herstellbaren Gentechnikprodukten auf den Markt. Die Genehmigungspraxis des zweiten Anlagenteils der Hoechster Insulinfermentationsanlage „Chemtec“ und die Absicht, sich hier als Präzedenzfall für den Einstieg in die gentechnologische Großproduktion über Gesetze und Bürgerinteressen hinwegzusetzen; die unter enormem Zeitdruck beantragte Zulassung für ein gentechnisches Großlabor bei Hannover von Invitron, Tochter des US-Chemiegiganten Monsanto; das weitgehende Ignorieren selbst der moderaten Empfehlungen der Alibiveranstaltung Enquête-Kommission wie z.B. das fünfjährige Freisetzungsmoratorium — diese Vorgänge weisen deutlich darauf hin, wie sich die Industrie in Zusammenarbeit mit den politischen Interessenvertretern den wirtschaftlich rentablen Einstieg ins Gengeschäft unter Ausschluß der Öffentlichkeit vorstellt. Einer zunehmend interessierten (noch kleinen) Öffentlichkeit, die das Geschwätz über „Chancen und Risiken“ bspw. der Atomtechnologie satt hat, sollen im Schnellverfahren jetzt fertige Tatsachen präsentiert werden.

Doch es wird immer deutlicher, daß den Betreibern und Politikern dieser klammheimliche Einstieg nicht mehr unbeobachtet und ungestört gelingt. Hohe Zäune um die Forschungsinstitute und Produktionsanlagen, Polizeischutz bei Kongressen und Messen, „präventive“ Verleumdungen in den Presseorganen und die Kriminalisierungstaktik gegen den entschlossenen Widerstand konnten nicht verhindern, daß immer mehr Menschen sich mit diesen Technologien auseinandersetzen und Gegenstrategien entwickeln.

Ein weiterer Schritt in diese Richtung war der Kölner Kongreß zur Bio- und Gentechnologie „GenALLtag-Biotopia“ vom 1.-3.7.88, der zum ersten Mal von einem breiten Trägerkreis verschiedener Bürgerinitiativen, Verbände, den Grünen, Verbraucherinitiativen, dem deutschen Tierschutzbund, dem deutschen Vogelschutzbund, dem Feministischen Frauen-Gesundheitszentrum, Frauengruppen, von verschiedenen landwirtschaftlichen Organisationen und Wissenschaftlern veranstaltet wurde. BeobachterInnen der Tagung verglichen das Bündnis, den Stand der Debatte, die Vielfalt der recherchierten Informationen und den Aufbau verbesserter Widerstandsstrukturen mit den Anfängen der Anti-AKW-Bewegung.

ZF

Quellen:

1) Aus der Entschließung der Krisenkonferenz der Frauen zu Reproduktions- und Gentechnologie, 3.-8.7.85, Vällinge/Schweden
2) Maria Mies, Reproduktionstechnik als sexistische und rassistische Bevölkerungspolitik, aus: Dokumentation zum Kongreß Frauen gegen Gentechnik und Reproduktionstechnik, 19.-21.4.85 in Bonn
3) aus der Abschlußresolution des Bonner Kongresses, s.o.
4) aus der Abschlußresolution, s.o.
5) aus: Die Neue Ärztliche 24.7.86, dokumentiert im GID 9/86
6) taz v. 23.9.86
7) E.coli-bri 3
8) aus dem Kongreßaufruf

Müde Mobilisierung gegen IWF-Tagung

Über mangelnde Vorbereitungszeit kann sich die Linke nicht beklagen — über den aktuellen Stand der Anti-IWF-Kampagne allerdings kann sie sich auch nicht freuen. Das Programm, das aus Protest gegen die Tagung der Finanzeliten in Westberlin vom 23.9. bis 26.9. durchgeführt werden soll ist zwar umfangreich — das spiegelt aber nicht etwa die Stärke der Kampagnenträger wider, sondern ihre Schwäche: es ist ihnen nicht gelungen, sich auf eine einheitliche Zielsetzung und ein konzentriertes Vorgehen zu einigen; der Wille, das zu erreichen war im Gegenteil von vornherein ausgesprochen schwach ausgeprägt.

„Falsche Gemeinsamkeiten schwächen, verwischen und nützen dem Gegner" war schon frühzeitig die Parole zumindest eines Teils des autonomen Spektrums. Die Suche nach „richtigen Gemeinsamkeiten" wurde gar nicht erst aufgenommen: Bündnisverhandlungen, Kompromisse, langwierige Auseinandersetzungen — das alles wollte sich die linksradikale Szene lieber ersparen. Und den parlamentarisch orientierten Gruppen war es recht: auch sie verwandten keine Mühe auf die Schaffung eines politischen Bündnisses — schließlich sind im Herbst Wahlen für das Abgeordnetenhaus, da will niemand der auf Stimmprozente schielt ein allzugroßes Risiko eingehen.

Festgehalten werden muß allerdings, daß die Alternative Liste (AL) nicht grundsätzlich kompromißunwillig war: Für die Zusammenarbeit mit den JungsozialistInnen war sie bereit, auf eine grundsätzliche Ablehnung der IWF und der Weltbank als Institutionen zu verzichten und die Kritik auf deren Politik in den einzelnen Ländern zu reduzieren.

Akademischer Protest: der Gegenkongreß

Nostalgiker sind beim IWF-Gegenkongreß versucht, an den Internationalen Vietnamkongreß 1968 zu denken: daß der auch in Westberlin und auch zu einem internationalistischen Thema stattgefunden hat sind aber auch schon fast die einzigen Gemeinsamkeiten. Statt die Waffe der Kritik mit der Kritik der Waffe zusammenzubringen (Bahman Nirumand 1968) wird jetzt —unterteilt in zwei Blöcke, insgesamt neun Foren und 31 Arbeitsgruppen — die Weltpolitik unter besonderer Berücksichtigung von Ökonomie, IWF usw. usf. abgehandelt. Dementsprechend

pen — die Weltpolitik unter besonderer Berücksichtigung von Ökonomie, IWF usw. usf. abgehandelt. Dementsprechend

global sind die beiden Forderungen, die das Motto des Gegenkongresses bilden. Immerhin ist „Schuldenstreichung sofort" eine Parole, die auch von etlichen der ausgebeuteten Länder selbst propagiert wird; was aber die geforderte „gerechte Weltwirtschaftsordnung" sein soll, lassen die OrganisatorInnen des Gegenkongresses vorsichtshalber ganz offen. Die einzelnen Themen sind teils interessant (Militarisierung der Schuldnerländer), teils reizen sie zu gepflegtem Schnarchen (Interessen und Strategien der transnationalen Konzerne), allesamt sind sie aber hingebungsvoll akademisch formuliert: „Reformieren durch Umstrukturierung und Funktionswandel" oder „Einsatzmöglichkeiten außenwirtschaftlicher Steuerungsinstrumente zur Durchsetzung alternativer Wirtschaftspolitik".

Ähnlich beliebig wie die Themenzusammenstellung wirkt die Einladungsliste: vom SPD-Bundestagsabgeordneten und IWF-Befürworter Hauchler und dem braven hessischen Friedensforscher Brock über den unbekannten (oder vielleicht doch bekannten?) Rolf Knieper zu Ludger Volmer von den Grünen und dem ehemaligen Planungsminister Tunesiens Ahmed Ben Salah. Daß die genannten allesamt Männer sind, haben sie mit 90 Prozent der Geladenen gemeinsam — irgendwo im Programm gibt es aber (irgendwie hat mann ja von Patriarchat was gehört und ist auch dagegen) den Unterpunkt „Feminisierung der Armut weltweit".

Immerhin gibt es auch ein paar Themen und Gäste, die und mit denen zu diskutieren ergiebig sein könnte: die FMLN will vertreten sein, die weiteren Geschicke des noch in der alleinigen Verfügungsgewalt der taz befindlichen Kontos „Waffen für El Salvador" sollen thematisiert werden.

Die angesichts des seit Jahren abnehmenden internationalistischen Interesses in der westdeutschen Linken notwendige Strategiediskussion, die Debatte über die Wechselhaftigkeit des eigenen Engagements und die Schwierigkeiten einer Solidaritätsarbeit angesichts der Entwicklung in Ländern wie Vietnam, Iran, Kambodscha oder Afghanistan werden auf dem Kongreß in dieser Besetzung nicht geführt werden — und das ist ein entscheidendes Versäumnis. Stattdessen mutet der Kongreß an wie eine Art „Dritte Welt"-Herbst-Uni. Daß ausgerechnet dort „Auswege (...) zur Lösung der Probleme der ‚Dritten Welt', vorrangig des Schlüsselproblems der Auslandsverschuldung" gefunden werden, wie es im Aufruf heißt, glauben vermutlich nicht einmal die Veranstalter selber.

Die Kolumbiengruppe Münster hat (nachzulesen in den Blättern des iz3w Nr.



151) angesichts der mißratenen Konzeption des Gegenkongresses dafür plädiert, den Akademismus durch gezielte klare Interventionen zurückzudrängen und dann den Gegenkongreß zur Entwicklung von Handlungsperspektiven zu nutzen: „Bei der Forderung nach Schuldenstreichung (handelt es sich nicht) um eine irgendwie humanistische Initiative oder politische Tagesforderung (sondern) um einen Aufruf zur Veränderung der weltwirtschaftlichen Strukturen". Ob dieser Aufruf Fol-

Tagesforderung (sondern) um einen Aufruf zur Veränderung der weltwirtschaftlichen Strukturen". Ob dieser Aufruf Fol-

gen nach sich ziehen wird, kann angesichts des Stadiums der Kongreßvorbereitung, aber auch der weitgehenden Planlosigkeit der mit dieser Art von Gegenkongreß Unzufriedenen bezweifelt werden — immerhin ist es ein Indiz dafür, daß auch in Kreisen der Solidaritätsbewegung die Unzufriedenheit mit diesem Gegenkongreß spürbar ist.

Eine Aufgabe, die sich der Gegenkongreß gestellt hat, kann mit Sicherheit sehr viel besser von der Großdemonstration realisiert werden: „öffentlichkeitswirksam Kritik am herrschenden Weltwirtschaftssystem üben". Der offizielle Aufruf zur Demo ist politisch allerdings so katastrophal, daß er stark demobilisierende Wirkung hat: ein Effekt, dem es unbedingt gegenzusteuern gilt, weil die Demonstration, angesichts des extrem dezentralen Charakters der Aktionstage und der akademischen Introvertiertheit des Gegenkongresses, vermutlich die einzige Gelegenheit bietet, die Stärke des Protests und Widerstands gegen IWF/Weltbank öffentlichkeitswirksam deutlich zu machen. Andererseits kann aber niemand verlangen kann, daß linke Gruppen unterschreiben, daß „Elend und Not zu gesellschaftlichen Erschütterungen, Diktaturen (führen und) regionale Konflikte und Kriege die Folge (sind)", und so Befreiungskämpfe auf eine Stufe mit Diktaturen zu stellen, als ihre Ursache nicht den Emanzipationsdrang der Menschen, sondern die IWF-Politik zu bezeichnen.

Die Autonomen rufen zur Demonstration allerdings überhaupt nicht auf: zum einen haben sie inhaltliche Widersprüche zum Aufruf (wozu sie gute Gründe haben), zum anderen, und das scheint schwerer gewogen zu haben, befürchten sie, ein „revolutionärer Block" könnte eingekesselt werden, was ihrer Einschätzung zufolge den Erfolg der Aktionstage gefährden würde. Das paradoxe Ergebnis dieses Nicht-Aufrufs: etliche Autonome werden sozusagen privat, und damit unter den Parolen der Mehrheit, auf die Demo gehen. Daß die Angst vor einem Kessel eine Beteiligung erschwert, ist zwar menschlich verständlich, politisch ist es aber genau das, was die Polizei mit ihrer Einsatztaktik anstrebt.

Aktionstage

Abgesehen von dieser Fehlleistung verfolgen die Autonomen in Zusammenarbeit mit etlichen Mittelamerika-Soli-Gruppen und einigen Inis aus der Anti-AKW-Bewegung wenigstens ein sinnvolles Ziel: während der IWF-tagung nicht abstrakt und abgehoben über die Schuldenkrise an und für sich räsonnieren, sondern die Beteiligung der BRD an dieser Schweinerei und die Verbindungslinien zwischen den lateinamerikanischen, asiatischen und afrikanischen Ländern und den imperialistischen Metropolen aufzeigen und angreifen. Daß die für diesen Ansatz gewählte Parole, „Verhindern wir den Kongreß", nicht allzu glücklich ist, ist den Autonomen wohl mittlerweile selbst aufgefallen. In ihrem Mitte August formulierten Aufruf erläutern sie deshalb: „verhindern heißt für uns, ihnen klar zu zeigen: es wird keine Prestigeta-

formulierten Aufruf erläutern sie deshalb: „verhindern heißt für uns, ihnen klar zu zeigen: es wird keine Prestigeta-

gung der Reichen und Mächtigen werden, sondern eine Demonstration weltweiten Widerstands".

Das Aktionstage-Konzept steht und fällt allerdings mit dem Erfolg der Mobilisierung: WestberlinerInnen haben das Desaster der dezentralen Aktionstage während des Reagan-Besuches 1987 noch in Erinnerung. Da lief nämlich gar nichts. Und auch Erinnerungen an ähnlich konzipierte Widerstandstage in der Oberpfalz lassen befürchten, daß nicht gerade die Massen während dieser vier Tage auf den Beinen sein werden. Aber es geschehen ja noch Zeichen und Wunder. Ein kleines, aber vielleicht folgenreiches dieser Wunder ist, daß die Aktionstage nicht nur aus klandestin vorbereiteten Kleingruppenaktionen bestehen, sondern im Gegenteil im Zentrum öffentliche Aktivitäten stehen sollen. Ein weiteres Kleinwunder ist, daß jetzt, immerhin sechs Wochen vor der Tagung, behutsam eine Zusammenarbeit zwischen Teilen der autonomen Aktionstage-Koordination und Teilen der aus dem AL-Spektrum kommenden Aktionstage-AG entwickelt wird. Auch die Koordination der autonomen Frauen und Lesben, die ein eigenständiges Aktionstagekonzept entwickeln, hat zumindest Absprachen mit den anderen Koordinationsgruppen angekündigt. Trotzdem besteht die Gefahr, daß nur ein paar hundert Leute die Aktionen durchführen — und dann wäre der politische Erfolg gleich Null.

Eine Ursache für eine geringe Beteiligung an den einzelnen Aktionen könnte sein, daß auch sie, soweit bisher bekannt, recht beliebig zusammengestellt und viel zu zahlreich zu sein scheinen. Beispielsweise sollen am Montag, 27.9., dem ersten Aktionstag, der schwerpunktmäßig „Kampftag gegen den Zwang zur Arbeit, Frauenarbeit als Grundlage für HERRschaft und Ausbeutung" ist, neben einer „Großkundgebung am Breitscheidtplatz" auch Aktionen in der Siemensstadt und bei „Adler", sowie bei der Zeitarbeitsvermittlung ADIA und im DER-Reisebüro stattfinden. Für Dienstag, dem „Aktionstag gegen Bevölkerungs- und Entwicklungspolitik, Rassismus und Sexismus" ist neben einer morgendlichen Blockade des Flughafens Tegel, einer mittäglichen Kurzdemo bei Schering, einer für den Nachmittag angesetzten Kundgebung beim Deutschen Institut für Entwicklungspolitik, einer spätnachmittäglichen Aktion bei der Allianz-Versicherung für abends ein „großes Bankerklatschen an der Oper" anberaumt. Der Mittwoch steht dann unter dem Thema „Ausbeutung und HERRschaft im Alltag angreifen, revolutionäre Gegenmacht aufbauen"; besucht werden soll das Arbeitsamt Charlottenstraße, die Ausländerbullerei Puttkamerstrasse und die AOK am Mehringplatz. Eine Visite bei mehreren Kaufhäusern, um dort Chaos zu stiften und die Herkunft etlicher Waren und die Arbeitsbedingungen, unter denen sie hergestellt werden, öffentlich zu machen, rundet diesen Tag ab. Am Donnerstag wird dann wahrscheinlich die „internationalistische, revolutionäre Demo" stattfinden. Ergänzt wird dieses (vorläufige) Programm durch Aktionen in einzelnen westdeutschen Städten (Hamburg, Bonn,

den. Ergänzt wird dieses (vorläufige) Programm durch Aktionen in einzelnen westdeutschen Städten (Hamburg, Bonn,

Rhein-Main und anderswo) und in Westberlin durch ein Konzept des „Büros für ungewöhnliche Maßnahmen" unter dem Motto: „Die Schein-Heiligen kommen ...", in dessen Mittelpunkt Dollar-Scheine tragende Banker stehen sollen.

Repression

Denkbar, um nicht zu sagen wahrscheinlich, ist, daß große Teile der Gegenaktivitäten, vor allem aber die Aktionstage, verboten und verhindert werden sollen. Die Repressionsinstrumentarien dafür reichen allemal aus: Innensenator Kewenig hat bereits erklärt, daß er Kreuzberg gegebenenfalls wieder absperren werde; Polizeitruppen aus dem Bundesgebiet sind angefordert; die Alliierten selber werden auch ein Interesse an einem ruhigen Ablauf des IWF-Kongresses haben. Die Einrichtung von Kontrollstellen zur Schleppnetzfahndung und Durchsuchung von Personen und Autos im gesamten Bundesgebiet steht sicher auch in Zusammenhang mit den Gegenaktivitäten.

Es lohnt sich in jedem Fall, sich klar zu machen was kommen kann und sich darauf vorzubereiten: Demokonzepte und Aktionstageplanung umzuschmeißen oder die Mobilisierung nach Westberlin aufzugeben, nur weil dort eine Polizeimacht ohnegleichen auftauchen wird, würde aber die Interessen der Herrschenden zu sehr befriedigen. Wichtig ist es, die in Westberlin vorhandene internationale Öffentlichkeit zu nutzen: die BRD-Regierung und der westberliner Senat haben kein Interesse daran, der interessierten Weltöffentlichkeit eine Repressionsorgie zu liefern.

Eine internationale Beobachterkommission oder auch eine Gruppe von Linksliberalen aus dem Spektrum Humanistische Union, Komitee für Grundrechte und Demokratie und vielleicht der Deutschen Journalisten-Union (dju) könnte in dem Zusammenhang hilfreich sein. Erste Schritte in diese Richtung werden in Westberlin bereits getan.

Genauso wichtig ist es, während des IWF-Kongresses Gegenöffentlichkeit zu schaffen. Da die taz diesen Anspruch weitgehend aufgegeben hat und ihre bisherige Berichterstattung zu den Gegenaktivitäten sehr tendenziös und durch wenig Faktenkenntnis getrübt den „politischen Dialog mit dem IWF" hochjubelt und die Autonomen als aktionistische Hirnis denunziert, versuchen einige Gruppen und Einzelpersonen ein anderes Projekt auf die Beine zu stellen. Die Gelder für eine vier- bis fünfmal in einer Auflage von 30.000 bis 50.000 Exemplaren erscheinende „tägliche Massenzeitung" sind wohl weitgehend zusammengekratzt worden. Neben Hintergrundberichten soll die Zeitung einen Serviceteil enthalten, vor allem aktuell über die erwarteten Repressionsmaßnahmen berichten und damit auch Material für die zahlreichen akkreditierten JournalistInnen sein. Um politisch folgenreich zu sein ist geplant, das gesamte Spektrum der Anti-IWF-Aktionen — vom Gegenkongreß über das permanent people Tribunal bis zu Großdemo

gesamte Spektrum der Anti-IWF-Aktionen — vom Gegenkongreß über das permanent people Tribunal bis zu Großdemo

und Aktionstagen — in die Berichterstattung einzubeziehen: also nicht nur Sprachrohr eines Teils der Bewegung zu sein.

Fassanbass

Anzeige



Selbstschutz und Erste Hilfe bei Demonstrationen und Blockaden
mit Rechtshilfetips

8., völlig überarbeitete Auflage, 64 Seiten, 35 Abb., ca. 6 Fotos

Hrsg.: Straßenmedizin, Mitteilungsblatt der Sanitätergruppen, Hamburg

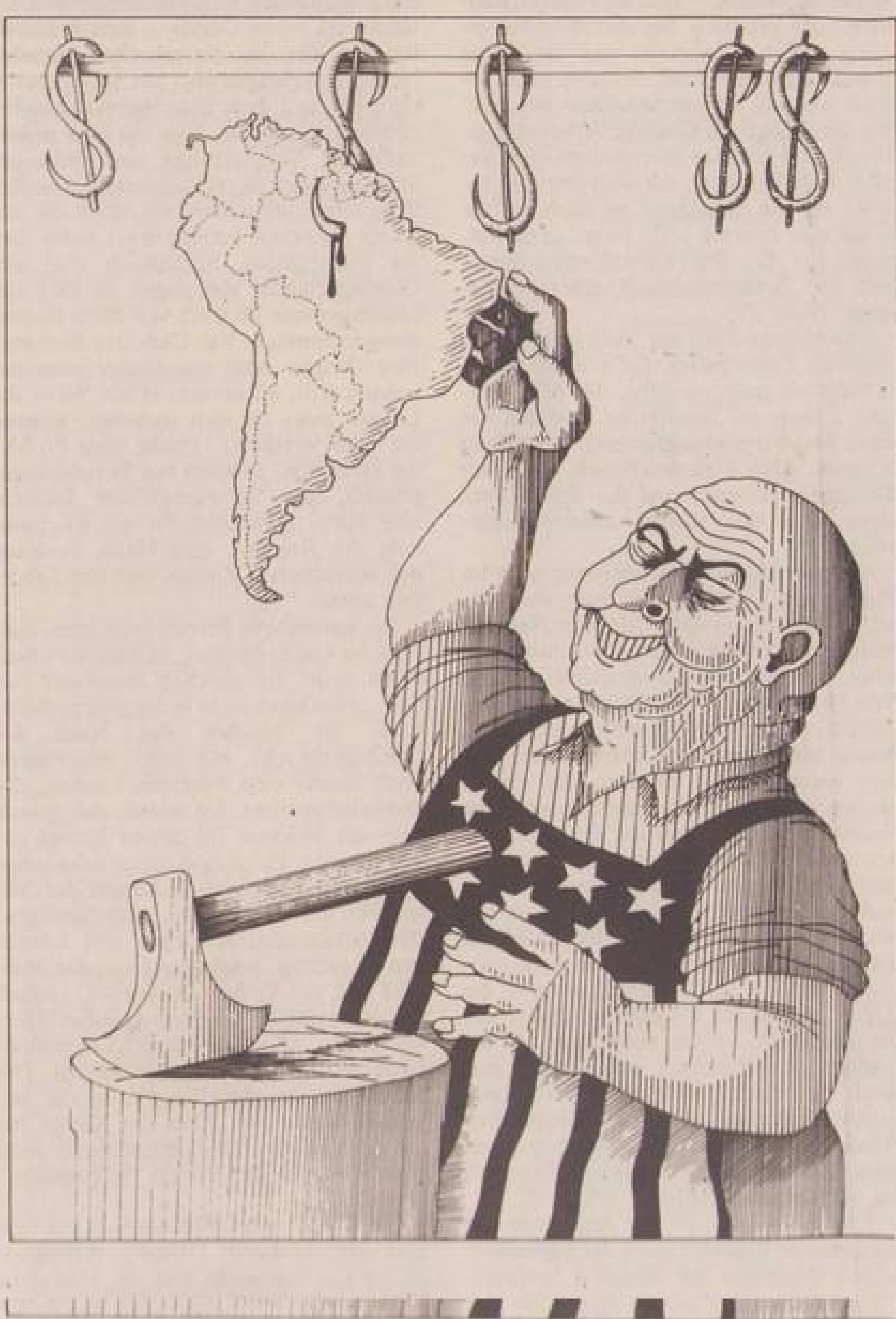
Preis: DM 6,- (plus 1,50 DM P&V), bei Abnahme von 5 Expl. und mehr: 35% Rabatt, zuzügl. P&V

Vertrieb: Straßenmedizin, c/o FUU, Hohenesch 63, 2 Hamburg 50

Internationale Schuldenkrise, Teil III:

Über mehr oder weniger alternative Krisentherapien

Jenseits des konservativ-neoliberal geprägten imperialistischen Krisenmanagements zur Bewältigung der internationalen Schuldenkrise mit dem Ergebnis einer weiteren Krisenverschärfung (vgl. AK 296, S. 6) existiert inzwischen ein recht ansehnlicher Markt über mehr oder weniger alternative Lösungsmöglichkeiten. Die bevorstehenden Jahreshauptversammlungen von IWF und Weltbank in Westberlin veranlaßten auch ein relativ breites Spektrum der westdeutschen Linken, sich mit Ursachen, Verlauf und möglichen Ausstiegs-Szenarien zu befassen. Im folgenden soll daher ein kritischer Überblick über diese Diskussion und mögliche Auswege aus der Schuldenkrise gegeben werden.



Die Sozialdemokratie — auf den Spuren der Konservativen

In einem Bundestag-Antrag formulierte die SPD-Fraktion ihre „alternativen" Angebote zur Lösung der internationalen Schuldenkrise (vgl. „Frankfurter Rundschau", 2.10.87). Darin erkennt die SPD die Schulden der Länder der „3. Welt" umstandslos an und fordert für den Bereich der öffentlichen Schulden einen teilweisen bis völligen Schuldenerlaß für die ärmsten „Entwicklungsländer" in den Saharazonen Afrikas — übrigens in voller Übereinstimmung mit den Positionen der Bundesregierung.

Gegenüber den Ländern Lateinamerikas befürwortet die SPD eine Verlängerung der Zahlungs-Galgenfristen (Um-

Gegenüber den Ländern Lateinamerikas befürwortet die SPD eine Verlängerung der Zahlungs-Galgenfristen (Umschuldungen), um eine Gefährdung des gesamten kapitalistischen Finanzsystems zu vermeiden. Darüber hinaus sollten Zinsobergrenzen sowie eine Koppelung des Schuldendienstes an 20% der jährlichen Exporterlöse der Schuldnerländer vereinbart werden.

In Einzelfällen und im Rahmen eines umfassenden Konzepts tritt die SPD auch für die „debt-to-equity-swap"-Geschäfte, also der Umwandlung der Schuldtitel in ausländische Direktinvestitionen imperialistischer Konzerne, ein, während den Schuldnern eingebläut wird, ja ihren Schuldendienst sicherzustellen, wobei allerdings die *„Grundbedürfnisse"* der Menschen dort *„berücksichtigt"* werden müßten.

Die bisherige Auflagenpolitik von IWF und Weltbank lehnt die SPD zwar ab, aber die Schuldnerländer müßten gewisse *„Effizienz-Kriterien"* einhalten. Als solche Kriterien führt die SPD u.a. *„soziale Mindeststandards"*, die Einstellung der Rüstungsimporte und die Bekämpfung der Kapitalflucht an. Im Gegenzug dazu sollten die imperialistischen Länder ihre Märkte öffnen, Maßnahmen zur Stabilisierung der Rohstoffpreise ergreifen, den EG-Agrarmarkt reduzieren, die Entwicklungshilfe erhöhen und die ausländischen Direktinvestitionen auch noch verstärken. Ziel dieser Maßnahme sei es, mehr Kooperation zwischen Gläubigern und Schuldnern herzustellen.

Die der Schuldenkrise zugrundeliegenden Machtverhältnisse sollen also nicht angetastet, das ganze imperialistische Ausbeutungssystem jedoch einvernehmlich und konsensual mit den Ausgebeuteten gesichert werden.

Dazu hält die SPD eine weitere Stärkung von IWF und Weltbank für erforderlich, um die langfristigen Wachstumsbedingungen bei „sozialer Verträglichkeit" in den Ländern der „3. Welt" sicherzustellen. Die SPD fordert nichts geringeres als eine stärkere Kontrolle der Politik der Gläubigerländer durch den IWF, also eine Art „Selbstkontrolle", die Rüstungshaushalte der Schuldnerländer müßten stärker in die Auflagenpolitik einbezogen werden, der IWF müsse seine Quoten erhöhen und das Stimmrecht der „Entwicklungsländer" sei im IWF *„zu verbessern"*.

Den privaten Gläubigern, also den Banken, wird empfohlen, zumindest teilweise auf Zins- und Tilgungseinnahmen aus den Schuldnerländern zu verzichten und stattdessen mehr finanzielle Mittel für ausländische Direktinvestitionen der Konzerne bereitzustellen. Um einen langfristigen Werttransfer von Nord nach Süd sicherzustellen, sei mehr *„Markteffizienz"* erforderlich. Damit befindet sich die SPD in bester Gesellschaft mit dem Chef der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen. Konkret auf die BRD bezogen stellt die SPD folgenden Forderungen in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen:

— den ärmsten „Entwicklungsländern" Afrikas sollten die öffentlichen Verbindlichkeiten erlassen werden,

— die Rückflüsse aus gegebenen öffentlichen Darlehen sollten von Fall zu Fall erlassen oder aber in *„vereinbarte Vorhaben"* der betreffenden Länder gesteckt werden, wobei sich die BRD selbstverständlich eine entsprechende Auflagenpolitik ausbedingt und

— die BRD sollte 1 Mrd. DM aus dem Rüstungsetat abzwacken und der Weltbank zur Verfügung stellen.

Alles in allem knüpfen die SPD-Vorschläge zum Teil an die Forderungen der Bourgeoisien in den Ländern der „3. Welt" an (Aufstocken der Ziehungsquoten bei IWF und Weltbank, bessere Rückzahlungsmodalitäten), zum Teil entsprechen sie den herrschenden konservativen Konzeptionen (Umschuldungen, Teilsschuldenerlasse für die ärmsten Länder Afrikas, Stärkung der Direktinvestitionen, Festhalten an einer ‚sozialdemokratischen' Auflagenpolitik usw.) Die bestehenden Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnisse zwischen Imperialismus und „3. Welt" bleiben unangetastet, die existierenden Widersprüche und Machtverhältnisse sollen möglichst kooperativ geregelt werden.

Ein ‚keynesianischer' Ex-Bankier sorgt sich um „seine" Banken...

Weitergehender sind da schon die Vorschläge des Sozialdemokraten Wilhelm Hankel, ehemaliger Chef der Hessischen Landesbank und Währungsspezialist. Prof. Hankel setzt sich für eine weitgehende Schuldenstreichung ein, die der Einsicht folgt, daß die Schuldnerländer ihre Verbindlichkeiten nur aus riesigen Exportüberschüssen tilgen könnten. Um diese riesigen Exportüberschüsse in jährlicher Höhe von ca. 160 Mrd. US-— überhaupt erzielen zu können, müßten die imperialistischen Staaten umgekehrt wachsende Importüberschüsse und negative Zahlungsbilanzen in Kauf nehmen und obendrein binnenwirtschaftliche Wachstums- und Arbeitsplatzverluste. Da dieser Weg illusorisch sei, tritt Hankel für ein Modell der partiellen Schuldenstreichung im Einvernehmen zwischen Gläubigern und Schuldnern nach dem betriebswirtschaftlichen Vergleichsverfahren ein.

Hankel argumentiert, daß die Kredite an die „3. Welt" ihrer Funktion nach Entwicklungshilfe-Kredite gewesen seien. Daraus folgert er, daß die Regierungen der Gläubigerländer den Banken ihre Forderungen über die Entwicklungshilfe-Etats abkaufen sollten. Der Staat übernimmt also für eine gewisse Zeit den Schuldendienst mit *„segensreichen Folgen für die Bankenwelt"*, die ihre „faulen" Kredite nicht mehr abschreiben müßten. Die Banken wären aus dem Schneider, die Verluste würden zu Lasten der Bevölkerung in den imperialistischen Metropolen sozialisisiert. Die jährliche Entwicklungshilfe beläuft sich derzeit auf etwa 50 Mrd. US-—, und um diese Summe wären die Länder der „3. Welt" zunächst entlastet. Hankel fordert von den Banken allerdings auch einen Preis: sie sollen die bisher schon wertberichtigten Forderungen endgültig abschreiben, was jährlich ungefähr 50 Mrd. US-— ausmachen würde, so daß summa summarum ca. 100 Mrd. US-— jährlich entschuldet würden.

Entscheidender Punkt bei Hankels Vorschlägen ist, daß die staatlichen Entwicklungshilfe-Etats der Gläubigerländer zwar den Devisentransfer mit den Banken übernehmen, ohne den Ländern der „3. Welt" jedoch die Schulden zu erlassen. Die Schuldtitel sollen vielmehr in nationale Entwicklungsbudgets fließen, um in heimischer Währung das dortige Wachstum anzukurbeln.

Die Frage, wie eine Neuauflage des Verschuldungsprozesses nach erfolgter weitgehender Entschuldung vermieden werden könnte, beantwortet Hankel mit der „Lernschock"-These, wonach die herrschenden Eliten in den Ländern der „3. Welt" künftig weitaus vorsichtiger auf ausländische finanzielle Ressourcen zurückgreifen würden. Er plädiert dafür, daß die Länder der „3. Welt" als Gegenleistung für die Abnahme ihrer Schulden durch die Entwicklungshilfe-Etats der Gläubiger ihren Schuldenstand auf ein wesentlich niedrigeres Niveau begrenzen müßten (Hankel 1984; 1987).

Hankels Vorschläge zielen in der Hauptsache darauf ab, das internationale imperialistische Finanzsystem zu stabilisieren; er sorgt sich in erster Linie um die Privatbanken, die sogleich auf zweifache Weise ihre „faulen" Forderungen loswerden können: zum einen durch die Sozialisierung der Verluste mittels der Entwicklungshilfe-Etats, zweitens durch Abschreibungen, die die Banken steuerlich ent-, den Staatshaushalt jedoch durch Mindereinnahmen belasten. Dabei tastet der Bankenkenner Hankel das heilige Bankengeheimnis nicht an. Das ist jedoch der springende Punkt, denn ohne Offenlegung und öffentliche Kontrolle der Bankenbilanzen liefe die Sozialisierung der Bankenverluste auf eine bloße staatliche Subventionierung der Banken hinaus. Ein Vergleichsverfahren hätte also nicht nur zwischen Gläubigern und Schuldnern zu gelten, sondern zwischen Staat und Banken. Eine Offenlegung der Bankenbilanzen würde sehr schnell zeigen, wieviel die Banken in den letzten Jahren infolge höchst profitabler Zinseinnahmen aus der „3. Welt" verdient haben und eine Sozialisierung der Verluste überflüssig machen.

Hankel irrt auch, wenn er sich von seinem vorgeschlagenen Entschuldungsprogramm dramatische Zinssenkungen erhofft, denn das internationale hohe Zinsniveau wird nicht von den Bedingungen der Schuldenkrise diktiert, sondern in erster Linie vom nach wie vor enormen Kapitalbedarf des Schuldners USA.

Interessant auch Hankels Vorschlag, das Devisenaufbringungsproblem vom Transferproblem dadurch zu trennen, daß die einen (die Entwicklungshilfe-Etats der Gläubiger) das Devisen-, die anderen (die Länder der „3. Welt") das Transferproblem tragen.

Der Versuch, die Schuldenkrise zu lösen und gleichzeitig mit einer neuen binnenorientierten Wachstumsstrategie in den Ländern der „3. Welt" zu verbinden (durch nationale bzw. regionale Entwicklungs- oder Gegenwertfonds in einheimischer Währung), erforderte jedoch weitere flankierende Maßnahmen. Denn zum einen würden sich solche Gegenwertfonds, die sich aus den erlassenen oder gestrichenen Auslandsschulden speisen, sehr rasch inflationär entwerten, wenn die hohen Inflationsraten nicht bekämpft würden.

Auch Hankels Verweis auf den damaligen „Marschall-Plan" für Westeuropa hinkt, weil sich ein solches Programm unter den heutigen stagnativen Wachstumsbedingungen in den Ländern der „3. Welt" kaum wiederholen ließe.

Denn auch wenn Kapitalfonds vorhanden wären, so würde dieses Kapital erst dann produktiv investiert, wenn entsprechende Profitraten erzielt werden könnten. Die immer wieder angeführte und angeprangerte „Kapitalflucht" aus den verschuldeten Ländern ist jedoch eher ein Beleg dafür, daß sich produktive Investi-

geprangerte „Kapitalflucht" aus den verschuldeten Ländern ist jedoch eher ein Beleg dafür, daß sich produktive Investi-

tionen im Unterschied zu spekulativen Kapitalanlagen nicht rentieren. Darüber hinaus setzt Hankels Lösungsstrategie auf ein einvernehmliches Handeln von Gläubigern und Schuldnern und auf eine entsprechende Feinabstimmung unter den Gläubigerstaaten selbst. Dabei unterschätzt er jedoch die innerimperialistische Konkurrenz, denn diese würde unweigerlich wirksam werden, wenn es um die Verteilung der entstehenden Verluste geht.

Überdies haben diese Vorschläge den Nachteil, daß sie eher technisch-ökonomischer Natur sind und die politischen Interessen und Kräfteverhältnisse der jeweiligen Beteiligten außer acht läßt. Hankel geht, wie auch die SPD, davon aus, daß Gläubiger wie Schuldner gleichermaßen an einer Lösung der internationalen Schuldenkrise interessiert wären bzw. interessiert sein müßten. Dabei wird völlig übersehen, daß die Schuldenkrise die neokoloniale Abhängigkeit der Länder der „3. Welt" von den imperialistischen Mächten noch vergrößert hat und daß die imperialistischen Ökonomien, die hohe Preisstabilität usw. in diesen Staaten nicht unwesentlich von den Discount-Rohstoffpreisen profitieren.

Solange die Schuldenproblematik nicht nur Schatten-, sondern auch ganz erhebliche politische und wirtschaftliche Sonnenseiten für die imperialistischen Staaten aufweist, solange werden sich solche keynesianischen Lösungsmodelle auch nicht durchsetzen, zumal etwa Hankel den Fehler begeht, die Schuldenkrise gegenüber den anderen Rahmenbedingungen und Faktoren zu verabsolutieren. Letzten Endes geht es ihm um die Stabilität der Banken und der bestehenden Machtstrukturen.

Die ‚linken' Keynesianer

Auch die „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik" (Memo-Gruppe) hat, anknüpfend an die Thesen Hankels, in ihrem „Memorandum '88" Vorschläge zur Lösung der internationalen Schuldenkrise unterbreitet. Wie Hankel geht die Memo-Gruppe davon aus, daß eine *„vollständige Bedienung der Auslandsschulden"* eh nicht zu erwarten sei und obendrein *„die Weltwirtschaft auf lange Sicht belasten"* würde., Auch hier wird aus der Sicht eines ideellen Gesamtinteresses von Schuldnern und Gläubigern argumentiert und nicht aus der Sichtweise der betroffenen Völker der „3. Welt", die schon heute mehr als „belastet" sind.

Die Memo-Autoren ziehen der Fall-zu-Fall-Regelung eine multilaterale Vergleichslösung vor, ein „international ausgehandeltes Gesamtkonzept" müsse folgende Punkte umfassen:

— Die öffentlichen Forderungen sind zu streichen, die Kosten tragen die noch aufzustockenden Entwicklungshilfe-Etats in den Gläubigerländern (vgl. Hankel).

— Die Entschuldung der privaten Bankenforderungen soll über eine neu einzurichtende internationale Schuldenagentur abgewickelt werden, in denen die jeweiligen Regierungsvertreter sitzen, die wiederum der parlamentarischen Kontrolle unterliegen.

— Diese Schuldenagentur erwirbt alle privaten Forderungen der Banken, und die Banken geben ihre Forderungen mit einem 50%igen Abschlag des ursprünglichen Buchwerts ab. Die Refinanzierung dieser Bankforderungen erfolgt über die Ausgabe von Wertpapieren, die wiederum zwangsweise von denjenigen Schuldnern in der „3. Welt" erworben werden sollen, die sich durch Kapitalflucht usw. bereichert haben. Angeblich stünden den ca. 400 Mrd. US-— Auslandsschulden Lateinamerikas 200 Mrd. US-— ausländisches Vermögen gegenüber.
Durch diese Schuldenumwandlungen à la Mexico (vgl. AK 296, S. 6) würden sich die gesamten Verbindlichkeiten der Schuldnerländer auf ganze 240 Mrd. US-— und einem jährlichen Schuldendienst von 24 Mrd. US-— reduzieren, die finanzierbar wären.

— Voraussetzung für die Teilnahme an einem internationalen Entschuldungsprozeß wäre die unbedingte Einhaltung der UN-Menschenrechtscharta durch die Schuldnerländer.

Wie Hankel will also auch die Memo-Gruppe eine Trennung des Transfer-und Devisenaufbringungsproblems vornehmen und die Banken mit umgewandelten Wertpapieren ausstaffieren, wobei sie einen durchschnittlichen Wertverlust von 50% zu schlucken hätten. Der kläglich gescheiterte Mexico-Deal in diesem Jahr belegt, daß die Gesamtheit der Banken, darunter übrigens auch der bundesdeutschen, dazu nicht bereit waren.

Die zweite Hürde der sich so realitäts-

ken, darunter übrigens auch der bundesdeutschen, dazu nicht bereit waren.
Die zweite Hürde der sich so realitäts-

tüchtig anmutenden Forderungen der Memo-Gruppe stellt sich beim Problem einer internationalen Organisation, die den privaten Schuldenberg übernehmen würde. Eine solche auch von Altvater befürwortete internationale Schuldenagentur ist jedoch nicht in Sicht, weil (i) die Regierungen der imperialistischen Staaten darauf verweisen, daß die Privatschulden auch Privatsache der Banken seien, für die der Staat nicht hafte und (ii) alle imperialistischen Staaten eine globale Schuldenregelung wegen ihrer bevorzugten „case-by-case"-Behandlung ablehnen. Außerdem würden die Gläubiger mit solch einem Schritt die Uneinholbarkeit der Forderungen eingestehen, was ihre politische Verhandlungsposition schwächen würde.

Wie bei Hankel, so fehlt auch bei der Memo-Gruppe vollkommen der Hinweis darauf, daß eine solche internationale Entschuldungsstrategie eine Offenlegung der entsprechenden Bankenbilanzen voraussetzen würde, um eine völlig unkontrollierte Banken-Subventionierung zu verhindern. Geschieht das nicht,, würden die Banken solchen Plänen unter Umständen und unter anderen Bedingungen als heute zustimmen, denn sie könnten dann ihre Verluste an die Staatshaushalte ihrer Regierungen weitergeben, deren Kosten die Bevölkerungen in den Metropolen zu tragen hätten: die Banken wären aus dem Schneider.

Problematisch erscheint auch der Vorschlag der Memo-Gruppe, die ursprünglichen Forderungen in Zwangsanleihen umzuwandeln und die Nutznießer der Schuldenkrise in der „3. Welt" zur Kasse zu bitten. Zum einen existieren bzw. kursieren völlig unterschiedliche Zahlen über die Größenordnung der Kapitalflucht aus den Schuldnerländern; die von der Memo-Gruppe angeführte Zahl von 200 Mrd. US-— Auslandsguthaben gibt das derzeit geschätzte Maximum wieder.

Zum zweiten jedoch erfolgte die „Kapitalflucht" aus unterschiedlichen Gründen, zum Beispiel dem, die vorhandenen knappen Devisenreserven dem Zugriff des IWF zu entziehen. Nicht unerhebliche Devisenbestände befinden sich u.a. auf osteuropäischen Nummernkonten, wo sie vor Zugriffen der Gläubiger geschützt sind. Wo es sich um reine Schutzmaßnahmen und wo es sich um spekulative Finanzanlagen zur Bereicherung der herrschenden Eliten handelt, ist nur schwer auszumachen.

Neben dieser Entschuldungsstrategie schlägt die Memo-Gruppe im Rahmen weiterer Perspektiven eine Neuregulierung des internationalen Währungs- und Finanzsystems, eine Stabilisierung der

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Rohstoff- und Agrarpreise über Ausgleichsfonds und den Abbau protektionistischer Schranken in den imperialistischen Metropolen vor, um damit eine *„kontrollierte Einbindung dieser Länder* (der Schuldner, Anm. d. Verf.) *in die internationale Arbeitsteilung zu verbessern"* (Memo '88). Auch hier wird die bestehende Weltwirtschaftsordnung sowie die gegebenen Machtverhältnisse („kontrollierte Einbindung") akzeptiert.

Für die Zukunft halten die Linkskeynesianisten eine Neukreditierung der Länder der „3. Welt" für erforderlich, weil diese nach wie vor einen hohen Importbedarf nach Investitionsgütern beanspruchen würden. Diese neuen Auslandskredite sollten jedoch überwiegend aus öffentlichen Mitteln bei niedrigen Zinsen und ohne Auslagen gewährt werden. An die Stelle des IWF wird vorgeschlagen, projektbezogene und soziale Auflagen *„in Zusammenarbeit mit demokratische Institutionen des Schuldnerlandes"* zu erarbeiten.

Vorsichtiger und kritischer, aber in die gleiche Richtung mit dem Ziel einer Art Vergleichslösung, argumentiert auch Elmar Altvater. Er plädiert für eine *„gemischte Strategie"*, in der bei der Lösung der internationalen Schuldenkrise sowohl den jeweiligen Besonderheiten des Schuldnerlandes ebenso Rechnung zu tragen sei wie den weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Solange halt keine wie auch immer geartete „Neue Weltwirtschaftsordnung" existiere, sollte *„auf einer Art ‚Schuldenkonferenz' zwischen den Beteiligten (Schuldnerländer, Industrieländer, IWF, UNO) eine Lösung in Richtung Begrenzung des Schuldendienstes der verschuldeten Länder gesucht werden"* (Altvater 1988, S. 326). Dabei müßten die Schulden zumindest partiell erlassen werden, wobei mit Verweis auf Fidel Castro auch zwischen „legitimen" und „illegitimen" Schulden zu unterscheiden wäre (siehe dazu weiter unten).

Allerdings sorgt sich Altvater auch um das Wohl der Banken; es müsse eine *„politische Lösung dafür gefunden werden, daß aufgrund ausbleibender flows* (Zinseinnahmen, Anm. d. Verf.) *Banken nicht plötzlich auf Einnahmen verzichten müssen, die ihre Reserven oder Refinanzierungsmöglichkeiten übersteigen"*, da ansonsten Liquidationsschwierigkeiten zu einer internationalen Kreditkrise führen könnten. Insofern sei nicht nur die Situation der Schuldner, sondern auch die der Gläubiger zu berücksichtigen (Altvater 1988, S. 326).

Nicht nur in diesem Beitrag Altvaters, auch in anderen Beiträgen, etwa der Grünen, tauchen konsensuale Lösungskonzeptionen zwischen Gläubigern und Schuldnern auf mit dem Hinweis, eine allzu einseitige Lösung zuungunsten der Banken würde ein allgemeines weltweites finanzpolitisches Chaos, eine internationale Kredit- und Finanzkrise auslösen, die niemanden nutze und allen schade.

Allzu ängstlich und besorgt sollten sich gerade Linke nicht über das internationale Finanzkapital äußern, ganz abgesehen davon, daß dieses Metier nicht gerade zu

zu einseitige Lösung zuungunsten der Banken würde ein allgemeines weltweites finanzpolitisches Chaos, eine internationale Kredit- und Finanzkrise auslösen, die niemanden nutze und allen schade.

Allzu ängstlich und besorgt sollten sich gerade Linke nicht über das internationale Finanzkapital äußern, ganz abgesehen davon, daß dieses Metier nicht gerade zu

den originären Feldern linker Politiker zählen dürfte. Der Börsen-Crash vom 19. Oktober letzten Jahres, wo auf einen Schlag Wertverluste in Höhe der derzeitigen Gesamtverschuldung der Länder der „3. Welt" zu bewältigen waren, hat veranschaulicht, daß das internationale Finanz- und Kreditsystem mit Unterstützung staatlicher Zentralbanken ohne weiteres in der Lage ist, solche Wertverluste wegzustecken, ohne daß der allseits beschworene Zusammenbruch der feingesponnenen Finanznetze eingetreten wäre.

Die genannten Lösungsstrategien in Form international vereinbarter Vergleichsverfahren, die auf einen teilweisen bis vollständigen Schuldenerlaß mit „alternativen" Konditionalitäten hinauslaufen und die damit verbundene „Sozialisierung" der Schulden seitens der Gläubigerstaaten haben den entscheidenden Nachteil, sich ausschließlich auf der monetären, finanztechnischen Ebene zu bewegen, die die Schuldenkrise allein nicht erklären. Dabei wird kaum problematisiert, warum die auf den ersten Blick einsichtig klingenden und scheinbar realitätstüchtigen Konzepte in der Praxis keine Rolle spielen: ausschlaggebend für die schroffe Ablehnung selbst partieller Schuldenerlasse seitens der Gläubiger sind zum einen die Preisgabe der Schuldensklaverei, das heißt der *politischen* Beherrschung der Länder der „3. Welt" durch die imperialistischen Staaten, die sich in *diesem* Punkt sehr einig sind; zweitens müßte die Konsequenz dieser Entschuldungsstrategie mitbedacht werden. Es sind die USA, die bei all diesen Modellen die Hauptlast der Folgekosten von Entschuldungen und Wertverlusten zu tragen hätten, weil sie auch am stärksten in die internationale Schuldenkrise als Gläubiger involviert sind, andererseit die pre-

Fortsetzung nächste Seite

„Generalstreik der Schuldner!"

Fidel Castro ruft zur Einheitsfront der Schuldner auf

Der kubanische Staatschef und Revolutionslider Fidel Castro gilt heute unumstritten als Anwalt der Schuldnerländer. Schon seit 1983, in seinem Bericht an die VII. Gipfelkonferenz der nichtpaktgebundenen Länder betont er die Verschuldung als wichtige Ursache der Krise in den unterentwickelten Ländern. (2)

„Die Auspressung erfolgt jetzt nicht nur durch den ungleichen Austausch und ausländische Privatinvestitionen, sondern auch durch typische Finanzmechanismen, d.h. über den Weg der Auslandsverschuldung". (3) Die Lösung der Schuldenfrage kann jedoch nicht die tiefer liegenden wirtschaftlichen Probleme lösen. Castro: „Die Streichung der Auslandsschulden von Lateinamerika für sich genommen (wird) unsere Probleme nicht lösen, sondern nur eine Atempause von einigen Jahren ermöglichen." (4)

Lediglich für die Länder Argentinien, Uruguay, Brasilien, Venezuela, Kolumbien, Ecuador, Peru und Mexiko würde ein Schuldenerlaß den Effekt einer echten Atempause erzielen können. In allen anderen Fällen würde eine Schuldenstreichung *allein* nicht die geringste Wirkung hervorrufen, da weitere Mechanismen (v.a. geringe Weltmarktpreise für Exporte, hohe Preise für nötige Importe) eine wirtschaftliche Erholung dieser Länder nicht zulassen, selbst bei Aufhebung der Zinsknechtschaft.

„Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß es solange keine endgültige Lösung der Probleme gibt, wie das Gesetz der fortschreitenden Verschlechterung der Austauschrelationen wirkt; solange die protektionistische Politik der kapitalistischen Industriemächte fortdauert; solange die Praxis des Dumping mit subventionierten Preisen besteht, die Märkte und Exportpreise niederdrückt, von denen viele Länder der 3. Welt leben; solange eine Geldpolitik durchgesetzt werden kann mit einem Zinsniveau, deren Höhe eine Industriemacht bestimmt; solange sie uns Geld von einem bestimmten Wert leihen und nach einer Aufwertung den gleichen und damit für uns erhöhten Betrag zurückverlangen; solange sie uns Methoden und Rezepte wie die der Chicagoer Schule aufzwingen." (5)

Im Mittelpunkt seiner Reden und Interviews steht der immer sehr ausführliche Nachweis, daß die aufgenommenen Kredite genauso wenig zurückgezahlt werden können wie die daraus resultierenden Zinszahlungen. Diese These wird mit realistischen Wirtschaftsszenarien untermauert. Der Haupttenor: „Nicht einmal im Traum sind die Schulden bezahlbar."

Imperialistische Weltwirtschaft in der Sackgasse?

Welchen politischen Ausweg sieht Castro für die unterentwickelten Länder, um aus der Verschuldungssackgasse herauszukommen?

Imperialistische Weltwirtschaft in der Sackgasse?

Welchen politischen Ausweg sieht Castro für die unterentwickelten Länder, um aus der Verschuldungssackgasse herauszukommen?



„In einer globalen Neuverhandlung auf Regierungsebene — in einer Neuverhandlung, die politisch bei der Unterscheidung zwischen legitimer und illegitimer Schuld beginnen muß. Erstere muß bezahlt werden, letztere annulliert werden." (6) Grundlage für Castros Verhandlungslösung soll ein Plan sein, der im Interesse aller Beteiligten ist, der also Vorteile sowohl für die Schuldner als auch für die Gläubiger bringen soll, kurz: „Ein Rettungsplan für den Kapitalismus, bevor sich der Zusammenbruch nähert, spätestens 1988." (7)

„Der count down der ‚debt crisis' kann 1988 zu Ende gehen. Falls es den Verschuldeten gelingen sollte, die 1985 fälligen Zinsen zu honorieren, werden sie ihre Importrechnungen nicht bezahlen können. Also wird der Bruch 1987 zum Vorschein kommen und der Palast über dem Kopf des Königs zusammenbrechen." (8)

Wo aber läge Castros Meinung nach im Falle einer Schuldenstreichung der Vorteil für die Gläubiger? „In der Neuordnung der Ökonomien der Verschuldeten. Dies würde für die Industrieländer die Wiederherstellung der Wirtschaften bedeuten, die sie mit Rohstoffen versorgen, sowie einen größeren Handel mit den sich entwickelnden Ländern (die wieder zu wachsen beginnen würden) und eine Ausweitung der Geschäfte der Multinationalen mit den aktuellen Schuldnern, den Kapital- und Technologieimporteuren. Lateinamerika könnte doppelt so viel wie jetzt auf dem amerikanischen Markt kaufen. Dies würde helfen, die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten — die größte politische Unbequemlichkeit der Reagonomics — zu reduzieren. Nach meinen Berechnungen würde die Kaufkraft der dritten Welt auf den europäischen, japanischen und amerikanischen Märkten in den nächsten zwölf Jahren um fast 100 Mrd. Dollar zunehmen. Ein nicht zu verachtender Beitrag." (9)

Castro ergänzte seinen Appell an das aufgeklärte Eigeninteresse der kapitalistischen Gläubiger mit düsteren Vorhersagen, sofern sich diese starrsinnig weiterhin jeglichen Verhandlungen verweigern: „Die ‚debt crisis' wird ihren Höhepunkt 1988 erreichen, und bis zu diesem Zeitpunkt muß ein Lösungsmodell gefunden werden. Ob im Guten oder im Schlechten, die Dinge müssen verändert werden. Das ist ein historisches Gesetz. Spätestens 1988 werden die utopischen oder phantastischen Vorschläge von der Neuverhandlung der Auslandsschulden außerhalb der Rettungsringe in den aufgewühlten Wogen treiben." (10)

Die Schuldnerfront

Nicht nur die vorausschauende Einsicht und der darauf gegründete Verzicht der

Die Schuldnerfront

Nicht nur die vorausschauende Einsicht und der darauf gegründete Verzicht der

Gläubigerländer, sondern darüber hinaus das gemeinsame Vorgehen der Schuldnerländer sei — so Castro — entscheidend, um den Weg für die erhofften globalen Neuverhandlungen über ein Schuldenmoratorium bzw. eine neue Weltwirtschaftsordnung zu ebnen. Dies sei eine unverzichtbare Vorbedingung und deswegen auch als erstes zu proklamieren: „Die Bildung eines Schuldnerclubs durch die von dieser Situation betroffenen Länder dieser Hemisphäre. Schließlich sind alle Gläubigerländer aufs engste im IWF beziehungsweise im Club von Paris zusammengeschlossen. Ein Club, ein Komitee, eine Gruppe oder wie immer man das nennen will, ist unverzichtbar. Wenn die Länder jedes für sich vorgehen, können sie keine wirkliche Lösung ihrer Probleme erreichen, sondern nur Beruhigungspflaster, die Schwierigkeiten lindern: eine kurze Schonfrist für die Rückzahlung des Kapitals, eine kleine Senkung der zusätzlichen Zinsen über der Liborrate hinaus." (11)

Der kubanische Revolutionär ist sich jedoch im klaren darüber, daß die Verschuldeten nicht die gleichen Interessen haben: „Sie ziehen nicht in die gleiche Richtung; sie machen das Spiel des Gläubigerblocks mit und bevorzugen noch immer eine bilaterale Lösung, die Einzelfallprüfung. Ich meine, daß gerade jetzt der Moment für diesen Kampf gekommen ist. Es ist eine derart schwierige Krise entstanden, daß die Länder der dritten Welt gezwungen sind, nachzudenken, sich zusammenzuschließen und Lösungen zu suchen, *unabhängig von der Militanz und politischen Ideologien, einfach aus elementarem Überlebenswillen* (Hervorhebung AK). Die Länder Lateinamerikas müssen diesen Kampf führen. Die haben hierfür glücklicherweise die besten Bedingungen. Aber der Kampf für die Lösung des Schuldenproblems wird allen Ländern der dritten Welt nützen." (12)

„In den Ländern Südamerikas hat sich eine demokratische Öffnung vollzogen, die in Lateinamerika und der restlichen Welt mit Sympathie aufgenommen worden ist. Die demokratische Öffnung hat sich gleichzeitig in drei so wichtigen Ländern wie Argentinien, Uruguay und Brasilien vollzogen (...). Die Administration der Vereinigten Staaten proklamiert und stellt es geradezu als einen Erfolg ihrer Politik dar, daß die Demokratie in Lateinamerika Fortschritte mache. Aber was wirkliche Fortschritte macht, ist die Krise. Diese demokratischen Öffnungen haben sich natürlich teilweise aufgrund der Kämpfe der Völker und ihres Widerstands gegen die Militärdiktaturen vollzogen; aber dazu hat auch beigetragen, daß die Wirtschaftskrise so tiefgehend ist, daß die Militärs in ihrer Demoralisierung und Verwirrung sich nicht mehr in der Lage sahen, die Situation zu meistern. Die Militärs sind dabei, sich aus der öffentlichen Verwaltung zurückzuziehen;

stands gegen die Militärdiktaturen vollzogen; aber dazu hat auch beigetragen, daß die Wirtschaftskrise so tiefgehend ist, daß die Militärs in ihrer Demoralisierung und Verwirrung sich nicht mehr in der Lage sahen, die Situation zu meistern. Die Militärs sind dabei, sich aus der öffentlichen Verwaltung zurückzuziehen;

wenn die Wirtschaftslage weniger schlimm gewesen wäre, hätten sie weiter Widerstand geleistet, hätten sie versucht, sich länger an der Regierung zu halten. (...) Wir behaupten, daß ohne eine Lösung für die aus den Auslandsschulden resultierenden Wirtschaftsprobleme diese demokratischen Prozesse ebenfalls in die Krise geraten werden." (13)

Es gibt — so seine Schlußfolgerung — „in diesem Moment etwas wichtigeres als die soziale Umwälzung selbst, und das ist die Unabhängigkeit unserer Länder." (14)

Kritikern, denen diese Schwerpunktsetzung zu weit rechts driftet, hält Castro entgegen: „Wir gehen von zwei Fronten aus, die wir berücksichtigen müssen, wollen wir — die Pygmäen — den Kampf gegen den Koloß im Norden, gegen den Imperialismus führen: eine interne und eine externe Front in der Bündnispolitik. Als erster Grundsatz hierbei gilt, daß es in der internen Front Ausnahmen gibt. Ich sage es klipp und klar: Eine länderinterne Front ist unmöglich im Falle von Paraguay, Chile, El Salvador, Haiti und Guatemala." „Dort, wo die Bedingungen für eine interne Front der demokratischen und revolutionären Kräfte nicht gegeben sind, heißt es, die Diktaturen mit der Forderung nach Schuldenstreichung zu konfrontieren." „Pinochet" — so Castros Überzeugung — „wird verschwinden, und das wird früher oder später passieren. Daran hege ich nicht den geringsten Zweifel. Nach einer demokratischen Öffnung wird sich eine neue demokratische Regierung ebenso mit der monströsen wirtschaftlichen Situation auseinandersetzen müssen." (15)

Alles in allem gesehen, wendet Castro viele Worte auf, um die Gläubigerländer von der Vernünftigkeit einer Schuldenstreichung zu überzeugen. Finster malt er den ansonsten bevorstehenden Zusammenbruch des Weltfinanzsystems aus. (16) Er belehrt sie: „Man muß sich darüber im klaren sein, daß die Hauptprobleme der Industrieländer in diesem Moment weder die Staatsverschuldung noch die Auslandsverschuldung sind, sondern die Geißel der Arbeitslosigkeit, die im größten Teil der westlichen Länder konstant anwächst ..." (17) „Die Armen haben nichts mehr zu verlieren." „Eine wirtschaftliche Blockade gegen die Dritte Welt oder Interventionen zum Eintreiben der Schulden, wie sie es Anfang des Jahrhunderts in Haiti, der Dominikanischen Republik und anderen Ländern gemacht haben — die Neuaufteilung der Welt zur Sicherung der Versorgung mit Rohstoffen und der Märkte, wie es in anderen Epochen geschehen ist — all das ist heute absolut unmöglich." (18)

Einige Anmerkungen

Ausgehend von der objektiven Notwendigkeit des gemeinsamen Vorgehens zur Rettung der nationalen Ökonomien Lateinamerikas fordert Castro den Zusammenschluß der lateinamerikanischen Schuldnerländer in einer Front gegen den Imperialismus. Aber ist diese Front überhaupt möglich, oder gibt es entscheidende Faktoren, welche die angepeilte Schuldnerfront aus internen Gründen heraus wenig wahrscheinlich machen?

Castro geht von „nationalen Wirtschaftsinteressen" seiner potentiellen Bündnispartner aus. Er problematisiert in diesem Zusammenhang an keiner Stelle, daß die herrschenden Eliten Lateinamerikas (auch in Brasilien, Argentinien etc.) nicht entscheidend vom Schuldendesaster getroffen werden. Sie haben ihre Schäfchen längst auf ausländischen Konten ins Trockene gebracht. Teils verdienen sie sogar heute noch an der Verschuldung mit. Politisch haben sich diese Bourgeoisien in der Vergangenheit nicht gerade durch Patriotismus und Antiimperialismus ausgezeichnet. In wichtigen historischen Phasen paktierten sie mit dem US-Imperialismus gegen die Volksbewegungen. Die von den Dependenztheoretikern geprägten Begriffe „Lumpenbourgeoisien"/„Kompradorenbourgeoisien" spiegelten deren historische Unfähigkeit zum Aufbau eines nationalen Kapitalismus wider.

Will man Bündnisse mit diesen Bourgeoisien, so wären deren gegenwärtige wirtschaftliche und politische Interessen sowie die Reichweite der Bündnisarbeit zu klären, um nicht Illusionen über die Standfestigkeit dieser Kräfte aufzusitzen. Darüber hinaus wäre die Rolle der revolutionären Kräfte in diesem Spiel herauszuarbeiten. Die Bourgeoisien werden im Falle einer Schuldnerfront Zugeständnisse der Linken fordern. „Ruhe im Land", Zusammenarbeit der Linken mit Anti-IWF-Regierungen könnten wichtige Forderungen sein. Es wäre also denkbar — sofern die Linke das Bündnis will —, daß eine Wiederbelebung der traditionellen Strategien der KP's ins Haus stün-

Falle einer Schuldnerfront Zugeständnisse der Linken fordern. „Ruhe im Land", Zusammenarbeit der Linken mit Anti-IWF-Regierungen könnten wichtige Forderungen sein. Es wäre also denkbar — sofern die Linke das Bündnis will —, daß eine Wiederbelebung der traditionellen Strategien der KP's ins Haus stün-

de, die stets das Bündnis mit den fortschrittlichen Teilen des Bürgertums gesucht hatten. Die kubanische Revolution, Nicaragua, El Salvador etc. entstanden aber gerade aus der praktischen und theoretischen Kritik dieser Strategie. Castro äußert sich zu all diesen Fragen nicht.

Auch wenn das propagierte Schuldnerkartell undurchführbar scheint, so haben die diesbezüglichen Aktivitäten Kubas doch erheblich politisch-diplomatische Früchte getragen. Der strenge Isolationskurs der lateinamerikanischen Regierungen gegen Kuba ist beträchtlich aufgeweicht worden. Dies liegt nicht zuletzt daran, daß Castro lateinamerikanische Interessen deutlich formulieren kann. Damit bleibt Kuba weiterhin der große Störfaktor der US-Politik auf dem amerikanischen Kontinent.

He., Al., KB-Nürnberg

Anmerkungen
1) Castro am 5.6.1985 auf einer Frauentagung in Havanna, zitiert nach: Granma — Resumen Semanal— 16.6.1985
2) Fidel Castro Ruz, Wenn wir überleben wollen, Dortmund 1984
3) Ebenda, S. 16
4) Interview mit der mexikanischen Zeitung „Excelsior", Mexico D.F. vom 21.3.1985; deutsche Übersetzung in: L. Willms, Schuldenkrise, Frankfurt/M. 1987, S. 60
5) Ebenda, S. 61
6) Frankfurter Rundschau, 11.12.1985, S. 13
7) Ebenda
8) Ebenda
9) Ebenda
10) Ebenda
11) L. Willms, a.a.O., S. 68
12) Ebenda, S. 62
13) Ebenda, S. 42
14) Ebenda, S. 57
15) Castro auf dem IV. Kongreß der lateinamerikanischen Journalisten in Havanna am 6.7.1985. Nachgedruckt in: Granma — Resumen Semanal — vom 14.7.1985
16) FR, a.a.O.
17) L. Willms, a.a.O., S. 67
18) Ebenda, S. 73

Fortsetzung von vorheriger Seite



käre Lage der US-Ökonomie selbst solche vorgeschlagenen Lösungen derzeit jedenfalls verunmöglicht. Ein konsensuales Entschuldungsprogramm zwischen Gläubigern und Schuldnern würde also darauf hinauslaufen, die hegemoniale Stellung der USA in der Weltwirtschaft zu schwächen, während Japan und die BRD aus einem solchen Krisenmanagement gestärkt hervorgehen würden.

Eine „keynesianistische" Entschuldungsstrategie würde (i) voraussetzen, daß sich die imperialistischen Gläubiger zuvor auf eine Verteilung der anfallenden Kosten dieser Unternehmens einigen würden und (ii) daß sie sich auf ein neues System des Krisenmanagements verständigen, das die gegebenen Macht- und Kräfteverhältnisse zwischen „Nord" und „Süd" mit anderen Mitteln als den derzeitigen sicherstellen.

Alle „reformistischen" Vergleichslösungen sitzen der puren Illusion auf, daß der Imperialismus aufgrund eigener Einsichten zu einem Kompromiß mit den Ländern der „3. Welt" kommen müßte. Eine von SPD bis zu den Grünen favorisierte „Internationale Schuldenkonferenz", wo alle Beteiligten wie auf einem Basar über (partielle) Schuldenstreichungen oder -erlasse verhandeln, könnte unter anderen Umständen und Bedingungen von den Gläubigern selbst einberufen werden, wobei die dort getroffenen Vereinbarungen jedoch neue Methoden und Formen der Ausbeutungsverhältnisse beinhalten, die die deutliche Handschrift der imperialistischen Länder tragen würden. Etwas anderes ist unter den gegebenen Kräfteverhältnissen nicht zu erwarten.

Mit solchen Vergleichslösungen ändern sich also allenfalls die *Methoden imperialistischer Herrschaft über die neokolonialen Länder der „3. Welt"*, *nicht aber die Neustrukturierung der kapitalistischen Weltwirtschaft zugunsten der Letzteren, wie das in den Parolen einer geforderten „gerechten Weltwirtschaftsordnung" zum Ausdruck kommt.*

Die originellste und überspitzteste Form solcher Vergleichslösungen schlug der marxistische Ökonom André Gunder Frank in der „Wirtschaftswoche" vor. Er nahm die geltenden juristischen Hüllen der kapitalistischen Marktgesetze beim Wort und schlug zur Lösung der Schuldenkrise zwei Schritte vor:

— Die mörderischen und variablen Zinssätze seien nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch rechtlich unwirksam, da sich die Vertragsparteien über den vollen Inhalt ihrer damaligen Kreditvereinbarungen nicht im klaren waren. Würde also das „Kleingedruckte" annulliert, würde der Schuldendienst bei erheblich niedrigeren Zinssätzen geringer ausfallen.

— Die verstaatlichten Schulden der Länder der „3. Welt" seien wieder zu reprivatisieren, um dann das bürgerliche Konkursrecht auf die privaten Schuldner anzuwenden („Wirtschaftswoche" 48, 20.11.87).

Die Vorschläge der Grünen

Eine grüne Positionsbestimmung zur Fra-

Die Vorschläge der Grünen

Eine grüne Positionsbestimmung zur Fra-
ge der internationalen Schuldenkrise liegt in Form eines Antrags der Bundestagsfraktion vom 6.10.87 unter dem Titel „Bundesdeutsche Beiträge zu Lösungsansätzen für die internationale Schuldenkrise" vor. Schon bei der Ursachenbeschreibung begehen die Grünen den Fehler, nicht nur die *„übergroße Liquidität der Geschäftsbanken"* und deren *„aggressive Kreditpolitik"* für die Schuldenkrise verantwortlich zu machen, sondern auch *„zahlreiche Regimes in den verschuldeten Ländern selbst"*, weil sie *„dem westlichen Industrialisierungsmodell folgend die erhaltenen Kredite fehlinvestiert haben"* (Grüne 1987). Diese Erklärung deckt sich zwar mit denen der Deutschen Bundesbank, die Schuldner und Gläubiger gleichermaßen für die Misere brandmarkt, ist aber dennoch falsch. Denn bei der internationalen Schuldenkrise handelt es sich um eine ganz klassische Kreditkrise, die einzig und allein von den imperialistischen Gläubigern zu verantworten ist. Die Zahlungsunfähigkeit zunächst Mexikos (1982) wurde durch das „crowding-out", einer Umlenkung der Kapitalströme weg von der „3. Welt" hin zu den USA ausgelöst, die selbst mittels hoher Zinsen einen enormen Kapitalbedarf beanspruchten, während die Kapitalströme in die Länder der „3. Welt" nahezu versiegten. Die internationale Schuldenkrise ist also Teil einer internationalen Kreditkrise, in der die USA mittels ihrer Hochzinspolitik ausländisches Kapital und ausländische Waren zu sich umleiteten, während die Länder der „3. Welt" in eine tiefe Krise stürzten.

Die zu kritisierende Verwendung der ausländischen Kredite seitens der herrschenden Eliten in den Ländern der „3. Welt" für Rüstungsmaßnahmen, Ausbau der Repressionsapparate, der Bereicherung der dort herrschenden Oberschichten, Kapitalflucht usw. hat ursächlich nichts mit der Schuldenkrise zu tun, denn auch bei einer „alternativen" Verwendung dieser Kredite zugunsten der dortigen Bevölkerung wäre das Verschuldungsproblem aufgetreten.

Die falsche Ursachenerklärung der Schuldenkrise schlägt sich in den grünen Lösungsvorschlägen nieder. Im Mittelpunkt der grünen Forderungen steht eine *„umfassende Schuldenstreichung"* globaler Art unter Zulassung *„länderspezifischer Variationen"*, die die *„Eigenschuld an der Misere"* wie Kapitelflucht, Rüstungsimporte sowie die *„hemmungslose Bereicherung der Eliten mit einkalkuliert"* (Grüne 1987).

Zwar lehnen die Grünen eine „alternative Konditionalität", das heißt die Koppelung der Schuldenstreichung an „alternative" Auflagen wie Einhaltung der Menschenrechte, soziale und ökologische Standards usw., wie sie u.a. von Altvater und der Memo-Gruppe gefordert werden, ab, fordern aber andererseits, daß der Verhandlungsprozeß einer umfassenden Schuldenstreichung im Rahmen einer internationalen Schuldenkonferenz *„die Demokratisierung der verschuldeten Länder, die Bekämpfung von Korruption und übermäßiger Bürokratisierung zum Ziel haben"* müsse. Also doch eine „alternative Konditionalität"?... Deutlicher wurde Ludger Volmer in einem Beitrag, wo er die Forderung nach „umfassender Schuldenstreichung" näher begründete. Unter „umfassend" versteht er, einen „Restbetrag" Schulden offenzuhalten, da viele Schuldnerregierungen eine „Mitschuld" an der Krise tragen würden. Konsequent weitergedacht, scheint die Forderung nach „umfassender Schuldenstreichung" nicht so genau genommen zu werden, denn es gibt kaum ein Land in der „3. Welt", in denen die Auslandskredite nicht für sozial und ökologisch verwerfliche Maßnahmen seitens der dort herrschenden Bourgeoisien verwendet wurden (Volmer 1988, S. 149f).

der „3. Welt", in denen die Auslandskredite nicht für sozial und ökologisch verwerfliche Maßnahmen seitens der dort herrschenden Bourgeoisien verwendet wurden (Volmer 1988, S. 149f).

Doch die Widersprüche nehmen noch weiter zu. Die nun doch nicht so „umfassende Schuldenstreichung" erfordere eine „internationale Schuldenkonferenz", auf der die Industrieländer keine Mehrheit haben dürfen. Einmal unterstellt, die Gläubiger und Schuldner würden sich auf diesen grünen Vorschlag einlassen — dann müßten imperialistische Politiker und Vertreter zumeist reaktionärer Regimes aus den Schuldnerländern sich selbst einer Verhandlungsprozedur unterziehen und humanitäre, soziale und ökologische Auflagen mit der Schuldenstreichung verbinden. So führt man eine Forderung völlig ad absurdum.

Die grüne Forderung nach „umfassender Schuldenstreichung" sei „finanzierbar", wobei die Banken ihre fälligen Abschreibungsverluste durch ihre Rücklagen abdecken. Falls der Staat einspringen muß, um Liquiditätsschwierigkeiten einer Bank zu überwinden, dann nur unter der Bedingung, daß die Eigentums- und Kontrollrechte an die Öffentliche Hand übertragen werden. Zur Sozialisierung der Verluste sollten nicht die Entwicklungshilfe-Etats, sondern die Rüstungsetats der imperialistischen Länder herangezogen werden.

Die Grünen sind sich immerhin bewußt, daß eine Schuldenstreichung allenfalls einen „Einstieg", eine *„Chance"* (L. Volmer 1988) für die Völker der „3. Welt" bedeuten kann; mit der Wegnahme des finanzpolitischen Drucks sollten daher die *„Handlungsspielräume von Befreiungs- und Emanzipationsbewegungen erweitert"* werden. Eine „umfassende Schuldenstreichung" müsse daher Hand in Hand mit der politischen Unterstützung von Befreiungsbewegungen und Demokratisierungsprozessen einhergehen, um die durch die Entschuldung freiwerdenden politischen Spielräume nicht den reaktionären Regimes oder Diktaturen zu überlassen, wobei eine „alternative" Auflagenpolitik abgelehnt wird. Daß dieser Ansatz nicht durchgehalten wurde, ist gerade gezeigt worden.

Die Grünen lehnen die jetzige Funktion des IWF ab, fordern für jedes Land eine Stimme und eine neue Funktionszuweisung, die allerdings erst im Rahmen einer neuen Weltwirtschaftsordnung zu realisieren sei.

Im Unterschied zu den Forderungen der Regierungen der „3. Welt" lehnen die Grünen eine Quotenerhöhung des IWF ab, da die Krise mit einer Ausweitung der liquiden Mittel nicht zu lösen sei. Diese Forderung wäre nur dann, immanent gedacht, sinnvoll, wenn das von den Grünen geforderte sofortige Schuldenmoratorium oder die „umfassende Schuldenstreichung" wirksam wären, denn dann entfiele der Teil des Kreditbedarfs, um damit die fälligen Zinsen an die Gläubiger zu überweisen. Die Politik der Weltbank *„im Fahrwasser des IWF"* wird von den Grünen abgelehnt, die Weltbank wäre nur sinnvoll, wenn sie sich *„eindeutig entwicklungspolitischen Zielen verschreibt"*. Die Grünen schlagen eine *„Dezentralisierung"* der Weltbank in drei regionale Entwicklungsfonds für die jeweiligen Kontinente vor, die eine Mittelvergabe nicht mehr nach rein kommerziellen Gesichtspunkten vornimmt.

Auch nach der erfolgten Entschuldung existiere weiterer Kapitalbedarf der Länder der „3. Welt", aber die Kreditvergaben dürften *„keinen kommerziellen Gesichtspunkten folgen"* (Grüne, 1987). Das ist ziemlich dürftig, was die Grünen da vorzuschlagen haben, denn ein Kredit ist im Kapitalismus eine Ware wie jede andere Ware auch; ihr Preis heißt nun einmal der Zins. Mit bloßen Glaubensformeln läßt sich dem Problem nicht beikommen, wie eine erneute Auflage der Schuldenkrise verhindert werden kann.

Abschließend betonen die Grünen, daß eine Schuldenstreichung allein die Ent-

men läßt sich dem Problem nicht beikommen, wie eine erneute Auflage der Schuldenkrise verhindert werden kann.

Abschließend betonen die Grünen, daß eine Schuldenstreichung allein die Ent-
wicklungsprobleme der Länder der „3. Welt" nicht löst, sondern allenfalls einen „Einstieg" bedeuten könne. Notwendig wäre, die gesamte Weltwirtschaft *„auf der Basis von Solidarität und Gerechtigkeit neu zu organisieren"*.

Die Forderung nach „umfassender Schuldenstreichung", die die Grünen erheben, wobei die Lasten ausschließlich die imperialistischen Gläubiger(banken) zu tragen hätten, ist „an sich" positiv und unterstützenswert. Sie kann sich nicht nur auf die allermeisten linken Parteien, Gewerkschaften und Befreiungsbewegungen — mit der Ausnahme des südafrikanischen Rassistenregimes selbstverständlich — berufen, die sich von einer Schuldenstreichung größere innenpolitische Spielräume erhoffen. Allerdings stellen sich die Grünen diese Schuldenstreichung als ein Ergebnis einer „internationalen Schuldenkonferenz" vor und verkennen damit total die Funktionsweisen des Weltmarkts und die politischen Kräfteverhältnisse, denn nicht einmal die fortschrittlicheren Regierungen in den Ländern der „3. Welt" erheben diese Forderung — wie soll da eine solche Konferenz die Streichungsbeschlüsse fällen. Auf die Problematik einer auch von den Grünen geforderten „alternativen Konditionalität" wurde bereits oben verwiesen.

Immerhin können sich die Grünen bei ihrer Schuldenstreichungs-Forderung auf einen prominenten Vertreter berufen: Fidel Castro.

Fidel und die Schuldenkrise

In mehreren Beiträgen und Interviews nahm Fidel Castro zur Schuldenproblematik Stellung und unterbreitete Lösungsvorschläge. Seiner Analyse ist zuzustimmen, wenn er ausführt, daß die Außenschulden schlicht „unbezahlbar" seien und die heutige Problematik einzig und allein in der Rückzahlung der Zinsen auf die geborgten Kredite besteht (Castro 1987).

Fidel schildert in sehr dramatischer, klarer Art und Weise, daß sich die Völker der „3. Welt" bereits im Dritten Weltkrieg befänden, der ihnen von den Imperialisten erklärt worden sei. Der übergroße Teil der verschuldeten Länder befinde sich in einer großen Abhängigkeit und Erpreßbarkeit gegenüber dem Imperialismus, und daher gebe es gegenwärtig *„etwas wichtigeres als die sozialen Umwälzungen selbst, und das ist die Unabhängigkeit unserer Länder"*. Es sei heute viel wichtiger, für eine neue Weltwirtschaftsordnung zu kämpfen, für die Souveränität der Länder der „3. Welt", da die sozialen Umwälzungen allein nicht mehr ausreichten. Letztere können zwar die Lage der Völker lindern und die Positionen gegenüber den Imperialisten verbessern, aber so lange die neokoloniale und monetäre Abhängigkeit drückt und die Ökonomien dieser Länder am Boden zerstört sind, so lange seien die Fragen nach nationaler Unabhängigkeit wichtiger (Castro 1987, S. 59/60).

Aus dieser Situationsbeschreibung leitet Fidel u.a. die Forderung nach der Bildung von Schuldnerkartellen ab, um die politischen Verhandlungspositionen der Schuldner gegenüber ihren Gläubigern zu verbessern. Ein solcher Schuldnerclub, an deren Zustandekommen der Imperialismus mittels der „case-by-case"-Behandlung keinerlei Interesse hat, wäre erst die Voraussetzung dafür, politische Verhandlungen mit den imperialistischen Ländern auf die Tagesordnung zu setzen, denn Castro erkennt besser als ein Großteil der hiesigen Linken, daß es nicht um ein finanztechnisches, sondern um handfeste politische Probleme und Kräfteverhältnisse geht.

Würde nämlich unter den gegebenen Bedingungen eine solche Schuldenkonferenz stattfinden, so wäre damit überhaupt nichts gewonnen.

Aus dem Umstand, daß allein die anfallenden Zinszahlungen auf die aufgenommenen Auslandskredite nicht bezahlbar sind, fordert Fidel, daß die Schulden *„ersatzlos gestrichen"* werden müssen, was die Gläubigerländer ohne weiteres verkraften können. Die Sozialisierung der Verluste könnte durch das Anzapfen der Militärhaushalte erfolgen, wobei gleichzeitig ein Beitrag zur Abrüstung geleistet würde.

Castro betont jedoch, daß die Schuldenstreichung allein die Probleme nicht lösen wird, solange die übrigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht verändern werden: die verschlechterten Warenaustauschrelationen („terms of trade"), der Protektionismus der imperialistischen Länder, die subventionierten Agrarexporte der EG-Länder und der USA, das hohe Zinsniveau, die Dollar-Aufwertung im Verhältnis zur permanenten Abwertung in den Ländern der „3. Welt" usw. (Castro 1987, S. 61).

In einem zweiten Schritt müßten die letztgenannten Probleme angegangen werden, während die infolge der Schuldenstreichung freigesetzten Ressourcen für die nationale Entwicklung verwendet würden.

werden, während die infolge der Schuldenstreichung freigesetzten Ressourcen für die nationale Entwicklung verwendet würden.

Problematisch sind an Castros Vorschlägen zwei Punkte. Zum einen hält er den Kampf für nationale Unabhängigkeit und Souveränität der Länder der „3. Welt" für vorrangiger als den Kampf für soziale Umwälzungen, was u.a. mit der zum Teil völligen Zerrüttung der Ökonomien, der Massenverelendung usw. begründet wird. Castro warnte sogar ausdrücklich davor, daß die *„soziale Verelendung die Länder der Dritten Welt in eine revolutionäre Situation treiben"* könne (laut „FR", 15.8.88).

Hier unterschätzt Castro die bestehenden Klasseninteressen der nationalen Bourgeoisien, die infolge ihrer Klassenlage, ihrer Abhängigkeit vom Imperialismus, den IWF-Direktoren, die in „ihren" Finanzministerien und Notenbanken sitzen, um die Auflagenpolitik zu überwachen usw., weder imstande noch willens sind, um ihre nationale Souveränität zu kämpfen. Mehr noch: es sind ja nicht sie, die die Krisenlasten zu tragen haben, sondern die unterdrückten Schichten und Klassen in diesen Ländern. Es ist bereits gezeigt worden (vgl. ak 296, S. 6), daß die Regierungen der Länder der „3. Welt" nicht mehr fordern als eine Verbesserung ihrer Zinszahlungsmodalitäten. Daraus ergibt sich, daß der Kampf um nationale Unabhängigkeit untrennbar mit dem Kampf um soziale Umwälzungen verbunden ist, wenngleich mit revolutionären Veränderungen allein die grundlegenden ökonomischen und politischen Probleme bei weitem noch nicht gelöst sein werden.

Daraus folgt zweitens die große Skepsis gegenüber der von Fidel geforderten Bildung eines Schuldnerkartells. Es ist bereits gezeigt worden, daß die regionalen Organisationen und Institutionen der Regierungen der „3. Welt"-Länder (OAU, Cartagena-Gruppe usw.) sich allenfalls auf den Minimalkonsens verbesserter Rückzahlungsbedingungen einigen können, um dann bei nächster Gelegenheit aus der gemeinsamen Front wieder auszubrechen, wenn für ein einzelnes Schuldnerland Umschuldungsverhandlungen mit den Gläubigern anstehen (vgl. ak 296, S. 6). Die meisten Regimes in der „3. Welt" müssen sich also der „case-by-case"-Behandlung seitens der Gläubiger unterordnen. Und wenn in sehr vielen verschuldeten Ländern die Direktoren des IWF in den dortigen Ministerien und Zentralbanken sitzen, um den Vollzug der Auflagenpolitik zu überwachen, ab und an auch die dortigen Finanzminister zu stürzen, dann belegt dies nur die Tatsache, daß viele dieser Regierungen aufgrund der neokolonialen Abhängigkeit zu einer „nationalen" Politik gar nicht fähig sind.

Im Falle Mexikos handelt es sich beispielsweise um ein Kompradorenregime, das sich als „Musterschuldner" gegenüber den USA profiliert hat und sich wohl kaum jemals einem Schuldnerkartell anschließen dürfte.

Klasseninteressen der nationalen Bourgeoisien plus neokoloniale Abhängigkeit vom Imperialismus gaben und geben auch immer wieder den Ausschlag dafür, daß alle bisherigen Anstrengungen der Regierung Kubas nach dem Zustandekommen eines lateinamerikanischen Kartells letztlich kläglich scheiterten, ja scheitern mußten.

Die Autonomen auf der Suche nach einem „Neuen Antiimperialismus"

Das buntschillernde und breite Spektrum der Autonomen lehnt die von Fidel Castro, den Grünen und dem Anti-IWF/Weltbank-Bündnis erhobene Forderung nach Schuldenstreichungen als „reformistisch" ab. So etwa argumentiert Hauke Benner (Westberlin), daß die sozialen Verhältnisse in den verschuldeten Ländern auch ohne Verschuldung kaum anders aussehen würden, die Massenarmut wäre dadurch nicht beseitigt usw. Er bezeichnet eine Schuldenstreichung ohne Angriff der Macht- und Herrschaftsverhältnisse in diesen Ländern als *„Augenwischerei"*. Letztlich stärke eine Schuldenstreichung nur die Positionen der nationalen Bourgeoisien (Benner 1987).

Dabei geht er über die Tatsache hinweg, daß (mit Ausnahme Südafrikas) so ziemlich alle Befreiungsbewegungen, die lateinamerikanischen Gewerkschaften usw. für eine Schuldenstreichung eintreten und übersieht, daß selbst die Grünen mit der Schuldenstreichung nie behauptet haben, daß damit alle weiteren Probleme gelöst seien: weder die weiter existierenden Ausbeutungsformen, noch die Massenverelendung, noch die Beseitigung reaktionärer Regimes. Allenfalls wäre damit eine vorübergehende Atempause verbunden, eventuell erweiterte innenpolitische Spielräume, wenn diese nicht sogleich wieder von putschenden Militärs beseitigt würden.

Doch wie lauten die „nicht-reformerischen" Forderungen aus dem autonomen Spektrum.

Aus den zahlreichen Veranstaltungen und Diskussionen und einer wahren Flut an Diskussionspapieren lassen sich grob

Spektrum.

Aus den zahlreichen Veranstaltungen und Diskussionen und einer wahren Flut an Diskussionspapieren lassen sich grob
zwei konträre Positionen herausfiltern.

Zum einen erlebten die Thesen Detlef Hartmann's aus der „Autonomie" Nr. 14 eine gewisse Renaissance. Im Zentrum seiner sehr umstrittenen Thesen steht die Behauptung, daß es in der Geschichte des Kapitalismus immer wieder die subproletarischen Unterklassen und landwirtschaftlichen Subsistenzproduzenten waren, die die kapitalistische Akkumulation „blockierten" (Hartmann 1988). Diese zahlreichen Revolten zwangen das internationale Kapital immer wieder zu Angriffen gegen die Unterklassen. Ein ausdifferenziertes „Weltproletariat" würde einem *„transnationalen Kommando aus den Weltkathedralen des Monopols"* gegenüberstehen usw.

Kritikwürdig an diesen sehr undifferenzierten Thesen sind, neben der Nichtbeachtung innerimperialistischer Widersprüche und neben einer an die alten KBW-Thesen erinnernden Sichtweisen eines auf Revolten aller Art nur „reagierenden" und „gezwungenen" internationalen Kapitals, vor allem die „nationalrevolutionäre" Optik. Denn da werden die alten und neuen „Hungerrevolten" in den „Trikont-Ländern" mit den Aufständen in den rückständigen osteuropäischen halbkommunistischen„ (Hartmann) Dorfgemeinschaften benannt, ohne nach deren sozialen Gehalt und vor allem der völlig konträren politischen Zielsetzungen zu differenzieren. Hartmann hat diese Sichtweise auf den Bremer Internationalismus-Tagen auch ausdrücklich verteidigt, indem er sich an den unterschiedlichsten Revolten berauscht, *„selbst wenn sie nicht die richtigen Parolen haben"* (laut „taz", 19.4.88).

Fortsetzung auf Seite 37

Die GRÜNEN und die Mudjahedin

„Die GRÜNE Politik gegenüber Afghanistan war in den letzten Jahren umstritten — besonders in der Bundestagsfraktion. Bei einer allgemeinen und unumstrittenen Ablehnung und Verurteilung der sowjetischen Intervention in Afghanistan bestanden die Hauptkonfliktpunkte in der Einschätzung der Mudjahedin und ihrer Siebener-Allianz in Peshawa: Sind diese Organisationen unserer Meinung nach Befreiungsbewegungen, die wir in ihrem nationalen Befreiungskampf unterstützen sollten, oder handelt es sich um Organisationen, die durch ihre Praktiken (Menschenrechtsverletzungen, Heroin- und Waffenhandel, Frauenbild, etc.) für uns als zu Unterstützende nicht in Frage kommen."

So beginnt die Einleitung einer *Dokumentation* über „Afghanistanaktivitäten der GRÜNEN im Bundestag". (1) Darin sind Dokumente enthalten zur Frage, ob die Grünen einmal mehr die Resolution aller Parteien zu Afghanistan unterschreiben sollten und über eine von der grünen Fraktion veranstaltete Afghanistan-Anhörung am 13. und 14. Juni in Bonn. Zum besseren Verständnis fangen wir mit einem kurzen Rückblick an, denn die Forderung nach Unterstützung der Mudjahedin durch die GRÜNEN ist nicht neu.



Für den Fotografen gestellt: Umgang der Mudjahedin mit sowjetischen Kriegsgefangenen

Allparteienresolution zu Afghanistan

Am 11.4.1984 hatten die Grünen im Bundestag erstmals einen Beschluß aller Parteien zu Afghanistan mitgetragen. Dieser Beschluß enthält eine Verurteilung der sowjetischen Intervention in Afghanistan und sagt natürlich nichts zur westlichen Interventionspolitik. Der Antrag forderte die Bundesregierung auf, *„neben ihrer humanitären Hilfe für afghanische Flüchtlinge"*, also ihrer Hilfe über die UNO-Organisationen hinaus, *„auch die afghanischen Widerstandskämpfer durch Gewährung humanitärer Hilfe (...) zu unterstützen."* Das führte damals zu Protesten von Bahro (*„Haben wir der Sowjetunion oder irgendwem sonst in der Welt mit denen* (gemeint sind die anderen Bundestagsparteien — Anm. AK) *zusammen etwas zu sagen?"*) und einer scharfen Kritik des Koordinationsausschusses der Hamburger GAL. Im Bundestag stimmten schließlich sieben grüne Abgeordnete für die Resolution, sieben dagegen und zwei enthielten sich. (2)

Zwei Grüne in Afghanistan

Im August 1984 unternahmen der damalige grüne Abgeordnete Milan Horacek und Nachrücker Uli Fischer eine Reise nach Afghanistan. Uli Fischer wirbt seither offen in der Linken für die Unterstützung der Mudjahedin. (3) *„Was hindert uns"*, fragte Fischer, *„uns mit eleichem*
her offen in der Linken für die Unterstützung der Mudjahedin. (3) *„Was hindert uns"*, fragte Fischer, *„uns mit gleichem*
Engagement (aufgezählt werden Nicaragua und Südafrika) *auch für das Selbstbestimmungsrecht der Völker Afghanistans einzusetzen?"* Fischer bestritt gar nicht, daß es den Mudjahedin auch um *„Kampf des Patriarchats gegen das Selbstbestimmungsrecht der Frauen"* gehe, daß in Afghanistan Großclans mit permanenter Konkurrenz vorherrschend seien, die Aufteilung in Stämme oder Täler, daß *„Fanatismus der Mullahs"* herrsche bzw. fundamentalistische Gruppen, die *„den heiligen Krieg gegen die Ungläubigen"* führten. Trotzdem sei Afghanistan ein Anlaß, *„über unseren eurozentristischen Begriff von Solidarität neu nachzudenken."* Solidarität mit dem Kampf der Völker Afghanistans sei eben *„nur möglich, wenn wir akzeptieren, daß dieses Land ein islamisches Land ist."*

Wer ist unser Partner?

Doch wer sind die Mudjahedin? Wen sollen wir unterstützen? Im Lande gibt es rund 750 bis 1.200 Kommandanten (4), die bis auf wenige Ausnahmen sich auf die jeweiligen alten gesellschaftlichen Verhältnisse stützen: seien es Mullahs, Herrscher eines Nomadenstamms, eines Bergtals oder feudale Großgrundbesitzer, etc., etc. Daneben gibt es die Widerstandsparteien. Diese werden einmal vom und über den Iran versorgt. Für alle übrigen Unterstützer ist die Anlaufadresse Pakistan bzw. die Parteien in Peshawa, über die der Nachschub organisiert und die dorthin gelieferten Waffen verteilt werden. Mit diesen Parteien muß sich natürlich jeder in Afghanistan operierende Kommandant verbünden, wenn er etwas abbekommen will, politische Übereinstimmung setzt das nicht voraus. Und selbst in den zur sogenannten Siebener-Koalition zusammengeschlossenen Widerstandsparteien gibt es gigantische Widersprüche, die — so heißt es allgemein — auch mit Mord und Totschlag ausgetragen werden. *„Außer in dem Ziel, daß die Russen und Nadjibullah vertrieben werden müssen, sind wir uns in nichts einig,"* wird ein Führer einer Peshawa-Partei zitiert. (4) In der Siebener-Allianz gibt es eine Mehrheit von Fundamentalisten-Parteien, die in Afghanistan den heiligen Krieg zur Vernichtung der Ungläubigen führen und einen islamischen Zentralstaat errichten wollen. Bedeutendster und bekanntester Führer ist Guldbuddin Hekmatyar. Daneben gibt es drei „traditionalistische" Parteien, die eine Machtteilung auf alter gesellschaftlicher Basis favorisieren.

Fischer für die Traditionalisten

Fischer für die Traditionalisten

Politisch gesehen forderte Fischer die Unterstützung der „gemäßigten" Traditionalisten unter den Peshawa- Parteien, die die Wiedereinsetzung des König Zahir Schah als Integrationsfigur fordern. Der König sei auch für die Sowjetunion akzeptabel und so erlaube das Konzept eine politische Lösung. Die Traditionalisten versprechen sich von einer solchen schwachen Zentralregierung die Wiedereinsetzung der „Loya Djurge", der alten Volksversammlung aus Stammes-, Clan- und geistlichen Führern (2).

Fischers damaliger Vorschlag entspricht ziemlich genau dem Standpunkt, mit dem der UNO-Vertreter Cordovez heute aktuell um eine politische Lösung in Afghanistan verhandelt, um damit nach einem Waffenstillstand ab November die Rückkehr der Flüchtlinge zu ermöglichen. Immerhin erklärte inzwischen der von Saudi-Arabien finanzierte 73jährige Sahir Schah in seinem römischen Exil: *„Ich bin bereit, mich Afghanistan zur Verfügung zu stellen."* (5) Das Konzept scheitert nicht an der Sowjetunion und auch nicht an Nadjibullah. Nadjibullah hat inzwischen die verschiedensten Pläne einer Machtteilung in Afghanistan auch unter Einschluß der Peshawa-Parteien vorgelegt oder unterstützt, soweit seine Partei an der Macht beteiligt bleibt. Auch zwei traditionalistische Parteien sollen dem Vorschlag nicht abgeneigt sein. Das Sagen hat aber in Peshawa die fundamentalistische Mehrheit, die einen islamischen Zentralstaat in Afghanistan errichten und vorher das Nadjibullah-Regime erst bis zum letzten Mann vernichtet haben wollen.

Lippelt für die Fundamentalisten

Der heutige grüne Bundestagsabgeordnete Helmut Lippelt übertrifft Fischer um Längen, für ihn muß auch erst Nadjibullah verschwinden. Ihm zufolge würde *„die Partei der Machthaber in Kabul, die sogenannte Demokratische Volkspartei Afghanistans, bei jeder auch nur annähernd freien, ungehinderten Wahl* (die dann natürlich auf der Basis der jeweils dort vorhandenen Gewehre ausgetragen werden müßte — Anm. AK) *mit Sicherheit zu politischer Bedeutungslosigkeit verdammt (...), die Existenz des Regimes (wäre) im Falle des Abzugs seiner ‚Schutzmacht' auch heute noch keine Frage von Monaten, sondern bestenfalls von Tagen."* Helmut Lippelt schloß sich der Forderung der Peshawa-Parteien an, daß die Sowjetunion *„direkte Verhandlungen mit dem afghanischen Widerstand aufzunehmen"* hätte. (6) Diese Position fand später auch Eingang in eine grüne Frak-
mit dem afghanischen Widerstand aufzunehmen" hätte. (6) Diese Position fand später auch Eingang in eine grüne Frak-
tionserklärung. (7)

Der Endsieg läßt auf sich warten

Nun hat diese Lippelt-Vorstellung gleich mehrere Haken. Nach vollzogenem Abzug der Hälfte der sowjetischen Truppen bis Mitte August und dem Rückzug auf sechs (von insgesamt dreißig) Provinzen (8), haben sich die Kämpfe im Lande erheblich verschärft. Im Juni konnten die Mudjahedin zwar erstmals eine Provinzhauptstadt einnehmen (Qualat), aber auch erst zwei Monate später, nachdem die sowjetischen Truppen die Stadt verlassen hatten. Dem folgten auch weitere Eroberungen. (9) Doch in der Regel konnten die Mudjahedin solche Städte nicht länger als 48 Stunden halten (10), obwohl man inzwischen davon ausgehen kann, daß Nadjibullah den Mudjahedin bestimmte Regionen überlassen will. Inzwischen mehren sich die Warnungen vor allzu großem Optimismus über den schnellen Untergang der Kabuler Regierung. Man geht davon aus, daß Nadjubullah sich wohl mindestens bis zum Februar 89, bis zum Abzug sämtlicher sowjetischer Truppen wird halten können und Nadjibullah könne mit *„seinem noch keineswegs lawinenartig schwindenden Anhang"* international an Ansehen gewinnen, befürchtet die „Frankfurter Allgemeine". (11) Alle großspurigen Ankündigungen der Mudjahedin haben sich bisher nicht erfüllt. Die Aufforderung Pakistans, nach dem Abkommen die Waffenlager nach Afghanistan zu verlegen (12), konnte ebenso nicht umgesetzt werden, wie die Ankündigung des von der Siebener- Koalition ausersehenen Regierungschefs Ahmed Shah vom Mai dieses Jahres, der schon längst, d.h. damals *„in weniger als zwei Monaten (...) mit all seinen Ministern in Afghanistan sitzen"* wollte. (13)

Die Parteien und ihre Geldgeber

Lippelt „übersieht" und übergeht in seiner Konzeption außerdem, daß nicht nur Nadjibullah von ausländischer Hilfe abhängig ist, sondern das gleiche auch für die Peshawa-Parteien gilt. *„Wenn Rat allein nicht genügt, sperrt der pakistanische Geheimdienst notfalls ein bestimmtes Bankkonto oder hält Waffenlieferungen an die betroffene Partei zurück, heißt es."* (4) Wieweit die Fundamentalisten der Siebener-Allianz in Peshawa ihre Vorstellungen und insbesondere den Plan einer starken islamischen Zentraldiktatur in Afghanistan durchsetzen könnten, vorausgesetzt sie könnten Nadjibullah ausschalten, ist noch keineswegs ausgemacht. (4) Am deutlichsten wird das an der Figur, die derzeit als neuer Regierungschef vorgestellt wird. Ahmed Shah ist ein in den USA ausgebildeter Ingenieur, der später nach Saudi-Arabien ging und dort zum Wahabbitismus, zur Religion der dortigen Machthaber, überwechselte. Das ist in Afghanistan nun wirklich kein Markenzeichen für eine religiöse Integrationsfigur, sondern mehr ein Hinweis auf seine Geldgeber. Die Proklamierung Ahmed Shahs als Chef einer Gegenregierung macht mehr die Uneinigkeit in der Siebener-Allianz deutlich.

Mudjahedin gegen politische Lösung

Unabhängig von der Einschätzung des Kräfteverhältnisses in Afghanistan ist die Forderung Lippelts nach Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den Mudjahedin für eine *„gerechte Lösung"* in Afghanistan und die Bejammerung, daß der Westen diese Forderung nicht unterstütze, bestenfalls eine alberne Dummheit, die im Ernstfalle nur die Mudjahedin in Verlegenheit brächte. Denn auf der derzeitigen Basis gibt es für sie gar nichts, worüber sie verhandeln könnten. Oder sollten sie die Sowjetunion um Unterstützung zur Unterwerfung aller Ungläubigen bitten? Außerdem wollen die Mudjahedin ja bis zu ihrem Endsieg jede Rückkehr der Flüchtlinge verhindern und scheuen dabei auch vor militärischer Gewalt nicht zurück. Selbst der UNO- Vertreter Aga Khan bestätigte hier jüngst die Angaben der Sowjetunion, in den Regionen, die sie verlassen hätten, ihre Minenfelder abgebaut zu haben und er fügte hinzu: *„Die verbleibenden Minen stammen von den Mudjahedin".* (14)

BHA gegen Fundamentalisten

Immerhin eindeutig von der Unterstützung der Fundamentalisten unter den Mudjahedin grenzte sich der Bundes-
immerhin eindeutig von der Unterstützung der Fundamentalisten unter den Mudjahedin grenzte sich der Bundes-
hauptausschuß der Grünen in einer Erklärung ab. (15) Es heißt dazu: *„Nach allen vorliegenden Informationen scheinen innerhalb des afghanischen Widerstands die islamischen Fundamentalisten die stärkste Gruppe zu sein. (...) Im Fall des Sieges der islamischen Reaktionäre drohen auch in Afghanistan die Verstümmelung von Straftäter/innen, die verstärkte Unterdrückung der weiblichen Hälfte der Bevölkerung, die Steinigung von „Ehebrecherinnen", die Destabilisierung der Region durch den Export der islamischen Revolution usw. DIE GRÜNEN verurteilen daher die Praxis der Vereinigten Staaten, im Rahmen ihrer Waffenlieferungen (1987: 660 Mio. US-Dollar) besonders die islamischen Fundamentalisten-Gruppen zu unterstützen und fordern die USA und die UdSSR auf, ihre Waffenhilfe tatsächlich, wie vereinbart, mit Wirkung vom 15. Mai 1988 einzustellen."*

Ganz zum Schluß kriegt die Erklärung noch die Kurve für die Einstellung aller Waffenlieferungen, aber Unterstützer der traditionalistischen Mudjahedin saßen offenbar mit am Tisch.

Mudjahedin — Kein Projekt für GRÜNE

Generelle Kritik an der Unterstützung der Mudjahedin aus den Reihen der Grünen findet man offenbar nur noch bei einzelnen Personen. So schrieb Jochen Hippler an Helmut Lippelt: *„(...) Ich halte die Mudjahedin nicht nur für völlig unakzeptabel wegen ihrer Menschenrechtspraxis (die bekannten Massenerschießungen sind ja nur die Spitze des Eisberges), sondern auch wegen ihrer insgesamt (wiederum nicht bis zur letzten Person und zum letzten Grüppchen) vorhandenen politisch-ideologischen Ausrichtung. Dies gilt eben nicht nur für die Vorzeigebösewichter um die Hezb und ihre militanten Fundamentalisten, sondern auch für die sog. ‚gemäßigten' Gruppen der Siebenerallianz. ‚Gemäßigt' heißt hier nicht gemäßigt im normalen Wortsinn, sondern eher ‚traditionalistisch-fundamentalistisch'. (...) Ein Versuch der Reetablierung einer überkommenen bis überwundenen traditionellen Form einer islamischen Gesellschaft (etwa an Stammesbeziehungen orientierten), die darüberhinaus auf unakzeptable Sozialstrukturen reorientiert (Grundbesitz, Frauenrolle, etc.) kann für uns kein unterstützenswertes Projekt sein."*

Endsieg oder politische Lösung?

Jochen Hippler geht noch weiter, er fordert trotz der offenkundigen Unversöhnlichkeit der Gegensätze in Afghanistan ausdrücklich das Eintreten der GRÜNEN für eine in der Praxis chancenlose politische Lösung zum jetztigen Zeitpunkt: *„Schließlich und endlich: die zukünftige Entwicklung in Afghanistan. Hier bin ich der Meinung, daß die offene Endsieg-Strategie der Mudsch für uns völlig untragbar ist und öffentlich verurteilt werden sollte. Eine ‚politische Lösung' erst* **nach** *dem Sieg über Kabul in Erwägung zu ziehen (...) ist das genaue Gegenteil einer politischen und friedlichen Konfliktlösung. (...) Nur der Dialog und die Verständigung* **zwischen** *den Kriegsparteien bieten Aussichten für eine politische Lösung. (...) Die Mudjahedin werden durch die massiven Waffenlieferungen (500 Mill. Dollar nur in den letzten vier Monaten) an jeder friedlichen Lösung desinteressiert."*

Ganz im Gegensatz dazu bot das Afghanistan-Hearing der Grünen am 13. und 14. Juni 1988 in Bonn das Bild einer ziemlich einhelligen Unterstützung der Endsiegstrategie der Mudjahedin, nur Einzelpersonen bzw. ein Referent beklagten, daß der Ablauf dieses Hearings *„praktisch auf der Linie der Reagan-Administration gelegen habe."* Das scheint uns eine kleine Extra-Dokumentation wert (s. nebenstehenden Artikel)

Die humanitäre Hilfe

Zum Schluß wollen wir uns noch den Forderungen nach humanitärer Hilfe für Afghanistan zuwenden. Die bereits erwähnte Resolution aller Bundestagsparteien von 1984 forderte von der Bundesregierung ausdrücklich humanitäre Hilfe an die Mudjahedin. Auch das grüne Hearing verlangte humanitäre Hilfe an die „Afghanen selbst". (2) Selbst der Bundeshauptausschuß der GRÜNEN verlangte neben seiner Kritik an den Mudjahedin von der Bundesregierung *„großzügige humanitäre Soforthilfe zur Linderung der Not"* (15) Als den Grünen dieses Jahr wieder eine Allparteienresolution zu Afghanistan zur Unterschrift vorgelegt wurde, fragte in ihrer Kritik daran die grüne Abgeordnete Ellen Olms: *„Demnach bleibt die Frage offen, wer denn in Afghanistan*
fragte in ihrer Kritik daran die grüne Abgeordnete Ellen Olms: *„Demnach bleibt die Frage offen, wer denn in Afghanistan*
die im Entschließungsantrag geforderten Gelder für humanitäre und Entwicklungshilfe erhalten soll. Der der Sowjetunion nahestehende Nadjibullah? Die zum Teil vom Iran unterstützten islamischen Kräfte des Widerstands? Die Siebener-Fraktion? Oder die in Afghanistan tief verwurzelten Feudalherren, die sich historisch jeder Zentralregierung widersetzt haben? An welche politischen oder humanitären Institutionen sollen die geforderten Gelder also gehen?" Man könne natürlich Spenden an die UNO leisten, meint Ellen Olms; die UNO betreibt Flüchtlingsversorgung in Pakistan und soll laut Abkommen die Flüchtlingsrückkehr organisieren. Dafür liegt ein Programm vor, das in den ersten zwei Jahren 1,16 Mrd. Dollar kosten soll und später noch einmal soviel. (18) Während die Sowjetunion 300 Mio. Rubel zur Verfügung stellte, die aber über Kabul bzw. die im Lande errichteten Empfangskomitees verteilt werden sollen (100.000 Flüchtlinge sollen schon zurückgekehrt sein) (19), haben die USA 142 Mio. Dollar für dieses Jahr an Nahrungshilfe zugesagt, wenn sie nicht über Kabul verteilt werden. Die Peshawa-Parteien haben der UNO sogar eine Warnung zukommen lassen, Gelder über Kabul zu verteilen. (18) Der Kommandant Abdul Haq verlangte von der UNO, *„die internationale Wirtschaftshilfe für sein Land so lange zurückzuhalten, bis die Sowjetunion den Truppenabzug abgeschlossen habe und die von Moskau unterstützte Regierung Nadjibullah zurückgetreten sei. (...) An Wiederaufbau solle erst gedacht werden, wenn das politische Problem gelöst sei. Im Krieg könne ein Land nicht wiederaufgebaut werden."* (20) Soweit diese Aufforderung sich an westlich unterstützte Institutionen richtet, ist dieser Aufruf „überflüssig". Mercedes Benz liefert zwar an beide Parteien, aber ansonsten ist uns humanitäre Hilfe an Kabul nicht bekannt, obwohl auch die Regierung über

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

eine Million Menschen vorweisen kann, die sich vor den Mudjahedin bzw. unter den Schutz der Städte geflüchtet haben. In der BRD gibt es eine Reihe von Institutionen, die in Afghanistan Hilfe leisten. Z.B. warnte jüngst das „Deutsche Afghanistan-Komitee", dem Vertreter aller Bundestagsparteien angehören, besorgt vor dem Rückgang der Spenden. Das Komitee gibt 1988 3,6 Mio. Mark für Flüchtlingsprojekte bzw. „Krankenhäuser oder Schulen in Afghanistan" aus. (21) Daneben gibt es auch zahlreiche ähnliche Institutionen. *„Hilfe ist dringend"*, wenn die Spenden nicht bald wieder anstiegen, sei *„ihre Arbeit gefährdet"*, schrieb die „Frankfurter Allgemeine". (22) Doch all diese Arbeit findet ganz zwangsläufig unter dem militärischen Schutz und somit auch der Oberhoheit der Peshawa-Parteien statt. Das setzt natürlich Grenzen: *„Häufig behandeln örtliche Kommandeure oder der Vertreter einer bestimmten politischen Richtung Ärzte, ihre Helfer, deren Ausrüstung und Medikamente wie ihr persönliches Eigentum. Bei Widerspruch wird auch schon einmal Gewalt angewendet,"* konnte man lesen. (22) Oder Rupert Neudeck vom Komitee Cap Anamur/ Deutsche Notärzte e.V. fragt auf seiner Reise im April dieses Jahres, *„ob wir neben Ärzten auch Ärztinnen für die medizinische Nothilfe ins Land bringen könnten. Denn afghanische Frauen können nicht von europäischen Männer-Ärzten behandelt werden. Da gibt sich Hekmatyar zugeknöpft. (...) Die Zeit ist offenbar noch nicht reif dafür, daß afghanische Männer das hören wollen."* (23) Oder Peter Schwittek vom „Freundeskreis Afghanistan e.V." schreibt: *„Um die humanitären Anliegen der Bevölkerung in Afghanistan haben sich die Parteien fast nicht gekümmert."* Schwittek berichtet, daß es ihnen gelungen sei, in der Hauptstadt der Hazara eine größere Schule aufzubauen, die nicht mehr von einer Partei beherrscht werde. *„Beherrscht eine Partei eine Schule, so wird diese zur Indoktrination der Kinder mißbraucht. Die Personalstellen werden als Pfründe für die eigenen Mitglieder angesehen. Der Parteiführung drängt sich die Frage auf, ob sie nicht einen Teil des Schuletats für Auseinandersetzungen mit Konkurrenzparteien verwenden soll. Auch wird meist der Zugang für die Kinder von Nichtanhängern erschwert. (...) Auch für die Eröffnung einer Mädchenschule war das politische Durchsetzungsvermögen der Lehrerschaft bisher zu gering."* (24) In der Regel werden solche Situationen ein wenig beschönigt: So schrieb Ahmed Taheri in der „links": *„Ein Grund für den afghanischen Widerstand war der Unterricht für Mädchen, jetzt haben die Mudjahedin selbst in den Lagern Schulen für Mädchen eingerichtet. Es mag zynisch klingen, aber durch den Krieg sind auch einige positive Entwicklungen in Gang gekommen."* (25) Vermutlich meint Taheri die Existenz von Mädchenschulen in den Flüchtlingslagern in Pakistan, wo man aber bestenfalls von einer Duldung durch die Mudjahedin sprechen kann.

Der Kampf der Mudjahedin richtet sich gegen die Zentralgewalt Kabuls und die sowjetische Invasion, das ändert aber nichts daran, daß es in ihrem Herrschaftsbereich um die Aufrechterhaltung reaktionärer und alles andere als humanitärer Zustände geht.

HH

Anmerkungen

(1) Kurzdokumentation zu Afghanistanaktivitäten der Grünen, Bonn, den 28.6.88, zusammengestellt von Wolfgang Weber und Jochen Hippler, Büro Angelika Beer
(2) s. AK 248, 2.7.84, S. 24: „Allparteienresolution zu Afghanistan: Streit in der MOZ"
(3) Uli Fischer in: taz, 24.9.84, Kommune 10/84 und links 5/85
(4) FAZ, 27.4.88
(5) FR, 4.5.88
(6) „Grüne fordern direkte Verhandlungen der UdSSR mit dem afghanischen Widerstand", Helmut Lippelt am 27.12.87 in Bonn
(7) Pressemitteilung der Grünen im Bundestag Nr. 347/88, vom 14.4.88
(8) FAZ, 16.8.88
(9) FAZ, 20.6.88
(10) FR, 4.8.88
(11) FAZ, 27.6.88
(12) FR, 17.5.88
(13) taz, 9.5.88
(14) taz, 2.6.88
(15) „Grüne begrüßen Truppenabzug aus Afghanistan und fordern Stopp aller Waffenlieferungen"; Erklärung des BHA der Grünen vom 9.5.88
(16) „betrifft Afghanistan", Brief von Jochen Hippler (Mitarbeiter im Büro Beer) an Helmut Lippelt; Bonn, 21.6.88
(17) Ellen Olms Kritik an dem Afghanistan- Resolutionsentwurf ist in der Kurzdokumentation (2) enthalten, die Resolution wurde von den Grünen nicht unterschrieben.
(18) FR, 4.7.88
(19)
(20) FR, 22.8.88
(21) FAZ, 16.7.88
(22) FAZ, 18.7.88
(23) FAZ, 7.5.88
(24) FAZ, 11.8.88
(25) links, Juni/88

Grünes Hearing zu Afghanistan

Mit zwanzig Wissenschaftlern und Journalisten, mit Vertretern der Mudjahedin und mit hundert Teilnehmern veranstaltete die grüne Bundestagsfraktion am 13./14. Juni in Bonn ein Hearing über die Zukunft Afghanistans. Ursprünglich sollte auch noch der Dialog zwischen den Kontrahenten mal in GRÜN geprobt werden: Aber die Vertreter von USA und UdSSR, die beiden Botschafter in Bonn, sagten ab, der Vertreter Kabuls wurde wieder ausgeladen, weil da die Mudjahedin nicht mitspielen wollten. Es ist schon erstaunlich, eine wie einhellige und unverfrorene Werbeveranstaltung für die Mudjahedin daraus geworden ist. Wir dokumentieren hier Auszüge aus der Pressemitteilung der Grünen im Bundestag zum Verlauf der Veranstaltung und zitieren anschließend aus einem Kritikpapier von Jochen Hippler, Mitarbeiter der Grünen im Bundestag, die die Politik dieses Hearings sehr deutlich werden lassen.

Was ist die Zukunft Afghanistans? Pressemitteilung der Grünen im Bundestag — Auszüge —

Die Sowjetunion versteht unter politischer Lösung das Genfer Abkommen und eine „nationale Aussöhnung" organisiert durch das Nadjibullah-Regime. Demgegenüber betonen alle Experten sowie alle Vertreter des Widerstands, daß der Truppenabzug der Sowjetunion zwar begrüßt werde, trotzdem aber,
— die Genfer Abkommen kein Friedensvertrag seien,
— sie allein der Sowjetunion ermöglichen, sich ohne allzu großen Gesichtsverlust aus dem Lande zurückzuziehen,
— sie ohne Beteiligung des Widerstands zustandegekommen seien.

Ebenso einheitlich wurde eine vom Kabuler Regime organisierte „nationale Aussöhnung" abgelehnt. (...) Experten wie Widerstandsvertreter verstanden unter politischer Lösung die Frage, wie das Leben in Afghanistan nach dem Sturz Nadjibullahs organisiert sein soll. Nahezu einheitlich wurde von ihnen betont, daß die Gefahr der Entstehung eines totalitären islamischen Gottesstaates in Afghanistan nicht gegeben sei, weil die antizentralistischen Traditionen zu stark seien und die islamische Partei von Hekmatyar, die von Pakistan massiv unterstützt wird, im Lande isoliert sei. (...) Nachdrücklich wurde betont, daß die afghanische Kultur eine Reihe von Konfliktregelungsmechanismen kenne, die positiv zu einer friedlichen und demokratischen Gestaltung des Landes genutzt werden können. (...)

Alle Teilnehmer waren sich einig, daß es notwendig ist, humanitäre Hilfe an Afghanistan zu geben, um die soziale, ökologische und kulturelle Zerstörung zu heilen. Betont wurde aber zugleich, daß die Flüchtlinge in Pakistan noch mehrere Jahre lang Hilfe brauchen werden und nicht vergessen werden dürfen. Die Hilfe solle vor allem nicht-staatliche Organisationen einbeziehen und vor allem an Afghanen selbst gegeben werden. (...)

Die Frage der Behandlung der Frauen (...) Hier stießen die Positionen westlicher Feministinnen und islamischer Frauen zum ersten Mal aufeinander. Mit großer Zustimmung wurde der Vorschlag (...) aufgenommen, daß die verschiedenen Frauen sich zusammensetzen sollten, um einen Dialog aufzunehmen und zu intensivieren.

Die Grünen versuchten, alle am Konflikt direkt oder indirekt Beteiligten über ihre Vorstellung zur Zukunft Afghanistans zu befragen. Zunächst sagten die Vertreter der sowjetischen wie der US-amerikanischen Botschaft (...) ab. (...) Der größte Teil des islamisch orientierten Widerstandes, aber auch eine Reihe von unabhängigen Kommandanten nahmen ihre Zusage (...) zurück, da sie sich mit dem Vertreter des Kabuler Regimes nicht in einen Raum setzen wollten. (...) Die Grünen bedauern, daß ihr Angebot zu einem offenen Dialog beim gegenwärtigen Stand der politischen Entwicklung in Afghanistan offensichtlich nicht realisierbar ist. (...)

Die Grünen begrüßen den Vorschlag unabhängiger europäischer Intellektueller, eine internationale Untersuchungskommission zur Aufklärung des Mordes
kommission zur Aufklärung des Mordes
an Professor Majruh zu gründen — ein Mord, der alle unabhängigen Kräfte mit brutalem Terror einschüchtern soll.

(Prof. Majruh arbeitete in einem Flüchtlingslager und erstellte eine Umfrage, die ergab, daß fast niemand eine Herrschaft der Peshawa-Parteien, sondern die meisten den alten König wiederhaben wollten. Der Mord wird allgemein der Gruppe Hektmatyars angelastet.)

Jochen Hippler: „Notiz zum Afghanistan-Hearing der Fraktion"

Nun einige Bemerkungen zu den politischen Hauptkonfliktpunkten.

Erstens: Es war ungeheuerlich, wie die geladenen Referenten mit den bekannten und nachweisbaren Menschenrechtsverletzungen durch die Mudjahedin umgingen. So sehr sie immer wieder (und insgesamt zurecht) massiv auf schwere Menschenrechtsverletzungen durch die afghanische Armee und sowjetische Truppen hinwiesen, so völlig desinteressiert zeigten sie sich bei ähnlichen Praktiken der Mudjahedin. (...) Bei meiner Frage an die Referenten anhand zweier konkreter Fälle von unglaublicher Grausamkeit haben drei Referenten deren Existenz zuerst bestritten (nach dem Tenor: „alles Greuelpropaganda"), als ich die Quelle benannte, wurde bestritten, daß diese Vorfälle in dem entsprechenden Menschenrechtsbericht überhaupt enthalten seien (obwohl einer der Herren den Bericht „mehrmals sorgfältig studiert" haben wollte — und ihn, wie sich später herausstellte, selbst herausgeberisch betreut hatte), und dann als unglaubwürdig abgetan. (...) Bemerkenswert daran war auch, daß einer dieser Herren, der im Hearing diese Praktiken der Mudjahedin bestritten hatte, mir persönlich etwas später auf dem Flur berichtete, daß er davon wüßte, daß ihm selbst auch die Mudjahedin von solchen Dingen berichtet hätten. Er würde das aber trotzdem nicht glauben und „man könne nur hoffen, daß diese Vorwürfe nicht wahr sind". Außerdem hätten die Mudjahedin früher bestimmte barbarische Formen der Tötung anwenden müssen, „weil man nicht genug Munition gehabt habe, um die Gefangenen zu erschießen". Ein anderer Referent (...) entschuldigte sich am Tag danach für seine „falsche Stellungnahme" — nicht öffentlich.

Betrüblich fand ich, daß außer mir von Grüner Seite zu Menschenrechtsverletzungen der Mudjahedin nicht weiter nachgefragt wurde. (...) Positive Ausnahme: die Aufnahme eines Vorschlags von Prof. Sigrist, einem bestimmten Mordfall, vermutlich durch eine radikale Mudjahedin-Fraktion, nachzugehen.

Zweitens: die afghanischen Vertreter haben beim Hearing wiederholt und immer wieder jede politische Lösung des Afghanistan-Konfliktes abgelehnt und zwei konkrete Vorbedingungen gestellt: 1. den gewaltsamen Sturz der Regierung in Kabul („Kampf, Kampf bis zum militärischen Sieg") und 2. eine „Bestrafung der Schuldigen". Dazu wurde ausgeführt, daß man „nur die Schuldigen umbringen" wolle. Dazu muß man wissen, daß diese Praxis
Dazu muß man wissen, daß diese Praxis
heute bereits im Gange ist, und daß „Schuld" durch Entscheidung islamischer Geistlicher entschieden wird. „Ungläubige und Kommunisten" sind prinzipiell „schuldig" (nämlich den Islam verraten zu haben) und werden bereits durch Massenerschießungen bestraft.

Diese beiden Dinge zu Vorbedingungen einer politischen Lösung zu machen, ist natürlich völlig absurd — es handelt sich um das genaue Gegenteil, unversöhnbare Feindschaft und Haß, die sich nur im gewaltsamen Endsieg eine Lösung vorstellen können. (Dies wurde dadurch unterstrichen, daß die Mehrheit der Mudjahedin plötzlich ihre Beteiligung am Hearing abgesagt hatte, weil die Grünen einen (!) Vertreter der afghanischen Regierung eingeladen hatten.)

Diese Position wurde von den meisten Referenten implizit oder explizit gerechtfertigt. („Dialog mit dem Marionetten-Regime in Kabul kann man von den Mudjahedin nach diesen Jahren des Krieges wirklich nicht verlangen" — wirklich nicht?) (...) Es sollte eigentlich selbstverständlich sein, daß eine solche Strategie aus grüner Perspektive völlig unerträglich ist. (...)

Schließlich und letztlich wäre es noch interessant, auf das mehrfache Hin und Her der Pressekonferenz näher einzugehen. (...) nur folgendes: Praktisch haben sich die Grünen von den Mudjahedin vorschreiben lassen, den afghanischen Geschäftsträger in Bonn als Gast vom Hearing wieder auszuladen. Dies wurde technisch so bewerkstelligt, daß zuerst die gesamte Veranstaltung mit ihm abgesagt wurde, die beiden dabei ebenfalls eingeplanten Mudjahedin (nicht der Geschäftsträger) dann trotzdem zu Wort kamen, indem ihre „Referate" in „Stellungnahmen" umbenannt wurden (und trotzdem länger dauerten, als alle anderen „Referate"). Praktisch und zusammenfassend war es leider so, daß sich die Grünen von einer Gruppe von Hearingsteilnehmern dazu bewegen ließen, die andere Konfliktpartei wieder auszuladen. Bisher war es — zumindest in Richtung Osteuropa — Konsens, daß sich die Grünen von niemandem vorschreiben lassen, wer zu ihren Delegationen gehört oder wen sie einladen.

Fortsetzung auf Seite 35

... Schuldenkrise

Darüber hinaus behauptet Hartmann, der sich bereits in der „Autonomie" Nr. 14 vom Marxismus scharf distanzierte, daß alle nationalen Befreiungsbewegungen zum Scheitern verurteilt seien, weil nationale Befreiungsbewegungen das internationale Kapital nicht schlagen könnten und an die Macht gelangte Befreiungsbewegungen selbst der imperialistischen Verwertung ausgesetzt seien. Außerdem sind in den Augen Hartmanns einzig und allein diejenigen subproletarischen Klassen und Subsistenzproduzenten die eigentlich weltweit agierenden revolutionären Subjekte, weil sie sich dem Weltmarkt verweigerten und den Angriffen des Kapitals ausgesetzt seien. Deutlich heißt es in der „Autonomie" Nr. 14 dazu, daß revolutionäre Befreiungsbewegungen, erst an die Macht gekommen, nur eine neue Form der Herrschaft errichteten, die abzulehnen und zu bekämpfen sei. In der politischen Konsequenz müßte Hartmann also die Sandinistas in Nicaragua bekämpfen und etwaige „Hungerrevolten" in diesem Land als Teil des internationalen Klassenkampfes unterstützen.

Wohlmeinend ließen sich diese Thesen als sozialrevolutionär-spontaneistisch kritisieren; wem jedoch die politischen Zielsetzungen von Aufständen piepegal sind und wer alle „riots" über einen Kamm schert, gerät in die Nähe „nationalrevolutionärer" Argumentationen, die ganz ähnlich regionale, politisch, ethnisch oder religiös begründete Revolten bejubeln.

In gewisser Weise weisen die Prozesse, die gegenwärtig unter dem Stichwort „Schuldenkrise" ablaufen, Parallelen zum Prozeß der ursprünglichen Akkumulation von Kapital auf, deren Kern bekanntlich in einer gewaltsamen Trennung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln bestand (vgl. Marx, „Das Kapital", Band I, S. 779). Nur stehen diese Momente der ursprünglichen Akkumulation heutzutage eher am Ende der kapitalistischen Entwicklung, in dem die hochentwickelten imperialistischen Staaten durch ihre gezielte neokoloniale Politik Millionen von Bauern und Formen der Subsistenzwirtschaften in die städtischen Slums treiben und die landwirtschaftlichen Basen durch den Zugriff der transnationalen Agrarkonzerne ruinieren.

Den Hartmann-Thesen, die innerhalb der Autonomen heftig kritisiert werden und eine Minderheitsposition darstellen, stehen zumeist sozial-revolutionäre Positionen bzw. viel revolutionäre Rhetorik gegenüber, die zum Teil Elemente der Hartmann-Thesen mit aufnehmen.

Da wird zum Beispiel in einem Aufruf der „Westberliner Autonomen Gruppen" zu den Aktionstagen gegen den IWF- und Weltbank-Kongreß die Entwicklung nach 1945 zwischen Imperialismus und „3. Welt" als Abfolge von revolutionären
1945 zwischen Imperialismus und „3. Welt" als Abfolge von revolutionären
Kämpfen und den verschiedenen Reaktionen und Antworten des Kapitals dargestellt; zunächst *„zwangen"* die Kämpfe dem Imperialismus eine neue Weltordnung nach Bretton Woods auf. Ende der 50er Jahre „zwangen" wiederum die antikolonialen Befreiungskämpfe die „Grüne Revolution" der Weltbank auf; diese scheiterte gegen Ende der 60er Jahre an einer *„Serie von Aufständen in der Peripherie wie auch in den Metropolen"*. Die Antwort des Kapitals *„war der frontale Angriff auf die Klasse weltweit"*. Dies bedeutete die *„Umstrukturierung der trikontinentalen Nationalökonomien zu Zulieferern für die multinationalen Konzerne"* — doch auch diese Strategie scheiterte angeblich am *„weltweit explodierenden Widerstand"*, der in der nicaraguanischen und iranischen Revolution seinen *„Höhepunkt"* erreichte, worauf der nächste kapitalistische Angriff in Form *„abgestimmter Vernichtungs- und Verwertungsprogramme"* und einer *„Weltsozialpolitik"* erfolgte. Aus dieser sehr schlichten und unmaterialistischen Sichtweise der Widersprüche und den derzeitigen Angriffen des Kapitals gegen die Völker der „3. Welt" und die unterdrückten Klassen in den Metropolen werden zum einen die internationalen Zusammenhänge der „IWF-riots" und den Revolten in Brixton bis Kreuzberg als Ausdruck des weltweiten Kampfes gegen die Unterdrücker hergestellt und die *„Notwendigkeit"* aufgezeigt, *„das System in seinen Metropolen anzugreifen und so für die Befreiung auch der ‚Dritten Welt' zu kämpfen"*. Oder, wie Max Hoelz formulierte, *„Befreiung ohne Sturz der Oligarchien und des von ihnen beherrschten Wirtschaftssystems ist keine Befreiung für die Völker in den drei Kontinenten... Aber ... Befreiung kann nur von Dauer sein, wenn die Herrschaft des imperialistischen Wirtschaftssystems in den Metropolen gebrochen wird"* (Hoelz 1988).

Abgesehen von richtigen Einsichten und Schlußfolgerungen, die in viel revolutionäre Rhetorik verpackt werden, ist es das Verdienst des autonomen Spektrums, von der Flut rein globaler Analysen und ebensolcher Lösungsansätze den Kampf gegen das „eigene" imperialistische System hierzulande zu betonen, oder, wie sie in ihrer Kritik an den „Reformisten" kritisieren: *„Die Notwendigkeit, das System in seinen Metropolen anzugreifen, und so für die Befreiung auch der ‚Dritten Welt' zu kämpfen, wird nicht gesehen"* (aus dem Aufruf der Westberliner Autonomen zu den Aktionstagen).

Was versäumt wurde...

Zweifellos haben seit Bekanntwerden der IWF/Weltbank-Treffen in Westberlin die Diskussionen um Internationalismus, Solidarität mit den Völkern der „3. Welt" und imperialistische Ausbeutung in der hiesigen Linken nach jahrelanger Brache eine erfreuliche Konjunktur mit allerdings stark akademischem Charakter, so daß wesentliche Fragen linker antiimperialistischer Solidaritätsarbeit zum Teil überhaupt nicht thematisiert wurden.

Dazu gehört beispielsweise die ältere Einsicht, daß die beste Unterstützung der Völker der „3. Welt" im Kampf um ihre Befreiung der Kampf der hiesigen Linken gegen den „eigenen" Imperialismus ist. Die Rolle der BRD als eines der wichtigen Gläubigerländer wird vom „reformistischen" Spektrum auch theoretisch eher am Rande abgehandelt, während das autonome Spektrum sich auf symbolische Aktionen gegen Banken und Konzerne konzentriert.

So beinhaltet die an sich richtige und leicht begründbare Forderung nach Schuldenstreichung einen rein appellatorischen Charakter, sofern diese Forderung nicht auch in praktisch-politische Überlegungen hierzulande einbezogen ist.

Darüber hinaus gibt es hinsichtlich dieser Forderung politische Gemeinsamkeiten mit fast allen oppositionellen Gewerkschaften und Befreiungsbewegungen in den verschuldeten Ländern, also einen wichtigen Bezugspunkt für die hiesige Linke für eine internationalistische Zusammenarbeit, die nur sehr begrenzt genutzt wurde.

Und schließlich wäre es spannend gewesen, das Verhältnis der hiesigen Linken zu den revolutionären Befreiungsbewegungen bzw. den früheren Bewegungen, die heute die Macht innehaben (MPLA in Angola, FRELIMO in Mozambique usw.) zu thematisieren, denn der Abschied vom — altmodisch ausgedrückt — „proletarischen Internationalismus" hat ja beileibe nicht nur etwas mit Pol Pot zu tun, sondern weitaus mehr noch mit dem Zustand und der Krise der hiesigen Linken.

Es ist daher leider zu befürchten, daß die Anti-IWF/Weltbank-Kampagne Ende September zugleich den Endpunkt einer Bewegungs- und Themenkonjunktur darstellt.

D./Westberlin

D./Westberlin

Literatur:

Altvater 1988: *E. Altvater*, **Verschuldungskrise der Entwicklungsländer**, in: öffentliche Anhörung des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 17.4.88, stenographisches Protokoll
Autonomie 14: „Autonomie" Nr. 14 — **Materialien gegen die Fabrikgesellschaft**, Hamburg
Benner 1987: *H. Benner*, **Verschuldung und Weltwirtschaftssystem** — Thesen, in: BuKo, Elende Schuld — unverschuldetes Elend, April 1987, Hamburg
Castro 1987: *F. Castro*, Interview mit Regina Diaz, in: Bortz/Castro/Mandel/Wolf, Schuldenkrise, Frankfurt/M. 1987
Grüne 1987: **Antrag der Fraktion Die Grünen im Deutschen Bundestag,** Drucksache 11/893 vom 6.10.87, Bonn
Hankel 1984: *W. Hankel*, **Die Schuldenkrise, ein Problem der Dritten oder der Ersten Welt?,** in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 29/1, 1984
Hankel 1987: *W. Hankel*, **Interview,** in: „Der Gewerkschafter" Nr. 10/1987, Köln
Hartmann 1988: *D. Hartmann*, **Eine Mordmaschine kann man nicht reformieren,** in: Neuer Internationalismus und IWF-Kampagne, Treibsand-Reader, Bremen, 1.2.88
Hoelz 1988: *M. Hoelz*, **Eine Mordmaschine läßt sich nur bekämpfen,** in: „Stachlige Argumente" Nr. 51, Juli 1988, Westberlin
Memo '88: *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik*, **Memorandum '88,** Bremen 1988
Volmer 1988: *L. Volmer*, **Schulden streichen — Plädoyer für einen strategischen Schritt zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung,** in: Altvater/Bunzenthal/Hankel etc.: Soll und Haben, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1988

„Waffen für El Salvador“ Eine alte, aber nicht überholte Kampagne

Auf einem Bundestreffen der El Salvador- Solidaritätsgruppen im März dieses Jahres wurde an die TAZ die Aufforderung gestellt, das Konto „Waffen für El Salvador“ in die Hände eines neue Trägervereins zu übergeben. Begleitet wurde dies mit scharfen Angriffen auf die Berichterstattung der TAZ und dem Vorwurf, diese boykottiere das Konto.

Seit nunmehr acht Jahren wird unter dem Motto „Waffen für El Salvador“ eine der — zumindest in materieller Hinsicht — erfolgreichsten Solidaritätskampagnen für den nationalen Befreiungskampf betrieben. So wie der vietnamesische Befreiungskrieg Ende der sechziger Jahren, der antikolonialistische Kampf in Afrika Mitte der Siebziger, so bestimmte Anfang der achtziger Jahre die Auseinandersetzung in Zentralamerika die Diskussion innerhalb der hiesigen Linken. Der Sieg der Sandinisten in Nicaragua beflügelte 1979 die Vorstellung, die Befreiung der mittelamerikanischen Nationen von der US-Herrschaft stehe unmittelbar bevor. Die gerade gegründete TAZ rief in dieser Situation unter dem Eindruck einer erstarkenden Guerilla und eines immer brutaler werdenden Vernichtungsfeldzuges der salvadorianischen Armee zur Kampagne „Waffen für El Salvador“ auf, denn: *„Der Krieg in El Salvador ist in eine entscheidende Phase getreten. Die Militärregierung, unterstützt von den USA, Guatemala und Honduras, hat mit ihren Truppen und den von den USA bezahlten, ausgerüsteten und befehligten Söldnerkommandos eine großangelegte militärische Offensive zur Ausrottung der Opposition eingeleitet.“* Doch *„noch ist die Guerilla nicht stark genug, den Kampf bestehen zu können. Was das entscheidende ist: Es fehlt an Waffen, um eine Bevölkerung, die nur noch im bewaffneten Kampf ihre Überlebenschance sieht, zu bewaffnen.“* Diese Orientierung auf die Waffenfrage wurde damit begründet, daß *„das Volk El Salvadors nur überstehen (könne), wenn es siegt. Ein anderer Frieden ist nicht möglich — es würde bedeuten, die ganze Bevölkerung schutzlos einem Regime auszuliefern, das nicht zögert, Hunderttausende zu ermorden, um seine Herrschaft auf Jahrzehnte zu sichern“.* Gegner der Kampagne, die zunächst noch geunkt hatten, da kämen doch nicht mehr als ein paar Mark zusammen, sahen sich sehr schnell eines besseren belehrt: 14 Tage nach Eröffnung des Kontos waren die ersten 100.000 Mark eingegangen, nach drei Wochen 200.000, und in diesem Tempo ging es weiter. Mögen sich politische Psychoanalytiker oder psychoanalytische Politiker darüber den Kopf zerbrechen, weshalb diese Spendenfreudigkeit ausbrach, Tatsache ist jedenfalls ist, daß dies eine der erfolgreichsten Solidaritätskampagnen gewesen ist (vergleich ist nur die Kampagne des KBW Mitte der siebziger Jahre zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe). Man muß dies nicht einmal nur auf die materielle Seite einschränken, denn solche Summen kommen nur dann zustande, wenn politische Überzeugung dahintersteht.

Ohne Widerspruch blieb diese Kampagne aber schon damals nicht. In vielen Leserbriefen spiegelte sich die wachsende Pazifizierung der Linke im Zuge der Grünbildung wieder. Bestimmender jedoch war noch der Widerspruch aus der TAZ selbst, in der sich vor allem Stimmen meldeten, die vor einer parteiischen Stellungnahme für eine Bewegung warnten, deren Ausgang man nicht voraussehen könne. Beschworen wurde sicherlich auch schon in dieser Debatte der allseits bekannte ‚Frankfurter Spontimillionär, den es nach seiner Bekehrung zum grünen Realo schmerzt, einmal für den Vietkong gespendet zu haben. Diesen Einwänden hielt die TAZ damals entgegen: *„Wenn wir nach langer und kontroversen Diskussion diesen Aufruf an Euch richten, so ist uns die politische Problematik bewußt. Die Entwicklung, die Widersprüche, auch das Scheitern oder die Perversion von Befreiungsbewegungen und Revolutionen, die in den letzten Jahrzehnten unsere Solidarität gefordert haben, muß die Linke sehr kritisch diskutieren. Aber: Wer in Deutschland im Warmen sitzt und sagt: ‚Wer gibt mir die Garantie, daß die salvadorianische Revolution nicht ebenso in bürokratischen Sozialismus oder in weiterem Blutvergießen endet wie andere zuvor?‘, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, das Recht der Völker auf Selbstbestimmung zu mißachten — und zwar auch auf Selbstbestimmung über den Charakter der Revolution und auf die Bewältigung der Widersprüche in der Revolution.“*(Zitate aus dem Aufruf vom 3.11.1980).

Die Kampagne setzte auf Sieg und so kamen innerhalb eines Jahres insgesamt 2,5 Millionen Mark zusammen. Dieser Schwung flachte mit der gescheiterten Großoffensive der FMLN Ende 1981 ab. Die Guerilla hatte noch nicht die Kraft, den Krieg für sich zu entscheiden. Aber immerhin kamen bis 1983 noch einmal fast 1 Million Mark zur Unterstützung zusammen. Im gleichen Jahr traf die FMLN eine Tragödie: Eine führende Kommandantin wurde auf Weisung eines ebenso führenden Kommandanten ermordet, der anschließend Selbstmord beging. Die Umstände und Motive sind bis heute noch immer nicht geklärt. Dies ist der bis dahin und bis heute einzige wirklich schwarze Flecken auf der Weste der salvadorianischen Guerilla — für diejenigen, die schon immer wußten, daß es mit der Guerilla nicht gutgehen könne, aber Grund genug, nun die Abkehr von der Waffenkampagne zu fordern. Nach einer Zeit des Schweigens läutete Thomas Schmid am 15.1.86 das Ende der TAZ-Kampagne ein: *„Der Schock (bezüglich des eben geschilderten Ereignisses, Anm. ak) saß tief. Daß man nun nicht einfach weitersammeln könne, war in der taz Konsens. Diskussion war angesagt. ‚Wir können doch nicht die Mörder bewaffnen‘, hieß es am Redaktionstisch.“* Betroffen war sicherlich nicht nur Thomas Schmid von diesem Vorfall, niemand in der Solidaritätsbewegung hat diesen Mord jemals gerechtfertigt. Nicht einmal die betroffene Organisation der FMLN hat einen Rechtfertigungsversuch unternommen. Aber darum ging es auch gar nicht mehr. Denn Thomas Schmid steuert in diesem Kommentar zielstrebig auf die Aussage hin, daß es fürderhin sinnlos sei, die Guerilla zu unterstützen, weil der Rüstungswettlauf (Waffenkonto gegen US-Unterstützung) nicht zu gewinnen sei. Ein Sieg sei

Fortsetzung nächste Seite

Waffen für El Salvador

Aufruf der Solidaritätsgruppen

Seit acht Jahren reden die USA von Frieden und Demokratie für Mittelamerika und führen Krieg, meinen die Zerschlagung und Zermürbung der nationalen revolutionären Volksprojekte und deren Unterwerfung unter ihren Hegemonieanspruch. Ein zweites Nicaragua soll es in ihrem „Hinterhof“ nicht geben. Die Lektion, die sie allen um Befreiung kämpfenden Bewegungen erteilen wollen, lassen sie sich in El Salvador zwei Millionen Dollar täglich kosten, womit dieses Land die viertgrößte Militär-und Finanzhilfe der USA weltweit erhält. Für die Bevölkerung bedeutet diese Politik acht Jahre Krieg und Terror, 70.000 Tote, Massenexodus, Hunger und Verelendung. Doch es zeichnet sich immer deutlicher ab, daß die US-Strategen — wie schon in Vietnam — den Widerstand des Volkes unterschätzt haben.

Gegenüber 1980 — zum Zeitpunkt des ersten Aufrufs „Waffen für El Salvador“ — haben sich die Bedingungen des Krieges jedoch geändert. Damals fehlte es der Guerilla an Waffen. Es galt, „eine Bevölkerung, die nur noch im bewaffneten Aufstand ihre Überlebenschance sieht, zu bewaffnen“. Die Volksorganisationen waren zerschlagen.

Nach der gescheiterten Generaloffensive 1981 konsolidiert die FMLN (Frente Farabundo Marti para la Liberación Nacional) ihre militärischen Kräfte, baut in den von ihr kontrollierten Zonen kollektive Strukturen auf und hält so die Perspektive revolutionärer Veränderungen wach. Die Befreiungsfront schafft die Voraussetzung, daß die Bevölkerung ihr Repressionstrauma von 1980/81 überwinden und an die politischen Erfahrungen in den Volksorganisationen der siebziger Jahre anknüpfen kann. Diese Tatsache wird ab 1983 zum entscheidenden Faktor bei der Reorganisierung der Massenbewegung.

1988 — nach acht Jahren Befreiungskampf — ist die Situation in El Salvador zugespitzt. Dies ist das Resultat einer Strategie, die den bewaffneten Kampf mit dem politischen, gewerkschaftlichen und diplomatischen Kampf effektiv zu verbinden wußte. Durch den von der FMLN systematisch ausgeweiteten Kampf haben sich in den vergangenen Jahren Guerilla und Volksbewegung zu einem hohen militärisch-politischen Niveau entwickeln können, das beispielhaft und von großer Bedeutung für die revolutionären Kämpfe in ganz Lateinamerika ist. Die FMLN hat ein Netz aus Stadtguerilla, Landguerilla und Milizen über das gesamte Territorium aufgebaut. Aber nicht nur die FMLN hat mit der Ausweitung ihrer Strukturen und äußerst flexiblen Taktiken auf die US-Kriegskonzeption geantwortet, die Bevölkerung hat trotz Repression und Kriegsbedingungen begonnen, große Bereiche des politischen, sozialen und kulturellen Lebens zu organisieren.

Die Massenbewegung konnte sich nicht nur verbreitern, sondern auch radikalisieren. Enteignungsaktionen in Supermärkten, Lebensmittelverteilungen in Armenvierteln, Land- und Fabrikbesetzungen, Streiks, Demonstrationen und militante Straßenaktionen, die eindeutig Sabotagecharakter haben, sind zu neuen Kampfformen geworden. In den Flüchtlingslagern entwickeln sich kollektive Strukturen: Flüchtlinge setzen ihre Rücksiedlung in ihre Herkunftsdörfer durch. Die Bewohner aus den Elendsvierteln San Salvadors und die Opfer des Erdbebens vom Oktober 1986 beginnen, sich zu organisieren und gegen die Repression zu wehren. Der vor zwei Jahren gegründete Gewerkschaftsdachverband UNTS mit 180 Einzelgewerkschaften und über 400.000 Mitgliedern schließt neue, breitere Bündnisse auf der Basis sozialer Plattformen, die überzeugend sind für alle von der Wirtschaftskrise Betroffenen.

Die FMLN/FDR (Frente Democratico Revolucionario) konfrontiert die Regierung Duarte seit Jahren mit ihrer Dialogbereitschaft. Duarte antwortet mit der absurden Aufforderung, die Waffen niederzulegen und sich in den „demokratischen“ Prozeß einzugliedern. Das Volk will den Dialog, aber ohne Vorbedingungen. Es weiß sehr genau, daß die FMLN/FDR als legitime Vertreterin seiner Interessen den Dialog nur aus der Position der Stärke führen kann. Eine gesellschaftliche Perspektive, die die Ursachen des Krieges beseitigt, ist die einzige Lösung des Konflikts. Um dieser Perspektive zum Durchbruch zu verhelfen, braucht die FMLN Waffen.

Die US-Administration beantwortet die Forderungen des Volkes nach sozialer Gerechtigkeit und nationaler Unabhängigkeit mit einem ausgeklügelten Aufstandsbekämpfungskonzept, das das Marionetteregime und seine Armee ausführen. Sie reagiert in El Salvador — wie in Guatemala, den Philippinen, Haiti und überall dort, wo Widerstand wächst — mit einer integrierten Strategie der „Kriegsführung niederer Intensität“, die auf ökonomischer, politischer, militärischer und sozialer Ebene unterhalb der Schwelle des Einsatzes regulärer US-Truppen und auch unterhalb der Reizschwelle westlicher Medien interveniert. Es ist ein Konzept, das von der Unterwanderung der Gewerkschaften, der Bestechung und nötigenfalls der Ausschaltung ihrer Führer, über Pseudoagrarreformen und „Hilfsprogramme“ für die Bevölkerung bis zur psychologisch-ideologischen Kriegsführung mit Hilfe der Medien geht. Die klassischen Mittel der Aufstandsbekämpfung — Bombardierung der Zivilbevölkerung, Terror und Mord — werden in El Salvador jedoch weiterhin angewendet. Die Installierung scheindemokratischer Regierungen ist ein wesentlicher Faktor dieser Aufstandsbekämpfungsstrategie. In El Salvador ist dieses Modell, das die Regierung des Christdemokraten Duarte repräsentieren sollte, gescheitert.

Die völlige Anbindung an die Interessen der USA und die Aufgabe jeglicher nationaler Souveränität, Korruption, Konkurrenzkampf, Perspektivlosigkeit und interne Spaltung der Christdemokraten sowie die Unfähigkeit Duartes, das Land aus der ökonomischen Krise zu führen und dem Volk den versprochenen Frieden zu bringen, führten zu einer weiteren Polarisierung im Land, die sich in der Niederlage der Christdemokraten bei den letzten Wahlen ausdrückt. Dieses Machtvakuum kann die FDR als Verbündete der FMLN zusammen mit der neugegründeten Convergencia Democratica besetzen und damit verhindern, daß die US-Strategen eine neue politische Mitte herstellen.

Das Scheitern des US-„Demokratisierungs“-Modells wird die USA zu einer Eskalation der militärischen Auseinandersetzungen zwingen, d.h. zur Erhöhung der US-Militärhilfe, Eskalierung der Kriegstechnologie und zu verstärktem Terror gegen die Zivilbevölkerung.

Für die internationale Solidarität kommt es in dieser Situation darauf an,

— die materielle und politische Unterstützung der FMLN zu verstärken,
— die Militär- und Finanzhilfe für das Regime zu blockieren,
— die politische und ökonomische Unterstützung durch die europäische Christdemokratie — an ihrer Spitze die BRD-Regierung — anzugreifen.

Das Waffenkonto ist ein praktischer Ausdruck unserer Unterstützung der FMLN. Über 4 Millionen DM hat die Solidaritätsbewegung der BRD in acht Jahren auf das Waffenkonto gespendet. In den letzten Jahren ist diese Unterstützung politisch wie materiell zurückgegangen. Das kann nicht nur durch das Verschweigen des Waffenkontos und eine die Befreiungsbewegungen ablehnende Berichterstattung erklärt werden. Es hat auch damit zu tun, daß viele damals nach dem Sieg der Sandinisten auf einen schnellen Sieg der FMLN hofften. Sie wandten sich enttäuscht ab, als der Krieg vor allem durch die US-Intervention verlängert wurde, und sich ein mühsamer Prozeß von Aufbau revolutionärer Strukturen und Gegenmacht entwickelte, in dem es auch zeitweise zu harten internen Auseinandersetzungen kam.

Für uns geht es aber nicht darum, von hier aus die erwünschte Gradlinigkeit und Makellosigkeit des revolutionären Prozesses in El Salvador zu überwachen, sondern dessen Dynamik zu begreifen, davon zu lernen und ihn solidarisch zu begleiten. Kontinuierliche Solidarität bedeutet für uns, die Zusammenhänge von Ausbeutung und Unterdrückung hier und in der „Dritten Welt“ aufzuzeigen und das internationale Kapital und seine Instrumente — wie IWF/Weltbank zu bekämpfen.

In El Salvador haben das Volk und die FMLN die Machtfrage gestellt. Das Konto „Waffen für El Salvador“ zwingt uns zur Auseinandersetzung mit dem Recht der Völker, den Kampf für nationale Souveränität und soziale Gerechtigkeit bewaffnet zu führen. Es ist unsere Antwort auf den Versuch der Herrschenden, Klasseninteressen weltweit zu verwischen, Spaltung statt Solidarität zu fördern, uns die Form unserer Solidarität vorschreiben zu wollen. Wir wissen, daß der Sieg in El Salvador international neue Handlungsspielräume für revolutionäre Bewegungen eröffnet. Jede Schwächung des gemeinsamen Feindes — egal wo — wirkt sich international aus. Jeder Sieg eines Volkes gegen den Imperialismus ist auch unser Sieg und stärkt unsere Kraft.

NICARAGUA HAT GESIEGT — EL SALVADOR WIRD SIEGEN!

WAFFEN FÜR EL SALVADOR — WAFFEN FÜR DIE FMLN!

El Salvador-Solidaritätsgruppen BRD/Westberlin

Fortsetzung von vorheriger Seite

in absehbarer Zeit nicht zu erringen, der Krieg sei festgefahren, hieß es, um dann eine neue soziale Bewegung, unabhängig von der Guerilla, zu entdecken, und daraus zu schlußfolgern: *„Grund genug jedenfalls für eine neue Diskussion über El Salvador, die Guerilla und das Waffenkonto der taz."*

Die Diskussion blieb jedoch zunächst aus und entbrannte erst dann, als verschiedene Solidaritätsgruppen erstmals die Forderung stellten, das Waffenkonto von der TAZ in die Hände der Solidaritätskomitees zu legen. Nun meldete sich ein alter Gegner der Waffenkampagne, Max Thomas Mehr (mtm) zu Wort: *„Den Mythos bewaffneter Befreiung abschaffen"* überschrieb er seinen Artikel am 1.1.87. Er plädierte dafür, *„die Waffensammlung einzustellen"*, bemühte dafür aber weniger die Situation in El Salvador als den Mythos, der hier in der westdeutschen Linken mit dem bewaffneten Kampf betrieben würde. Darüber ließe sich trefflich streiten, aber damit (siehe oben) war die Kampagne ja nicht begründet worden, sondern sie war ausdrücklich aus der Situation in El Salvador hergeleitet worden. Auch er bemühte wiederum den Mord an der Kommandantin Anna Maria, um die Guerilla ins Zwielicht zu setzen, um dann zum Kern zu kommen: *„Ich bin kein El Salvador-Experte, aber ich höre, daß inzwischen auch die Guerilla selbst davon ausgeht, daß keine Seite einen militärischen Sieg erringen kann und deshalb für eine politische Lösung ist. Trotzdem soll die Waffensammlung weitergehen?"* Dem bewaffneten Kampf werden dann zivile Massenbewegungen entgegengehalten, die angeblich die „Demokratisierung" in Argentinien und anderswo bewirkt hätten. Unbestritten ist, daß es zu diesem Zeitpunkt ein militärisches Patt in El Salvador gab, aber *nur* dieses war auch die Grundlage dafür, daß die FMLN überhaupt über eine politische Lösung nachdenken konnte und die Gegenseite zu ebensolchen Gedanken gezwungen war. Klaus Dieter Tangermann, langjähriger TAZ-Korrespondent in Mittelamerika, antwortete trefflich in der gleichen Ausgabe der TAZ: *„Man kann diesen Zustand bedauern, aber man sollte ihn wenigstens zur Kenntnis nehmen. Der bewaffnete Kampf ist durch die Entstehung einer zivilen Opposition nicht überflüssig, sondern ergänzt worden. Nicht umgekehrt: die Macht kommt in El Salvador immer noch aus den Gewehrläufen, und zwar auf beiden Seiten."*

Auch diese Diskussion blieb auf halbem Wege stecken. Zwar wurde keine Entscheidung getroffen, das Konto aufzulösen, aber seine Propagierung wurde stillschweigend eingestellt.

Eine neue Initiative

Neu entbrannte die Debatte, als im Frühjahr dieses Jahres auf einem Treffen der Mittelamerika- Solidaritätskomitees ein Antrag an die TAZ formuliert wurde, das Konto abzugeben und es in die Hände der Komitees zu geben. Auf einem Treffen der TAZ (Pfingsten 88) wurde dieser Antrag behandelt. Zunächst schien es, daß eine Mehrheit problemlos zustande zu bringen sei. Eine Koalition der „Rechten", die das Konto aus politischen Gründen möglichst schnell abgeben wollten, mit den „Linken", die das Konto bei der TAZ nicht mehr gut aufgehoben sehen, und den Gleichgültigen, die in der parteiischen Stellungnahme der TAZ keinen Sinn sehen, war sich einig. Dennoch kam dieser Beschluß nicht zustande, da die Warnung von Christian Ströbele, die TAZ würde bei einer solchen Operation viel von ihrer Wirkung und Ausstrahlung verlieren, die Oberhand gewann. Begleitet wurde dies von dem Argument, die TAZ könne darüber 5.000-8.000 Abonnenten verlieren. Also beschloß die TAZ-Versammlung salomonisch: Das Konto wird nicht abgegeben; wenn sich allerdings ein neuer Trägerkreis finden würde, werde das neu geprüft (siehe TAZ- Bericht vom 30.6.88).

Den Solidaritäts-Komitees wurde zugestanden, ihre Sichtweise in einem von der Redaktion nicht beeinflußten Beitrag in der TAZ darzulegen. Diese nutzten das in einem Artikel am 19.7.88: *„Ein Medium verliert seine Legitimation — Das Warten auf bessere Zeiten ist vorbei"*. Darin griffen sie in scharfer Form die TAZ an, sie vernachlässige die Propagierung des Waffenkontos und protegiere die sozialen Bewegungen als Gegensatz zur Guerilla.

Vorgeschlagen wurde, das Waffenkonto einem neuen Trägerverein zu übergeben, dem dann auch die TAZ neben anderen angehören solle.

Die Antwort der TAZ kam postwendend und zwar durch die Stimme der „linken" Verteidiger. Diese entdeckten nun, daß der Beitrag des Soli-Komitees allein dem Zwecke diene, *„das Konto in die ‚richtigen' Hände mit der ‚reinen Lehre' zu überführen"*, als hätte es in der TAZ niemals eine Debatte gegeben, das Konto aufgrund politischer Überlegungen ganz abzustoßen. Richtigerweise wird in diesem Beitrag darauf hingewiesen, daß die bisher gesammelten vier Millionen Mark über die TAZ eingebracht wurden. Nicht geantwortet wird allerdings auf die Kritik, daß die Sammlung heute von der TAZ als Institution nicht mehr unterstützt wird. Darüber kann auch der halbherzige Beschluß, das Konto zu reaktivieren, bis eine endgültige Entscheidung herbeigeführt worden ist, nicht hinwegtäuschen.

Der nationale Befreiungskampf braucht Waffen

In El Salvador herrscht ein militärisches Patt: weder die Guerilla noch das Militär ist in der Lage, die Entscheidung für sich herbeizuführen. Dies hat die FMLN dazu bewogen, über politische Lösungen zu diskutiere. Und *nur* dies hat die herrschende Klasse und die USA bewogen, eine politische Lösung in Erwägung zu ziehen. Der erste Schritt waren die halbherzigen „Angebote" über die Christdemokratie unter Duarte. Diese sind an den innenpolitischen Widersprüchen gescheitert. Es ist zu befürchten, daß die ARENA bei den kommenden Präsidentschaftswahlen im nächsten Frühjahr die Oberhand gewinnt. Zu befürchten ist dann ein erneuter Vernichtungsfeldzug des Militärs wie er 1980 durchgeführt wurde und der zu der Waffenkampagne des TAZ führte. Die heute bestehenden Freiräume der zivilen Opposition sind lediglich zu erklären aus der bestehenden Macht der FMLN als militärischer Faktor. Fiele diese Macht weg, würde diese zivile Opposition wie in anderen mittelamerikanischen Land sofort physisch vernichtet werden. Dieser Zusammenhang ist jedem Kenner der mittelamerikanischen Situation bekannt, ebenso wie die Tatsache, daß die zivile Opposition sich nicht im Gegensatz zur Guerilla definiert, sondern als Teil einer gemeinsamen Front. Alles andere ist Wunschdenken der Gegner des bewaffneten Befreiungskampfes. Dazu braucht man sich nur einmal Demonstrationen und Kundgebungen dieser Organisationen ansehen, auf denen in San Salvador offen zur Unterstützung der Frente aufgefordert wird.

Dies fordert dazu heraus, an der Unterstützung der FMLN als politisch-militärischen Organisation festzuhalten, gerade weil die militärische Stärke die Voraussetzung für einen revolutionären Umsturz oder, soweit dies nicht möglich ist, für eine politische Lösung ist. Nur eine solche militärische Stärke kann, wie schon im TAZ-Aufruf von 1980 geschrieben, ein Massaker unter der Zivilbevölkerung verhindern.

Es gilt also, die Unterstützung der FMLN zu intensivieren. Schlecht beraten ist man jedoch, wenn man den Spendenrückgang in den letzten Jahren einseitig der TAZ zuschiebt, wie es in den Solidaritätskomitees gesehen wird. Recht hat Klaus Dieter Tangermann, wenn er schon in der Debatte 1987 schrieb: *„Wenn dennoch der Umfang der Kampagne zurückging, so lag das sowohl daran, daß die taz sie so gut wie nicht mehr publizierte, als auch an der Verlängerung des Krieges und der relativen Undurchschaubarkeit der diplomatische Auseinandersetzungen. Natürlich springt die einstige Radikalität von ‚Waffen für El Salvador' nach sechs Jahren nicht mehr ins Auge."*

Ein Krieg, der nicht entschieden wird, eine Revolution, die nicht stattfindet, verliert unweigerlich an „Attraktion", umso mehr ist ein beharrliches Werbung für Unterstützung notwendig. Dies hat die TAZ, und da ist den Solidaritätskomitees Recht zu geben, nicht mehr betrieben. Dennoch muß in Rechnung gestellt werden, daß diese richtig liegt, wenn sie feststellt, daß *„ein annähernd gleich gutes Sammelergebnis (wie bisher) ohne Mitwirkung der taz ausgeschlossen (scheint)"*. Das fordert die Solidaritätskomitees heraus, einen Weg zu finden, der die TAZ als Trägerverein mit einschließt, fordert die TAZ aber gleichzeitig, den projektbornierten Standpunkt aufzugeben, da sie schon längst nicht mehr als Projekt parteiisch für die FMLN eintritt. Wenn es heute um das Waffenkonto geht, darf es um der Sache Willen nicht um die Frage gehen, ob die TAZ bei Aufgabe des Kontos Schaden nehmen könnte. Es darf aber auch ebensowenig um die Frage gehen, ob das Konto bei der TAZ in den ideologisch richtigen Händen liegt. Es sollte allein um die Frage gehen, über welchen Weg die größte politische und materielle Unterstützung für den Befreiungskampf in El Salvador zu organisieren ist. Das geht über die TAZ *allein* nur noch bedingt, da sie als Projekt von dieser Kampagne Abstand genommen hat. In diesem Sinne ist das Anliegen der Komitees nach einer breiteren Trägerschaft zu unterstützen.

he.

Streit bei Grünens um eine NATO-Broschüre

Im Herbst letzten Jahres beschloß der zuständige Arbeitskreis der Fraktion der GRÜNEN im Bundestag, eine Broschüre zur „NATO — das unbekannte Wesen" erstellen zu lassen. Damit sollte in die Aktivitäten der Friedensbewegung im Jahr 1988 eingegriffen werden, die — wie sich bereits damals abzeichnete — eine stärkere Anti-NATO-Orientierung bekommen könnte als in den Jahren zuvor.

Mit der Festlegung von Schwerpunkt-Aktionen der Friedensbewegung im kommenden Herbst zum Bau des neuen NATO-Kriegshauptquartiers in Linnich und zur Tagung der Nordatlantischen Versammlung in Hamburg hat sich diese Einschätzung bestätigt. Mit einer grünen Broschüre zur NATO könnte im Vorfeld und im Zusammenhang dieser Aktionen bei FriedensaktivistInnen und Menschen aus dem grün-alternativen Spektrum notwendige Aufklärung über diesen Miltärpakt geleistet werden. — Der Auftrag zur Herstellung der Broschüre wurde im Dezember 1987 nach Hamburg vergeben, ein Entwurf im Februar in Bonn abgeliefert, da angepeilt wurde, die Broschüre im Frühjahr zu veröffentlichen.

In dem Broschüren-Entwurf wird die Entstehungsgeschichte der NATO im Ost-West-Konflikt als aggressives Militärbündnis zur Umsetzung einer Politik der Stärke, zur Eindämmung und zum „roll back" der UdSSR nachgezeichnet und die besondere Rolle der BRD als NATO-Frontstaat dargestellt. Machtpolitik wird als wesentliches Charakteristikum der NATO herausgearbeitet, die sowohl mit den Mitteln militärisch abgestützter Drohung als auch mit den Mitteln von Entspannungs- und Rüstungskontrolldiplomatie arbeitet, um westliche Interessen durchzusetzen, der UdSSR weltweit (Wohl-)Verhaltensregeln aufzuzwingen und eine weltpolitische „Ordnung" nach den Vorstellungen der hochindustrialisierten Staaten des Westens zu garantieren. Ausführlich wird auf die Entwicklung der Militärstrategie der NATO eingegangen, wobei auch Interessenunterschiede in der Interpretation und in der Ausgestaltung der Strategie zwischen USA und Westeuropäern nicht vernachlässigt werden. Diese partiellen Widersprüche im westlichen Lager, die gegenwärtig zu einer Debatte um die Reorganisation der NATO unter den Stichworten „Stärkung des europäischen Pfeilers" (Europäisierung der NATO) und „gerechtere Lastenteilung" führen, werden in einem eigenen Kapitel behandelt. Ebenso die Politik der NATO gegenüber der Dritten Welt, die immer wichtiger wird, in der Öffentlichkeit aber bisher erst wenig Aufmerksamkeit fand. In den Schlußkapiteln dann geht es um (parlamentarische) Anti-Nato-Arbeit der GRÜNEN, die Diskussion über die „NATO-Frage" in der Friedensbewegung und bei den GRÜNEN und die Darstellung der Positionen zur NATO, die bei den GRÜNEN (noch?) Mehrheitsströmung sind: Einseitige Abrüstung, NATO-Austritt, Blockauflösung.

Es verwundert nicht, daß eine solche Broschüre einigen grünen Realpolitikern nicht in die politische Landschaft und in ihr politisches Konzept paßt. Hatte Otto Schily doch schon vor geraumer Zeit sein Herz für die NATO entdeckt und bekundet, daß er selbst dann gegen einen NATO-Austritt wäre, wenn die Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung für einen solchen einträte (Interview SWF 1-Radio, 27.9.87). Und J. Fischer hatte in einer Rede in Berlin im November 1987 die NATO-Austrittsoption als reaktionär und nationalistisch gebrandmarkt, weil sie auf die Rückkehr zu einer deutschen Großmachtpolitik hinauslaufen würde (ja, sogar Wiedervereinigungs-Gelüste wurden den Befürwortern des NATO-Austritts bei den GRÜNEN unterstellt); vor der Wiedergeburt eines großdeutschen Chauvinismus könne uns nur die feste Einbindung der BRD in die NATO bewahren. Ins selbe Horn stieß der realpolitische Mitarbeiter der GRÜNEN im Bundestag J. Schnappertz in einer dreiteiligen Serie im Frühjahr in der „Kommune", in der er die altbekannte Rechnung „links gleich rechts" aufmachte: Die Linken in den GRÜNEN würden „objektiv" mit ihrer Forderung nach NATO-Austritt auf derselben Schiene wie Dregger, Strauß und Co. agieren und diesen mit der NATO-Austritts-Forderung in die Hände arbeiten — gerade so, als wenn die bundesdeutsche Bourgeoisie lieber heute als morgen das Joch der NATO-Mitgliedschaft abschütteln und — befreit von den Zwängen der NATO-Einbindung — eine Großmachtpolitik auf eigene Rechnung betreiben wollte. Gegenüber dieser „Gefahr" erscheint dann die NATO-Integration bei Schnappertz als friedenspolitischer Segen; Adenauer wird folglich von Schnappertz als „außenpolitisch modern" mit Lob überschüttet. Die NATO erscheint nur noch als friedensstabilisierende Größe mit der zentralen Funktion der Einbindung und Kontrolle der BRD (so auch bei J. Fischer). Daß die bundesdeutsche Bourgeoisie ihren machtpolitischen Wiederaufstieg nach der Niederlage im faschistischen Aggressionskrieg gerade *in der Form der NATO-Integration* betrieb, daß sie der NATO auch zum Mittel ihrer Politik der Stärke machte und daß die NATO vorrangig ganz andere Funktionen als die „Einhegung" bundesdeutschen Großmachtstrebens hat — das alles wird von den grünen NATO-Apologeten ebenso ausgeblendet wie unterschlagen wird, daß von den Linken in den GRÜNEN das Konzept der Einseitigen Abrüstung und des NATO-Austritts als *internationalistisches Konzept* verstanden und praktiziert wird, daß dieses Konzept gerade zur *Schwächung* von BRD und NATO dient und daß auf der Linken selbstverständlich die Anerkennung der deutschen Zweistaatlichkeit im Rahmen einer Politik der Selbstbeschränkung friedenspolitisches „essential" ist. Stattdessen wird von Fischer, Schnappertz und Co. ein Popanz von „nationalem Sonderweg" aufgebaut, den linke NATO-Kritiker und Dreggerianer gleicherweise beschreiten wollten; auf diese Weise soll die NATO-Austrittsoption denunziert und die eigene Position der Bejahung der NATO-Mitgliedschaft gerechtfertigt werden — Fischer: „Was da in linkem Gewande daherkommt, das ‚dreggert', wenn man man's mal genau abklopft" (links Nr. 219, S. 34). Als Alternative zur grünen Mehrheitsposition von Einseitiger Abrüstung und NATO-Austritt wird das nebulöse Schlagwort von der „Blocküberwindung" bemüht, ohne zu sagen, wie denn diese Blocküberwindung in praktische Politik umgesetzt werden könnte, wenn man nicht bereit ist, die Schranken der NATO-Mitgliedschaft infrage zu stellen und eine aktive Politik gegen die NATO zu machen. Letztlich landen Fischer und Freunde bei der Haltung der Sozialdemokraten, die zwar auch in Sonntagsreden immer wieder die „Blocküberwindung" beschören, aber zugleich die NATO-Mitgliedschaft als unverrückbare Grenze jeglicher Friedens- und Abrüstungspolitik verinnerlicht haben. Auch Fischerund Freunde wollen letzlich grüne Friedenspolitik auf das im NATO-Rahmen Mögliche beschränken (sie müssen das wollen, um ihre Bündnisoption Richtung Sozialdemokratie aufrecht erhalten zu können, verlangt diese doch von den GRÜNEN ein aufrichtig-herzhaftes Ja zur NATO).



Eine Broschüre, die die weitergehende Mehrheitsposition bei den GRÜNEN darstellt und begründet, mußte diesen Realos folglich äußerst ungelegen kommen. Der Versuch, ihr Erscheinen zu verhindern, lag nahe. Zunächst wurde im zuständigen Arbeitskreis der Fraktion die Diskussion und Beschlußfassung über die Broschüre über Wochen verschleppt; mal konnte der eine prominente Abgeordnete zu einem anberaumten Termin nicht, mal war ein anderer nicht da, der unbedingt mitdiskutieren wollte, mal wurde in kleinstem Kreise getagt, da gerade viele andere wichtige Dinge die Damen und Herren Abgeordneten beschäftigten. Im Mai endlich faßten sich die anwesenden ParlamentarierInnen auf einer Arbeitskreissitzung ein Herz und beschlossen die Veröffentlichung des im Februar vorgelegten Entwurf mit einigen Änderungen und Ergänzungen. Jedoch: dieser Beschluß wurde in Abwesenheit von O. Schily gefaßt, und so etwas geht natürlich nicht. Schily führte 14 Tage später einen neuen Arbeitskreis-Beschluß herbei, daß die Gesamt-Fraktion sich noch einmal mit dem Thema NATO-Broschüre befassen solle. Auch das wurde noch mehrmals verschoben, so daß sich schließlich erst die letzte Fraktionssitzung vor der Sommerpause des Themas erbarmte. Mittlerweile hatte ein Fraktionsmitarbeiter des realpolitischen Flügels eine schriftliche Kritik an der Broschüre vorgelegt, in der gar erschröckliche Vorwürfe erhoben werden: so würden in dem Broschüren-Text den westlichen Staaten „Unterwerfungsstrategien des Imperialismus" unterstellt, die „Prämisse einer Unreformierbarkeit von Militärbündnissen" aufgestellt und ein „Dogma, die NATO ist strukturell abrüstungsunfähig" vertreten; auf der anderen Seite würde „Kriegsverhütung als völkerrechtlich verankerter Daseinszweck" der NATO nicht gewürdigt, Rüstungssteuerung und Entspannungspolitik als positive NATO-Eigenschaften kämen genauso zu kurz wie die „Einhegungsfunktion der NATO zur Kontrolle des deutschen Militarismus", außerdem werde die historische Bedeutung des INF-Vertrags nicht gebührend abgefeiert, stattdessen werde „fieberhaft" nach angeblicher „Kompensationsrüstung" der NATO „gesucht", „um die Risse in der ideologischen Fassade kitten zu können"; überhaupt sei die ganze Broschüre ein „antiaufklärerisches Pamphlet", in dem „programmatische Dogmen" (gemeint sind die friedenspolitischen Positionen der Mehrheit der GRÜNEN) nicht zur Diskussion gestellt würden.

Derart eingestimmt, wurde auf der Fraktionssitzung am 21.6. endlich über die NATO-Broschüre diskutiert. O. Schily beklagte die dogmatische Einseitigkeit und Unausgewogenheit des Textes: es ginge einseitig immer nur gegen die NATO und der Warschauer Pakt würde verschont, und es würde einseitig nur eine grüne Meinung zur NATO-Frage zu Wort kommen, nämlich die einer angeblich „härtesten Hamburger Linie". Dem wurde entgegengehalten, daß in der Broschüre die friedenspolitische Beschlußlage der grünen Partei, wie sie mehrheitlich von grünen Bundesdelegiertenkonferenzen festgelegt wurde, dargestellt wird — und zu dieser Beschlußlage gehöre nun einmal der NATO-Austritt dazu, ob das O. Schily nun paßt oder nicht, und daß in einer grünen Broschüre ja wohl die grüne Beschlußlage wiedergegeben werden müsse; überdies würden abweichende Minderheitsmeinungen durchaus skizziert. Das war den Vertretern der Minderheitsmeinung „NATO-Integration muß sein" aber zu wenig, und so führten dann Schilys Hilfstruppen aus der Mitarbeiterschaft einen tapferen Kampf gegen die Veröffentlichung der Broschüre; die Argumente reichten dabei von der neuerlichen Beweihräucherung des INF-Vertrags als Beweis für die NATO-Abrüstungsbereitschaft bis zum Vorwurf, in der Broschüre würde eine „stalinistische Geschichtssicht" vertreten. Das war selbst aufgeklärten Realos zu viel. Zwar hätten auch sie es gern etwas „ausgewogener" gehabt, doch letztlich mochten sie Schilys Verhinderungslinie nicht folgen, so daß in einer Abstimmung mit 21:1 (O. Schily) bei einigen Enthaltungen für die Veröffentlichung der Broschüre plädiert wurde — allerdings mit der Maßgabe, daß in einem Anhang auch abweichende (Realo-)Meinungen dokumentiert werden sollen. So wird man neben linken Stellungnahmen zur NATO-Frage, die für die Einseitige Abrüstung und den NATO-Austritt eintreten, nun im Anhang auch die Texte grüner NATO-Freunde finden. Sei's drum — sie entlarven sich selbst, wird doch überdeutlich, daß sie, die sie mit der Attitüde angetreten sind, grüne Tabus zu brechen, nur die alten Tabus herrschender Politik bei den GRÜNEN wiederaufrichten wollen — vor allem das Tabu: an der NATO und an der NATO-Integration der BRD darf nicht gerüttelt werden. Gleichwohl sei den AK-LeserInnen die inhaltlich umfassende und fundierte und formal sehr gut aufgemachte Anti-Nato-Broschüre der GRÜNEN zur Lektüre wärmstens empfohlen.

Nach einem Korrespondentenbericht aus dem grünen (Neben-)Hauptquartier

P.S.: Ach ja, in ihrer unendlichen Weisheit und Güte hat die grüne Fraktion auch noch beschlossen, eine Broschüre zum Thema „Warschauer Pakt" zu machen (von wegen „Ausgewogenheit"). Wir dürfen gespannt sein.

Die Krise der DKP

In der DKP wird in einer Weise diskutiert, wie es die Partei seit ihrer Gründung nicht mehr gekannt hat. In dieser Zeitung haben wir in den letzten Monaten mehrfach über Debatten bei der DKP berichtet, häufig mit dem Tenor: Letztendlich bleibt alles beim Alten. Nicht zuletzt haben dazu die rigide Reaktion auf das Interview mit dem Hamburger DKP-Mitglied Andreas Müller-Goldenstedt sowie die Erlanger und Karlsruher Parteiausschlüsse beigetragen. Doch läßt sich diese Diskussion offenkundig nicht mehr in gewohnter Manier deckeln, auch wenn in der Publizistik das alte Denken überwiegt. Mittlerweile erreichen die Wellen des neuen Denkens auch die Tageszeitung UZ, die Kenner in der Vergangenheit eher als Schlafmittel schätzten und die neuerdings manches Mal interessant geworden ist. Die DKP tut sich schwer mit dieser Diskussion. Das ist verständlich, da sie zunehmend an Tabus rührt. Andererseits wird die Debatte erstmals auch für die außerhalb der DKP stehende kommunistische und sozialistische Linke interessant, da sie aufzeigt, daß sich dieser monolithische Block DKP mit seinen ebenso monolithischen Ansichten mit gar nicht so anderen Problemen rumschlägt als man selber. Das soll nicht trösten, sondern uns nur den Blick freimachen für die politischen Inhalte, die für eine Bezugnahme aufeinander in der Diskussion der Linken möglich und sinnvoll sind.

„Pax Americana" und „Waldfrevel"

Am 6. Juli veröffentlichte die UZ auf einer Seite ein Streitgespräch zwischen zwei Professoren aus der DKP. Der Marburger Historiker Georg Fülberth stritt mit Josef Schleifstein, Historiker und Parteivorstandsmitglied, und ließ kaum ein sorgsam gehegtes DKP-Heiligtum aus:

— Er wiederholt seine These vom „Formwandel kommunistischer Parteien", ihrer angesichts der gesellschaftlichen Situation notwendigen „Zurückentwicklung" auf den Status einer kleinen Gruppe, wofür er als Beispiel das Wirken der Spartakus-Gruppe im Ersten Weltkrieg nennt.

— Er widerspricht der Wertung des INF-Abkommens als Entspannungserfolg der Sowjetunion. *„Der Charakter eines Friedens hängt von den Kräfteverhältnissen ab, und die sind nun einmal so, daß der neue Frieden alle Merkmale einer ‚Pax Americana' trägt."* Das Abkommen sei zu den Bedingungen des Imperialismus durchgesetzt worden, worauf die Sowjetunion sich einlassen mußte. Daher könne von ihm auch nicht der ersehnte Schub zur Erneuerung der kommunistischen Parteien als Massenparteien ausgehen.

— Er verteidigt die prinzipielle Solidarität mit der Sowjetunion auch zu Zeiten Breschnews, sieht aber für damals wie für heute die Notwendigkeit, nicht einfach die jeweilige Entwicklung zu übernehmen, sondern einen eigenen sozialistischen Weg zu finden. *„Wir sollten endlich damit aufhören, zu versuchen mit den großen Hunden zu pinkeln, obwohl wir noch nicht einmal das Bein heben können."*

— Alle Versuche der Herausbildung der DKP als Massenpartei hält er derzeit für verfehlt, da dafür die „subjektiven Möglichkeiten" fehlten. Gescheitert sei nicht nur die Kopie der Thälmann-Partei (er nennt ihre Anhänger „Beharrungspartei"), auch der Versuch der Umdefinition zur Menschheitspartei (*„wir identifizieren uns einfach mit der Menschheit, dann sind wir 100 Prozent"*) unterliege dem Irrglauben, daß „das Problem des schieren Überlebens" zum Spezifikum der „Sozialismusfrage" werden könne. Daher seien die DKP-Wahldiskussionen unsinnig. Der Apparat der DKP müsse umproportioniert werden auf inhaltliche Schwerpunkte, während er aktuell für eine Massenpartei angelegt ist.

— *„Des weiteren glaube ich auch nicht, daß wir eine Tageszeitung brauchen. Unter dem Gesichtspunkt des Waldfrevels ist sie eine schädliche Zeitung, unter dem der Ideologie macht es nichts, daß es sie gibt. Aber es bedeutet natürlich, daß die Kräfte falsch proportioniert werden. Ich stehe nicht zu meiner Parteizeitung, und ich kenne auch wenige, die dies tun."*

Die UZ veröffentlichte am 21. Juli auf einer Seite heftige Leserbriefe gegen Fülberths Aussagen. Emil Carlebach verbucht Erfolge der DKP in der Massenarbeit: vom Antifaschismus über den Kampf gegen die Wiederbewaffnung, die „neue Ostpolitik" bis hin zur Friedensbewegung habe die DKP erfolgreich für Entspannung in die SPD, ja bis in die CDU hineingewirkt. Die Behauptung einer „Pax Americana" sei die Unterstellung an die Friedensbewegung, sie habe dafür demonstriert, „daß sich die UDSSR auf amerikanische Bedingungen einläßt". Für seine Empörung über Fülberths Angriffe auf die UZ findet Carlebach keine Worte. Für Negativ-Charakterisierungen von Positionen in der Partei wie „banal", „albern" und „Gorbatschowerei" erwartet Carlebach eine Entschuldigung. Erwin Seel empört sich, daß Fülberth UZ-Verkäufer „als Idioten beschimpft", es sei ja auch einfacher, „theoretische Spinnereien vom Stapel zu lassen, als die Arbeiterzeitung" an die Leute zu bringen. Fülberths Äußerung sei „unkommunistisch". Joseph Tittel „graut vor solchen Mitgliedern". „Es muß sicher überlegt werden, wie wir (ihnen) begegnen sollen." „Wie kann ein Marxist die Arbeiterzeitung für unnötig erklären?" Detlef Ganzel sieht Fülberth „mit seinen durchweg negativen Einschätzungen und unkonstruktiven Fragestellungen bereits auf der schiefen Bahn". Doch die folgenden Reaktionen waren ungewöhnlich: Die UZ veröffentlichte am 30.7. sowie am 1. und 2.8. zahlreiche Leserbriefe, die Fülberth unterstützten oder ihn gegen die scharfen Angriffe in Schutz nahmen und eine Fortführung der Diskussion erwarteten. Franz Josef Degenhardt richtet an Carlebach die Frage, ob es in der Friedensfrage nicht sein könnte, „daß wir — diesmal — verloren haben?"

Die von Fülberth aufgeworfenen Fragen sind in der DKP Teil der Parteidiskussion.

Innerparteiliche Demokratie

Liest man Kurt Fritschs „Bilanz nach der Ausgabe neuer Mitgliedsbücher", dann wird das Bild einer intakten DKP mit zahlreichen Erfolgen und einigen Schwächen vermittelt. Zwar werden Abgänge erwähnt, auch von „Resignationstendenzen" ist die Rede und von zunehmenden „politisch-ideologisch begründeten Austritten". Doch keine Sorge, „gut zehn Prozent aller Kreisorganisationen demonstrieren mit effektivem Mitgliederzuwachs seit dem 8. Parteitag ebenfalls, wie entscheidend die Herangehensweise ist". Gegenüber den „weißen Flecken" in der Verbreitung der Organisation ist ein „Parteientwicklungsplan" für eine „rote Infrastruktur" der BRD in Arbeit (UZ, 7.7.88). Kurt Fritsch weiß auch Diffamierungen des „Stern" zu kontern, der der Partei mangelnde innerparteiliche Demokratie nachsagte. „Unser Statut", belehrt er in mehreren Variationen, „ist in Ordnung, aber nicht immer wurde genügend mit ihm gearbeitet." (UZ, 6.8.88)

Was sich bei Fritsch wie ein rein organisatorisches Problem anhört, wird im nicht-öffentlichen Referat des Hamburger DKP-Vorsitzenden Gehrcke lebendig (Wolfgang Gehrcke auf der DKP-Bezirksvorstandstagung am 24./25.6.88). Er bestätigt Fritsch zwar, indem er den Hauptmangel innerparteilicher Demokratie nicht beim Statut sieht, sondern in dessen Anwendung in der Partei. Die politische Praxis habe keine konkurrierenden Kandidaturen bei Parteiwahlen möglich gemacht. Gehrcke plädiert für eine stärkere Öffnung zur Diskussion kontroverser Standpunkte und für das Recht von Minderheitspositionen in der Partei, ihre Standpunkte darzustellen und für deren Unterstützung zu werben, was dem Tabu eines Fraktionsstatus nahekommt. Die innerparteiliche Diskussion soll stärker als bislang für die Mitglieder dokumentiert werden. Geändert werden soll die Praxis, daß in den höheren und zentralen Leitungsfunktionen in den Bezirken und beim Parteivorstand die ehrenamtlichen Parteimitglieder gegenüber den Angestellten des Apparates in der Minderheit sind. Diskutiert werden soll die Quotierung in den Parteigremien, ja selbst die Rotation (*„nachdenken, ob auch für unsere Partei eine zeitliche Beschränkung für die Tätigkeit in jeweils ein und derselben Funktion sinnvoll und möglich ist"*) ist kein Tabu. Hier, wie auch in der Geschichtsdebatte, vermittelt die Hamburger DKP den glaubwürdigen Eindruck, die Parteipraxis verändern zu wollen.

Reformpartei?

Parallel zu dieser Entwicklung versucht die Hamburger DKP, inhaltliche Glaubwürdigkeit in der Umsetzung des „Neuen Denkens" aus der Sowjetunion zu gewinnen (Gehrcke: *„Wir wollen, daß es zum revolutionären Erneuerungsprozeß in der Sowjetunion keine Halbheiten, kein Abwarten mehr gibt."*) und für die in der Partei laufende Debatte um ein Reformprogramm Zeichen zu setzen. Doch erweist sich hier das neue Denken in erster Linie als eine Modernisierung des bisher praktizierten. Neu aufgenommen wurden in die DKP-Vorstellungen „Eine demokratische Alternative: Reformen für Hamburg" (Mai 1988) vor allem grüne und linkssozialdemokratische Elemente, die nicht originell, schon gar nicht DKP-originär, sondern überwiegend abgekupfert sind. Das gilt für die „postmateriellen Werte", die mit der grünen Klientel verbunden sind, die die Hamburger DKP unter dem Slogan „Zukunft, Lebensqualität, Selbstbestimmung" aufgreift. Sie versucht eine Öffnung gegenüber den Bürgerinitiativen, propagiert Formen der Selbstverwaltung und Genossenschaftsmodelle. Sie hat die diversen Umbaukonzepte unter Berücksichtigung der stofflichen Seite der Produktion (alternative Produkte) ebenso übernommen wie die wesentlich von linken Sozialdemokraten erarbeiteten Konzepte von Struktur- und Regionalpolitik sowie für eine alternative Finanzpolitik. So opportunistisch wie die programmatische Erarbeitung ist auch die Durchsetzungsstrategie, denkbar einfach und asbach-uralt gestrickt: GAL und SPD (mit den linken Sozialdemokraten als Transmissionsriemen) sollen vermittels DKP zum rot-grünen Reformbündnis getrieben werden. Man hat fast den Eindruck, daß die Hamburger DKP auf die grüne Krise spekuliert, um die realpolitischen Kräfte einzufangen, denn für die Linken enthält ihr Vorschlag kein ernsthaftes Angebot zur Diskussion. Die Selbstüberschätzung der Rolle, die die DKP zu spielen in der Lage ist, bekommt ihren theoretischen Schub (besser Nach-Schub, da auch sie nicht neu ist) durch die extreme Betonung des Vorrangs von Menschheits- vor Klassenfragen. Das Gegenteil von DKP-Profil dürfte zu erwarten sein, da sich mehr denn je angesichts der folgenden Lagebeschreibung von Gehrcke die Frage stellt, wie und warum man solche gravierenden Problemstellungen in der DKP lösen kann und soll.

Menschheitspartei?

„Globale und Klassenfragen stehen nicht gegeneinander oder nebeneinander. Sie verschmelzen bis zu einem gewissen Grade miteinander, wobei wir Überlebensfragen der Menschheit über Klassenfragen einordnen. Die besondere Aufgabe der Kommunisten besteht also darin, diejenige Klasse, die internationaler Hauptfaktor des neuen globalen Subjekts ‚Menschheit' ist, politisch und sozial zu formieren und sie dadurch in die Lage zu versetzen, ihre Rolle real zu spielen. Auch über die Friedensfrage hinaus müssen heute — z.B. im Bereich der Ökologie oder der Energiepolitik — Lösungen zusammen mit der Bourgeoisie gefunden werden." Der Klassengegensatz sei damit nicht aufgehoben, weil für die Lösungen nach „allgemeinmenschlicher Vernunft" Gegenmacht von unten und Zurückdrängung des Profitinteresses vonnöten sei.

Dialektik

„Die internationale Bedeutung der Unionskonferenz ergibt sich aus der welthistorischen Tragweite der Konferenz. Sie war ein Ereignis von weltverändernder Wirkung, ob das heute schon voll erkannt wird oder erst in der Folgezeit."
Herbert Mies zur 19. Unionskonferenz der KPdSU, UZ 8.7.88

Kein Wunder, daß angesichts solcher Analyse ideologische Aufweichungen gegenüber dem Reformismus feststellbar sind, denen die DKP-Führung zunehmend mit ideologischen Allgemeinplätzen gegenzusteuern versucht: daß Kommunisten nie gegen Reformen seien und daß wichtig sei, das sozialistische Ziel nicht aus dem Auge zu verlieren (Willi Gerns in der UZ vom 13.7.88). Nicht ganz ohne eine komische Note hat Robert Steigerwald die künftige Problematik der DKP formuliert: *„Der Entwurf ‚BRD 2000' ist deshalb nicht reformistisch, weil er genau sagt, wie er sich nicht verstanden wissen will: als Reformkonzept in einer kapitalistischen Klassengesellschaft, zwar offen für antimonopolistische Maßnahmen, aber den staatsmonopolistischen Kapitalismus noch nicht überwindend."* (in: „Marxistische Blätter", 8/9-88) Nicht auszudenken! Dasselbe Programm ohne diese Aussage, und schon wäre man in den Reformismus abgeglitten.

hr.

Schwanken auf hohem Niveau

Der Marburger Hochschullehrer Georg Fülberth hat anknüpfend an seinen Artikel „Das Ende als Chance" (1) in den „Marxistischen Blättern" seine Vorstellungen von einer solidarischen Neubestimmung des Verhältnisses der DKP zu den real-sozialistischen Ländern und von einer *„tiefen Transformation der Partei selbst"*, bei der sie *„hinterher nicht mehr dieselbe sein kann"* (2) dargelegt. Uns soll an dieser Stelle vor allem der Abschnitt interessieren, in dem er die Fragestellung seines ersten Artikels, ob Kommunisten sich heute als Kader- oder Massenpartei organisieren sollen, am Beispiel des Wirkens der Linken in den Grünen und der Rückwirkung auf diese Linke ausführt.

Fülberth geht an die Problematik aus der Sicht des DKP-Verhaltens den Grünen gegenüber heran. Mit der Hamburger Wahldiskussion 1978 sei die DKP-Entscheidung auf Nichtteilnahme an der Entwicklung der Grünen hin zu einer *„radikaldemokratischen Massenpartei mit einem — wenngleich schwachen — sozialistischen Flügel"* gefallen. Für verfehlt hält er es, wenn jetzt einige in der DKP das damals Versäumte „nachspielen" wollen, und bezieht dies ausdrücklich auch auf die Versuche mit der „Friedensliste". Statt dessen wendet Fülberth den Blick nach links, wo es nach bisheriger DKP-Meinung eigentlich gar nichts mehr geben dürfte. Wir zitieren:

„Inhaltlicher Entrismus" bei den Grünen

„Es bleibt uns gar nichts übrig, als uns jetzt in der Organisationsrealität links von den Grünen zurechtzufinden. Zu ihr gehört die Existenz kleiner marxistischer Gruppen ohne relevanten Masseneinfluß. Die DKP ist die größte von ihnen. Wollte man eine Skala aufstellen, welche die quantitative Stärke angibt, dann wären unter diesem Gesichtspunkt der Bund Westdeutscher Kommunisten und die Vereinigte Sozialistische Partei wohl die kleinsten Zusammenschlüsse. Irgendwo zwischen ihnen und uns sind die Sozialistischen Studiengruppen (SOST) einzuordnen. Sie bleiben marxistisch orientiert und haben sich organisatorisch der Sozialdemokratie zugeordnet. Der Kommunistische Bund (KB) ist zwar organisatorisch selbständig geblieben, ging aber ein inhaltlich entristisches Verhältnis zu den Grünen ein (Anmerkung der Redaktion der „Marxistischen Blätter": *„Vom Entrismus spricht man, wenn eine sozialistische Gruppe unter Wahrung ihrer politischen Identität innerhalb einer größeren Partei, der sie beitrat, zu wirken versucht. Da der KB organisatorisch selbständig blieb, ist dieser Begriff auf seine Taktik nicht im strengen Wortsinn, sondern nur annäherungsweise anwendbar."*): *Sein Publikationsorgan ‚Arbeiterkampf', das ein schwankendes, aber bemerkenswert hohes Niveau hat, ist auch auf die Reflexion der Willensbildung in dieser Partei eingestellt. Inzwischen zeichnet sich recht deutlich ab, daß die ‚Grünen' stärker auf den Kommunistischen Bund einwirken als dieser auf sie. Dies zeigte sich schon früh an Spaltungsprozessen im KB. Es mag sein, daß die Organisationsschwäche und quantitative Geringfügigkeit des Kommunistischen Bundes einen solchen Prozeß unausweichlich machte. Das würde allerdings bedeuten, daß diese Grün-Einfärbung ohne Rot-Eintausch nicht zwangsläufig war, also vielleicht ausgeblieben wäre, wenn der Kommunistische Bund von Anfang an eine größere Masse in die Auseinandersetzung hätte hineinführen können."*

Dieser Hinweis von Fülberth ist interessant, läßt er sich doch so deuten, daß seine Partei, die DKP, Ende der siebziger Jahre, bei Gründung der Grünen, mit einem ganz anderen Gewicht hätte intervenieren können. Das kommt Überlegungen nahe, die wir bereits nach der Hamburger Bürgerschaftswahl 1978 im AK publiziert hatten. In „Kommunisten und Wahlen" hatten wir die mangelnde Beteiligung der sozialistischen Linken an der Diskussion um die Wahlbeteiligung kritisiert: „Das Element der Linken ist in den Diskussionen um ‚Grüne' bzw. ‚Bunte Listen' vielfach allzu schwach vertreten, um den ‚Konservativen' (...) kräftig kontra zu geben. Als Organisationen sind bisher in dieser Diskussion nur der KB und die KPD engagiert. Letztere kann man mangels Einfluß in der Regel vergessen; außerdem richtet sie oft mit ihrem schrillen, vaterländischen Getue mehr Schaden als Nutzen an. (...) Andere Organisationen und Gruppierungen (DKP, SB, linke Sozialdemokraten) beteiligen sich bisher kaum an diesen Wahldiskussionen." In der Rückschau wird deutlich, daß die Chance eines größeren Einflusses von Sozialisten/Kommunisten Ende der siebziger Jahre/1980 verpaßt wurde, als die Weichen für die grüne Entwicklung gestellt worden sind. Als deren Gründung 1980 erfolgte, war im wesentlichen die Entscheidung darüber gefallen, daß die Grünen eine zwar radikaldemokratische, aber gegenüber sozialistischen Positionen sich abgrenzende Kraft werden. Die organisatorischen Entristen in den Grünen haben alle ihre Zusammenhänge aufgelöst. Den jüngsten Versuch dieser Art macht gerade die aus der GIM kommende „Horizonte"-Gruppe durch, die sich vor zwei Jahren auf den grünen Weg gemacht hat. Der Zug der Ausformung der grünen Partei ist abgefahren und dieser nachholende Entrismus ist nur eine Karikatur auf das, was vor 10 Jahren im Verhältnis zu Grünen und Alternativen notwendig gewesen wäre. Insofern kann man Fülberths Ablehnung, die damalige Entwicklung „nachspielen" zu wollen, wärmstens unterstützen.

Fülberth irrt bei der Schilderung unseres „Entrismus". Die von ihm erwähnte Spaltung des KB war nicht unmittelbare Folge der Mitarbeit bei den Grünen, sondern Teil einer inhaltlichen Differenz über das Wie der Einflußnahme. Die KB-Spaltung erfolgte Ende 1979, fast zeitgleich zur Gründung der Grünen. Während die Z-Gruppe um Ebermann/Trampert/Reents die Auflösung des KB forderte und zunächst eine Fraktion in den Grünen bildete, also organisatorischen Entrismus betrieb, hat die Mehrheit des KB nicht die organisatorische Mitarbeit bei den Grünen abgelehnt, sondern nur die vollständige Indienststellung der Organisation für den grünen Prozeß, sprich die Selbstauflösung. Dies aus der Einschätzung der Schwäche der sozialistischen Linken und der Befürchtung einer verzögerten Auflösung linker Strukturen ohne Äquivalente. Solche nicht-aufgelöste Linken wie wir waren bei den Grünen immer in der Defensive, weil wir in den Augen der Mehrheit der Grünen für das von ihnen selbst für überwunden angesehene „alte Denken" standen. Glaubwürdigen organisatorischen Entrismus bei den Grünen konnte man daher nur machen, indem man sich vollständig auf den grünen Prozeß einließ. Die Z-Gruppe hat dies sehr konsequent betrieben und m.E. eine Reihe beachtlicher Erfolge für linke Positionen bei den Grünen errungen (vermutlich wurden diese nicht immer ausreichend in dieser Zeitung gewürdigt, Spaltprozesse hinterlassen Spuren). Der zu leistende Preis hierfür war die Spaltung. Die schon nicht mehr von ihr zu kontrollierende Nachzahlung wurde in Form der Auflösung fraktioneller Zusammenhänge der Sozialisten in den Grünen geleistet, die fast vollständig atomisiert sind, bzw. nur noch als Individuen agieren. Der Substanzverlust bei den linken Grünen ist offenkundig, ihre Wirkung ist durch den Zustand der grünen Partei gelähmt, strategische Diskussionen von Sozialisten können in den Grünen nicht mehr geführt werden.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Linke Verlierer

Fülberth hat insofern recht, wenn er vom „inhaltlichen Entrismus“ des KB spricht, als wir einen inhaltlichen Bezug auf die grüne Entwicklung für notwendig gehalten haben, vorrangig über den „schwankenden“ „Arbeiterkampf“, ohne allerdings auf die organisatorische Mitarbeit einzelner Mitglieder zu verzichten (so war zuletzt 1981/82 mit der Bildung der GAL auch ein Entrismus von organisierten KBlern verbunden, der schon stark unter dem Integrationssog der Grünen stand — halb zog man ihn, halb sanken wir hin). Was das gebracht hat? Man kann es so sehen: Wir sind nach 1956 (KPD-Verbot) die einzige kommunistische Organisation gewesen, die im Bundestag und mehreren Landtagen mit Abgeordneten vertreten war. Wer aber hat es gemerkt? Solche Positionen waren nicht die Früchte sozialistischer Fraktionsarbeit in den Grünen, bzw. Erfolg inhaltlicher Durchdringung, sondern individuelle politische Leistungen. Eine Wirkung auf die grüne Politik ist daher nur mittelbar an einzelnen Themen zu vermuten. Eine nüchterne Bilanz zeigt, daß der KB seit Ende der siebziger Jahre reichlich Federn hat lassen müssen: Nur noch ein Viertel an Mitgliedern (wobei die meisten nicht als Abspaltung zu den Grünen gegangen sind, sondern sich von der organisierten kommunistischen Arbeit zurückgezogen haben, ein Prozeß, der der DKP mittlerweile auch vertraut sein dürfte), nur noch ein Viertel der Auflage unserer Zeitung. Doch im Unterschied zu den organisatorischen Entristen haben wir im Stadium der Erschöpfung der Grünen für linke Politik noch organisatorische Zusammenhänge, noch eine Zeitung, die in der linken Diskussion eine Rolle spielt.

Häufig wird dem KB in Diskussionen mit linken Grünen der Vorwurf gemacht, daß alles besser gelaufen wäre, wenn der KB insgesamt bei den Grünen mitgemacht hätte. Das könnte schmeicheln, scheint mir allerdings falsch, weil auch das nur dazu geführt hätte, daß einige Individuen mehr in Positionen bei den Grünen streiten würden, das Schicksal der Rolle einer Minderheit und der Auflösung sozialistischer Zusammenhänge wäre uns nicht erspart geblieben. Für eine Organisation wie die DKP hätte sich aufgrund ihrer Größe die Entwicklung durchaus anders darstellen können. Allerdings nur, wenn sie inhaltlich zu den die grüne Bewegung auslösenden Fragen (AKW, Ökologie, Frauenbewegung) auf der Höhe der Zeit gewesen wäre und ihre alten Strukturen zur Disposition gestellt hätte. Der KB, bzw. die politischen Positionen, für die er einsteht, ist in diesem Prozeß nicht stärker geworden. Das allerdings ist Ausdruck seiner Schwäche, und es wäre völlig falsch, daraus zu schlußfolgern, man darf sich auf solche Prozesse wie die grüne Parteibildung nicht einlassen, wenn man diese nicht als ausgedacht, sondern als Widerspiegelung gesellschaftlicher Entwicklungen analysiert. Auch die DKP, die *„keine entristischen Beziehungen zu anderen Parteien eingegangen ist“* (Fülberth), hat — mit Spätzündung — die Auswirkungen des grünen Parteibildungsprozesses und deren (Teil-)Besetzung radikalreformerischer Positionen als Parteikrise zu spüren bekommen, die durch einfache Reorganisation nicht zu überwinden sein dürfte. Die Phase dieserart Parteibildung bei den Grünen ist vorbei, die linken Möglichkeiten in dieser Partei dürften sich erschöpft haben. Was jetzt nötig wäre, ist der inhaltliche Bezug der sozialistischen und kommunistischen Linken aufeinander. (Sonst könnte es sein, daß sie in ihren Vereinen — größeren oder kleineren — versauern.) Fülberth hat für diese Diskussion wichtige Anregungen gegeben.

hr.

Anmerkungen

(1) Georg Fülberth, Das Ende als Chance, in „Marxistische Blätter“ 12/88, nachgedruckt in „Konkret“ 4/88; siehe auch „Masse — Partei — Klasse. Die DKP diskutiert die Organisationsfrage“, in AK 294.
(2) Georg Fülberth, Der subjektive Faktor, in „Marxistische Blätter“ 8/9, 1988

„Weiße Flecken“ oder „weiße Weste“? Wir brauchen eine offene Geschichtsdebatte

Dokumentation eines Referats von Axel Lochner vor der DKP-Bezirksvorstandstagung am 24./25.6.88

(...) Ich möchte hier auf einen Ausschnitt der Geschichtsarbeit zu sprechen kommen, den ich für unsere Partei von außerordentlicher Wichtigkeit halte und der sich mit den bevorstehenden Jahrestagen von DKP und KPD verbindet — unsere eigene Vergangenheit, die stalinistische Vergangenheit der kommunistischen Bewegung unseres Landes. Es gibt keinen Zweifel daran, daß auch wir, wie die Weltbewegung über Jahrzehnte insgesamt, eine stalinistische Partei waren. Richtig ist, daß das stalinistische Zentrum die Sowjetunion war, das ihr besondere Anstrengungen in der Aufarbeitung der Geschichte abverlangt. Richtig ist, daß es bei uns eine doppelte Besonderheit zu bedenken gibt: auf deutschem Boden (also unter Führung der SED) gab es nicht diese furchtbaren und nie wieder gutzumachenden stalinistischen Exzesse, wie wir sie aus der Sowjetunion oder etwa der CSSR kennen. Und die zeitliche Nähe des 20. Parteitages der KPdSU zum KPD-Verbot 1956 hat eine ausführliche und offene Debatte über den Stalinismus in unseren Reihen natürlich nicht gerade erleichtert.

Aber haben wir deshalb eine „weiße Weste“ statt „weißer Flecken“, brauchen wir keine „Reue“ und gründliche Aufarbeitung unserer eigenen Vergangenheit? Was ist z.B. mit der systematischen Absetzung von Genossinnen und Genossen aus führenden Funktionen der KPD, weil sie während des Faschismus im sog. Westexil waren? Was ist mit den Verleumdungen und Parteirepressalien im Zuge der Verurteilung Jugoslawiens durch die KOMINFORM? Als Beispiel dazu ein Zitat aus den als Broschüre veröffentlichten Materialien der Landesvorstandssitzung der KPD Hamburg vom 14./15. Januar 1950. Dort wird über die „parteifeindliche fraktionelle Gruppe unter Führung von Harry Naujoks und Walter Möller“ formuliert: „Das Verhalten dieser parteifeindlichen Gruppe zur klassenfeindlichen Agentur Dethlefs, der von ihr Schutz und Unterstützung gewährt wurde, begünstigte die Zersetzungs- und Spionagetätigkeit der brandleristischen, trotzkistischen und titoistischen Agenten der deutschen und internationalen Reaktion“ (S. 6). Und an anderer Stelle: „Politisch-theoretisch auf dem Boden der Ideologie des Klassenfeindes, versuchte diese parteifeindliche fraktionelle Gruppe, die Prinzipien des demokratischen Zentralismus in ihrer praktischen und politi-

parteifeindliche fraktionelle Gruppe, die Prinzipien des demokratischen Zentralismus in ihrer praktischen und politi-

schen Anwendung außer Kraft zu setzen, die Hamburger Parteiorganisation gegen die Beschlüsse des Parteivorstandes und der Parteikonferenzen zu mobilisieren und im Auftrage ihrer parteifeindlichen Verbindungen im In- und Ausland die KPD Hamburgs zu schwächen, zu zersetzen und kampfunfähig zu machen“ (Seite 23).

Es gäbe natürlich viel mehr Beispiele zu nennen, viele persönliche Erfahrungen älterer GenossInnen einzubringen — aber die Frage bleibt: wie gehen *wir* mit dieser eigenen Geschichte um?

„Zwei sich ausschließende Modelle“

Uns liegen derzeit gewissermaßen zwei alternative und sich gegenseitig ausschließende „Modelle“ zur Geschichtsarbeit in diesem Zusammenhang vor: Die sowjetische Diskussion im Zuge der Perestroika und jene Position, wie sie auf der jüngsten ZK-Tagung der SED formuliert und in Gestalt der auch in der UZ veröffentlichten Thesen zum 70. Jahrestag der KPD nachzulesen ist.

Kurt Hager stellt im Bericht des Politbüros in diesem Zusammenhang u.a. fest: „Unsere Historiker arbeiten intensiv an der vierbändigen Geschichte der SED. Dabei wird nichts verschwiegen oder geglättet. Die Geschichte wird so dargestellt, wie sie tatsächlich verlaufen ist, in ihrer ganzen Größe und ihrer Kompliziertheit. Wir sehen dabei keinen Grund, eine Suche nach ‚weißen Flecken‘ zu unternehmen und die fortschrittlichen Bestrebungen in der Geschichte des deutschen Volkes, die tatsächlichen gesellschaftlichen Leistungen und Errungenschaften unserer Partei und der DDR in den Hintergrund zu drängen.“ (ND, 10.6.88, Seite 8). Der stellvertretende Direktor des IML, Ernst Diehl, ergänzt dazu in seinem Diskussionsbeitrag auf der ZK-Tagung folgendermaßen: „Das ist auch mit dem Blick auf die Geschichte der Hauptmacht des Sozialismus und des Friedens, der Sowjetunion, zu bedenken. Das ist, das sei hier offen ausgesprochen, besonders verantwortungs-

und des Friedens, der Sowjetunion, zu bedenken. Das ist, das sei hier offen ausgesprochen, besonders verantwortungs-

voll, aber auch notwendig angesichts der Tatsache, daß imperialistische Massenmedien sich gegenwärtig auf manche Beiträge einzelner Autoren in sowjetischen Zeitschriften und Zeitungen geradezu stürzen, in denen die Schwere, aber große Geschichte des Sowjetlandes zu einer Aufeinanderfolge von Fehlern verzerrt wird. (...) So grundsatzfest vermittelt, vermögen von der Geschichte und gerade von der Geschichte unserer Partei starke Impulse, Kraft und historischer Optimismus auszugehen.“ (ND, 11.6.88, Seite 8).

Genau das möchte ich entschieden bezweifeln. Ich will deshalb, vielleicht etwas polemisch, aber in Deutlichkeit sagen: Wer nicht einmal neu tapezieren will, der kann eben auch hinter alten Tapeten keine Flecken an der Hauswand finden!

Mich interessiert in diesem Kontext zunächst nicht die konkrete Bewertung einzelner historischer Abschnitte, ich finde die *Art und Weise* erst einmal wesentlich, auf der wir uns dem Problem stellen, wenngleich beides natürlich zusammengehört. Wie ist *unser* Herangehen? Ich finde es bislang abwartend, unwissenschaftlich, unselbständig. Hier gibt es nicht den Mut, den wir in anderen Bereichen aufgebracht haben, etwa in der Bewertung der Friedensfrage in den Thesen unseres 8. Parteitages. Unser bisheriges Herangehen (im eigentlichen Sinne gibt es ja zum Thema Stalinismus noch gar keines) ähnelt etwas der Suche nach einem „dritten Weg“, den wir ansonsten ja als ziemlich unattraktiv ansehen.

(...) Noch einmal zurück an den Ausgangspunkt: Geschichtsarbeit hat einen ganz starken moralischen Aspekt (und unter diesem Blickwinkel werden wir die Bürde des Stalinismus ohnehin nicht los!); und sie hat einen nicht weniger wichtigen Aspekt in der Frage danach, wie umfassend und tiefgreifend, also wie radikal, man Schlußfolgerungen aus der Geschichte zu ziehen bereit ist. Von diesen Prämissen ausgehend können wir uns nicht auf die bisherige Art und Weise aus der Affäre ziehen. Wir brauchen im Prinzip (natürlich den Möglichkeiten einer kleinen Partei Rechnung tragend, aber so gering sind sie keineswegs) eine Ge-

zip (natürlich den Möglichkeiten einer kleinen Partei Rechnung tragend, aber so gering sind sie keineswegs) eine Ge-

schichtsdebatte, kontrovers, sachkundig, wissenschaftlich und offen wie in der Sowjetunion. Man muß sich ja keineswegs alle dortigen inhaltlichen Bewertungen zueigen machen — wohl aber das Herangehen.

Ganz wesentlich ist natürlich in diesem Zusammenhang die Bestimmung dessen, was wir unter dem — übrigens durchaus umstrittenen — Begriff „Stalinismus“ überhaupt verstehen wollen. Beschreiben wir damit nur jene schrecklichen Verfolgungen und Massenmorde, also die Periode des Terrors, womöglich auch noch zeitlich begrenzt auf das Ende der 30er Jahre? Oder handelt es sich um ein sehr viel umfassenderes, alle gesellschaftlichen Bereiche einbeziehendes System von Strukturen und Triebkräften, das in dieser Gesamtheit genauer zu untersuchen wäre? Ich persönlich teile die letztere Auffassung und neige zu einer ähnlichen Betrachtung, wie wir sie gegenüber dem maoistischen China, der Kulturrevolution, hatten: eine Gesellschaft mit einer sozialistischen Basis und einem Überbau in Gestalt eines autoritär-bürokratischen Herrschaftssystems.

„Spätfolgen der Stalin-Ära“

Aber wie immer unsere Bewertung sein mag, unser heutiges Herangehen an die Analyse des Stalinismus muß zwingend die Frage nach dessen Auswirkungen auf Theorie und Praxis unserer Parteiarbeit beinhalten. Das ist ja auch der politisch-ideologische Kern der Auseinandersetzungen in der sowjetischen Geschichtsdiskussion: die Frage nach den aus dem Stalinismus stammenden Ursachen für Stagnation, für theoretisches und praktisches Zurückbleiben.

Was könnten bei uns solche stalinistischen Spätwirkungen, Spätfolgen oder, wie es in der sowjetischen Diskussion heißt, Bremsmechanismen sein? Wohlgemerkt: ich rede nicht vom Stalinismus, ich rede von seinen Aus- und Nachwirkungen auf uns heute. Das ist gewiß auch eine Frage nach Personen, aber viel entscheidender die Frage nach Strukturen und Mentalitäten, nach der sozialen Psy-

eine Frage nach Personen, aber viel entscheidender die Frage nach Strukturen und Mentalitäten, nach der sozialen Psy-

chologie einer Organisation und nicht zuletzt nach unseren theoretischen Konzepten. Ich bin sicher, daß eine Reihe von Fehlern der letzten Jahre (etwa die falsche Bewertung neuer sozialer Bewegungen, der Frauenfrage, des Ökologiethemas oder auch Elemente unserer Wahlpolitik) zutun haben mit Dogmen, deren Quelle in der Stalin-Ära liegt. Ich möchte einige Beispiele für solche Spätwirkungen anführen und wähle dabei bewußt keine besonders dramatischen.

Beispiel 1: Der bekannte Artikel zum Ausschluß von Volker Einhorn in der UZ, den der Büroleiter des Präsidiums gezeichnet hat. (...) Mir geht es hier um einen speziellen Punkt, an dem sich m.E. stalinistische Spätfolgen zeigen. Gen. Feldmann rückt den ausgeschlossenen Volker Einhorn ganz gezielt in die Nähe der niederträchtigsten Figuren des Klassengegners, nämlich des Verfassungsschutzes. Diesem werde „Schützenhilfe geleistet“. Diese Argumentation entspricht jener, wie sie oben aus dem KPD-Landesvorstand von 1950 zitiert wurde und sie entspricht jenem Klischee, das in der stalinistischen Kategorie vom „Volksfeind“ ihren furchbaren Höhepunkt fand. Hier muß nichts mehr bewiesen werden, hier reicht der Begriff. Und natürlich begründet Feldmann seine Position auch noch damit, „daß gerade Lenin für Abtrünnige vom Schlage Einhorns nur Verachtung übrig hatte“ (UZ, 23.4.88). Vielleicht sollte hier daran erinnert werden, daß Lenin beispielsweise den Verrat des Aufstandsplanes am Vorabend der Oktoberrevolution durch Sinowjew und Kamenew natürlich in aller Schärfe verurteilte — beide aber mit Lenins ausdrücklicher Unterstützung nach der Revolution allerhöchste Funktionen in Partei und KOMINTERN übernehmen konnten.

Beispiel 2: Kurt Fritsch schreibt in einem Artikel „Zur Rolle des DKP in der Zeit des Umbruchs“ (UZ, 15.1.88) u.a.: „Unsere Partei entspricht ... den Anforderungen der leninschen Parteikonzeption unter heutigen Bedingungen.“ Und er fährt dann fort: „Sicherlich haben sich diese Anforderungen noch nicht alle Mitglieder ... zueigen gemacht ...“. An anderer Stelle schreibt er: „Die Führungsgremien brauchen für ihre Beschlußfassung weitere Informationen und Zuarbeit. Umgekehrt muß mehr als bisher die ganze Partei Beschlüsse nachvollziehen und sich mit der so erarbeiteten Politik besser vertraut machen.“

Auch in dieser Sichtweise des demokratischen Zentralismus zeigen sich m.E. deutlich die Auswirkungen stalinistischer Theorie und Praxis. Es gibt ein klares „oben und unten“ und eine in diesem Sinne klare Aufgabenverteilung und Kommandostruktur: „Unten“ muß mehr Informationen liefern und — auf diese Weise verbesserte — Beschlüsse von „oben“ nachvollziehen. Nicht *selbst* vollziehen, sondern eben *nach*vollziehen.

Beispiel 3: Anfang des Jahres hat der Parteivorstand eine recht aufwendige Werbebroschüre unter dem Titel „DKP von A bis Z“ herausgebracht, in dem sich unter Hinweis auf die wachsende Anziehungskraft der Friedenspolitik der sozialistischen Länder folgende Sätze finden: „Das macht den Herrschenden Unruhe. ... Also werden in hastiger Dummheit schnell neue antikommunistische Barrikaden errichtet. ... Zur Not tut's ... die Erfindung krisenhafter Erscheinungen in der DKP. ... Die DKP ist da ganz gelassen. Denn die Geschichte lehrt: Solange es den realen Sozialismus gibt, solange gibt es auch den ganz alltäglichen realen Antikommunismus in unserem Land“.

Auch hierin zeigen sich für mich späte Auswirkungen stalinistischer Psychologie und Mentalität: Probleme nicht zur Kenntnis nehmen, schönen, fälschen und die Ursachen dem antikommunistischen Klassengegner zuschieben — als ob es in der DKP angesichts eigener Probleme und der sowjetischen Entwicklungen irgendwie und irgendwo „gelassen“ zuginge. Das ist der Versuch, die heile sozialistische Welt zu konstruieren, die mit der wirklichen Welt kaum noch etwas gemein hat.

Letztes Beispiel: Peter Schütt, der den

hat.

Letztes Beispiel: Peter Schütt, der den

„Marxistischen Blättern“ einige Materialien zur Veröffentlichung geschickt hatte, erhielt von deren Chefredakteur Robert Steigerwald eine Brief, in dem es heißt: „Ich muß Dir offen sagen, daß ich zur Zeit keine Absicht habe, einen Text von Dir zu veröffentlichen. Ich will auch mit meinem Grund gar nicht hinter dem Berge halten. Ich finde es einfach skandalös, daß Du im bürgerlichen Fernsehen, ohne jegliche Differenzierung unsere Partei stalinistisch nennst. Wenn Du wirklich wüßtest, was 'Stalinismus' ist, würdest Du nicht so leichtfertig mit solchen Begriffen um Dich herumwerfen. ... Ich hoffe, Du denkst einmal darüber nach. Und danach können wir weitersehen. ...“

Genosse Steigerwald hat zweifellos recht: Die DKP schlichtweg stalinistisch zu nennen, wäre ohne Frage eine Verharmlosung dessen, was wir aus der Geschichte als Stalinismus kennen. Aber er hat mit seiner Reaktion zweifellos unrecht: Die „Bestrafung“ mit Nichtveröffentlichung statt einer scharfen öffentlichen Debatte ist kein seriöser, geschweige denn produktiver Weg. Und welche unserer Publikationen wäre gegenwärtig mehr für eine lebendige Diskussion prädestiniert als die „Marxistischen Blätter“? (...)

(Text aus Platzgründen gekürzt. Rausgefallen ist die Kritik an Günter Judick's Umgang mit der Rehabilitierung, die Aussagen von Herbert Mies dazu vor dem Parteivorstand, der Abschnitt zum Lernen aus der sowjetischen Geschichtsdebatte, die Kritik an der stillschweigenden Korrektur politischer Positionen (AKW) sowie an der Dogmatisierung der Parteitheorie am Beispiel des 10. Parteitags der KPR).



Trotzki als Drahtzieher der Kritiker Stalins (Karikatur aus: „Krokodil“, 1930)

Die eine Hälfte der Wahrheit

Wie Bechers späte Erkenntnisse in der DDR verschwiegen wurden

Die eine Hälfte der Wahrheit

Du bist die Menschheitsfeste
Im Sturm der Barbarei!
Du bist der Welten beste,
Denn dein Volk wurde frei!
Sieh, deine Grenzen reichen
Weithin, o Völkertraum!
Es glänzt dein Sternenzeichen
im grenzenlosen Raum.

Du bist, was uns läßt hoffen
Und was zu stärken mag.
Dein Wort tönt frei und offen,
Der Wahrheit Flügelschlag.
In Stalins Blick zu lesen,
Suchen wir sein Gesicht,
Als wäre er ein Wesen,
Das täglich zu uns spricht.

(Aus: Johannes R. Becher, Hymne auf die UDSSR, 1950)

Der DDR loyalster Dichter und Kulturminister (von 1954 bis zu seinem Tod 1958) Johannes R. Becher soll nach Angaben der DDR-Zeitschrift „Sinn und Form“ (Heft 3/88) einen im Jahre 1956 — drei Jahre nach Stalins Tod, offenkundig unmittelbar unter dem Eindruck des XX. Parteitags — geschriebenen Text vor seiner Veröffentlichung 1957 um sieben Absätze gekürzt haben. Diese sind im Juni 1988 publiziert worden. Darin bekennt Becher, er habe *„diesen Mann für ein Genie der Menschheit gehalten“. „Diesen Mann habe ich damals verehrt wie keinen unter den Lebenden“*, (1) Die „Hymne auf die UDSSR“ ist nur eines von zahlreichen Zeugnissen dieser Verehrung (u.a. „Als Stalin sprach“ und „Auf einen Namen“). Er könne sich *„nicht darauf hinausreden, daß ich davon nichts gewußt habe“*, schreibt Becher über die Opfer von Verfolgungen und Politik der KPdSU unter Stalins Führung. Doch *„das Entsetzen (nahm) gewissermaßen eine neutrale, abstrakte Gestalt an, ein Jenseits von Gut und Böse, etwas wie eine unausweichbare Notwendigkeit, die unserem Willen entzogen war.“* Das Wissen, aber nicht darüber Sprechen, *„war unsere gesellschaftliche Heuchelei“*. Die Zeit des Schweigens sei vorbei. *„In uns selber ist ein unendlicher Konfliktstoff angehäuft, serienweise erfolgen seine Explosionen. Wir können nicht voraussagen, wie dieses ‚reinigende Gewitter‘ verlaufen wird, aber daß es ein reinigendes ist, das steht fest jedenfalls. (…) Nur ein scholastischer Bürokrat kann verlangen, daß sich jetzt alles streng nach dem Reinigungsplan vollzieht und daß die Reinigung eine Sache der Reinigungsbeamten, einer Reinigungskommission, sei und bleiben werde.“*

Es wurde eine Sache der Reinigungskommission, Bechers mit „Selbstzensur“ überschriebener Text wurde nicht einmal ein Jahr nach Abfassung Gegenstand der Reinigung, ob erzwungen, oder per Selbstzensur, wissen wir (noch?) nicht. Infolge von Glasnost hat die 1957 abgebrochene Debatte um die kommuni-
kommission, Bechers mit „Selbstzensur“ überschriebener Text wurde nicht einmal ein Jahr nach Abfassung Gegenstand der Reinigung, ob erzwungen, oder per Selbstzensur, wissen wir (noch?) nicht. Infolge von Glasnost hat die 1957 abgebrochene Debatte um die kommuni-
stische Geschichte in Ansätzen die DDR, in stärkerem Maße die DKP erreicht.

Sind alle rehabilitiert?

Ende April dieses Jahres empfing ein Botschaftsrat der UDSSR in Bonn eine Delegation (u.a. Jakob Moneta, Hermann Weber, Ulrich Briefs, Peter von Oertzen), die das Anliegen der vollständigen Rehabilitierung der Opfer der „Moskauer Prozesse“ von 1936-1938, die Wiederherstellung ihrer Ehre, die Entschädigung ihrer Familien und die Kennzeichnung ihrer Gräber vortrug (siehe den international unterzeichneten Aufruf in AK 288). Das besondere Anliegen der bundesdeutschen Delegation galt der Rehabilitierung deutscher KPD-Mitglieder — darunter bekannte KPD-Führer wie Hugo Eberlein, Leo Flieg, Heinz Neumann, Hermann Remmele und Hans Kippenberger.

Das wiederum erregte Anfang Mai die UZ der DKP, die den Sprecher der Geschichtskommission der Partei zu Wort kommen ließ (2). Günter Judick sah alle bekannten früheren KPDler als durch den XX.Parteitag rehabilitiert an und zeigte sich über die „Uninformiertheit“ der Delegation erstaunt. Judick nennt drei Beispiele für die politische Würdigung: Deren Erwähnung im biographischen Lexikon der DDR (wo es angedeutet heißt: *„zu Unrecht verhaftet und in der Sowjetunion ums Leben gekommen“*); die Thälmann-Biographie, in der eine *„kritische politische Würdigung all der genannten Personen (…) sehr ausführlich erfolgt“* ist und die „Pflichtliteratur“ für DKP-Funktionäre war; schließlich die Tatsache, daß das Bild eines der Umgebrachten, Fritz Schulte, „lange Zeit“ in einer Parteischule aushing. Judicks Resümee: Es gebe keine „Weißen Flecken“, den Opfern sei *„in der Parteiarbeit (…) größte Aufmerksamkeit geschenkt“* worden, das Denken der Stalin-Zeit, wo alles ausgeklammert wurde, was ins Geschichtsbild nicht hineinpaßte, sei in der DKP „seit langem überwunden“.

Judicks Ausführungen blieben nicht unwidersprochen. Die UZ reagierte Ende Juni mit einem erneuten Judick-Interview auf „zahlreiche kritische Leserbriefe“ (3). Judick modifizierte seine ersten Aussagen etwas. Die juristische Rehabilitierung sei dadurch erfolgt, daß der XX. Parteitag die „Moskauer Prozesse“ insgesamt für unrechtmäßig erklärt hatte. Eine Einzelrehabilitierung sei deshalb nicht erfolgt, da es keine Einzel-, sondern Pauschalverurteilungen gegeben habe. Die Rehabilitierung durch die Partei sei 1956 durch die Parteikontrollkommission der SED erfolgt, die in einer Vielzahl von Einzelfällen (genauer äußert er sich nicht) die Parteirechte und Ehre der Opfer wiederhergestellt habe. Gegenüber dem ersten Interview schränkt Judick die Behauptung der politischen Rehabilitierung insoweit ein, daß er es als notwendig ansieht, daß *„wir die historisch entstandenen Bezeichnungen wie ‚Zugehörigkeit zu den Rechten‘ oder zu den ‚Versöhnlern‘ unter heutigen Gesichtspunkten neu werten müssen“*, was nicht nur für die Personen, sondern für die Parteigeschichte insgesamt gelte.

Eine bemerkenswerte Rede

(… hielt das Hamburger Bezirksvorstandsmitglied Axel Lochner im Juni zur Geschichtsdebatte („‚Weiße Flecken‘ oder ‚Weiße Weste‘“, siehe nebenstehenden Auszug). Bemerkenswert, weil hier über die übliche Phraseologie hinausgehend ein Versuch der Diskussion um die Geschichte gemacht wird, die eine Auseinandersetzung auch mit nicht parteistrammen Strömungen zuließe. Lochner wagt es sogar, von zwei sich ausschließenden „Modellen“ der Geschichtsarbeit zu sprechen: dem sowjetischen und dem der SED, das vermutlich im DKP-Apparat noch mehrheitlich Sympathie findet. Der Anlaß ist offenkundig. Zum Jahreswechsel jährt sich zum 70. Mal das Datum der KPD- Gründung. Die SED hat aus diesem Anlaß Thesen zur KPD-Gründung (4) herausgegeben, die alles andere darstellen, nur nicht das vielproklamierte neue Denken. In einer Linie wird die KPD-Politik von der Gründung über den „fruchtbaren Lernprozeß“ der Ausschaltung der „kleinbürgerlich-anarchistischen, ultralinken und rechtsopportunistischen Kräfte“ bis zur Durchsetzung unter Führung des Thälmann-ZK 1926 beschrieben. Als hätte Thälmann nichts damit zu tun gehabt, wird von der von Anfang an falschen, sektiererischen Sozialfaschismus-These gesprochen, die erfolgreich überwunden wurde. Niederlagen
schen Kräfte“ bis zur Durchsetzung unter Führung des Thälmann-ZK 1926 beschrieben. Als hätte Thälmann nichts damit zu tun gehabt, wird von der von Anfang an falschen, sektiererischen Sozialfaschismus-These gesprochen, die erfolgreich überwunden wurde. Niederlagen
und „Abweichungen“ erscheinen in der Darstellung als notwendige, erfolgreich überwundene Schwächen, die die Partei jedesmal gestärkt haben. Selbst im Sieg des Faschismus wird noch der Erfolg betont, da der KPD-Widerstand die Errichtung der Nazi-Herrschaft erschwerte und *„verhinderte, daß die Nazi-Diktatur über eine kampflos zurückweichende, demoralisierte Arbeiterklasse errichtet wurde“*. Die Arbeit im Widerstand, die Befreiung vom Faschismus durch die Alliierten, die unter dem Schutz der Sowjetunion aus der Ostzone gegründete DDR, all das ist eine nahezu unaufhörliche, gradlinige Entwicklung hin zur SED als Staatspartei der DDR, der Krone der Schöpfung sozusagen. 70 Jahre KPD, 40 Jahre DDR, *„das ist schöpferische Verwirklichung des revolutionären Programms, das vor sieben Jahrzehnten die Gründer der KPD erarbeiteten.“* Wer's nicht glaubt, hat's schwarz auf weiß. „Alle Macht den Räten“ steht da nirgends.

Um was könnte es bei der Geschichtsaufarbeitung und Diskussion gehen? Aufrechnung, Abrechnung? Das wäre allzu billig, da es diejenigen umso leichter hätten, die jünger sind oder sich außerhalb der KPD-Tradition stehend definieren. Die Wiedergewinnung politischer Glaubwürdigkeit kann nur gelingen, indem nicht weiterhin die Wahrheit dem „Zweck“ gemäß verbogen wird. Die SED-Thesen sind geradezu ein Hohn auf ein differenziertes, die Widersprüchlichkeit der KPD und ihre Fehler erfassendes, materialistisches Geschichtsbild. Schließlich kann sich am kritischen (nicht besserwisserischen) Umgang mit der Geschichte auch erweisen wieweit sich solche Lernprozesse in der Fähigkeit zur Analyse der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen niederschlagen. Dazu müßte auch die Wahrnehmung von Rückschlägen und Niederlagen für die Linke in der BRD gehören.

Anmerkungen
1) Der Text wird nach der Wiedergabe in der UZ vom 24.6.88 zitiert
2) UZ-Interview, 4.5.88
3) UZ-Interview, 29.6.88
4) 70 Jahre Kampf für Sozialismus und Frieden. Thesen des ZK der SED zum 70. Jahrestag der KPD-Gründung, in: Neues Deutschland, nachgedruckt in UZ, 18.6.88

Leise Zwischentöne

„Auch die Geschichte der kommunistischen Bewegung unseres Landes nach 1945, die im wesentlichen auf einen hervorragenden Kampf verweist, war nicht frei von Schwächen, Fehlern und auch von tragischen Entscheidungen gegen einzelne hervorragende Genossinnen und Genossen. Was die Rehabilitierung solcher älterer Genossinnen und Genossen der KPD betrifft, die als Folge des Personenkults um Stalin und der Verletzung von Leninschen Normen des Parteilebens diskriminiert wurden, so wissen wir, daß die Rehabilitierung dieser Genossinnen und Genossen durch die Führung der verbotenen KPD bereits nach dem XX. Parteitag der KPdSU erfolgte. Neuerdings stellt sich diese Frage auch der Führung unserer Partei. Wir werden sie klarstellen. Schon jetzt können wir sagen: In
ser Genossinnen und Genossen durch die Führung der verbotenen KPD bereits nach dem XX. Parteitag der KPdSU erfolgte. Neuerdings stellt sich diese Frage auch der Führung unserer Partei. Wir werden sie klarstellen. Schon jetzt können wir sagen: In
der DKP hatten und haben alle, die den kommunistischen Idealen verbunden sind, die das Programm der Partei und ihr Statut achten — unabhängig von ihrer Vergangenheit — ihren Platz.“ Wem „Unrecht geschehen ist“ und wenn „sie von ihrer Rehabilitierung nicht wissen oder sie nicht erfolgte, dann werden wir das nachholen und uns bei ihnen entschuldigen.“

Herbert Mies auf der DKP-Parteivorstandstagung am 17./18.6.88

Helmut Krebs aus der DKP ausgeschlossen

Ganze 16 Jahre war Helmut Krebs Mitglied der DKP. In der Zerfallsphase der APO trat er 1972 ein — damals noch Schüler. Später wollte er Lehrer werden. Doch weil er mehrmals zu Landtags- und Kommunalwahlen kandidiert hatte, bekam er Berufsverbotsprozesse an den Hals (1976 und 1981). Er blieb standhaft, und deswegen mußte er schließlich seinen Lehrerberuf an den Nagel hängen und umschulen.

Für die Partei arbeitete er in der Friedensbewegung und in der Initiative gegen Berufsverbote. Er übernahm Funktionen bis zum stellvertretenden Kreisvorsitzenden, wurde aber, wie er selbst sagt, 1980 „kaltgestellt“.

Im März/April 87 — nach den Bundestagswahlen — verfaßte Helmut Krebs ein Papier „Wie weiter DKP“ (siehe auch AK 295, S. 35). Seine jahrelangen Erfahrungen mit dem Parteileben wollte er darin aufarbeiten und darauf aufbauend die jetzige Situation einer kommunistischen Partei in der heutigen BRD analysieren. Vorschläge zur Umgestaltung der revolutionären Strategie und zur Verwirklichung von innerparteilicher Demokratie werden gemacht. Dies alles war gedacht im Rahmen der in der DKP begonnenen Diskussion über die Lage und das Weiterkommen der Partei.

Sein Papier übergab Helmut Krebs jedoch erst im Dezember dem hiesigen Kreisvorsitzenden der DKP. Er bat ihn, dafür Sorge zu tragen, daß seine Schrift in geeigneter Weise der Parteiöffentlichkeit zugänglich gemacht werde. Anstatt dieser Bitte nachzukommen, erarbeitete das Kreissekretariat in einem Brief eine Stellungnahme. Helmut Krebs wurde vorgeworfen, die „DKP von einer revolutionären zu einer reformistischen Partei machen“ zu wollen. Der Widerspruch zu Programm und Statut der DKP sei offensichtlich. Aus der „gemeinsamen revolutionären Disziplin“ habe sich für Helmut Krebs zu ergeben, daß er mit seinem Papier nicht an die Öffentlichkeit gehen und es auch nicht weiter *innerhalb* der Partei verbreiten dürfe. Durch die „Nachdenk-Schrift eines einzelnen Mitglieds“ (Helmut Krebs) sah sich das Kreissekretariat von der Gefahr einer eigenständigen Plattform gegen die beschlossene Politik bedroht. Helmut Krebs erwiderte, daß er sich nicht an das Verbot, sein Papier innerhalb der Partei zu verbreiten, halten werde. Das wäre eine Beschneidung seiner Rechte als einfaches Mitglied, „an der Erarbeitung der Politik“ mitzuwirken. Daraufhin stellte der Kreisvorstand Karlsruhe einen Antrag auf ein Parteiordnungsverfahren gegen Helmut Krebs.

Nachdem ihm so mit dem drohenden Ausschluß aus der Partei „die Pistole auf die Brust gesetzt“ worden war, fand im Februar eine Kreisaktivtagung statt. Die Mitglieder in Karlsruhe wurden dazu eingeladen. Helmut Krebs sollte dort in eine „inhaltliche Auseinandersetzung“ über
Nachdem ihm so mit dem drohenden Ausschluß aus der Partei „die Pistole auf die Brust gesetzt“ worden war, fand im Februar eine Kreisaktivtagung statt. Die Mitglieder in Karlsruhe wurden dazu eingeladen. Helmut Krebs sollte dort in eine „inhaltliche Auseinandersetzung“ über
sein Papier treten. Tatsächlich ähnelte die Kreisaktivtagung unter dem Vorzeichen des Verfahrens einem Tribunal. Ohne Scheu wurde Helmut Krebs, der langjährige Genosse und Berufsverbotbetroffene, mit den Faschisten in Chile und den Rassisten in Südafrika verglichen. Doch es gab auch andere GenossInnen. Klaus Lipps, Gerlinde Fronemann und Reinhilde Engel zum Beispiel wandten sich auf der Tagung gegen das angestrengte Verfahren. Alle selber Berufsverbotsgeschädigte, hatten sie am eigenen Leibe erfahren, was Ausgrenzung, ja „innerstaatliche Ausbürgerung“ (Klaus Lipps) bedeutet. Auch die DKP-Hochschulgruppe mißbilligte das Vorgehen, drei Mitglieder dieser Gruppe hatten zuvor schon in einem gesonderten Brief die Rücknahme des Parteiordnungsverfahrens gefordert.

Nichtsdestotrotz wurde Helmut Krebs zur Verhandlung der Bezirksschiedskommission Ende April geladen. Er unternahm daraufhin einen letzten Versuch, eine politische Klärung außerhalb des Verfahrens zu erreichen. Doch seine „erklärte Gesprächsbereitschaft“ und „Bereitschaft zur Selbstkritik“ sollte er laut Antwortschreiben der Kommission — gefälligst — in das Parteiordnungsverfahren einbringen.

Am 14. Mai erging denn auch das Urteil der Bezirksschiedskommission: *„Helmut Krebs ist aus der Partei ausgeschlossen.* Mit dem von ihm erarbeiteten und verbreiteten Papier ‚Wie weiter DKP‘ hat er gegen beschlossene Politik, Programm und Statut der DKP verstoßen“. Im wesentlichen ist das Urteil eine Neuauflage der Antwort des Karlsruher Kreisvorstandes auf das Papier von Helmut Krebs. Was in der Urteilsbegründung mit dem Vorwurf gemeint ist, Helmut Krebs verweigere die Diskussion, ergibt sich aus dem erklärten Ziel einer solchen Diskussion, „Korrekturen in den genannten Punkten zu erreichen, die der Programmatik widersprechen“. Mit der Verbreitung seines Papiers habe Helmut Krebs letztlich dem Klassengegner Material in die Hände gespielt, damit er sich in die inneren Angelegenheiten der DKP einmischen könne.

Doch nicht nur jedem Demokratieverständnis spricht dieses Urteil Hohn. Wenn ca. die Hälfte der Zitate aus „Wie weiter DKP?“ vom Original abweicht, muß die Frage erlaubt sein, welche Absicht verfolgt wurde — außer der einer plumpen Machtdemonstration. Nur ein Beispiel für verfälschtes Zitieren und Mißinterpretation: „… wir können noch nicht einmal voraussagen, ob in der Bundesrepublik jemals eine revolutionäre Situation eintreten wird“ — so das Zitat in der Urteilsbegründung. Im Original steht hingegen — viel relativierender —: „Wir können noch nicht einmal mit wissenschaftlicher Bestimmtheit voraussagen, daß eine revolutionäre Situation in den kommenden Jahrzehnten, ja überhaupt jemals in der BRD eintreten wird“. Und mit messerscharfer Unlogik wird in der Urteilsbegründung dann geschlossen, wer das Entstehen revolutionärer Situationen nicht für „unausweichlich“ hält, verneint überhaupt die Möglichkeiten revolutionärer Veränderungen (Reformismusvorwurf).

Die gleichen Leute, die sich an die toten Buchstaben ihrer Dokumente als das Maßgebende halten, die gleichen Leute, die exakt und korrekt das Parteiprogramm und die Statuten zitieren, arbeiten mit verfälschten Zitaten und Mißinterpre-
musvorwurf).

Die gleichen Leute, die sich an die toten Buchstaben ihrer Dokumente als das Maßgebende halten, die gleichen Leute, die exakt und korrekt das Parteiprogramm und die Statuten zitieren, arbeiten mit verfälschten Zitaten und Mißinterpre-
tationen, wenn es um das Papier eines „Abtrünnigen“ geht.

Solche hierarchischen Strukturen, diese Art von Verketzerung und autoritärem Denken erinnern an das Mittelalter. Perestroika und Glasnost haben — was die politische Praxis betrifft — keinen Platz in der DKP, sind von oben nicht erwünscht.

Christina

(Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Stadtzeitung „Gegendruck“, Karlsruhe)

„Gesundung“ der Partei durch Ausschlüsse

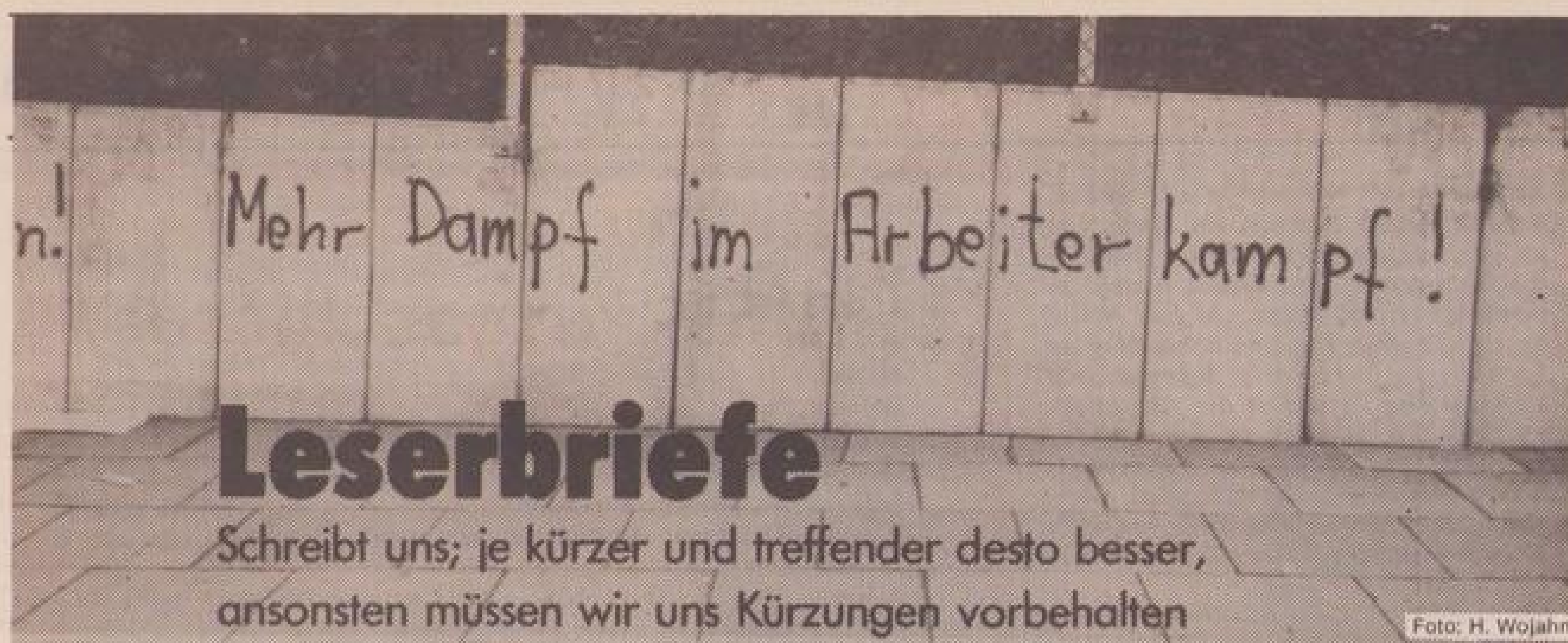
„‚Selbstenthüllungen‘ eines Abtrünnigen“ überschrieb die UZ vom 25. April 1988 einen Artikel ihres Autors Feldmann (abgedruckt in AK 294), der das ausgeschlossene Erlanger Ex-Parteimitglied Volker Einhorn zum Feind der Kommunisten und möglichen „kostenlosem“ Verfassungsschutzagenten erklärte (wir haben über Erlangen in AK 293 und 294 ausführlich berichtet). *„Dieser Artikel hatte kritische Fragen ausgelöst, unter anderem weil er vielen unverständlich blieb“*, schrieb die UZ am 9. Juli. Zum Verständnis hat der DKP-Parteivorstand eine — interne — „DKP-Information“ Nr. 12/Juli 1988 (1) herausgegeben, die das absolut bürokratische Verfahren zum *„absolut demokratischen“* erklärt, da es nach den Bestimmungen des Statuts, der Schiedsordnung und in den Gremien jeweils einstimmig erfolgte. In DKP-üblicher Weise wird auch noch nachgekartet: Weil Volker Einhorn sich nicht einfach in sein Schicksal ergab, sondern weiterhin für seine Ziele eintritt, wird er in den Informationen *„zu einem Gegner der kommunistischen Partei der Bundesrepublik, der DKP“* erklärt.

Das ist der alte Stil, der trotz rituellen Beschwörens neuen Denkens in solchen Konflikten vorherrscht. Ich schreibe dies nicht aus Häme oder weil ich der Tendenz anhänge, die im Karlsruher Artikel zum Ausschluß von Helmut Krebs (in dieser Zeitung) anklingt, der Berufsverbote und Parteiausschluß in Zusammenhang bringt. Mitgliedschaft in einer kommunistischen Organisation muß nach meinem Verständnis nicht nur freiwillig sein, sondern auch die Trennungsmöglichkeit für beide Seiten einschließen, wenn die politischen Positionen nicht mehr zusammengehen. Das gilt für den heutigen Stand von Klassenkampf allemal. Allerdings ist es ein totaler Rückfall, wenn die inhaltliche Auseinandersetzung, durch Bannstrahl und Exkommunikation aus der kommunistischen Bewegung „erledigt“ wird. Vielleicht könnte eine Lehre aus der Geschichte der kommunistischen Bewegung sein, daß man solche Trennungen als vorübergehend, wieder aufhebbar zu vollziehen versucht.

Der Erlanger DKP-Vorsitzende Werner Lutz legt von einer unseligen, die real existierende Krise seiner Partei nicht wahrhaben-wollenden Ignoranz in einem Interview vom Juni 1988 (ebenfalls in DKP-Information 12) beredt Zeugnis ab. *„Wir haben die großen Schwierigkeiten, in die die Kreisorganisation Erlangen durch die destruktive Arbeit von drei Genossen geraten war, im wesentlichen überwunden“*, beschwört er die Stärkung der Partei. Man habe mit *„den Ausschlüssen dieser drei Genossen die Voraussetzungen geschaffen für eine Gesundung unserer Kreisorganisation“*. Eine *„weitere Stabilisierung“* sei erfolgt, *„Lähmung und Desorganisation“* überwunden, man sei *„von den wesentlichen Hemmnissen befreit“* und habe einen *„Schub in eine vorwärtsweisende Arbeit“* bekommen. Das alles, weil die Erlanger Mitglieder festgestellt hätten: *„Uns hat diese sinnlose Diskutiererei gereicht (…) wir müssen endlich wieder konkret arbeiten“*. Seither würden *„öfter als früher“* Info-Stände und Aktionen durchgeführt, erscheine die Stadtzeitung nicht nur regelmäßig, sondern mit verdreifachter Auflage, stehe jetzt wieder *„Stärkung der Partei, Mitgliederwerbung und Werbung für die UZ“* statt *„Zerrissenheit und Spaltung“* im Mittelpunkt der Parteiarbeit. Während in Erlangen gearbeitet werde, *„habe ich den Eindruck, daß an einigen wenigen überregionalen Punkten der Partei mehr über die Ausgeschlossenen gesprochen wird, als bei uns in Erlangen oder Nordbayern.“* „Stutzig“ mache zudem, *„daß sich die bürgerliche Presse, auch Zeitungen wie ‚taz‘ und ‚Arbeiterkampf‘ so interessiert und wohlwollend über Einhorn und seinen ‚Aufbruch‘ (2) äußern“*. Womit das alte Weltbild wieder in Ordnung sein dürfte, dank Partei*ordnungs*verfahren.

Anmerkungen

(1)Dokumentation zu drei Parteiordnungsverfahren in Erlangen, DKP-Informationen 12, Juli 1988. Enthält u.a. Anträge und Begründungen zum Verfahren sowie ein Referat des DKP-Bezirksvorsitzenden aus dem Jahre 1987. Darüberhinaus ein Gespräch mit dem Erlanger DKP-Vorsitzenden vom Juni 1988. Enthält keine einzige der zahlreichen Stellungnahmen der „Angeklagten“.
(2) Das Erlanger Info „Aufbruch“ mit Dokumenten und Materialien zur DKP-Diskussion ist mittlerweile eingestellt worden.



Leserbriefe

Schreibt uns; je kürzer und treffender desto besser, ansonsten müssen wir uns Kürzungen vorbehalten

Foto: H. Wojahn

In München ist immer was los

Der nachfolgende Leserbrief aus München erreichte uns anonym. Die Autoren beziehen sich auf AK 296:

Leserbrief

Betrifft:
„Sumpfblüten grüner Realpolitik"

Hat der ak nicht nur sein Aussehen, sondern auch sein Konzept geändert? Die Grundregel der bürgerlichen Presse ist, ständig das zu schreiben, was die Leser/innen gerne lesen. Motto: Wenn ich schon eine Zeitung kaufe, möchte ich wenigstens meine Vorurteile bestätigt bekommen. Der Artikel „Sumpfblüten grüner Realpolitik" liegt genau auf dieser Linie. Wer die bayrischen Grünen kennt, weiß, daß der Widerstand gegen den schwarz/grünen Deal zu einem großen Teil aus dem Realolager kam. Der organisierte Teil der Fundis, Treffpunkt in einer Neuhausener griechischen Kellerkneipe, hat den Deal mitgetragen und in Gremien ausdrücklich verteidigt. Lediglich einige Grüne aus dem KV-Nord, die man als DKP-nahe Fundis bezeichnen könnte, haben den Deal bekämpft. Weiß dies M. vom KB Nürnberg nicht, oder versucht er seine Leser vorsätzlich zu täuschen? Wir empfehlen, daß M./ Nürnberg in Zukunft derartige Artikel von M./ München nicht nur recherchieren, sondern auch schreiben läßt. Die journalistischen Kompetenzen von M./ München sind unumstritten. Außerdem würde es Obermacho M./ Nürnberg nicht schaden mal einer Frau mehr Freiraum zu geben.

Mit revolutionären Grüßen
Schneewittchen
und die staatsschutzlinken Zwerge

Geschrieben hat diesen Leserbrief Klaus Weise, seines Zeichens freier „taz"-Mitarbeiter und enger Compagnon von Hans-Peter Buschheuer, Pressesprecher des Landesvorstands der bayerischen Grünen, als dessen Stellvertreter Weise inoffiziell agiert. Buschheuer und Weise sind die Hauptfiguren einer grünen Intrige, die die scheidende Mitarbeiterin der grünen Landesgeschäftsstelle in München, Miriam Lang, in der nachfolgenden (von uns gekürzten) Stellungnahme für die Zeitung der grünen Stadtratsfraktion in München geschrieben hat.

Meister Proper — ganz in grün

Meister Proper — ganz in grün

(…)
Ich bin seit einem Jahr als Redakteurin der „Grünen Zeiten" in der Landesgeschäftsstelle (LGS) fest angestellt. Ende Juni dieses Jahres habe ich meine Stelle zum 1. September gekündigt, weil ich Bayern verlassen möchte. Einige Männer aus der LGS haben sich offensichtlich in den Kopf gesetzt, meinen Abgang durch einen kräftigen Tritt von hinten zu beschleunigen.

Der Coup war durchdacht. Auf der Landesvorstandssitzung am 8. Juli in Donauwörth brachte der Landespressesprecher, Hans-Peter Buschheuer, einen Tagesordnungspunkt „Dubiose Vorgänge in der Landesgeschäftsstelle" ein und erhob in diesem Zusammenhang eine Reihe von Vorwürfen gegen mich. Die Palette reicht von Spionage bis Geschäftsschädigung, ich will die Anklagepunkte kurz im einzelnen ansprechen.

— Ich soll am Donnerstag, den 7.7. um 23.30 nachts den Telefax-Apparat der Landesgeschäftsstelle heimlich benutzt haben. An diesem Tag fand in der Universität eine Veranstaltung zum Thema Gentechnologie statt, an deren Vorbereitung ich beteiligt war. Das war für Buschheuer ein eindeutiger Tatnachweis. Obwohl ich ihm, auf den Sachverhalt angesprochen, versichert hatte, mit der Sache nichts zu tun zu haben und das, wenn nötig, auch beweisen zu können, behauptete Buschheuer meine Schuld vor dem Landesvorstand.
— Im Zusammenhang mit der gleichen Veranstaltung, für die ein Verbot des Kreisverwaltungsreferats zu erwarten war, hatte ich nach Rücksprache mit einem Kollegen aus der Geschäftsstelle nach Dienstschluß Kopien der geplanten Redebeiträge gemacht, um sie im Verbotsfall an die BesucherInnen verteilen zu können. Die Grünen gehörten zu den politischen Unterstützern dieser Veranstaltung. Buschheuer brachte diesen Vorfall auf der LaVo- Sitzung so ein, als hätte ich ohne oder gegen die Absprachen gehandelt und für grünfremde Zwecke grünes Geld mißbraucht. Kulante Regelungen in politisch brisanten Fällen sind also nicht erlaubt.
— Der schwerwiegendste Vorwurf lautete, ich hätte vertrauliches Material aus der Pressestelle an „feindlich gesinnte Organisationen" weitergegeben. Konkret handelt es sich um einen Artikel aus der Zeitung „Arbeiterkampf" (AK), die vom Kommunistischen Bund (KB) herausgegeben wird. Der Artikel befaßt sich mit der Referentenwahl in München und insbesondere mit der Wahl von Hans Stützle (CSU) durch grüne StadträtInnen. Laut Buschheuer zitiert der Verfasser aus einem Brief, der nur an ihn selbst gegangen ist und von dem es insgesamt fünf Kopien gibt. Eine dieser Kopien habe ich gemacht, und zwar mit ausdrücklicher Einwilligung Buschheuers, um mir in dieser umstrittenen Frage eine fundierte Meinung bilden zu können. Das genügte hier wiederum für die Behauptung gegenüber dem LaVo, ich „müsse es einfach gewesen sein". Alle anderen Möglichkeiten, wie der Brief an den „Arbeiterkampf" gegangen sein könnte — z.B. eine der anderen vier Kopien — habe Buschheuer zwar nie überprüft, er könne sie sich aber nicht vorstellen.

Da ich mich weder für Buschheuers Phantasielosigkeit noch für seine Faulheit verantwortlich fühlte, weigerte ich mich zunächst, zu dem Vorwurf Stellung zu nehmen. Es wäre ein geradezu unmögliches Unterfangen, bei solch unfundierten, dreisten Unterstellungen die eigene Unschuld beweisen zu wollen.

Daß die Intrige offensichtlich schon länger geplant war und der Artikel im Arbeiterkampf für Buschheuer und Konsorten nur den ersehnten Auslöser für einen Rundumschlag darstellte, erfuhr ich erst dann. Alle wußten es schon, von München bis Starnberg, vom Landesvorstand über die Fraktion zu den Kreisverbänden, was Buschheuer nach großen Anstrengungen herausgefunden hatte und was man leider, leider zum Zeitpunkt meiner Einstellung nicht ahnen konnte. Nur ich wußte nichts davon: ich soll Mitglied der „feindlichen Organisation", des Kommunistischen Bundes sein. Auch bei dieser Behauptung hat Buschheuer lieber auf seine altbekannte Intimfeindschaft mit

Behauptung hat Buschheuer lieber auf seine altbekannte Intimfeindschaft mit

der Nürnberger Ortsgruppe des KB zurückgegriffen als auf das bewährte Mittel der Recherche. Der München-Artikel im „Arbeiterkampf" war nämlich von Nürnberg aus geschrieben worden. Damit war — zumindest vordergründig — der logische Ringschluß vollbracht.

Der Rufmord ging jedoch noch weiter. Mein Redaktionskollege Michael Ther, der Buschheuers Behauptungen freudig aufgriff, setzte auf dem Landesausschuß am darauffolgenden Tag gleich noch eins drauf: ich hätte ein „autonomes und terroristisches Umfeld", und solcherlei Gewalttäter würden mich ständig in der Geschäftsstelle besuchen und ihn so bei der Arbeit stören. Doch dazu später noch mehr.

Die Methoden, mit denen gegen mich vorgegangen wurde, sind eindeutig: nicht genug damit, daß die Behauptungen in meiner Abwesenheit vor den Landesvorstand gebracht wurden, ohne daß ich etwas davon ahnte oder im Vorfeld irgendwie hätte Stellung nehmen können. Die Debatte um die „dubiosen Vorgänge" im Zusammenhang mit meiner Person wurden auch noch in aller Öffentlichkeit geführt, und vorsorglich zeichnete sie mein zweiter Redaktionskollege Klaus Weise auf Tonband auf. Auch nach der Vorstandssitzung erfuhr ich mehr durch Zufall im privaten Gespräch, daß es um mich gegangen war. Eine schriftliche Darstellung des Diskussionsverlaufs am 8.7. bekam ich, obwohl ich beim Vorstand darum gebeten hatte, ebenfalls nicht. Ein erstes Gespräch mit zwei LaVo-Mitgliedern, der Betriebsobfrau und Buschheuer, Ther und mir, blieb ergebnislos. Die Behauptungen wurden mit immer augenfälliger werdender Dreistigkeit aufrechterhalten. Ich erklärte mich unter diesen Umständen für unfähig, zu arbeiten, bis der gesamte LaVo mir sein Vertrauen ausgesprochen hätte. Ein Klima, wo unbequeme Mitarbeiterinnen überwacht und anschließend beim Arbeitgeber willkürlich diffamiert werden, entspricht weder meinen Vorstellungen von Zusammenarbeit noch im entferntesten Sinne der grünen Utopie.
(…)
Zu allem kam, als es um meine Nachfolge bei den „Grünen Zeiten" ging, noch die Männersolidarität. Sie ist mindestens so unzerbrechlich wie Marmor, Stein und Eisen. Da schon länger bekannt war, daß ich die bayerischen Grünen nach dem Sommerloch verlassen würde, war der Kandidat der Triumvires auch schon lange in die Startlöcher geschickt worden: Klaus Weise, bisher freier Mitarbeiter bei den „Grünen Zeiten" und linienidentisch mit Buschheuer und Ther, sollte ein weiteres Einnisten feindlicher Elemente in der LGS verhindern. Zu dumm, daß auf der Landesversammlung in Landsberg gerade das Frauenstatut verabschiedet worden war, wonach die Stelle von einer Frau besetzt werden mußte. Mit einem halbherzig geraunten Hinweis auf die bisher sehr zuverlässige Arbeit von Klaus Weise und die moralischen Verpflichtungen, die sich daraus ergäben, wurde die Stelle einfach geschlechtsneutral ausgeschrieben.

Pikant wurde die Situation, als nur eine einzige weibliche Gegenkandidatin auftauchte, die einen entscheidenden Makel hatte: Sie kam, wie ich seinerzeit, aus der Jungen Presse Bayern, und mußte also derselben Grünen-Feindlichkeit verdächtigt werden. Wenn es also gelänge, das ganze Spektrum mit mir zu diffamieren, hätte Mann in einem auch Klaus Weise, trotz seines fatalen Geschlechts und trotz Frauenstatut, auf den Posten gehievt.

Dieses Vorgehen hatte jedoch unter anderem die Aufmerksamkeit der Landtagsfraktion und einiger Frauen geweckt, so daß der Landesvorstand beim Einstellungstermin am 28. Juli entschied, die Stelle müsse trotz der gemischten Ausschreibung in jedem Fall von einer Frau besetzt werden. Dadurch wurde die Bewerbung von Klaus Weise hinfällig. Eine einzige gültige Bewerbung erschien jedoch dem LaVo zu wenig, so daß die Stelle nun zum 1. Oktober erneut ausgeschrieben wird.

Als Fazit bleibt festzuhalten, daß selbst das „radikalste Frauenstatut aller Landesverbände" (wie Michael Ther in den Grünen Zeiten 5/88 stolz verkündet) wenig hilfreich ist, wenn es direkt nach seiner Aufnahme in die Satzung der bayerischen Grünen derartig zielstrebig umgangen

Aufnahme in die Satzung der bayerischen Grünen derartig zielstrebig umgangen

werden kann.
(…)

Denunziant?

Betr.: Grüne Realos (AK 296)

In AK 296, S. 15, setzt sich ein Artikel mit grünen „Finanzskandälchen" auseinander. Unter anderem geht es um Vorwürfe, die der heute in Wien lebende Journalist Walter Oswalt gegen Manfred Zieran und Jutta Ditfurth erhebt und die frühere gemeinsame Aktivitäten bei den Frankfurter Grünen betreffen. In der Tat gehörte Oswalt früher zu den Fundis, wenn er nicht gar — streng ökologisch betrachtet — der Prototyp, der ur-grüne Fundi schlechthin gewesen ist. Wer war schon (außer seinem Bruder) bereit und in der Lage, auf verbotenen nächtlichen Startbahn-Demos hochmilitanten Mitdemonstranten zu erklären, welche seltene Schwalbe in diesem Busch nistet oder welcher außergewöhnliche Frosch über jenen Vorfluter hopst? Was Walter O. heute veranlaßt, Pressekampagnen gegen die Fundis loszutreten, den ehemals von ihm angefeindeten Realos Stichworte gegen seine ehemaligen Intimfeinde zuzuspielen usw. usf., weiß ich nicht. Sollte er wirklich, wie der AK-Artikel meint, zum „knallharten Realo" geworden sein, so wäre das eine erstaunliche Laufbahn. Ein „Denunziant", wie es in dem Artikel heißt, wäre er deswegen noch lange nicht. Diese persönliche und im übrigen durch nichts bewiesene Herabsetzung darf nicht unwidersprochen bleiben (und das gleiche gilt wohl auch für Lucas Beckmann, oder müssen wir heute selbstkritisch untersuchen, mit was für einem Menschen wir da in der Friedensbewegung so manche Absprache und so manche Taktik durchgezogen haben?). Bei aller nachvollziehbaren Empörung der Frankfurter Fundis über ihren ehemaligen Mitstreiter, bei aller Durchsichtigkeit des Politmanövers, das die Chefetagen der Realos mit dieser Geschichte inszenieren, muß doch festgehalten werden, daß bisher niemand Oswalts Vorwürfen *in der Substanz* widersprochen hat. Sondern es geht um gegensätzliche *Bewertungen* der damaligen Vorgänge.

Der Begriff „Denunziant" meint selber nicht, daß Oswalt lügt. Vielmehr will man damit sagen: Der hat Geheimnisse an den Feind weitergegeben. Unglücklicherweise gehörte es zu den laut verkündeten basisdemokratischen Grundsätzen grüner Gründerzeiten, daß es solche Geheimnisse gar nicht geben dürfe! Heute natürlich wollen die Grünen von solcher Transparenz nichts mehr wissen. Und „BAG ‚XY … ungelöst' in den Grünen", der/die den AK-Artikel unterzeichnet hat, scheint wiederum von *Glasnost" nicht viel zu halten.*

de., Frankfurt

Nationalismus

Betr.: Er gehört uns, und wir werden ihn behalten (AK 293)

Liebe Genossinnen und Genossen!
Wg. Auslandsaufenthalt kam ich erst jetzt zum Lesen obg. Artikels: „Der in Ländern der Dritten Welt für die nationale Integration der gesamten Bevölkerung in vielen Fällen sehr wichtige Nationalismus wird besonders in Gesellschaften mit unbewältigter faschistischer Vergangenheit oft mißverstanden." Ein höchst gefährlicher Satz, der so nicht stehen bleiben darf. Man darf doch nicht glauben, daß so fortschrittliche lateinamerikanische Nationalisten wie Perón in Argentinien, Vargas in Ecuador, Noriega in Panama oder Garcia in Peru zögerten oder gezögert hätten, soundsoviel Tausende von Genossen liquidieren zu lassen, wenn das ihrem US-feindlichen Nationalstaat dienlich war oder ist.

Wer hat hier Faschismus nicht bewältigt? Welch üble zersetzende Wirkung der Nationalismus hat, zeigt sich unter den Kämpfern an der vordersten Linie in Lateinamerika, den Nicaraguanern. Nicht etwa Liquidierung der Contras, genug zu fressen, bessere Wohnungen, mehr Maschinen und weniger Arbeit skandieren sie, nein, „Freies Vaterland" soll es sein, „oder Tod!", und da zu einem Vaterland eben alle Nicaraguaner gehören, nimmt man sogar eine Generalamnestie aller inhaftierten Faschisten in Kauf. Zuhause aber erwartet den tapferen cachorro die tüchtige Hausfrau, die mit einer Politik der neuen Mütterlichkeit wieder an den Herd gelockt werden soll, statt endlich die Wehrpflicht auch für Frauen obligatorisch (und nicht nur freiwillige Stubendienste) zu machen.

Dieses Land steht seit neun Jahren im Krieg und hat *als Folge des Krieges* diese nationalistischen Geschwülste, die aber nichts Fortschrittliches an sich haben, sondern die letzten Reserven aus dem Volk noch herauslocken sollen, um den Contras nicht ein völlig unkontrolliertes

Volk noch herauslocken sollen, um den Contras nicht ein völlig unkontrolliertes

Morden zuzulassen.

Der Autor dieses Artikels begeht den alten Fehler vieler 3. Welt-Gruppen, den dortigen Nationalismus einerseits zu betuteln, den hiesigen aber als unbewältigt (= unbewältigbar??) abzutun.

M.Z., München

Alte Fehler

Liebe Freundinnen und Freunde im KB, leider ist mein Anlaß, mich brieflich an euch zu wenden ein trauriger bis ärgerlicher.

So war es 1982, als ihr den AK 225 mit der Hauptüberschrift „Endlösung der Palästinafrage?" herausgegeben habt.

So war es auch vor zwei Jahren, als in AK 277 eine Besprechung von W. Broders Buch „Der ewige Antisemit" erschien.

So handelt es sich auch dieses Mal wieder um die Frage des Verhältnisses von deutschen Kommunisten zum Staat Israel; und auch wieder anläßlich der Frage nach der Solidarität im Konflikt zwischen Juden und Palästinensern.

In eurer Broschüre „Ein unvermeidlicher Streit: Deutsche Linke zwischen Israel und Palästina" schreibt ihr im Vorwort: „Bei keinem anderen Konflikt scheuen sich so viele Linke, einen eindeutigen, parteilichen Standpunkt zugunsten der Entrechteten und Unterdrückten wenigstens verbal zu bekunden. Es dominiert eine auf Kosten der Opfer gehende 'Objektivität', die den Konflikt nicht von seinem eigenen Wesen her, sondern aus der besonderen Optik der deutschen Schuld am jüdischen Volk betrachtet und interpretiert".

Ich gehe davon aus, daß ihr mit diesen Sätzen ausschließlich die notwendige Solidarität der deutschen Linken mit dem unterdrückten und entrechteten palästinensischen Volk einklagen wollt. Genau in eurer Beschränkung auf dieses Eine sehe ich euch immer noch die alten verhängnisvollen Fehler machen.
— Ist die Parteinahme für das Existenzrecht eines jüdischen Staates nach 2.000 Jahren Antisemitismus kein Standpunkt zugunsten der Unterdrückten — in diesem Fall der Juden? Man muß schon allzu sehr von der noch nicht einmal 50jährigen Stille des Antisemitismus nach Auschwitz und der Bündnispolitik der Zionisten mit den Großmächten beeindruckt und geblendet sein, um bei der Beurteilung der geschichtlichen Ziele der zionistischen Bewegung und der Existenz des Staates Israels von der zweitausendjährigen Verfolgungsgeschichte des jüdischen Volkes in Europa abzusehen.

Diese Verfolgungsgeschichte hatte in Auschwitz, in der industriemäßig organisierten Vernichtung des jüdischen Volkes auf deutschem Boden ihre tödliche Zuspitzung.
— Wer die Beurteilung des Staates Israel von der konkreten Geschichte des jüdischen Volkes trennt, der muß auch Auschwitz von der Staatsgründung Israels trennen. So kommt man automatisch zu einer Sicht des Konfliktes, die sich ausschließlich beschränkt auf das Unrecht, das dem palästinensischen Volk schon mit der zionistischen Besiedlung und heute durch die Militärpolitik Israels angetan wurde und wird.

Wer so selektiv Geschichte betrachtet, wird kaum für sich in Anspruch nehmen können, „den Konflikt von seinem eigenen Wesen her" zu interpretieren. Was soll das für ein reines Wesen sein, das da herauskommt, wo Ihr (!) zuvor das deutsche Unwesen (den deutschen Nationalsozialismus als Vernichtungsmacht) als irrelevant herausdestilliert habt. Wer hat euch bloß diesen idiotischen Satz in die Feder diktiert? Als könnte sich die Erkenntnis des Wesens einer Sache einstellen, gerade nur in Absehung der eigenen (schuldhaften = Verantwortung beinhaltenden) geschichtlichen Verflochtenheit in sie hinein! Ist so eine von eigener Geschichte gesäuberte Theroriegewinnung marxistisch? Ist theoretische Erkenntnis unmoralisch, hat sie nichts mit geschichtlich entstandenen Verantwortungszusammenhängen zu tun? So deutlich habe ich von linken Theoretikern noch nie den Wunsch nach geschichtsloser und verantwortungsfreier Theorie formuliert gefunden. Ich gratuliere!
— Was tun?
In mehreren AK-Ausgaben ab Nr. 231 erschien eine Folge, die die lange Geschichte des Antisemitismus darstellte und im Zusammenhang damit in AK 236 ein Artikel von mir, der an der Person M. Bubers die jüdische Grundidee der zionistischen Bewegung darzustellen versuchte.

Ich halte es für unumgänglich, den Zionismus als Bewegung des jüdischen Volkes aus seiner Geschichte zu verstehen.

Ich halte es für fatal, eine Geschichtsbetrachtung zu vertreten, die die Leidens-

kes aus seiner Geschichte zu verstehen.
Ich halte es für fatal, eine Geschichtsbetrachtung zu vertreten, die die Leidens-

geschichte eines Volkes von seiner staatlichen Selbstbehauptung trennt. Läuft das nicht letztlich doch auf eine Bewertung hinaus, die das staatliche Existenz*recht* Israels anzweifelt?

Es waren immer allein die Juden, die unter dem geschichtlichen Zwang standen, auf den Antisemitismus reagieren zu müssen. Diesen Zwang nicht zu sehen und in der Geschichtsbetrachtung nicht nachzuvollziehen, halte ich für einen Akt der Desolidarisierung.

Kann sich wirklich jemand von Antisemitismus freisprechen, der dieses Verfolgungs-Syndrom und die politische Geschichte der Juden bis heute fein säuberlich voneinander trennt?

Trotzdem mit solidarischem Gruß
Euer Klaus-Peter Lehmann

Lob und Tadel

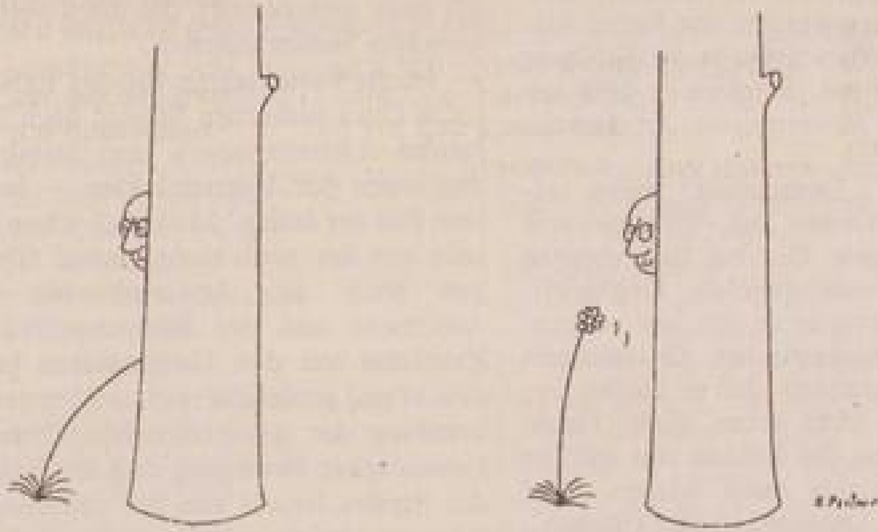
Hiermit kündige ich mein AK-Abo zum Ablauf des Jahres! Ich kann nicht länger diesen kleinbürgerlichen, anti-revolutionären, volksfeindlichen Phrasen meine Zeit opfern!!

Frank, Ahrensburg

Habe die Juni- und Juli-Nr. 295-296 erhalten.
Aber die August Nummer nicht…
Wo ist sie? Bekomme ich sie? Und auch die Weiteren? Denn schon nach zwei Nummern AK fehlt mir die Zeitung!

Herzlichen Gruß
Ann, Bern

Andere über uns —



wir über andere

Die Fundis sollen doch mit dem Kommunistischen Bund, der Deutschen Kommunistischen Partei und den Autonomen ein Bündnis eingehen, aber nicht mit uns.
(Otto Schily laut „Spiegel", 13.6.88)

Gute Idee, im Prinzip. Aber nicht so prinzipienlos. Erst streiten, dann vereinigen. Sonst haben wir nachher noch den grünen Streit als Fundi/ml gegen Realo/ml, wofür Autonome und DKP ja durchaus gut sind.

* * *

Jutta und Christian pur bedeutet die Fortsetzung des Kommunistischen Bundes mit anderen Mitteln.
(Joschka Fischer in „Süddeutsche Zeitung", 4.6.88)

Kannst du dich mal mit Otto einigen?

* * *

Aber ich sehe schon den Zug der Lemminge zurück in das Sektenwesen der siebziger Jahre, dem Ebermann und ich entstammen. Den mache ich nicht mit.
(Joschka Fischer im STERN-Interview, 15.6.88)

Also das war unnötig. Erstens kennen wir dich von damals nicht, und zweitens nehmen wir dich sowieso nicht, siehe unten.

* * *

„Wir werden die Mißachtung von Parteibeschlüssen und feministischen Interessen nicht hinnehmen!!!" Was soll diese Drohung? Wird den grünen Abgeordneten, die (...) doch Vertreter des ganzen Volkes (...) und nur ihrem Gewissen unterworfen sind, jetzt der öffentliche Schauprozeß nach stalinistischer Manier gemacht? Greift hier einer der Unterzeichner dieser Anzeige, das frühere Mitglied im Kommunistischen Bund, Thomas Ebermann, zum erprobten Instrumentarium totalitärer Parteien?
(Johannes Gerster, MdB, im CDU-Pressedienst, 27.5.88)

Wir wissen es nicht. Aber vielleicht Klaus Hartung: „Der Geist marxistisch-leninistischen Liquidatorentums ist ein Endpunkt (...) Die deutsche Linke konnte noch nie mit der Niederlage umgehen, hat der Selbstkritik allemal die Säuberung vorgezogen." (Zum selben Thema in „Pflasterstrand", 9.6.88).

* * *

Eine eigenständige ökologisch-sozialistische Debatte (...) hat allenfalls erst begonnen, sich zu strukturieren. (...) Ansätze in dieser Richtung finden sich gegenwärtig neben verstreuten Diskussionsbeiträgen in „Kommune", „PROKLA" und „Argument" mangels anderer Medien v.a. in wenig verbreiteten Organen wie „horizonte", „Turbulenzen", „arbeiterkampf" und „Selbstverwaltung".
(Frieder O. Wolf in einem Beitrag zum grünen Perspektivenkongreß)

Warum erfahren wir das erst jetzt? Und muß man als Grüner neuerdings der „Kommune" et altera mit ihrer bescheidenen Auflage schmeicheln — weit verbreitet — nur weil dahinter viel Geld und Hochglanz steckt?

* * *

Der nicht organisatorische, aber inhaltliche Entrismus des Kommunistischen Bundes und seiner Zeitschrift „Arbeiterkampf" hat zum korrekten Ergebnis geführt, daß der Hund mit Schwanz wackelt, und nicht umgekehrt.
(Georg Fülberth in KONKRET 6/88)

Selbst wenn es so ist, werden uns dennoch all jene beneiden, die ihr Leben lang in Bündnissen, Zusammenhängen und den großen Bewegungen organisatorisch, aber nie inhaltlich entrieren konnten.

* * *

* * *

Seit Beginn des Kampfes (...) war Steegmann entschieden gegen den Streik (...). Dies gab er in einem Interview mit dem „linken" Arbeiterkampf vom 30.5.88 zu.
(Rote Fahne 11.6.88)

Diese sogenannten Kommunisten von der sogenannten MLPD sind uns anscheinend nicht grün.

* * *

FU Berlin erwirbt Archiv des „Kommunistischen Bundes".
(Süddeutsche Zeitung, 18.6.88)

Muß man uns auch noch diese Verrücktheit anhängen? Offizielles Dementi: Wir sind nicht im Uni-Archiv gelandet. Es handelt sich um die Unterlagen des vor fünf Jahren aufgelösten KBW. Wer hat eigentlich das Schmierergeld kassiert, gibt es einen linken Datenschutz für die alten KBW-Mitglieder und sind sie um Einverständnis mit der Weitergabe von Unterlagen über ihre Tätigkeit gefragt worden?

* * *

Arbeiterkampf: Wie wir ja alle wissen, handelt es sich hier um ein Linienblatt und eine Vereinszeitschrift. Die darüber hinaus gehende Attraktivität besteht in dem, was allgemein als echt gute Artikel bezeichnet wird. D.h. ein hohes Maß an Sachkenntnis und viele Informationen sind das Markenzeichen des AK. Inwieweit das berechtigt ist, sei dahingestellt. Jedenfalls ist es für uns anstrebenswert, neben dem ohnehin einsetzenden Alternativ-Dilettantismus eine ähnliche Qualifikation zu erreichen (vor allem auch Auslandsberichterstattung).
(Bernd Ulrich und Dieter Schöffmann in einem Prospekt der „Initiative für eine Bewegungszeitung")

Inwieweit das sinnvoll ist, sei dahingestellt.

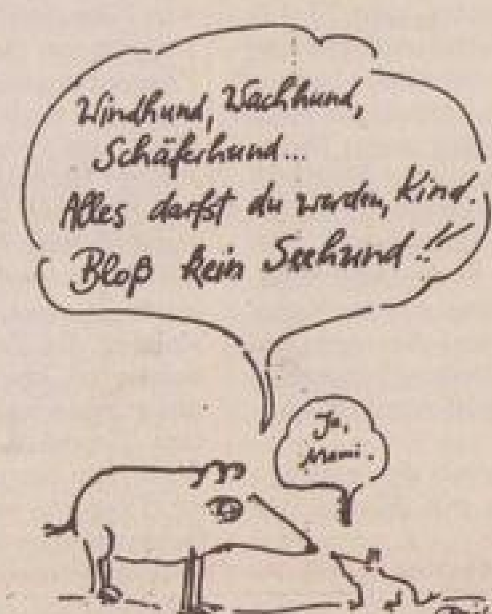
In memoriam: ISP aufgelöst

1980 erschien nach der mehr oder weniger gewünschten Trennung vom KB die Zeitschrift „Z". Sie begründete eine sozialistische Strömung bei den Grünen. 1982 gab die Gruppe Z zusammen mit den „Komitees für Demokratie und Sozialismus" (KDS) die Monatszeitschrift „Moderne Zeiten" (MOZ) heraus, bei der vorübergehend andere Strömungen der Linken — „Revier", SoSt — hospitierten. Ende 1984 zerfiel die MOZ und wurde eingestellt. Die KDS-Leute verabschiedeten sich von links, Wilfried Maier ist heute „Kommune"-Autor, Ralf Fücks grüner Bürgerschaftsabgeordneter in Bremen und Teil der Mitte (Aufbruch '88). Ebermann/Trampert schieden in Unfrieden von Stamm/Reents und traten aus der MOZ-Redaktion aus. Gleichzeitig verzichteten sie auf einen organisierten fraktionellen Zusammenhang der Linken in den Grünen und gingen ihren Weg allein weiter. Die verbliebenen MOZler setzten ihre politische Tätigkeit im organisatorischen Zusammenhang der „Initiative Sozialistische Politik" fort. Die ISP-Reste gaben viermal im Jahr einen eigenen Rundbrief „Turbulenzen" heraus, der zum überwiegenden Teil der grünen Bündnisdiskussion gewidmet war. In der Nr. 8 der „Turbulenzen" vom Juni 1988 kündigt die verbliebene Rundbrief-Redaktion dessen Einstellung und die Auflösung der ISP an.

„Die radikale Linke ist in und durch die „Die radikale Linke ist in und durch die Grünen atomisiert worden", heißt es resigniert. Der „defensive" Versuch, die linken Zusammenhänge in den Grünen zu halten, sei gescheitert, die Chance auf *„Erneuerung eines autonomen linken Organisationszusammenhangs in den Grünen"* minimal. Jeder Versuch einer sozialistischen Organisierung in den Grünen geriete *„unweigerlich unter die Räder tagespolitischer, partei- und wahltaktizistischer Zwänge"*. Linken „Winterschlaf" wollen die „Turbulenzen"-Leute nicht halten, für Anfang nächsten Jahres schlagen sie einen *„(kleinen) ‚Kongreß' der marxistischen Linken"* vor, um *„den Versuch zu unternehmen, **unabhängig** von den Grünen und trotz Zeitgeist, Kommune, Pflasterstrand und den sonstigen Erscheinungsformen des alternativen Antikommunismus einen Ort der Diskussion und Auseinandersetzung zu schaffen, den alle diejenigen dringend benötigen, die am Marxismus als wichtigstes Instrumentarium der Erkenntnis und Kritik des Kapitalismus festhalten wollen."*

Haltet uns auf dem Laufenden, GenossInnen.

INHALT



Arbeiterkampf

Ich will den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.
○ Halbjahresabo DM 33,— ○ Förderabo DM 50,—
○ Jahresabo DM 60,— ○ Förderabo DM 100,—
○ Ich überweise das Geld auf das Konto der Hamburger Satz- und Verlagskooperative Postgiroamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175-203
○ Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsermächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar. Ich weiß, daß ich diese Bestellung binnen 14 Tagen (Poststempel) bei der Hamburger Satz- und Verlagskooperative widerrufen kann.

.... Ort, Datum Unterschrift

Absender: .... An die Hamburger Satz- und Verlagskooperative Lindenallee 4
....
.... 2000 Hamburg 20

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative, Hamburg, den von mir zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines Girokontos.

Kto. Nr.
bei der BLZ
mittels Lastschrift einzuziehen

............, den ....
(Unterschrift)